

Jahrbuch für

# WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

# 1991/4

1991/4

INSTITUT  
FÜR  
WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Unter beratender Mitarbeit von

H. Apteker (New York), E. Hobsbawm (London), L. Jelenc (Prag), J. Kuczynski (Berlin), G. Mon-  
tgomery (Florenz), H. Mottek (Berlin), E. Niederkammer (Budapest), H. Nussbaum (Berlin), Z. P. Pach (Buda-  
pest), J. Patai (Prag), Ju. A. Tichonow (Moskau), J. Tomaszewski (Warschau)

Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Bohnke, Florenz  
Bischoff (Redaktionssekretär), Siegfried Eppstein, Günter Hertel, Parviz Khalafian, Bettina Kersch  
mar (Redakteur), Thomas Kuczynski, Wolfgang Mühlhölzel, Hans-Henrich Müller, Peter Patai,  
Jan Patai, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schüster, Helga Schütz



# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

## INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

### Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (New York), E. Hobsbawm (London), L. Jeleček (Prag), J. Kuczynski (Berlin), G. Mori (Florenz), H. Mottek (Berlin), E. Niederhauser (Budapest), H. Nussbaum (Berlin), Z. P. Pach (Budapest), J. Purš (Prag), Ju. A. Tichonow (Moskau), J. Tomaszewski (Warschau)

### Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Dolores Biastoch (Redaktionssekretär), Siegfried Epperlein, Günter Hertel, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Thomas Kuczynski, Wolfgang Mühlfriedel, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Jan Peters, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Helga Schultz

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE 1991/4

Wirtschaftsgeschichte bleibt ein wirtschaftsgeschichtliches Periodikum und behält seinen Namen, wird aber in neuer Gestalt mit anderen Herausgebern und einem veränderten Beirat weitergeführt werden.

Das Jahrbuch will im Spektrum der historischen Zeitschriften als Ort der wissenschaftlichen Diskussion ein Verständnis von Wirtschaftsgeschichte fördern, in welchem neben der Logik der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Handelns auch deren soziale und kulturelle Zusammenhänge wahrgenommen und zur Geltung gebracht werden. Dieser Zielvorgabe entsprechen die inhaltlichen und methodischen Schwerpunkte der neuen Zeitschrift.

Das primäre Interesse gilt dem Wirtschaften selbst und den Bedingungen, unter denen es sich seit dem 16. Jahrhundert weltweit entwickelt hat. Zum fundierten Verständnis dieser Verhältnisse wird aber der Kontrast von prinzipiell anders funktionierenden Gesellschaften in Vergangenheit und Gegenwart zu suchen sein.

Europa soll im innereuropäischen und globalen Vergleich den geographischen Schwerpunkt bilden. Deutschland wird dabei unter dem Blickwinkel seiner funktionellen Platzierung zwischen Ost- und Westeuropa, zwischen Nord- und Südeuropa ein zentraler Bereich der vergleichenden Analyse und Diskussion sein.

Der Begriff der Wirtschaft und des Wirtschaftens wird so verstanden, daß zusätzlich zur Produktion auch die Konsumtion, zusätzlich zu Gütern, Kapital und Arbeit auch die Dienstleistungen, zusätzlich zum Erwerb auch die Hauswirtschaft, neben dem Markt auch die Grenzen des Marktes, neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch deren Auswirkungen auf Mensch und Natur mit größerem Gewicht zur Geltung kommen.

Dieses Verständnis von Wirtschaftsgeschichte wird zu intensiverer Diskussion in und jenseits der Grenzen einer Orientierung an Theorien herausfordern, wie sie von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in längerer Reichweite aber auch von anderen theoretischen Konzepten wie etwa von Max Weber, Josef Schumpeter, Karl Polanyi und anderen bereitgestellt wurden. Auch der Geschichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird eine größere Aufmerksamkeit gelten.

Das Jahrbuch versteht sich als ein Forum der internationalen wissenschaftlichen Diskussion. Die Akademie Verlag GmbH, Berlin 1991, ist die deutsche Verlagsanstalt für den deutschsprachigen Raum. Die Akademie Verlag GmbH, Berlin 1000, ist die deutsche Verlagsanstalt für den deutschsprachigen Raum. Die Akademie Verlag GmbH, Berlin 1000, ist die deutsche Verlagsanstalt für den deutschsprachigen Raum.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form - durch Photokopie, Mikrofilmung oder irgendein anderes Verfahren - reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck und Bindung: Mercedes-Druck GmbH, W-1000 Berlin 61.  
Umschlaggestaltung: Anke Baltzer, Berlin.  
Printed in the Federal Republic of Germany.



Redaktion des Jahrbuches für  
Wirtschaftsgeschichte

Jahrbuch für

# WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1991/4



921360

ISBN 3-05-001809-7

ISSN 0075-2800

Redaktionsschluß: 15. 3. 1991

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1991

Erschienen im Akademie Verlag, O-1086 Berlin (Federal Republic of Germany), Leipziger Str. 3-4

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck und Bindung: Mercedes-Druck GmbH, W-1000 Berlin 61.

Umschlaggestaltung: Anke Baltzer, Berlin.

Printed in the Federal Republic of Germany



## Mitteilung an unsere Leser

Das **Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte** hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1960 als ein international anerkanntes wirtschaftshistorisches Periodikum mit eigenem Profil durchsetzen können. Mit der Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR und des dortigen Instituts für Wirtschaftsgeschichte wurde eine Neubestimmung von Inhalt und Organisation des Jahrbuches erforderlich.

Das **Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte** bleibt ein wirtschaftsgeschichtliches Periodikum und behält seinen Namen, wird aber in neuer Gestalt mit anderen Herausgebern und einem veränderten Beirat weitergeführt werden.

Das **Jahrbuch** will im Spektrum der historischen Zeitschriften als Ort der wissenschaftlichen Diskussion ein Verständnis von Wirtschaftsgeschichte fördern, in welchem neben der Logik der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Handelns auch deren soziale und kulturelle Zusammenhänge wahrgenommen und zur Geltung gebracht werden. Dieser Zielvorgabe entsprechen die inhaltlichen und methodischen Schwerpunkte der neuen Zeitschrift.

- Das primäre Interesse gilt dem Wirtschaften selbst und den Bedingungen, unter denen es sich seit dem 16. Jahrhundert weltweit entwickelt hat. Zum fundierten Verständnis dieser Verhältnisse wird aber der Kontrast von prinzipiell anders funktionierenden Gesellschaften in Vergangenheit und Gegenwart zu suchen sein.
- Europa soll im innereuropäischen und globalen Vergleich den geographischen Schwerpunkt bilden. Deutschland wird dabei unter dem Blickwinkel seiner funktionellen Platzierung zwischen Ost- und Westeuropa, zwischen Nord- und Südeuropa ein zentraler Bereich der vergleichenden Analyse und Diskussion sein.
- Der Begriff der Wirtschaft und des Wirtschaftens wird so verstanden, daß zusätzlich zur Produktion auch die Konsumtion, zusätzlich zu Gütern, Kapital und Arbeit auch die Dienstleistungen, zusätzlich zum Erwerb auch die Hauswirtschaft, neben dem Markt auch die Grenzen des Marktes, neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch deren Auswirkungen auf Mensch und Natur mit größerem Gewicht zur Geltung kommen.
- Dieses Verständnis von Wirtschaftsgeschichte wird zu intensiverer Diskussion über Chancen und Grenzen einer Orientierung an Theorien herausfordern, wie sie von modernen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in längerer Reichweite aber auch von älteren, oft komplexeren theoretischen Konzepten wie etwa von Max Weber, Josef Schumpeter und Karl Marx bereitgestellt wurden. Auch der Geschichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, insbesondere der Dogmengeschichte, wird als einer wichtigen Grundlage solcher Diskussion unsere Aufmerksamkeit gelten.
- Das **Jahrbuch** versteht sich als ein Forum des interdisziplinären Austausches und der wechselseitigen Kritik zwischen denjenigen empirischen und theoretischen Disziplinen, die sich in historischer Dimension mit wirtschaftlichem Handeln, wirtschaftlichen Strukturen und Institutionen beschäftigen.

Das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte wird beginnend mit dem Jahrgang 1992 herausgegeben von:

Hartmut Harnisch (Potsdam), Karin Hausen (Berlin), Hartmut Kaelble (Berlin), Peter Kriedte (Göttingen), Dieter Petzina (Bochum), Toni Pierenkemper (Frankfurt/Main), Heinz Reif (Berlin), Bertram Schefold (Frankfurt/Main).

Das neue Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte wird

- in zwei Teile pro Jahr (Mai und November) erscheinen;
- in der Regel Aufsätze zu Themenschwerpunkten publizieren;
- Berichte und Diskussionen zum Forschungs- und Literaturstand anbieten;
- neue Forschungsvorhaben und Projekte vorstellen.

Wir hoffen sehr, daß mit dieser neuen Konzeption das Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte seinen Wert als ein willkommenes Arbeitsmittel für jenen möglichst breiten Leserkreis erhalten und vergrößern kann, für den die Erweiterung seines wirtschaftshistorischen Wissens sowohl eine berufliche Notwendigkeit darstellt als auch das Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis einschließt.

Herausgeber und Verlag

Ca. 220 Seiten – 17 × 24 cm

ISBN 3-05-002174-8

## Regionale Industrialisierung

### 1. Abhandlungen/Studien

- Zum Konzept regionaler Industrialisierung und zu den britischen Verhältnissen (Sidney Pollard)
- Dynamik der regionalen Industrialisierung in Deutschland im 19. Jahrhundert – Lehren für die europäische Union? (Hubert Kiesewetter)
- Industrialisierung der Saarregion 1815–1890 (Paul Thomas)
- Die industrielle Expansion an Saar, Ruhr und Oder im Vergleich (Toni Pierenkemper)
- Modernität und Lebensbedingungen in deutschen Wirtschaftsräumen 1849–1939 (Harald Frank)

### 2. Diskussion

- Georg Friedrich Knapp und die deutsche Agrargeschichtsforschung (Hartmut Harnisch)
- Deutschland als Modell? Bürgerlichkeit und gesellschaftliche Modernisierung im deutschen Kaiserreich 1871–1914 (Alexander Schmidt)
- Warenhausunternehmer und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland (Heidrun Homburg)

### 3. Forschungs- und Literaturberichte

- Wirtschaftssystem und Wirtschaftsstil im Wandel von der Antike bis zur Gegenwart (Bertram Schefold)
- „Welt des Büros“. Zu einer Tagung deutsch-französischer Sozialhistoriker (Hartmut Kaelble)
- Neuere Arbeiten zur spanischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhundert (Wilfried Forstmann)
- Statistiken zu Handel und Gewerbe in Hersen 1840–1860 (Gabi Posniak und Dagmar Rahlwes)

## Danksagung

Aus Empfehlung des Wissenschaftsrats und in Übereinstimmung mit Artikel 38 (2) Einigungsvertrag wird das Institut für Wirtschaftsgeschichte der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR zum 31. Dezember 1991 aufgelöst und damit das einzige wirtschaftshistorische Forschungsinstitut in Deutschland geschlossen. Dementsprechend ist Teil 4/1991 der letzte von diesem Institut herausgegebene Band des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte. Das gibt mir Veranlassung, all jenen zu danken, die in den vergangenen mehr als dreißig Jahren daran mitgewirkt haben, das Jahrbuch zu dem werden zu lassen, was es immer gewesen ist – ein international anerkanntes Publikationsorgan für wirtschaftshistorische und anverwandte Forschungen.

In diesem Sinne danke ich

den Autoren, Rezensenten und Gutachtern,  
den Mitarbeitern von Redaktion, Verlag und Druckerei,  
den Mitgliedern des Redaktionskollegiums,  
den Mitgliedern des Internationalen Beirats,  
den vormaligen Direktoren des herausgebenden Instituts.

Thomas Kuczynski  
Direktor des Instituts  
für Wirtschaftsgeschichte

# Rede zur Schließung des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR

von Thomas Kuczynski

Vorbemerkung: Diese Rede hielt ich als Institutsdirektor am 18. Dezember 1991 vor jenen Institutsmitgliedern, die nach dem 7. Oktober 1989 im Institut tätig gewesen bzw. vor dem 7. Oktober 1989 in Rente gegangen waren. Sie stellt natürlich keine Institutsgeschichte in Kurzfassung dar, sondern gibt einen Einblick und setzt Akzente, auch in einer Weise, daß manches nur für Insider verständlich sein mag. Aber insgesamt mag sie vielleicht auch in dieser Form dem Außenstehenden einen Eindruck von der Geschichte des Instituts und vor allem von dem in ihm vorhandenen Klima geben.

Liebe Noch-Kolleginnen und -Kollegen,  
liebe Schon-Ex-Kolleginnen und -Kollegen,  
liebe Freunde:

Wir haben uns versammelt, um Abschied zu nehmen von unserem Institut für Wirtschaftsgeschichte.

Geboren am – ja, und da fangen schon die Probleme meiner Leichenrede an, denn das ist gar nicht so genau zu sagen oder vielmehr recht umstritten, ganz im Unterschied zu den Geburtstagen seiner MitarbeiterInnen. Aber dafür ist, anders als bei den meisten MitarbeiterInnen, nach meinem Dafürhalten sein Zeugungsdatum zweifelsfrei feststellbar, denn die ersten seiner späteren MitarbeiterInnen wurden laut Arbeitsvertrag als Wirtschaftshistoriker am 16. April 1955 an der damaligen Deutschen Akademie der Wissenschaften eingestellt. Und einer von ihnen ist auch heute noch Mitarbeiter des Instituts, unser unverwüstlicher Karl Lärmer. Ihn begrüße ich deshalb als ersten ganz besonders herzlich in unserer Runde. Aber noch einen zweiten Namen möchte ich nennen, ohne den dieser Arbeitsvertrag nicht rechtsgültig gewesen wäre, nämlich den von Gunther Kohlmeier, damals gerade nicht in Ungnade gefallen, sondern erster Direktor des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften.

Ja, das war für die damals über Wirtschaftsgeschichte Arbeitenden völlig klar, daß ihr Spezialgebiet ein Teil der Wirtschaftswissenschaften war, wurden sie doch alle an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten ausgebildet, zunächst an einer einzigen, nämlich der an der Humboldt-Universität, zunächst von einem einzigen, nämlich von Jürgen Kuczynski. All jene, die in den frühen fünfziger Jahren Wirtschaftsgeschichte an anderen Universitäten und Hochschuleinrichtungen etablierten, Hans Mottek und Gerhard Bondi, Elisabeth Giersiepen und Gerhard Heitz, sie alle waren seine Schüler. Und so auch jene, die an der Akademie begannen zu arbeiten, Wolfgang Jonas und Hans Radandt, Lotte Zumpe und Dieter Baudis, Berthold Puchert und Manfred Nussbaum, um nur einige Namen zu nennen. Eine kleine Arbeitsgruppe bildeten sie, während ihr Lehrer, sie anleitend, weiter an der Universität lehrte und forschte.

Dann kam es im März 1956 zur Bildung des Akademie-Instituts für Geschichte, und unglückseligerweise hatten einige sich besonders revolutionär dünkende Ideologen den –

auf den ersten Blick sehr vernünftig scheinenden – Einfall, daß doch im Sinne der Ausprägung einer materialistischen Geschichtsauffassung die Wirtschaftsgeschichte an dieses Institut verpflanzt werden sollte, um den idealistischen Einfluß bürgerlicher Geschichtswissenschaft zu bekämpfen. So kam es, daß aus der Arbeitsgruppe am Institut für Wirtschaftswissenschaften eine Abteilung am Institut für Geschichte wurde. Und vielleicht ist es nützlich, sich im Lichte heutiger Größenordnungsdiskussionen zu vergegenwärtigen, daß im September 1956 in dieser, nunmehr von Jürgen Kuczynski selbst geleiteten Abteilung, zweiundzwanzig WissenschaftlerInnen beschäftigt waren, größtenteils AbsolventInnen der Studienjahre 1955 und 1956.

Diese sozusagen In-vitro-Verpflanzung der Wirtschaftsgeschichte – von einem Institut konnte ja noch keine Rede sein – ist wohl niemandem so recht bekommen. Dem ursprünglichen Mutterinstitut war seine historische Komponente genommen – eine Entwicklung, die mit der im Gefolge der Akademiereform von 1968/69 erfolgenden Verbanung der Kapitalismusforschung aus diesem Institut ihren tödlichen Abschluß fand –, dem neuen Mutterinstitut ein Fremdkörper eingepflanzt, mit dem es nie so richtig zurechtkam, ja, und dem Kinde selbst ist es höchstens in dem Sinne bekommen, daß es frühzeitig lernte, sich erfolgreich zur Wehr zu setzen. Denn von materialistischer Geschichtsauffassung im eigentlichen, wissenschaftlichen Sinne des Wortes konnte unter den die Geschichtsschreibung Beherrschenden zu jener Zeit kaum die Rede sein; da ging es vielmehr um Ideologie und Politik, also um die Geschichte des Überbaus und nicht der Basis. „Wir werden noch viel arbeiten müssen, um aus unseren Historikern Marxisten zu machen“, pflegte Jürgen Kuczynski damals – und auch später, als die Situation sich doch merklich entspannt hatte – zu sagen. Und das kam natürlich hinzu, daß dieser 1957/58 wieder einmal und diesmal in ganz besonderem Maße als „Revisionist“ in Ungnade gefallen war. Aber im Unterschied zu anderen in ähnlicher Situation setzte er seine SchülerInnen nicht zu seiner eigenen Verteidigung ein, sondern veranlaßte sie ganz im Gegenteil zu wissenschaftlicher Kritik.

Die moderne Anthropologie weiß um die Bedeutung vorgeburtlicher Einflüsse auf die spätere Entwicklung eines Menschen; pränatale Psychologie wird dieser Wissenschaftszweig genannt. Und ich glaube, daß auch die Entwicklung unseres Instituts ohne die Betrachtung der seiner Geburt vorangegangenen Ereignisse nicht zu verstehen ist. So vieles wurde da schon angelegt, was in den späteren Jahren wuchs und gedieh, insbesondere eben eine offene, den Meinungsstreit befördernde Atmosphäre, Wissenschaftlichkeit, Unduldsamkeit gegenüber Intriganten und Denunzianten, auch ein gegenseitiges Sichkümmern und menschliche Wärme. Manches veränderte sich auch im Laufe der Jahre, völlig immun gegenüber dem sich herausbildenden realsozialistischen System und seinen schlechten Seiten war niemand, aber im Kern blieb die Abteilung, die Arbeitsstelle, das Institut für Wirtschaftsgeschichte das, was es war, das, als das es, lange vor jenem Herrn Zacher, von uns wohlgesonnenen KollegInnen stets angesehen worden war – eine Oase. Und wenn heute von 82 Eingeladenen 66 anwesend sind, acht wegen ernster Krankheit und vier aus bei ihren neuen Arbeitsstellen liegenden dienstlichen Gründen ihre Teilnahme nicht ermöglichen konnten, also nur vier eine Teilnahme ablehnten oder gar nicht auf die Einladung antworteten, dann zeugt das von dem Klima, das – manchen, vereinzelt Verstimmungen zum Trotz – in diesem Institut bis zu seiner Schließung vorhanden war.

Aber noch kann vom Institut nicht die Rede sein. Erst einmal wurde, 1963, eine Arbeitsstelle Wirtschaftsgeschichte gegründet. Nicht die gesamte Abteilung konnte dorthin gehen, nur jene, die die kapitalistische Produktionsweise untersuchten. Der Feudalismus ging zunächst verloren, verblieb im Institut für Geschichte, natürlich auch die über ihn Arbeitenden, unter ihnen Hilde Hoffmann, Dieter Lösche und Siegfried Epperlein, den wir dann später, 1977, wiedergewinnen konnten. Aber, wie so häufig in der Geschichte des Instituts: Was an einer Stelle, und nie freiwillig, aufgegeben werden mußte, wuchs dem Institut an anderer Stelle zu. 1965 waren es die Geographische Wirtschaftsgeschichte, die – an der Universität als überflüssig bis störend empfunden – am Institut eine neue Heimstatt fand, und die Antike Wirtschaftsgeschichte.

Es war schon ein merkwürdig gewachsenes Institut, das da am 1. April 1965 das Licht der Welt erblickte. Ganz breit wurde der Kapitalismus erforscht, auch auf der Ebene der Betriebe und Konzerne, nicht nur der Kapitalismus in Deutschland, sondern auch der in den sogenannten Entwicklungsländern, nicht nur streng wirtschaftshistorisch, sondern auch sozialhistorisch – Klassenstrukturprobleme wurde die entsprechende Abteilung genannt –, nicht nur die Produktionsverhältnisse, sondern in immer stärkerem Maße auch die Produktivkräfte. Dazu die Antike, aber kein Feudalismus, und auch die Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus blieb – ebenso wie die des Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg – außen vor, wurde, auch aus Gründen des Ersparens größeren Ärgers für das Institut, den Universitäten bzw. den Partei- und Staatsinstituten überlassen.

Ja, es muß durchaus festgestellt werden, daß in den das Institut leitenden strategischen Überlegungen stets auch Zweckmäßigkeitserwägungen und Opportunitätsgedanken ihren Platz hatten. Aber nicht Wissenschaftsfeindlichkeit oder Feigheit haben sie diktiert, sondern der Versuch optimaler Ausnutzung der Gegebenheiten für die weitere Entwicklung des Instituts und der Wirtschaftsgeschichtsschreibung im eigenen Lande. Und ganz sicher ist auch da nicht immer fehlerfrei entschieden worden, wurden ganze Forschungsrichtungen als – angeblich oder tatsächlich – „nicht machbar“ abgeschnitten.

Es bleiben viele Fragen, die wir – vorläufig – auch als Fragen formulieren sollten. Jürgen Kuczynski nannte 1991 aus seiner Sicht als Hauptproblem: „Wirkungsloser Held oder weiterhin wirksamer Helfer mit Flecken an der Weste“, und vermerkte dazu: „Ein Problem, das Galilei so für sich löste, daß es bis heute Kontroversen um ihn gibt – er entschied sich unter dem Druck des Vatikans für den Widerruf seiner richtigen Erkenntnisse, um (wie sich ergab mit Erfolg) ungestört neue Erkenntnisse zu suchen. Vielleicht auch ein Problem, das Jesus mit Recht in seiner Weise löste, während einem anderen eine solche Lösung nicht erlaubt ist. Und“, so fragt er weiter, „wie sieht die Lösung für die aus, die wissen, daß sie mit Sicherheit stets namenlose, unbekannte Helden ohne jede mögliche weitere Beispielwirkung sein würden?“ Und noch viel weiter gehend: „Ist es die Aufgabe eines Schriftstellers oder Wissenschaftlers, ja eines jeden für Fortschritt kämpfenden Menschen, stets vor sich selbst in persönlicher Würde und weißer Weste dazustehen? Oder sollte er nicht bereit sein, genau wie sein Leben, auch diese /persönliche Würde und weiße Weste/ unter Umständen zu opfern, wenn er nur so seinen Kampf für den Fortschritt und so manche direkte Hilfe für so manche /.../ im gemeinsamen Kampf fortsetzen kann?!“

Soweit die Fragen von Jürgen Kuczynski, wobei wir alle uns ganz klar darüber sein sollten, zumindest jene, die noch im Erwerbsleben stehen, daß wir sie nicht allein an vergangenes Handeln stellen dürfen, daß wir sie ebenso an unser gegenwärtiges Handeln stellen müssen, völlig gleichgültig, ob wir meinen, aus der Vergangenheit eine blütenweiße Weste herübergerettet zu haben oder eine mehr oder minder stark befleckte.

Im Frühjahr 1968, als er das Institut auf sicheren Füßen stehend wähnte, gab Jürgen Kuczynski die Leitung des Instituts ab; sein bis dahin ständiger Stellvertreter, Wolfgang Jonas, übernahm für fast zehn Jahre diesen Posten. Ja, auf sicheren Füßen stand das Institut, aber der Boden, auf dem die Füße standen, begann zu schwanken. Die Akademiereform, deren Größenwahn so viele kleine Institute zum Opfer fielen, begann, und „natürlich“ sollte auch unser Institut dem Zentralinstitut für Geschichte einverleibt werden. Obgleich dieser Kelch an uns vorüberging, hatte auch das seinen Preis. Die Forschungen zu den Entwicklungsländern verschwanden – die betroffenen Institutsmitglieder mußten sich ganz andere Forschungsgebiete suchen –, die sozialhistorischen Untersuchungen konnten zeitweilig nur sehr kaschiert betrieben werden, denn bis 1985 dauerte der Kampf um eine quasi parteioffizielle Anerkennung der so lange als „bürgerlich“ verteufelten Sozialgeschichte. Statt dessen rückten infolge der Akademiereform Großforschungsprojekte in den Vordergrund, erstens die dreibändige Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, zweitens die schließlich dreibändige Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland, drittens das zweibändige Handbuch Wirtschaftsgeschichte.

Und wieder fällt es sehr schwer, ein eindeutiges Urteil über die Auswirkungen dessen auf das Leistungspotential des Instituts und die schließlich vollbrachte Leistung zu fällen. Ein

westdeutscher Kollege schrieb 1983, den von Lotte Zumpe geschriebenen dritten Band von „Wirtschaft und Staat“ im „Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands“ rezensierend: „Die Studie /.../ belegt einmal mehr den langen Atem der Geschichtswissenschaft der DDR, die sich durch die Konzentration auf einige wenige, dafür umfassende und grundsätzlich bedeutsame Themen auszeichnet. Ich sehe nichts, was sich mit dem Handbuch „Wirtschaft und Staat in Deutschland“ vergleichen ließe, und ich kann mir nicht vorstellen, daß unter den aktuellen Restriktionen der wissenschaftlichen Forschung ähnliche Studien in der Bundesrepublik in kurzer Zeit verwirklicht werden könnten.“

Gewiß, die Intentionen der Akademiereformer waren prinzipiell wissenschaftsfeindlich, und ebenso waren ihre Methoden der Durchführung abzulehnen. Aber was und wie das letztlich in unserem Institut realisiert wurde – ich weiß nicht, ob wir da rückblickend so einfach sagen können, die Verantwortlichen, insbesondere Wolfgang Jonas und seine damalige Stellvertreterin, Lotte Zumpe, hätten nur „das Beste aus einem schlechten Job“ gemacht. Zumindest gehörten Liebe zur Wissenschaft und menschlicher Anstand dazu, das zu leisten, was sie leisteten – und das war wesentlich mehr als bloß „das Beste aus einem schlechten Job gemacht“.

Als das Schiff des Instituts sicher durch die Stürme der Akademiereform geführt war, begann eine neue Wachstumsphase. 1970 wurde die Abteilung „Produktivkräfte in der Landwirtschaft“ gegründet, 1974 der Bereich „Sozialismus“ und die Abteilung „Mathematische Methoden“, 1977 schließlich die Abteilung „Feudalismus“. Die – insbesondere von Peter Musiolek immer wieder geforderte – Bildung wenigstens einer kleinen Arbeitsgruppe „Altorientalische Produktionsweise“ konnte, wegen der stets angespannten Stellenplansituation, leider nie realisiert werden. 1978 erhielt das Institut, nun schon unter dem Direktorat von Helga Nussbaum eine Struktur, die sich leitungseitig für ein Jahrzehnt bewähren sollte.

Mit Hochschul- und Akademiereform war die typisch kommandowirtschaftliche Idee verbunden, wissenschaftliche Räte und Problemräte zu bilden und Institute zu sogenannten Leitinstiuten zu ernennen. So wurde auch unser Institut ein solches „Leitinstitut“. Aber weder das Institut noch seine DirektorInnen haben je auf diese Funktion gepocht. Das war auch gar nicht nötig, denn in gewisser Hinsicht, in sehr gewisser, nämlich in wissenschaftlicher Hinsicht, war das Institut dank seiner MitarbeiterInnen und dank ihrer Forschungsergebnisse, eben nicht Leitinstitut, aber Wegweiser, Rettungsanker und Stütze für viele, die an anderen Lehr- und Forschungseinrichtungen wirtschaftshistorisch arbeiteten, häufig auch für KollegInnen, die auf anverwandten Gebieten forschten, wie der Kulturgeschichte und Volkskunde, der Wissenschaftsgeschichte und der Technikgeschichte. Auch durch Initiierung vieler, teilweise frühzeitig ins Leben gerufener Arbeitskreise, die teilweise Jahrzehnte überdauerten, teilweise nur sehr kurzlebig waren. Großprojekte fertigstellen oder auch scheiterten, scheiterten an äußerer ideologischer Bevormundung oder am Desinteresse der nur vermeintlich Interessierten, auch dadurch hatten sich das Institut und seine MitarbeiterInnen diese, niemals leitende, aber so häufig führende Position erarbeitet. Natürlich gab es auch hier Rückschläge und Mißerfolge, Angst, vielleicht doch „untergebuttert“ zu werden, und auch Konkurrenzdenken; Ungeschicklichkeit und mangelnde Sensibilität ließen manches Erhaltenswerte zu Bruch gehen. Aber insgesamt hielten die WirtschaftshistorikerInnen in diesem Lande zusammen, auch dank unseres Instituts, was sich schließlich auch auf der ersten (und leider zugleich letzten) Tagung der Wirtschaftshistoriker der DDR zeigte, die, im März 1989 konzipiert, im November 1989 stattfand.

Ich kann hier nicht auf alle Bereiche und Abteilungen im Institut, auf alle Projekte und Personen, Verdienste und Funktionen eingehen; auch glaube ich, daß dies, je näher wir der Gegenwart kommen, desto weniger notwendig ist, auch desto weniger möglich, der Gefahr bloßer Aufzählung und ungerechtfertigten Auslassens zu entinnen. Aber ein Bereich aus dem wissenschaftlichen Leben des Instituts darf auf keinen Fall unerwähnt bleiben, das „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“, das in unserem Institut redigiert worden ist. Es war vieles in einem: Gewissermaßen auch ein Hausorgan unseres Instituts, zugleich, wenn

mensch so will, Zentralorgan der WirtschaftshistorikerInnen der DDR, gesuchtes Publikationsorgan für viele WirtschaftshistorikerInnen Osteuropas, geschätzt auch von vielen WirtschaftshistorikerInnen in Westeuropa, nahm es mit seiner Publikationspolitik schon eine Ausnahmestellung in der DDR ein. Das begann mit einem internationalen Beirat, dem von Anbeginn Kollegen aus Ost und West angehörten.

Das setzte sich fort mit der Breite der Themenpalette, die weit über die Wirtschaftsgeschichte hinausging und solche in der DDR, wenn nicht heimatlose, so doch ohne Publikationsorgan versehene anverwandten Wissenschaftsgebiete erfaßte wie Sozialgeschichte und Demographie, Betriebsgeschichte und Alltagsgeschichte, Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen und historische Statistik. Das kulminierte schließlich in der Möglichkeit, andernorts Unpublizierbares doch noch zu publizieren. Natürlich waren die Möglichkeiten nicht unbegrenzt – wo sind sie das übrigens in dieser Welt? –, natürlich gab es Fehlentscheidungen und in den letzten Jahren zuweilen eine Übervorsicht, insbesondere bei Aufsätzen, die die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg betrafen, manches ließ – insbesondere in der Frühzeit – der Zensor im Kulturministerium nicht passieren. Aber gerade deshalb ist die Leistung der Autoren und Rezensenten, der Gutachter und Redakteure so hoch einzuschätzen. Wir können nur hoffen, daß das neue Herausgeberkollegium ein Stück davon auf seinen Weg mitnehmen wird. Und vielleicht noch ein Wort zum Bereich „Sozialismus“, denn er war ein Unikat in der auf diesem Gebiet häufig so langweilig-tristen Forschungslandschaft und immer verdächtig. Natürlich können wir heute nach dem Sinn dieser Forschung fragen, wo sie doch so gar nichts über das Kommende aussagen konnte. Aber wer so fragt, der sollte nicht vergessen, auch die DDRologen in den alten Bundesländern zu befragen, auch die Sowjetologen der westlichen Welt – sie alle waren vollkommen ahnungslos hinsichtlich des jetzt Eingetretenen. Wieviel ehrlicher wäre es dann, überhaupt den Sinn historischer Forschung in Frage zu stellen, insonderheit der eigenen, die offensichtlich auch nicht zu tieferer Einsicht in die kommenden Probleme verhalf. Aber auch diese Frage gehört wohl zu jenen, über die wir alle noch sehr lange und sehr intensiv werden nachdenken müssen.

Vieles noch wäre aus dem Leben des Instituts zu berichten, auch von den letztlich erzielten Resultaten. Damit meine ich nicht das nackte Resultat der Abwicklung dieses Instituts, was schon bald voraussehbar war und auch nicht durch internationalen Protest verhinderbar. Wenn Eric Hobsbawm zu der Abwicklung des Instituts schrieb: „Ich bin empört über diese Entscheidung, insbesondere weil die Wirtschaftsgeschichte (als von Sozial- und Kulturgeschichte Unterschiedenes) nicht besonders gut repräsentiert ist im wissenschaftlichen Leben der Altbundesrepublik“, wenn Alan Milward schrieb, er hätte „gehofft, daß die größere Stärke der Wirtschaftsgeschichte in der früheren DDR die Situation in bezug auf unser Fach in Deutschland verbessern würde“, wenn Georg Fülberth aus Marburg mir schrieb: „Ich fürchte, das von Ihnen geleitete Institut war einfach zu gut, als daß es hätte überleben dürfen“, dann bewahrheiteten sich die darin enthaltenen Urteile über unser Institut zumindest in einer ganz wesentlichen Hinsicht, nämlich der, daß aller Voraussicht nach keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter dieses Instituts ungewollt und längerfristig arbeitslos sein wird. Gewiß, das beinhaltet in nicht wenigen und also zu vielen Fällen auch höchst unbefriedigende Lösungen als da sind Vorruhestand, auf ein oder zwei Jahre befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, das möglicherweise doch nur eine Luxuswarteschleife darstellende WIP-HEP, Umschulung, unerwünschte Themenwechsel usw., nicht zu vergessen die zwei Fälle, wo, allen Bemühungen zum Trotz, noch gar nicht klar ist, ob das Beabsichtigte Wirklichkeit werden wird. Aber diese Situation, mit all den schrecklichen Unsicherheiten, beinhaltet eben nicht die befürchtete und in so vielen Instituten der ehemaligen Akademie Realität gewordene massenhafte Arbeitslosigkeit. Das allermeiste von dem, was von den MitarbeiterInnen hierbei erreicht worden ist, beruht auf anerkannter Leistung, Eigeninitiative und Findigkeit, Fleiß und Beharrlichkeit, auch solidarischer Hilfe und Nutzung wissenschaftlicher wie persönlicher Beziehungen usw., alles Dinge, die eben auch gelernt worden waren, nicht zuletzt auch in unserem Institut.

Ich möchte daher an dieser Stelle all jenen danken, die im Verlaufe der vergangenen fast sechsunddreißig Jahre dazu beigetragen haben, das Institut für Wirtschaftsgeschichte zu

dem werden zu lassen, was es schon von der Anlage stets gewesen ist – eine Heimstatt für wissenschaftliche Forschung, Streitkultur und menschlichen Umgang miteinander. Natürlich kann ich hier nicht alle Namen nennen. Ich beschränke mich auf drei Gruppen. Die Direktoren und ihre Stellvertreter: Lotte Zumppe und Peter Musiolek, die wir vor wenigen Tagen zu Grabe tragen mußten, Wolfgang Jonas und Dieter Baudis, die zu krank sind, um unter uns weilen zu können, Helga Nussbaum und Berthold Puchert. Ich danke den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates und des Personalrates, die mir mit Rat und Tat bei meiner Arbeit zur Seite standen. Und ich danke all denen, die sich bei ihrer Arbeit in den letzten Monaten ganz auf die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des Instituts einerseits und dessen ordnungsgemäße Abwicklung andererseits konzentrieren mußten: Helga Ganske und Ingrid Hünich, Heidi Klein und Waltraud Peschke, Waltraud Peters und Anneliese Rohde, Gerhard Narweleit und Reinhard Schumacher.

Aber nicht so möchte ich diese Rede beenden. Als im März diesen Jahres die Auflösungsempfehlung des Wissenschaftsrats eintraf und mich in die geradezu bizarre Situation versetzte, als Sohn das vom Vater gegründete Institut abzuwickeln, meinte dieser zu mir: Ach, weißt Du, das kann doch auch sein Gutes haben, wollen wir doch mal sehen, wieviel vom Geiste des Instituts auf diesem Wege in andere Institute getragen wird; und vielleicht kommt man wieder einmal dazu, ein solches Institut für Wirtschaftsgeschichte für nützlich zu halten und ein neues zu gründen. In **diesem** Geiste wollen wir jetzt noch ein bißchen zusammensitzen, Erinnerungen austauschen und Zukunftspläne schmieden und dabei diesem guten Geist unseres Instituts danken für seine immer wieder verblüffenden Ideen, seine Fürsorge und seinen unerschütterlichen Optimismus.

(Die beiden Zitate im Text sind zwei Büchern Jürgen Kuczynskis entnommen: Kurze Bilanz eines langen Lebens. Große Fehler und kleine Nützlichkeiten, Berlin 1991, S. 111 f.; Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte, Köln 1991, S. 13 f.)

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Werner Röhr	Zur Rolle der Schwerindustrie im annektierten polnischen Oberschlesien für die Kriegswirtschaft Deutschlands von 1939 bis 1945	BC 5 BA-72 9-2
Roland Kowalski	Der wissenschaftliche Präzisionsgerätebau der DDR in den 60er Jahren, dargestellt am Beispiel des Carl-Zeiss-Unternehmens Jena	59
Harald Kleinschmidt	Logistik im städtischen Militärwesen des späten Mittelalters. Dargestellt an Beispielen aus dem süddeutschen Raum	79
Ferdinando Galiani über die Natur des Geldes in seinem Werk "Della Moneta libri cinque" (1751) Buch II "Della Natura della Moneta" (Ins Deutsche übersetzt von Walter Braeuer)		95
LITERATURKRITIK		
Hermann Lehmann	Herausragende Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftswissenschaft (Die Handelsblatt-Bibliothek "Klassiker der Nationalökonomie"; Horst Claus Recktenwald, Die Nobelpreisträger der ökonomischen Wissenschaft 1969 - 1988)	119
Horst Handke	Ein Jahrhundertunternehmen vor dem Abschluß (Geschichtliche Grundbe-griiffe, Bd. 5 u. 6)	123
Karl Czok	2000 Jahre Speyer (Geschichte der Stadt Speyer, Bd. I - III)	129
Karin Lehmann	Wirtschaftliche Führungskräfte der Bundesrepublik Deutschland (Sibylle Krause-Burger, Die andere Elite; Dieter Balkhausen, Alfred Herrhausen)	133
Arno Mietschke	Rationalisierung in der Weimarer Republik (Thomas von Freyberg, Industrielle Ratio-nalisierung in der Weimarer Republik)	135
Arno Mietschke	Mäzenatentum und Wissenschaft in der Geschichte als Forschungsaufgabe (Formen außerstaatlicher Wissenschafts-förderung im 19. und 20. Jahrhundert)	137
Carola Möckel	Frauen an die weibliche Front! (Susanne Dammer, Mütterlichkeit und Frauendienst-pflicht. Versuche der Vergesellschaftung "Weiblicher Fähigkeiten" durch eine Dienst-verpflichtung /Deutschland 1890 - 1918/)	141

Armin Jähne	Wirtschaftsgeschichtliche Aspekte in neueren Publikationen zum Hellenismus (Zu Alexander dem Großen, Bd. 1 u. 2; Hermann Bengtson, Die hellenistische Weltkultur; Wolfgang Randt, Pergamon)	147
Bernd Funck	Stadt-Staaten in frühen Gesellschaften (G. L. Kurbatov/É. D. Frolov/G. E. Lebedev/I. Ja. Frojanov, Stanovlenie i razvitie ranneklassovykh obščestv. Gorod i gosudarstvo)	155
Hermann Lehmann	Peter F. Drucker, Neue Realitäten; Rolf Berth, Visionäres Management; Gerd Gerken, Die Trends für das Jahr 2000	163
Wolfgang Urban	Alltagsgeschichte	165
Jürgen Kuczynski	Adam Schaff, Perspektiven des Modernen Sozialismus	166
André Steiner	Computer in den Geisteswissenschaften	168
Arno Mietschke	Das Westfälische Wirtschaftsarchiv und seine Bestände	169
André Steiner	SBZ-Handbuch	169
Carola Möckel	Frauenberuf - hausarbeitsnah?	170
Carola Möckel	Bodo v. Borries, Wendepunkte der Frauengeschichte	172
Karin Lehmann	Hermannus Pfeiffer, Das Imperium der Deutschen Bank	174
Jörg Roesler	Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945 - 1958	175
Herwart Pittack	Die freiwilligen sozialen Leistungen des Privatversicherungsgewerbes im Jahre 1936	176
Herwart Pittack	Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise	177
Reinhold Zilch	Martin Körner, Banken und Versicherungen im Kanton Luzern vom ausgehenden Ancien Régime bis zum Ersten Weltkrieg	179
Carola Möckel	Anette Frei, Rote Patriarchen; Yvonne Pesenti, Beruf: Arbeiterin	180
Karl Lärmer	Industriekultur an der Saar	182
Karl Lärmer	Theodor Baums, Kartellrecht in Preußen	183
Karl Lärmer	Günter Stavorinus, Die Geschichte der Königlich/Kaiserlichen Werft Danzig	184
Frantisek Dudek	Milan Hlavačka, Dejiny dopravy v českých zemích v období	186
Reinhold Zilch	Norman Gash, Sir Robert Peel	188
Bruno Zilch	Isabelle Aristide, La fortune du Sully	189

Gerhard Narweleit	Hans-Heinz Emons/Hans-Henning Walter, Alte Salinen in Mitteleuropa	190
Katrin Keller	Helmut Bräuer, Gesellen im sächsischen Zunft Handwerk des 15. und 16. Jahrhunderts	190
Jens-Uwe Aulrich/ Peter Held	Der Binnenhandel und die wirtschaftliche Entwicklung	192
Torsten Fried	Michael North, Geldumlauf und Wirtschafts- konjunktur im südlichen Ostseeraum an der Wende zur Neuzeit (1440 - 1570)	194
Simona Preller	Ludmila P. Marinovic, Le mercenariat grec au IV <sup>e</sup> siècle avant notre ère et la crise de la polis	195

## BETRIEBSGESCHICHTE

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (26. Fortsetzung) (Renate Günther)		199
--	--	-----

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Martina Krause/Salka Alfert	Anmerkungen zu einer Malthus-Konferenz. Neuinterpretation eines alten Themas?	215
-----------------------------	--	-----

## BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 39. Lieferung (Dieter Müller)		223
--	--	-----

Autorenverzeichnis		239
--------------------	--	-----

Содержание, Contents, Contenu, Sumario		240
--	--	-----

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Zur Rolle der Schwerindustrie im annektierten polnischen Oberschlesien für die Kriegswirtschaft Deutschlands von 1939 bis 1949

von Werner Rühr

1. Der Streit um die Verteilung der Beute
  - 1.1. Das polnische Oberschlesien in der Planung und Realisierung des "Falls Weiß"
  - 1.2. Administrative und wirtschaftsorganisatorische Eingliederung
  - 1.3. Ansprüche, Verteilung und Bilanzierung der Beute. Die staatsmonopolistische Regulierung des Raubzuges
  - 1.4. Die neue Eigentumsstruktur der Schwerindustrie Oberschlesiens nach der Verteilung des polnischen Eigentums
2. Die Wirtschaftspolitik der Okkupanten in Oberschlesien und die Entwicklung seiner Schwerindustrie für die deutsche Kriegführung
  - 2.1. Kriegsverlauf und Entwicklungspläne
  - 2.2. Die Entwicklung der industriellen Produktion Oberschlesiens in ausgewählten Zweigen der Schwerindustrie
  - 2.3. Bilanzen

1. Der Streit um die Verteilung der Beute

1.1. Das polnische Oberschlesien in der Planung und Realisierung des "Falls Weiß"

Von allen Teilen Polens hatte das ostoberschlesische Industrieviertel für die Kriegführung Nazideutschlands die größte Bedeutung. Auf die Aneignung seiner Gruben und Hütten, seiner Fabriken und Werke und deren möglichst umfassende Einbeziehung in die Kriegswirtschaft konzentrierten sich daher die Anstrengungen der Monopolgruppen ebenso wie die der staatlichen Regulierungsorgane.

Diese Konzentration begann nicht erst mit der unmittelbaren Planung der Aggression im Frühjahr 1939. Schon viele Jahre vor dem Überfall auf Polen hatten sich führende deutsche Monopole gründlich auf die Aneignung der polnischen Industrie vorbereitet. Die IG Farbenindustrie AG ließ 1934 genaue Ausarbeitungen über Stand und Leistungsfähigkeit der polnischen Chemieindustrie anfertigen und aktualisierte sie jährlich.<sup>1</sup> Der Stahlwerksverband ließ 1937 Produktionskapazität und

1 Vgl. Puchert, Berthold, Fragen der Wirtschaftspolitik des deutschen Faschismus im okkupierten Polen von 1939 bis 1945, mit besonderer Berücksichtigung der IG Farbenindustrie AG, Habil.-Schrift, Berlin 1968, S. 164 ff., gedruckt unter dem Titel: Działalność niemieckiej IG Farbenindustrie w Polsce. Problemy polityki gospodarczej faszystwu niemieckiego w okupowanej Polsce w latach 1939 - 1945 ze szczególnym uwzględnieniem IG Farbenindustrie AG, Warszawa 1973.

Exportstruktur der polnischen Hüttenindustrie erforschen.(2) Parallel zu diesen Vorbereitungen erfolgten diejenigen staatlicher Dienststellen. Vor allem der Auslandsstab des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) sammelte seit 1936 systematisch Informationen über die polnische Wirtschaft, in erster Linie über die Produktionskapazität der Industrie, über die Rohstoff- und Energiereserven, über die Arbeitskräfte, die Lebensmittelversorgung und das Transportsystem.(3) Analysen fertigten gleichfalls das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium (RWM) und das Osteuropainstitut in Breslau an, in denen es vor allem um den oberschlesischen Steinkohlenbergbau, die Eisenverhüttung und die Zink- und Bleierzeugung ging.(4)

Diese Ausarbeitungen akzentuierten die Bedeutung des oberschlesischen Industrie- reviers als eines der größten Kohlenbergbaugebiete Europas und als Zentrum der Zink- und Bleiverhüttung im Weltmaßstab. Nur die Unzulänglichkeiten der Wirtschaft Polens hätten eine volle Ausnutzung dieser Vorkommen verhindert. Doch würden die Ressourcen des polnischen Oberschlesien sich gut in die Wirtschaft Deutschlands einpassen. Auf Empfehlung des Stahlwerksverbandes in Gleiwitz wurde im Sommer 1939 eine spezielle Analyse über die Entwicklungsmöglichkeiten der Eisen- und Stahlverhüttung vorbereitet.(5)

Als im Juli und August 1939 die Planungen für den Überfall auf Polen abgeschlossen wurden, ergingen die Schlußfolgerungen aus den Expertisen wie aus den geplanten und erwarteten Kampfhandlungen: Das polnische oberschlesische Gebiet sollte möglichst unzerstört übernommen werden. Die Luftwaffe erhielt genaue Listen der Werke, Hütten und Bergwerke, die sofort in Betrieb genommen und nicht bombardiert werden sollten.(6)

Denn bei einem möglichen Kriegseintritt Frankreichs und Englands lagen sowohl das Ruhrgebiet als auch das Saargebiet in der Zone von Luftangriffen. Im Falle französischer Schläge drohte eine teilweise oder völlige Evakuierung und Einstellung der Produktion in diesen Gebieten. Deshalb habe, so der Generalquartiermeister der Wehrmacht, Oberst Eduard Wagner, Oberschlesien die Funktion dieser Reserve zu übernehmen und innerhalb von drei Wochen in vollem Umfang zu produzieren.(7) Es gewann damit für die Sicherung der Kriegführung der Aggressoren einen außerordentlichen Stellenwert. Unter den Erwägungen über die ökonomische Sicherstellung der Kriegführung stand die Steinkohle an erster Stelle. In Deutschland stieg die Steinkohlenproduktion von 1932 bis 1938 von 104 Mill. auf 186 Mill. t. Mit dem Vierjahresplan wuchs der Bedarf an Steinkohle ungeheuer. Steinkohle war ein strategischer Rohstoff, der nicht nur in den traditionellen Wirtschaftszweigen wie

2 Archivum Państwowe w Katowicach (APK), Stahlwerksverband AG, Verbindungsstelle Kattowitz, 71, auch in: Bundesarchiv Koblenz, Abteilungen Potsdam (BArchP), Film Nr. 72694.

3 Vgl. dazu Thomas, Georg, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918 - 1943/45, Boppard (Rhein) 1966, S. 51.

4 BArchP, AA 68353; ebenda, Reichswirtschaftsministerium (RWM), Film Nr. 19695; ebenda, Osteuropa Institut, 21, 26, 29 - 33, 42, 50.

5 APK, Stahlwerksverband AG, Verbindungsstelle Kattowitz, 47, auch in: BArchP, Film Nr. 72694.

6 Archiwum Instytutu Wojskowego Historii, Warszawa, Film T 77, R. 633, Denkschrift des Wehrwirtschaftsstabes v. 29. 6. 1939 über die wirtschaftliche Lage Polens.

7 Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres. General der Artillerie Eduard Wagner, München/Wien 1963, S. 124.

Hüttenindustrie, Energieerzeugung und Transport eine große Rolle spielte, sondern noch mehr in jenen neuen, vom Vierjahresplan forcierten Zweigen wie der Produktion synthetischen Benzins oder Gummis. Für die Rüstungsindustrie war Steinkohle doppelt so wichtig wie Benzin. Adolf Hitler begründete am 8. März 1939 die Notwendigkeit der Zerschlagung des polnischen Staates gar damit, die polnische Steinkohle und die polnischen landwirtschaftlichen Produkte für Deutschland zu sichern.(8)

Die Steinkohlensituation Deutschlands hatte sich gerade im Jahr vor der Aggression deutlich verschlechtert. Die Förderung sank im Ruhrgebiet bereits seit Mitte 1938. Wirtschaftsminister Walther Funk erklärte im Mai 1939, eine weitere Steigerung der Förderung sei nicht mehr möglich, wenn gleichzeitig die durchschnittliche Arbeitsleistung sinke, weil die qualifizierten Bergarbeiter in andere Zweige wechselten und der Anteil unqualifizierter nicht erhöht werden könne. Doch der Steinkohlenbedarf wuchs gerade mit der Realisierung von Projekten des Vierjahresplanes zur Kriegsvorbereitung. Der Aufbau neuer energetischer, chemischer und anderer Industrieobjekte im Jahre 1939, darunter der Hermann-Göring-Werke (HGW) in Salzgitter, ließ den Steinkohlenbedarf im zweiten Halbjahr 1939 so anwachsen, daß mit einem Jahresdefizit von 8,4 Mill. t Steinkohle für 1939 gerechnet wurde.(9) Dieses Defizit sollte Polens Steinkohle ausgleichen. In Hitlers Rede vom 23. Mai 1939, in der er offen aussprach, daß es keineswegs um Danzig oder den Korridor gehe, verhiess er die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Dritten Reiches auf Kosten fremden Eigentums. Diese Orientierung fand ihren Widerhall beim Wehrwirtschaftsstab des OKW, der darüber beriet, wie bereits während des Krieges oberschlesische und tschechische Steinkohle zur Versorgung Süddeutschlands, Österreichs und selbst Italiens genutzt werden könne, um die angespannte Kohlenlage Deutschlands zu entlasten.(10)

Im August 1939 war der Kohlenmangel noch gravierender. Die Reserven waren auf 15 % des monatlichen Bedarfs geschrumpft, während die Einberufungen zur Wehrmacht die Förderung um 15 % abfallen ließen. Die teilweise Evakuierung des Saargebietes bedeutete den Ausfall von 4 % der Förderkapazität.

Diese hier allein auf die Kohle konzentrierten Zusammenhänge verdeutlichen hinreichend, mit welchem Nachdruck sich die Aggressionsplaner Deutschlands auf die Inbesitznahme des polnischen Oberschlesien einrichteten.

Doch sowohl die Kalkulationen der Aggressionsplaner als auch die Beutegier der deutschen Monopole waren von Anfang an untrennbar vom Revanchismus mitbestimmt und erhielten durch ihn eine verschärfende Diktion. Polens Eroberung und die Aneignung seiner Ressourcen sollten jene Folgen der Niederlage im ersten Weltkrieg beseitigen, die seither den deutschen Monopolherren besonders schmerzlich im Gedächtnis brannten. Entgegen den Ergebnissen des Plebiszites in Oberschlesien, das eine Mehrheit für die Zugehörigkeit zu Deutschland ausgewiesen hatte, war am 20. Oktober 1921 vom Rat der Alliierten und Assoziierten Mächte eine Teilung Oberschlesiens vorgenommen worden, die das Industriegebiet als wirtschaftliche Einheit zerriß. Gestützt auf die Politik der vollendeten Tatsachen durch die drei schlesischen Aufstände, militärisch und politisch begünstigt vom französischen Bündnispartner, formal orientiert an den regionalen Ergebnissen des Plebiszites erlangte Polen folgende Positionen: Oberschlesien wurde in zwei ungleiche Gebiete

8 BArchP, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Wilhelmstraßenprozeß 467, Dok. NID-15673, auch abgedruckt in: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hg. u. eingel. v. Dietrich Eichholtz u. Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 204.

9 Bundesarchiv (BA) Koblenz, RWM, R-7-590, S. 12 - 15.

10 Długoborski, Wacław/Madajczyk, Czesław, Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939 - 1945, Düsseldorf 1977, S. 399.

geteilt, zwei Drittel verblieben bei Deutschland. Das waren außer dem westoberschlesischen Kohlenrevier um Gleiwitz vor allem landwirtschaftliche Gebiete. Ein Drittel des geteilten Territoriums wurde Polen zugesprochen. Dieser südöstliche Teil enthielt das überwiegende industrielle Potential. Von 67 Steinkohlengruben erhielt Polen 53, von 15 Blei- und Zinkgruben 10, von 14 Stahlwerken 9 und von den 37 Hochöfen 22. Diese Teilung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes schuf für beide Teile außerordentliche Schwierigkeiten, doch besonders fühlbar waren sie für die deutschen Gebiete. Bekanntlich endete der Versuch des deutschen Imperialismus, mit dem 1925 ausgelösten Wirtschaftskrieg gegen Polen dieses wirtschaftlich zur Kapitulation zu zwingen, erfolglos.(11) Das Eigentum der deutschen Konzerne im polnischen Ostoberschlesien übernahm meist der polnische Staat.

Parallel zu den militärischen Vorbereitungen des Überfalls auf Polen liefen die organisatorische und personelle Formierung von Stäben, denen die Übernahme und Inangangsetzung der Produktion des Industriereviere obliegen sollte.(12) Der bevollmächtigte Wehrwirtschaftsvertreter des OKW bei der Heeresgruppe Süd, in deren Bereich Oberschlesien fiel, war Oberst Nagel. Ihm stand ein 800köpfiger Wirtschaftsstab zur Seite. Dessen Aufgaben waren zunächst die Sicherung der Betriebe, dann ihre Inbetriebnahme, die Übernahme der Rohstoffvorräte, des Maschinenparks sowie die Verhinderung von Diebstahl und Zerstörung. Für Oberschlesien wurde eine regionale Wehrwirtschaftsinspektion in Gleiwitz geschaffen, die unmittelbar an der polnischen Grenze direkte Vorbereitungen zu treffen hatte. Zum operativen Einsatz standen ihr technische Wirtschaftseinheiten zur Verfügung, insgesamt zwei Gruppen mit etwa 650 Angehörigen.

Um das Industriezentrum auch nicht durch eventuelle Bodenkämpfe zerstören zu lassen, wurde entschieden, es ohne Teilnahme der Wehrmacht durch den überraschenden Einsatz von Divisionsverbänden einzunehmen. Den militärischen wie den zivilen Stäben wurde der Einsatz solcher Kampfmittel befohlen, die ohne größere Schäden und Schwierigkeiten eine schleunige Inbetriebnahme der Werke ermöglichen sollten. Hitler befahl den vorgesehenen Okkupationsbehörden, vor allem den Bürgermeistern, mit dem eigenen Kopf für Schäden oder Zerstörungen zu haften.(13)

Bereits vor dem Beginn der Kriegshandlungen waren die Diversantentrupps über die Grenze geschleust worden und besetzten die wichtigsten Gruben und Industrieanlagen. Als Berg- und Hüttenarbeiter verkleidete Angehörige der Abwehr wirkten dabei mit Divisionsformationen zusammen, die aus den deutschen Bewohnern jener Gebiete rekrutiert worden waren. Die "Kriegsorganisationen", im polnischen Oberschlesien illegal gebildet, waren die wichtigste Stütze der Abwehr, weil sie meist aus Mitarbeitern jener Betriebe bestanden, die es zu besetzen galt. Aus nach Deutschland geflüchteten Faschisten polnischer Staatsangehörigkeit setzte sich das "Freikorps Ebbinghaus" zusammen. Aus sudetendeutschen Faschisten war die "Kampf- und Sabotage-Organisation" formiert worden. Die Massenverbrechen dieser Diversanten an der polnischen Bevölkerung, ihre in Oberschlesien vor allem an ehemaligen Teilnehmern der Schlesischen Aufstände verübten Massenmorde sind an dieser Stelle nicht Gegenstand der Darstellung.(14)

Die Pläne des OKW für eine schnelle und ungestörte Übernahme des Industriereviere konnten weitestgehend realisiert werden. Noch bevor es der Wehrmacht in den Grenzschlachten gelang, die polnische Armee zum Rückzug zu zwingen, waren

11 Puchert, Berthold, Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925 - 1934, Berlin 1963.

12 Vgl. dazu: Sroka, Irena, Górny Śląsk i Zagłębie Dąbrowskie pod okupacyjnym zarządem wojskowym, Katowice 1975, S. 167 ff.

13 Vgl. Umbreit, Hans, Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 222.

14 Vgl. Dubiel, Paweł, Wrzesień 1939 na Śląsku, Katowice 1963.

die wichtigsten Industrieanlagen bereits ohne große Zerstörungen besetzt. Damit waren in den ersten Septembertagen die Voraussetzungen für die Umsetzung der faschistischen Planungen zur Ausnutzung des Reviers zunächst für die Kriegführung gegeben. Chef der Zivilverwaltung (CdZ) beim Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, General Gerd von Rundstedt, war Josef Wagner, der NSDAP-Gauleiter und Oberpräsident von Schlesien. Doch faktisch übte diese Funktion der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau, Otto Fitzner, aus. Bereits am 17. August 1939 wurde unter Fitzners Leitung ein Verwaltungsstab für Sonderaufgaben gebildet. Seine Aufgabe war die schnelle Eingliederung des polnischen Oberschlesien in das Deutsche Reich. Formal zur Abstimmung mit den Wehrwirtschaftsorganen verpflichtet, war Fitzners Stab selbständig tätig. In Übereinstimmung mit dem Sonderbeauftragten des Generalbevollmächtigten der Wirtschaft (GBW) legte dieser Stab fest, welche Industriebetriebe welchen deutschen Konzernvertretern kommissarisch anvertraut werden sollten. Dem Fitzner-Stab gehörten höhere Staatsfunktionäre, Landräte und Wirtschaftsspezialisten für die einzelnen Ressorts an. Sie spielten die Hauptrolle bei der prospektiven Bestallung der Gruben und Bergämter, der Hütten und Banken.(15)

## 1.2. Administrative und wirtschaftsorganisatorische Eingliederung

Von allen annektierten Teilen Polens wurde Ostoberschlesien am schnellsten und am gründlichsten "eingegliedert". Am 26. Oktober 1939 wurden der Provinz Schlesien 10 578 km<sup>2</sup> polnischen Landes mit 2,5 Mill. Menschen angeschlossen. Das waren das Industriegebiet Katowice-Sosnowiec, das Industriegebiet Dąbrowa Górnicza, die Agrarkreise Rybnik und Pszczyna sowie die westlichen Kreise der Wojewodschaft Kraków.

Die Ziele der sofortigen Annexion des industriell wichtigsten Gebietes Polens wurden sehr schnell und ohne Rücksicht auf die anderen Teile durchgesetzt. Bereits am 5. September 1939 übernahm Fitzner als faktischer CdZ die Verwaltung des bisher besetzten Gebietes. Bei den am 8. September von Hitler ausgegebenen "Richtlinien für eine Militärverwaltung im besetzten Polen" blieb Oberschlesien von vornherein außerhalb des Befehlsbereiches des Oberbefehlshabers (OB) Ost.(16) Die dann am 25. offiziell eingesetzte Militärverwaltung sah für Oberschlesien die Sonderregelung vor, es einem Grenzabschnittskommando zu unterstellen.(17) Doch diese Regelung wurde kaum wirksam, denn bereits am 28. September, noch vor dem Erlaß Hitlers über die völkerrechtswidrige Eingliederung polnischen Gebietes, wurde Ostoberschlesien aus der Militärverwaltung herausgelöst. Bereits am 1. Oktober 1939 wurde im besetzten, aber formal noch nicht annektierten Ostoberschlesien der polnische Złoty außer Kurs gesetzt und die Reichsmark als allein gültiges Zahlungsmittel eingeführt. Die anderen annektierten Gebiete Polens vollzogen diesen Schritt erst zum 1. Januar 1940. Ebenfalls noch vor der offiziellen Annexion vom 26. Oktober dekretierte der Oberpräsident von Schlesien die Bildung des neuen Regierungsbezirks Kattowitz.(18)

15 Umbreit, S. 69 ff.

16 BArchP, Film Nr. 1824.

17 Mit der Unterstellung Oberschlesiens unter das Grenzabschnittskommando Süd wurde es nicht einer Besatzungsverwaltung, sondern einem territorialen Kommando Deutschlands zugeordnet.

18 Die Städte und Kreise Oberschlesiens werden mit ihrem polnischen Namen benannt, wenn sie vor dem 1. 9. 1939 zu Polen gehörten; eine Ausnahme bilden die Bezeichnungen von Verwaltungseinheiten, wie Regierungsbezirk Kattowitz, oder geographische Namen als Teil von Okkupationsbehörden, wie Treuhand-

Mit dem 18. Januar 1941 wurde die Provinz Schlesien geteilt und die neue Provinz Oberschlesien mit der Hauptstadt Kattowitz geschaffen. Wagners bisheriger Stellvertreter Fritz Bracht wurde NSDAP-Gauleiter und Oberpräsident der neuen Provinz. Seine Vollmachten überstiegen bei weitem die traditioneller preußischer Oberpräsidenten und entsprachen denen der Reichsstatthalter im annektierten Polen. Mit der Bildung der selbständigen Provinz Oberschlesien wuchs die Bedeutung des annektierten Ostoberschlesien, denn es bildete territorial etwa die Hälfte und industriell den überwiegenden Teil der neuen Provinz.(19)

Da auch die Stadtkreise des deutschen westoberschlesischen Industriereviere dem Regierungsbezirk Kattowitz zugeordnet wurden, umfaßte dieser alle Industrieregionen dieses Gebietes. Seiner industriellen Gliederung nach bestand es aus fünf Revieren, dem westoberschlesischen (Beuthen, Gleiwitz), dem ostoberschlesischen (Katowice), dem Dąbrowa-Revier, den Revieren von Jaworzno und Teschen. Der bergbaulichen Abgrenzung der Steinkohlengruben entsprachen mit Ausnahme der Textilindustrie auch die Hüttenindustrie und andere Industriezweige.

Ebenso schnell wie die administrative Eingliederung vollzogen die Aggressoren die wirtschaftliche. Am 13. September wurden deutsche Preise und Löhne eingeführt sowie die Zollgrenze zwischen beiden Teilen Oberschlesiens aufgehoben und an die alte preußisch-russische Grenze von 1914 verlegt. Die Aufsicht über die Wirtschaft des besetzten Industriegebietes übernahm die Wirtschaftsabteilung des Fitzner-Stabes. Am 5. September 1939 wurde in Katowice eine deutsche Industrie- und Handelskammer gebildet, an deren Spitze der Vorsitzende des Berg- und Hüttenmännischen Vereins Gleiwitz, Günther Falkenhahn, trat. Diesem Zusammenschluß der Unternehmen standen eine Handwerkskammer und eine Gauwirtschaftskammer mit Sitz in Oppeln zur Seite. Staatliche wirtschaftsregulierende Funktionen übten nach der Annexion die Dienststellen des Oberpräsidenten vor allem durch ihre Niederlassungen in Katowice aus.

Nach der Bildung der Provinz Oberschlesien wurden die Kompetenzen der Wirtschaftsregulierung beim Oberpräsidenten konzentriert, dem ein Führungsstab Wirtschaft sowie ein NSDAP-Gauwirtschaftsberater unterstanden. Bracht stand auch der 1941 geschaffenen Arbeitskammer vor. Ebenfalls 1941 wurde die Wirtschaftskammer Oberschlesien geschaffen. Zu ihrem Leiter berief Bracht den bisherigen Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Kattowitz, Arthur Jacob.(20)

Die Wirtschaftskammer sollte Bedingungen herstellen, um das heterogene Industriegebiet zu einer wirtschaftlichen Einheit zu entwickeln. Sie übte die unmittelbare Aufsicht über 22 286 Industriebetriebe aus, die entsprechend der organisatorischen Gliederung der deutschen Kriegswirtschaft den jeweiligen Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen bzw. Fachuntergruppen Deutschlands angehörten. Auf Provinzebene wurden 27 regionale Wirtschaftsgruppen geschaffen, von denen jedoch nur drei ihren Sitz in Katowice nahmen, die übrigen in Gleiwitz.(21) Der Wirtschaftskammer wurde

stelle Kattowitz. - Mit Ausnahme einiger kleinerer Gebiete, die dem bisherigen Regierungsbezirk Oppeln angeschlossen wurden, umfaßte der neugebildete Regierungsbezirk Kattowitz alle annektierten polnischen Gebiete Oberschlesiens sowie das 1938 von Polen annektierte tschechische Olsa-Gebiet (Tešín, Karwiná, Třinec). Er umfaßte ab 4. 4. 1940 die Stadtkreise Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg, Kattowitz, Königshütte und Sosnowitz und die Landkreise Będzin, Zywiec, Beuthen, Gleiwitz, Bielitz, Chrzanów, Cieszyn, Tarnowskie Góry, Pless, Kattowitz und Rybnik. Regierungspräsident war Walther Springorum.

19 Die neue Provinz setzte sich aus den zwei Regierungsbezirken Oppeln und Kattowitz zusammen.

20 Vgl. dazu Sulik, Alfred, Przemysł ciężki w rejencji katowickiej w gospodarce Trzeciej Rzeszy (1939 - 1945), Katowice 1984, S. 58 ff.

21 Vgl. Verordnung über die Einführung der gewerblichen Wirtschaft in den eingegliederten Ostgebieten, in: RGBL, I, 1940, S. 549.

eine vom Reichswirtschaftsministerium berufene Bezirksausgleichsstelle für öffentliche Aufträge zur Seite gestellt, die vor allem die Koordinierung von Wehrmichtsaufträgen übernehmen sollte.

Doch 1943 erfuhr die von der Kammer repräsentierte Struktur eine wesentliche Änderung: Die Wirtschaftskammer Oberschlesien und die Industrie- und Handelskammer wurden ab 1. Januar 1943 zur Gauwirtschaftskammer zusammengeschlossen. Sie unterhielt neben dem Sitz in Katowice Filialen in Katowice, Oppeln, Cieszyn, Bielsko-Biala und Sosnowiec.

Die leitenden Funktionen in der Gauwirtschaftskammer übten die Direktoren der größten Konzerne aus. Präsident wurde der Generaldirektor der Gräflich-Schaffgotschen Werke, Otto Berve. Als Vizepräsidenten waren die Generaldirektoren der Bergwerksverwaltung Oberschlesien der HGW, der Generaldirektor der BERGHÜTTE und andere Konzernvertreter tätig. Der Gauwirtschaftskammer waren sämtliche anderen Wirtschaftsorganisationen, Institutionen und Selbstverwaltungsorgane untergeordnet.(22)

Nicht nur die staatlichen und wirtschaftsregulierenden Institutionen nach Art der Kammern ordneten sich schnell in das Organisationssystem des faschistischen Deutschland ein. Das traf auch für die Formen der Selbstorganisation der Unternehmen zu. Der Steinkohlenbergbau gehörte zur Wirtschaftsgruppe Bergbau und gründete eine Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Oberschlesien mit Sitz in Katowice. Leiter der Bezirksgruppe wurde Falkenhahn. Er und sein Stellvertreter Pyrkosch repräsentierten gleichzeitig den Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein, der eine Zweigstelle in Katowice gründete. Die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau hatte u. a. die Zusammenarbeit mit den staatlichen Bergämtern zu regeln. Bereits am 10. August 1940 war das deutsche Bergrecht im annektierten Polen eingeführt worden. Zuständig war das Oberbergamt Breslau, dem die lokalen Bergämter unterstanden. Die ober-schlesischen Gruben wurden territorial in 7 Bergkreise eingeteilt, ab 1. Oktober 1942 in 13 Kreise. Sie vereinigten - einschließlich des deutschen Oberschlesien - 112 Bergwerke sowie 48 Brikettfabriken, Erzgruben und andere Betriebe.

Die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau hatte umfassende Vollmachten. Sie schrieb den einzelnen Gruben die Produktionsaufgaben vor, kontrollierte die Erfüllung, lenkte die Beschäftigungspolitik und vertrat die Interessen der Grubengesellschaften. Nach der Liquidierung der Institution des Reichskohlenkommissars und ihrer Ersetzung durch die Reichsvereinigung Kohle gehörten zu deren engerer Leitung auch die ober-schlesischen Konzernvertreter Fritz Springorum, Berve, Alfred Pott, Falkenhahn und Max Palm. Der letztgenannte wurde zum Reichsbevollmächtigten Kohle für die besetzten und annektierten Ostgebiete ernannt. Als Selbstverwaltungsorganisation - die Förderung und Verkauf zusammenfassen sollte - fungierte die Oberschlesische Steinkohlensyndikat GmbH in Gleiwitz, der ab 1940 alle Kohlenproduzenten angehören mußten.(23)

In ähnlicher Weise wie die Steinkohlenzechen waren die Eisenerzgruben in der Bezirksgruppe Ostdeutscher Eisenerzbergbau der Wirtschaftsgruppe Bergbau zusammengefaßt, mit Sitz in Gleiwitz. Die Zink- und Bleigruben gehörten der Fachgruppe Metallergbergbau an. In analoger Weise zugeordnet waren auch die Kraftwerke. Die Energieversorgung Oberschlesien (EVOS) gehörte zur Reichsgruppe Energieversorgung, während sie gleichzeitig dem Generalinspekteur des Reiches für Wasser und Energie unterstand.

22 BArchP, RWM, Film Nr. 9823.

23 Nur die Gruben des Reviers von Jaworzno gehörten dem Syndikat nicht an. Unbeschadet der Zugehörigkeit versuchten die Gruben eines Reviers - z. B. Karviná - durch die Organisation eigener Verkaufsgenossenschaften beispielsweise ihre spezifischen Interessen wahrzunehmen.

An der Spitze der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie stand Ernst Poensgen. Ihr gehörte die am 15. März 1940 geschaffene Bezirksgruppe Oberschlesien an, deren Vorsitzender Pott war. Die oberschlesischen Hütten waren gleichfalls wie die Steinkohlenteichen der Reichsvereinigung Kohle ihrerseits der im Mai 1942 gebildeten Reichsvereinigung Eisen untergeordnet. Ihr hatten alle Produzenten der Branche anzugehören. Bereits im September 1939 hatte der Stahlwerksverband Düsseldorf die Aufsicht über Produktion und Erlöse der oberschlesischen Hütten an sich gezogen. In ähnlicher Weise waren die anderen Industriebetriebe den jeweiligen Organisationen ihrer Branche und den staatlichen Institutionen des Reiches eingeordnet.

Über diese organisatorischen Einbindungen in die Regulierungsmechanismen des Staates und der Monopole hinaus bestand vor allem für die Kriegsgeräte wie Munition fertigende Hüttenindustrie eine wichtige Bestimmung in der Tätigkeit der Rüstungsinspektion zunächst in Breslau, dann der speziell für sie geschaffenen in Katowice.

Denn bei der Teilung der Provinz Schlesien waren zwei für die Okkupationspolitik zentrale Einrichtungen nicht aufgeteilt worden: Der Höhere SS- und Polizeiführer blieb ebenso in Breslau wie der Wehrkreisbefehlshaber mit seiner Rüstungsinspektion. Und sie waren zunächst für beide Provinzen zuständig. Doch die wachsende Bedeutung Oberschlesiens für die Kriegswirtschaft Deutschlands führte dazu, daß Rüstungsminister Albert Speer ab 1. April 1943 die Provinz Oberschlesien aus der Rüstungsinspektion des Wehrkreises VIII Breslau herauslöste und eine eigene, selbständige Rüstungsinspektion VIII b Kattowitz schuf. Sie übte die Aufsicht über sämtliche Rüstungsbetriebe des oberschlesischen Industriegebietes aus.(24)

### 1.3. Ansprüche, Verteilung und Bilanzierung der Beute. Die staatsmonopolistische Regulierung des Raubzuges

Die deutschen Konzernherren hatten sich nicht nur jahrelang auf die erwartete Übernahme polnischen Eigentums vorbereitet. Sie beeilten sich auch, sofort ihre Ansprüche anzumelden. So informierte bereits am 7. September 1939 das Vorstandsmitglied des IG-Farben-Konzerns, Georg von Schnitzler, das RWM über den Anspruch der IG auf die vier wichtigsten polnischen Farbstofffabriken, die zu diesem Zeitpunkt noch jenseits der Frontlinie lagen.(25) Am selben Tage richtete die Deutsche Bank einen "Vorschlag zur Frage der allfälligen Interessenahme am polnischen Bankwesen" an das RWM.(26) 14 führende Stahlindustrielle berieten am 19. September 1939 über die Aneignung der ostoberschlesischen Eisenhütten. Sie hielten es "für richtig, daß die ostoberschlesischen Werke möglichst an ihre früheren Besitzer und Besitzergruppen zurückkommen".(27) Damit waren die bisher nicht in diesem Revier vertretenen Konzerne jedoch keineswegs einverstanden. Hermann Göring und das RWM wollten auch die Konzerne von Ruhr und Saar, vor allem aber die Hermann-Göring-Werke, an der Beute beteiligen.

24 BAArchP, Reichministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, 23, S. 16 ff.

25 Siehe Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939 - 1945), ausgew. u. eingel. v. Werner Röhr = Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938 - 1945), Bd. 2, hg. unter d. Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler (im folgenden: Europa unterm Hakenkreuz), Berlin 1989, Dok. 4, S. 112 f.

26 Ebenda, Dok. 3, S. 111 f.

27 BA Koblenz, R 13 I/1002.

So gab es wesentlich drei Gruppen deutscher Konzerne, die heftig um die ostoberschlesischen Gruben, Hütten und Werke rauften:

1. Die erste Gruppe bildeten die schlesischen Magnaten Ballestrem, Schaffgotsch, Kraft Henckel von Donnersmarck, Giesche, Pless; aber auch Staatskonzerne wie Schlesische AG für Bergbau- und Zinkhüttenbetriebe (SCHLESAG) oder Preußische Bergwerks- und Hütten AG (PREUSSAG) wollten zunächst ihr früheres Eigentum zurückerlangen, darüber hinaus aber auch in andere Bereiche des Reviers vordringen.

Die schlesischen Magnaten fühlten sich berechtigt, nicht nur das Vorrecht, sondern sogar die Ausschließlichkeit bei der Disposition über das polnische Eigentum zu verlagern. Sie vereinigten sich in den ersten Septembertagen zu einem geheimen Gremium und forderten die "Rückgabe des ostoberschlesischen Industrieigentums sowie die Wiedergutmachung des ihnen von den Polen zugefügten Unrechts".(28) In ihrem Namen schickte der Berg- und Hüttenmännische Verein Gleiwitz am 9. September 1939 eine Denkschrift an die Obersten Reichsbehörden. Darin wurden die bei der Teilung Oberschlesiens erlittenen Verluste und die Benachteiligung aufgezählt, die bei den Entschädigungszahlungen der Reichsregierung im Vergleich zum Ruhrgebiet entstanden waren, sowie die Vereinigung des 1921 geteilten Eigentums der Magnaten als unerläßliche Bedingung gestellt. Die Denkschrift forderte für diese Ziele eine starke und weitgehende Unterstützung der zentralen Instanzen gegen die Ansprüche anderer, nichtschlesischer Konzerne.(29)

Der Ballestrem-Konzern wollte nicht nur die verlorenen Hütten Friedenshütte, Baildon und Ferrum zurückerstattet haben, sondern erhob Anspruch auf das gesamte Eigentum der Interessengemeinschaft für Bergbau- und Hüttenbetriebe Kattowitz.(30) Diese war aus dem 1921 im polnischen Oberschlesien gelegenen ehemaligen Eigentum deutscher Konzerne gebildet worden. Hauptaktionär war mit 86,5 % des Kapitals der polnische Staat. Die IG war der größte Montankomplex im polnischen Ostoberschlesien.(31)

Als es bereits offenkundig war, daß Göring und das RWM nicht beabsichtigten, den schlesischen Magnaten ihr 1921 verlorenes Eigentum voll zurückzuerstatten, richtete der Generaldirektor der Bismarckhütte, Kallenborn, am 30. September eine Denkschrift an das RWM. Darin hob er hervor, daß die Industriellen aus dem Ruhr- und Saargebiet aufgrund ihrer Unkenntnis über die komplizierten ober-schlesischen Verhältnisse nicht in der Lage sein würden, die Wirtschaft Oberschlesiens wirklich im Einklang mit den Interessen des Staates und der Wehrmacht zu entwickeln, wohingegen die schlesischen Magnaten für die neuen Aufgaben bestens qualifiziert und vorbereitet wären.(32) Die alleinige Verfügungsgewalt der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) über das polnische Eigentum schuf bei den Magnaten ein Gefühl der Unruhe und der Bedrohung. Sie fanden Unterstützung bei der Reichsstelle für Eisen und Stahl, wohingegen Göring und das RWM sich für die Beteiligung westdeutscher Konzerne bei der Verteilung der polnischen Beute einsetzten.

2. Die Konzerne von Ruhr und Saar, an der Spitze Krupp und Röchling, aber auch Hoechst, Mannesmann, Flick u. a. bildeten die zweite Gruppe. Sie lagen untereinander ebenso im Streit wie mit den Konkurrenten aus den beiden anderen Gruppen. Ebenso wie die schlesischen Magnaten waren die Bewerber von Ruhr und Saar

28 Zit. nach: Sulik, S. 113.

29 APK, Abt. Psczyna, Falkenhahn, 71, Denkschrift über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Rückgliederung der ostoberschlesischen wirtschaftlichen Unternehmungen.

30 Polnisch: Wspólnota Interesów Górniczno-Hutniczych, S. A. Katowice.

31 Seine größten Gesellschaften waren die Bismarckhütte und die Königshütte. Nach der IG Kattowitz war auch der zweitgrößte Montankonzern, die Huta Pokój (Friedenshütte) mehrheitlich vom polnischen Staat getragen.

32 BArchP, RWM, Film Nr. 11917.

daran interessiert, die Montankomplexe geschlossen zu übernehmen. Unter Teilnahmen von Ernst Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken und Erich Bachtlof von der Deutschen Bank fand am 2. Oktober in Katowice eine Konferenz über die Verteilung einiger oberschlesischer Industriebetriebe statt, auf der generell festgelegt wurde, sie nicht ausschließlich den lokalen Interessenten zu überlassen.(33)

Zunächst begann die faschistische Führung der Provinz Schlesien damit, Ruhrindustrielle wie Friedrich Flick, Alfred Krupp, Hermann Röchling, Flottmann u. a. zu interessieren. Auf Einladung von Gauleiter Wagner führten Röchling, Ewald Löser, Krupp und ein Vertreter der IG Farben zu Beginn des Jahres 1940 eine Besichtigungsreise durch. Mitte 1940 reisten Wilhelm Zangen, Leiter der Reichsgruppe Industrie, mit Jakob Wilhelm Reichert, dem Geschäftsführer der Gruppe Eisen schaffende Industrie, Wilhelm Bötzke und weiteren Vertretern durch das annektierte Oberschlesien.(34)

Von den eingeladenen Ruhrkonzernen forderte Röchling die Baildonhütte, welche zugleich Ballestrem beanspruchte. Außerdem wollte Röchling die zur Gruppe Königs- und Laurahütte gehörigen Hütten Piłsudski, Laura und Eintracht, machte aber eine ausreichende Kohlenversorgung aus eigenen Gruben zur Bedingung des Erwerbs.

Flick forderte die Übernahme seiner 1936 an den polnischen Staat verkauften Betriebe. Gegen Krupp und Röchling konkurrierte er um das Eigentum der IG Kattowitz, vor allem ging es ihm um die Bismarckhütte. Doch die Bismarckhütte mit den einzelnen Komplexen Florianhütte, Batoryhütte, Zygmunthütte und Schlesienhütte wollte auch Krupp - und nur im Ganzen - übernehmen. Außerdem forderte Krupp als Kohlenbasis für diese Hütten die Gruben des Bergbaureviere von Rybnik, weil die ihm angebotenen Gruben Polska und Dubienseko den Kohlenbedarf der Hütten nur zu 65 % decken konnten. Aber diese Rybnik-Gruben beanspruchte ebenso die IG Farben.

Außer den genannten Konzernherren bewarben sich auch weniger mächtige. Für die Bismarckhütte sowie die Königs- und Laurahütte interessierte sich z. B. der Großaktionär der IG Kattowitz, Rhode. Auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Junkers-Werke, Koppenberg, bewarb sich, nachdem Flick davon Abstand genommen hatte. Die Eintrachthütte in Świętochłowice wollte die Fa. Ehrhardt-Sehmer übernehmen.(35)

3. Die stärkste Position, seine Wünsche auf Kosten der Konkurrenten durchzusetzen, hatte der Staatskonzern Hermann-Göring-Werke. Diese waren ausschließlich auf die Steinkohlengruben gerichtet, um eine Kohlenbasis für die eigenen Werke zu erlangen. An den Hütten dagegen hatten die HGW kein Interesse. Die HGW entwickelten nicht nur die größte Gier nach den Steinkohlengruben, sondern waren im Bestreben, sich einen ausschließlichen Vorteil zu Lasten der Konkurrenten zu verschaffen, als einzige bestrebt, die bestehenden Industriekomplexe aus Gruben und Hütten zu zerreißen. Die Forderungen der HGW richteten sich in erster Linie gegen die schlesischen Magnaten und die schlesischen Staatskonzerne, wie die PREUSSAG, und erst in zweiter Linie gegen die Ruhrkonzerne, da deren Interesse am Erwerb recht unterschiedlich ausgeprägt war, drastisch schwankte und nach dem Sieg über Frankreich weitgehend erlosch.

Über diese drei Gruppen hinaus meldeten zahlreiche weitere große oder kleinere deutsche Konzerne ihre Forderungen oder Wünsche für die Übernahme polnischen Eigentums an. In der ersten Reihe standen die deutschen Großbanken und die

33 APK, Stahlwerksverband, Kattowitz, 65, auch in: BArchP, Film Nr. 72649; ebenda, RWM, Film Nr. 11917.

34 Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Dok. 64, S. 175 ff.

35 Einen ausführlichen Überblick über alle Phasen und Schritte dieses Konkurrenzkampfes gibt Sulik, S. 121 - 135.

Chemiekonzerne mit der IG Farbenindustrie AG. In keinem Bereich jedoch gestaltete sich der Streit um die Beute so heftig wie bei der Steinkohle.

Um den für die faschistische Führung unerwartet heftigen Konkurrenzkampf um die polnische Beute im staatsmonopolistischen Gesamtinteresse regulieren zu können, wurde von Göring die Haupttreuhandstelle Ost geschaffen. Am 19. Oktober 1939 berufen, übernahm sie strukturell und personell den Apparat der Deutschen Stiftung.<sup>(36)</sup> Die für Oberschlesien zuständige Treuhandstelle, und zugleich die wichtigste der HTO überhaupt, hatte ihren Sitz in Katowice. Der HTO oblag es, die Erfassung, Verteilung und Ausnutzung der polnischen Industrieobjekte zu organisieren und dabei das Gesamtinteresse des deutschen Monopolkapitals gegenüber den Sonderinteressen einzelner Konzerne insoweit durchzusetzen, daß die wirtschaftspolitischen Ziele der Aggressoren erfüllt würden. Und die Regulierung des Raubzuges deutscher Konzerne lag im Gesamtinteresse des deutschen Monopolkapitals, weil auf diese Weise der Raub als legaler Akt des Staates respektive der Okkupationsorgane erscheinen konnte, dagegen die unmittelbaren Nutznießer abgeschirmt und gleichzeitig ihre konkurrierenden Interessen reguliert werden konnten. Die von der HTO eingesetzten Treuhänder und kommissarischen Verwalter wurden dabei als die späteren "Eigentümer der von ihnen jetzt verwalteten Betriebe und damit als bodenständiger Träger des Deutschtums im Osten" angesehen.<sup>(37)</sup> Mit der Regulierung durch die HTO konnten auch die komplizierten Fragen der ausländischen Kapitalbeteiligung an den polnischen Betrieben und damit die besonderen Ansprüche internationaler Finanzgruppen berücksichtigt werden.

Die HTO hatte die Vollmacht, das Eigentum des polnischen Staates und polnischer Staatsbürger zu beschlagnahmen sowie dieses den neuen Eigentümern zuzuweisen. Zur zwangsweisen Einziehung standen ihr SS und Polizei zur Verfügung. Zum Leiter der HTO in Berlin berief Göring Max Winkler. Mit dem 1. November wurde der HTO das ausschließliche Verfügungsrecht über die polnischen Betriebe übertragen. Auf diese Weise sicherte sich innerhalb der faschistischen Führung Göring den entscheidenden Einfluß bei der Verteilung der großen Industriebetriebe.

Die Treuhandstelle Kattowitz begann ihre Tätigkeit am 9. November 1939. Anfangs arbeitete sie unabhängig vom Oberpräsidenten und vom Regierungspräsidenten Kattowitz. Die Verordnung Görings vom 17. Februar 1941 schloß den Prozeß der Verflechtung beider Institutionen damit ab, daß die Treuhandstelle dem Oberpräsidenten unterstellt wurde. Erster Leiter der Treuhandstelle Ost (TO) Kattowitz war Fitzner gewesen, seit 1940 war Gauwirtschaftsberater Jacob sein Nachfolger. Ab 17. Februar 1941 übernahm der Leiter der Gauwirtschaftskammer, Matousche, auch die direkte Leitung der Treuhandstelle Kattowitz.<sup>(38)</sup>

Die Treuhandstelle Kattowitz erfuhr einen großen Ausbau. Seit dem 17. Februar 1941 gliederte sie sich in 10 selbständige Abteilungen mit 620 Mitarbeitern. Die Industrieabteilung leitete Günther Saat. Territorial unterstanden der TO Kattowitz auch die dem Regierungsbezirk Oppeln angeschlossenen 3 polnischen Kreise. Außenstellen hatte die TO in fast allen großen Städten des Industriegebietes.<sup>(39)</sup>

Die erste Tätigkeit der TO Kattowitz zur organisierten und systematischen Ausnutzung des Industriepotentials Oberschlesiens war die Verzeichnung aller Industriebetriebe und -unternehmen und die Bestätigung der bereits von der Militärverwaltung eingesetzten kommissarischen Verwalter. Letzteres war ungewöhnlich schwierig.

36 Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Dok. 24, S. 132 f.

37 Rundverfügung über die Prüfung der politischen Zuverlässigkeit von kommissarischen Verwaltern, in: Mitteilungsblatt der Haupttreuhandstelle Ost, Nr. 2, Berlin, 25. 2. 1940, S. 19.

38 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 282; vgl. ebenda, 239, Historie der Treuhandstelle Kattowitz; vgl. BArchP, RWM, Film Nr. 10434.

39 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 5364.

rig, da ihr zahlreiche sog. wilde, von den Bürgermeistern vor Bildung der HTO übernommene oder gar verkaufte Betriebe vorenthalten wurden. Um ihren ausschließlichen Anspruch durchzusetzen, erkannte die HTO keinen nicht von ihr bestätigten Verwalter bzw. Verkaufsakt an. Im ganzen registrierte die TO Kattowitz rund 220 000 Objekte, davon rund 28 000 Betriebe. Diese Tätigkeit wurde 1942 im wesentlichen abgeschlossen, so daß sich zu dieser Zeit die Vorkriegsstruktur des obstoberschlesischen Industriegebietes sehr verändert hatte.(40)

Um dem Raub polnischen Eigentums einen Mantel der Legitimität umzuhängen, erließ Göring Verordnungen, die das Recht zur Enteignung genauer bestimmten. Die erste Verordnung zur Sicherung des Vermögens des polnischen Staates vom 15. Februar 1940 bezog sich auf das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen mit allen Anteilen, Rechten und Ansprüchen desselben. Dieses Vermögen wurde pauschal enteignet und dem Deutschen Reich zugunsten der HTO zugesprochen, der das ausschließliche Verfügungsrecht darüber bestätigt wurde.(41)

Die zweite, die sog. Polenvermögensverordnung Görings vom 17. September 1940 betraf das Privatvermögen der Personen, die vor dem 1. September 1939 Bürger Polens, und zwar jüdischer und polnischer Nationalität, waren. Ihr bewegliches und unbewegliches Vermögen mit allen Rechten und Ansprüchen wurde zugunsten des Deutschen Reiches konfisziert. Der Beschlagnahme unterlag ebenfalls Vermögen, das für die Kriegführung bzw. die Festigung des Deutschtums beansprucht wurde. Über alles beschlagnahmte Vermögen wurde eine kommissarische Verwaltung eingesetzt, wie überhaupt die Einsetzung eines kommissarischen Verwalters durch die HTO automatisch eine Konfiskation einschloß. Die Verfügung über das entsprechend dieser Verordnung geraubte Vermögen lag bei den Treuhandstellen der HTO.(42)

Bis Mitte 1940 waren in 826 Industriebetrieben kommissarische Verwalter eingesetzt, darunter für 70 Steinkohlengruben, 96 Hütten und eisenverarbeitende Betriebe, 41 Metallbetriebe, 67 Chemiewerke und 238 Textilbetriebe, ebenso für 578 polnische Banken, Kredit- und Sparkassen. Die HTO war jedoch mit diesen Resultaten ihrer TO Kattowitz unzufrieden. Letztere begründete den von der HTO kritisierten Stand der Einsetzung vor allem mit dem Mangel an geeigneten kommissarischen Verwaltern, insbesondere für das Dąbrowa-Revier. Da dieses niemals zu Deutschland gehört hatte, waren hier spezielle technische und auch sprachliche Voraussetzungen nötig.(43)

Ende 1942 war die Konfiskation des polnischen Eigentums praktisch beendet. Unter der Aufsicht der Industriebeteiligung der TO Kattowitz befanden sich 1 770 Industriebetriebe. Doch die TO konnte inzwischen nicht mehr über die größten Industrieobjekte verfügen, da die HTO in Berlin mit dem 17. Februar 1941 die Verfügungsgewalt über alle Betriebe in der Größenordnung von mehr als einer halben Million Reichsmark an sich gezogen hatte.

Diese Bedeutungsminde rung zeigte sich vor allem bei der abschließenden Tätigkeit der HTO, dem Verkauf der Betriebe an die sich als Käufer bewerbenden deutschen Konzerne. Görings Verordnung vom 12. Juni 1940 hatte der HTO diese Aufgabe zu-

40 Ebenda, 249. - Von 27 714 erfaßten Industrie-, Handwerks- und Handelsbetrieben waren 13 651 konfisziert worden. Von ihnen waren 5 436 unter kommissarische Verwaltung gestellt, der Rest liquidiert worden.

41 RGBl., I, 1940.

42 Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Dok. 76, S. 189.

43 Die Zugehörigkeit zu Kongreßpolen als Teil des russischen Zarenreiches bis 1918 prägte von den technischen Normen bis zu Absatzmärkten und Verkaufsorganisation den Steinkohlenbergbau hier auf besondere Weise. Die Prozesse der wirtschaftlichen und technischen Vereinheitlichung im 1918 wiedererstandenen polnischen Staat stießen auf manche Hemmnisse.

geschrieben. Am 17. September desselben Jahres wurde diese Vollmacht insofern eingeschränkt, als für jede Eigentumsübertragung eine Einigung zwischen der HTO und dem Reichsfinanzministerium vorgenommen werden mußte und außerdem den Gauleitern ein Mitentscheidungsrecht eingeräumt wurde. Der wichtigste Vorgang des Verkaufs war zweifellos die Preisbildung. Keine Abstimmung mit den Finanzorganen konnte verhindern, daß das geraubte polnische Eigentum meistens zu Spottpreisen verschleudert wurde. Im Falle der schwierig zu verkaufenden Eisenhütten wurden die niedrigen Preise stets damit begründet, daß im gegenteiligen Falle die Käufer noch weniger geneigt seien, die erforderlichen Investitionen vorzunehmen, um die überalterten Hütten zu modernisieren. Die Verschleuderung bezog sich indes nicht nur auf den Verkaufspreis, sondern auch auf die dabei gewährten großzügigen Steuernachlässe.(44)

Die neue Eigentumsstruktur soll im folgenden nach Industriezweigen umrissen werden. Insgesamt übernahmen die deutschen Konzerne im annektierten polnischen Oberschlesien 70 Steinkohlengruben, 15 Koks- und 4 Brikettfabriken, 30 Eisenhüttenbetriebe, 2 Zink- und Bleigruben, 10 Zinkhütten und 1 Blei- und Silberhütte. Diese oberschlesischen Gruben, Hütten und Werke waren zwar nur ein Teil des Raubes in Polen, doch bildeten sie die wertvollste, begehrteste und deshalb auch umstrittenste Beute. Ihre Lagerung fing jedoch nicht erst 1942 an, nachdem sich die neue Eigentumsstruktur mehr oder weniger herausgebildet hatte. Und die HTO war nicht die einzige Institution, die es unternahm, diese Beute nach Potential und Ausnutzung der Lagerstätten und der Produktionskapazitäten zu bilanzieren. Von den ersten Tagen der Okkupation an, mitten im Clinch um die begehrtesten Beutestücke, begannen staatsmonopolistische Institutionen, Wirtschaftsvereinigungen und staatliche Dienststellen mit der Ausarbeitung von Studien und Bilanzen sowohl über die natürlichen Reichtümer als auch über die vorhandenen Produktionsanlagen.

An dieser Stelle sollen einige dieser Ausarbeitungen genannt werden:

- Der Wehrwirtschaftsstab des OKW erarbeitete bereits im Oktober 1939 die Studie "Das deutsche Besatzungsgebiet in Polen und seine wehrwirtschaftliche Bedeutung".

- Parallel dazu verfaßte das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung die Analyse "Bergbau und Industrie in den neuen Reichsgauen und im Generalgouvernement".(45)

- Von den Analysen der Wirtschaftsgruppen ist die im Dezember 1939 verfaßte Analyse der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie "Zur Lage der Hüttenwerke in Ostoberschlesien, dem Dombrowa- und dem Olsa-Gebiet" herauszuheben, weil sie für viele parallele Prozesse in anderen Branchen bezeichnend ist. Dieser Bericht wurde von einer Kommission deutscher Hüttendirektoren und -ingenieure verfaßt und enthält ausführliche Daten zur Entwicklungsgeschichte und Besonderheit der beschriebenen drei Reviere, Beschreibungen der einzelnen Betriebe und Zahlentafeln über deren entscheidende Kenndaten. Die Kommission besichtigte im November 1939 sämtliche Werke der Eisen schaffenden Industrie. Jedes Werk wurde nicht nur beschrieben, sondern auch bewertet. In abschließenden Folgerungen und Vorschlägen heißt es: "Ein auffallendes Merkmal der Eisenindustrie Oberschlesiens und des Olsa-Gebietes ist die Zusammenballung zahlreicher Hüttenwerke auf engem Raum, die ein ziemlich gleichartiges Erzeugnisprogramm mit nur wenig untereinander abweichenden Einrichtungen erledigen. Dieser unbefriedigende Zustand wurde jahrelang durch die Aufteilung des Gebietes unter vier verschiedene Staatswesen und durch hohe Schutzzölle verschleiert. Er tritt jetzt nach dem Fortfall der

44 Drastische Beispiele dafür siehe bei Sulik, S. 168 ff. - Vgl. auch die im folgenden Text genannten Preise für Gruben und Hütten in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Dok. 163, S. 286 f.

45 Diese Analyse wurde in der Wirtschaftsrundschau, 2. 11. 1939, veröffentlicht; sonst: BAArchP, RWM, Film Nr. 10695.

Grenzen erneut deutlich hervor, so daß die Notwendigkeit einer Bereinigung der Erzeugungsverhältnisse ... gegeben ist."(46)

- Nicht nur die Wirtschaftsgruppen, auch einzelne Konzerne unternahmen eine Bilanzierung des möglichen Nutzens der annektierten polnischen Gebiete. Genannt sei hier nur die Ausarbeitung der IG Farben "Die wirtschaftlichen Kräfte der deutschen Interessengebiete im ehemaligen Polen und ihre Bedeutung für den großdeutschen Wirtschaftsraum".(47)

In diesen und in weiteren Analysen sowie in Artikeln der Wirtschaftspresse(48) wurden vor allem Faktoren, die das Wirtschaftspotential Deutschlands stärken konnten, hervorgehoben. Hier seien einige wenige Kennziffern umrissen:

Durch die Annexion polnischer Gebiete wuchs das Territorium Deutschlands um 22 % und seine Bevölkerung um 20 %. An erster Stelle in der Bilanz des Zuwachses stand in allen Analysen die Steinkohle. Die Steinkohlevorräte des annektierten Gebietes wurden auf rund 150 Mrd. t geschätzt; damit stiegen die Reserven Deutschlands an diesem entscheidenden Rohstoff erheblich an. Die jährliche Förderkapazität erweiterte sich um 55 bis 60 Mill. t, die Steinkohlenförderung stieg um 25 %.

Gleichzeitig erweiterte sich die Produktion von Steinkohlenkoks um etwa 7 Mill. t jährlich, so daß Deutschlands Koksproduktion auf rund 50 Mill. t anstieg. Für die Koksproduktion spielte besonders die hochwertige Kohle des Olsa-Gebietes eine große Rolle. Das Potential der Hüttenindustrie Ostoberschlesiens war bedeutend. In 62 Siemens-Martin-Öfen, 26 Hochöfen und 7 Elektroöfen wurden 1938 1,2 Mill. t Roheisen und 2,1 Mill. t Stahl geschmolzen; außerdem produzierten die Eisenwerke 1,3 Mill. t Walzerzeugnisse und Halbzeug. Die Eisen- und Stahlproduktion Ostoberschlesiens kompensierte nicht nur den Teilausfall des Saargebietes, sondern setzte Deutschland mit 12 Mill. t Roheisen, 27 Mill. t Rohstahl und über 17 Mill. t Walzstahl im Jahre 1940 nach den USA auf den zweiten Platz der Stahlerzeuger in der Welt.

An dritter Stelle in der Bilanzierung des Wirtschaftszuwachses stand die Blei- und Zinkverhüttung. Polen zählte vor 1939 zu den führenden Zinkproduzenten in Europa und exportierte Zink auch nach Deutschland. In 16 Zink- und Bleihütten mit insgesamt 182 Öfen wurden jährlich rund 180 000 t Zink produziert. Mit der Annexion Ostoberschlesiens stieg die Zinkverhüttung Deutschlands um 60 %, und Deutschland wurde selbst zum Exporteur. Es nahm in Europa den ersten und in der Welt den zweiten Platz nach den USA als Zinkproduzent ein.

#### 1.4. Die neue Eigentumsstruktur der Schwerindustrie Oberschlesiens nach der Verteilung des polnischen Eigentums

##### 1.4.1. Steinkohlenbergbau

Nirgends tobte der Konkurrenzkampf um die polnischen Betriebe so hart wie um die Steinkohlenzechen. Oberschlesische Magnaten und Staatskonzerne wie auch Ruhrkonzerne wollten Kohlengruben und Eisenhütten im Komplex übernehmen, die

46 BAArchP, Film Nr. 72694, Bl. 25.

47 Ebenda, AA, 68355.

48 Z. B. Meister, M., Deutschlands Zuwachs an Kohle, Eisen und Erdöl, in: Oberschlesische Wirtschaft, 9/1939; Seraphim, P. H., Wirtschaftsbedeutung der rückgliederten deutschen Ostgebiete und des GG, in: Deutsche Monatshefte, 8 - 9/1939; Wertvoller volkswirtschaftlicher Kräftezuwachs, in: Nationalzeitung, Essen, 1939, Nr. 283.

HGW dagegen ohne Rücksicht auf die Industrieverflechtung die Zechen herauslösen und für sich allein erlangen.

Der Streit um die Beute erstreckte sich nacheinander auf die verschiedenen Reviere. Denn trotz gleicher geologischer Grundbeschaffenheit unterschieden sich die Steinkohlenreviere z. T. wesentlich hinsichtlich ihrer Förderbedingungen, der Art und Qualität der Kohle, der Organisation der Unternehmen, des Abbaus, des Verkaufs und der Verflechtung.<sup>49</sup> Sie waren historisch in verschiedene staatliche wie industrielle Zusammenhänge eingebettet. Die Fronten zwischen den Bewerbern um die Gruben verliefen auf unterschiedlichen Bahnen. Ihre konkurrierenden Interessen stießen sowohl bei der Auswahl geeigneter Objekte als auch bei den Verkaufsbedingungen hart aneinander, liefen aber andererseits auch weit auseinander.

Zunächst richtete sich der Streit auf die Gruben Ostoberschlesiens. Dies war das größte Revier, es war aus der Zeit vor 1921 in allen Details bekannt, die Qualität seiner Kohle war gut. Außerdem lag es den alten Reichsgrenzen am nächsten und war hinsichtlich Transport und Industrieverflechtung am leichtesten in ein einheitliches Industriegebiet Oberschlesiens zu integrieren. Erst als der Kampf um diese Beute entschieden war, traten die Zechen des Dąbrowa-Reviere in den Mittelpunkt der Konkurrenz. Teilweise wurden mit ihnen jene Konzerne abgefunden, die bei der ersten Verteilungsrunde die Unterlegenen gewesen waren.

Tatsächlich gelang es den HGW, sich den Löwenanteil der Steinkohlengruben anzueignen. Um die Konkurrenten abzuwehren, war Göring sogar bereit gewesen, den ausschließlichen Verfügungsanspruch der HTO zu umgehen und die Zechen völlig aus deren Verfügungsgewalt herauszulösen. Doch dieses Schrittes bedurfte es nicht. Zunächst erklärte Göring im November 1939 62 Steinkohlengruben und Kokereien zu W-Betrieben und unterstellte sie sich unmittelbar als Chef des Vierjahresplanamtes. Dadurch konnte er den HGW die gewünschten Gruben sichern: Die HGW übernahmen 21 Steinkohlengruben mit einer Jahresförderung von rund 16 Mill. t. Das waren 25 bis 30 % der allgemeinen Förderung der annektierten Gebiete. Innerhalb des Oberschlesischen Steinkohlensyndikats, dem sämtliche Gruben angeschlossen waren, hatten die HGW einen Anteil von 22,9 % der Förderung. Aus diesen 21 Gruben bildeten die HGW die Bergwerksverwaltung Oberschlesien, GmbH der Reichswerke Hermann Göring. Territorial gliederte sich die Bergwerksverwaltung in 5 Gruppen:

1. Gruppe: Katowice: Knurów - mit Kokerei, Ziegel- und Synthesewerk, Dubenskogrube, Öhringen-Ostfeld, Öhringen-Westfeld und Preußengrube.
2. Gruppe: Rybnik: Annagrube mit Kraftwerk, Emmagrube mit Kraftwerk, Koks- und Brikettfabrik, Römergrube mit Brikettfabrik, Charlottengrube, Hoymgrube. Zunächst gehörten zu dieser Gruppe noch die Gruben Alpine und Eugen aus dem Olsa-Revier.
3. Gruppe: Chorzów: Königsgrube-Ostfeld, mit Brikettfabrik, Königsgrube West-Nord, Richterschächte, Laurahüttengrube, Maxgrube, Morgensterngrube.
4. Gruppe: Katowice: Ferdinandgrube, Myslowitzgrube, Oheimgrube. Außerhalb dieser 4 Gruben unterstanden die Schächte Andreas I und II der Bergwerksverwaltung direkt.

<sup>49</sup> Vgl. in deutscher Sprache: Jaros, Jerzy, Der Steinkohlenbergbau im oberschlesischen Becken während des zweiten Weltkrieges, in: Studia Historiae Oeconomiae, Bd. 14, Poznań 1980; sowie derselbe, Organizacja władz górniczych na ziemiach polskich w latach 1918 - 1945, in: Studia z Dziejów Górnictwa i Hutnictwa, Bd. 5, Warszawa 1960; derselbe, Słownik historyczny kopaliń węgla na ziemiach polskich, Katowice 1972.

Über die tätigen Schächte hinaus erwarben die HGW über 81 000 ha die Bergrechte. Die Bergwerksverwaltung beschäftigte 53 000 Personen. Jede Gruppe verfügte über eine eigene technische und kaufmännische Leitung. Mit dem 17. Januar 1941 wurden die HGW Eigentümer von 16 Gruben. Dafür sollten sie 199 Mill. RM an den Staatshaushalt zahlen. Doch die HGW drückten den Preis unter ein Viertel der Summe. Es ist jedoch bisher nicht nachgewiesen und mit Fug und Recht anzuzweifeln, daß sie selbst den mit 44,3 Mill. RM extrem niedrigen Preis tatsächlich bezahlt haben. (50)

Nahmen die HGW bei der Herauslösung der Zechen auf die Tätigkeit anderer Wirtschaftszweige Oberschlesiens keine Rücksicht, so blieb auch die dazu auferlegte Verkaufsklausel weitgehend wirkungslos: Sie sah vor, die Kohlenbelieferung der ohne eigene Steinkohlenbasis verbliebenen Hütten zu gewährleisten.

Den zweitgrößten Anteil an den Steinkohlengruben Polens erhielt der Staatskonzern Preußische Bergwerks- und Hütten AG (PREUSSAG). Seine Ansprüche auf die 1921 verlorengegangenen Betriebe waren von den HGW ausmanövriert worden: Die PREUSSAG bekam nur die Rheinabenschächte zurück, während die beanspruchten Zechen Knurow, Königsgrube-Ostfeld, Königsgrube-Westfeld an die HGW gingen. Dafür erhielt die PREUSSAG 11 Zechen im Dąbrowa-Revier. Deren Aneignung war für die deutschen Konzerne jedoch nicht so leicht wie im ostoberschlesischen Revier, weil bei den meisten Bergbaugesellschaften ein hoher ausländischer Kapitalanteil vorlag. Die PREUSSAG stellte im Januar 1941 folgende Gruben unter die Verwaltung ihrer Abteilung Dombrowagruben: Miowice, Modrzejów, Niwka, Klimontow von der Towarzystwo Kopalń i Zakładów Hutniczych Sosnowieckich; Kazimierz-Juliusz, Gräfin Renard von der Gwarectwo Hrabia Renard; die Grube Paris von der Towarzystwo Francusko-Włoskie Dąbrowskich Kopalń Węgła; die Grube Reden der Franko-Polskie Towarzystwo Górnicze; die Grube Flora von der Towarzystwo Akcyjne Kopalni Węgła Flora und die Grube Dorota der Kopalnia Dorota St. Knothe-Spółka Komandytowa.

Erheblich größere Schwierigkeiten bereitete der Kauf der Gruben der Gesellschaften Saturn und Czeladź wegen des Widerstandes französischer Aktionäre. Erst Ende 1942 konnte sie die Gruben Saturn, Jowisz, Mars und Czeladź übernehmen. Die PREUSSAG kaufte die 11 Gruben für insgesamt 86,3 Mill. RM von der HTO, nachdem zuvor der Generaltreuhänder für alle Gruben und Hütten des Dąbrowa-Reviers, Sabass, sie dem Deutschen Reich für 22,5 Mill. verkauft hatte. Die Gruben der Gesellschaften Saturn und Czeladź konnte die PREUSSAG erst 1943 für 54,5 Mill. RM kaufen. Ebenfalls 1943 erwarb sie die Grube Königin Luise.

Gemeinsam mit ihren 2 westoberschlesischen Gruben verfügte die PREUSSAG damit über 18 tätige Schächte, auf denen 43 000 Beschäftigte wirkten. Mit 12,5 % Anteil im Oberschlesischen Steinkohlensyndikat nahm sie nach den HGW den zweiten

50 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2929, Bericht über den Übergang von Bergwerkeigentum an die Reichswerke Hermann Göring, auch in: BARChP, Film Nr. 72675. - Die HGW hatten nicht die Absicht, diese Summe zu zahlen. Sie kauften zunächst nur 1 000 Kuxen der Rybniker Steinkohlegewerkschaft für 12 Mill. RM - einem Viertel des Nominalwertes - sowie die Preußengrube für 10,5 Mill. RM. Dagegen fochten sie die Preise der übrigen, aus der IG Kattowitz herausgelösten Gruben an. Da die IG als polnischer Staatskonzern behandelt werde, stelle ihre Übernahme nach der sog. Polenvermögensverordnung bereits eine Eigentumsübertragung zugunsten des Deutschen Reiches dar - und das Deutsche Reich sei Hauptaktionär der HGW. Die HGW weigerten sich also, überhaupt einen Preis zu zahlen. Sulik hebt hervor, bisher sei keinerlei Beleg gefunden worden, daß die HGW die Gruben der IG bezahlt haben. Vgl. Sulik, S. 140; BARChP, RWM, Film Nr. 6168, 6169 u. 6154.

Platz ein. Die PREUSSAG verwaltete ihre Zechen durch 3 Werkdirektionen:

1. Abteilung: Königin-Luise-Westfeld, Königin-Luise-Ostfeld;
2. Abteilung: Delbrück mit Kokerei, Rheinbabenschächte;
3. Abteilung: alle Gruben im Dąbrowa-Revier.(51)

Auch der dritte Staatskonzern, EVOS, der im Unterschied zur PREUSSAG neu war und keine Ansprüche auf früheres Eigentum anmelden konnte, zählte zu den größten Profiteuren bei der polnischen Steinkohle. Er erhielt im vierten und kleinsten, dem Krakauer Revier (Jaworzno) 5 Gruben. EVOS übernahm das gesamte Eigentum der Jaworzniekie Komunalne Kopalń Węgla mit den Gruben Jan Kanty (Dachsgrube), Piłsudski (Friedrich-August-Grube), Kościuszko (Rudolfgrube) und Leopold - alle in Jaworzno - sowie Silesia in Czechowice. Auch sie erwarb die Gruben zu äußerst günstigen Bedingungen.(52)

Um den 1942 aus den von ihrer Kohlebasis getrennten Hütten der IG Kattowitz durch Vereinigung mit der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Teschen neu gebildeten Staatskonzern BERGHÜTTE doch noch eine Kohlegrundlage zu verschaffen, erhielt die BERGHÜTTE aus dem Bestand der IG Kattowitz die Gruben Chorzów und Łagiewniki sowie die Gruben der Teschener Gesellschaft im Olsa-Gebiet.(53)

Die vier Staatskonzerne HGW, PREUSSAG, BERGHÜTTE und EVOS eigneten sich insgesamt 46 Gruben an, die zusammen 80 % der Kohle des Reviers förderten. Demgegenüber war der Beuteanteil der oberschlesischen Magnaten mit insgesamt 12 Zechen bedeutend geringer.

Unter ihnen konnte der Ballestrem-Konzern den größten Anteil verbuchen. Von den 1921 verlorenen Gruben erhielt er Eminencja, Pokój und Walenty-Wawel zurück. Von den HGW erwarb Ballestrem den Nordteil der Sońnica (Öhringen-Schächte), von der Fürst-Plessischen Gesellschaft einige Bergbaufelder. Erst 1943 - mit der Veränderung der Konzeption der faschistischen Führung für das Krakauer Revier - konnte sich dieser Konzern in größerem Maße Steinkohlengruben aneignen: die Gruben Artur und Krystyna der Sierszanskie Zakłady Górnicze sowie die Grube Zbyszek der Osady Górniczo-Przemysłowej Trzebinia. Dafür sollte er insgesamt 6,4 Mill. RM zahlen, deren zweite Rate aber erst Ende 1945 fällig war. Ballestrem wandelte diese Zechen in eine neue Konzernfiliale unter dem Namen "Sierszaer Steinkohlegewerkschaft" mit Sitz in Gleiwitz um.(54)

Die anderen schlesischen Magnaten erhielten im wesentlichen diejenigen Gruben wieder zu Eigentum, die sie 1921 verloren hatten; der Konzern Gräflich Schaffgotsche Werke GmbH in Gleiwitz die Gruben Paweł (Paulusgrube) in Chebziu, Karol (Gotthardschacht) in Orzegów und Wanda-Lech (Lithandra-Hillebrand) in Nowy Bytom, die 1922 zur Gesellschaft Godulla zusammengefaßt worden waren. Bei der Teilung der Gesellschaft Wirek konnte Schaffgotsch 50 % mit der Grube Wirek (Godullaschacht) erlangen. Im Kampf um die Gruben von Jaworzno unterlag Schaffgotsch der EVOS.(55) Auch die beiden wichtigsten Zinkhüttenbetriebe Ober-

51 Vgl. dazu Schmidt, R., Die Entwicklung der oberschlesischen Großindustrie und ihrer Besitzverhältnisse von 1700 - 1942, Kattowitz 1942; vgl. BArchP, RWM, Film Nr. 6173, 6168, 4545, 6162; APK, Oberpräsidium Kattowitz, 725, 727, auch in: BArchP, Film Nr. 72656; vgl. Sulik, S. 145 ff.

52 BArchP, RWM, Film Nr. 6173.

53 Zur Leitung ihrer Gruben schuf die BERGHÜTTE eine Filiale ihrer Tochter Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Karwin-Trzynietz AG in Cieszyn mit drei Bergdirektionen in Karviná, Moravska Ostrava und Chorzów.

54 BArchP, RWM, Film Nr. 4545, 5618; APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2919, auch in: BArchP, Film Nr. 72675; APK, Oberpräsidium Kattowitz 754, auch in: BArchP, Film Nr. 72656.

55 BArchP, RWM, Film Nr. 4545.

schlesiens konnten ihre Kohlenbasis erweitern. Die Schlesische AG für Bergbau- und Zinkhüttenbetriebe (SCHLESAG) eignete sich den 1922 abgetrennten ostoberschlesischen Teil erneut an, und zwar die Gruben Andaluza (Andalusigrube) und Matylda (Mathildegrube), deren durchschnittliche Jahresförderung von 1 Mill. t ihre bisherige Kohlenbasis weit übertraf.(56)

Die Gesellschaft Gieschebetriebe GmbH erwarb im April 1942 die Gruben der ehemaligen Giesche SA (Spółka Akcyjna - Aktiengesellschaft) Giesche und Kleofas sowie die Grube Sobieski (Robertgrube) der mit belgischem Kapital verbundenen Gieschelinie. Ab 1. April 1943 konnte sie noch die Grube Heinitz der Gesellschaft Giesches Erben übernehmen.(57)

Von den Bemühungen weiterer deutscher Konzerne, im annektierten Polen eine eigene Steinkohlenbasis zu gewinnen, sei hier nur die IG Farbenindustrie AG erwähnt. Sie interessierte sich für die Gruben der Fürstlich Plessischen Bergwerks AG in Katowice. Letztere hoffte wiederum, von der IG das nötige Kapital zu bekommen, die stillgelegte Grube Książ (Fürstengrube) wieder in Betrieb zu nehmen. 1941 wurde zwischen Pless und der IG die Gründung der neuen Gesellschaft Fürstengrube GmbH vereinbart. Die Nutzung der ihr zugesprochenen Grube Książ durch die IG Farben ermöglichte letzterer, ihr Expansionsprogramm für die Chemieindustrie zu realisieren. Die neue Gesellschaft konnte mit Unterstützung von Karl Krauch noch die Grube Janina in Libiąz dazukaufen. Sie war nur 8 km vom Buna-Werk Auschwitz entfernt, das die IG errichtete. Da die Janina der französischen Gesellschaft Galicyjskie Towarzystwo Górnice gehörte, wollte die HTO diesen Eigentümer mit einem Spottgeld abspeisen. Als die französischen Aktionäre den Preis von 600 000,- RM ablehnten - sie forderten 23 Mill. -, sollten sie nach der sog. Polenvermögensverordnung enteignet werden. Schließlich kaufte die HTO die Janina für 5,6 Mill. Mark und verkaufte sie für 9,4 Mill. Mark an die Gesellschaft Fürstengrube.

Außer den Staatskonzernen und den schlesischen Magnaten war die IG Farben der einzige deutsche Konzern, dem es gelang, sich polnische Kohlengruben anzueignen - und dies auch nur durch die Liaison mit dem finanzschwachen Magnaten Pless.(58)

#### 1.4.2. Eisenhütten

Bei den Hütten des oberschlesischen Reviers war die Aneignung des polnischen Vermögens durch die deutschen Konzerne erheblich komplizierter. Die neue Eigentumsstruktur wurde sehr viel später durchgesetzt. Dies hatte vor allem folgende Gründe:

- Die Produktionsbasis der meisten Hütten war überaltert. Die Nutzung der Hütten hätte große Investitionen erfordert.

- Der Mehrheit der Hüttenkomplexe war durch die Politik der HGW die eigene Steinkohlenbasis genommen. Ohne diese - zugleich Exporterlöse bietende - Grundlage waren aber die deutschen Stahlkonzerne nur noch wenig interessiert.(59)

56 APK, Śl. Kopalnie i Cynkowni, 405 - 407.

57 Die äußerst verwickelten Beziehungen entwirrt detailliert Sulik, S. 159 ff.; vgl. APK, Giesche SA, 3454.

58 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2919, auch in: BAArchP, Film Nr. 72675; APK, Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau der Wirtschaftsgruppe Bergbau 584; BAArchP, Film Nr. 4545.

59 Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Dok. 64, S. 175 ff.

- Anders als für die ostoberschlesische Steinkohle hatte die faschistische Führung bis zur Niederlage der Wehrmacht vor Moskau keine Konzeption, weder für die Stahlproduktion in Oberschlesien noch für die gewünschte Eigentumsstruktur.

- Nach der Niederlage Frankreichs winkte den deutschen Stahlherren dort eine lukrativere Beute.(60)

Der Konkurrenzkampf um die Eisenhütten bietet ein völlig anderes Bild als der um die Steinkohle. Hier mußte buchstäblich der Hund zur Jagd getragen werden. Alle Bewerber um die Hütten waren sich - mit Unterstützung ihrer Wirtschaftsgruppen und der Reichsgruppe Industrie - darin einig, daß sie die Hütten nur im Komplex mit den Kohlezechen wollten. Der Leiter der Reichsgruppe Industrie, Wilhelm Zangen, vertrat beim RWM gegen die HGW die Interessen von Krupp und Flick. Anlässlich einer Besichtigung des Reviers im Sommer 1940 machte er geltend, seit jeher zusammengehörende Werke würden durch den Erwerb der Steinkohlengruben durch die HGW auseinandergerissen.(61)

Die größten Montankomplexe innerhalb der IG Kattowitz waren die Bismarckhütte und die Königs- und Laurahütte, außerhalb der IG die Friedenshütte, die Baildonhütte und die Hütte Ferrum. Krupp forderte für sich die Bismarckhütte, mit allem "was dazugehört".(62) Anspruch darauf erhoben auch Ballestrem(63) und Flick. Die Bismarckhütte wurde schließlich von keinem gekauft. Um die Baildonhütte konkurrierten Röchling und Ballestrem. Sie wurde nach erbitterten Streitrunden und verschiedenen Zwischenlösungen schließlich dem letztgenannten Konzern zurückgegeben. Um die Gruppe Königs- und Laurahütte konkurrierten Flick, Krupp und Röchling. Röchling erwarb sie 1940, verkaufte sie aber 1941 wieder an den neuen BERG-HÜTTE-Konzern weiter.(64)

Seit 1940 flaute das Interesse von Krupp und Röchling an den oberschlesischen Hütten aus den bereits genannten Gründen schnell ab. So kaufte Krupp entgegen seinen energischen Ansprüchen von 1939 später auch dann keine einzige Hütte, als die HTO sie ihm zu Spottpreisen anbot.

Nachdem die Aneignung polnischer Betriebe 1942 relativ abgeschlossen war, hatte sich die Vorkriegsstruktur des ostoberschlesischen Industriegebietes auch im Hüttenwesen entscheidend verändert. Zwei Mammutkonzerne teilten sich die Eisenhütten des Reviers: die Oberschlesischen Hüttenwerke AG Gleiwitz (OBERHÜTTEN) des Ballestrem-Konzerns und die im Dezember 1941 gegründete Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Berghütte Teschen (BERGHÜTTE).

Der Ballestrem-Konzern wurde zum größten Privatunternehmen in Oberschlesien. Zu ihm gehörten die beiden großen Hüttenkomplexe Friedenshütte und Ferrum und

60 Um die lukrativen Hütten in Frankreich konkurrierten z. T. dieselben Bewerber von der Ruhr gegeneinander wie in Oberschlesien, so um den Komplex Rombas Flick gegen Röchling.

61 Vgl. BArchP, Nürnberger Prozess, Fall XI, Bd. 362, Dok. NI - 321; BA Koblenz, R 43/467 a.

62 Siehe Aktennotiz von Fritz Bruck v. 22. 8. 1940, abgedr. bei: Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. 1: 1939 - 1941, Berlin 1984, bes. S. 326; vgl. zum Beutestreit um die Bismarckhütte auch Jeske, Reinhold, Zur Annexion der polnischen Wojewodschaft Schlesien durch Hitlerdeutschland im zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 5/1961, S. 1072 - 1093, sowie die dem Artikel zugrundeliegende Dissertation des Verfassers.

63 Ballestrem forderte nicht nur die 1922 verlorenen Hütten Friedenshütte, Baildon und Ferrum zurück, sondern meldete darüber hinaus Anspruch auf das gesamte Eigentum der IG an. Vgl. Sulik, S. 114.

64 So ergab sich schließlich spätestens 1941, daß keiner der großen Montankonzerne von Ruhr und Saar sich dauerhaft in Oberschlesien engagiert hatte.

über diese Unternehmen zahlreiche Anteile an anderen Gesellschaften. Die Baildonhütte wurde mit der Aktiengesellschaft Friedenshütte verbunden. 1941 wurden Ballestrem von der HTO 52 % der Aktien der Friedenshütte für 12 Mill. RM verkauft. Der Nominalwert war 26 Mill. RM. Ballestrem konnte diese 12 Mill. in Raten zahlen, die bis Ende 1945 fällig waren. Ebenso wie die Aktiengesellschaft Friedenshütte zahlreiche Anteile an weiteren großen Eisenwerken besaß, vor allem an der Maschinen- und Waggonfabrik Zieleniewski, verfügte der Ballestrem-Konzern auch durch die Gesellschaft Ferrum über zahlreiche hohe Beteiligungen an weiteren Großbetrieben der Eisenindustrie. Ferrum war eine Holdinggesellschaft des Ballestrem-Konzerns, zu der als wichtigste Werke die in Katowice, Sosnowiec, Dąbrowa, Laurahütte, schließlich später noch die Donnersmarckhütte und die in Kostuchna gehörten.

Der Riesenkonzern gliederte sich nach der Erweiterung auf Kosten polnischer Betriebe um. Den Kern bildeten drei Gesellschaften, die Gewerkschaft Consolidation, die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG Oberhütten und die Vereinigte Holzindustrie AG. Während Consolidation wesentlich die Steinkohlengruben und Kohleveredlungsbetriebe umfaßte, schloß OBERHÜTTEN alle Hütten und Werke der Eisen- und Stahlverarbeitung ein (siehe Anhang, Schema 1). Der Generaldirektor des Konzerns, Pott, war gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrates von OBERHÜTTEN sowie weiterer Gesellschaften.(65) Im Dezember 1943 konnte die zum Ballestrem-Konzern gehörende Sierszaer Steinkohlengewerkschaft das gesamte Eigentum der Sierszaer Montanwerke und der Bergbau- und Industriegesellschaft Trebinia AG übernehmen.

Die BERGHÜTTE war eine Holding-Gesellschaft nach dem Muster der Vereinigten Stahlwerke. Sie schloß eine Vielzahl von Unternehmen zusammen, ohne selbst direkt eines zu betreiben. In ihrem Aufsichtsrat dominierte die Deutsche Bank. In der BERGHÜTTE waren schließlich Ende 1941 nach dem Scheitern zahlreicher anderer Projekte der faschistischen Führung jene Hütten der ehemaligen IG Kattowitz vereinigt worden, die bisher keine Käufer gefunden hatten. Mit dem 16. Dezember 1942 wurde die BERGHÜTTE Eigentümer. Sie zahlte für das übernommene Vermögen insgesamt 96,9 Mill. RM. Dieser Preis lag 30 % unter der Schätzung des Reichsfinanzministeriums (RFM). Die Minderung des Preises begründete die HTO mit dem Mangel an Käufern und der Notwendigkeit von Investitionen. Der Protest des RFM blieb erfolglos.(66)

Die wichtigsten Gesellschaften der Berghütte waren die Berg- und Hüttenwerks-gesellschaft Karwina-Trzynietz, die den Grundstock und den Namen der neuen Gesellschaft mitbrachte, und die größere Königs- und Bismarckhütte, in der die unverkäuflichen Hütten der IG zusammengefaßt wurden, außerdem die Oberschlesische Maschinen- und Waggonfabrik (OSMAG), die Ostmaschinenbau GmbH, die Węgierska Górka Berg- und Hüttenwerke - AG und die Ostschlesischen Eisenhüttenwerke Osthütte GmbH. In diesem Hüttengiganten dominierte die Königs- und Bismarckhütte, zu der sich die beiden Hauptgesellschaften der IG Kattowitz, die Königs- und Laurahütte und die Bismarckhütte, vereinigt hatten. Diese Haupttochtergesellschaft umfaßte die Hütten Bismarck, König, Falva, Silesia, Hubertus, Bankhütte, Milowitz, Laura und Katarina und war damit der größte Hüttenkomplex in Oberschlesien (siehe Anhang, Schema 2). Die im Olsa-Gebiet tätige Berghütte Karwina-Trzynietz, deren französische Anteile von der BERGHÜTTE erworben wurden, hatte ihre Hütten Katarina, Milowitz u. a. an die größere Tochter Königs- und Bismarckhütte abgegeben. Mit den zur OSMAG gehörenden großen Hüttenkomplexen Ein-trachthütte und Königshütte sowie der Osthütte vereinigte die BERGHÜTTE insge-

65 Vgl. BArchP, RWM, Film Nr. 6168, Bl. 496 - 534; APK, Abt. Gliwice, Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke AG Gleiwitz "Oberhütten", 947; ebenda, Ballestrem, 773, 772, 1805, 775.

66 BArchP, Reichsfinanzministerium (RFM), Film Nr. 6169.

samt 14 der größten Eisenhütten des Reviers. Dazu besaß sie 13 Eisenerzgruben. Um der Eisenverhüttung eine eigene Kohlenbasis zu sichern, kaufte die BERGHÜTTE 1942 von der HTO 12 Steinkohlengruben im Dąbrowa-Gebiet. Diese Gruben förderten 75 % der Kohle dieses Reviers.

An der Spitze der BERGHÜTTE stand Hans Malzacher. Unter der Kontrolle der Holding-Gesellschaft befanden sich 14 Unternehmen. Die BERGHÜTTE wurde im Verlaufe des Krieges zum größten Rüstungsproduzenten Oberschlesiens. 1944 beschäftigte sie rund 100 000 Arbeiter.<sup>67</sup> Formell kein Staatskonzern wie die HGW, war die BERGHÜTTE faktisch aber halbstaatlich. In ihrem Aufsichtsrat waren neben der Deutschen Bank die Dresdner Bank, das RWM und die Wirtschaftskammer Oberschlesien vertreten. Nach den HGW war die BERGHÜTTE der größte Nutznießer des geraubten polnischen Vermögens.

#### 1.4.3. Zink- und Bleihütten

Um die polnischen Zink- und Bleigruben und die entsprechenden Hütten bewarben sich zwei ansässige Konzerne: die Schlesische Berg- und Hütten AG (SCHLESAG) und die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben. Zunächst ging es ihnen darum, ihr 1922 verlorenes Eigentum wiederzuerlangen, nämlich die Giesche SA in Katowice, die Śląskie Kopalnie i Cynkowie SA in Lipiny und die Zakłady Hohenlohego in Katowice. Da es keine weiteren ernsthaften Konkurrenten gab, erkannte die faschistische Führung diese Ansprüche an. Als Haupthindernis einer sofortigen Verteilung der Beute erwies sich die ausländische Kapitalbeteiligung an diesen Betrieben. Die polnische Giesche Linie - Giesche SA -, deren Eigentum von Giesches Erben gefordert wurde, war von amerikanischem Kapital dominiert. Die Giesches Erben konnten nach zahlreichen Komplikationen einen Teil der Aktien der Giesche SA erwerben, doch wurde 1942 das Vermögen der Giesche SA in Katowice nach der sog. Polenvermögensverordnung konfisziert und erneut unter kommissarische Verwaltung gestellt. Da die beanspruchenden Giesches Erben die Unterstützung der Leitung des Regierungsbezirktes fanden, wurden schließlich beide Teile unter der neuen Gesellschaft Gieschesbetriebe GmbH zusammengefaßt, ohne die Rechtstitel zu berücksichtigen. Die neue Gesellschaft mit einem Betriebskapital von 100 000,- RM wies als einzigen Aktionär die Giesches Erben aus. Generaldirektor wurde deren Leiter, Eduard Schulte. Die Bildung dieser provisorischen Gesellschaft hing unmittelbar mit dem Kriegsbedarf von Zink zusammen. Sie sollte später nach Übernahme der amerikanischen Anteile in dieser Form wieder aufgelöst werden.<sup>68</sup>

Die SCHLESAG beanspruchte in Katowice drei Zinkhütten, zwei Zinkwalzwerke und ein Werk für Zinkelektrolyse sowie zwei Steinkohlengruben. Aber auch in diesen 1922 im polnischen Oberschlesien verbliebenen Betrieben der SCHLESAG steckte inzwischen zu 85 % französisches Kapital. Nach der Aggression wurde der ganze Besitz beschlagnahmt und der SCHLESAG-Generaldirektor, Johannes Robert, als kommissarischer Verwalter eingesetzt. Die belgisch-französische Gruppe verkaufte unter Druck einen Teil ihrer Aktien, so daß die SCHLESAG einen dominierenden Anteil erhielt.

Innerhalb der SCHLESAG rivalisierten die Hauptaktionäre - die Metallgesellschaft Frankfurt (Main), das Bankhaus Delbrück-Schindler, die Familie Ratjen mit der Familie Henckel von Donnersmarck - um die Übernahme der französisch-belgischen Anteile. Donnersmarck kaufte 1941 10 % der ausländischen Aktien. Göring und die

67 Vgl. ebenda, Film Nr. 6169, 6152 u. 6173; APK, Oberpräsidium Kattowitz, 751; ebenda, Berghütte, 1467, 2375, 2429, 59, 1409, 2485, 2536, 18, 19; vgl. Sulik, S. 172 ff., sowie Schmidt.

68 Vgl. Landau, Zbigniew/Tomaszewski, Jerzy, Kapitały obce 1918 - 1939. Materiały i dokumenty, Warszawa 1964; APK, Giesche SA; Sulik, S. 179 ff.

HTO unterstützten die Bestrebungen der Familie Donnersmarck nach Vereinigung der Śląskie Kopalnie i Cynkownie mit der SCHLESAG, wobei Donnersmarck einen Anteil von 40 % erhalten sollte. Die Unterstützung Brachts sicherte Donnersmarck trotz des Einspruchs der Deutschen Bank die dominierende Position in der neuen Gesellschaft. Am 16. Juni 1943 wurde die SCHLESAG mit der in Schlesische AG für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb (SAG) umbenannten Gesellschaft in Katowice zur neuen Gesellschaft Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetriebe in Beuthen vereinigt. So gab es neben den Gieschebetrieben einen zweiten großen Zinkkonzern in Oberschlesien: Die neue SCHLESAG befand sich wesentlich in den Händen dreier Kapitalgruppen: oberschlesischer wie Donnersmarck, westdeutscher wie Metallgesellschaft, Delbrück und Ratjen sowie französisch-belgischer. Vorsitzender des Aufsichtsrates war Hermann Abs, Stellvertreter Henckel von Donnersmarck.(69)

Beide großen Zinkkonzerne strebten nach Erweiterung und wollten alle anderen Produzenten auf diesem Gebiet ausschließen. Zu diesem Zweck gründeten SCHLESAG und Giesches Erben 1940 die Holding-Gesellschaft Ostdeutsche Erz- und Metallgesellschaft GmbH (OSTMETALL) in Beuthen mit einem Kapital von 100 000,- RM. Unmittelbares Ziel dieser Vereinigung war die gemeinsame Übernahme der Hohenloherwerke Oberschlesien, des dortigen dritten Zinkbetriebes und die Niederringung jeglicher Konkurrenz.(70)

Nach der Annexion hatten zunächst die HGW das ganze Eigentum der Hohenloherwerke übernommen. Da sie jedoch an der Blei- und Zinkverhüttung desinteressiert waren, behielten sie nur die Steinkohlengruben des Konzerns. Ohne die Steinkohle war jedoch Hohenlohe in der bisherigen Form nicht existenzfähig. Die am 12. Dezember 1941 gebildete neue Gesellschaft Zinkwalzwerk Hohenlohehütte GmbH besaß nur noch das Walzwerk in Welnow. Die Aktien dieser Gesellschaft teilten sich SCHLESAG und Giesches Erben je zur Hälfte. Das Zinkwerk übernahm die OSTMETALL, die Zinkhütte mit Schwefelsäurefabrik, Zinkrösterei sowie einige Schächte und Erzfelder erhielten SCHLESAG und SAG, zwei Zink- und Bleigruben erwarben Giesches Erben. Kleinere Objekte der Zinkerzförderung und -verhüttung in Będzin und Kostuchna interessierten die beiden Zinkkonzerne nicht sonderlich. Sie wurden zwischen der Ferrum und anderen Bewerbern geteilt.(71)

#### 1.4.4. Kraftwerke

Die Kraftwerke im annektierten Ostoberschlesien sollten für die Kriegswirtschaft Deutschlands große Bedeutung gewinnen. Hier befanden sich als leistungsfähigste Kraftwerke die Zakłady Elektro SA Łaziska Górne mit einer Leistung von 87,1 Tsd. kW und die Zakłady Elektryczne SA w Katowicach "Ślązel" mit 76 Tsd. kW. Die faschistische Führung hatte für die Übernahme dieser Betriebe keine präzise Konzeption. Kommissarischer Direktor der Ślązel wurde Friedrich Schelsorg, der diese Gesellschaft bis 1938 geleitet hatte. Die HTO übernahm die Gesellschaft mit weiteren Kraftwerken und unterstellte sie schließlich der Schlesischen Industrie AG (SIAG) in Katowice zur Verwaltung.(72)

69 Vgl. Jaros, Jerzy, Historia górnictwa węglowego w Zagłębie Górnym śląskim w latach 1914 - 1945, Katowice/Kraków 1969, S. 183 ff.; Sulik, S. 183 ff.; BArchP, RWM, Film Nr. 4545; APK, Schlesag, 15, 17, 19; ebenda, Treuhandstelle Kattowitz, 3063, 2919, auch in: BArchP, Film Nr. 72675.

70 APK, Śl. Kopalnie i Cynkowni 539.

71 APK, Dresdner Bank, Filiale Kattowitz, 141, auch in: BArchP, Film Nr. 72684.

72 Piłatowicz, Jan, Województwo śląskie w elektroenergetyce Polski międzywojennej, in: Śląski Kwartalnik Historyczny "Sobótka", 1/1980; vgl. Sulik, S. 162 f.

Über die Neugestaltung der Eigentumsverhältnisse wie der Industrieorganisation der Kraftwerke des annektierten Polen gab es einen verbissenen Streit zwischen den Berliner und den oberschlesischen faschistischen Gremien. Das Amt des Generalinspektors des Reiches für Wasser und Energie setzte sich gemeinsam mit dem Innenministerium für die Konzentration der Energiewirtschaft Oberschlesiens in einem staatlichen Unternehmen ein. Sie sollte der Vereinigten Industriebetriebe AG (VIAG) in Berlin übertragen werden.(73) Die Führung der Provinz Schlesien mit Gauleiter Wagner trat dagegen für die Zuordnung der jeweiligen Kraftwerke zum kommunalen Sektor ein. So sollte das Vermögen der Ślązel den Städten Katowice und Chorzów zugewiesen werden, die bereits vor der Aggression Deutschlands 35 % der Anteile besessen hatten. Drei kleinere Betriebe wollte Wagner der Gauselbstverwaltung zuweisen.(74) Doch hatten diese Projekte gegen die Pläne der zentralen Reichsinstanzen keine Aussichten auf Realisierung. Einen neuen Anlauf unternahm Bracht, um ein selbständiges Unternehmen zur Energieversorgung des oberschlesischen Industriegebietes zu schaffen. Doch eine bereits eingeleitete Bildung der Bergbau Elektrizitäts AG "Oberschlesien", an der alle Steinkohlenkonzerne des Gebietes einschließlich der HGW beteiligt waren, scheiterte an der Forderung, dem Reich 51 % der Anteile zu gewähren.(75)

Weitere Projekte Brachts, aus der SIAG ein selbständiges oberschlesisches Energieunternehmen zu bilden, blieben infolge des Todes von Fritz Todt ergebnislos. Dessen Nachfolger Albert Speer entschied gemeinsam mit dem Energiekommissar Mitte 1942, eine Reichsgesellschaft in Oberschlesien zur Übernahme der Ślązel und der anderen Kraftwerke zu gründen. Hitler persönlich entschied, Oberschlesien keine Anteile an der neuen Gesellschaft zu gewähren.(76) Die Energieversorgung Oberschlesiens mit Sitz in Katowice war ein Staatskonzern mit 60 Mill. RM Grundkapital. Er sollte als Monopol die Elektroenergieerzeugung und -belieferung übernehmen und alle bisher kommissarisch verwalteten Betriebe vereinigen. Die von der neuen Gesellschaft bezahlten Kaufpreise waren mehr als niedrig. Dennoch brachte diese Übernahme dem Reich großen Gewinn und der oberschlesischen Wirtschaft niedrige Elektrizitätspreise. Die EVOS zahlte für alle übernommenen Kraftwerke zusammen 21,1 Mill. RM, sehr viel weniger als die SIAG vorgeschlagen hatte.(77)

Die Überweisung des Eigentums an die EVOS stieß auf den scharfen Protest der Gauwirtschaftskammer Oberschlesien, die gegen das Monopol des Staates und für eine gemischte Gesellschaft eintrat.(78) Die Schwierigkeiten der Übernahme ausländischer Kapitalbeteiligungen - vor allem der belgischen Gruppe Metallurgique, Electrique et Industriel, Brüssel - konnte die HTO 1943 nur dadurch überwinden, daß sie den Widerstand des Konzerns und der belgischen Nationalbank unmittelbar und massiv durch die Militärverwaltung brechen ließ. Die niederländische Gesellschaft Finantieel Maatschoppij hatte ihre Anteile nach Verhandlungen verkauft, während kanadische und französische Anteile einfach übergangen wurden. Die Elektro in Łaziska Górne blieb als einziges großes Kraftwerksunternehmen außerhalb der EVOS, weil ihr Schweizer Hauptaktionär nicht verkaufte. Doch 1941 wurde zwischen der Elektro, der IG Farben und der Fürstlich Plessischen Bergwerks AG ein Übereinkommen geschlossen, durch das die IG Farben zum Aktionär der Elektro wurde und ihr Buna-Werk Auschwitz Strom aus Łaziska Górne erhalten sollte.(79)

73 BAArchP, RWM, Film Nr. 6151.

74 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2965.

75 BAArchP, RWM, Film Nr. 6158.

76 Ebenda, Film Nr. 6151.

77 Ebenda, Film Nr. 6154, 6150, sowie APK, Treuhandstelle Kattowitz, 3201 u. 3202.

78 APK, Treuhandstelle Kattowitz 3201.

79 APK, Abt. Psczyczna, Archiwum Książąt Pszczyńskich, XVI, 450 u. 475; vgl. Sulik, S. 168.

#### 1.4.5. Zusammenfassung

Die Herausbildung der neuen Eigentumsstruktur kann hier nicht für alle Industriezweige nachgezeichnet werden. Insgesamt wurden im annektierten Oberschlesien 1 764 Industriebetriebe enteignet. Darunter befanden sich 65 Steinkohlengruben, die am Vorabend des Krieges zusammen 79 Mill. t gefördert hatten. Die Produktion der 24 Eisenerzgruben betrug 60 000 t, während die 96 Hüttenbetriebe 3 Mill. t Roheisen und 1,9 Mill. t Stahl produzierten. Unter diesen 96 Betrieben waren 41 Metallverarbeitungsbetriebe. Außerdem enteigneten die Okkupanten 67 Chemiebetriebe, 4 Kraftwerke und 7 Zementfabriken. Unter den großen Industriebetrieben waren nur wenige, deren Eigentumsverhältnisse unverändert blieben, weil sie ausländischen Gesellschaften gehörten, meist im neutralen Ausland.

## 2. Die Wirtschaftspolitik der Okkupanten in Oberschlesien und die Entwicklung seiner Schwerindustrie für die deutsche Kriegführung

### 2.1. Kriegsverlauf und Entwicklungspläne

Die Wirtschaftspolitik der Okkupanten im annektierten polnischen Oberschlesien unterschied sich wesentlich von der in den anderen annektierten polnischen Gebieten. Letztere ist jedoch nicht Gegenstand der Untersuchung.<sup>(80)</sup> Präzise Vorstellungen der faschistischen Führung von der künftigen Wirtschaftsführung in Ostoberschlesien bestanden vor dem Überfall nicht. Am 8. September 1939 gab Hitler für den sofortigen Gebrauch die Direktive, die Schwerindustrie im besetzten Oberschlesien ohne Rücksichten auf internationale Rechts- und Zollbestimmungen in die deutsche Rüstungsproduktion einzubeziehen.<sup>(81)</sup> Görings Weisungen vom 13. Oktober 1939 bestimmten die generellen Voraussetzungen für eine unmittelbare Gewährleistung der Produktionsfähigkeit und die schnelle und vollständige Vereinigung aller annektierten polnischen Gebiete mit der deutschen Volkswirtschaft.<sup>(82)</sup> Längerfristige Pläne für die Gesamtentwicklung der oberschlesischen Wirtschaft kamen 1939 wie in den folgenden Jahren ausschließlich von der faschistischen Führung der Provinz Schlesien sowie der des Regierungsbezirkes Kattowitz. Bereits ein erster Plan vom September 1939 sah die Vereinigung beider Teile Oberschlesiens und die Bildung eines einheitlichen Wirtschaftsorganismus aus allen fünf Industrierevieren vor. Da jedoch auch dessen Verfasser die Annexion Ostoberschlesiens für endgültig ansahen, hielten sie die Ausarbeitung präziserer und längerfristiger Entwicklungspläne erst in der Zukunft für erforderlich.<sup>(83)</sup> Einen ersten umfassenderen Plan legte der Direktor der Bismarckhütte, Klaus Kallenborn, vor.

Am 30. September 1939 sandte er seine Denkschrift "Prinzipien des wirtschaftlichen Aufbaus des ostoberschlesischen Industriegebietes" an die Obersten Reichsbehörden. Darin entwarf Kallenborn Richtungen einer langfristigen Entwicklung des Kohlenreviers. Gegründet auf die unabsehbaren Steinkohlenreserven sollte im Osten Deutschlands ein zentrales europäisches Industriegebiet entstehen, das ganz Oberschlesien, das Olsa-Gebiet, das Dąbrowa-Revier und das Krakauer Revier mit einer Gesamt-

80 Vgl. Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2, S. 47 ff.; Madajczyk, Czesław, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939 - 1945, Berlin 1987, S. 564 ff.; Łuczak, Czesław, Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce, Poznań 1979.

81 Długoborski/Madajczyk, S. 397.

82 Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 2, Dok. 23, S. 130 f.

83 Kattowitzer Zeitung, Nr. 250, 1939.

fläche von 8700 km<sup>2</sup> umfassen sollte. Hauptelement seiner Entwicklung hatte die Nutzung der Steinkohle für die örtliche Hütten- und Metallindustrie, für die Wirtschaft anderer Teile Deutschlands und für eine weitere Kohleveredlung zu sein. Dazu sei es nötig, den oberschlesischen Hütten Märkte in Ost- und Südosteuropa zu erobern. Voraussetzung des weiteren Wachstums der oberschlesischen Berg- und Hüttenindustrie sei ein Ausbau der Wasserwege. Kallenborn sah hier eine Verbindung zwischen Oder und Wisla durch die Verlängerung des Gleiwitzer Kanals vor und außerdem den Bau eines Wasserweges von der Oder zur Donau.(84) Kallenborns Plan fand im RWM ein breites Echo, schien er doch geeignet, Deutschland die wirtschaftliche und politische Hegemonie in Ost- und Südosteuropa zu sichern. Der Oberpräsident von Schlesien, Wagner, und der Regierungspräsident von Kattowitz, Springorum, unterstützten propagandistisch die Ideen des Plans. Doch Kallenborns Vorschlag rief viele Gegner unter den westdeutschen Konzernen auf den Plan, die ihm vorwarfen, er lasse sich allein von lokalen Ambitionen und eigenen Interessen leiten.(85)

Kallenborns Plan und alle ihm nachfolgenden kurz- oder längerfristigen Pläne zur Entwicklung dieses Industriereviere blieben illusorisch. Die Gründe dafür lagen nicht nur in der wirksamen Konkurrenz der Ruhrkonzerne. Diese Entwicklungspläne kollidierten außerdem mit jenen von den zentralen Instanzen gesetzten Prioritäten, die auf sofortige, entwicklungslose Ausnutzung der gegebenen Potenzen für den unmittelbaren Kriegsbedarf orientierten. Alfred Sulik stellt fest, daß in Phasen nach den Blitzsiegen stets längerfristige Planungen forciert wurden, während nach Niederlagen der Faschisten ihr Druck zu Sofortlösungen ohne jegliche Rücksicht auf Entwicklungszusammenhänge gewaltig zunahm, die dann durch außerökonomischen Zwang durchgesetzt wurden.(86) Solange die siegreichen Blitzfeldzüge anhielten, glaubte die faschistische Führung, eine allzu große wirtschaftliche Anstrengung sei nicht erforderlich. Sie nutzte das Potential der okkupierten Länder jeweils dazu, den nächsten Feldzug vorzubereiten.(87) So wuchs Ende 1939 und Anfang 1940 die Rolle Oberschlesiens für die Wirtschaft Deutschlands zum erstenmal stark an, als der Feldzug gegen Frankreich vorbereitet wurde. Durch die Erschöpfung strategischer Reserven nach dem Septemberfeldzug sowie durch die Unterbrechung der Importe aus den westeuropäischen Ländern traten im Winter 1939/40 wirtschaftliche Schwierigkeiten auf. Die Reichsgruppe Industrie legte am 29. November 1939 als oberste Aufgabe für den Wirtschaftsaufbau der besetzten Länder fest, das befürchtete Ausbleiben weiterer Rohstoffimporte auszugleichen. Grundlegendes Ziel sei die Belieferung der Front mit Kriegsmaterial und Munition. Diesem seien alle anderen - vor allem die von den Gauleitern vorgeschlagenen regionalen Ziele - unterzuordnen.(88)

Obwohl sich nach der Niederlage der Wehrmacht vor Moskau und erst recht nach Stalingrad die Vorstellungen von den erforderlichen wirtschaftlichen Kriegsanstrengungen änderten, reproduzierte die nunmehr forcierte maximale Mobilisierung der Wirtschaft für die Bedürfnisse des Krieges die bisherige Konsequenz: Diese Inanspruchnahme der Kapazitäten Oberschlesiens ließ zwar dessen Bedeutung nunmehr sprunghaft steigen, verurteilte es aber zur Entwicklungslosigkeit.

Unter diesen Prämissen versuchten die regionalen faschistischen Dienststellen und die interessierten Industriellen immer wieder, Entwicklungspläne für das Revier

84 BAArchP, RWM, Film Nr. 11917 (Wirtschaftspolitischer Dienst, Nr. 262, v. 14. 10. 1939).

85 Ebenda, RWM, Film Nr. 11917.

86 Sulik, 229 f.

87 Vgl. dazu Eichholtz, v. a. S. 197 ff.

88 Betriebsarchiv Carl Zeiss Jena, 9493, abgedr. in: Anatomie des Krieges, S. 231 ff.

aufzustellen und durchzusetzen. Gauleiter Wagner legte den ersten umfassenden Plan zum Ausbau Oberschlesiens vor und veröffentlichte ihn Anfang 1940.(89) Den Hintergrund dieses Vorstoßes bildete eine Beratung des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes beim OKW am 19. Dezember 1939 über die Ausnutzung Oberschlesiens.(90)

Wagners Plan ging von der außergewöhnlich günstigen strategischen Lage des Reviers aus, während im Gegensatz zu dieser die westlichen Industriereviere Deutschlands durch Frontnähe und Luftbedrohung gekennzeichnet waren. Zugleich gäbe es hier alle erforderlichen Bedingungen, um solche Industriebetriebe zu schaffen, die für die Erfüllung des Vierjahresplanes notwendig seien. Zur Überwindung der Verkehrsferne zwischen Oberschlesien und anderen deutschen Wirtschaftszentren sowie zur vollständigen Integration in den deutschen Wirtschaftsraum schlug Wagner den Bau einer Autobahn von Katowice nach Ostrava und Karviná vor, die Anschluß an die Autobahn Berlin - Gleiwitz erhalten müsse. Des weiteren sah er den Bau eines Oder-Donau-Kanals vor. Der Steinkohlenbergbau - so Wagner - müsse über die bisherigen Funktionen hinaus auch zur Grundlage der Entwicklung der Chemieindustrie werden. Koks- und Kohle aus den Gruben von Rybnik und Karviná sollte nicht nur die ober-schlesischen Hütten befeuern, sondern auch die Reichswerke Hermann Göring in Salzgitter versorgen. Durch eine Modernisierung der Hütten könnte die Eisen- und Stahlproduktion gesteigert werden.

Schließlich sollte Oberschlesien Gas und Elektroenergie nicht nur für das eigene Revier, sondern auch für das Sudetengebiet, das Protektorat und Österreich liefern. Um eine übermäßige Konzentration auf zu geringem Raum zu vermeiden, schlug Wagner die Einbeziehung von Oppeln und Liegnitz vor.

Wagners Plan traf auf viele Hemmnisse und Widerstände und blieb letztlich nur auf dem Papier stehen. Natürlich brachte die wirtschaftliche Vereinigung Oberschlesiens und des Dąbrowa-Reviers mit Deutschland viele Schwierigkeiten mit sich. Und über die augenblickliche Nutzung für den Frankreichfeldzug hinaus zeigten die Reichsinstanzen keine Eile, Entwicklungsprogramme umzusetzen. Alle Wirtschaftsgruppen zeigten dem Wagner-Plan die kalte Schulter. Die Obersten Reichsbehörden betonten nachdrücklich, daß für die Dauer des Krieges andere Direktiven verbindlich seien, als sie im Frieden für Westoberschlesien ausgearbeitet worden waren. Desinteressiert an der Entwicklung waren die Unternehmen aus anderen Teilen Deutschlands. Sie wollten die Märkte der ober-schlesischen Hütten selbst übernehmen. Daher drängten sie aus Furcht vor der Konkurrenz darauf, statt organisatorisch-technischer Lösungen bei Einbeziehung und Modernisierung der Hütten zu suchen, diese doch lieber zu verschrotten.(91)

Nach dem faschistischen Sieg über Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg schwelgten zwar die Planer des deutschen Monopolkapitals in Vorstellungen von einer "Neuordnung" und einem "Großwirtschaftsraum",<sup>(92)</sup> doch das Interesse der faschistischen Führung an Oberschlesien sank spürbar ab. Im Vergleich mit der Industrie Frankreichs und Belgiens erschien die ober-schlesische als Nebensache. Nach der Übernahme der moderneren Hüttenbetriebe in Belgien, Luxemburg und Frankreich wurde für die weitgehend technisch veralteten Hütten Oberschlesiens keinerlei Entwicklungsperspektive mehr gesehen und beabsichtigt, sie zu liquidieren. Einzig die Anforderungen des Krieges, so der Direktor der Friedenshütte, Bertram, verhinderten, daß die Mehrheit tatsächlich verschrottet wurde.<sup>(93)</sup> In der Mitte 1940 vor-

89 Wagner, Josef, Der großschlesische Raum und seine wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung, in: Der Vierjahresplan, 1939, Folge 25, S. 1139.

90 BArchP, OKW, Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Film Nr. 1758, abgedr. auch in: Anatomie des Krieges, S. 235 ff.

91 Vgl. Sulik, S. 233; BArchP, RWM, Film Nr. 6141.

92 Vgl. Eichholtz, S. 162 ff.

93 Archiwum Państwowe w Opolu, NSDAP OS 397.

bereiteten Konzeption der "Neuordnung Europas" kam Oberschlesien nur selten vor und wurde dann als zweitrangig, vor allem als Brücke nach Südost und zur UdSSR behandelt. Die chauvinistische Abwertung der polnischen Vergangenheit trug zu dieser Bewertung bei. Auch wollte die faschistische Führung die hohe Luftgefährdung, der Industriekonzentrationen solcher Größenordnung ausgesetzt waren, umgehen.(94)

In dieser für sie bedrohlichen Situation unternahmen die politischen und wirtschaftlichen Vertreter des Regierungsbezirkes Kattowitz Versuche, die Bedeutung Oberschlesiens anzuheben und es in die faschistischen Neuordnungspläne zu integrieren. So bot Fitzner den zentralen Reichsbehörden ein Projekt an, das die Übernahme bestimmter Hütten durch deutsche Konzerne regeln sollte.(95)

Der Generaldirektor des Ballestrem-Konzerns, Pott, entwickelte folgendes 5-Punkte-Programm zum Ausbau der Wirtschaft des Reviers:

1. Steigerung der Steinkohlenförderung zur Erweiterung der Kohleveredlung und Erhöhung der Potenz der Gas- und Energiebetriebe.
2. Vereinigung der kleineren Betriebe mit gleichem Produktionsprofil in einem großen Hüttenkombinat zur Steigerung der Rohstahlerzeugung, gestützt auf vervollkommnete Produktionsprogramme.
3. Entwicklung der Wasserwege zwischen Ostsee und Schwarzem Meer durch Kanäle Oder - Wisła - Dnestr bzw. Oder - Donau zur Annäherung an die natürliche Erzbasis in Schweden und Eröffnung besserer Exportbedingungen nach Ost- und Südosteuropa.
4. Ausbau des Energieverteilungssystems, vor allem des Elektronetzes und eines weiträumigen Gasnetzes.
5. Ausbau der Verfeinerungsindustrie zur Öffnung der Märkte in Ost- und Südosteuropa und Sicherung des Absatzes auch nach dem Krieg, wenn die Aufnahme-fähigkeit des deutschen Stahlmarktes begrenzter sein würde.(96)

Ähnliche Vorstellungen wurden für das Industrieviertel Ostrava ausgearbeitet, wobei das Karvinágebiet besonders berücksichtigt wurde und in Zukunft eine ebenso wichtige Rolle spielen sollte wie Oberschlesien.(97) Doch alle diese Pläne fanden vorerst kein größeres Echo. Anknüpfend an die von Wirtschaftsminister Funk für Göring ausgearbeitete Konzeption "Großraumwirtschaft", welche auf eine langfristige Verbindung der Wirtschaft der besetzten Länder mit der deutschen abzielte, propagierten vor allem Wagner und Springorum in Vorträgen und Artikeln ihre Vorstellungen über Platz und Funktion Oberschlesiens im Wirtschaftsorganismus eines "europäischen Großraumes". Dabei präsentierten sie Oberschlesien als künftiges industrielles Musterrevier im Osten des Reiches.(98)

Die militärische Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR brachte eine tatsächliche Veränderung. Seit Ende 1940 bekamen die okkupierten polnischen Gebiete in den strategischen Planungen Hitlerdeutschlands eine neue Funktion und damit eine neue militärische und wirtschaftliche Bewertung. Sie sollten das Hinterland der deutsch-sowjetischen Front bilden. Sie lagen ihr am nächsten und blieben außerhalb des Flugbereiches der englischen Bomber. Auf einer Beratung des RWM mit Vertretern aller Wirtschaftszweige am 4. Oktober 1940 gab Staatssekretär Friedrich Walter

94 Vgl. Eichholtz, S. 163 ff.

95 Sulik, S. 236.

96 Oberschlesien im Aufbau, in: Deutsche Bergwerkszeitung Düsseldorf, Nr. 439, 1940.

97 APK, Landesplanungsgemeinschaft Oberschlesien, Bezirksstelle Kattowitz 423, Das Gefüge des Mährisch-Ostrauer Industrieraumes und seine wirtschaftlichen Probleme in der Gegenwart.

98 Vgl. Wagner; Springorum, Walter, Wirtschaftszentrum vor neuen Aufgaben, in: Sonderausgabe des Oberschlesischen Kurier, Nr. 241, 1940.

Landfried jedoch eine andere Begründung. Er unterstrich, daß die Aufgabe, aus den annektierten Gebieten deutsches Siedlungsgebiet zu machen, die faschistische Führung nötige, in großem Ausmaß Hilfsmittel bereitzustellen und Unterstützung zu gewährleisten. Für die Industrie stellte er eine Erweiterung der Kredite, eine Senkung der Steuern, den Ausbau des Kommunikationsnetzes, eine Angleichung der Transporttarife für Kohle, Eisen und Zement sowie eine Erhöhung der Löhne und deren Angleichung an das Niveau des Ruhrgebietes als weitreichende Hilfe in Aussicht. Diese Maßnahmen sollten nicht auf die Zeit nach dem Kriege verschoben werden, sondern als nächste Schritte zur Verbesserung der Lage und zur Entwicklung des Gebietes unternommen werden, einigten sich die Teilnehmer.(99)

Landfried übertrug die Ausarbeitung der einzelnen Punkte einer Kommission. Diese schlug "Maßnahmen zur wirtschaftlichen Festigung der eingegliederten Gebiete" zu 5 Schlüsselproblemen vor:

1. Als Finanzquelle für den Ausbau, die Rationalisierung und Modernisierung der Industrie waren Obligationen und langfristige Kredite zu niedrigem Zinssatz vorgesehen. Daneben sollten die Deutsche Industriebank und die Reichswirtschaftshilfe Kredite vergeben und außerdem eine spezielle Kreditinstitution zur Finanzierung der Industrie der Ostgebiet geschaffen werden.
2. Steuerermäßigungen und -erleichterungen sollten Industrieinvestitionen begünstigen und mittels des sog. Ostzuschlages Beihilfen zur Ausstattung bereitstellen.
3. Das Sofortprogramm für die Verbindungswege sah den Ausbau der Ost-West- und der Nord-Süd-Eisenbahnen vor. Durch eine Regulierung der Wisla und durch ihre Verbindung mit der Oder, dem Oder-Donau-Kanal, der Warta und mit Ostpreußen sollte der Transport entwickelt werden. Vorgesehen waren Anschlüsse zu Deutschlands Hauptautobahnen. Im November 1940 wurde ein Perspektivplan für das südosteuropäische Eisenbahnnetz vorbereitet, in dem Oberschlesien den zentralen Kommunikationstrakt zwischen Ostsee und Schwarzem Meer bilden sollte.
4. Von einer Aufhebung der Zölle zwischen "eingegliederten Ostgebieten" und Generalgouvernement wurde eine Erleichterung der Wirtschaftsbeziehungen erwartet.
5. Um die Wirtschaftsintegration zu fördern, sah das RWM eine gelenkte Vergabe von Staatsaufträgen nach dem Osten vor. Der Ausbau der elektroenergetischen Betriebe, die Lokalisierung der Mehrzahl der vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau geplanten Objekte und selbst die Umsiedlung einiger Industriebetriebe dorthin sollten ebenso wie die Einführung einheitlicher Preise für Kohle und Strom in ganz Deutschland zur Entwicklung der "eingegliederten Ostgebiete" führen.(100)

Dieses Programm wurde nach der Bildung der selbständigen Provinz Oberschlesien im Januar 1941 zur Grundlage der Bestimmung von Entwicklungsrichtungen einer auf Bergbau und Hüttenindustrie basierenden Wirtschaft. Bracht schrieb dem oberschlesischen Revier nicht nur industrielle und Verkehrsfunktionen zu, sondern die eines "Zentrums des Vierjahresplanes" und einer "Waffenschmiede des Großdeutschen Reiches".(101) Diese Losung Brachts griff der Direktor des Ballestrem-Konzerns, Pott, auf und entwickelte sein Mitte 1940 vorgestelltes 5-Punkte-Programm weiter. Um die Kohleförderung zu steigern, sollte der technische Standard der Gruben verbessert werden. Der Aufbau von Kohleveredlungsbetrieben würde die Grundlage für eine moderne Chemieindustrie werden. Für außerordentlich wichtig hielt Pott die

99 BAChP, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Film Nr. 2121.

100 Ebenda; vgl. APK, Gauwirtschaftskammer, 310. - Das Programm zu den fünf Schlüsselproblemen knüpfte an die Forderungen von Gustav Schlotterer an, die dieser am 5. 10. 1940 vor dem Großen Rat der Reichsgruppe Industrie vorge-tragen hatte, abgedr. in: Anatomie des Krieges, S. 289 ff.

101 Wirtschaftsillustrierte - Arbeit und Macht, Nr. 3, 1941.

Rationalisierung der Eisenhütten, um die Produktionskosten zu senken, die Effektivität zu steigern und die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Auf Gebieten ohne Bodenschätze sollten Eisenverarbeitung und Kraftwerke lokalisiert werden. Ein langfristiger Plan, so Pott, müßte ebenfalls den Ausbau des Land- und Wassertransportes und eines weiträumigen Gasnetzes einschließen.(102)

Gleichzeitig forderte Pott die Herabsetzung der Ausfuhrtarife für oberschlesische Produkte und der Einfuhrtarife für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte. Die Realisierung solcher Ziele wurde von der Zuerkennung bedeutender Finanzmittel und Investitionskredite im Rahmen der Ost-Steuerhilfe abhängig gemacht. In Übereinstimmung mit der Reichsvereinigung Kohle sollten Investitionen die Steigerung der Steinkohlenförderung auf 100 Mill. t sichern, und für 1950 waren sogar 127 Mill. t geplant, für Koks entsprechend 10,7 Mill. t.(103)

In einer Denkschrift für General Hermann v. Hanneken verwies Pott auf das Fehlen einer Entwicklungsperspektive der Eisen- und Stahlindustrie, das keineswegs nur durch technische Gründe, sondern vor allem durch die komplizierten Eigentumsverhältnisse bedingt sei, deren Lösung erst für die Nachkriegszeit erwogen werde.(104) Bracht bemühte sich gleichfalls, die Bedeutung der oberschlesischen Hütten anzuheben. Vor Vertretern der deutschen Großbanken begründete er die Notwendigkeit, diesen Industriezweig mit Rücksicht auf den Kriegsbedarf aufrechtzuerhalten und prophezeite sogar für die Nachkriegszeit eine Produktion von 3 Mill. t Roheisen und 4 Mill. t Rohstahl. Pott dagegen stellte ein Augenblicksprogramm für den Krieg vor, das bei relativ geringen finanziellen Aufwendungen und unbedeutenden organisatorischen Korrekturen das bestehende Hüttenpotential maximal für den Kriegsbedarf nutzen wollte.(105)

All diese und viele weitere langfristige Pläne wurden nicht einmal begonnen zu verwirklichen. Realisiert wurden dagegen solche Projekte, die eine Augenblickslösung laufender wirtschaftlicher Schwierigkeiten versprachen und den Bedarf der nächsten Kriegsphase deckten.

Während der Vorbereitung auf den Überfall auf die Sowjetunion empfahlen sowohl Winkler von der HTO als auch General Georg Thomas vom Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW den Ausbau der Hütten- und der Chemieindustrie Oberschlesiens. Die ersten Siege der Wehrmacht in der UdSSR schienen der faschistischen Führung und den Konzernen Oberschlesiens ungewöhnlich günstige Perspektiven zu eröffnen, nämlich neue Märkte und Rohstoffquellen in der Sowjetunion. Die militärischen Siege erachteten sie für günstige Voraussetzungen, weitreichende Planungen zu beginnen. Es entstanden zahlreiche Perspektivpläne, die auch breit propagiert wurden. Bracht widmete der Entwicklungsperspektive in Reden und Aufsätzen während des zweiten Halbjahres 1941 viel Aufmerksamkeit und unterstrich den großen Beitrag Oberschlesiens für das Funktionieren der Kriegswirtschaft. Die enorme Propagandaaktivität Brachts sollte gleichzeitig eine Reduzierung der 18 Hochöfen auf 8 und der 8 Walzstraßen auf eine verhindern helfen, die er wie die oberschlesischen Konzerne unter dem Druck ihrer westdeutschen Konkurrenten befürchten mußte.(106) Die am 11. Oktober 1941 erlassene Verordnung "zur Sicherung des geordneten Auf-

102 Ein großes Programm für den Aufbau Oberschlesiens, in: Pressedienst für Wirtschaftsaufbau, 25. 2. 1941.

103 APK, Bezirksgruppe Oberschlesien, 323.

104 Ebenda, Abt. Gliwice, Ballestrem, 689.

105 Ebenda. - Eine Kurzfassung publizierte u. a. die Deutsche Bergwerkszeitung, Nr. 84, 1941.

106 Vgl. Sulik, S. 244; Bracht, Fritz, in: Kattowitzer Zeitung, Nr. 67, 1942; vgl. auch APK, Abt. Gliwice, Ballestrem, 686.

baus der Wirtschaft in den eingegliederten Ostgebieten" erweiterte die politischen und wirtschaftlichen Befugnisse der Oberpräsidenten wesentlich. Als wichtigstes Ziel ihrer Tätigkeit wurde dabei die Rüstungsproduktion bestimmt, der alle anderen Planungen unterzuordnen seien.(107)

In Übereinstimmung mit dem Bracht-Programm von 1941 bereiteten zahlreiche Institutionen, Organisationen und Ämter Ausarbeitungen für einzelne Entwicklungsrichtungen und Wirtschaftsgebiete Oberschlesiens vor, besonders für die Steinkohlenförderung, die Eisenverhüttung und die Rüstungsgüterfertigung. Nach der Eroberung des Donezbeckens und der Erzlager und Hütten von Kriwoi Rog sprachen die ober-schlesischen Unternehmer die Erwartung aus, die Industriereviere der Ukraine mögen zur Einflußsphäre der ober-schlesischen Bergbau- und Hüttenindustrie und ihrer Kapitalien werden. Die Eroberung dieser Gebiete durch die Wehrmacht brachte den ober-schlesischen Unternehmen sofort einen großen Gewinn sowie günstige Perspektiven zur Expansion. Durch die weitgehende Evakuierung sowjetischer Betriebe und die fehlenden Kohlenreserven traten nach der Eroberung der Ukraine für die Okkupanten ernsthafte Schwierigkeiten auf, die die zur Ausbeutung der ukrainischen Ressourcen gegründete staatliche Bergwerks- und Hüttenwerksgesellschaft Ost allein nicht zu überwinden vermochte. In dieser Situation gewann das ober-schlesische Kohlenbecken entscheidende Bedeutung, denn von dort wurde bis Anfang 1943 Kohle in das Donezbecken ausgeführt. Oberschlesien war das nächstgelegene Hüttenzentrum, in dem ein Teil der Erze aus Kriwoi Rog geschmolzen und Roheisen und Stahl aus dem Donezbecken verarbeitet werden konnten. Der aus dieser Situation geborene Expansions-optimismus der ober-schlesischen Unternehmen wurde von Reichswirtschaftsminister Funk noch ermutigt. Auch Bracht hob hervor, daß dieses Revier zur wichtigsten Stütze der Ostfront geworden sei. Die Ausbeutung der sowjetischen Erzlage bei Kriwoi Rog und der Hütten des Donezgebietes sollte künftig nicht nur den Erzbedarf der ober-schlesischen Hütten decken und durch die Abzweigung eines Teiles des Roheisens und Stahls vom Donez nach Oberschlesien zur Erweiterung der dortigen Stahlverarbeitung beitragen, sondern auch die Mittel zur vollständigen Rationalisierung der ober-schlesischen Hütten erbringen. Die Forderung nach Modernisierung ihrer Hütten durch die enge Verbindung mit den ukrainischen Betrieben erhoben führende Konzernherren, wie der Direktor der Friedenshütte, Bertram, immer wieder. Hannekens Vorschlag, die ukrainischen Hütten den ober-schlesischen zuzuteilen, wurde jedoch nicht erfüllt, denn das ganze Vermögen des Donbass übernahm die Bergwerks- und Hüttengesellschaft Ost.(108)

Die Niederlage bei Stalingrad und erst recht der Übergang Hitlerdeutschlands zur strategischen Defensive nach der Niederlage bei Kursk führte im Rahmen maximaler Mobilisierung der Kapazitäten für die Rüstungsproduktion zu deren absoluter Priorität bei Verzicht auf jede nicht sofort nutzbare Investition. Damit war das Ende der Überlegungen zu Entwicklungsfragen, selbst für die kurzfristigste Perspektive gekommen. Der Präsident der Gauwirtschaftskammer Oberschlesien, Berve, gleichzeitig Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, sprach davon, daß die Rüstungsproduktion rücksichtslos Priorität vor allen anderen wirtschaftlichen Zielen habe und über allen Erwägungen, lokalen oder privatwirtschaftlichen Rücksichten stehen müsse.(109) Für die Bedürfnisse der Ostfront und zur Deckung von Lücken in der Wirtschaft Deutschlands wurde ab 1943 im ober-schlesischen Industrierevier rücksichtsloser Raubbau betrieben, Raubbau an allen Elementen des Produktionsprozesses. Die Bedeutung des Reviers in der deutschen Kriegswirtschaft wuchs gewaltig an, vor allem wegen der Nähe zur Ostfront; doch diese Bedeutung implizierte Entwicklungslosig-

107 RGBl., I, 1941, S. 638.

108 Vgl. Sulik, 245 ff.; Thomas, S. 359 ff.; Riedel, Matthias, Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung 1941 - 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1973.

109 APK, Gauwirtschaftskammer Oberschlesien, 90 (Rede v. 13. 9. 43).

keit. Um die Kontinuität der Produktion zu sichern, wurden selbst wichtige Rüstungsbetriebe aus dem Westen Deutschlands hierher verlegt, ebenso wie geraubte Maschinen und Einrichtungen aus der Sowjetunion.

Mit der Eröffnung der zweiten Front in Frankreich und der Niederlage der Heeresgruppe Mitte 1944 gewann das oberschlesische Revier für die deutsche Kriegswirtschaft bis Januar 1945 sogar eine Schlüsselstellung: Mit dem Voranschreiten der Alliierten in Westeuropa verlor Deutschland seine dortigen Rüstungskapazitäten. Oberschlesien wurde zum Hauptproduzenten für Steinkohle. Die Bedeutung seiner Eisen- und Zinkhütten wuchs noch einmal. Bis in die letzten Tage der Okkupation produzierte dieses Revier mit voller Kapazität für den Bedarf der faschistischen Kriegführung.<sup>(110)</sup>

## 2.2. Die Entwicklung der industriellen Produktion Oberschlesiens in ausgewählten Zweigen der Schwerindustrie

Die industrielle Produktion entwickelte sich während des Krieges sowohl in zeitlicher Folge als auch im Hinblick auf ihre Zweige ungleichmäßig. Für Steinkohlenförderung, Stahlerzeugung, Chemie und Zink-/Bleiverhüttung soll sie im folgenden unter drei Gesichtspunkten umrissen werden, und zwar in bezug auf

- das tatsächliche Produktionsvolumen,
- die Investitionen und
- das Arbeitsvermögen.

### 2.2.1. Steinkohlenbergbau

Die Politik der faschistischen Führung bis Ende 1941 stand einem Wachstum der Produktion im Wege. Die westdeutschen Konzerne waren an der Beibehaltung eines geringen Produktionsvolumens in Oberschlesien interessiert. Selbst der langfristige Plan der Steinkohlenförderung in den einzelnen Revieren für die Jahre 1940 bis 1944 sah nur eine bescheidene Steigerung von 15,7 % vor. Der Anteil des Reviers an der Steinkohlenförderung Deutschlands sollte sich von 31,9 % im Jahre 1940 auf 35 % im Jahre 1943 erhöhen (s. Tabelle 1).

Tabelle 1

Geplante Steinkohlenförderung 1940 bis 1943  
(in Mill. t)

Revier	1940	1941	1942	1943	1940/43 (Index)
West - OS	28,5	30,0	30,6	30,6	7,4
Ost - OS	30,6	34,6	38,0	39,0	27,5
Dąbrowa	6,4	7,0	7,0	7,0	9,4
Karviná	8,5	9,0	9,0	9,0	5,9
Kraków (Jaworzno)	2,6	3,0	3,0	3,0	15,5
Insgesamt	76,6	83,6	87,6	88,6	15,7

Quelle:

Bundesarchiv Koblenz, R 7/1014.

110 Vgl. dazu die Tabellen des nächsten Abschnitts sowie Sulik, S. 249 ff.

Doch die Förderung entwickelte sich bedeutend schneller, als dies die Pläne vorsahen, weil die ehemals englischen Märkte in Skandinavien sowie neue im Osten und Süden Europas beliefert werden konnten, weil der Winter hart war und der Kohlenbedarf der Rüstungs-, Versorgungs- und Chemiebetriebe sowie der Eisenbahn anstieg. Im allgemeinen nahmen die Schächte sehr schnell die Förderung wieder auf, die meisten bereits zum 13. September. Nur einzelne hatten große Hemmnisse zu überwinden.

Der beschränkte Waggonumlauf und begrenzte Lagerungsmöglichkeiten auf der Halde ließen die Fördermöglichkeiten Oberschlesiens trotz des Anstiegs der Produktion und trotz der Evakuierung des Saargebietes und einer 15 % niedrigeren Förderung im Ruhrgebiet nicht ausschöpfen. Feierschichten mußten eingelegt werden. Im Laufe des Jahres 1940 stieg die Förderung auf über 82 Mill. t - in allen Revieren -, was 14,9 % über dem Stand von 1938 lag und den Perspektivplan um 8,2 % übertraf (s. Tabelle 2).

Tabelle 2

Tatsächliche Steinkohlenförderung 1940 bis 1944  
(in Mill. t)

Revier	1940	1941	1942	1943	1944
West - OS	26,448	24,961	27,125	29,374	28,450
Ost - OS	33,968	33,768	37,557	41,452	39,809
Dąbrowa	8,679	9,254	10,336	11,026	9,957
Karviná	9,900	10,082	11,571	13,126	12,781
Kraków	3,869	3,999	4,665	5,104	4,852
Insgesamt	82,864	82,064	91,254	100,082	95,849

Quelle:

Archiwum Państwowe w Katowicach, Bergwerksverwaltung Oberschlesien der Hermann-Göring-Werke, 105.

Die entscheidende Frage für die Entwicklung der Produktion war jedoch, ob die notwendigen Investitionen zur Modernisierung und Rationalisierung unternommen wurden. Die technische Rückständigkeit ergab sich im wesentlichen daraus, daß die Mehrheit der Industriebetriebe und der Produktionseinrichtungen noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammte. Eine aus finanziellen Gründen beschränkte Modernisierung in Polen vor 1939 hatte zur Folge, daß Bergbau und Hüttenindustrie Ostoberschlesiens - noch mehr des Dąbrowa-Reviers - nicht dem technischen Standard des Ruhrgebietes und nicht einmal Westoberschlesiens entsprachen. Trotz mancher Übertreibungen zu Beginn der Okkupation schätzten die Vertreter der deutschen Konzerne diesen Stand relativ objektiv ein. Die Differenzen zwischen der HTO, die den Stand als "tragisch" bezeichnete und den technischen Standard der Gruben dem Jahre 1922 zurechnete - Dąbrowa noch weiter zurück -, und den mehr optimistischen Wertungen der Rüstungsinspektion VIII oder der dortigen Verwaltung und ansässiger Konzernvertreter waren nur Unterschiede im Grad der Rückständigkeit und rührten aus den gegensätzlichen Interessen der Konkurrenten her.(111)

111 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2903, 2993, 2919, auch in: BArchP, Film Nr. 72675. - Vgl. die bereits erwähnte Analyse "Zur Lage der Hüttenwerke in Ostoberschlesien, dem Dombrowa- und dem Olsa-Gebiet, in: ebenda, Film Nr. 72694; APK, Bergwerksverwaltung Oberschlesien GmbH der Reichswerke Hermann Göring, Gr. III, 114 (Bericht über die nachstehenden besichtigten Betriebe, ob sie sich zur Verschrottung oder ganz oder teilweise zum Weiterbetrieb eignen).

Bei der Zuerkennung von Investitionen erhielt der Steinkohlenbergbau die entscheidende Priorität. Nach der relativ schnellen Herausbildung der neuen Eigentumsstruktur begann noch im Jahre 1939 die Planung für den Ausbau und die Modernisierung vieler Zechen. Das vom 9. September datierte Verbot jeglicher Neuinvestition unter oder über der Erde sowie die von General Thomas verordnete strikte Begrenzung aller Investitionen auf die für die Rüstungsgüterfertigung unmittelbar unverlässlichen wurden für den Steinkohlenbergbau in gewissem Maße umgangen, weil die Zechen zu den unmittelbar kriegswichtigen Betrieben zählten.

1940 und 1941 wurden für beinahe alle Zechen Ausbau und Modernisierung geplant. Dazu gehörten die Anlage neuer Schächte, der Bau von Sortierungsanlagen, Betrieben zur Kohleveredlung, Kokereien und Schwelanlagen, die Mechanisierung und Verbesserung des Abbaus und der Maschinen, die Einführung von Transportbändern, größerer Hunte u. a. m.

Der umfassendste Modernisierungsplan betraf die Schächte der HWG, er schloß den Bau einer Schmalspureisenbahn und eines eigenen Hafens für den projektierten Oder-Donau-Kanal ein. Geologische Untersuchungen wiesen das oberschlesische Kohlenrevier als wichtigstes in Europa, mit den günstigsten Bedingungen aus, sie verließen ihm bei einer Steigerung der Förderung Deutschlands auf jährlich 190 Mill. t einen Anteil von 60 %, d. i. 114 Mill. t.(112)

Doch die sich seit 1942 rapide verschärfende Brennstoff- und Energiesituation Deutschlands und das Ende aller Blitzkriegsträume nach der Niederlage vor Moskau erlegten dem oberschlesischen Steinkohlenrevier immer größere Förderungsaufgaben bei stets begrenzteren Investitionsmöglichkeiten auf. Für die Jahre 1942 bis 1945 war eine Steigerung der Förderung um 30 Mill. t vorgesehen. Falkenhahn von der Rüstungsinspektion hielt eine solche Erweiterung nur für möglich, wenn die Zechen grundlegend modernisiert würden. Eine solche Steigerung würde mindestens 720 Mill. RM an Investitionen erfordern. Die Notwendigkeit des Ausbaus der oberschlesischen Gruben wurde von den zentralen Instanzen nicht negiert, doch forderten sie, dies auf die schnellste und vor allem die billigste Weise zu tun. Die Rüstungsinspektion kritisierte diese Vorstellungen energisch.

1943/44 blieb die Investitionstätigkeit im Steinkohlenbergbau Oberschlesien weiterhin begrenzt. Dies veranlaßte die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau zu angestrenzten Bemühungen um eine stark erweiterte Fortsetzung. Sie erinnerte an die Vernachlässigung der erforderlichen Modernisierung 1939 bis 1941 und an die Favorisierung des Ruhrgebietes. Erst die wachsende Bombardierung des Ruhrgebietes änderte die Rangordnung der Investitionen. Bei den 1943 eingeführten Rangfolgekarten wurde Oberschlesien das gleiche Bauvolumen wie dem Ruhrgebiet bewilligt. Doch der Materialmangel verhinderte sogar dessen volle Nutzung. Da 1944 eine Begrenzung der Investitionen auf 500 000,- RM eingeführt wurde, waren die Zechen bestrebt, vor allem das Bauvolumen zu vergrößern, denn dem gesamten Bergbau in Oberschlesien waren für 1944 nur 30 Mill. RM bewilligt worden.(113) Unter solchen Bedingungen richteten sich die Anstrengungen der Okkupanten zunächst darauf, die seit 1939 nicht betriebenen oder unter Wasser stehenden Schächte Gräfin Laura, Fürstengrube, Klimontow, Mortimer, Leopold und Wirek wieder in Betrieb zu setzen. Erst danach wurden vor allem solche Investitionen in anderen Gruben vollendet, die bereits vor dem Überfall auf Polen eingeleitet worden waren. Zu den wichtigsten Unternehmen rechneten die Okkupanten die Erschließung neuer Flöze und die Niederbringung neuer Schächte. Das Exploitationsfeld der Kohle wurde erweitert und vertieft, neue Schächte und Stollen entstanden und auch ganz neue Bergwerke wurden begonnen aufzubauen.

112 APK, Gauwirtschaftskammer, 90.

113 Vgl. Jaros, Historia górnictwa ..., S. 227 ff.; Sulik, S. 262 ff.; BArchP, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Film Nr. 19.

Die neue Gesellschaft Fürstengrube mit Hauptbeteiligung der IG Farben schritt 1941 in der Nähe der Grube Piast zum Bau der Grube Günther in Łęczyca sowie eines weiteren Schachtes der Fürstengrube. Zwei Jahre später wurden die bestehenden 12 Schächte der Gesellschaft erweitert und tiefer geführt sowie zusätzliche Ventilationschächte angelegt.(114)

Doch der Neuaufbau ganzer Bergwerke brachte enorme Kosten mit sich und führte nicht sofort zu einer Steigerung der Gesamtproduktion, weshalb Modernisierungsinvestitionen in mehr oder weniger allen Schächten den Vorrang hatten. Verwirklicht wurden davon nur wenige, 3 Steinkohlenkraftwerke entstanden, 2 Kokereien, 2 Schwelanlagen. Die Förderausrüstungen, Kompressoren, Pumpen, Kesselhäuser und Entwässerungen u. a. wurden in vielen Gruben verbessert. Doch nur ein Teil dieser Modernisierung gelang bis zum Herbst 1943, als drastische Investitionsbeschränkungen diese Tätigkeit mehr oder weniger einstellen ließen.(115)

Den 1940 bis 1942 erreichten technischen Fortschritt charakterisierte Falkenhahn als hauptsächlich provisorisch, während ein Umbau auf die Zeit nach dem Kriege verschoben wurde.(116) Die Innovation sowohl beim Abbau als auch bei der mechanischen Verladung beruhte vor allem auf der Übertragung effektiver Methoden des Zugangs zu langgestreckten Flözen sowie der Ersetzung des Mitnehmersystems durch das Strebssystem. Bei Flözen bis 2,5 m Dicke wurde dem Strebabbau Vorrang gegeben. Bei Senkung der Verluste stieg 1940 bis 1942 die durchschnittliche Ausbeute eines Ortes von 94 t auf 114 t. Bei Flözen bis 4 m Dicke wurde der Strebbruchabbau angewandt. Mit dem Strebssystem wurden 1942 44 % der Kohle abgebaut - 1937 waren es 19,4 %, nach dem Pfeilersystem 55 %, davon 60 % als Abbruch. Gleichzeitig mit dem Strebssystem schritt die Mechanisierung der Anlage der Stollen und der Verladung voran. Eine immer breitere Anwendung fand die Schrämmaschine, mit deren Hilfe 1942 bereits 30 % der Kohle abgebaut wurden. Dieser Prozeß der Mechanisierung war ungleichmäßig, im Karviná-Revier erreichte er das höchste Niveau. Die bisher dominierenden Pfeilerschämmaschinen wurden durch modernere Horizontal- oder Vertikalmaschinen ersetzt.(117) Die Lieferung von Maschinen und Einrichtungen zur Modernisierung aus Deutschland erfolgte sehr ungleichmäßig und nach 1943 äußerst eingeschränkt. Dieser Mangel wurde teilweise durch die im Donezbecken geraubten oder im Westen Deutschlands stillgelegten Anlagen ausgeglichen.

Der Direktor der SCHLESAG, Johannes Robert, erklärte Anfang 1944, daß der gegebene technische Ausrüstungsstand der Gruben der neuralgische Punkt sei, an dem eine weitere Steigerung der Förderung scheitere.(118) Wie Jerzy Jaros analysierte, glichen die Investitionen in den Gruben den normalen Verschleiß der Maschinen und Einrichtungen nicht aus, ganz zu schweigen von deren Überbeanspruchung durch die erweiterte Förderung. Daher kam es in der Schlußphase des Krieges häufiger zum Stillstand und für die Gruben Mortimer und Klimontow aufgrund des Raubbaus zum absoluten Ausfall.(119) Ungeachtet dieser nur beschränkten Modernisierung stieg die Steinkohlenförderung außerordentlich an, nachdem die faschistische Führung nach der Niederlage vor Moskau darauf orientierte, sie um jeden Preis zu steigern.

Zunächst war 1942 gegenüber 1941 eine Stagnation zu verzeichnen, denn nach der Okkupation Hollands, Belgiens und Frankreichs war die Brennstoffbasis Deutschlands

114 BArchP, RFM, Film Nr. 6173; APK, Oberpräsidium Kattowitz, 1740; APK, Abt. Psczyna, Archiwum Książąt Pszczyńskich XVI, 240 u. 241.

115 BArchP, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, Film Nr. 19; BA Koblenz, R 7/456.

116 APK, Abt. Psczyna, Falkenhahn, 96.

117 Jaros, Historia górnictwa ..., S. 233 ff.

118 APK, Abt. Psczyna, Falkenhahn, 107.

119 Jaros, Historia górnictwa ..., S. 237.

erheblich erweitert. Der oberschlesische Steinkohlenbergbau verlor durch Einberufungen zur Wehrmacht vor Beginn des Überfalls auf die UdSSR, aber auch durch Versetzung von Bergleuten an die Ruhr, um dort die aus gleichem Grund entstandenen Lücken zu füllen, zahlreiche Arbeitskräfte. Teilweise wurden in der zweiten Jahreshälfte diese Ausfälle durch die Rückkehr der Bergarbeiter und durch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter wieder ausgeglichen. 1941 hatte die oberschlesische Kohle einen Anteil von 33,2 % an der Gesamtförderung des faschistischen Deutschland gegenüber 52,7 % des Ruhrgebietes. In der Koksproduktion hatte das oberschlesische Revier mit 6,4 Mill. t einen Anteil von 12 %.(120)

Auf Veranlassung Paul Pleigers wandte sich die Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau im Dezember 1941 an ihre Mitglieder mit der Forderung, die Förderung bis 1945 um 30 % auf 112 Mill. t zu erhöhen. 1942 stieg die Jahresförderung gegenüber dem Vorjahr um 20 % auf 91 Mill. t, das waren 70 % der Förderung des Ruhrgebietes und 35,3 % der Gesamtförderung Deutschlands. Davon entfielen auf die Gruben der HGW 24,5 %, der PREUSSAG 13,2 %, der Schaffgotsch's 8,8 % sowie der BERGHÜTTE und Giesches je 5,7 %. Diese Steigerung wurde entscheidend durch den Mehreinsatz von Arbeitskräften erreicht.(121)

Steinkohlenbergbau und Eisenindustrie hatten bei der Vergabe von Arbeitskräften in Oberschlesien Vorrang. Von Mai 1940 bis Ende 1941 nahm die Zahl der Beschäftigten hier um 30 000 zu, das entsprach 23 % (s. Tabelle 3).

Tabelle 3

Jahresdurchschnitt der im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens beschäftigten Arbeitskräfte (in 1000)

Revier	1939	1940	1941	1942	1943	1944
West - OS	49,9	49,4	49,1	54,1	59,3	63,6
Ost - OS	53,3	65,3	74,9	79,5	89,2	99,8
Dąbrowa	15,9	20,9	23,7	25,8	27,5	30,3
Kraków	8,1	10,2	11,8	12,1	14,8	17,6
Karviná	21,5	23,6	24,3	25,7	29,4	32,3
Insgesamt	148,7	169,4	183,8	197,2	220,2	243,6

Quelle:  
Wie Tabelle 2.

Da viele qualifizierte Bergarbeiter ins Ruhrgebiet versetzt oder zur Wehrmacht einberufen wurden, traten an ihre Stelle unqualifizierte und vor allem ausländische Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene. 1939 bis 1941 sank die durchschnittliche Abbauleistung je Bergmann und Tag von 1 676 kg auf 1 601 kg. Dies lag entscheidend an den Lebensbedingungen, die am schwersten in den Revieren Dąbrowa und Jaworzno-Chrzanów waren.(122) Als die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit nicht ausreichte, um das Absinken der Arbeitsintensität auszugleichen, wurde die Arbeitszeit weiter durch Überstunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit verlängert. Bei der unzureichenden Ernährung der Bergarbeiter, unter denen die polnischen überwogen und viele sowjetische Kriegsgefangene waren, führte dieser Kräfteverschleiß rasch zur physischen Erschöpfung. Die Zahl der Erkrankungen und der Unfälle nahm zu. Zu letzteren trug der wachsende Einsatz unqualifizierter und Zwangsarbeiter im Abbau wesentlich bei. Von 1939 bis 1941 stieg der Einsatz solcher Arbeiter Sulik, S. 341.

121 APK, Bezirksgruppe Oberschlesien, 529.

122 Das Absinken war, bezogen auf die Untertagearbeiter allein, noch drastischer: von 2 558 kg auf 2 224 kg. APK, Abt. Pszczyna, Falkenhahn, 37. - Sulik hält

beiter von 14,7 Tausend auf 47,2 Tausend Arbeiter, von denen die meisten im anektierten Ostoberschlesien arbeiteten (s. Tabelle 4).

Tabelle 4

Anzahl der im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens beschäftigten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter (in 1000)

	1941	1942	1943	1944
Kriegsgefangene	2,9	16,7	46,2	45,6
Sowjetische Zivilarbeiter	-	3,0	6,1	12,4
Italienische Militärinternierte	-	-	2,6	3,1

Quelle:

Archiwum Państwowe w Katowicach, Abt. Pszczyna, Falkenhahn, 37; ebenda, Bergamt Königshütte, 813.

Durch den weiteren Einsatz von Arbeitskräften konnte 1943 die Förderung noch einmal gesteigert werden und überschritt erstmals die 100-Mill.-Grenze. Der Anteil des Gesamtreviers an der Steinkohlenförderung Deutschlands stieg damit auf 37,2 % an, während der des Ruhrgebietes auf 47,2 % gesunken war. 1943 förderte Oberschlesien 80,9 % der im Ruhrgebiet gewonnenen Kohle. Da in anderen Revieren die Förderung gesunken war, konnte 1943 die Steinkohlenförderung Deutschlands von 278 Mill. t den Bedarf der Kriegswirtschaft nicht decken.<sup>(123)</sup> Mitte 1943 forderte Speer von den ober-schlesischen Zechen eine weitere Steigerung. Deren Besitzer hatten jedoch schon im Oktober 1942 davor gewarnt, die Förderung ausschließlich durch den massierten, extensiven Einsatz von Arbeitskräften weiter zu steigern, da der Verschleiß an Arbeitskraft wie an Produktionsanlagen sehr schnell zu einem katastrophalen Absinken der Arbeitsintensität und der Effektivität der Gruben führen müsse. Nach Speers erneuter Anforderung bildeten die ober-schlesischen Zechen Arbeitskommissionen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Da jedoch alle Investitionen mit Ausnahme der zur Aufrechterhaltung kontinuierlicher Förderung untersagt waren, lief die Forderung nach weiterer Steigerung der Förderleistung praktisch auf gesteigerten Raubbau hinaus.<sup>(124)</sup>

Ungeachtet dieses rücksichtslosen Raubbaus konnte die für 1944 geplante Menge von 105 Mill. t nicht erreicht, sondern nur 95 Mill. t gefördert werden. Ungeachtet dessen wuchs die Bedeutung des ober-schlesischen Steinkohlenreviers für die Okkupanten in dem Maße, wie sie an der Ostfront geschlagen wurden und wie die Förderung des Ruhrgebietes durch den Bombenkrieg litt. Die 95 Mill. t für 1944 waren 38,5 % der deutschen Steinkohlenförderung. Seit Mitte 1944 gewann der ober-schlesische Steinkohlenbergbau eine Schlüsselrolle für die Fortsetzung des faschistischen Krieges. Während im Ruhrgebiet im September 1944 täglich 90 000 t Kohle gefördert wurden, erreichte Oberschlesien 160 000 t. An der Jahreswende 1944/45 betrug der Anteil der ober-schlesischen Steinkohle an der Gesamtförderung bereits die Hälfte. Dieses Revier förderte bis in die letzten Tage der Okkupation.<sup>(125)</sup>

über die genannten Gründe hinaus auch die Einführung der Deutschen Volksliste für einen Grund des Absinkens der Abbauleistung, weil sie Unsicherheit und Angst der Arbeiter vor Evakuierung oder Einberufung hervorgerufen habe. Sulik, S. 388, Anm. 273.

123 APK, Abt. Pszczyna, Falkenhahn, 107; vgl. Die deutsche Kohlenwirtschaft. Statistischer Bericht, Nr. 12, Berlin 1944, S. 3.

124 Die deutsche Kohlenwirtschaft, S. 3, sowie APK, Bergwerksverwaltung OS der HGW, III, 11.

125 APK, Giesche SA, 3494.

Seine Schlüsselrolle in diesen Tagen änderte jedoch absolut nichts daran, daß ab Mitte 1944 die Förderung auf das niedrigste Niveau seit 1940 absank. Von Juni bis Dezember 1944 fiel die durchschnittliche Abbauleistung pro Bergmann und Tag noch einmal um 9 %. Allein die extensive Steigerung durch Ausbeutung weiterer Arbeitskräfte konnte den Abfall der Arbeitsleistungen teilweise kompensieren. Bis Mai 1943 hatte sich die Zahl der Arbeitskräfte im Steinkohlenbergbau mit 210 000 etwa auf dem Stand von Ende 1943 gehalten. Bis März 1944 stieg sie dann auf 251 000, um später leicht abzufallen.(126)

## 2.2.2. Stahlerzeugung und -verarbeitung

Die Auslastung der oberschlesischen Hütten hing wesentlich von zwei miteinander verbundenen Fragen ab, ihrer Perspektive und ihrer Belieferung mit Eisenerz und Schrott. Die Perspektive war in den ersten Jahren der Okkupation miserabel. Daran änderte weder die Erklärung der Hütten zu W-Betrieben (Wehrwirtschaftsbetrieben) etwas noch die Argumentation der Magnaten, daß die subjektiven Bewertungen ihrer Konkurrenten deren egoistischen Intentionen und mangelnder Kenntnis geschuldet seien.

Obwohl die relativ geringe Eisenerzförderung in Oberschlesien selbst forciert wurde, waren die Hütten im ersten Halbjahr der Okkupation nur zu 60 % ausgelastet. Eisenerz wurde in der Königshütte, der Falvahütte, der modernen Bankhütte sowie im Eisenhüttenwerk Trzynietz geschmolzen. Diese verfügten zusammen über 24 Hochöfen mit einer Kapazität von 1,8 Mill. Jahrestonnen Rohstahl. Die Stahlwerke des Reviers umfaßten 73 Siemens-Martin-Öfen mit einer Tageskapazität von 3 660 t, außerdem 20 Elektroöfen mit einer Tageskapazität von 93 t. Die Jahreskapazität der Stahlföfen erreichte 2,8 Mill. bis 3 Mill. t. Die Hütten verfügten über insgesamt 60 Walzstraßen mit einer Kapazität von 3,2 Mill. Jahrestonnen.(127)

Diese Potenzen wirklich zu nutzen, das hielt die faschistische Führung zu diesem Zeitpunkt nicht für erforderlich. Das Stahlaufkommen wurde Ende 1939 auf 60 % der durchschnittlichen Produktion festgelegt. Nur die Werke der Bismarckhütte arbeiteten normal, d. h. mit einer Auslastung zwischen 65 % und 100 %, alle anderen, besonders im Dąbrowa-Revier, lagen erheblich darunter. Eine wesentliche Ursache war der drastische Mangel an Eisenerz; denn die Erzlieferungen aus Schweden, der bisherigen Hauptquelle, wurden reduziert. Die oberschlesischen Hütten wurden - mit Ausnahme der Dąbrowa-Reviers - Mitte 1940 überhaupt erst in den zentralen Verteilerschlüssel für Eisenerz aufgenommen. Von den danach zugeteilten Mengen fielen 46 % an die Hütte Trzynietz, 20 % an die Bismarckhütte und je 17 % an die Friedenshütte und Königshütte.(128) Nicht minder gering waren die Schrottzuteilungen für die Siemens-Martin-Öfen. Die Schrottvereinigung war dazu erst nach einer Intervention General v. Hannekens bereit. Wegen zu geringer Schrottmengen mußten die Stahlwerke ihre Beschickung ändern: In der BERGHÜTTE betrug der Anteil des Roheisens 70 % und der Schrottanteil 30 %, während im Ruhrgebiet die Proportion gewöhnlich umgekehrt war. Diese ungewöhnliche Proportion beeinflußte stark den Stahlpreis. Nach dem Einfall in die Sowjetunion erhielt das oberschlesische Revier von den dort geraubten Gütern mehr Schrott, so daß der Schrottanteil der Stahlschmelze auf 50 % anstieg.(129)

126 Ebenda, Gauarbeitsamt Oberschlesien, 572, auch in: BArchP, Film Nr. 72676.

127 APK, Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung, 11, auch in: BArchP, Film Nr. 72678; APK, Stahlwerksverband Kattowitz, 3, auch in: BArchP, Film Nr. 72694.

128 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2918, auch in: BArchP, Film Nr. 72675; APK, Stahlwerksverband Kattowitz, 45, 65; ebenda, Berghütte, 539, 11; ebenda, Gauwirtschaftskammer Oberschlesien, 122.

129 APK, Berghütte, 514, 537; ebenda, Stahlwerksverband Kattowitz, 65, auch in: BArchP, Film Nr. 72694.

Die Versorgung mit Eisenerz, vor allem mitschwedischem, verbesserte sich erst im zweiten Quartal 1942. Nunmehr wurde sowohl der Erz- als auch der Schrottbedarf der oberschlesischen Hütten gedeckt. 1942 erhielten sie 3 Mill. t Erz, davon 1,1 Mill. t schwedische und norwegische Erze. Diese ausreichende Versorgung hielt bis zum Herbst 1943 an und fiel dann ab. Denn mit den Niederlagen der Aggressoren und ihrem erzwungenen Rückzug aus der UdSSR versiegte die Schrottzufuhr von dort. Der Import schwedischer Erze fiel von 1934 auf 1944 unter die Hälfte. Da die Hütten inzwischen über Vorräte für 3 bis 4 Monate verfügten, traf sie diese Abschneidung von der Zufuhr nicht in der Weise wie die Hütten des Ruhrgebietes nach der Befreiung Frankreichs und Belgiens.(130)

Mit Ablauf des Jahres 1940 erreichten die Hütten im wesentlichen den Vorkriegsstand. Sie schmolzen 1,2 Mill. t Roheisen und 1,1 Mill. t Rohstahl. 1,4 Mill. t Erzeugnisse aus Walzstahl wurden produziert (s. Tabelle 5). Damit standen für die unmittelbare Rüstungsgüterfertigung die notwendigen Ausgangsprodukte zur Verfügung. Die Verarbeitung erfolgte meistens in Betrieben derselben Montankonzerne. Seit 1940 hatten die Produzenten von Waffen und Munition eine außerordentliche und dauernde Hochkonjunktur. Das oberschlesische Industrierevier wirkte tatsächlich als "Waffenschmiede" Hitlerdeutschlands. Die Rüstungsinspektion VIII in Breslau, der diese Kriegsgerätefertigung 1940 unterstand, entwickelte Mitte des Jahres ein neues Organisationssystem und faßte die Rüstungsbetriebe zu einem eigenen Arbeitskreis zusammen.

1941 schmolzen die Hütten des Reviers 1,28 Mill. t Roheisen und 2,35 Mill. t Rohstahl. Aus 1,4 Mill. t Walzstahl wurden Erzeugnisse gefertigt. Sowohl in der Stahlerzeugung als auch in der unmittelbaren Rüstungsgüterfertigung dominierten die beiden Hüttengiganten. Die Hütten der BERGHÜTTE schmolzen 753 000 t Roheisen und 1,3 Mill. t Rohstahl. Auf OBERHÜTTEN entfielen 519 000 t Roheisen und 1 Mill. t Rohstahl. Aber damit waren beider Kapazitäten durchaus nicht ausgelastet. Die 1941 erzielten Ergebnisse des Reviers machten rund 12 % der gesamten Hüttenproduktion Deutschlands aus.(131)

Tabelle 5

Eisen- und Stahlerzeugung im gesamten oberschlesischen Revier  
(in Mill. t)

Produkt	1940	1941	1942	1943	1944
Roheisen	1,209	1,278	1,295	1,324	1,243
Rohstahl	1,149	2,348	2,415	2,821	2,878
Walzstahl	1,398	1,413	1,780	1,659	1,509

Quellen:

Zusammengest. nach: Archivum Państwowe w Katowicach, Gauwirtschaftskammer, 92; ebenda, Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung, 27; Berg- und Hüttenmännischer Verein Gleiwitz, 17, 20; Statistisches Handbuch von Deutschland, 1944.

Nach der Niederlage der Aggressoren vor Moskau wuchs der Stahlbedarf ins Unermeßliche. Folglich änderte sich ihre Wirtschaftspolitik gegenüber der Hüttenindustrie Oberschlesiens. Ihr Stahlsohl wurde auf 4,8 Mill. Jahrestonnen heraufgesetzt. Dies überschritt jedoch ihre Leistungsfähigkeit: Sie schmolzen 1942 zusammen 2,4 Mill. t, 1943 und 1944 jeweils rund 2,8 Mill. t Rohstahl (s. Tabelle 5). Im Rahmen des sog.

130 APK, Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung, 10, 13, auch in: BArchP, Film Nr. 72678; APK, Berghütte 339, 609, 610, 2267; ebenda, Stahlwerksverband, 136.

131 Vgl. Wagenführ, Rolf, Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945, Berlin 1954, S. 26.

Röchling-Programms wurde vor allem die Produktion von Rohstahl als des wichtigsten Rohstoffs gesteigert: Durch Erhöhung der Schrottkontingente und der eingesetzten Arbeitskräfte wurden im zweiten Halbjahr 1942 monatlich 222 000 t erreicht. Daran hatte die BERGHÜTTE einen Anteil von 50 %, OBERHÜTTE von 38 %. Da erforderliche Investitionen nicht erfolgten, verblieben nur geringe Möglichkeiten zu weiteren Produktionssteigerungen.(132)

Von der Rüstungskonjunktur profitierten die größten Unternehmen am meisten. Die Königs- und Bismarckhütte - größte Tochter der BERGHÜTTE - steigerte von 1941 bis 1943 ihre Gesamtproduktion um 50 %, die Ferrum gar um 220 %. Die oberschlesische Rüstungsgüterindustrie produzierte vor allem Handfeuerwaffen, leichte Kanonen, Panzer, Transportmittel und Munition. 1941 erweiterten die Okkupanten die Fertigung von Abwurfmunition, besonders der Bomben SC 250 JA "Frieda" und SD 50 L "Dora" auf 50 000 Stück monatlich, der Granaten 15 cm und 21 cm auf 320 000 Stück monatlich.(133) Das größte Sortiment an Rüstungsgütern produzierte die Bismarckhütte, in erster Linie Artillerie und Artillerieteile sowie gepanzerte Fahrzeuge. Die BERGHÜTTE insgesamt baute monatlich 400 Panzer und 300 Kanonen 8,8 cm. 1943 verließen pro Monat 400 000 Artilleriegranaten und 4 500 Panzerketten ihre Werke. In der Königs- und Bismarckhütte wurde die Produktion von 8,8-cm-Flakgeschützen konzentriert, sie fertigte monatlich bis zu 200 Stück.(134)

Im Rahmen des Panzerprogramms produzierten die Königs- und Bismarckhütte und die Bankhütte gemeinsam den mittleren Panzer "Panther". Die geplante Monatszahl von 100 Stück wurde jedoch bis zum Abbruch der Fertigung Mitte 1944 nicht erreicht.(135) Beide Hütten der BERGHÜTTE sowie die des Ballestrem-Konzerns erzielten 1943 und 1944 große Steigerungen in der Geschützproduktion: Gefertigt wurden 8,8-cm-Flak 36, 37 und 41, 3,7-cm-Flak 18 und M 39, 7,5-cm-Pak 44, 8,8-cm-Pak 43, 7,5-cm-KwK 42 und SFH 18, 12,8-cm-Flak 40. In großem Umfang gesteigert wurde auch die Fertigung von Granaten - 7,5 cm, 10,5 cm, 12,2 cm, 15 cm, 21 cm und 21 cm Gr. 37 - sowie Artilleriegeschosse Kaliber 12,8 cm. Panzerbauteile und gepanzerte Fahrzeuge - vor allem LMTW - sowie Zusatzgeräte für diese Typen produzierten beide Hüttengiganten.(136)

Bei Stagnation der meisten kleineren Betriebe und fehlenden Investitionen war dieser enorme Ausstoß von Rüstungsgütern bei sinkender Arbeitsproduktivität selbst durch den steigenden Einsatz von Arbeitskräften nicht durchzuhalten. Auf die Dauer waren die Schwierigkeiten der Produktion und des Verschleißes an Menschen und Maschinen nicht auszugleichen. Um die unmittelbare Rüstungsgüterfertigung zu steigern, wurden weitere Betriebe einbezogen. Zahlreiche 1942 noch nicht verkaufte polnische Betriebe wurden 1942 der BERGHÜTTE angeschlossen. Um die gesamte Produktion der Hüttenindustrie völlig den Rüstungsbedürfnissen unterzuordnen, annullierte die Hauptkommission Rüstungsarbeit alle vor dem 1. Juli 1944 ergangenen Bestellungen an die Hüttenindustrie.

Selbst die zu Beginn der Okkupation aus der Erzversorgung ausgeschlossenen Hütten des Dabrowa-Gebietes wurden nun voll in die Rüstungsgüterfertigung einbezogen. Neben Kanonen und Panzerteilen produzierten sie vor allem Zubehör: Gerät PC 1400 - Stg Fritz, DOK 21, Henschel Gerät HS 293 A 1, R-Gerät sowie Gerät AB 23.(137)

132 APK, Berghütte, 538, 241, 1185, 2051; ebenda, Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung, 27, auch in: BAArchP, Film Nr. 72678.

133 APK, Berghütte, 1661, 2802, 2811; ebenda, Abt. Gliwice, Ballestrem, 1807.

134 Ebenda, Berghütte, 249, 545, 1617, 1684, 2432 - 2436; BAArchP, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, 515, 59.

135 APK, Berghütte, 1634, 1834; BAArchP, Film Nr. 8219 P.

136 APK, Berghütte, 615, 1626, 1847, 2115; ebenda, Wspólnota Interesów Górniczo-Hutniczych, 23; ebenda, Abt. Gliwice, Ballestrem, 1807.

137 Ebenda, Berghütte, 1632.

Über Artilleriemunition, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge hinaus produzierten die oberschlesischen Hütten auch für die Luftwaffe, vor allem im Rahmen der Programme "Versorgungsabwurf" und "Heimatverteidigung". Neben Flugzeugteilen und -geräten fertigten sie vor allem Munition, aber auch Bordkanonen für die Ju 88. Für die Kriegsmarine wurde schwere und leichte Munition sowie Elemente für Überwasser- und U-Boote produziert.(138)

Das Profil der Rüstungsgüterfertigung veränderte sich Mitte 1944 nur unbedeutend, als eine Vereinfachung und Konzentration die Niederlage der Aggressoren hinauschieben sollte. Im Zuge des Jäger- und des Zerstörerprogramms erfolgte in Oberschlesien eine Konzentration auf 8,8-cm-Kanonen 36/41, die jedoch nur von kurzer Dauer war. Als zweite Konzentrationsrichtung galt die Fertigung von Granaten 12,2 cm und 12,8 cm. Außerdem ordnete Speer an, die Fertigung von Bomben der Typen KC 50, AB 70/4 B bzw. C zu steigern. Im ganzen hatte diese Konzentration wenig Wirkung.(139)

Ähnlich wie im Bergbau erfolgte die außerordentlich ansteigende Fertigung von Rüstungsgerät und Munition vor allem durch den zusätzlichen Einsatz von Arbeitskräften. Investitionen zur Modernisierung blieben beschränkt und wurden auf die beiden Hüttengiganten konzentriert. In den ersten Jahren der Okkupation erfuhr der Ballestrem-Konzern dabei ausdrücklich Unterstützung. Seine Werke in Westoberschlesien hatten schon vor 1939 für den Rüstungsbedarf gearbeitet. Sein Generaldirektor Pott wollte 4 Mill. RM in die Gruppen Fitzner und Laurahütte investieren, um dort die Produktion von Panzerfahrzeugen aufzunehmen. Er bemühte sich, die Unterstützung Walter Rohlands von den Vereinigten Stahlwerken zu gewinnen. Für 1,5 Mill. RM wurden die Hochöfen der Friedenshütte modernisiert sowie der Umbau der Hütten Ferrum und Baildon begonnen. 1942 bis 1944 wurden in ihnen viele Investitionen vorgenommen, um die Fertigung für den Bedarf der Luftwaffe, der Kriegsmarine sowie der Heeresartillerie aufzunehmen. Noch in der ersten Hälfte 1944 wurden in den Betrieben der Ferrum 2,9 Mill. RM investiert. Die Friedenshütte baute 1942 einen neuen Siemens-Martin-Ofen von 70 t Fassungsvermögen und begann mit dem Bau eines weiteren sowie eines Grobwalzwerkes und eines Zinkblechwalzwerkes.(140)

Bedeutend größer waren die Investitionsabsichten der BERGHÜTTE. Vor der offiziellen Einbeziehung dieses Mammutkonzerns in das System der Rüstungsaufgaben am 22. Oktober 1942 blieben alle Modernisierungspläne auf dem Papier stehen. Nach diesem Termin wurde ein Investitionsplan für die Jahre 1942 bis 1948 aufgestellt, der 330 Mill. RM vorsah. Später auf drei Jahre eingegrenzt, sollten vor allem für die Umrüstung auf die Produktion von Kanonen, Panzern, Raupen, Lufttorpedos, Munition und Munitionsbehälter bereits 1942 16,8 Mill., 1943 98,3 Mill. und 1944 286 Mill. RM investiert werden. Hauptproduzent von Eisen und Stahl innerhalb der BERGHÜTTE sollte die Hütte Trzynietz im Karviná-Revier werden und einen neuen Hochofen von 700 Mill. Jahrestonnen Roheisen sowie ein Thomasstahlwerk von 40 t Fassungsvermögen erhalten.(141) Die Königs- und Bismarckhütte plante, sich auf Roheisen- und Stahlerzeugung zu konzentrieren und unrentable Walzkomplexe abzustoßen. Die drei Walzstraßen der Gruppe sollten in der Königshütte zusammengefaßt werden und eine Walzstraße von der Bankhütte hinzubekommen, während die Bankhütte auf die Stahlerzeugung beschränkt werden sollte. Geplant war, die Kokserzeugung in den 34 Öfen der Königshütte zu konzentrieren und von 15 000 auf 36 000 Jahrestonnen zu erhöhen. Damit hätten die Kokereien der Hütten Falva und Hubertus außer Dienst gestellt werden können. Die Hochöfen der Königshütte und

138 Ebenda, Huta Baildon, 122; ebenda, Berghütte, 2428; BArchP, Film Nr. 8219 P.

139 APK, Berghütte, 502, 2506, 2574; vgl. Sulik, S. 360 f.

140 APK, Abt. Gliwice, Ballestrem, 686, 1805; ebenda, Oberhütten, 140; ebenda, Treuhandstelle Kattowitz, 3465; vgl. Kisiel, J./Rudzki, F., 125 lat "Huty Pokój", Ruda Śląska 1965.

141 APK, Berghütte, 9, 261, 536, 539.

Falvahütte sollten modernisiert und durch zwei neue erweitert werden. In den Stahlwerken dieser und der Bismarckhütte sollten für die Produktion von Edelstahl Siemens-Martin-Öfen bzw. 6-t- und 15-t-Elektroöfen errichtet werden. Dies hätte gestattet, die veralteten Stahlwerke der Laurahütte, der Hubertushütte und zwei Hochöfen der Bismarckhütte stillzulegen.(142) Alle diese Schwerpunktinvestitionen der BERGHÜTTE wurden unter einer doppelten Zielstellung in Angriff genommen: die geringe Konkurrenzfähigkeit zu überwinden und die Massenproduktion von Waffen und Ausrüstung zu forcieren.

Die ökonomische und technische Modernisierung der oberschlesischen Hütten wurde praktisch erst 1941 wirklich begonnen - und auch dieser Beginn stand unmittelbar im Zusammenhang mit den genannten zwei Zielen: Es ging einmal darum, Interessen für einen Kauf der Hütten - der dann doch scheiterte - zu gewinnen, zum anderen um das Bemühen der Rüstungsinspektion, die Hütten stärker in die Rüstungsgüterfertigung einzubeziehen. Eine spezielle Kommission der Interessen-Vertreter hielt die geringe Konkurrenzfähigkeit der Hütten für ihre Hauptschwäche. Diese läge in den zu hohen Produktionskosten begründet. Die Kosten hingen vor allem vom Import schwedischer Erze und den 6- bis 7fach zu hohen Transportkosten sowie von der schlechteren Koksqualität, von den Transporttarifen und wesentlich von den veralteten Produktionsaufrüstungen ab. War zum Zeitpunkt dieser Diagnose noch die Prognose einer Liquidierung nach dem Kriege ausgesprochen, so trat mit begonnener Modernisierung diese bald in den Hintergrund.(143)

Offensichtlich waren in der BERGHÜTTE die größten und teuersten Investitionen ganz direkt mit der Produktion von Panzern und auch Flugzeugen verbunden. Für die Panzerproduktion wurden 68,9 Mill. RM oder die Hälfte aller Gelder des Konzerns Königs- und Bismarckhütte ausgegeben. 3 Mill. RM investierte sie für die Aufnahme der Fertigung von Torpedos und Granaten.(144)

Die Investitionspläne wurden mehrfach geändert oder ergänzt, weil der jeweils vorrangige Bedarf an Munition, Waffen und Kriegsgeschütz wechselte. In der Hütte Hubertus wurde ab 1940 eine Halle für den Flugzeugbau aufgebaut und mit Produktionsanlagen versehen, doch Mitte 1943 mit 5 Mill. RM Kosten für die Fertigung von Panzergehäusen umgebaut. In der Hütte Renard wurde eine Produktionsstätte für Granaten eingerichtet. Als 1943 sehr schnell Flakgeschütze 8,8 cm sowie Kanonenrohre produziert werden mußten, erhielt das Investitionsprogramm für diese Vorrang und wurde in den Hütten Bismarck, Eintracht, Laura und auch Renard in Angriff genommen. Bereits laufende andere Investitionen mußten dafür - wie in vielen anderen Fällen - abgebrochen werden.(145)

Natürlich versuchten die neuen wie die alten Eigentümer der Betriebe, die Rüstungshochkonjunktur auszunutzen, um eine möglichst große Zahl von Investitionen durchzuführen, das Produktionsprofil zu verbessern und dabei ihre Betriebe zu modernisieren. Doch erst 1942 erreichten die tatsächlichen Investitionen einen größeren Umfang. 1941 waren in allen Werken der Königs- und Bismarckhütte 7,1 Mill. RM wirklich angewandt worden. 1942 wurden mehr oder weniger in allen Hütten größere oder geringere Investitionen begonnen, so in der Königshütte ein neuer Tiefenofen und ein Umbau des Hammerwerkes, in der Falva ein neues Walzwerk, in der Bismarckhütte ein 25-t-Elektroofen, eine Montagehalle, die Modernisierung des Walzwerkes, der Umbau der Presse u. a., in der Hubertus die schon erwähnte Montagehalle, in der Silesiahütte ein neuer Ofen, in der Bankhütte ein Umbau des

142 Ebenda, 261, 1651, 1659.

143 Ebenda, Abt. Gliwice, Ballestrem, 697; vgl. Sulik, S. 275.

144 APK, Berghütte, 261, 2428.

145 Ebenda, 1626, 1661, 1663, 1685, 2204, 2208.

Ofens u. a. m. Die größten Investitionen führte die OSMAG durch, um die Fertigung von Flak aufzunehmen. Insgesamt wurden 40 neue Bauten 1942 begonnen.(146)

Die größten Investitionen erfolgten 1943, vor allem in der Königs- und Bismarckhütte, die nicht nur neue Öfen baute und alte modernisierte, ein neues Elektrostahlwerk aufbaute, sondern vor allem viele neue Maschinen und Anlagen für die Aufnahme oder Erweiterung der Rüstungsproduktion aufstellte. Zwar war auch das nur ein Teil der vorgesehenen Investitionen, denn von den vorgesehenen 40 Mill. RM wurden nur 17,5 Mill. tatsächlich angelegt, doch alle anderen Gruppen blieben beträchtlich darunter.(147) Die Gesellschaften der BERGHÜTTE trugen die Kosten dieser Investitionen nur zum geringsten Teil selbst. Die meisten Kredite erteilte die Heeresrüstungskredit AG mit langen Laufzeiten.

1944 hörte die Investitionstätigkeit fast völlig auf. Das lag aber nur in zweiter Linie an den Beschränkungen administrativer oder finanzieller Art - entsprechend den Dringlichkeitsstufen der Rüstungsgüterfertigung -, sondern vor allem an der Unmöglichkeit ihrer materiellen Realisierung, einschließlich der schnell wachsenden Kosten für Investitionsgüter. Deshalb sollten nun die bereits begonnenen vollendet werden und neue verschoben werden. Die zu vollendenden wurden nach drei Stufen hierarchisiert, wobei die Fertigung von Panzern, Flak- und Artilleriemunition an die erste Stelle traten. Diese äußerste Verminderung der Investitionstätigkeit 1944 konnten den Verschleiß an Maschinen und Einrichtungen nicht mehr kompensieren(148) (s. Tabelle 6).

Tabelle 6

Investitionen in den Eisenhütten Oberschlesiens 1943 und 1944  
(in Mill. RM)

Hütten	Kostenvoranschlag für 1943/44	Realisierte Investitionen 1943 u. I/1944
Königshütte	50,290	16,681
Bismarckhütte	48,518	14,016
Bankhütte	34,037	10,613
Hubertushütte	7,005	3,038
Milowitzhütte	2,900	0,960
Silesiahütte	2,092	0,826
Katharinenhütte	1,390	0,310

Quelle:

Sulik, Alfred, Przemysły ciężki w rejencji katowickiej w gospodarce Trzeciej Rzeszy (1939 - 1945), Katowice 1984, S. 282.

Ähnlich wie im Steinkohlenbergbau gab es auch im Hüttenwesen und der Metallverarbeitung einen steigenden Einsatz von Arbeitskräften, um einmal die sinkende Arbeitsproduktivität, zum anderen den wachsenden Verschleiß der gegenständlichen Produktionsmittel zu bremsen. Seit Mitte 1941 wuchs die Zahl der Beschäftigten

146 Ebenda, 339, 1486, 1500, 1660, 1661; ebenda, Wspólnota Interesów 19, auch in: BAArchP, Film Nr. 72687.

147 APK, Berghütte, 1633, 1664.

148 Vgl. Sulik, S. 281.

schnell an, vor allem im Dąbrowa-Gebiet und in Ostoberschlesien. Die sinkende Zahl erfahrener Facharbeiter sollte durch den Mehreinsatz unqualifizierter und ab 1942 auch kriegsgefangener Arbeiter ausgeglichen werden (s. Tabelle 7).

Tabelle 7

Anzahl der Beschäftigten in Hüttenindustrie und Metallverarbeitung im Regierungsbezirk Kattowitz (in 1000 Personen)

Revier	31. 8. 1939	30. 6. 1940	31. 10. 1941	31. 10. 1942	31. 10. 1943	30. 6. 1944
West - OS	24,2	27,9	29,5	34,6	40,6	41,5
Ost - OS	40,1	41,0	46,5	49,1	59,6	60,7
Dąbrowa	17,8	14,2	19,6	22,4	28,7	30,0
Karviná	10,4	9,1	10,1	11,6	14,7	14,5
Insgesamt	92,5	92,2	105,7	117,7	143,6	146,7

Quelle:

Archivum Państwowe w Katowicach, Gauarbeitsamt OS, 572.

Von 1941 bis Mitte 1944 stieg die Zahl der Beschäftigten um 38 %. Die beiden Hüttengiganten sicherten sich bei der Zuteilung der Arbeiter einen Vorrang: Allein in den Eisen- und Stahlwerken der BERGHÜTTE waren Mitte 1944 70 000 beschäftigt, bei Ballestrems Hütten 55 000.(149)

Im Laufe des Jahres 1943 nahm der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zwangsarbeitern Massencharakter an. Auch wenn die meisten im Bergbau eingesetzt wurden, so standen Hütten und Rüstungswerke nur wenig nach. In ihnen arbeiteten 1942 10 800, Mitte 1943 bereits 15 200, von denen 7 600 sowjetische Zwangsarbeiter und 5 400 sowjetische Kriegsgefangene waren. Von den 25 000 Beschäftigten der Königs- und Bismarckhütte im Jahre 1943 waren 27,3 % sowjetische und italienische Kriegsgefangene, sowjetische Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Einschließlich der ansässigen polnischen und tschechischen Arbeiter waren 55,9 % aller in der Industrie Oberschlesiens Beschäftigten ausländische Arbeiter.(150) Mit dem besonders seit der Jahreswende 1943/44 anwachsenden Defizit an Arbeitskräften wurde die extensive Ausbeutung bis zu einem solchen Grad des Verschleißes der Arbeitskraft verschärft, daß die Folgen der schlechten Ernährung und der erschöpfenden Arbeit selbst von den Konzernvertretern mit Besorgnis vermerkt wurden. Am bekanntesten wurde eine Studie des Oberschlesischen Instituts für Wirtschaftsforschung, das zur Erhaltung der Arbeitskraft - insbesondere der polnischen Arbeiter als der zahlreichsten Gruppe - vorschlug, vor allem deren Ernährung zu verbessern.(151) Mit Brachts Unterstützung wurden daraufhin ab Mai 1944 für die lange und schwer arbeitenden

149 APK, Berghütte 340; ebenda, Gauarbeitsamt Oberschlesien, 572, auch in: BArchP, Film Nr. 72676.

150 APK, Abt. Pszczyna, Falkenhahn, 37, 50; ebenda, Huta Batory, 140, auch in: BArchP, Film Nr. 72692.

151 Die Denkschrift wurde vom Instytut Zachodni als Nr. I der Documenta Occupationis Teuronicae 1945 in Poznań publiziert: Die Bedeutung des Polenproblems für die Rüstungswirtschaft Oberschlesiens.

Polen die Lebensmittelsätze auf das Niveau der deutschen Arbeiter erhöht. Um jedoch die polnischen Familien nicht mitzuversorgen, sollten die Lebensmittelzuteilungen über Werksverpflegung erfolgen. Die noch viel schlechteren Bedingungen der Kriegsgefangenen und der Zwangsarbeiter blieben unverändert.(152)

Während der Absatz der Steinkohle von den oberschlesischen Konzernen durch ein eigenes Kartell organisiert wurde, standen die Eisen- und Stahlhütten des Reviers von Anfang an unter Kuratel. Der Stahlwerksverband Düsseldorf - in dem die Konkurrenten von der Ruhr bestimmten - übernahm vom Beginn der Okkupation an die Aufsicht über die oberschlesischen Hütten. Bereits im Oktober 1939 wurde eine Verbindungsstelle Kattowitz des Stahlwerksverbandes gebildet, der als Zwangssyndikat alle Hütten angehören mußten und die allein den Verkauf ihrer Erzeugnisse vermitteln durfte. Formell traten die oberschlesischen Konzerne und die des Olsa-Gebietes am 15. März 1940 der Stahlwerksverband AG bei. Dieses Syndikat hatte das alleinige Absatzmonopol. Zunächst erhielten die oberschlesischen Hütten gar kein Kontingent. Das Ende 1939 festgelegte beschränkte den Absatz erheblich. Erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion änderte sich für diese Hütten die Situation. Mit der Gründung der BERGHÜTTE war auch ihre Stellung im Syndikat wesentlich erstarkt.(153)

### 2.2.3. Zink- / Bleiverhüttung und -verarbeitung

Zink und Blei gehören zu jenen Buntmetallen, deren Bedeutung für die Rüstungsgüterproduktion in ihrer Unersetzbarkeit bestand, auch wenn die absoluten Mengen gegenüber Kohle oder Stahl nicht ins Gewicht fielen. Deutschlands Kapazität zur Zinkverhüttung stieg durch die Annexion Ostoberschlesiens um 60 %. Auch hatte dieser Industriezweig in Oberschlesien niemals solche Schwierigkeiten wie die Stahlverhüttung, aber auch keine solche Dynamik. Dafür gab es zwei Gründe: Einmal waren die Erzlagerstätten in unmittelbarer Nähe. An Rohstoffen für die Verhüttung hat es während des Krieges niemals so gefehlt wie beim Stahl, obwohl andererseits die Erze nie zur vollen Auslastung der Buntmetallhütten reichten. Zum anderen setzte sich die neue Eigentumsstruktur in dieser Branche am spätesten durch. Vorher war jedoch an Modernisierungsinvestitionen nicht zu denken. Erst in den letzten Kriegsjahren gingen die Konzerne an den Ausbau und die Modernisierung einiger Betriebe. Die Giesche AG investierte, um durch höhere Verarbeitungsstufen des Zinks das defizitäre und teure Metall zu sparen. Die zur SCHLESAG gehörende Silesia baute zwei Öfen vom Thede-Typ, die Zinkstaub zu Zinkmetall verarbeiteten. Außerdem erhielt die Silesia eine Presse und wurde mit neuen Werkzeugmaschinen ausgestattet.(154) Sowohl Erzförderung als auch -verhüttung wurden durch die zentralen Wirtschaftsorgane Deutschlands unterstützt. Das RWM zahlte Prämien für die Steigerung der Förderung. So ergaben sich trotz anfangs verschwindender Investitionen Anreize zur Produktionssteigerung. Vor 1939 in Polen stillgelegte Schächte sollten wieder in Betrieb genommen werden. Bereits 1940 überschritt die durchschnittliche Monatsförderung beider Erze mit 16 000 t das Ergebnis von 1939 um 14,3 %.

Insgesamt wurden 1940 192 300 t gefördert. Doch 1941 fiel die monatliche Förderung von Zinkerz zwischen Januar und Dezember um 58 %, vor allem wegen der Erschöpfung der erschlossenen Flöze. Die Bleierzförderung dagegen stieg von 1940

152 Vgl. Uczak, S. 500 ff.

153 APK, Stahlwerksverband Kattowitz, 1, 10, 65, auch in: BArchP, Film Nr. 72694; APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2914, 2940, auch in: BArchP, Film Nr. 72675; APK, Syndikat polskich hut zelaza, 169, 170.

154 APK, Schlesag, 423; ebenda, Giesche SA, 3495; ebenda, Śl. Kopalnie i Cynkowni, 405 - 407.

auf 1941 um 11 % auf 29 400 Jahrestonnen. Im Dezember 1941 übertraf sie den Stand von 1939 um 6 %. Die Bleiverhüttung hatte keine Rohstoff Sorgen.(155) Nach einem leichten Abfall 1942 stieg die Zinkerz- und Bleierzförderung 1943 um rund 20 % und fiel dann wieder auf das Niveau von 1941 zurück. Aufgrund des Mangels an Erz und an Arbeitskräften kam es nur zu geringen Erweiterungen.

Ebenso wie die Förderung stand auch die Verhüttung beider Buntmetallerze unter der Kontrolle der Rüstungsgüterfertigung. Ungeachtet dessen wurden keine Schritte zu ihrer Entwicklung unternommen. Die Hütten des Reviers verfügten zusammen über eine Jahreskapazität von 147 000 t Zink, 7 000 bis 8 000 t Zinkstaub und 20 400 t Blei. Diese Kapazität wurde 1940 und 1941 nur zu 82 bis 85 % ausgenutzt, weil ein Teil des Zinkerzes nach Deutschland geliefert wurde. Von 1940 zu 1941 gab es ein leichtes Absinken der Produktion. 1940 erzeugten die Hütten 87 200 t Rohzink und 20 300 t elektrolytisches Zink sowie 109 500 t angereichertes Zink (Reinzink). Dagegen nahm die Herstellung von Zink aus Zinkstaub nach dem Thedeverfahren von 4 000 t auf 7 400 t im Jahre 1941 zu. Auch die Erzeugung von Zinkblech stieg um 31 % auf 36 100 t 1941. Die Bleierzeugung erreichte 1941 mit 18 000 t rund 12 % mehr als im Vorjahr.(156) Die Zinkerzeugung nach dem Thedeverfahren stieg 1942 noch einmal um 29,9 % auf 9 600 t gegenüber 1941. Bei den anderen Erzeugungsarten trat bis 1943 ein leichter Abfall ein. Doch bis Kriegsende gab es keinen solchen abrupten Abfall der Produktion wie in anderen Branchen, was jedoch dem absolut geringfügigen Volumen geschuldet war.(157)

#### 2.2.4. Kriegsprduktion der Chemieindustrie und von Zement

Die Rüstungskonjunktur brachte der Chemieindustrie des Regierungsbezirkes Kattowitz in den ersten Jahren der Okkupation außerordentliche Steigerungsraten: Die Produktion von Ammoniak stieg um 136 %, von Benzin um 750 %, von Industrieölen um 330 % und von Naphtalin um 280 %.(158) Diese großen Steigerungen hingen mit einem Entwicklungsprogramm zusammen, das bereits 1938 entworfen worden war. Nachdem durch die Annexion von Ostoberschlesien Überschüsse an Steinkohlenteer nutzbar waren, wurde dessen Realisierung begonnen. Das Programm sah den Bau großer Betriebe zur Produktion von 100 000 t Benzin und 200 000 t Heizöl jährlich vor, mit der Möglichkeit, die Benzinerzeugung auf der Basis von Kohlehydrierung noch zu verdoppeln und die Teererzeugung auf 600 000 Jahrestonnen zu erweitern.(159)

Eine unmittelbare Investitionstätigkeit in der Chemieindustrie wurde jedoch von den oberschlesischen Konzernen als zweitrangig betrachtet. Sie sahen die Schaffung einer Basis zur Kohleveredlung als grundlegend an. Erster Schritt dazu war eine Schwelanlage. Mit dem Bau wurde jeweils bei den Hütten Myslowitz, Oheim und Max begonnen, doch bis 1945 nicht völlig abgeschlossen.(160)

155 Ebenda, Giesche SA, 2483, 3496, 2800; ebenda, Treuhandstelle Kattowitz, 2919; BArchP, Film Nr. 72675; APK, Abt. Bytom, Bergamt Beuthen Nord, 1547 - 1549, 1597, 1615.

156 APK, Archiwum Zjednoczenia Górniczo-Hutniczego Metali Nieżelaznych w Katowicach. Sprawozdania i statystyki 1918 - 1945.

157 Ebenda, Śl. Kopalnie i Cynkowni, 304; ebenda, Giesche SA, 3467; ebenda, Berg- und Hüttenmännischer Verein, 17, 20; BArchP, RWM, 11, 720.

158 APK, Treuhandstelle Kattowitz, 2903; BArchP, Film Nr. 72674.

159 APK, Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau Oberschlesien, 323.

160 Ebenda, Landesplanungsgemeinschaft Oberschlesien, Bezirksstelle Kattowitz, 248.

Nach 1941 begann der Ausbau einiger Betriebe, um ihre Kapazität zu erweitern. Schwerpunkt dabei waren die Erzeugung von Sprengstoffen und Munition. Die Wirtschaftliche Forschungsgesellschaft mbH, ein Organ der HTO, finanzierte der Oberschlesischen Stickstoffwerke AG in Chorzów den Bau einer Anlage zur Erzeugung hochkonzentrierter Salpetersäure mit einer Kapazität von 30 000 t. Außerdem entstand hier ein neues Werk für die Stickstoffsynthese. Die Sprengmittelwerke in Łaziska und Krywałd wurden ausgebaut und modernisiert. Mit der Befreiung Siziliens verloren die Hitlerfaschisten 1943 ihren Hauptlieferanten von Schwefel. Deshalb wurde von der Gesellschaft Giesche eine neue Fabrik für Elementarschwefel (Rohschwefel) bei der Rösterei Seeger in Szpienicy errichtet. Sie hatte eine Jahreskapazität von 10 000 t. Sowohl in Gleiwitz in Westoberschlesien als auch in Tarnowskie Góry entstanden neue Graphitwerke für 12 000 t Jahresproduktion.(161)

Erste größere Investitionen erfolgten in Westoberschlesien, und sie galten sowohl der Kohlehydrierung als auch der Produktion synthetischen Benzins. Am 20. Dezember 1939 wurde die Oberschlesische Hydrierwerke AG mit Sitz in Blechhammer gegründet. Mit Investitionsgeldern von 825 Mill. RM sollte sie ein gewaltiges Kombinat aufbauen, das jährlich 450 000 t synthetisches Benzin, 500 000 t hydriertes Heizöl und 100 000 t schwefliges Heizöl erzeugen könnte. Basis dieser Produktion war natürlich die Steinkohle.(162)

Die zweite Investition war der begonnene Bau des Buna-Werkes in Auschwitz. Unmittelbar außerhalb des Steinkohlengebietes gelegen, waren Steinkohle und Häftlingsarbeiter die geplanten Voraussetzungen dieses Werkes der IG Farben. Vor allem nach den wachsenden Luftkriegsschäden in Westdeutschland erfolgte ein Ausbau der Ölraffinerien in Trzebinia und Czechowice, um deren Kapazität zu vergrößern.

Nach den großen Steigerungen in den ersten Jahren der Okkupation blieb die Produktionssteigerung der Chemiebetriebe Oberschlesiens 1942 bis 1944 geringer. Die Erzeugung von Schwefel, Teer und Ammoniak stieg um 4 %, während die Benzinerzeugung stagnierte. Über den sehr wahrscheinlichen weiteren Anstieg der Stickstoff- und Sprengstoffherzeugung liegen keine verfügbaren Daten vor.

Im Unterschied zu Steinkohle und Rohstahl ist also für die Chemieproduktion dieser Jahre des Krieges relative Stabilität kennzeichnend. Ein Absinken der Produktion aufgrund der genannten Ursachen trat in diesem Zweig nicht signifikant in Erscheinung. Die Zahl der Beschäftigten in diesem Industriezweig bewegte sich zwischen 9 500 und 10 000 Arbeitern, läßt also die sprunghafte Vermehrung der eingesetzten Arbeitskräfte anderer Bereiche nicht erkennen.(163) Im Unterschied zur chemischen Produktion der Jahre bis 1941 wurde die Zementerzeugung von 1,55 Mill. t 1939 auf 1,198 Mill. t 1941 zielstrebig vermindert, also um 22,7 %! Doch diese rund 1,2 Mill. t machten 10 % der Zementerzeugung Deutschlands aus.(164) Diese Reduzierung hatte verschiedene Ursachen. Die hochentwickelte Zementindustrie Ostoberschlesiens wurde zunächst dem Niveau der deutschen angepaßt, und zwar speziell in bezug auf Arbeitskräftebesatz und Kohleverbrauch.

Durch eine Investition von 500 000,- RM in das Zementwerk Wysoka wurde seine Jahreskapazität auf 330 000 t erhöht, es erhielt in der Umgebung von Zawiercie hochqualitative Kalkgruben zugewiesen und wurde in seiner Branche der größte Betrieb Deutschlands.(165) Doch der Zementbedarf und vor allem sein Stellenwert in

161 BAArchP, Deutsche Treuhand- und Revisions Ges., 2691, 3775; APK, RWM, 11, 851; ebenda, Gauwirtschaftskammer OS, 402.

162 BAArchP, Deutsche Treuhand- und Revisions Ges., 3955; APK, Bezirksgruppe Steinkohlenbergbau, 323; vgl. Birkenfeld, Wolfgang, Der synthetische Treibstoff 1933 - 1945, Göttingen/Berlin/Frankfurt (Main) 1964, S. 136 ff.

163 APK, Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung, 5.

164 Ebenda, Berg- und Hüttenmännischer Verein, 17.

165 Ebenda, Landesplanungsgemeinschaft OS, 840, 842.

der Rüstungsproduktion hingen unmittelbar vom Kriegsverlauf ab. Mit dem Übergang zur strategischen Verteidigung nach der Kursker Schlacht 1943 wuchs der Zementbedarf für Verteidigungsbauten schnell an. Zur Erweiterung der Zementherzeugung Oberschlesiens 1943 auf 1,9 Mill. t wurden neue Investitionen vorgenommen. 1944 fiel die Produktion wieder geringfügig ab. In diesem Industriezweig hielt sich die Zahl der Beschäftigten bei rund 3 500 Arbeitern relativ konstant.(166)

### 2.3. Bilanzen

Die Aneignung der polnischen Zechen, Hütten und Betriebe, die Ausbeutung der Bodenschätze sowie der Werke und Anlagen und auch der Arbeitskräfte hatte nicht nur eine große Bedeutung für die Kriegswirtschaft Nazideutschlands. Sie brachte gleichzeitig ernsthafte Verluste polnischen Vermögens mit sich. Die im folgenden aufgrund der Berechnungen polnischer Historiker gegebenen Zahlen sind darum immer unter beiden Gesichtspunkten zu sehen. Das oberschlesische Industrievier konnte im Januar 1945 unzerstört von der Roten Armee befreit werden. Mit der Befreiung Polens von der Okkupation endete zwar die Nutzung seiner Ressourcen für die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus. Aber die Folgen von Raub, Ausbeutung und Ausplünderung waren langfristig und kosteten das polnische Volk gewaltige Anstrengungen zu ihrer Überwindung. Die Zerstörungen sind dabei noch nicht einmal bedacht.

Gestützt auf die Ausarbeitungen der Reparationskommission bei der Woiwodschaft Katowice, gibt Jaros an, daß während der Okkupation insgesamt 420 Mill. t Steinkohle gefördert wurden, davon 69,3 % in den 1939 annektierten polnischen Gebieten. Da die 1939 diagnostizierte Förderkapazität von 35 Mill. Jahrestonnen um 35 % überschritten wurde, hatte der Raubbau ernsthafte Folgen für die weitere Förderung. Es entstanden Brandherde und große Substanzverluste. Ein geringer Teil der Kohle wurde auch für die Aufrechterhaltung des Lebens im Industriegebiet selbst, für Beleuchtung, Heizung usw. sowie für den Export ins Generalgouvernement verwandt.(167)

Außer der Steinkohle nutzten die Okkupanten für ihre Kriegführung 32 Mill. t Koks, 4 Mill. t Briketts, über 6,5 Mill. t Roheisen, 12,6 Mill. t Rohstahl, 7,8 Mill. t Walzstahlprodukte, über 148 000 t Rohzink, 38 000 t Thede-Zink und 97 000 t elektrolytisches Zink.(168) Die Folgen des Raubbaus bestanden zunächst im absoluten physischen Verschleiß der Maschinen, Ausrüstungen und Anlagen, in der Vernichtung, Verelendung und Erschöpfung von Millionen Menschen, sodann in der nach der Befreiung zunächst gegebenen Verminderung der Kapazitäten. Die Förderleistung der Zechen Ostoberschlesiens verminderte sich im Vergleich zu 1938 um 18 %, die Produktion der Kokereien um 30 %. (169)

Die für die spezifische Rüstungsgüterproduktion vorgenommenen Investitionen bei Vermeidung einer grundlegenden Modernisierung sowohl im Bergbau als auch im Hüttenwesen standen nicht nur in einem verschwindendem Verhältnis zum Nutzen, sie führten auch dazu, daß diese Teilinvestitionen die Betriebe nicht funktionsfähiger gemacht hatten. Polnische Berechnungen laufen darauf hinaus, daß nur in zwei Fällen - die Hütten Zygmunt und Ferrum - der Wert des Vermögens von 1945 über dem von 1938 lag, während alle anderen Hütten größte Verluste durch Raubbau zu verzeichnen hatten.(170) Ein Wertzuwachs, der seinen Ausdruck in der Erhöhung des

166 Ebenda, Oberschlesisches Institut für Wirtschaftsforschung, 5.

167 Jaros, Der Steinkohlenbergbau im oberschlesischen Becken ..., S. 239 ff.

168 Sulik, S. 417.

169 Die Berechnung von A. Hornig gibt Sulik, S. 418.

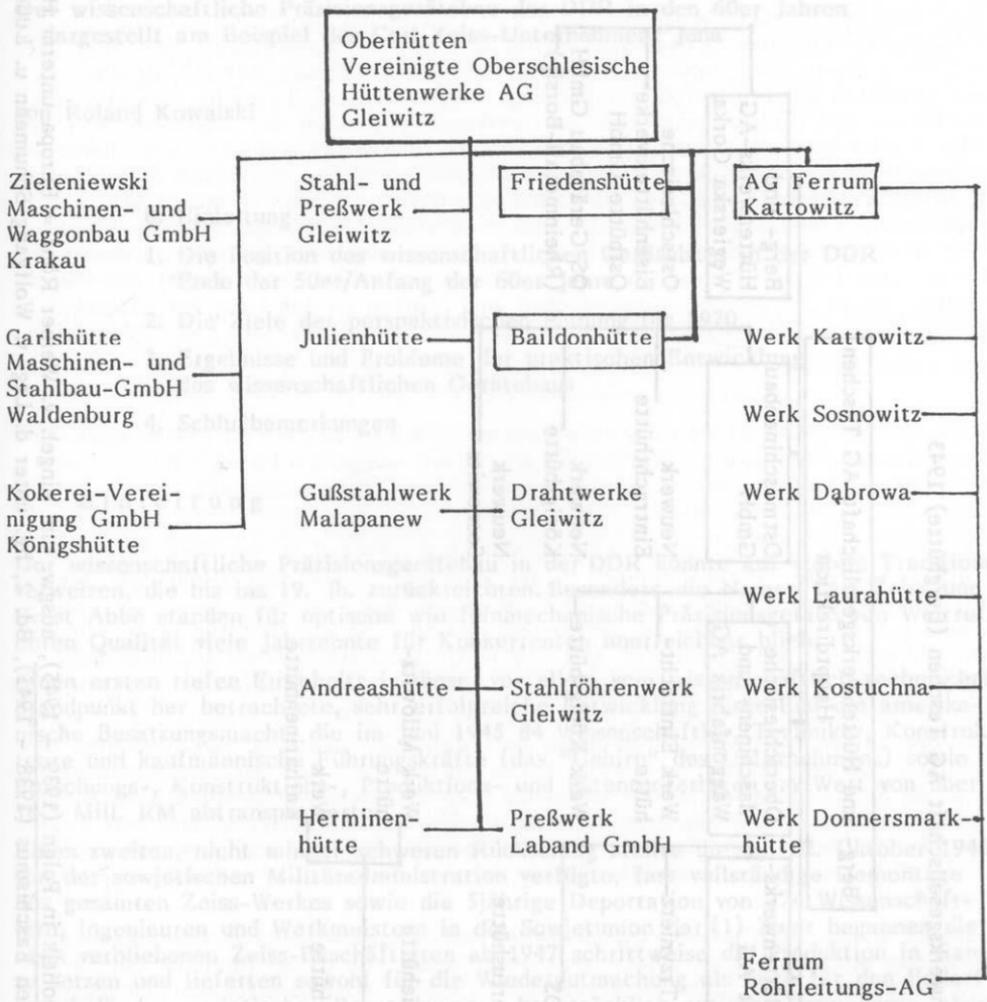
170 Ebenda, S. 419.

Grundkapitals der meisten Gesellschaften während des Krieges fand, ist dabei irrelevant, weil er nur z. T. mit Investitionen zusammenhing und die wirklichen materiellen Verluste infolge des Raubbaus vor allem in den letzten Jahren der Okkupation potenziert wurden. (171) Ist doch die Tatsache, daß alle oberschlesischen Gesellschaften während des Krieges ihr Kapital oft mehrfach aufstockten, ein deutlicher Ausdruck ihrer Gewinne aus der Rüstungshochkonjunktur durch den Krieg.

171 Vgl. Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. 2: 1941 - 1943, Berlin 1985, S. 490 ff. u. 531 ff.

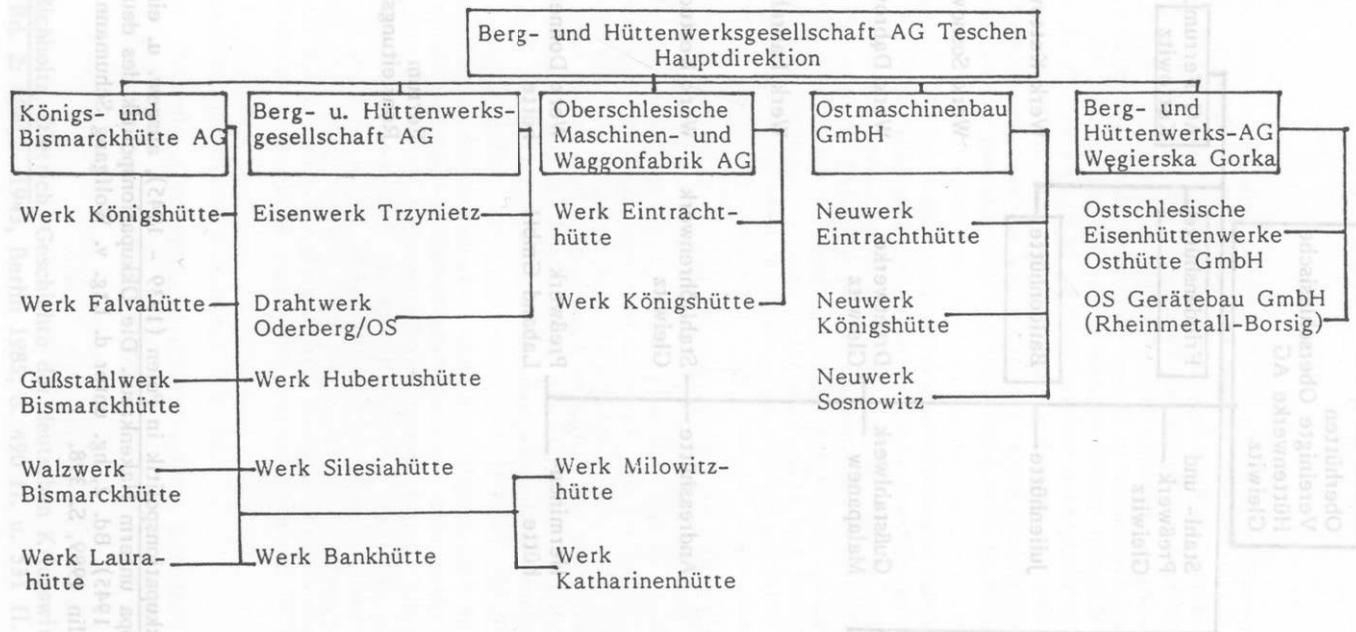
Schema 1

Struktur der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke AG (Oberhütten) 1943



Quelle:  
 Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939 - 1945), ausgew. u. eingel. v.  
 Werner Röhr = Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen  
 Faschismus (1938 - 1945), Bd. 2, hg. unter d. Ltg. v. Wolfgang Schumann u.  
 Ludvig Nestler, Berlin 1989, S. 398.

## Struktur der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft AG Teschen (Berghütte) 1943



Quelle:

Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939 - 1945), ausgw. und eingel. v. Werner Röhr = Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938 - 1945), Bd. 2, hg. unter d. Ltg. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler, Berlin 1989, S. 397.

## Der wissenschaftliche Präzisionsgerätebau der DDR in den 60er Jahren - dargestellt am Beispiel des Carl-Zeiss-Unternehmens Jena

von Roland Kowalski

### 0. Einleitung

1. Die Position des wissenschaftlichen Gerätebaus in der DDR  
Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre
2. Die Ziele der perspektivischen Planung bis 1970
3. Ergebnisse und Probleme der praktischen Entwicklung  
des wissenschaftlichen Gerätebaus
4. Schlußbemerkungen

### 0. Einleitung

Der wissenschaftliche Präzisionsgerätebau in der DDR konnte auf stabile Traditionen verweisen, die bis ins 19. Jh. zurückreichten. Besonders die Namen Carl Zeiss und Ernst Abbe standen für optische wie feinmechanische Präzisionsgeräte von Weltruf, deren Qualität viele Jahrzehnte für Konkurrenten unerreichbar blieb.

Einen ersten tiefen Einschnitt in diese, vor allem vom wissenschaftlich-technischen Standpunkt her betrachtete, sehr erfolgreiche Entwicklung hinterließ die amerikanische Besatzungsmacht, die im Juni 1945 84 Wissenschaftler, Techniker, Konstrukteure und kaufmännische Führungskräfte (das "Gehirn" des Unternehmens) sowie Forschungs-, Konstruktions-, Produktions- und Patentunterlagen im Wert von über 18,5 Mill. RM abtransportierte.

Einen zweiten, nicht minder schweren Rückschlag stellte die am 22. Oktober 1946 von der sowjetischen Militäradministration verfügte, fast vollständige Demontage des gesamten Zeiss-Werkes sowie die 5jährige Deportation von 274 Wissenschaftlern, Ingenieuren und Werkmeistern in die Sowjetunion dar.<sup>1</sup> Zwar begannen die noch verbliebenen Zeiss-Beschäftigten ab 1947 schrittweise die Produktion in Gang zu setzen und lieferten sowohl für die Wiedergutmachung als auch für den Bedarf innerhalb der sowjetischen Besatzungszone hauptsächlich optische Erzeugnisse, aber führende Weltmarktpositionen sowie der Vorlauf in Forschung und Entwicklung gingen in den Folgejahren mehr und mehr verloren. Hieran konnte auch die schrittweise Rekonstruktion der materiell-technischen Produktionsbasis in den 50er Jahren nichts ändern, zumal der wissenschaftliche Gerätebau in dieser Zeit eine eher untergeordnete Rolle im Rahmen der sich herausbildenden zentralstaatlichen Planwirtschaft spielte. Die Auswirkungen wissenschaftlich-technischer Veränderungen im industriellen Bereich entwickelter westlicher Länder wurden von der Wirtschaftsführung der DDR erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre allmählich registriert.

<sup>1</sup> Hermann, Armin, Nur der Name war geblieben. Die abenteuerliche Geschichte der Firma Carl Zeiss, Stuttgart 1989, S. 13 ff., 42, 46.

Nachdem zu Beginn der 60er Jahre das sinkende ökonomische Leistungsniveau die Grenzen zentral-staatlich-administrativer Leitungsmethoden in der Wirtschaft und der daraus resultierenden vorrangigen Nutzung extensiver Wachstumsquellen massiv verdeutlichte, wurden endlich langfristige Orientierungen zur beschleunigten Nutzung von Wissenschaft und Technik für die Zeit bis 1970 gegeben.

Untersucht werden soll, inwieweit die Zielstellungen der Zentralverwaltungswirtschaft den tatsächlichen Gegebenheiten im wissenschaftlichen Gerätebau entsprachen, mit welchen Mitteln wissenschaftlich-technische Neuerungen entwickelt und eingeführt wurden und wie diese innovative Prozesse sowohl im eigenen Bereich als auch in der gesamten DDR-Industrie vorantrieben. Angesichts der Tatsache, daß sich der Rückstand des Technologieniveaus im Gerätebau gegenüber der Weltspitze seit den 50er Jahren beständig erhöhte und es der DDR selbst bis Ende der 80er Jahre nicht gelang, verlorengegangene Marktpositionen zurückzuerobern, soll nach den Ursachen für Fehlscheidungen und damit verbundene Deformationen im realen Werdegang des Präzisionsgerätebaus gesucht werden, als in den 60er Jahren die Weichen für einen Weg in Richtung höherer Produktions- und Erzeugnisqualität gestellt wurden. Die hieraus abgeleiteten Fragen nach der Effizienz zentralistischer Leitung und Planung reichen bis in die jüngste Vergangenheit und führten zu den Ursachen krisenhafter Erscheinungen in der DDR-Wirtschaft während der zweiten Hälfte der 80er Jahre.

## 1. Die Position des wissenschaftlichen Gerätebaus in der DDR Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre

Das vorrangige Ziel der industriellen Entwicklung bestand in den 50er Jahren darin, trotz permanenter Schwierigkeiten in der materiell-technischen Versorgung die aus der Spaltung Deutschlands entstandenen ökonomischen Disproportionen mit Unterstützung der RGW-Länder zu überwinden und eine Wirtschaftsstruktur zu schaffen, die den eigenen Akkumulations- und Konsumtionsbedürfnissen entsprach und die Lieferung von Industrieerzeugnissen in die osteuropäischen Länder als Gegenleistung für erwiesene Hilfen ermöglichte.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Anforderungen identisch. Ein genaueres Betrachten verweist jedoch auf Unterschiede, die sich aus dem differenzierten ökonomischen Entwicklungsniveau der einzelnen RGW-Länder untereinander, aber auch im Vergleich zur DDR ergaben. Während in den meisten dieser Länder seit Beginn der 50er Jahre ein tiefgehender Industrialisierungsprozeß notwendig wurde, mußten in der DDR lediglich industrielle Lücken geschlossen bzw. die vorhandene Industrie modernisiert werden.

Für den wissenschaftlichen Präzisionsgerätebau bedeutete diese Zweiteilung bereits frühzeitig ein Zersplittern seiner Leistungsfähigkeit. So waren im RGW hauptsächlich einfache optische und feinmechanische Geräte in hohen Größenordnungen gefragt, deren Exporterlöse die DDR-Wirtschaft dringend benötigte. Die Konzentration hierauf ließ jedoch dem wissenschaftlichen Gerätebau wenig Spielraum für die Entwicklung neuer, modernerer Produkte, die nicht nur die eigene Industrie - vor allem ab Ende 1958 die Chemieindustrie - nachdrücklich forderte, sondern sie begrenzte auch die durch eine zunehmende Konkurrenz zwischen der west- und ost-deutschen Gerätebauindustrie bereits stark eingeschränkten Möglichkeiten, mit technisch hochwertigen Erzeugnissen die seit dem zweiten Weltkrieg verlorengegangenen Außenmarktpositionen zurückzuerobern.

Zusätzlich erschwert wurde diese Situation noch dadurch, daß entsprechend den wirtschaftspolitischen Zielstellungen der SED zunächst andere Industriebereiche in den Vordergrund gerückt wurden. So stand, bedingt durch ein schematisches Übertragen sowjetischer Konzeptionen - obwohl in der DDR fast völlig die natürlichen Voraussetzungen dafür fehlten -, in der ersten Hälfte der 50er Jahre die mit großem Aufwand betriebene Schaffung einer eigenen metallurgischen Basis im Mittel-

punkt. Ab 1957 erwies sich dann die Modernisierung und Erweiterung der sowohl physisch als auch moralisch verschlissenen Energieindustrie als unumgänglich. Allein hierfür war in den Folgejahren die "Hälfte aller für die Industrie verfügbaren Investitionen"(2) vorgesehen. Im Herbst 1958 wurde das "Chemieprogramm" verabschiedet, welches u. a. das anspruchsvolle, jedoch angesichts der realen Wirtschaftslage völlig illusionäre Ziel enthielt, bis 1965 den Produktionsausstoß der chemischen Industrie zu verdoppeln. Die dringenden Investitionsbedürfnisse des wissenschaftlichen Gerätebaus zur Erneuerung bzw. Erweiterung der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten blieben daher bis in die erste Hälfte der 60er Jahre vom Staat weitgehend unberücksichtigt. Gewissermaßen eine Wende leiteten die wirtschaftspolitischen Orientierungen des VI. SED-Parteitagess vom Januar 1963 ein.

Mangelnde Effizienz der eigenen Wirtschaft und demgegenüber Fortschritte in der maschinellen Rechentechnik sowie bei der Produktionsautomatisierung in führenden westlichen Industrieländern förderten schließlich auch in der SED-Spitze die Einsicht, daß vor allem der wissenschaftliche Gerätebau der Industriezweig ist, der künftig die Voraussetzungen für eine moderne, weitestgehend mechanisierte und automatisierte Industrieproduktion schafft.

Allerdings kam diese Erkenntnis und die in der Folgezeit einsetzende stärkere Beachtung des wissenschaftlichen Gerätebaus in der DDR mindestens fünf bis acht Jahre zu spät. Bis 1963 unterschied sich jedenfalls die Situation im Gerätebau kaum von der in einem anderen Bereich der verarbeitenden Industrie.

Dies zeigt ein Blick auf das ab 1948 zum volkseigenen Betrieb umfunktionierte Jenaer Carl-Zeiss-Unternehmen. Anfang der 60er Jahre wurden im Werk bereits über 80 % des gesamten Gerätebauvolumens der DDR erzeugt, wodurch es praktisch zum Repräsentanten des Industriezweiges avancierte. Hatte in den vorangegangenen Jahren 1949 bis 1959 der Umfang der industriellen Warenproduktion um mehr als das Dreieinhalbfache zugenommen, so wuchs der Produktionsausstoß des Zeiss-Werkes auch weiterhin, wenngleich zusehends langsamer. Die industrielle Bruttoproduktion sollte laut Plan in den Jahren 1959 bis 1962 von 188 846 TDM auf 235 500 TDM steigen. Tatsächlich erhöhte sie sich im gleichen Zeitraum sogar von 194 952 TDM auf 237 049 TDM.(3) Die jährlichen Planziele der industriellen Bruttoproduktion wurden also stets überboten. Allerdings ergibt ein Vergleich der Erfüllungsrate des Planes eine kontinuierliche Abnahme von 103,2 % 1959 auf 100,5 % 1962.(4) Daß sich diese negative Tendenz 1963 fortsetzte, ist, wenn auch stark verschleiert, aus dem Jahresabschlußbericht des Zeiss-Betriebes für 1963 zu entnehmen. Hier wird zunächst verbal behauptet, daß Zeiss 1963 den Plan "im wesentlichen erfüllt" hat, und auf die gegenüber dem Vorjahr gestiegene Bruttoproduktion und Arbeitsproduktivität verwiesen. Ein Vergleich mit den Angaben des Zeiss-Geschäftsberichtes von 1963 belegt jedoch, daß der Plan der Bruttoproduktion lediglich zu 99,1 % erfüllt wurde.(5)

In ähnlicher Weise entwickelte sich der Export. Laut Plan sollte er in den Jahren 1959 bis 1962 von 70 141 TDM auf 103 850 TDM anwachsen; er stieg jedoch wertmäßig von 71 364 TDM auf 100 072 TDM.(6) Trotz dieser absoluten Zunahme und der Überbietung des Exportplanes um 1,7 % 1959 sank damit die Erfüllung bis 1962 wertmäßig auf 96,4 % ab. So ergab sich allein für 1962 ein Verlust aufgrund nicht erbrachter Exportleistungen von rund 3,8 Mill. DM, wobei anfallende Vertragsstrafen noch keine Berücksichtigung fanden. Mindestens ebenso negativ mußte bei einer solchen Entwicklungstendenz des Exports der Prestigeverlust für das Zeiss-Unternehmen auf dem Außenmarkt zu Buche schlagen.

2 Wirtschaftsgeschichte - ein Leitfaden, Berlin 1979, S. 196.

3 Betriebsarchiv Carl Zeiss Jena (BACZ), WL, Nr. 23 859.

4 Ebenda.

5 Ebenda, Geschäftsbericht für das Jahr 1963, S. 8.

6 Ebenda, WL, Nr. 23 859 u. 23 872.

Zeiss exportierte Anfang der 60er Jahre in 102 Länder, wovon 78 ständige Abnehmer waren.(7) Diese Marktpositionen gerieten jedoch zunehmend ins Wanken. Die Ursachen dafür waren verschiedenartig. Sie lagen zuallererst in dem wachsenden Unvermögen, weltmarktfähige Meß-, Steuerungs- und Regeltechnik in lückenlosen Serien anzubieten, die untereinander koppelbar und damit komplettierbar waren. Weiterhin ließen die Serviceleistungen gerade in westlichen sowie in Entwicklungsländern stark zu wünschen übrig. Im Jahr 1963 verfügte Carl Zeiss Jena lediglich über 28 Auslandsmonteur, deren Zahl bis 1970 auf 75 erhöht werden sollte, so daß dann etwa auf jedes ständige Abnehmerland von Zeiss-Produkten wenigstens ein Auslandsmonteur kam. (8)

Marktforschung, Werbung und Kundenbetreuung entsprachen ebenfalls immer weniger den international gültigen Normen. Die Anzahl von insgesamt 51 Zeiss-Kundendienstmitarbeitern 1963 blieb genauso unzureichend wie die Ausgaben für Werbung. Sie lagen in jenem Jahr bei 1,8 % des Zeiss-Umsatzes, obwohl führende westliche Firmen das Zehnfache dafür aufwandten. Demzufolge orientierte eine Studie der Arbeitsgruppe Ökonomie des Volkswirtschaftsrates vom August 1964 auf eine Erhöhung der Ausgaben für Kundendienst und Werbung sowie auf eine personelle Aufstockung der Absatzabteilung. Als Maßstab wurde das Oberkochener Zeiss-Unternehmen herangezogen. Es wies 1963 einen Umsatz von 110 Mill. DM auf und hatte rund 900 Beschäftigte im Absatz. Carl Zeiss Jena verfügte dagegen bei einem Umsatz von 244 Mill. DM nur über 674 Mitarbeiter im Absatz.(9) Die Produktionsausdehnung des Oberkochener Unternehmens führte im übrigen seit den 60er Jahren zu einer wachsenden Konkurrenz auf dem Außenmarkt. Daneben traten verstärkt Firmen aus der Schweiz, den USA, Großbritannien und Japan vor allem bei optischen und optisch-mechanischer Geräten in Konkurrenz zu Carl Zeiss Jena. Aber auch Ungarn, die ČSSR und die Sowjetunion begannen mit bis zu 30 % niedrigeren Dumping-Preisen bei geodätischen und optischen Geräten das Jenenser Unternehmen zu attackieren.(10)

Trotzdem gelang es, 1963 einen Devisenerlös von rund 16 Mill. Valutamark zu erzielen. Dies konnte vor allem durch den Export von Werkstoffprüfmaschinen, Elektronenmikroskopen, Ultraschall- sowie Feinmeß- und medizinischen Geräten erreicht werden. Sie hatten im Durchschnitt eine Devisenrentabilität von 1,2 bis 1,5.(11) Ungeachtet dieser Lichtblicke blieb die sortimentsgerechte Exportplanerfüllung des Jenaer Zeiss-Betriebes seit Ende der 50er Jahre beständig in den roten Zahlen. Um ein weiteres Anwachsen dieser Defizite zu verhindern, wurden die Fertigungskapazitäten primär für die Erfüllung des Exportaufträge in Anspruch genommen, was zu ständigen Spannungen zwischen Export und Inlandsproduktion führte. Bei den Hauptabnehmern der DDR, zu denen neben Wirtschaft und Forschung der Produktionsmittelgroßhandel und die Landesverteidigung gehörten, gab es ebenfalls eine festgelegte Rangordnung. So hatte die Produktion für das Militär die absolute Priorität, wengleich in den 60er Jahren noch kein spezielles Militärproduktionsprogramm

7 Von den 78 ständigen Abnehmerländern der Zeiss-Erzeugnisse aus Jena zählten 1963 13 Ostblockstaaten und 65 westliche Nationen. Der Export in die osteuropäischen Länder gliederte sich anteilmäßig wie folgt: Sowjetunion 50 %, Polen, ČSSR, Rumänien je 10 %, Jugoslawien 5 %, übrige östliche Länder 15 %. Zu den größten Abnehmern außerhalb des Ostblocks zählten 1963 die VAR, Griechenland, Türkei, Italien, Finnland, Schweden, England, Kanada und Australien mit insgesamt 70 % des Exports. Vgl. Zentrales Staatsarchiv, Außenstelle Coswig (ZStA, Coswig), E-4, Nr. 28 582, Aufgabenstellung für Rekonstruktion des VEB Carl Zeiss Jena, erstellt vom Imex Berlin, 12. 11. 1964.

8 Ebenda, E-4, Nr. 25 422, Bl. 130.

9 Ebenda, Bl. 129 f.

10 Ebenda, Bl. 192.

11 Ebenda, Bl. 126.

12 Vgl. u. a. ebenda, Aufgabenstellung für Rekonstruktion des VEB Carl Zeiss Jena.

existierte und demzufolge der Umfang im Gegensatz zu späteren Zeiträumen eher gering war. Dennoch konnte die Industrie erst danach ihre Ansprüche geltend machen. Hier zählten zu den bedeutendsten Abnehmern die Chemieindustrie, die Metallurgie, die Elektrotechnik und der Maschinenbau. Für diese volkswirtschaftlich bedeutsamen Industriebereiche stellten modernste Meß-, Analysen-, Regel- und Steuergeräte eine unerläßliche Voraussetzung zur Erhöhung des Mechanisierungs- und Automatisierungsgrades der Produktion und einer dadurch verbesserten volkswirtschaftlichen Effizienz überhaupt dar. Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in diesen Industriezweigen war also sehr eng an die bedarfs- und termingerechte Lieferung des wissenschaftlichen Gerätebaus gebunden. Carl Zeiss Jena deckte Anfang der 60er Jahre je nach Gerätetyp zwischen 60 und 90 % des Bedarfs an wissenschaftlichen Präzisionsgeräten auf dem DDR-Markt. Die hieraus abzuleitende volkswirtschaftliche Bedeutung sollte sich bis in die 70er Jahre hinein weiter erhöhen, denn im Rahmen der ab 1963 einsetzenden perspektivischen Planung war vorgesehen, daß sich dieser Anteil auf 75 bis 100 % erhöht.(12)

Entsprach nun aber die wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit des Gerätebaus, seine Erzeugnisqualität und -quantität Anfang der 60er Jahre diesen Erwartungen für die Zukunft und wurde seine Rolle in der Wirtschaftsführung überhaupt entsprechend anerkannt? Der Versuch einer Antwort auf diese Fragen stößt auf zahlreiche Widersprüche, die Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre auf die Produzenten wissenschaftlicher Präzisionsgeräte einwirkten. So nahmen auch in diesem Industriezweig seit 1959/60 die Produktionsprobleme aufgrund der krisenhaften Situation der gesamten DDR-Wirtschaft rapide zu. Die Analysen über die Erfüllung der Betriebspläne aus den Jahren 1959 bis 1962 im Jenaer Zeiss-Werk weisen auf beständig wiederkehrende Schwierigkeiten in der Planerfüllung hin. Sie bestanden vor allem in einem wachsenden Arbeitskräftemangel und einem hohen Krankenstand, wodurch die Überstundenzahl unverhältnismäßig hoch anwuchs. Weiterhin wirkten sich Defizite in der Maschinenauslastung sowie bei Zulieferungen und ein oftmals daraus resultierender diskontinuierlicher Produktionsrhythmus negativ auf die sortiments- und wertgerechte Erfüllung der Pläne, einschließlich des Exports, aus.(13)

Besonders brisant blieb in den gesamten 60er Jahren das Zulieferproblem. Für die wissenschaftlich-technische Weiterentwicklung einzelner Erzeugnisse benötigte Carl Zeiss Jena in zunehmendem Maße spezielle Materialien (Speicherkerne, weich- und hartmagnetische Materialien, Edelmetalle, Legierungen usw.), besondere Aggregate (rotierende Vorpumpen, Membrankompressoren usw.) und elektrotechnische bzw. elektronische Erzeugnisse (Transistoren, Dioden, Widerstände usw.). Sie hatten sämtlich hohen Qualitätsansprüchen zu genügen. Diesen Forderungen konnte die Zulieferindustrie weder in qualitativer noch in quantitativer Hinsicht genügen. Da andererseits die Zulieferer auf Spitzenerzeugnisse von Zeiss angewiesen waren, schließt sich hier der Kreis, in dem beide Seiten letztendlich aus materiellen Gründen es immer weniger verstanden, den wachsenden Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Die seinerzeit vielfach von SED- und Wirtschaftsfunktionären geäußerte Behauptung, diese Schwierigkeiten seien das Ergebnis "imperialistischer Störversuche", trifft jedoch höchstens - und selbst hier nur zum Teil - auf die Abwanderung von Arbeits- und Fachkräften zu. Dagegen blieben die Probleme in der Materialversorgung, im Produktionsablauf und in der Planerfüllung auch nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 bestehen. Entsprechend der damaligen politischen Diktion begrüßten zwar einerseits eine Aussage in der Jahresanalyse zur Erfüllung des Betriebsplanes 1961 zufolge die Werktätigen des VEB Carl Zeiss Jena den Bau des "antiimperialistischen Schutzwalles", aber zugleich wurde konstatiert, daß das im September des gleichen Jahres von den Elektrodendrehern des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg verkündete und lange Zeit als Beweis für ein gewachsenes sozialistisches

Eigentümergefühl, angesehenes Produktionsaufgebot ohne beispielgebende Auswirkung auf das Betriebsergebnis bei Zeiss geblieben sei.<sup>(14)</sup> Die Staatsplanpositionen wurden 1961 nur mit 91,9 % und 1962 mit 50 % erfüllt.<sup>(15)</sup> Als Hauptursache für diese Defizite wurden in der Analyse die Boykottmaßnahmen westlicher Länder im Ergebnis der Schließung der Grenze zu Westberlin genannt. Dies mag teilweise zutreffend gewesen sein, bestätigt aber andererseits die Tatsache, daß administrativ angeordnete politische Zwangsregelungen keineswegs geeignet waren, Wirtschaftsprobleme dauerhaft zu lösen. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kam nach dem 13. August 1961 ein sozialpsychologisches Problem, welches ebenfalls - wenn auch statistisch nicht meßbar - die Entwicklung in den Folgejahren beeinflusste. Bei vielen Menschen griff das Gefühl, nunmehr vollständig "eingemauert" zu sein, um sich, was zweifellos lähmend auf die Leistungsbereitschaft am Arbeitsplatz wirken mußte. Diese, von der DDR-Geschichtsschreibung nicht näher untersuchte Komponente ist unbedingt mit in Betracht zu ziehen, wenn trotz "sicherer Grenzen" nach dem Mauerbau ein spürbarer Wirtschaftsaufschwung vorerst ausblieb.

Die Beschäftigten des Jenaer Zeiss-Werkes hatten sich darüber hinaus mit zwei weiteren Problemen auseinanderzusetzen. Zum einen waren Anfang der 60er Jahre noch immer die Fernwirkungen der sowjetischen Demontage zu spüren. Der Abbau von 94 % aller auf den Fertigungsprozeß wissenschaftlicher Präzisionsgeräte abgestimmten Maschinen und Anlagen, der zeitweilige Entzug von Wissenschaftlern, Technikern und Konstrukteuren sowie die oftmals aus politischen Gründen erfolgte Flucht vieler Fachkräfte in den 50er Jahren minderten zwangsläufig die Leistungsfähigkeit des Jenaer Zeiss-Unternehmens und führten bei zahlreichen verbliebenen Beschäftigten zu Resignationserscheinungen.

Zum anderen bewirkte die Enteignung der Carl-Zeiss-Stiftungsbetriebe (Optische Werke und Glaswerke Schott & Gen.) und ihre Überführung in Volkseigentum, die trotz massiver Proteste der Belegschaften am 1. Juni 1948 durchgeführt worden war,<sup>(16)</sup> bei vielen Betriebsangehörigen zumindest eine Lockerung, wenn nicht gar einen Bruch mit ihrer Firmenverbundenheit. Die seinerzeit von den Verantwortlichen dieser Enteignungsaktion sicher viel zuwenig beachtete Motivation der meisten Zeiss-Werker, nicht nur in wissenschaftlich-technischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht einem der führenden deutschen Unternehmen anzugehören und die daraus erwachsende Konsequenz, hohe Leistungen zu erbringen, ging für viele Arbeiter und Angestellte mehr und mehr verloren. Kompensiert werden sollte dieses entstehende Vakuum durch die Übernahme zahlreicher Wettbewerbsinitiativen zu Anfang der 60er Jahre. Aber weder das bereits erwähnte Produktionsaufgebot der Berliner Elektrodendreher, noch der Aufruf der Sömmerdaer Büromaschinenwerker vom Oktober 1962<sup>(17)</sup> oder die angestrebten Initiativen anlässlich des 70. Geburtstages von Walter Ulbricht am 30. Juni 1963 sowie zum 15. Jahrestag der DDR-Gründung vermochten verlorengegangene Motivationen zu ersetzen. Die ökonomischen Statistiken des Betriebes führten jedenfalls keine Ergebnisse solcher Kampagnen.

Andererseits erforderten die angespannte ökonomische Lage der DDR sowie die internationalen Entwicklungstendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den Gerätebau aus seiner Schattenexistenz herauszulösen und ihn seiner Bestimmung als wesentlichem Beschleuniger bei der Modernisierung des Forschungs- und Fertigungspotentials in der Industrie zuzuführen.

Erste, leider viel zuwenig beachtete Impulse in diese Richtung waren bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu spüren. Zunächst reagierte der Werkzeugmaschi-

14 Ebenda, Analyse des Betriebsplanes 1961, S. 6.

15 Ebenda, S. 2; ebenda, Analyse des Betriebsplanes 1962, S. 9.

16 Hermann, S. 49 f.

17 Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 349, 357.

nenbau der DDR auf die Tendenzen der sich in den entwickelten westlichen Industrieländer vollziehenden technischen Wandlungen und begann, neue wissenschaftliche Erkenntnisse in den eigenen Fertigungsprozeß zu integrieren. Auf diese Weise vermittelte er nicht nur der Produktionsautomatisierung erste Anregungen, sondern erhöhte auch allmählich die Gebrauchseigenschaften seiner Erzeugnisse.(18) Das führte zu einem schrittweise wachsenden Bedarf an immer genaueren Meß-, Steuer- und Regelgeräten, der sich aufgrund einer zunehmenden Orientierung besonders der Energie-, Elektro- und Chemieindustrie sowie naturwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen auf die Nutzung von Neuerungen aus Wissenschaft und Technik zu Beginn der 60er Jahre noch vergrößerte.

Diesen Anforderungen hatte sich der wissenschaftliche Gerätebau seit Anfang der 60er Jahre zu stellen, da er entsprechend seiner Spezifik vornehmlich die Entwicklung und Produktion jener Geräte, Apparaturen und Anlagen umfaßte, die zur Herstellung und Aufrechterhaltung wählbarer Betriebszustände bzw. zur Beobachtung sowie Messung von Naturvorgängen benötigt wurden und mit deren Hilfe die Arbeitsproduktivität und Qualität sowohl der wissenschaftlich-technischen wie naturwissenschaftlichen Forschung als auch der industriemäßigen Fertigung gesteigert werden konnten. Aus der weitgefaßten Aufgabenstellung resultierte ein breites Erzeugnisspektrum, welches sich von technischen Feinmeßgeräten, physikalisch-optischen Geräten, Geräten für die zerstörungsfreie Werkstoffprüfung und Anlagen zur automatischen Regelung über Laboreinrichtungen und -geräte, ärztliche Untersuchungsgeräte, Mikroskope und Elektronenmikroskope bis hin zu geodätischen sowie astronomischen Geräten und Erzeugnissen der Optik- bzw. Foto/Kino-Bereiche erstreckte.

So umfaßte die Produktionspalette bei Zeiss zu Beginn der 60er Jahre immerhin 23 verschiedene Fertigungslinien.(19) Hieraus erwachsen in den kommenden Jahren zahlreiche Produktionsprobleme. Einerseits engte die starke Vielfalt in der Fertigung die ökonomischen Potenzen des Unternehmens ein und erschwerte ein flexibles Reagieren auf neue Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung. Andererseits wirkte ein breites Erzeugnissortiment limitierend auf die Seriengrößen und war demzufolge nicht angetan, den wachsenden Bedarf des Binnen- wie des Außenmarktes mit entsprechenden Geräten zu befriedigen.

Der Abstand der Zeiss-Produkte gegenüber dem Weltniveau vergrößerte sich in den 60er Jahren weiter, und die im Siebenjahrplan von 1959 bis 1965 angestrebte vorrangige Entwicklung des feinmechanisch-optischen Gerätebaus(20) wurde zunächst weder materiell und personell noch wissenschaftlich beachtet.

## 2. Die Ziele der perspektivischen Planung bis 1970

Bedingt durch die zunehmenden Stagnationserscheinungen in der DDR-Wirtschaft entwickelten die Parteiführung der SED und der Ministerrat bis zum Juni 1963 ein umfangreiches Reformpaket, das unter der Bezeichnung "Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" als Wirtschaftsstrategie für die 60er Jahre vorgestellt wurde. Mit seiner Hilfe sollte durch größere Zugeständnisse an die Selbständigkeit der Betriebe und eine stärkere Berücksichtigung ökonomischer Zusammenhänge die Zentralverwaltungswirtschaft leistungsfähiger, rationeller und moderner gestaltet werden.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Neugestaltung der Planung, wobei ihre perspektivische Seite ein völlig neues Gewicht erhielt. Mit Hilfe der Perspektivplanung sollte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis 1970 in ihren Proportionen

18 Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, Die Geschichte der Industrie der DDR, Berlin 1989, S. 255 f.

19 BACZ, VA 1761 a, Kombinatbildung Carl Zeiss Jena 1962 - 1965.

20 Gesetz über den Siebenjahrplan, Berlin 1959, S. 165 f.

und Hauptkennziffern erfaßt und hinsichtlich ihrer Realisierung besser kontrolliert werden. Diese Aufgabe oblag den zentralen staatlichen Wirtschaftsorganen. Sie hatten sich auf wesentliche Eckdaten zu konzentrieren, während ökonomische Detailprobleme viel sachkundiger an Ort und Stelle, d. h. in den Betrieben, zu entscheiden waren.(21)

Für die Anfertigung eines gesamtvolkswirtschaftlichen Perspektivplans, dessen grober Rahmen von Walter Ulbricht bereits auf dem VI. Parteitag der SED vorgestellt worden war, hatten alle Wirtschaftsbereiche und Industriezweige Zuarbeiten in Form von Perspektivprogrammen zu leisten. Sie sollten, ausgehend vom jeweils aktuellen Entwicklungsstand des Zweiges, unter Berücksichtigung der Tendenzen und ökonomischen Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für ihren Bereich die materiell-technischen, wissenschaftlichen, personellen und leitungsmäßigen Aufgaben bis 1970 benennen, die zur Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der DDR in den 60er Jahren beitragen würden.

Am 7. November 1963 beschloß das Präsidium des Ministerrates der DDR, für den wissenschaftlichen Gerätebau ein Perspektivprogramm von 1964 bis 1970 auszuarbeiten. Als Vorarbeiten dazu waren genaue Analysen über das Niveau des Gerätebaus in der DDR wie im Ausland erforderlich. Davon abgeleitet mußte die Bedarfsentwicklung wissenschaftlicher Geräte auf dem Binnen- und Außenmarkt möglichst präzise eingeschätzt und entsprechende Schlußfolgerungen für Forschung, Entwicklung und Produktion, aber auch für nationale wie internationale Arbeitsteilung und Kooperation gezogen werden. Allein hieraus läßt sich die Kompliziertheit der Erstellung eines tragfähigen Perspektivprogramms erkennen.

Erste inhaltliche Grundorientierungen für ein solches Programm sind einem Dokument des Deutschen Forschungsrates aus dem Jahre 1963 zu entnehmen, in dem für die gesamte Volkswirtschaft Orientierungen für die Entwicklung von Forschung und Technik gegeben werden, mit deren Hilfe das Niveau der Arbeitsproduktivität erhöht werden sollte. An die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen des wissenschaftlichen Gerätebaus erging der Hinweis, vor allem physikalisch-optische Geräte forciert zu entwickeln und stärkere Aufmerksamkeit der Lichtmikroskopie zu widmen, um Möglichkeiten für die Automatisierung ermüdender Arbeitsprozesse zu erschließen. Zur rationelleren Gestaltung der industriellen Produktion sollte sich der Gerätebau in den Folgejahren der beschleunigten Entwicklung pneumatischer, elektrischer und kombinierter Feinmeß-Bauelemente für den Einsatz in berührungsfrei arbeitenden Meßeinrichtungen zur Überwachung der Fließfertigung, Mechanisierung der Gütekontrolle sowie der Steuerung von Werkzeugmaschinen widmen. Außerdem wurde vorgeschlagen, für den Werkzeugmaschinenbau ein Verfahren zum Messen langer Strecken mit höchster Genauigkeit und ein Oberflächenprüfgerät zu entwickeln. Beachtenswert erscheint die Orientierung, ebenfalls bis 1965 erste industriell gefertigte Laserstrahler bereitzustellen und die Lasertechnik bis 1970 soweit zu entwickeln, daß zu diesem Zeitpunkt eine Typenreihe von Strahlern und Werkzeugen verfügbar ist, auf deren Basis spezielle optische Geräte angeboten werden können. Hierzu sollte die Kooperation im Rahmen des RGW ausgeweitet werden. Internationale Tendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts beachtend, verwies der Forschungsrat darauf, durch die Entwicklung und Produktion universell komplettierbarer, standardisierter Bauelemente für Maschinen und Anlagen der mechanisierten und automatisierten Datenerfassung, -übertragung und -verarbeitung die umfassende Nutzung der Rechen-technik in der Volkswirtschaft der DDR sicherzustellen und die Produktion einer Datenverarbeitungsanlage für mathematische und Prozeßsteuerzwecke bis spätestens 1967 aufzunehmen.(22) Damit richtete der Deutsche Forschungsrat bereits 1963 die Aufmerksamkeit auf qualitativ neue technische Prinzipien, deren Entwicklung und praktische Anwendung die Effektivität der Produktion erhöhen half. Wenn auch der Forschungsrat gegenüber den Herstellern des wis-

21 Das Programm des Sozialismus, Berlin 1966, S. 66 f.

22 ZStA, Coswig, E-1, Nr. 42 819, Bl. 468 - 470.

wissenschaftlichen Gerätebaus kein Weisungsrecht besaß, so dienten doch diese Orientierungen dazu, das inhaltliche Gerüst für das Perspektivprogramm des Gerätebaus, dessen erster Entwurf am 3. September 1964 vorlag, zu vervollständigen.(23) Zur Erarbeitung dieses Programms lud am 5. Juni 1964 die Abteilung Werkzeugmaschinen und Gerätebau des Volkswirtschaftsrates die Generaldirektoren der VVB Dieselmotoren, Pumpen und Verdichter und der VVB Regelungstechnik, Gerätebau und Optik sowie den Werkleiter des VEB Carl Zeiss Jena zu einer Beratung ein.(24) Haupttagesordnungspunkt war der von der Staatlichen Plankommission erarbeitete "Entwurf einer Konzeption für die Ausarbeitung des Perspektivprogrammes wissenschaftlicher Gerätebau".(25) Dieser Entwurf betonte neben allgemeinen Richtlinien, die auf den Erkenntnissen des Forschungsrates beruhten, die Notwendigkeit einer raschen Entwicklung des Gerätebaus als Voraussetzung für ein hohes Niveau in wissenschaftlich-technischer Forschung und Produktion und forderte: "Die Leistungsfähigkeit des wissenschaftlichen Gerätebaus der DDR muß so gesteigert werden, daß die Bedürfnisse der Volkswirtschaft der DDR, des sozialistischen Lagers und des Exports in andere Wirtschaftsgebiete schneller und besser als bisher erfüllt werden."(26)

In den genannten VVB sowie im Jenaer Zeiss-Werk wurden Arbeitsgruppen gebildet, die bis zum September 1964 den ersten Entwurf des Perspektivprogramms anfertigten. Dieser Entwurf, wie auch die überarbeitete Fassung vom 18. September 1964, umriß, ausgehend von einer detaillierten Analyse des damaligen Standes des wissenschaftlichen Gerätebaus, dessen Rolle innerhalb der Volkswirtschaft für die 60er Jahre. Ging der Konzeptionsentwurf für die Ausarbeitung des Perspektivprogramms von einem Rückstand im Technologieniveau des wissenschaftlichen Gerätebaus der DDR hinter der Weltspitze von 10 bis 12 Jahren aus,(27) so wurden im Rahmen der Ausarbeitung des Programms zunächst nüchtern die Ursachen dafür eingeschätzt. Sie lagen in fehlenden bzw. oftmals zweckentfremdet eingesetzten Mitarbeitern aus Forschung und Entwicklung sowie hohen Fluktuationsraten in diesen Bereichen begründet.(28) Weiterhin wirkten insgesamt noch unbefriedigende Absprachen zwischen den RGW-Ländern hinsichtlich Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation hemmend.(29) Als besonders schwerwiegend erwies sich jedoch eine gänzlich unzureichend ausgeprägte leistungsfähige und spezialisierte Zulieferindustrie.(30) Das betraf vor allem die Bereitstellung hochwertiger metallurgischer und chemischer Sondermaterialien sowie zuverlässiger elektronischer Bauelemente.

Demzufolge orientiert das Perspektivprogramm für die zweite Hälfte der 60er Jahre vorrangig darauf, den wissenschaftlich-technischen und technologischen Nachfragebedarf schnellstens aufzuarbeiten und Erzeugnisse zu produzieren, deren Qualität an international gültige Normen heranreicht. Für alle geeigneten Meßverfahren waren Meß- und Prozeßkontrollgeräte zu entwickeln und der Bedarf der führenden Zweige der Volkswirtschaft sowie der Forschungseinrichtungen an wissenschaftlichen Geräten weitestgehend abzudecken. In zunehmendem Maße sollten Geräte entwickelt und produziert werden, die der Automatisierung des Produktionsprozesses dienen.(31)

Damit trug das Perspektivprogramm den wachsenden volkswirtschaftlichen Anforderungen an den Präzisionsgerätebau Rechnung. Um die genannten Aufgaben mög-

23 Ebenda, E-4, Nr. 25 422, Bl. 134.

24 Ebenda, Bl. 361 ff.

25 Ebenda, Bl. 327.

26 Ebenda, Bl. 328.

27 Ebenda, Bl. 339.

28 Ebenda, Bl. 186.

29 Ebenda, Bl. 189.

30 Ebenda, E-1, Nr. 42 482, Bl. 205 f.

31 Ebenda, Bl. 204 f.

lichtst rasch zu lösen, orientierte es auf eine Reduzierung der Erzeugnispalette. Für die 60er Jahre wurde die vorrangige Fertigung dreier Geräteklassen in den Mittelpunkt gerückt.

Hierbei handelte es sich erstens um die Herstellung von Geräten für die Forschung mit extrem hoher Genauigkeit, maximalem Meßbereich und universellen Anwendungsmöglichkeiten. Zweitens waren Geräte für Routinemessungen in Industrie und Forschung mit robuster Bauweise, automatisiertem Betriebsablauf und einfacher Bedienung gefragt. Die dritte Klasse, die zweifellos wichtigste für eine rationelle Gestaltung des industriellen Fertigungsprozesses, umfaßte Kontrollgeräte für die automatische Prozeßüberwachung. Sie sollten sich durch hohe Meßgenauigkeit und Betriebssicherheit sowie einen geringen Wartungsaufwand auszeichnen.(32)

Um diese Parameter zu erreichen, orientierte das Programm auf die Verknüpfung von feinmechanisch-optischer Meßtechnik und Elektronik. Ihr Anteil sollte bis 1970 auf 60 % des gesamten Gerätebauvolumens ansteigen.(33) Die Forderung nach stärkerer Integration der Elektronik und breiterer Anwendung des Laserprinzips(34) widerspiegelte die Erkenntnis von qualitativ neuen wissenschaftlich-technischen Lösungsmöglichkeiten, die durch eine angestrebte Kopplung der Gerätebauindustrie mit der Datenverarbeitung noch unterstrichen wurde.(35) Eine solche Verbindung, so das Perspektivprogramm, ermöglicht eine schnelle fehlerfreie Erfassung, Sammlung, Verarbeitung, Auswertung und Speicherung von Meßdaten sowie deren Übertragung auf andere Automaten für Steuer- und Regelzwecke.(36)

Die Orientierung auf das Verwerten neuester technischer Errungenschaften und die gleichzeitig betriebene Weiterentwicklung herkömmlicher Verfahren und Prinzipien verkörperten die zwei Grundlinien, auf denen der Präzisionsgerätebau die Voraussetzungen für eine effektive Gestaltung des gesamten industriellen Produktionsprozesses schaffen sollte. Neben den daraus resultierenden höheren Anforderungen an die Zulieferindustrie ließ das Perspektivprogramm keinen Zweifel daran, daß die Erhöhung der Erzeugnisqualität und der Effektivität der Produktion primär der eigenen Verantwortung des Gerätebaus unterlag. Daher wurde den neuen technologischen und organisatorischen Anforderungen an eine möglichst ökonomische Fertigung relativ breiter Raum gewidmet und gefordert, künftig der Rationalisierung in Forschung, Konstruktion und Produktion stärkere Beachtung zu schenken, wobei eine engere Zusammenarbeit zwischen diesen Bereichen eine beschleunigte Überführung neuer Erkenntnisse in die Produktion bewirken sollte.(37) Mit verbesserten Produktionstechnologien, der Modernisierung von Fertigungsmitteln, dem Übergang von der Einzel- zur Gruppenbearbeitung und einem verstärkten Einsatz von programmgesteuerten Werkzeugmaschinen war in der mechanischen Vorfertigung - einem stetigen Engpaß bei Zeiss in den 60er Jahren - bis 1970 eine Produktivitätssteigerung um 50 % zu erreichen.(38) Die Erhöhung des Mechanisierungs- und Automatisierungsgrades der Produktion bildete die Basis für ein geplantes Arbeitsproduktivitätswachstum von 25 % im Perspektivzeitraum.(39)

Diese zweifellos sehr anspruchsvollen Ziele waren im wesentlichen bei unveränderter Beschäftigtenzahl, jedoch enorm anzuhebendem Qualifikationsniveau zu lösen. An vorderster Stelle trat die Erhöhung des Anteils von Hoch- und Fachschulkadern. Ausgehend von einem Stand von 80 Kadern je 1 000 Beschäftigten 1963, sah das Pro-

32 Ebenda, Bl. 214 f.

33 Ebenda, Bl. 215 f.

34 Ebenda, E-4, Nr. 25 422, Bl. 154, 177.

35 Ebenda, Bl. 142.

36 Ebenda, E-1, Nr. 42 482, Bl. 216.

37 Ebenda, Bl. 207 ff.

38 Ebenda, Bl. 218.

39 Ebenda, Bl. 217.

gramm einen Zuwachs auf 155 je 1 000 für 1970 vor.(40) Dies sollte durch Vermittlung von Absolventen und durch Maßnahmen der Erwachsenenqualifizierung, wobei Frauen besonders angesprochen waren, erfolgen. Angesichts der Tatsache, daß 1963 bereits der Anteil der Beschäftigten mit Hoch- bzw. Fachschulabschluß in der bundesdeutschen Gerätebauindustrie bei 180 und in den USA bei zirka 300 pro 1 000 Arbeitnehmern lag,(41) konnte der Rückstand der DDR nicht verkleinert werden.

Einen gesonderten Schwerpunkt des Perspektivprogramms bildete die Forderung, dem Werk Carl Zeiss Jena ab 1. Januar 1965 den Status eines sog. Leitbetriebes für den Industriezweig des wissenschaftlichen Gerätebaus zu übertragen. Das entsprach der bereits im Mai 1962 bei Zeiss geborenen Idee einer Kombinatbildung, die bis 1964 in konkrete Formen gebracht wurde und sich maßgeblich darauf gründete, daß Carl Zeiss Jena zu diesem Zeitpunkt immerhin 81 % des Volumens der DDR-Gerätebauindustrie produzierte und durch eine Angliederung von 7 weiteren feinmechanischen bzw. Gerätebaubetrieben eine fast 100%ige Fertigung aller Bereiche des Gerätebaus repräsentierte.(42)

Bereits im Vorfeld der Kombinatbildung verwiesen Vertreter des Zeiss-Betriebes und des Volkswirtschaftsrates auf zahlreiche Vorzüge des Zusammenschlusses. Sie bestanden aus zeitgenössischer Sicht vor allem in wesentlich günstigeren Voraussetzungen für eine zentrale Leitung der gesamten Forschung und Entwicklung des wissenschaftlichen Präzisionsgerätebaus, wodurch in der Perspektive ein zunehmender Forschungsvorlauf erreicht werden sollte. Darüber hinaus ergaben sich bessere Möglichkeiten für eine konsequente Spezialisierung und Arbeitsteilung, einen optimalen Einsatz der Kapazitäten sowie für eine kontinuierliche Anhebung des materiell-technischen und wissenschaftlichen Niveaus der Erzeugnisse und der angeschlossenen Betriebe.(43)

Eine Analyse über die technologische Qualität der dem künftigen Zeiss-Kombinat anzugliedernden Betriebe aus dem Jahr 1964 zeichnete jedoch ein eher ernüchterndes Bild. Nur 3 von 6 untersuchten Betrieben verfügten über die materiell-technischen und personellen Voraussetzungen, Zeiss-Produkte in der erforderlichen Qualität herzustellen. Somit standen den Vorzügen einer geplanten Kombinatbildung Niveauunterschiede in Produktionsvorbereitung und Fertigung gegenüber, deren Beseitigung spätestens ab 1965 zusätzliche ökonomische Aufwendungen erfordern würde. Unter diesen Bedingungen mußte die Verwirklichung des Perspektivprogramms des wissenschaftlichen Gerätebaus zwangsläufig auf zusätzliche Probleme stoßen.

### 3. Ergebnisse und Probleme der praktischen Entwicklung des wissenschaftlichen Gerätebaus

Auf der Grundlage des Perspektivprogramms verstärkten sich im Jenaer Zeiss-Betrieb die Bemühungen, das Produktionsprofil für die 60er Jahre festzulegen. Ausgehend von den wissenschaftlichen und produktionstechnischen Voraussetzungen sowie den Erfahrungen bei Zeiss, wurde eine Konzentration der Fertigung auf technische Feinmeßgeräte, physikalisch-optische Geräte, astronomische Geräte sowie Röntgen- und Spektralanalysengeräte angestrebt. Für diese Erzeugnisse sah sich Carl Zeiss Jena in der Lage, den wachsenden Qualitätsansprüchen im Perspektivplanzeitraum gerecht zu werden.(44) Allerdings wurde ab Mitte der 60er Jahre

40 Ebenda, Bl. 212.

41 Ebenda, Bl. 255.

42 BACZ, VA 1761 a, Kombinatbildung ...; ZStA, Coswig, E-4, Nr. 25 422, Bl. 392 ff.

43 BACZ, VA 1761 a, Kombinatbildung...

44 Ebenda.

mehr und mehr die Lieferunfähigkeit besonders der elektrotechnisch-elektronischen Industrie und des Maschinenbaus gegenüber Zeiss deutlich, was den Betrieb veranlaßte, auf Kosten dringend erforderlicher Produktionskapazitäten die zugelieferten Teile für den Eigenbedarf umzufunktionieren und anwendbar zu machen. Die damit verbundenen Belastungen begannen sich jedoch in den Folgejahren allmählich zu rentieren, da die Selbständigkeit des Unternehmens erhöht und Erfahrungen in der Vorbereitung und Fertigung wissenschaftlich-technischer Erzeugnisse gesammelt wurden, auf die der Betrieb in den 70er und 80er Jahren zurückgreifen konnte.

Problematisch blieb, daß es dem Zeiss-Werk in den 60er Jahren nur teilweise gelang, die gewünschten Sortimentsbereinigungen zu realisieren. Aufgrund von Weisungen übergeordneter staatlicher Institutionen war der Betrieb sogar wiederholt gezwungen, branchenfremde Produktionslinien zu errichten. Das betraf u. a. die Fertigung von Fernsehkameras und Betriebskontrollanlagen, die bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre aufrechterhalten wurde und bereits 1962 einen Anteil von 5,2 % der gesamten industriellen Warenproduktion einnahm.(45)

Eine zweite Aufgabe, die bei der Verwirklichung des Perspektivprogramms gelöst werden mußte, bestand in der dringend notwendigen Modernisierung der Produktionstechnik. Eine im Jahre 1965 bei Carl Zeiss Jena durchgeführte Untersuchung des Alters zweigtypischer Werkzeugmaschinen brachte überwiegend katastrophale Ergebnisse. So waren beispielsweise 50 % der Gewindefräs-, Karusselldreh- und Langhobelmaschinen, 59,2 % der Flachsleifmaschinen, 77,8 % der Spitzen- und Rundschleifmaschinen sowie 93,3 % der Außenrundschleifmaschinen mindestens 25 Jahre alt.(46) Weltmarktfähige Erzeugnisse konnten unter diesen Umständen immer weniger produziert werden. Vom Staatssekretariat für Forschung und Technik bei Zeiss durchgeführte Untersuchungen ermittelten 1965 einen ganzen Komplex von Faktoren, die einer optimalen Nutzung des wissenschaftlich-technischen Leistungsvermögens entgegenstanden. Neben einem fehlenden Forschungsvorlauf für die Entwicklung international konkurrenzfähiger Produkte sowie fehlender Konzeptionen dazu wurde eine ungenügende apparative Ausstattung der Forschungs- und Entwicklungsstellen und eine oftmals hieraus resultierende viel zu lange Überleitungszeit in die Produktion festgestellt.(47)

In einer ähnlichen, für das Jahr 1966 angefertigten Analyse wurden diese Probleme erneut als ungelöst aufgezählt und auf nach wie vor bestehende Mängel in einer kontinuierlichen Belieferung durch die Kooperationspartner verwiesen. Hierbei ging es hauptsächlich um Silizium-Planar-Halbleiterbauelemente, die zu ihrer Herstellung hochauflösende Fotoplatten benötigten. Diese sollten noch bis 1968 aus dem westlichen Ausland importiert und dann durch eigene Produktion ersetzt werden. Allerdings fand bis zum ersten Quartal 1967 noch keine entsprechende Festlegung zwischen der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik und der VVB Chemiefaser und Fotochemie statt, so daß die künftige Eigenfertigung ungeklärt blieb. Ähnliche Schwierigkeiten bereitete die Produktion von weltmarktfähigen, mit elektronischen Bauelementen bestückten Geräten und Anlagen. Der Import neuester Halbleiterbauelemente erfolgte nur sehr lückenhaft, und die Eigenfertigung wies einen hohen Rückstand gegenüber dem Niveau westlicher Industrienationen auf.(48)

45 Ebenda.

46 Ebenda, Geschäftsbericht für das Jahr 1965.

47 Ebenda, Staatssekretariat für Forschung und Technik: Analyse über die Durchführung des Staatsplanes Neue Technik 1965 und des Staatsplanes naturwissenschaftliche Forschung 1965, S. 11 ff.

48 Ebenda, Staatssekretariat für Forschung und Technik: Information über Ergebnisse und Probleme bei der Durchführung des Staatsplanes Wissenschaft und Technik und des Planes der naturwissenschaftlichen Forschung im Jahre 1966, S. 14 f.

Weder das Problem einer mangelhaften Zulieferung im allgemeinen noch das des zunehmenden Nachholebedarfs in der Produktion elektronischer Bauelemente im besonderen konnten in den 60er Jahren so gelöst werden, daß es dem wissenschaftlichen Gerätebau möglich gewesen wäre, Innovationsprozesse in der Volkswirtschaft zu initiieren oder gar entscheidend zu prägen. Wissenschaftlich-technisches Neuland blieb ihm somit weitgehend verschlossen.

Trotzdem unternahm Zeiss ab Mitte der 60er Jahre große Anstrengungen, durch den Abschluß von Koordinierungsvereinbarungen und Wirtschaftsverträgen eine höhere Sicherheit in der Zusammenarbeit mit anderen VVB und Betrieben zu erreichen. Verbunden damit war das Bemühen, Mängel in der betrieblichen Leitung und Planung zu beseitigen, die wirtschaftliche Rechnungsführung in alle Bereiche einzuführen und eine den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts adäquate Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowie Produktionsorganisation durchzusetzen. Auf diese Weise entstanden Voraussetzungen, die dazu beitrugen, daß bis Ende der 60er Jahre vor allem bei der Fertigung optischer bzw. feinmechanisch-optischer Meßgeräte - ungeachtet aller Schwierigkeiten - partielle Fortschritte in der wissenschaftlich-technischen Arbeit sowie in der Qualität der Produktion erreicht wurden. Als Beweis dafür sei u. a. die Auszeichnung von Zeiss-Geräten, die vorwiegend im Jenaer Betrieb gefertigt wurden, mit Leipziger Messe-Gold in den Jahren 1963 bis 1969 genannt.(49)

Wesentliche Fortschritte verzeichnete die Forschungstätigkeit bei Zeiss hinsichtlich der Anwendung der Lasertechnik besonders in der Metallverarbeitung um die Mitte der 60er Jahre. Aber auch hier war die praktische Realisierung an das Überwinden von Zuliefer-Engpässen gebunden.

Um die vorhandenen Produktionskapazitäten, die zur Erfüllung der laufenden Planaufgaben erforderlich waren, durch zunehmende Eigenproduktion nicht noch mehr einzuengen und darüber hinaus die stark überalterte Produktionstechnik zu modernisieren, wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung Werkzeugmaschinenbau und Automatisierung des Volkswirtschaftsrates und dem Jenaer Zeiss-Werk im Dezember 1964 ein Plan zur "Rekonstruktion und Erweiterung des VEB Carl Zeiss Jena" erarbeitet. Der ursprünglich vorgesehene Rekonstruktionszeitraum von 1966 bis 1970 wurde in diesem Plan bereits auf 1973 ausgedehnt und die Höhe der Investitionen von 132,92 Mill. M, die zu 91,12 Mill. auf den Bau- und zu 41,80 Mill. auf den Ausrüstungsanteil entfallen sollten, festgelegt. Die Rekonstruktion und Erweiterung sollte einen Produktionszuwachs von 260 Mill. M 1965 auf 400 Mill. M 1973 bewirken.(50) Das Projekt schloß die Errichtung neuer Produktionsanlagen im Süden Jenas ein. Damit wurde bereits drei Monate nach der Erarbeitung des Perspektivprogramms dessen zeitlicher Rahmen gesprengt. Im Lauf der zweiten Hälfte der 60er Jahre erhielt der Rekonstruktionsplan zwei wesentliche Ergänzungen bzw. Erweiterungen, die die Entwicklung des Jenaer Zeiss-Unternehmens im folgenden so stark prägten, daß selbst das ursprüngliche Perspektivprogramm mehr und mehr außer Kraft gesetzt wurde. Es handelte sich hierbei um den Ministerratsbeschluß 112/2/67 vom 12. April 1967 über die "Deckung des Bedarfs an wissenschaftlichen Präzisionsgeräten durch Beschleunigung der Entwicklung des VEB Carl Zeiss Jena" und den Beschluß des Präsidiums des Ministerrates vom 28. April 1968 über die "Entwicklung des VEB Carl Zeiss Jena zum Zentrum für Forschung und Produktion für die Rationalisie-

49 Zu den bedeutendsten der mit Messe-Gold in Leipzig ausgezeichneten Zeiss-Geräte gehörten in dieser Zeit u. a.: ein Wälzfräsemeßgerät 1963, ein Optischer Teilkopf OTP 3 1964, ein Astro- und Bildmeßaufnahmegerät "Ascorecord" 1965, ein Universalmeßmikroskop UMM 1966, ein Emissionsmikroskop EF 6 1967, ein Wälzprüfgerät 1968 und ein Zahnradmeßgerät 1969. Vgl. 40 Jahre in Volkes Hand. Aus der Chronik des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena, T. 1: 1948 bis 1970, hg. v. Zeiss-Stiftung Jena, Jena 1988, S. 65 ff.

50 ZStA, Coswig, E-4, Nr. 28 576.

rungs- und Automatisierungstechnik der DDR auf der Grundlage der Entwicklung und Produktion von Gerätesystemen des wissenschaftlichen Gerätebaus".

Entsprach der Ministerratsbeschuß vom April 1967 mit seiner Orientierung auf einen raschen Anschluß an das international gültige Niveau und der Forderung nach neuen Wegen in Forschung und Entwicklung durchaus den sich aus dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt ergebenden veränderten Bedingungen, die zur Zeit der Ausarbeitung des Perspektivprogramms so detailliert noch nicht erkannt werden konnten, so degradierte der Beschluß vom August 1968 das Zeiss-Unternehmen zu einem Automatisierungsmittel-Zulieferbetrieb für die gesamt DDR-Industrie und verkörperte damit nicht nur eine endgültige Abkehr vom Perspektivprogramm des Jahres 1964, sondern von der eigentlichen Bestimmung des wissenschaftlichen Gerätebaus.

Die augenscheinlichste Folge dieser staatlichen Entscheidungen waren seit 1967/68 stark angewachsene Investitionszuwendungen an den wissenschaftlichen Gerätebau, die hauptsächlich für die Erweiterung der Produktionskapazitäten verwendet wurden. Carl Zeiss Jena als größter Produzent wissenschaftlicher Präzisionsgeräte in der DDR war also aufgrund der zwei Ministerratsbeschlüsse viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als daß er vorrangig Einfluß auf wissenschaftlich-technische Prozesse in anderen Industriezweigen hätte nehmen können. Ein Blick auf die statistischen Angaben zu Investitionen, Grundmittelbeständen und industrieller Bruttoproduktion aus den 60er Jahren unterstreicht diese These.

Tabelle 1

Index der Investitionen in der DDR-Industrie nach Bereichen  
(1960 = 100)

Jahr	Energie- u. Brennstoff- industrie	Chemiein- dustrie	Metallur- gie	Maschinen- u. Fahrzeug- bau	Elektrotechnik/ Elektronik/ Gerätebau
1961	94,2	89,5	114,6	104,7	130,2
1962	97,9	104,9	126,2	104,4	131,9
1963	100,0	118,7	142,6	126,1	136,2
1964	112,3	141,3	154,8	156,8	146,3
1965	117,1	170,2	182,9	180,7	166,1
1966	102,7	184,0	190,0	236,3	186,6
1967	89,8	179,5	212,0	258,1	250,7
1968	91,8	178,5	196,7	256,0	274,5
1969	98,3	193,2	143,7	320,4	422,5
1970	108,0	247,7	164,1	342,8	566,4

Quelle:  
Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, Berlin 1973, S. 47.

Der Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau weist für die zweite Hälfte der 60er Jahre, besonders aber ab 1968, den weitaus höchsten Zuwachs an Investitionen auf. Die Auswirkungen der Ministerratsbeschlüsse von 1967 und 1968 lassen sich also anhand des Investitionsschubes in dieser Zeit nachweisen. Bemerkenswert ist auch die im Gegensatz zu allen anderen Bereichen kontinuierliche Steigerung, die, in absoluten Zahlen ausgedrückt, von 288 Mill. M 1960 auf 1,688 Mrd. M 1970 anwuchs. Bezogen auf den Anteil an den Gesamtinvestitionen in der Industrie, rückte damit der Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau vom 8. auf den 4. Platz vor.

Eine ähnliche Entwicklung kennzeichnet den Grundmittelbestand in der DDR-Industrie im Untersuchungszeitraum.

Tabelle 2

Index des durchschnittlichen Grundmittelbestandes in der DDR-Industrie nach Bereichen  
(1960 = 100)

Jahr	Industrie gesamt	Energie- u. Brenn- stoffin- dustrie	Chemie- industrie	Metallur- gie	Maschinen- u. Fahr- zeugbau	Elektrotechnik/ Elektronik/ Gerätebau
1961	106,0	107,1	105,1	105,3	110,4	106,7
1962	112,3	115,2	111,0	113,4	118,9	114,8
1963	119,0	126,2	116,6	122,5	124,2	125,3
1964	129,1	136,9	126,6	132,7	144,4	137,5
1965	137,7	146,8	136,1	142,2	151,2	148,7
1966	145,3	156,5	144,1	153,5	158,4	163,0
1967	151,5	164,8	153,4	157,4	165,9	171,5
1968	159,3	168,8	161,7	166,2	177,3	185,3
1969	166,8	171,1	171,6	181,1	187,0	202,1
1970	177,0	181,2	185,3	191,9	197,0	228,7

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, Berlin 1973, S. 49.

Auch hier ist, verglichen mit der Gesamtindustrie, die Wachstumsrate am höchsten. Der wertmäßige Bestand an Grundmitteln hat sich im Bereich der Gruppe des Gerätebaus in den 60er Jahren mehr als verdoppelt, wobei besonders augenfällig der von keinem anderen Bereich vollzogene Anstieg nach 1965 ist.

Kaum anders gestaltet sich der Werdegang der industriellen Bruttoproduktion von 1960 bis 1970.

Tabelle 3

Index des Wachstums der industriellen Bruttoproduktion der DDR nach Erzeugnishauptgruppen  
(1960 = 100)

Jahr	Industrie gesamt	Energie u. feste Brenn- stoffe	Chem. Erzeug- nisse	Metallur- gische Er- zeugnisse	Erzeugnis- se des Ma- schinen- u. Fahrzeug- baus	Elektrotechnische, elektronische u. Gerätebauerzeug- nisse
1961	106	105	108	105	107	106
1962	113	110	116	109	116	122
1963	117	114	124	110	125	130
1964	125	119	136	117	133	144
1965	132	120	148	123	141	156
1966	141	124	161	130	149	171
1967	150	127	174	137	159	189
1968	159	128	188	144	172	202
1969	170	132	203	158	187	224
1970	181	137	218	174	198	241

Quelle:

Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, Berlin 1976, S. 112.

Wie in den vorangegangenen Tabellen läßt sich hier ebenfalls ein vorrangiges Wachstum der Erzeugnishauptgruppe nachweisen, die den Gerätebau beinhaltet. Von 1960 bis 1970 stieg in dieser Gruppe die Bruttoproduktion um fast das 2,5fache, während der Durchschnitt der Industrie bei 1,8 lag. In keiner der aufgeführten Gruppen sind, abgesehen von einer etwas stärkeren Erhöhung bei den chemischen, metallurgischen und Maschinenbauerzeugnissen ab 1968, überdurchschnittliche Wachstumsschübe zu erkennen, woraus geschlossen werden kann, daß der für eine derartige Beschleunigung gewissermaßen hauptverantwortliche wissenschaftliche Gerätebau trotz des hohen Investitions- und Grundmittelzuwachses keine adäquate Anhebung des Produktionsniveaus der den wissenschaftlich-technischen Fortschritt materialisierenden Zweige bewirken konnte. Demzufolge liegt die Vermutung nahe, daß sich die produktive Verwertung der Ersatz- bzw. Erweiterungsinvestitionen zunehmend problematisch gestaltete. Erhärtet wird diese Annahme durch einen Blick auf die Nutzung moderner Maschinen und Anlagen in der Gerätebaufertigung.

So sank z. B. 1966 im Jenaer Zeiss-Betrieb, bedingt durch den Mangel an 400 Produktionsarbeitern, allein in der Vorfertigung die Auslastung von Revolverdreh- und Fräsmaschinen auf 42,6 % und von Leit- bzw. Zugspindeldrehmaschinen auf 43,8 %, während der Plan 54 bis 55 % vorsah.(51) Die daraus resultierenden Bemühungen, die Vorfertigungsbereiche durch gezielte materielle Stimulierungen, Neueinstellungen, Qualifizierungsmaßnahmen und Umsetzung von Arbeitskräften, vor allem aus der Montage, zu stärken, konnten zwar die Situation etwas entkrampfen, führten aber im Endeffekt nur zur Verlagerung der Probleme. Anstatt den Wirkungsgrad der eingesetzten Technik zu erhöhen und damit bereits Mitte der 60er Jahre erste Schritte in Richtung intensiv gestalteter Produktion einzuleiten, wurde fast ausschließlich versucht, über eine Steigerung der Intensität der menschlichen Arbeit sowie einen nicht selten praktizierten zweckentfremdeten Einsatz von Forschungs- und Entwicklungspersonal auftretende Schwierigkeiten im Produktionsablauf zu lösen.

In dieser Linie sind auch die ab 1966 im Zeiss-Werk begonnenen Rationalisierungsbestrebungen einzuordnen. Ihnen war es zu verdanken, daß sich der aus den oben genannten Ursachen ergebende Rückstand in Produktionsvorbereitung und Fertigung in Grenzen hielt. Die eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen umfaßten neben einer Senkung der Bearbeitungszeit für Forschungsthemen eine zunehmende Standardisierung bei Fertigungsteilen und die gleichzeitige Erhöhung des Wiederholteilgrades. Die Einzelfertigung war entsprechend den technischen Möglichkeiten stärker durch Gruppenbearbeitung bzw. Nestfertigung zu ersetzen.

Um die einzelnen Rationalisierungsvorhaben bei Zeiss zu erfassen und termingemäß bis 1970 durchzusetzen, wurde Ende 1966 eine "Generalkonzeption der komplexen sozialistischen Rationalisierung" erarbeitet, die 32 Aufgaben für den Jenaer Stammbetrieb und die ihm seit dem 1. Januar 1965 angegliederten 7 Unternehmen enthielt.(52) Ihre planmäßige Verwirklichung wurde in den Endsechzigern zum Schwerpunkt der Rationalisierungstätigkeit bei Zeiss. Nur dem konzentrierten Einsatz der vorhandenen Kapazitäten war es zu verdanken, daß einige größere Maßnahmen termingerecht durchgesetzt werden konnten. Zu ihnen gehörte die im Herbst 1969 in Betrieb genommene Fertigungsstrecke für Mikroskopteile. Weiterhin gelang es, die Serienmäßigkeit der Produktion insgesamt zu erhöhen und die Anzahl der individuell zu fertigenden Einzelteile zu senken.

51 BACZ, Geschäftsbericht für das Jahr 1966.

52 Ebenda, Geschäftsbericht für das Jahr 1967. - Die ab 1. 1. 1965 dem Jenaer Zeiss-Werk unterstellten Betriebe waren: Rathenower Optische Werke, Wemara Mögelin, Freiburger Präzisionsmechanik. Seit 1970 kamen die Feinoptischen Werke Görlitz, Feinmeß Dresden, die Feinmeßzeugfabrik Suhl und der Gerätebau Dresden hinzu.

Mit dem Einsatz von zwei programmgesteuerten Revolverdrehmaschinen begann ab 1967 die Eingliederung einer neuen Generation von Werkzeugmaschinen in die Produktion des wissenschaftlichen Gerätebaus, der jedoch bis zum Ende der 60er Jahre nicht über dieses Anfangsstadium hinauskam. Auch die für 1968 geplante Vorbereitung des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung,(53) die in einer vom Zentrum für Organisation und Rechentechnik im Zeiss-Werk am 1. September 1965 unterbreiteten Vorlage als notwendige "Existenzbedingung" für den Gerätebau gefordert wurde,(54) bereitete enorme materielle, personelle und organisatorische Probleme.

Die 1965 bei Zeiss installierten drei Rechenanlagen vom Typ ZRA 1 waren voll ausgelastet und in ihren Verwendungsmöglichkeiten begrenzt. Daraus wurde in der Vorlage geschlußfolgert: "Die Probleme der Konstruktion und technologischen Produktionsvorbereitung ... können mit den in der DDR vorhandenen bzw. in Produktion befindlichen Automaten nicht gelöst werden."(55) Der Import einer notwendigen Anlage aus dem westlichen Ausland verzögerte sich aufgrund langwieriger bürokratischer Genehmigungsverfahren um Jahre. Somit blieb nur die Eigenentwicklung, die ab 1965 zu einem erheblichen Teil ebenfalls von Carl Zeiss Jena übernommen wurde.

Für die erforderliche Magnetbandspeicherproduktion sollten in einem in Gera zu eröffnenden Zweigwerk ab 1966 Laufwerke und Magnetköpfe gefertigt werden. Die vorgesehenen Produktionsstätten standen jedoch erst ab 1967 zur Verfügung, wobei die materiell-technische Ausstattung sowie von Anfang an fehlende Facharbeiter (von 1 500 bis 1970 geplanten Beschäftigten hatte der Rat des Bezirkes Gera nur 1 000 bilanziert, ohne die erforderliche Qualifikation zu berücksichtigen)(56) ständige Planreduzierungen der Speicherproduktion verursachten. Völlig unklar blieb für die Zeiss-Werker auch die Frage, ob die laut staatlicher Planvorgabe bis 1970 konzipierte Produktion von 1 382 Magnetspeichern für insgesamt 200 zu fertigende Rechenautomaten des Typs R 300 dem Bedarf entsprach, da bis 1966 bei weitem nicht für alle Geräte Lieferverträge abgeschlossen waren.(57)

Hieraus wird deutlich, daß es trotz der Bemühungen im Jenaer Zeiss-Werk, sich einem Hauptfeld des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu stellen, insgesamt nicht gelang, eine allseitig bilanzierte Produktion moderner Rechentechnik entsprechend dem Bedarf des Binnen- wie des Außenmarktes in Gang zu setzen und dem wachsenden Rückstand der DDR auf diesem wichtigen Gebiet entgegenzuwirken. Außerdem führte diese Kräftekonzentration zu einer gewissen Vernachlässigung traditioneller Produktionsgebiete in der Gerätefertigung. So erfüllten in den Jahren 1967 und 1968 weder der Foto-, der Projektions-, noch der Gerätebetrieb ihre Pläne in der Null- und Erstserienfertigung. Maßgebliche Ursachen dafür lagen in einem permanenten Mangel an Fachkräften, organisatorischen und technischen Problemen und nicht zuletzt in zunehmenden Schwierigkeiten bei der Einhaltung international gültiger Qualitätsparameter der Fertigung begründet.

Obwohl diese negativen Umstände in mehreren Analysen und Berichten aus der zweiten Hälfte der 60er Jahre wiederholt aufgeführt wurden und demzufolge der Unternehmensleitung bekannt sein mußten, existierte kein Konzept zu ihrer Beseitigung. Vielmehr entsprach es der politischen Grundorientierung jener Zeit, derartige Wirtschaftsprobleme eher zu verschweigen. Statt dessen waren Erfolgsmeldungen gefragt. So wurde das gute Abschneiden einiger Zeiss-Geräte aus den Bereichen der

53 Ebenda, Jahresanalyse 1967 zur Realisierung des Ministerratsbeschlusses 112/2/67.

54 ZStA, Coswig, E-1, Nr. 48 830, Bl. 82.

55 Ebenda, Bl. 86.

56 Ebenda, Bl. 234.

57 Ebenda, Bl. 368 f.

Analysen- und Längenmeßtechnik um die Mitte der 60er Jahre umfangreich ausgewertet und deren hoher Nutzeffekt als Rationalisierungsmittel beim industriellen Anwender gepriesen. Daran anknüpfend zog bereits eine in Vorbereitung des VII. SED-Parteitagess bei Carl Zeiss Jena erarbeitete Studie über die weitere Entwicklung des Präzisionsgerätebaus den Schluß, daß die künftige Haupttendenz in der Fertigung von Rationalisierungsmitteln zur Mechanisierung und Automatisierung der Industrieproduktion zu bestehen habe.(58) Diesen Gedanken trug der damalige Generaldirektor Gallerach anläßlich eines Besuches von Ulbricht am 25. April 1968 in Jena erneut vor;(59) er wurde schließlich zum grundlegenden Bestandteil des Ministerratsbeschlusses vom 28. August 1968. Vom Zeiss-Kombinat wurde gefordert, bis Anfang der 70er Jahre den Bedarf der DDR-Volkswirtschaft an Rationalisierungs- und Automatisierungsmitteln zu decken, die Exportverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion und den anderen RGW-Ländern hinsichtlich wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Zusammenarbeit zu erfüllen und strategische Marktanteile in den westlichen Industrieländern zu erringen bzw. zu festigen.(60)

So wenig diese drei Zielstellungen miteinander korrespondierten, so unzureichend blieben die Maßnahmen, mit deren Hilfe sie verwirklicht werden sollten. Sie beschränkten sich fast ausschließlich auf die territoriale Ausdehnung des Jenaer Zeiss-Werkes, wobei besonders detaillierte Orientierungen für die Beschaffung von 16 500 bis 1975 zusätzlich einzustellenden Arbeitskräften gegeben wurden.(61) In der Folgezeit versuchte die Leitung des Zeiss-Unternehmens, durch ergänzende Konzeptionen und Maßnahmepläne die inhaltliche Dürftigkeit des Ministerratsbeschlusses zu überbrücken, um seine Verwirklichung zu erleichtern. Jedoch wurde offensichtlich unter dem Druck des Beschlusses auch weiterhin die Lösung aktueller Produktionsprobleme übergangen. In den Produktionsplänen wurde immer häufiger ignoriert, daß für die Erhöhung des Elektronik-Anteils und die erforderliche Eigenproduktion von EDV-Anlagen die materiellen, technologischen wie personellen Voraussetzungen im gesamten Kombinat nicht existierten.

Die verstärkt geforderte Durchsetzung des Baukastenprinzips und der Fließfertigung in großen Serien stieß immer häufiger an ergebnisgebundene wie technologische Grenzen. Selbst eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen RGW-Ländern nur auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Präzisionsgerätebaus kaum noch möglich, da entweder die Bedingungen in diesen Ländern nur sehr begrenzt vorhanden waren oder aber aufgrund des Konkurrenzverhaltens auf dem Weltmarkt eine Kooperation ausgeschlossen werden mußte.

Ungeachtet dieser Schwierigkeiten entstand bis 1972 im Süden Jenas ein neuer Betrieb zur Fertigung von Präzisionsgeräten, der den in der Zwischenzeit gewachsenen Anforderungen hinsichtlich Klimakonstanz sowie Erschütterungs- und Staubfreiheit nach Aussage eines Berichtes vom 26. November 1970 "gerade noch gerecht" wurde.(62) Die Modernisierung und Erweiterung des Jenaer Carl-Zeiss-Werkes konnte jedoch nicht verhindern, daß besonders ab 1968 die Produktionsprobleme weiter

58 BACZ, Haupttendenzen des wissenschaftlichen Gerätebaus (erarbeitet im VEB Carl Zeiss Jena im Auftrag des Deutschen Forschungsrates in Vorbereitung des VII. Parteitagess der SED), ohne Datum.

59 Ebenda, Protokoll des Besuches des Staatsratsvorsitzenden, Genossen Walter Ulbricht, am 25. 4. 1968 im VEB Carl Zeiss Jena, S. 1.

60 Ebenda, Beschluß des Ministerrats vom 28. 8. 1968 zur "Entwicklung des VEB Carl Zeiss Jena zum Zentrum der Forschung und Produktion für die Rationalisierungs- und Automatisierungstechnik der DDR auf der Grundlage der Entwicklung und Produktion von Gerätesystemen des wissenschaftlichen Gerätebaus", S. 1.

61 Ebenda, S. 21.

62 Ebenda, ABI-Information vom 26. 11. 1970 über Probleme bei der Durchsetzung der Ministerratsbeschlüsse zum Zeiss-Komplex.

eskalierten. Neben den Engpässen bei Elektronikbauteilen traten Qualitätsmängel im angelieferten Glas auf. Importlieferungen aus dem westlichen Ausland trafen nicht termingerecht ein, und die Zahl der fehlenden Produktionsarbeiter hatte sich kaum verringert.(63) Die in die Jahrespläne 1968 bis 1970 aufgenommenen Rationalisierungsobjekte konnten aufgrund fehlender oder sehr begrenzter Kapazitäten nur mit größter Mühe und oft nur auf Kosten anderer Planaufgaben verwirklicht werden, was bei nicht wenigen Beschäftigten auf wachsendes Unverständnis stieß.

So mußte auf einer Tagung der Industriegewerkschaftsleitung, die am 23. Oktober 1970 im Zeiss-Werk stattfand, der Generaldirektor einschätzen, daß die Zielsetzung, bis zum 30. September 1970 den Jahresplan mit 75 % zu erfüllen, nicht erreicht wurde. Seine Aussage, per 31. Dezember des Jahres doch noch den Plan zu erfüllen, entsprach zu diesem Zeitpunkt bereits in keiner Weise mehr der Realität. Obwohl bis zum Jahresende der Plan der industriellen Warenproduktion mit 100,7 % erfüllt wurde, konnten die Ergebnisse bei den Hauptleistungen und Exportgeräten nicht befriedigen. Die Störbreite im Sortiment war auf 16 % der geplanten Warenproduktion angewachsen und die Rückstände in der Null- und Erstserienproduktion hatten sich auf 30 Mill. M erhöht. Der Export ging gegenüber dem Plan auf 86,4 % zurück, und das einheitliche Betriebsergebnis wurde nur mit 93 % erfüllt. Insgesamt wuchsen die Schulden auf 50 bis 60 Mill. M an, so daß das Jenaer Zeiss-Unternehmen zum ersten Mal in seiner Geschichte vom August bis Dezember 1970 zahlungsunfähig war und nur durch einen Sonderkredit aus dem Staatshaushalt diese kritische Situation überwinden konnte.(64)

#### 4. Schlußfolgerungen

Wurde dem wissenschaftlichen Präzisionsgerätebau im Rahmen der Zentralverwaltungswirtschaft der 50er Jahre zunächst kaum Beachtung geschenkt, so änderte sich diese Lage mit Beginn der 60er Jahre. Da infolge fehlender marktwirtschaftlicher Strukturen ökonomische Triebkräfte für eine umfassende Einbeziehung neuester Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß ausblieben und demzufolge die Kapazitäten in Forschung und Entwicklung begrenzt waren, begannen SED- und Staatsführung die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gewissermaßen "von oben" zu verordnen. Dies geschah unter Hinzuziehung eines breiten Stabes von Fachkräften aus Wissenschaft, Wirtschaft und staatlichen Institutionen, galt es doch, für alle Bereiche der Volkswirtschaft sachkompetente und konkrete Programme der künftigen Entwicklung zu erarbeiten.

Unter Zugrundelegung dieser Programme sollten nicht nur die Stagnationstendenzen in den einzelnen Wirtschaftszweigen Anfang der 60er Jahre überwunden werden. Vielmehr ging es darum, durch Lockerungen des starren, zentralistisch geleiteten Wirtschaftsgefüges eine Erhöhung der Eigenverantwortung der Produzenten und Betriebe zu erreichen, ökonomische Prinzipien und Zusammenhänge stärker zu beachten sowie durch Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt zu erhöhen. Jedoch wurde trotz aller Reformbestrebungen an den Grundpfeilern der Zentralverwaltungswirtschaft - der absoluten Priorität der zentralen Planung und dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln - festgehalten. Auf der gleichen theoretischen Basis entstand das Perspektivprogramm des wissenschaftlichen Gerätebaus 1964 bis 1970. Ausgehend von einer meist realistischen Einschätzung des Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsniveaus gab das Programm, aus innovationstheoretischer Sicht bewertet, dem Gerätebau für den in Rede stehenden Zeitraum durchaus geeignete Orientierungen, auf ge-

63 Ebenda, Geschäftsberichte für das Jahr 1968 und 1969.

64 Ebenda, Geschäftsbericht für das Jahr 1970.

wachsene ökonomische Bedürfnisse mit neuen wissenschaftlich-technischen Lösungsmöglichkeiten zu reagieren. Korrespondierten seine Zielstellungen auch nicht in jedem Fall mit dem Entwicklungsniveau der industriellen Produktivkräfte in der DDR so zeigen sie doch, daß die Hauptrichtungen des technischen Fortschritts erkannt wurden und unter weitestgehender Berücksichtigung der ökonomischen Gegebenheiten umgesetzt werden sollten. Das entsprach zugleich den herangereiften Erfordernissen einer stärkeren Nutzung intensiver Faktoren des Wirtschaftswachstums. Deutlich wird das Bemühen im Programm, über eine beschleunigte Integration neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse traditionelle Fertigungslinien und Erzeugnisse den gewachsenen gebrauchswertmäßigen Anforderungen anzupassen, um auf diese Weise den Rückstand des Präzisionsgerätebaus so schnell wie möglich aufzuholen. Damit half es, den Boden für Erneuerungsprozesse im eigenen Industriezweig wie in der gesamten Volkswirtschaft zu ebnen, konnte sie jedoch selbst nicht vorantreiben.

Die praktische Umsetzung des Perspektivprogramms stieß in den 60er Jahren auf zunehmende ökonomische und organisatorische Schwierigkeiten, in deren Folge die Erfüllung der gesteckten Ziele größtenteils verhindert wurden. Die wichtigste Ursache bestand zweifellos in dem sich zuspitzenden Widerspruch zwischen dem Leistungsvermögen des Gerätebaus einerseits und den an ihn herangetragenen, in wachsendem Maße inhaltlich und zeitlich unrealen Zielstellungen andererseits. Alle materiell-technischen, wissenschaftlichen und personellen Potenzen des Gerätebaus blieben trotz deutlichen Wachstums besonders in der zweiten Hälfte der 60er Jahre stets hinter den Erfordernissen für die Sicherung führender Positionen auf dem Weltmarkt weit zurück. Besonders verhängnisvoll wirkte sich die in quantitativer wie qualitativer Hinsicht ungenügende Leistungsfähigkeit der eigenen Zulieferindustrie aus. Aber auch notwendige Importe technisch hochwertiger Materialien und Ausrüstungsgegenstände scheiterten bereits in jenen Jahren oftmals an der prekären Devisensituation oder gerieten aufgrund bürokratischer Hürden nicht selten in zeitlichen Verzug. Behinderungen und Erschwernisse in Forschung und Entwicklung sowie eine sich in den 60er Jahren zur Dauererscheinung herausbildende Diskontinuität in der Produktion waren die Folgen, so daß dem Bedarf an wissenschaftlich-technischen Qualitätserzeugnissen - trotz einiger Fortschritte, die stets über Gebühr propagandistisch ausgenutzt wurden - insgesamt immer weniger entsprochen werden konnte. Dieser Zustand verschärfte sich gegen Ende der 60er Jahre und konnte selbst nach verstärkten Rationalisierungsbemühungen in den Entwicklungs- und Fertigungsbereichen keine sichtbare Verbesserung aufweisen, sondern deformierte immer mehr die ökonomische Basis im Zeiss-Kombinat. Ursprüngliche Zielstellungen des Perspektivprogramms wurden entsprechend der rasanten internationalen Entwicklung im Präzisionsgerätebau und den daraus resultierenden Wandlungen in den ökonomischen Bedingungen mehrfach in den 60er Jahren durch neue Entscheidungen, Konzeptionen und Beschlüsse sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf betrieblicher Leitungsebene modifiziert, so daß eine kontinuierliche Abarbeitung in den Forschungs- und Fertigungsbereichen laufend unterbrochen und zunehmend durch Umorientierungen und damit verbundene Hektik gekennzeichnet war. Einen unrühmlichen Höhepunkt bildete hierbei der bereits zitierte Ministerratsbeschuß vom August 1968. Seine Zielstellungen hinsichtlich der Erweiterung der Produktionskapazitäten bei gleichzeitiger Deformation traditioneller Fertigungsstrukturen des wissenschaftlichen Gerätebaus verkörperten einen Aufgabenkomplex, der bei laufender Produktion mit ständig zunehmenden Planzielen im Zeiss-Betrieb und den sich ohnehin schon verschärfenden Produktionsproblemen in der relativ kurzen Zeit bis 1975 nicht zu verwirklichen war.

Damit geriet die Existenz des Industriezweiges Gerätebau in ernsthafte Gefahr. Eine bereits 1964 in der Bundesrepublik geäußerte Prognose, "daß die Zeit der krisenhaften Störungen ... für die Wirtschaft Mitteldeutschlands ebensowenig zu Ende sein wird wie die der wirtschaftsorganisatorischen Experimente"(65), bestätigte sich Ende der 60er Jahre nicht nur für diesen Zweig mit aller Deutlichkeit.

65 Deutschland 1945 - 1963. Zeitgeschichte in Text und Quellen, hg. v. Herbert Lilge, Hannover 1967, S. 286 f.

## Logistik im städtischen Militärwesen des späten Mittelalters

Dargestellt an Beispielen aus dem süddeutschen Raum

von Harald Kleinschmidt

Die Anwendung des Worts "Logistik" auf das Militärwesen des späten Mittelalters, also des 14. und 15. Jh., mag als ein Anachronismus erscheinen, erfordert doch nach gegenwärtigem Verständnis die Logistik einen umfangreichen bürokratischen Apparat, der für das Spätmittelalter nicht vorausgesetzt werden kann. Andererseits finden wir in Städten schon des 16. Jh. Zeughäuser, die als sichtbare Kennzeichen einer organisierten Logistik verstanden werden müssen. Folglich gibt es in der einschlägigen Literatur keinen Streit darüber, daß mit logistischen Organisationsstrukturen bereits im 16. Jh. gerechnet werden muß.(1) Zugleich belegen die Zeughäuser, daß in dieser Zeit die Stadträte als zentrale Verwaltungsinstanzen befugt waren, Regel- und Kontrollfunktionen in zumindest einem Bereich des Militärwesens auszuüben: der Artillerie. Diese Funktionen müssen den Stadträten zugewachsen sein, und dieser Prozeß muß im späten Mittelalter abgelaufen sein. Also ist die Frage nach den wirtschaftlichen und rechtlichen Bedingungen des Entstehens jener Funktionen sinnvoll, und diese Frage muß in das späte Mittelalter zurückführen.

Die ältere Forschung handelte solche organisationsgeschichtlichen Fragen häufig unter dem Begriff der Wehrhoheit ab,(2) der um die Mitte des 19. Jh. aufkam und ein Hoheitsrecht des Staates bezeichnet.(3) Diesem Begriff liegen aber Herrschafts- und Verwaltungspraktiken des 19. Jh. zugrunde, die für das späte Mittelalter nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden können. Folglich muß bei der nachstehenden Untersuchung auf die aus der Systematik der Militärwissenschaften des 19. Jh. abgeleitete Terminologie weitgehend verzichtet werden. An deren Stelle soll von zentralen, auf das Militär, besonders die Artillerie, gerichteten Regel- und Kontroll-

1 So unter vielen: Kraus, Jürgen, Das Militärwesen der Reichsstadt Augsburg 1548 - 1806, Augsburg 1980, S. 325 - 353, bes. 350 - 352; vgl. Jähns, Max, Geschichte der Kriegswissenschaften vornehmlich in Deutschland, München/Leipzig 1889, S. 413 f.; Köhler, Gustav, Die Entwicklung des Kriegswesens, Bd. 3,2, Breslau 1889, S. 402 ff.; Schmidtchen, Volker, Bomben, Befestigungen, Büchsenmeister, Düsseldorf 1977, S. 169 - 174; Solleder, Fridolin, München im Mittelalter, München 1938, S. 441, 445 - 447. Zeitgenössisch reflektierte bereits Maximilian I. darüber (vgl. Maximilian I. Weißkunig, hg. v. H. Th. Musper, Stuttgart 1956, Kap. 49). Spätere Verhältnisse behandelt Crefeld, M., Supplying War, Cambridge (Mass.) 1977.

2 Siehe Conrad, Hermann, Der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht in der deutschen Wehrverfassung des Mittelalters, München 1939; Deutsch, Karl Wolfgang/Weitenmann, Hermann, Die militärische Bewahrung eines sozialen Systems. Die Schweizer Eidgenossenschaft im 14. Jh., in: Beiträge zur Militärsoziologie, hg. v. René König, Köln/Opladen 1968, S. 38 - 58; Frauenholz, Eugen v., Entwicklungsgeschichte des deutschen Heerwesens, Bd. 2, München 1936 - 1937.

3 Grimm, Deutsches Wörterbuch, s. v. "Wehrhoheit".

funktionen die Rede sein, unter denen institutionelle Herrschaftsmittel verstanden werden sollen, die geeignet waren, sowohl den Ablauf einzelner militärischer Aktionen als auch die Organisation des Militärwesens zu beeinflussen.

Bekanntlich stellte die Artillerie im Mittelalter ein Gewerbe dar, das nicht immer als Bestandteil der Armeen angesehen wurde, sondern wie eine Zunft organisiert sein konnte.<sup>(4)</sup> Folglich kann die Frage nach den Vor- und Frühformen der artilleristischen Logistik nicht getrennt werden von dem Problem der Entstehung außer-militärischer Instanzen, die über Regel- und Kontrollfunktionen verfügten, welche auf das Militär gerichtet waren. Also hatte die Artillerie eine Zwischenstellung inne, in der Instanzen, die außerhalb des Militärs bestanden, in dieses hineinwirkten. Konkret: Die Artillerie war derjenige Bereich, in dem spezialisierte Handwerker taktisch bedeutsame Aufgaben wahrnahmen. Daher hatte ein Wandel in der Bedeutung dieser Handwerker im Krieg nicht nur Wirkungen in den Armeen, sondern auch auf diejenigen Instanzen, deren Kontrolle die Handwerker unterstanden. Derartige Instanzen sind auf Reichsgebiet wesentlich in Städten zu erwarten, und so empfiehlt es sich, die Untersuchung auf den Bereich des städtischen Militärwesens zu konzentrieren.<sup>(5)</sup>

Die Forschung des städtischen Militärwesens des Mittelalters geht überwiegend ortsgeschichtlich vor; vergleichende Studien sind hingegen selten.<sup>(6)</sup> Vergleiche sind aber notwendig, will man die eigentümlichen Verhältnisse eines bestimmten Ortes erkennen.<sup>(7)</sup> Ein solcher Vergleich soll im folgenden unter Beschränkung auf zwei Beispiele durchgeführt werden. Dazu werden Augsburg und Frankfurt (Main) herangezogen, nicht nur, weil für diese Städte die Überlieferung gut ist und deren Militärwesen bereits im 14. Jh. eine erhebliche Bedeutung erlangte, sondern auch, weil, worauf näher einzugehen sein wird, die Rahmenbedingungen ähnlich sind und Unterschiede in den Reaktionen auf ähnliche Anforderungen beobachtet werden können.

Die Frage nach den Vor- und Frühformen der artilleristischen Logistik soll in vier Aspekte untergliedert werden: 1. Welche Waffen wurden zuerst zentral beschafft? 2. Wer war für die Bestellung zuständig? 3. Wer war für die Bezahlung zuständig? 4. Wann trat der Wiederbeschaffungsfall ein?

4 Hime, Henry William Lovett, *The Origins of Artillery*, London/New York 1915; Schmidtchen, passim; Schneider, Rudolf, *Die Artillerie des Mittelalters*, Berlin 1910.

5 Für anders geartete Verhältnisse außerhalb des Reichsgebietes s. Bradbury, Jim, *The Medieval Archer*, New York 1985, S. 71 - 138; Deters, Friedrich, *Die englischen Angriffswaffen zur Zeit der Einführung der Feuerwaffen*, Heidelberg 1913; Boutaric, Edgar, *Institutions militaires de la France*, Paris 1863, S. 310 - 321; Contamine, Philippe, *Guerre, état et société à la fin du Moyen Age*, Paris/Den Haag 1972, S. 342 - 364; Fouqué, Victor, *Recherches historiques sur les corporations des archers, des arbalétriers et des arquébusiers*, Chalon-sur-Saône/Paris 1852.

6 Vgl. Edelmann, August, *Schützenwesen und Schützenfeste der deutschen Städte vom 13. bis zum 18. Jahrhundert*, München 1890; Geßler, Eduard Achilles, *Das schweizerische Geschützwesen zur Zeit der Schwabenkriege*, 3 Bde., Zürich 1927 - 1929; Reintges, Theo, *Ursprung und Wesen der spätmittelalterlichen Schützengilden*, Bonn 1963; Saur, Karl, *Die Wehrverfassung in schwäbischen Städten des Mittelalters*, phil. Diss., Freiburg 1911.

7 Vgl. Kleinschmidt, Harald, *Galtons Problem. Bemerkungen zur Theorie der transkulturell vergleichenden Geschichtsforschung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*, 1/1991, S. 5 - 22.

## 1. Waffenarten

Die für die Untersuchung ausgewerteten städtischen Rechenbücher(8) sagen übereinstimmend aus, daß die Beschaffung von Hieb Waffen nicht Angelegenheit der Stadträte war, sondern von den aufgebotenen Bürgern, besonders aber von den in Dienst gestellten Söldnern selbst zu leisten war; dasselbe scheint für Harnische gegolten zu haben.(9) Hingegen sind Fernwaffen der Hauptgegenstand der die Logistik betreffenden Einträge, einschließlich der mit den Waffen abzuschießenden Projektile, d. h. Armbrüste, Feuerwaffen, Pfeile und Steine. Sowohl in Frankfurt als auch in Augsburg gelten die ältesten einschlägigen Einträge Armbrüsten und Pfeilen. Für Augsburg wurden (unter dem 9. September 1376) 4 lb und 2 sch für 8 Armbrüste verausgabt, und im weiteren Verlauf desselben Jahres erhielt der Handwerker Haselbecker mehrere Zahlungen für 43 wiederhergestellte Armbrüste.(10) Außerdem finden sich im Zeitraum zwischen 1378 und 1389 sechs Einträge, in denen Ausgaben für eiserne Pfeilspitzen und das Schäften von Pfeilen verzeichnet wurden.(11)

Die Jahresangabe 1376 mag nicht zufällig sein, da in diesem Jahr der schwäbische Städtebund gegründet wurde, dem Augsburg 1379 beirat.(12) Der erste Eintrag dieses Jahres hat den Charakter eines Vorschusses, den Haselbecker erhielt, als man bei ihm eine nicht spezifizierte Zahl an Armbrüsten bestellte. Die weiteren Zahlungen setzen wohl Abrechnungen voraus, denn nun wurden die Zahlen der fertiggestellten Armbrüste eingetragen. Zunächst ließ man also unbrauchbar gewordene, aber noch gelagerte Waffen reparieren und beschäftigte dafür, gleichsam unter Werkvertrag, einen Handwerker. Im folgenden Jahr bezog Haselbecker am 5. April einen "lon" von 6 lb;(13) hingegen fehlen Einträge über Zahlungen für Waffen. Also entschloß sich der Stadtrat 1377, Haselbecker längerfristig zu beschäftigen und ihn regulär zu entlohnen, denn auch 1378 erhielt er wieder 6 lb.(14) Für dasselbe Jahr sind zudem Ausgaben für die Anschaffung von 30 neuen Armbrüsten verzeichnet, die Haselbecker hergestellt hatte.(15) Pfeile und Pfeilspitzen wurden vom Rat en gros beschafft. Sie mußten also wie die Armbrüste gelagert werden. Wo dies geschah und ob es dafür zuständige Personen gab, läßt sich den Quellen nicht entnehmen.

8 Ausgewertet wurden die überlieferten Teile der Frankfurter Rechenbücher, die Augsburger Baumeisterbücher sowie zu Vergleichszwecken die edierten Teile der Kölner Rechenbücher (Die Kölner Stadtrechnungen des Mittelalters, hg. v. Richard Knipping, Bonn 1897).

9 Die Rechenbücher enthalten Ausgaben für derlei Waffen nur selten. Die Frankfurter Wehrordnung von 1444 schrieb vor, daß alle Bürger und Bewohner der Stadt für ihre Harnische selbst zu sorgen hätten. Siehe Rathgen, Bernhard, Das Geschütz im Mittelalter, Berlin 1928, S. 85; siehe auch Baum, H. P., Art. Armbrustmacher, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 1, München/Zürich 1980, Sp. 970 - 971.

10 Stadtarchiv (StdA) Augsburg, Baumeisterbücher s. d. (Ad opes civitatis). - Zur Stadtgeschichte neuerdings Roeck, Bernd, Eine Stadt in Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte der Reichsstadt Augsburg zwischen Kalenderstreit und Parität, Göttingen 1989.

11 StdA Augsburg, Baumeisterbücher s. a. (Ad opes civitatis), Bl. 21.

12 Siehe Lindner, Theodor, Zur Geschichte des schwäbischen Städtebundes, in: Forschungen zur deutschen Geschichte (FDG), 19, 1879, S. 49; Vischer, W., Geschichte des schwäbischen Städtebundes 1376 - 1389, in: ebenda, 2, 1862, S. 178.

13 StdA Augsburg, Baumeisterbücher s. a. (Ad. opes civitatis).

14 Ebenda, 3. 5. 1378. - Der Betrag ist 3 lb. Zum 5. 9. 1378 wurde abermals ein Betrag von 3 lb verzeichnet.

15 Ebenda, 12. 12. 1378.

Ergänzende und in Teilen ausführlichere Angaben enthalten die Frankfurter Rechenbücher, deren einschlägige Einträge mit dem Jahr 1375 einsetzen.(16) Zwischen 1375 und 1378 wurden dem "Schützen" Wildenstein dreimal kleinere Zahlungen für die Ausbesserung von Armbrüsten(17) geleistet, außerdem dreimal ebenfalls kleinere Beträge, bei denen nicht erwähnt wurde, ob sie für Ausbesserungen entrichtet wurden; erlaubt man das argumentum e silentio, könnten diese Einträge als Hinweise auf Neuanschaffungen verstanden werden.(18) Also sind für Frankfurt zu derselben Zeit wie in Augsburg Ausgaben für Armbrüste nachgewiesen, wenngleich die in Frankfurt geleisteten Zahlungen Ausgaben für Einzelaufträge zu reflektieren scheinen, die ad hoc (Gefecht vor Kronberg 1377)(19) vergeben worden waren und nicht zu erkennen geben, daß im Dienst der Stadt jemand längerfristig mit der Herstellung oder Ausbesserung von Armbrüsten beschäftigt war. Erst in den 80er Jahren verändert sich das Bild: Vom Ankauf hergestellter Armbrüste wird berichtet;(20) 1383 schon erhielt der Armbruster Hans Isenbart einen Jahreslohn.(21) Gleichwohl hielt sich die Zahl der erwähnten Armbrüste in Grenzen: Zwischen 1388, als Frankfurt dem rheinisch-schwäbischen Städtebund beitrug, und 1393 wurden lediglich etwas mehr als 125 Armbrüste erwähnt, von denen die meisten ausgebessert worden waren.(22) Die Bearbeitung der Armbrüste oblag schon seit 1376 namentlich bekannten Personen, für die die Bezeichnung "Meister" seit 1386 belegt ist und die seit 1383 auf Dauer beschäftigt gewesen zu sein scheinen. Spätestens seit 1397 ist nachweisbar, daß die Armbruster für ihren Jahreslohn 2 Armbrüste der Stadt abzuliefern haben;(23) allerdings darf vermutet werden, daß eine solche Verpflichtung schon zuvor bestanden hatte, da der Eintrag zu 1397 so formuliert ist, als ob sie nicht gerade erst eingeführt worden war. Folglich wird man schließen dürfen, daß die beiden, seit 1386 im Dienst der Stadt tätigen Armbruster,(24) Hans Beier und Hans Isenbart, ihren Jahreslohn für die Herstellung neuer Armbrüste erhielten und die weiteren Einträge bezüglich ausgebesselter Armbrüste zusätzliche Sonderaufträge reflektieren. Die niedrige Zahl der in den Rechenbüchern nachgewiesenen Armbrüste kann also dahingehend erklärt werden, daß in der Regel nur Ausbesserungen an Waffen, die schon im Eigentum der Stadt standen, erfaßt wurden und nur in Ausnahmefällen (wie etwa der Beteiligung am rheinisch-schwäbischen Städtebund) Ausgaben für neue Armbrüste, die, offenbar zusätzlich zur regulären Produktion, erworben wurden.

- 16 Die Originale der Frankfurter Rechenbücher sind größtenteils im zweiten Weltkrieg vernichtet worden. Erhalten haben sich hingegen Abschriften von Auszügen zu militärischen Angelegenheiten. Diese Abschriften wurden von Martin Romeiß für seine vor und während des Krieges bearbeitete Dissertation angefertigt und bilden jetzt einen Teil des Nachlasses (NL) Romeiß im Stadtarchiv (StdA) Frankfurt. Auf sie stützen sich die folgenden, auf Frankfurt bezogenen Aussagen. Die Überlieferung ist also nicht ganz so schlecht, wie Moraw, Peter, Die territoriale Zersplitterung im späten Mittelalter, in: Die Geschichte Hessens, hg. v. Uwe Schultz, Stuttgart 1983, S. 70, meint.
- 17 StdA Frankfurt, NL Romeiß, 21. 6. 1376, 22. 8. 1377, 16. 1. 1378.
- 18 Nicht spezifiziert: ebenda, 8. 9. 1375, 21. 11. 1377, 9. 1. 1378.
- 19 Ebenda, 1. 8. 1377, 8. 8. 1377.
- 20 Ebenda, 28. 7. 1386.
- 21 Ebenda, 22. 8. 1383.
- 22 Die Einträge zum 4. 7. 1388, zum 18. 5. 1389, zum 25. 9. 1389 und zum 27. 12. 1393 enthalten überhaupt keine oder teilweise keine Angaben zur Anzahl der bearbeiteten Armbrüste. Zwischen 1390 und 1393 finden sich keine die Herstellung oder Ausbesserung betreffenden Angaben.
- 23 StdA Frankfurt, NL Romeiß, 14. 7. 1397.
- 24 Ebenda, 11. 7. 1386 (Hans Beier), 1. 9. 1386 (Hans Isenbart).

Also hatte die Stadt Frankfurt seit den 80er Jahren des 14. Jh. drei Bezugsquellen für Armbrüste: zum einen die Ausbesserung beschädigter Waffen durch die im Dienst der Stadt stehenden Armbruster, zum zweiten regelmäßige Neuanfertigungen kraft Dienstvertrag und zum dritten Ankauf neuer Armbrüste vom Markt bei besonderem Bedarf. Daran ändert sich bis in die dritte Dekade des 15. Jh. nichts.(25)

Wichtiger als die Herstellung und Ausbesserung von Armbrüsten scheint für die Stadt die Aufgabe gewesen zu sein, für diese Fernwaffen die geeigneten Projektile zu beschaffen und einsatzbereit zu machen; denn schon die ältesten überhaupt nachweisbaren Einträge in Frankfurter Rechenbüchern militärischen Inhalts enthalten Hinweise auf Pfeile.(26) Im Jahr 1348 waren zwei Pfeilsticker, Wileburger und Gerhart tätig, die offenbar im voraus für versprochene Lieferungen einer verabredeten Menge geschäfteter Pfeile bezahlt wurden. Gleichwohl ist eine regelmäßige Entlohnung zunächst nicht nachweisbar, sie findet sich zuerst in einem Eintrag zum 8. März 1382, in dem ein "Contze Pilsticker von Lymburg" erwähnt wird, der ein Achtel Korn (im Wert von 12 sch) dafür bekommt, daß er der Stadt übers Jahr bei Bedarf drei Schock Pfeile steckt.(27) Eine weitere Zahlung für Contze wurde unter dem 13. Dezember 1383 verbucht, nunmehr 14 sch.(28) Zu den folgenden Jahren bis 1393 finden sich weitere Einträge für denselben Betreff, jeweils 15 sch und ein Achtel Korn.(29)

Ein langfristiges Dienstverhältnis mit der Verpflichtung zur Ablieferung festgelegter Mengen an Waffen und Projektilen bestand demnach sowohl für Armbruster als auch für Pfeilsticker in Frankfurt erst in den frühen 80er Jahren des 14. Jh., als die Stadt bestrebt gewesen zu sein scheint, vorbeugend Armbrüste einsatzfähig zu halten, um für Kampfhandlungen gerüstet zu sein.

Insgesamt mutet das Engagement des Rates in Frankfurt und Augsburg für die Beschaffung von Armbrüsten eher zurückhaltend an,(30) woraus die Vermutung abgeleitet werden kann, daß im 14. Jh. die Stadt nur für einen Teil der zum Einsatz für städtische Truppen vorgesehenen Armbrüste verantwortlich war, was sich auch aus den wiederkehrenden Hinweisen Frankfurter Rechenbücher erkennen läßt, daß die Armbrüste, für deren Wiederherstellung Rechnungen beglichen wurden, im Eigentum der Stadt gestanden hätten. Folglich müssen die im Dienst der Stadt tätigen Armbruster auch Aufträge anderer ausgeführt haben.(31) Also wird man schließen dürfen, daß ein wesentlicher Teil der Armbrüste der städtischen Aufgebote von der Mannschaft oder von Söldnern selbst besorgt wurde.(32) Hingegen scheinen die Städte schon seit der Mitte des Jahrhunderts für die Beschaffung von Projektilen verantwortlich gewesen zu sein, da die Rechenbücher häufig Ausgaben für größere Mengen neu gesteckter Pfeile nachweisen. Seit den späten 70er Jahren gingen Städte, erst Augsburg, dann Frankfurt, dazu über, Waffen und Projektile für den Einsatz

25 Vgl. ebenda, 19. 9. 1422.

26 Ebenda, 3. 5. 1348, 26. 7. 1348, 23. 8. 1348, 29. 11. 1348, 20. 1. 1349.

27 Ebenda, s. a.

28 Ebenda, s. a.

29 Ebenda, 16. 6. 1386, 19. 9. 1388, 18. 9. 1389, 23. 12. 1391, 8. 6. 1392, 31. 5. 1393 u. o.

30 Vgl. dazu die von Benninghoven, Friedrich, Die Burgen als Grundpfeiler des spätmittelalterlichen Wehrwesens im preußisch-livländischen Deutschordensstaat, in: Vorträge und Forschungen, hg. v. Konstanzer Arbeitskreis für Mittelalterliche Geschichte, 19, 1976, S. 593 - 599, für den Orden errechneten Zahlen.

31 StdA Frankfurt, NL Romeiß, 6. 7. 1386, 4. 7. 1388, 4. 7. 1394, 8. 10. 1396.

32 Dafür spricht auch die hohe Zahl der andernorts geworbenen Armbrustschützen. Siehe Bujack, Georg, Zur Bewaffnung und Kriegsführung des Deutschen Ordens in Preußen, Königsberg 1888; Rathgen, S. 13.

bereitzuhalten und Armbruster längerfristig zu beschäftigen. Im Fall Augsburgs besteht ein zeitlicher Zusammenhang zwischen solchen Organisationsmaßnahmen und der Gründung des schwäbischen Städtebundes.

Mit dem anderen bedeutsamen Typ von Fernwaffen, den Feuerwaffen, hingegen waren die Stadträte öfter befaßt. Feuerwaffen verbreiteten sich im deutschen Sprachraum zögernd seit der Mitte des 14. Jh.(33) In Frankfurt sind schon in den ältesten nachgewiesenen Rechenbüchern Hinweise auf den Gebrauch der Feuerzündung als Waffe enthalten, die den Schluß erlauben, daß diese Kampftechnik nicht erst kürzlich eingeführt worden war.(34) So sind für das Jahr 1348 (in der heutigen Überlieferung der Rechenbücher ohne Tagesdatum) Ausgaben für Feuerpfeile verzeichnet, 1349 werden für Feuerrohre Pulver, Kupfer, Zinn und wiederum Feuerpfeile angeschafft, 1350 noch einmal Feuerpfeile.(35) Also dienten die um die Jahrhundertmitte verwendeten Feuerrohre zum Abschluß von Pfeilen; Steine wurden zu dieser Zeit offenbar noch nicht eingesetzt. Wie bei den Armbrüsten betraf die Mehrzahl der erhaltenen Einträge das Material für Projektile und das zur Herstellung der Waffen selbst erforderliche Material. Hingegen sind Kosten für die Waffen selbst zunächst nicht nachweisbar; es hat den Anschein, als seien sie bereits vorhanden gewesen, als die Einträge in die Rechenbücher erfolgten. Gewissermaßen im Werkvertrag werden drei Personen mit der Herstellung der Büchsenpfeile beschäftigt, "Wileburger", "Kipspan" und "Kipspan son".(36)

Gegen Ende der 70er Jahre ging man zum Bau größerer Feuerwaffen über, mit denen Steine geschossen werden konnten. Die für die Herstellung dieser Waffen notwendigen Organisationsmaßnahmen traf der Stadtrat.(37) Er sandte nach einem "Walen" aus, der im Ruf stand, Büchsen größeren Kalibers fertigen zu können(38), und 1377 ein Handgeld erhielt(39), um die neue Büchse zu schmieden. Im Sommer des Jahres war er mit der Arbeit fertig, wofür dem Stadtrat Gesamtkosten von 53 Gulden entstanden.(40) Zum Anschießen wurde die Büchse vor die Stadt nach Sachsenhausen gebracht, wo sie aber zerbrach. Der Büchsenmeister, Walter von Arle, wahrscheinlich Trierer Bürger, wurde dafür verantwortlich gemacht, vorübergehend ins Gefängnis geworfen und nach seiner Freilassung gezwungen, Urfehde zu schwören.(41)

33 Rathgen stellte die Belege in einer durch seine Fragestellung bedingten Auswahl zusammen. Vgl. außerdem: Gelcich, Josef, Die Erzgießer der Republik Ragusa, Wien 1891; Hime, Henry William Lovett, Cannon at Crecy, in: Proceedings of the Royal Artillery Institution of Woolwich, 26, 1865 - 1866.

34 Rathgen, S. 7.

35 StdA Frankfurt, NL Romeiß, s. a.; vgl. Rathgen, S. 5, 18 - 20. - Die Bezeichnung "furpiele" ist doppeldeutig, kann sowohl Feuerpfeile, die von Armbrüsten verschossen wurden, als auch Pfeile für Feuerwaffen bezeichnen. Siehe die Einträge im NL Romeiß zum 20. 6. 1349, 8. 5. 1350, 25. 6. 1377. Vgl. Rathgen, S. 5, Nr. 1,11 u. S. 400 - 402.

36 Ebenda.

37 Die Überlieferung der Einträge in bezug auf die Feuerwaffen dieser Jahre ist bei Romeiß lückenhaft, kann aber durch die Angaben bei Rathgen, S. 20 f., ergänzt werden.

38 18. 4. 1377.

39 9. 5. 1377.

40 18. 7. 1377.

41 Vgl. Rathgen, S. 20.

Die Stadt, die sich in diesem Jahr im Krieg mit den Herren von Kronberg befand(42), gab jedoch nicht auf, sondern bestellte einen anderen Büchsenmeister, offenbar wieder aus dem burgundisch-lothringischen Raum. Es handelte sich um Falke von Metz(43), der beauftragt wurde, zunächst eine Büchse herzustellen. Nun aber war der Rat vorsichtiger geworden und überließ dem Büchsenmeister das gesamte Risiko; denn Falke von Metz wurde erst entlohnt, nachdem das Einschießen der Büchse am 3. Oktober 1377 gelungen war; am 17. Oktober erhielt er 120 fl.(44) Danach indessen war der Rat offenbar so zufrieden, daß er gleich zwei weitere Büchsen bei Falke von Metz bestellte, für die diesem 150 fl am 26. Dezember 1377 ausbezahlt wurden.(45) Im folgenden Jahr wurden die Büchsen eingesetzt, was sich an Ausgaben für Pulver erkennen läßt.(46) Für die Herstellung von Pulver war Hans Crafft zuständig, der 1376 und 1377 Feuerpeile geliefert hatte.(47) Auch wurden nochmals 40 fl dafür bezahlt, eine weitere Büchse zu "giessen".(48) Danach verlieren sich die Spuren des Büchsenmeisters Falke von Metz aus den Frankfurter Rechenbüchern; ein regelmäßig entlohnter Büchsenmeister ist erst seit 1381 nachweisbar.(49) Auffällig ist, daß der Rat gegenüber Falke von Metz pauschal nach Lieferung und Anschießen der Büchsen abrechnete, also keine Ausgaben nachweisbar sind für Materialien, die zur Fertigung der Waffen erforderlich waren. Falke von Metz hatte also nicht nur das Risiko, sondern auch seine Unkosten zu tragen, was die Höhe der an ihn gezahlten Beträge erklärt.

Gleichwohl scheint der militärische Erfolg der Feuerwaffen (sowohl der gegossenen Kupferbüchsen als auch der geschmiedeten Eisenbüchsen) hinter den Erwartungen der Stadt zurückgeblieben zu sein. Jedenfalls konnten diese Waffen die empfindliche Niederlage nicht verhindern, die das Aufgebot der Stadt am 14. Mai 1389 vor Kronberg erlitt. Die Stadt wurde gezwungen, Lösegeld in Höhe von 100 000 Pfund zu zahlen, wodurch ihr in den folgenden vier Jahren enge Grenzen auch für militärische Unternehmungen gesetzt waren.(50) Zwar versuchte man sich 1391 mit dem Guß kleinerer eiserner Büchsen(51), aber auch diese scheinen keine volle Zufriedenheit erbracht zu haben. Erst 1394 entschloß man sich, aus Nürnberg Büchsenmeister zu holen und sie ein Bronzegeschütz gießen zu lassen. Dafür zahlte man

42 25. 7. 1377, 28. 7. 1377.

43 Der Name ist einem Dienstbrief zu entnehmen, den Rathgen, S. 20, abdruckt.

44 Ebenda, S. 21.

45 Ebenda.

46 StdA Frankfurt, NL Romeiß, 30. 1. 1378, 3 Zahlungen für Pulverherstellung; 12. 12. 1377, für das Behauen von Büchsensteinen.

47 Ebenda, 29. 11. 1376, 2. 5. 1377, 25. 6. 1377.

48 Ebenda, 10. 4. 1378.

49 Rathgen, S. 21 Anm. 1.

50 Siehe Die Gesetze der Stadt Frankfurt am Main im Mittelalter, hg. v. Armin Wolf, Frankfurt 1969, S. 19; vgl. Eckert, Fritz, Geschichte der Stadt Cronberg im Taunus, Langen 1930, S. 17 - 22; Kirchner, Anton, Geschichte der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt 1807, S. 294 ff.; Kriegk, Georg Ludwig, Geschichte von Frankfurt am Main in ausgewählten Darstellungen, Frankfurt 1871, S. 144 ff.; Ompfeda, Ludwig Frhr. v., Die von Kronberg und ihr Herrensitz, Frankfurt 1899, S. 126 - 139; Orth, Elsbet, Die Fehde in der Reichsstadt Frankfurt am Main, Wiesbaden 1973; Römer-Büchner, Benedict Jacob, Beiträge zur Geschichte der Stadt Frankfurt am Main und ihres Gebietes, Frankfurt 1853; derselbe, Niederlage der Bürger von Frankfurt vor Cronberg 1389, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, N. F., 1/1860, S. 132 - 160; Speyer, Otto, Die Schlacht bei Cronberg am 14. Mai 1389, Frankfurt 1882.

51 Rathgen, S. 27.

den beschäftigten Büchsenmeistern insgesamt 725 fl, 268 lb, 11 sch und 5 h.(52) Damit allerdings gelang dann der Durchbruch. Im Juli 1399 ließ die Stadt ihr großes Geschütz auf den Berg unterhalb der Burg Tannenbergr im Odenwald hinaufschaffen, um den jetzt mit ihr verbündeten Pfalzgrafen bei Rhein gegen die Herren von Kronberg zu unterstützen. Der Beschuß der Burg führte zur vollständigen Zerstörung der Anlage, obwohl man Schwierigkeiten in der Beschaffung geeigneter Steine zu überwinden hatte.(53) Durch diesen Erfolg hatte sich Frankfurt gegen die Herren von Kronberg durchgesetzt.

Also nahm der Frankfurter Stadtrat im Zeitraum zwischen 1377 und 1399 lebhaften Anteil an der Beschaffung oder Herstellung weitschießender Feuerwaffen, besonders großer Geschütze. Dies geschah, obwohl anfängliche Schwierigkeiten im Umgang mit offenbar neuen Techniken zu überwinden waren. Die Reaktion auf diese Schwierigkeiten bestand jedoch nicht in vorzeitigem Aufgeben, sondern in der Verfeinerung der Technik und der Bereitstellung größerer Beträge für die Herstellung größerer Geschütze.

In Augsburg hingegen ging man einen anderen Weg und fing gleich mit großen Geschützen an. Dort sind Ankäufe kleinerer Feuerwaffen(54), darunter Pfeil- wie auch Kugelbüchsen(55), seit Anfang der 70er Jahre des 14. Jh. belegt, und noch 1377 wurde eine größere Feuerwaffe gekauft.(56) In die Zeit der Begründung des schwäbischen Städtebundes fällt dann jedoch eine Zunahme der Anstrengung des Stadtrates, große Geschütze in Augsburg selbst herzustellen. Im Jahr 1378 holte man Walter von Arle, der vor seinem Frankfurter Mißgeschick vorübergehend in Köln tätig gewesen war(57), in die Stadt und zahlte ihm am 16. Mai 1378 seinen "lon"

52 StdA Frankfurt, NL Romeiß, s. a.; vgl. Rathgen, S. 33.

53 Ebenda, S. 42 - 45; s. auch Hefner, Jakob Heinrich/Wolf, J. W., Die Burg Tannenbergr und ihre Ausgrabungen, Frankfurt 1850 (vgl. unten Anm. 68).

54 Rathgen, S. 203.

55 Kugelbüchsen müssen dem Schreiber der Baumeisterbücher als Neuheit erschienen sein, da er zum Jahr 1372 spezifiziert: "28 kugelun da man uz den buchsen schueszt"; dagegen tragen Einträge zu Pfeilbüchsen kaum derartige erklärende Zusätze, wenn sie in den Rechenbüchern erwähnt werden. Rathgen, S. 206, schließt daraus, Büchsen seien generell dem Schreiber erst sehr wenig bekannt gewesen. Diese allgemeine Auslegung scheint jedoch durch den Wortlaut nicht gedeckt, und so entfällt der Beleg für Rathgens Behauptung, Büchsen seien überhaupt erst zu dieser Zeit in Augsburg eingeführt worden.

56 StdA Augsburg, Baumeisterbücher (Generalia), 5. 4. 1377; genannt wird ein Meister Ulrich von Aystetten. Rathgen, S. 208, nennt ihn "Ulrich von Eichstätt" und knüpft an diese Namensschöpfung weitgreifende Überlegungen über die Bedeutung Eichstatts im Büchsenhandel des 14. Jh. Diese Überlegungen sind gegenstandslos, da es sich bei dem Ortsnamen um Aystetten bei Augsburg handelt (vgl. Zorn, Wolfgang, Augsburg. Geschichte einer deutschen Stadt, Augsburg 1972, S. 135 - 138).

57 Rathgen, S. 211, 216 - 221, legte überzeugend dar, daß es sich um Walter von Arle handelt, der, von Frankfurt kommend, über Augsburg nach Passau gereist sein dürfte, wo er 1379 faßbar ist. Daß Büchsenmeister in den Jahren um 1377 und auch später von Ort zu Ort zogen, um ihre Fertigkeiten anzubieten, war nichts Ungewöhnliches (s. Rathgen, S. 199; derselbe, Der deutsche Büchsenmeister Merckln Gast, der erste urkundlich erwähnte Eisengießer, in: Stahl und Eisen, 40, 1920, S. 148 - 151).

in Höhe von 160 fl; dazu bestritt die Stadt die Kosten für Sachaufwendungen (Eisen, Kohle, Holz usw.).(58) Nach der Fertigstellung des Geschützes schloß man sich dem schwäbischen Städtebund 1379 an.

Die Beschäftigung des Augsburger Stadtrates mit der Herstellung großer Geschütze entbehrte also in der Zeit zwischen 1377 und 1379 nicht einer gewissen Planmäßigkeit: Man erkannte die Notwendigkeit der Ausrüstung des städtischen Aufgebots mit großen Geschützen, versuchte anfänglich, diese auf dem "Markt" anzukaufen, ging aber schnell dazu über, sie unter eigener Aufsicht anfertigen zu lassen, und beschäftigte dafür einen der reisenden Büchsenmeister der Zeit. Dieser fertigte mindestens ein großes Geschütz(59), welches für offensichtlich geplante kriegerische Unternehmungen bereitgehalten(60) und in einem als "manghus" bezeichneten Zeughaus untergestellt wurde(61).

Wie in Frankfurt hatte also auch in Augsburg das Bemühen des Stadtrates das Ziel, die städtischen Aufgebote mit großen Geschützen auszurüsten, die gegen den land-sässigen Adel eingesetzt werden sollten. Während man in Frankfurt jedoch anfänglich zögerte und die Herstellung größerer Geschütze erst nach einer empfindlichen Niederlage betrieb, begann man in Augsburg sofort mit großen Geschützen. In beiden Fällen jedoch ergriffen die Stadträte die Initiative und formulierten Planziele, aus denen spezifizierete Aufträge abgeleitet wurden. Folglich gewannen in beiden Fällen die Stadträte eine Regel- und Kontrollfunktion über die Artillerie, die als taktisches Mittel benutzt wurden, um eine strategische Überlegenheit über den land-sässigen Adel zu erreichen. In beiden Fällen schließlich brachten die Städte ihre Finanzkraft gegen den Adel ins Spiel.

Mit der Zunahme der strategischen Bedeutung der Artillerie ging folglich eine Zunahme der Regel- und Kontrollkompetenz der Stadträte in militärischen Angelegenheiten einher. Daß dies keineswegs selbstverständlich war, erhellt aus dem Umstand, daß der Kompetenzzuwachs an neue Technologien gebunden war; denn er vollzog sich nicht für alle Waffenarten gleichmäßig. Während der Einfluß der Stadträte auf Einsatz und Wiederbeschaffung von Armbrüsten relativ gering gewesen zu sein scheint und auch in bezug auf die kleinen Feuerwaffen nicht viel ausgeprägter war, stieg er mit der Größe der Feuerwaffen, die als militärisch notwendig erachtet wurden. Je größer die Geschütze wurden, desto mehr wuchs der Bedarf an Finanzmitteln und demzufolge der Einfluß der Stadträte, die darüber zu befinden hatten. Die Zunahme der Regel- und Kontrollfunktionen der Stadträte in militärischen Angelegenheiten ging also einher mit der Entwicklung großer Geschütze.(62)

58 StdA Augsburg, Baumeisterbücher, Bl. 290 v (zum Jahr 1378). - Die außergewöhnliche Form dieses Eintrags belegt, daß die Herstellung dieser Büchsen als ungewöhnliche, wenn nicht sogar erstmalige Leistung verstanden wurde. Eine Parallele findet sich im Marienburger Tresslerbuch zum Jahr 1408 (s. Das Marienburger Tresslerbuch der Jahre 1399 - 1409, hg. v. E. Joachim, Königsberg 1896). Vgl. Engel, Bernhard, Nachrichten über Waffen aus dem Tresslerbuche des Deutschen Ordens 1399 - 1409, in Zeitschrift für historische Waffen- und Kostümkunde, 1/1905, S. 230 - 232; Rathgen, Geschütz ..., S. 403.

59 Die Rechnungen geben hierzu keine eindeutige Auskunft.

60 Siehe oben Anm. 12.

61 Rathgen, Geschütz ..., S. 210. Mhd. "mange" = Wurfmaschine. In Frankfurt ist in dieser Zeit ein "blidenhus" belegt (StdA Frankfurt, NL Romeiß, 6. 7. 1392).

62 Parallelen dazu finden sich in der Schweiz (vgl. Geßler, Eduard Achilles, Basler Wehr- und Waffenwesen im 16. Jahrhundert, Basel 1938; derselbe, Entwicklung des Geschützwesens in der Schweiz, in: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft Zürich, 28, 1928 - 1929, S. 186 - 188).

Neben die Befugnisse der Stadträte in der Beschaffung von Waffen und der Bereithaltung für den Einsatz im Krieg traten Aufgaben in der Waffenpflege, also dem Einschließen neu gefertigter und der Wartung vorhandener Waffen. Vergleichsweise selten sind Ausgaben für das Anschließen von Armbrüsten nachgewiesen(63), häufiger jedoch für Feuerwaffen(64). Regelmäßige Zahlungen dafür sind jedoch nicht nachweisbar. Im 15. Jh. sind Ausgaben für das Warten großer Geschütze feststellbar. So wurden in Frankfurt in die Gesamtabrechnung über Ausgaben für den Wetterauer Räuberkrieg (1404) 35 lb, 2 gr für Zahlungen an den Zimmermann Jeckel Mengroß und dessen Gehilfen einbezogen, die die Befestigung und die Geschütze gewartet hatten.(65) Ausgaben für denselben Zweck wurden in der Folgezeit des öfteren notiert.(66) Die Aufsichts- und Kontrollfunktion der Stadträte erstreckte sich also im 14. Jh. in der Regel noch nicht auf die Wartung von Fernwaffen; erst der Einsatz großer Geschütze erforderte im frühen 15. Jh. unregelmäßige Zahlungen für die Wartung.

Die großen Geschütze brachten ein weiteres Problem mit sich, das in der Bereitstellung von Projektilen mit passendem Kaliber bestand. So legen die frühesten Belege für Büchsensteine nahe, daß ihnen eine erhebliche Bedeutung beigemessen wurde, denn man transportierte diejenigen Steine, die im Krieg nicht verwendet worden waren, in das Zeughaus zurück und bewahrte sie dort auf. Zuständig für die dazu erforderlichen Maßnahmen waren die Stadträte, was sich aus den Frankfurter Rechnungen ergibt.(67) Es kommt hinzu, daß, da die Rohre der Feuerwaffen nicht normiert waren, Projektile jeweils für eine bestimmte Waffe bereitgehalten werden mußten. Das war solange kein Problem, wie an einem Ort jeweils Steine für ein bestimmtes Geschütz behauen werden konnten. Je öfter man jedoch diese Feuerwaffen einsetzte, zumal bei Belagerungen außerhalb der Stadt, desto größer wurde der Bedarf an Steinen, die dann nicht mehr aus Vorräten oder der laufenden Produktion geliefert werden konnten, sondern durch Zukäufe vom "Markt" oder durch Zulieferungen von Verbündeten beschafft werden mußten. In den beiden letztgenannten Fällen mußten Steine mit zu großem Kaliber behauen werden, während zu kleine Steine nutzlos waren. Schwierigkeiten stellten sich für Frankfurt während der Belagerung der Burg Tannenberg ein, als Steine, die man aus Mainz für das Geschütz hatte heranführen lassen, zu großes Kaliber hatten. Man mußte also die Belagerung unterbrechen und Steinmetze beschäftigen, um die Steine zu behauen; ein Steinmetz arbeitete sieben Tage lang, zwei weitere waren kurzzeitig tätig.(68) Obschon diese Verzögerung am Ausgang der Kampfhandlungen nichts änderte, muß der Stadtrat im nachhinein seine Anstrengungen zur Bereitstellung von Steinen mit passendem Kaliber verstärkt haben; denn zwei Rechnungen belegen, daß man nicht benötigte und wieder aufgefundene Steine in das Frankfurter Zeughaus zurückfuhr.(69)

63 StDA Augsburg, Baumeisterbücher (Ad opes civitatis) zum 5. 12. 1378. - Nicht die Tätigkeit als solche wurde von der Stadt entlohnt, sondern sie bezahlte die Kosten für Getränke. Es hat also den Anschein, als sei das Anschließen der Armbrüste Sache der Armbruster gewesen.

64 StDA Frankfurt, NL Romeiß, zum 3. 10. 1377, 17. 10. 1377, 31. 7. 1388, 1394 (nach Fertigstellung des großen Geschützes), 31. 5. 1397, 3. 6. 1403; vgl. Rathgen, Geschütz ..., S. 19, Nr. 9, 12, S. 21, 208.

65 StDA Frankfurt, NL Romeiß, s. a.

66 Ebenda, 1. 5. 1421, 5. 6. 1423.

67 Ebenda, 6. 7. 1392.

68 Hefner, Tannenberg ..., Urkundenbuch Nr. XXX, S. 57; vgl. Rathgen, Geschütz ..., S. 47.

69 StDA Frankfurt, NL Romeiß, zum 6. 7. 1392, 15. 1. 1401, 12. 2. 1401.

## 2. Bestellpraxis

Die Stadträte traten also, wenn sie logistisch tätig wurden, als direkte Besteller auf, was sich auch aus den Dienstbriefen in Frankfurt und Augsburg für dort arbeitende Büchsenmeister, gelegentlichen Formulierungen des Rechnungstextes(70) sowie schließlich aus der Art der Rechnungslegung ergibt, wenn, wie in Augsburg 1378, Sachausgaben einzeln verzeichnet wurden. Die Bedeutung der logistischen Initiativen der Stadträte nahm mit der Beschaffung großer Geschütze in den 80er und 90er Jahren des 14. Jh. stark zu.(71)

Gerade in den 90er Jahren wird aber zumindest in Frankfurt eine Änderung der Bestellpraxis deutlich. Sie geht freilich nicht aus einem direkten Zeugnis hervor, sondern trat beiläufig, in anderem Zusammenhang, ans Licht; deswegen ist schwer auszumachen, wann sie eintrat. Im Jahr 1398 trennte sich der Armbruster Hans Beier, der seit 1386 in den Diensten der Stadt nachweisbar ist,(72) nach beigelegtem Streit vom Rat. Beier hatte offenbar Forderungen gestellt, die wohl vom Rat zunächst nicht erfüllt worden waren. Jedenfalls erhielt er nach einem Eintrag vom 14. Juli 1398 eine Zahlung für Armbrüste und dazu notwendiges Zeug, wie es mit dem Rat verabredet gewesen war, außerdem Trinkgeld für seine Gehilfen sowie schließlich einen Pauschalbetrag als Abfindung für die zuvor gestellten Ansprüche auf Sachmittel.(73) Nach Vermittlung durch "die schutzenmeister u andere des rats frunde" schied Beier im Frieden aus Frankfurt, nachdem er seine beiden besten Armbrüste der Stadt übergeben hatte.(74)

Zunächst ist bemerkenswert, daß der Armbruster von sich aus Forderungen stellen konnte, die letztendlich, wenn auch nach einigem Zögern, vom Rat als begründet anerkannt wurden. Wesentlicher aber ist, daß spätestens 1398 eine Personengruppe in Aktion trat, die zwischen dem Rat und dem Armbruster vermittelte und speziell für das Schießwesen zuständig gewesen sein muß: Die Schützenmeister verhandelten im Auftrag des Rates mit dem Armbruster über dessen Entlohnung bzw. Bezahlung. Diese Verhandlungen bildeten die Rechtsgrundlage, auf der die späteren Zahlungen vorgenommen wurden. Das aber bedeutet, daß der Rat einen Teil seiner zuvor erworbenen Kompetenz im Beschaffungswesen an die Schützenmeister abgetreten hatte, gerade in den Bereichen, die gleich nach der Mitte des Jahrhunderts zu den vornehmlichen die Logistik betreffenden Aufgaben des Rates gehört hatten, also die Ausbesserung der Armbrüste. Diese Kompetenzdelegation scheint im 15. Jh. in Frankfurt üblich geworden zu sein, denn es finden sich wiederholt ähnlich lautende Rechnungseinträge.(75) Also war um 1400 die Bedeutung der Armbrüste gegenüber den Feuerwaffen im städtischen Bereich so weit gesunken, daß die Räte auf ihre auf andere Fernwaffen bezogenen, unmittelbaren Regel- und Kontrollfunktionen verzichteten.(76)

70 StdA Augsburg, Baumeisterbücher (Generalia) zum 5. 4. 1377; vgl. Rathgen, Geschütz ..., S. 206 (z. B. "auf des ratz heiss").

71 Vgl. Rathgen, Geschütz ..., S. 233 ff. (mit Parallelen aus Nürnberg).

72 StdA Frankfurt, NL Romeiß, zum 7. 7. 1386 (erstmal erwähnt).

73 Ebenda, s. a.

74 Ebenda. - Am 21. 5. 1398 erhielt Beier eine Nachzahlung für zuvor geleistete Dienste.

75 Ebenda, zum 16. 1. 1422, 26. 10. 1423, 11. 10. 1449, 22. 8. 1462, 6. 6. 1392, 12. 4. 1393. - Rathgen, Geschütz ..., S. 16, will diesen Wandel schon "um 1375" ansetzen.

76 Vgl. Die Kölner Stadtrechnungen ..., Bd. 2, passim, wo für die Beschaffung von Büchsen die Ausgaben häufig spezifiziert waren, wohingegen die Armbruster pauschal entlohnt wurden.

### 3. Bezahlung

In Augsburg ist seit 1376 der Armbruster Haselbecker nachgewiesen, der allerdings zunächst nur Zahlungen für die Ausführung spezifizierter Aufträge bezog.(77) Ab 1377 bekam er allerdings einen Jahreslohn(78) und zusätzlich spezifizierte Zahlungen(79) für sich und die "sinen". Darunter müssen Gehilfen verstanden werden, da Haselbecker für sie einmal eine Zahlung für Wein und Brot erhielt, als sie Armbrüste zurüsteten.(80) Haselbecker trat also dem Rat gegenüber als selbständiger Handwerker auf.

In Frankfurt sind Zahlungen für Jahreslöhne erst später bezeugt. Zwar wurden bereits spätestens seit 1348 die Pfeilsticker Gerhart und Wileburger über längere Zeit beschäftigt, die Zahlungen für sie waren jedoch spezifiziert, "pyle zu stickene", trugen also nicht den Charakter regelmäßiger Lohnzahlungen.(81) Erst 1383 wurde dem Armbruster Hans Isenbart eine unspezifizierte Zahlung geleistet, die er am 22. August erhielt und die als "halber Jahrlohn" ausgewiesen war.(82) Ab 1386 wurden diese Jahreslohnzahlungen regelmäßiger, deren Empfänger Pfeilsticker und Armbruster, aber auch Büchsenmeister waren. Für Pfeilsticker sind sie nachgewiesen bis 1400 (mit Ausnahme der Jahre 1394 und 1397), für den Armbruster Hans Beier in den Jahren 1386 bis 1396,(83) für den Armbruster Hans Isenbart zwischen 1386 und 1389.(84) Hingegen erhielt der Büchsenmeister Becker Zahlungen über Jahreslohn regelmäßig nur zwischen 1393 und 1395, dann nochmals 1397 (zusammen mit seinem Sohn) und schließlich 1400.(85) Außerdem sind auch in Frankfurt zusätzlich Zahlungen an die jeweils Begünstigten für besondere Sachleistungen nachgewiesen.(86) Demzufolge war der Werkvertragscharakter der Beschäftigung bei den Pfeilstickern am wenigsten und bei den Büchsenmeistern am stärksten ausgeprägt, während die Armbruster eine Zwischenstellung innehatten. Also war, was die Feuerwaffen angeht, die Kompetenz des Stadtrates groß, bezogen auf die Formulierung von Planungsvorgaben, die Bestellung der Waffen sowie die Finanzierung ihrer Herstellung, während die Herstellung selbst wie auch schließlich der Einsatz den spezialisierten Büchsenmeistern überlassen blieb; hingegen war, wie sich aus vorigem Abschnitt ergab, die Aufsicht des Rates über die Beschaffung und Bereitstellung von Projektilen auch für die Feuerwaffen strenger.

77 StdA Augsburg, Baumeisterbücher (Ad opes civitatis) zum 21. 7. 1376.

78 Ebenda, s. a., zum 15. 4. 1377, 3. 5. 1378, 22. 8. 1378, 8. 6. 1378.

79 Ebenda, zum 12. 12. 1378, 16. 3. 1388.

80 Ebenda, zum 16. 3. 1388.

81 StdA Frankfurt, NL Romeiß, zum 26. 7. 1348, 23. 8. 1348, 29. 11. 1348, 16. 1. 1349, 21. 2. 1349, 28. 2. 1349.

82 Ebenda, s. a.

83 Es wird zu 1394 ausdrücklich vermerkt, daß Beier zuvor über Jahre keinen Lohn erhalten hatte.

84 Isenbart muß vor dem 18. 4. 1389 verstorben sein, da unter diesem Datum seine Witwe eine Nachzahlung für zuvor erbrachte Dienste erhielt.

85 StdA Frankfurt, NL Romeiß, zum 27. 9. 1393, 19. 12. 1394, 5. 6. 1395, 23. 6. 1397, 18. 12. 1400; 24. 3. 1397 (Beckers Sohn).

86 Ebenda, zum 4. 7. 1388; vgl. Redlich, Fritz, The German Military Enterpriser and His Work Force, Wiesbaden 1964, der allerdings frühneuzeitliche Fälle behandelt.

#### 4. Beschaffungsfälle

Bereits für das 14. Jh. können die städtischen Maßnahmen zur Beschaffung von Waffen nach dem Verhältnis differenziert werden, in dem sie zu militärischen Aktionen standen. So kann man Beschaffungen als Vorsorgemaßnahmen gegenüber befürchteten Angriffen oder für geplante Offensivaktionen, als Reaktionen auf eine erlittene Niederlage oder als Regelvorgang im Zusammenhang mit längerfristigen militärischen Auseinandersetzungen erkennen. Dabei ergab sich jeweils eine andere Gewichtung der Waffenarten.

##### a) Regelmäßige Beschaffungsmaßnahmen

Frankfurt sah sich seit den 60er Jahren des 14. Jh. wiederholten Angriffen seitens der Herren von Kronberg ausgesetzt und unterhielt festbesoldete Truppen, die die Kaufleute in einem Umkreis von ungefähr 30 km geleiteten, um deren Sicherheit zu gewährleisten. Diese Truppen bestanden aus angeworbenen Söldnern, die für ihre Waffen selbst sorgten.(87) Die Stadt führte jedoch auch eigene Unternehmungen gegen die Kronberger durch, deren Erfolg jedoch, wie gesagt, vor 1399 begrenzt war. Die für diese Unternehmungen nachgewiesenen Beschaffungsfälle bezogen sich überwiegend auf Armbrüste und Pfeile.(88) Die Kosten für diese Beschaffungsmaßnahmen waren weit geringer als die zeitgleichen Ausgaben für die in Dienst gestellten Söldner.(89)

Im 15. Jh. hatte sich das Verhältnis infolge der Beschaffung und des Einsatzes des großen Geschützes umgekehrt. Nach dem sog. Wetterauer Räuberkrieg von 1404 wiesen die Rechnungen allein für das Warten der Feuerwaffen einen Betrag von 35 lb, 2 gr nach(90), ungefähr 5 % der Gesamtkosten für den Krieg in Höhe von 676 lb 18 sch(91). Krieg war also durch die Einführung der Feuerwaffen teurer geworden, weshalb die Finanzkraft der Städte strategische Bedeutung erhielt. Denn der landsässige Adel war diesen Kostensteigerungen nicht gewachsen und geriet waffentechnisch ins Hintertreffen. Erst danach wurden die Fehden zwischen den Städten und dem Adel zugunsten der Städte entschieden.

##### b) Reaktionen auf Niederlagen

Geht man davon aus, daß Frankfurt infolge der Niederlage vor Kronberg von 1389 bis in das Jahr 1393 kaum finanziellen Handlungsspielraum hatte, so stellt die Herstellung des großen Geschützes von 1394 die erste finanziell bedeutsame logistische Reaktion auf die Niederlage dar; denn zuvor hatte man lediglich die konventionellen Waffen teils repariert, teils ersetzt oder mit neuen Techniken (wie dem Eisenguß) erfolglos experimentiert.(92) Bemerkenswert ist, daß die Niederlage weder dazu führte, daß die Stadt mit konventionellen Waffen aufrüstete, noch dazu beitrug, die im Dienst der Stadt stehenden Söldnerkontingente zu vergrößern. Im Gegenteil: Die logistischen Maßnahmen waren darauf konzentriert, neue Waffenarten zum Einsatz zu

87 StdA Frankfurt, NL Romeiß, 1365 - 1394 (viele Einträge); vgl. Orth, S. 116 - 119.

88 Ebenda, zum 25. 6. 1377, 28. 7. 1377, 1. 8. 1377, 22. 8. 1377, 24. 10. 1377, 12. 12. 1377, 26. 12. 1377, 9. 1. 1378, 16. 1. 1378, 10. 4. 1378, 25. 4. 1378.

89 Die übrigen Kosten sind aus Zahlungen an die Söldner zu ermitteln. - Siehe dazu Romeiß, Martin, Die Wehrverfassung der Reichsstadt Frankfurt am Main im Mittelalter (phil. Diss., Frankfurt 1944), in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 5. F., 2/1953, S. 50 - 53.

90 StdA Frankfurt, NL Romeiß, 1404; s. oben Anm. 65; vgl. Gerber, Harry, Frankfurt am Main und der Reichstag der Armagnaken, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 4. F., 4/1933, S. 75 - 79; Urkunden und Schreiben betr. den Zug der Armagnaken 1439 - 1444, hg. v. Ernst Wülcker, Frankfurt 1873.

91 StdA Frankfurt, NL Romeiß, 1404.

92 Rathgen, Geschütz ..., S. 33.

bringen. Folglich gehörte die Entwicklung neuer Waffenarten an der Wende vom 14. zum 15. Jh. zur Logistik. Es ist also nicht so, daß die großen Geschütze gleichsam automatisch mit einer anzunehmenden wachsenden technischen Fertigkeit in der Herstellung von Feuerwaffen "entstanden", wie die ältere Forschung annahm(93); im Gegenteil erfolgte die Zunahme der Beherrschung der Guß- und Schmiedetechnik aufgrund der vom Stadtrat ausgehenden logistischen Maßnahmen und war somit Resultat von dessen gewachsener Regel- und Kontrollfunktion in militärischen Angelegenheiten.

### c) Vorsorgemaßnahmen

Zusätzlich zu den schon behandelten logistischen Maßnahmen in Vorbereitung auf künftige Offensivaktionen, beispielsweise den Maßnahmen, die Augsburg vor dem Eintritt in den schwäbischen Städtebund traf, traten gegen Ende des 14. Jh. Ausgaben, die feuerwaffenspezifisch waren, insbesondere Ausgaben für den Transport. Je schwerer die Feuerwaffen gegen Ende des 14. Jh. wurden, desto aufwendiger wurde der Transport zur und aus der Belagerung. In den Augsburger Quellen ist unter dem 26. Juli 1388 die Ausgabe von 18 sch für den Schmied Walther belegt, der das Geschütz laden half, das man für eine Aktion gegen Friedberg benötigte.(94) Hier also war ein Schmied zuständig nicht für die Herstellung der Feuerwaffe, sondern für den Umgang mit ihr.(95) Ohne direkte Anbindung an eine bestimmte Kampfhandlung sind Ausgaben dieser Art in Frankfurt belegt, namentlich für den Transport eines Geschützes 1394, den Transport von Büchsen 1397 sowie die bereits erwähnte Rückführung nicht benötigter oder wieder aufgefundener Steine nach 1399.(96) Zuständig für den Transport war in Frankfurt 1394 der Schützenmeister.(97) Hier zeigt sich, daß der Einsatz zumal der großen Geschütze Regel- und Kontrollfunktionen voraussetzte, über die die Stadträte verfügten. Wollte man große Geschütze einsetzen, reichte die werkvertragsmäßige Bestellung eines reisenden Büchsenmeisters nicht aus, selbst wenn es gelang, ihn über längere Frist in einer Stadt zu halten. Andere Handwerker mußten hinzugezogen werden, sei es für besondere, akut notwendig gewordene Arbeiten, wie z. B. das Behauen von Steinen auf ein passendes Kaliber, sei es für plangemäße, also vorhersehbare Tätigkeiten. In beiden Fällen war die Organisationskompetenz der Stadträte Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz der großen Geschütze.

93 Boenheim, Wendelin, Handbuch der Waffenkunde, Leipzig 1890 (Nachdruck Leipzig 1982), S. 434.

94 StdA Augsburg, Baumeisterbücher (Generalia) s. a.

95 Gebraucht wird das Wort "laden", dessen Bedeutung aber unklar ist. Der älteste bei Grimm, Deutsches Wörterbuch, s. v. "laden", vorhandene Nachweis für die Bedeutung "füllen einer Feuerwaffe mit Pulver und Projektil" ist dem 15. Jh. zuzuweisen. Daß im Fall der Augsburger Baumeisterbücher "laden" die Bedeutung von "aufladen", "verladen" gehabt haben könnte, ergibt sich aus dem Eintrag zum 23. 3. 1388, wonach 8 sch "zu de buchsen wagen ze' bessern" verausgabt wurden. Danach wäre der Schmied Walther möglicherweise Wagenschmied gewesen (wenngleich er in diesem Eintrag nicht genannt wird). Unergiebig und verunklarend ist die Erläuterung im Eintrag "laden" in Kluge, Friedrich, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 2. Aufl., hg. v. Elmar Seebold, Berlin/New York 1989, S. 424.

96 StdA Frankfurt, NL Romeiß, zum 9. 5. 1394, 10. 10. 1397, 15. 1. 1401, 12. 2. 1401 (zuerst 6. 7. 1392).

97 Vgl. Die Kölner Stadtrechnungen..., zum 23. 5. 1375, 3. 6. 1375, 13. 2. 1376, 18. 3. 1376. - (Aus diesen Einträgen geht hervor, daß der "balistarius" auch für Feuerwaffen zuständig war. Unbegründet ist jedoch die Behauptung Rathgens, die Schützenmeister seien "Beamte der Stadt" gewesen (Rathgen, Geschütz ..., S. 6, 165), da sie Ausgaben auch auf eigene Rechnung vorlegen, um sie sich später vom Rat erstatten zu lassen (für Köln: Die Kölner Stadtrechnungen ..., zum 24. 10. 1375).

## 5. Zusammenfassung

Die Entwicklung der großen Geschütze war also zugleich eine Bedingung und ein Ergebnis der Zunahme der Regel- und Kontrollfunktionen der Stadträte im 14. und 15. Jh. Diesen wuchsen in dieser Zeit außermilitärische, gleichwohl auf das Militär bezogene und strategisch bedeutsame Organisationskompetenzen zu. Dieser Wandel verlief von Stadt zu Stadt unterschiedlich, führte aber häufig zu demselben Ergebnis: Die Städte setzten ihre Finanzkraft und organisatorischen Mittel ein zur Förderung einer Waffentechnik, mit der sie ein strategisches Übergewicht über den ansässigen Adel erringen konnten. Dieser, zumal die kleineren Fürsten und Ritter, konnte nicht die finanziellen Mittel aufbringen, die erforderlich gewesen wären, um mit den Städten konkurrieren zu können. Außerdem bestanden ständische Prerogativen fort, die den Einsatz von Fernwaffen als Kampfmittel für Adelige mindestens verzögerten.(98) Folglich wurden Feuerwaffen auch im Bereich der Landesherrschaft zunächst nur zögernd verwendet, so z. B. unter dem Deutschen Orden in Preußen.(99)

Über diese Restriktionen setzten sich in Mittel- und Westeuropa als Landesherrn zuerst Karl der Kühne und, ihm folgend, Maximilian I. hinweg, indem sie sich der Feuerwaffentechnik bedienten und zugleich die ihnen damit zuwachsenden Regel- und Kontrollfunktionen zum Ausbau ihrer Herrschaftsrechte benutzten.(100) Insofern war die Durchsetzung des Gebrauchs von Feuerwaffen eine Rüstungsmaßnahme, die einen Grundstein des neuzeitlichen Staates bildete.

- 98 Vgl. Kleinschmidt, Harald, *Tyrocinium militare*, Stuttgart 1989, S. 20 - 26, 32 - 35.
- 99 Siehe Benninghoven, S. 565 - 601; Bujack, passim; Schmidtchen, Volker, *Die Feuerwaffen des Deutschen Ritterordens bis zur Schlacht bei Tannenberg 1410*, Lüneburg 1977. - Die Arbeiten behandeln jedoch nicht die Zeit nach der Schlacht bei Tannenberg und vergeben dadurch die Chance einer Untersuchung der Maßnahmen des Ordens zur Ersetzung der in der Schlacht eingebüßten Fernwaffen durch Feuerwaffen.
- 100 Brusten, Charles, *L'armée bourguignonne*, in: *Revue internationale d'histoire militaire*, 4/1959, S. 432 - 466; derselbe, *Les compagnies d'ordonnance dans l'armée bourguignonne*, in: *Grandson 1476*, Lausanne 1976, S. 112 - 169; derselbe, *La fin des compagnies d'ordonnance de Charles le Téméraire*, in: *Cinq-centième anniversaire de la bataille de Nancy*, Nancy 1979, S. 363 - 375; Richard, Jean, *L'armée des ducs de Bourgogne*, in: *Revue historique de l'armée*, 12/1956, S. 25 - 31; Schmidt-Sinns, Dieter, *Studien zum Heerwesen der Herzöge von Burgund*, phil. Diss., Göttingen 1966 (Ms.); Boeheim, Wendelin, *Die Zeugbücher des Kaisers Maximilian I.*, in: *Jahrbuch der Kunsthistorischen Sammlungen des Allerhöchsten Kaiserhauses in Wien*, 13/1892, S. 94 - 201; 15/1894, S. 295 - 391; derselbe, *Studie über die Entwicklung des Geschützwesens in Deutschland*, in: *Zeitschrift für historische Waffen- und Kostümkunde*, 1/1897 - 1898, S. 57 - 62; Garber, Josef, *Jörg Kölderers Zeichnungen des Innsbrucker Zeughauses*, in: *Schlernschriften*, 12/1927, S. 121 - 126; derselbe, *Das Zeughaus Kaiser Maximilians I. in Innsbruck*, in: *Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte*, 4/1923, S. 142 - 160; Kurzmann, Gerhard, *Maximilian I. und das Kriegswesen der österreichischen Länder und des Reiches*, Wien 1985; vgl. Kleinschmidt, *Tyrocinium ...*, S. 36 f., 54 - 70.

**Ferdinando Galiani über die Natur des Geldes  
in seinem Werk "Della Moneta libri cinque" (1751)  
Buch II "Della Natura della Moneta"(1)**

Ins Deutsche übersetzt  
von Walter Braeuer

**Ferdinando Galiani, Fünf Bücher vom Gelde  
Zweites Buch. Von der Natur des Geldes.  
Einleitung**

Unter den schweren und schmerzlichen Übelständen, welche die Poeten und andere sprachgewandte Schriftsteller dem Menschen nachgesagt haben, ist zweifellos der Vorwurf zu nennen, daß wir unsere Geisteskräfte verfälscht und verdorben hätten. Es handelt sich um jene Personen, die von der Menge losgelöst sind und von Natur aus gewöhnlich die Gerechtigkeit und die Wahrheit in sich tragen. Gemeint sind die Übelstände, welche uns dazu bringen, den unglücklichsten Zustand der Natur als "das goldne Zeitalter" zu bezeichnen; und während der Mensch hinsichtlich seiner Vollendung gleichsam noch im Rohzustande lebt, sprechen - ich weiß nicht warum - all die Regeln der zivilisierten Gesellschaft, die vom Leben in Wildheit und von den naturhaften, heftig ausbrechenden Leidenschaften bis zur Bosheit, Grausamkeit, Haß, Neid und Raubgier berichten, immer nur Tadel aus und schildern uns als verderbt im Vergleich zu einer eingebildeten Unschuld und Einfachheit. Es sind jene Schriftsteller, welche zunächst dem Silber und Gold die lebhafteste Verachtung entgegenbringen und vielleicht glauben, sich auf diese Weise solche Reichtümer zulegen zu können, die sie nach Verdienst nicht zu erlangen imstande sind. Und weil sie ihre Darlegungen mit Beredsamkeit ausschmücken, ergibt sich, daß in jedem Jahrhundert auch dieselben Weisheiten gemäß den Worten der Poeten nachgesprochen werden. Aber diese Worte hatten keinen Einfluß auf das Geschick der Nationen; denn es ist aus der Erfahrung bekannt, daß die Menschen zumeist so handeln, wie die Natur als Prüfstein der Wahrheit sie zu leben lehrt, und so wiederholen sie immerzu jene Sätze, die andere ihnen beredt vorgesagt und ins Gedächtnis eingeprägt haben, wobei sie sich in ihrer persönlichen Lebensführung entweder anpassen oder weitgehend von den Lehrsätzen abweichen. Weil nun das Geld, das sie als den Ursprung jeglicher Schuld und als den Nährboden schlechter Neigungen verleumden, ohne Unterbrechung immer wieder geliebt wird, so folgt daraus, daß dies all die Jahrhunderte hindurch so bleiben wird.

Ich aber, der ich nicht gewöhnt bin, Bewunderer und Anhänger der Meinung jener wenigen zu sein, und der ich glaube, daß man auf dem Wege zur Wahrheit stets einen gewissen Abstand halten sollte, möchte jetzt prüfen, ob das Geld wirklich eine schädliche Einrichtung oder eine Verbesserung der Regeln unserer zivilisierten Gesellschaft ist, die uns zu einem schöneren Leben führt, und beim Nachdenken hierüber habe ich gefunden, daß das Geld eine große und höchst nützliche Erfin-

1 Siehe auch: Ferdinando Galiani über den Wert der Dinge und das Geld in seinem Werk "Della Moneta libri cinque" (1751), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/1991, S. 57 - 74; Ferdinando Galiani über die Erträgnisse aus Geldkapital in seinem Werk "Della Moneta libri cinque" (1751). Buch V "Del Frutto della Moneta", in: ebenda, 2/1991, S. 73 - 84.

dung darstellt, und zwar so, daß - weil man die größten Wohltaten nicht dem Wirken des Menschen zuschreiben darf - wir beim Gelde nicht anders als bei unserer Ernährung der Gottheit unseren demütigen Dank abstatten sollten. Zu dieser Erkenntnis bin ich gelangt und möchte sie im vorliegenden Kapitel erklären, und ich werde überhaupt in dem ganzen Werk versuchen, die Nützlichkeit und Annehmlichkeit des Geldes darzutun.

## Erstes Kapitel

### Beweisführung zur Natur des Geldes und zu seiner Nützlichkeit

(Notwendigkeit des Handels unter den Menschen und seine Definition - Vorstellung einer Republik mit einem Leben in der Gemeinschaft, was von allen Lebensformen die perfektteste ist - Schutz gegen verschiedene Nachteile - Unser jetziger Zustand gründet sich auf das Leben in der Gemeinschaft, und die Nachteile werden alle durch das Geld ausgeglichen - Was die Abgaben sind - Schlußfolgerung.)

Die Notwendigkeit des Handels zur Erhaltung des Lebens und zum Erwerb der irdischen Glückseligkeit ist eine überaus bekannte Tatsache, und da der Handel ein Kind der verschiedenartigen Bedürfnisse ist, die ein jeder hat, so kann man definieren: Der Handel ist ein Austausch, den die Menschen unter sich mit ihren eigenen Arbeitserzeugnissen vornehmen, um den gemeinsamen Bedürfnissen zu entsprechen. Wer sich also dem Handel widmet, ist - auch er - sehr nützlich. Nun haben wir aber Kenntnis von den Unbequemlichkeiten der ersten Handelsbeziehungen im Altertum, die einfacher Tauschhandel waren. Solche Schwierigkeiten bestehen; denn es ist sehr schwierig zu wissen, wem die Dinge, die ich reichlich habe, fehlen oder wer das mir Mangelnde besitzt, und es lassen sich auch nicht alle Dinge transportieren oder für längere Zeit aufbewahren, auch nicht untereinander ausgleichen oder teilen, so wie es vielleicht dem augenblicklichen oder allgemeinen Bedarf entsprechen würde.

Um diesen Unbequemlichkeiten abzuhelfen, müßte man - so denke ich - in Gemeinschaft leben; denn es ist ja aus der Erfahrung bekannt, daß die kleinen Gemeinschaften - wie viele religiöse Orden - glücklich und besser als andere in Gemeinschaft leben, und so scheint es mir, daß auch die großen Körperschaften, die Städte und die Staaten, schön in Gemeinschaft leben könnten. Und ich fand, daß man in solchen Gemeinschaften, die nicht von auserwählten und tugendhaften Menschen bewohnt sind, nicht anordnen kann, daß jeder arbeitet, sich anstrengt und seine Produkte in offenen und allgemeinen Lagerhäusern niederlegt, wo er von anderen Handwerkern alles, was er benötigt, vorfindet und nach seinem Belieben entnehmen kann; denn gleichzeitig würde der Faulenzer für das Publikum nichts arbeiten und ungerichterweise von der Leistung anderer leben. Ansonsten gibt es keine Möglichkeit, sich zu bereichern oder zu verarmen, woraufhin der Gewerbsmann, wenn ihm der Stachel des Gewinns fehlte, weniger arbeiten würde und der Faulenzer, auf den Fleiß der anderen hoffend, wenig oder nichts täte, und schließlich würden auch die Künstler reichlicher leben, als es den Bedingungen ihres Berufes entspricht.

Darum sehen wir, daß der Kaufmann und der Landarbeiter aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen ihrer Berufe auch unterschiedlich verdienen, so daß der eine reichlich und der andere armselig lebt. Aber in einer Gemeinschaft befänden sich alle gleichgestellt, und deshalb könnte sich eine solche Ordnung nicht halten. Um dieses zu verbessern, meine ich, daß man wie folgt verfahren sollte:

Es müßte darauf geachtet werden, wieviel jeder arbeitet, und zweitens sollte jeder am Ertrag der anderen nur insoweit teilhaben dürfen, wie er durch sein Gewerbe zum Wohlergehen der Gesellschaft beiträgt und nicht mehr. Folglich müßte man bestimmen, daß jeder, der seine Arbeitserzeugnisse zum Magazin bringt, hierüber eine schriftliche Empfangsbestätigung erhält, etwa in folgenden Worten: "Herr Soundso hat im öffentlichen Magazin soundso viele Sachen abgegeben, sagen wir zum Beispiel hundert Paar Schuhe, deren Gegenwert ihm die Gesellschaft schuldet". Dann

müßte festgesetzt werden, daß niemand etwas aus dem Magazin entnehmen darf, ohne eine solche Empfangsbestätigung vorzuweisen, und daß er nicht mehr entnehmen darf als dem Wert und der Menge seines Guthabens entspricht. Ist der Ausgleich hergestellt und hat er seine Gegenleistung empfangen, dann muß er die Quittung abliefern oder zerreißen.

Ferner: Da man weiß, welche Unannehmlichkeiten entstünden, wenn auf der Empfangsbestätigung nur das Recht verzeichnet wäre, sich lediglich mit einer einzigen Ware zu versorgen, beispielsweise daß wer die hundert Paar Schuhe gebracht hat, jetzt tausend Laib Brot entnehmen dürfe und nichts anderes, derart daß die Empfangsbestätigung nur im Brotmagazin angenommen würde, so ergibt sich ganz klar, daß an den Eingangstüren aller Magazine anzuschlagen ist, ob hier die Quittungen frei eingelöst werden, so daß ein jeder sich im höchsten Grade nach seinen Bedürfnissen versorgen könnte. Um dies zu erreichen, müßte der Fürst allen Dingen einen Wert zuordnen und hierbei entweder den Wert jeder Sache nach einem gemeinsamen Maß regeln, wobei er zum Beispiel erklärt, daß der Scheffel Getreide dem Wert von soundsoviel Wein, Fleisch, Öl, Kleiderstoff, Käse usw. entspricht. Nach diesem Maß und Preisgefüge wüßte man dann, wieviel jedem zustünde für das, was er gearbeitet hat, und wieviel als Ausgleich ihm gutzuschrieben ist. Schließlich müßte man dem Fürsten eine bestimmte Zahl von solchen Empfangsbestätigungen geben, welche alsdann von ihm jenen Personen zugeteilt werden, die in der Verwaltung des Staates dienen, damit diese leben können und wobei die Zuteilung im Verhältnis zur Bedeutung und zum Verdienst ihrer Tätigkeit stehen sollte. Und weil es - wie jeder sieht - in diesem System notwendig ist, daß die Magazine an Empfangsbestätigungen nicht stärker verschuldet sein dürfen, als sie an Warenquantitäten wirklich haben, finde ich, daß es nötig werden wird, alle Bürger zu verpflichten, gratis - also ohne eine Gutschrift zu erhalten - soundsoviel Waren in die Lagerhäuser zu bringen, und zwar insoweit, wie man dem Fürsten gibt, um es an die Beamten auszuteilen. Ich glaube, daß die Wahrheit dessen, was ich gesagt habe, augenscheinlich ist, und viel Unordnung würde sich auf diese Weise ausgleichen lassen.

Nun jedoch, bei weiteren Überlegungen, wird mir klar, daß die hauptsächlichste, aber auch einzige Schwierigkeit, welche hier entstehen könnte, darin besteht, daß Unredlichkeiten bei den Quittungen vorkommen. Bei der Unterschiedlichkeit im Charakter der vielen Magazinverwalter wird es nicht leicht werden, echte von falschen Quittungen zu trennen, und was hinzukommt: Wenn Treue und Tugend fehlen, könnten die Verwalter, um Freunden und Verwandten gefällig zu sein, für die eingereichten Waren einen höheren Preis gutschreiben, indem sie beispielsweise manchem, der nur zehn Paar Schuhe eingeliefert hat, einen Gegenwert von tausend Laib Brot kreditieren, gleichsam als ob er nicht zehn, sondern hundert Paar Schuhe eingebracht hätte. Oder was dasselbe wäre: Die Magazine erschienen reicher, als sie in Wirklichkeit sind, und so fänden sie sich - Schuldner einer größeren Mengen von Waren, als sie tatsächlich besitzen - nicht zu Unrecht sehr bald durch diesen Diebstahl ausgeplündert. Um sich nun hiervon zu schützen - denn auf viele Arten könnten die Unredlichkeiten geschehen -, müßte man am besten den Fürsten eine bestimmte Zahl von Quittungen unterzeichnen lassen, alle vom selben Preis, etwa dem Werte von einem Laib Brot, und hiervon - sei es in Papier oder Pergament - könnte man, sofern man nicht den Verwaltern der Warenlager die entsprechenden Beträge auszahlt, denen, die solche Waren herbeibringen, diese Quittungen aushändigen, allerdings Abzüge machen, wenn sie etwas entnehmen. Von nun an könnte sich der gesamte Preis nicht länger auf einer einzigen Quittung ausdrücken, sondern es würde derjenige, der Ware im Wert von mehr als einem Laib Brot einliefert, viele Quittungen erhalten, um den Wert auszugleichen. Auf diese Weise vermag man eine wirksame Abhilfe zu schaffen gegenüber der Vielzahl der Charaktere, gegenüber den Fälschungen und gegen das ständige Ausschreiben neuer Bescheinigungen. Die Verwalter könnten genau ihre Konten angeben, und schließlich wäre gesichert, daß die Quittungen nicht von irgend jemandem aus Furcht vor Fälschungen zurückgewiesen würden. Ich bin gewiß, daß sich mit diesen Regeln eine Gesellschaft halten und bewahren könnte.

Und so schien es mir wirklich zu sein, nachdem ich durch weiteres Nachdenken an diesem Punkte angelangt war. Inzwischen aber, als ich grübelte und mir die Frage stellte, ob eine neue Schwierigkeit zu überwinden sei oder ob im Gegenteil die Historiker oder die Reisenden von irgendeiner Nation erzählten, die durch ihr Beispiel meinen Gedanken zu einer Bestätigung verhelfen könnten, da erkannte ich - indem mir gleichsam ein Schleier von den Augen fiel -, daß ich unabdingbar mit der gegenwärtigen Welt verknüpft sei und auf dem Boden des Vaterlandes wandelte, von dem ich mich weit entfernt zu haben glaubte. Und so hoffe ich, daß es in gleicher Weise auch bei meinen Lesern geschehen möge.

Ich sah - und jedermann kann es jetzt sehen -, daß der Handel und das Geld, des Handels erster Motor, uns aus dem elenden Naturzustand, wo jeder nur an sich selbst denkt, zu dem glücklichsten Zustand des Lebens in der Gemeinschaft geführt haben, wo jeder für alle denkt und arbeitet und wobei wir uns nicht durch den alleinigen Grundsatz der Tugend und Frömmigkeit (welcher, wo es sich um ganze Nationen handelt, nach unserem Eingeständnis nicht genügen würde) in diesem Zustand erhalten, sondern durch das Ziel des privaten Interesses und der Bequemlichkeit eines jeden. Ich sah, wie als Geld die Zettel dienten, die letztlich eine Vertretung des Kredits darstellen, den jemand gegenüber der Gesellschaft hat, und zwar aufgrund von Arbeit, welche von ihm oder von anderen für die Gesellschaft geleistet wurde.

Gewiß - es gibt bei uns diese öffentlichen Magazine nicht, aber ihnen entsprechen die privaten Läden, und im weiteren Sinne entsprechen die Quittungen dem Gelde. Zwar werden sie nicht durch öffentliche Aufseher gegeben und genommen, doch ist jeder um die Frucht seiner Arbeit besorgt, und um seinen Laden in Gang zu halten, gibt er dieses Geld beim Handel aus und nimmt es beim Verkauf wieder zurück. Auf solche Weise bedarf es nicht der Tugend oder des Glaubens der Geistlichen noch der Wachsamkeit des Fürsten; denn die Quittungen werden nicht leichtsinnig verschwendet. Jeder geht sparsam mit ihnen um, da er nur über das Seine verfügt, und indem er Geld gibt, gibt er seinen Schweiß. Und so geschieht es, daß jene Unannehmlichkeit, die im ersten angenommenen Stadium nicht genügend von der Tugend gebremst werden kann, jetzt vom Eigeninteresse, dessen Kraft in den menschlichen Seelen - auch in den sündhaften - unbezwingbar ist, vollkommen geläutert wird.

Mit Sicherheit kann man sagen, daß die gebildetsten und auserwähltesten Gesellschaften, in denen die Menschen als Erwachsene einander gegenüberstehen, am glücklichsten sind, wenn sie sich nur auf die Tugend gründen. Aber es kann auch gesagt werden, daß die Nationen und Fürstentümer ruinöse und schwankende Regierungen haben werden, wenn die Tugend, die solche Regierung stützt, nicht mit dem weltlichen Interesse in Einklang gebracht wird; denn die großen Körperschaften, die hier entstehen, können sich nicht völlig reinhalten.

Ich machte mir auch noch klar, daß jene Gutscheine für den Fürsten, wodurch alle Menschen einen Teil ihrer Arbeit gratis abgeben, nichts anderes als die Zölle und Steuern waren, und diese sind nur ein Teil der Arbeit von allen, zusammengenommen und auf Geld zurückgeführt, was dann der Fürst wieder austeilte, und zwar in Form von Löhnen und von Spesen, die er macht. Schließlich hat er angesichts der Unbequemlichkeiten der Gutscheine, aus welchem Material sie auch immer gefertigt sein mögen, dem Metallgeld den Vorzug gegeben. In ihm bieten die Qualität, das Prägen und die Struktur eine Gewähr vor der Fälschung durch Privatpersonen, und der innewohnende Wert sichert uns vor Mißbrauch durch den Fürsten; denn wenn das Material nicht den ganzen Wert enthalten sollte, den das Geld hat - ob es nun Leder oder Papier sei, wovon man Gebrauch macht -: der Fürst könnte eine übergroße Zahl von Gutscheinen drucken, und der Zweifel allein, daß er dies tun könnte, genügt, um den Glauben hieran zu zerstören oder zu vermindern und den Umlauf des Geldes zu beenden. Aber es gibt ein Geldmaterial, das niemand außer Gott vermehren kann und welches großen Aufwand verlangt, sei es, daß man es ausgräbt oder sonstwoher bezieht, und das alsdann viel wert ist. Somit ergibt sich kein Gewinn, wenn man es zu vermehren trachtet, und hierin besteht die große Be-

deutung, die verlangt, daß das Geld nur aus einem Stoff gefertigt werde und daß der gesamte Wert des Geldes ein natürlicher und innewohnender, aber kein gedanklicher sein möge.

Inzwischen werden meine Leser, ohne daß ich mich noch mehr verbreiten müßte, diese Betrachtungen weiter entwickeln, und sie werden bei der schönsten Untersuchung des Aufbaus der Gesellschaft auf Verträge und auf das Geld stoßen, und es ergibt sich, wenn man diese analytische Methode in die synthetische umkehrt, der beste Beweis für die Vorteile des Geldes, welches - von vielen Autoren gerühmt und von unendlich zahlreicheren mit gräßlichen Flégeleien verflucht - von niemandem aber in verständlicher Weise so geschildert wurde, wie es ist, nämlich nützlich und ausgezeichnet. Ich behalte mir deshalb vor, im nächsten Kapitel vom gemeinsamen Maß der Dinge zu sprechen, und zwar von der Nützlichkeit, die im vorliegenden Kapitel behandelt wurde, aber es bleibt noch zu erörtern, welche Mängel ihr anhaften, wenn man die Nützlichkeit in die Lehre vom Gelde einfügt.

(Ende des ersten Kapitels)

## Zweites Kapitel

### I. Von der Natur des Geldes, insofern es das gemeinsame Maß der Preise ist, von den gedanklichen und den Kontogeldern

(Was das gedankliche Geld ist - Grundsätze für die Preisschwankungen, sofern sie durch Schwankungen im Preismaß, dem Gelde, verursacht werden - Daß die Änderung des gemeinsamen Maßes der Preise eine unvermeidliche Unbequemlichkeit ist - Daß das gedankliche Geld kein stabileres Maß als das wirkliche Geld ist - Was ein unveränderliches Maß sein könnte - Vielleicht ist dieses stabile Maß der Mensch - Gründe für diese Meinung - Von den Geldern auf dem Konto - Daß es vergeblich ist, das Konto nur mit gewissen Geldern bestimmen zu wollen - Am Beispiel Frankreichs bestätigt es sich - Betrachtungen über das erste Kapitel der Rimostranze delle monete zu Blois - Betrachtungen über das zweite Kapitel - Betrachtungen über das dritte Kapitel - Das Edikt Heinrichs IV. - Beweggründe für dieses Edikt - Ob es wahr ist, daß die Höhe der Gelder auf dem Konto ein Anzeichen für den Reichtum des Volkes ist, welches mit diesen Konten arbeitet - Betrachtungen über die falschen Schmerzen wegen der nicht erkannten Veränderung des innewohnenden Preises der Metalle - Falsche Schmerzen wegen der Teuerung bei der Prosperität und bei einer guten Regierung; woher sie kommen könnten - Fortsetzung in derselben Sache - Über die Dummheit der vulgären Lobpreisung eines Landes, weil die Lebensmittel dort billig seien - Ein höherer Wert der Waren ist das Zeichen für eine gute Regierung - Warum der hohe Preis "Teuerung" genannt wird - Der Unterschied zwischen einer Verteuerung aus Mangel und einer solchen aus Prosperität - Erklärung zweier sonderbarer Ereignisse in unserem Königreich - Schlußfolgerung - Irrtümlicher Glaube, daß sich in den vergangenen Jahrhunderten die Abgaben erhöht hätten.)

Nachdem ich bewiesen habe, was das Geld sei und welchen Dienst uns das Geld normalerweise leistet, indem es all die anderen Dinge kauft und ihnen einen Gegenwert bietet, möchte ich das Geld als eine Regel für die Proportion bezeichnen, welche alle Dinge gegenüber den Bedürfnissen des Lebens haben und was man einstimmig den Preis der Dinge nennt, und weil für die Waren in zunehmendem Maße ein gedachtes Geld oder Konto als Preis angegeben wird, so werde ich auch hiervon noch sprechen müssen.

Gedachtes Geld ist jenes, welches keinen Preis in vollem Metall hat, ihm aber dadurch entspricht, daß man einen Wert ansetzt. So ist der römische Taler heute das

gedankliche Geld geworden, obwohl er nicht mehr die Prägung von zehn Paoli in Silber hat und auch nicht mehr als umlaufendes Geld, sondern nur noch als Denkwürdigkeit dient. So ist es mit unserer Unze, dem englischen Pfund Sterling, mit Frankreichs Livre, mit dem Golddukaten der Schatzkammer, mit dem venezianischen Bankdukaten und sehr vielen anderen Geldern. Gewöhnlich pflegt dieses gedankliche Geld ein Kontogeld zu sein, das heißt, es werden mit ihm sämtliche Waren festgesetzt, kontraktiert und bewertet, und dies alles rührt von derselben Ursache her, daß nämlich die Gelder, die heute gedanklich sind, als die ältesten einer jeden Nation alle einmal wirkliches Geld waren und weil man aus diesem Grunde mit ihnen praktisch rechnete. Aber nachdem die Fürsten sowohl die Größe als auch die Form der Gelder geändert hatten, wurden diese imaginär und blieben nur wegen der größeren Bequemlichkeit auf den Konten als solche erhalten. In mehreren Ländern, wie in Frankreich, ist schon verschiedene Male durch strenge Edikte der Herrscher angeordnet worden, daß nur mit einem bestimmten Geld gerechnet und kontraktiert werden dürfe und nicht mit einem anderen, und dies wurde dort für höchst wichtig gehalten. Aber fast alle Nationen - auch die unsrige - haben keine zwingenden Gesetze: Der Gebrauch hat es so mit sich gebracht, daß in drei verschiedenen Geldern gerechnet wird, wovon eines das andere mehrmals gänzlich und ohne Bruchzahlen in sich schließt, und diese Faktoren sind es dann, die uns als Bezeichnung für die Zwanziger und Zehner dienen. So rechnen wir heute in Dukaten und Teilen, die ein Fünftel hiervon sind (als zweideutig erweisen sich die wirklichen Gelder aus Silber), und gekörntes Geld, welches nur den zwanzigsten Teil des Fünftels darstellt, aus Kupfer besteht und welches wir noch in zehn Teile zerlegen, "cavalli" genannt aufgrund der antiken Behauptung, daß solches schon den Königen von Aragonien als Geld gedient habe, heute aber imaginär geworden ist, weil man es wegen seiner außergewöhnlichen Kleinheit nicht mehr prägt.

Nun aber, um genauer über die Gelder auf dem Konto sowie über die gedanklichen Gelder und deren Nützlichkeit zu berichten, möchte ich zunächst das Axiom aufstellen, daß - wenn sich der Preis einer Sache, das heißt ihre Proportion zu den übrigen Dingen, im Verhältnis mit allen Sachen gestaltet - dies ein offensichtliches Zeichen dafür ist, daß sich nur der Wert dieser einen Sache, nicht aber der aller übrigen geändert hat.

Wenn demnach eine Unze reinen Goldes zehn Haufen Getreide wert sein mag oder ihnen gleichzusetzen ist, oder fünfzehn Fäßchen Wein, oder zwölf Gefäßen mit Öl, und alles sich auch weiterhin in diesen Proportionen tauscht, wenn also eine Unze Gold zwanzig Haufen Getreide wert ist, oder dreißig Fäßchen Wein, oder vierundzwanzig Gefäße mit Öl, so ist gewiß, daß nur das Gold im Preis erhöht worden ist und nicht etwa, daß sich die anderen Dinge im Preis gesenkt hätten. Denn wenn das Getreide allein im Preis gesunken wäre, so würde sich zeigen, daß zwanzig Haufen Getreide gleich einer Unze Gold stünden, aber der Wein und das Öl ihren Preis nicht verändert hätten. Man darf auch nicht sagen, daß alle drei im Preis gesunken wären. Ein derartig gleicher Rückgang in den Preisen sämtlicher Waren ist nämlich so selten, daß man ihn als unmöglich annehmen kann.

Also muß man schlußfolgern, daß - wenn sich alles verteuert und dies nicht nur eine momentane Steigerung ist, auch kein Ungleichgewicht wegen Krieg, Mangel oder Not, was zwar Teuerung hervorruft, aber nicht viele Jahre andauert und sich auch nicht gleichmäßig auf alle Waren erstreckt - es das Geld ist, welches sich verbilligt hat, und daß - wenn alle Dinge sich verbilligen - das Geld im Wert gestiegen ist.

Diese Schlußfolgerung bringt notwendigerweise mit sich, daß das Geld das gemeinschaftliche Maß von allem ist. Gewiß geht es hierbei nicht ohne Unbequemlichkeiten ab, und dieses ist auch, wie ich noch aufzeigen werde, schweren Nachteilen unterworfen. Aber wenn man sie vermeiden wollte, dann müßte man ein gemeinschaftliches Maß finden, das keinerlei Bewegungen erleidet. Solches ist indessen leichter zu wünschen als im Bereich der menschlichen Dinge zu finden. Nichts in der Welt bleibt weniger zu erhoffen als eine ewige Stabilität und Festigkeit; denn sie widerspräche gänzlich allen Regeln und auch dem Geist der Natur. Aber

ebenso wäre im Gegenteil nichts zu solchen Vorbildern passender als die ständige Wiederkehr derselben Ereignisse, die sich - manchmal früher, manchmal später - innerhalb gewisser, in sich geschlossener Grenzen in einem ewigen Kreislauf vollziehen. Jenes Unendliche haben sie nicht im Fortschritt, sondern im Kreislauf. Ein beständiges und unveränderliches Maß ist weder zu erhoffen noch zu erstreben. Es wird durch eine langsame, weniger fühlbare Wandlung ersetzt. Zwischen dem Geld und dem Getreide sowie den anderen Dingen des menschlichen Bedarfs besteht ein Ungleichgewicht, indem das Getreide innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne die größten Veränderungen im Preise erleidet, aber für einen hinreichenden Zeitraum der natürlichen Wechselfälle kann man fast mit Sicherheit sagen, daß - wenn man heutzutage eine Periode von zwanzig Erntejahren rechnet und einen ebensolchen Zeitraum aus der Epoche von Augustus (vorausgesetzt die gleiche Bevölkerung und den gleichen Getreidebau) - in unserem Königreich der Wert des Getreides in diesen weit auseinander liegenden Zeitpunkten fast aufs genaueste gleichgeblieben ist. Im Gegensatz hierzu hat das Metall inzwischen die größten Veränderungen durchgemacht, so daß ein Pfund Gold zu Zeiten des Augustus nicht ebenso vielen Mengen Getreide gleichkam wie heute, sondern einer sehr viel größeren Menge, so daß - weil der Preis des Getreides in Gold gemessen wird - der Preis des Goldes bei den großen Abständen in den Jahrhunderten am Getreide ausgerichtet werden muß. Zu seiner Zeit trägt das Gold es davon, weil alles, was sich in der Natur befindet, es tut; aber bei dem großen Zeitabstand, der vielleicht erforderlich ist, weiß man es nicht und trachtet auch nicht danach, es zu wissen. Also kann, wie ich schon oben gesagt habe, ein gemeinsames Maß bei langsamer Wandlung fast ebensogut wie ein stabiles verwendet werden, nachdem es kein solches gibt. Ich bin dessen sicher, wie auch viele gelehrte Menschen, die sich überzeugt haben, daß das gedankliche Geld ein stabiles und festes Maß ist, und sie es deshalb loben und rühmen und von welchem sie nur wollen, daß man es auf den Konten verwenden könne. Andere, die vielleicht empfindsamer sind, glauben, daß es das Kupfer sei, weil dieses - als von allen Metallen das billigste - am wenigsten den Wechselfällen unterworfen ist und niemals Habsucht hervorruft oder den Luxus und auch nicht das Bemühen, es auszugraben: Solche Materialien sind unseres Nachdenkens wert. Ich möchte also wissen, ob mehr Stabilität im gedanklichen oder im wirklichen Geld vorhanden ist, dann ob es nützlich sein mag, nur gewisse Gelder auf dem Konto zu verwenden, ob diese wirkliche oder gedankliche sind, schließlich auch wird es von großem Nutzen sein zu entdecken, welche und wie viele Betrügereien und ungerechte Schmerzen der falsche Glaube des Volkes hervorgerufen hat, daß das Geld ein unwandelbares Maß sei und keine Bewegungen verspüre.

Wenn das gedankliche Geld ein absoluter Name für eine Anzahl wäre, die einen Preis ausdrückt, und wenn sich dieser Gedanke in unseren Köpfen festgesetzt hätte - für jede Sache getrennt, so daß keine der Bewegungen die andere stört -, dann wäre das Geld unveränderlich und konstant; aber solches trifft mit Bestimmtheit niemals zu. Es ist zum Beispiel unsere Unze ein gedankliches Geld, aber weil sie dazu berufen ist, sechs Dukaten wert zu sein, und der Dukaten ein wirkliches und wandelbares Geld ist, so zeigt sich: Wenn der Dukaten eine Wandlung erleidet, dann ändert sich auch der Preis der Unze, und so ist es wirklich geschehen. Wir lesen, daß Thomas von Aquin, vom Predigerorden, später wegen seiner kunstvollen Werke und seiner übermenschlichen Lehre für heilig und mit himmlischer Weisheit ausgestattet erklärt wurde, vom König zu seinem Unterhalt an den öffentlichen Schulen hier in Neapel eine Unze pro Monat bekam, und diese Belohnung galt damals als groß. Jedoch ist heutzutage ein Betrag von sechs Dukaten pro Monat ein armer Lohn und höchstens für einen Reitknecht angemessen; denn nicht sechs, sondern knapp sechzig unserer heutigen Dukaten entsprechen in Wirklichkeit dem Preis der antiken Unze. Auch ist es nicht so, daß bei den gedanklichen Geldern keine Änderung einträte, wenn man bei den wirklichen Geldern den Preis oder bei der neuen Münze die Legierung und das Gewicht abwandelte.

Dies ist der übliche Irrtum bei den meisten Leuten, welche glauben, daß das gedankliche Geld den Wechselfällen nicht unterliege und deshalb unveränderlich sei. Aber solche Meinung ist falsch, ebenso wie es irrtümlich ist anzunehmen, daß nur diese Dinge allein den Preis des Geldes veränderten. Der wahre und hauptsächlich

Wandel hat seinen Ursprung in der größeren oder geringeren Fülle an Metall, das in einem Lande umläuft. Wahr ist, daß sich dieser Wechsel nicht auf den Metallstücken abdrückt; denn wenn die Fürsten das Geld nicht ändern, dann ändert es sich nie. Doch durch die Warenpreise tritt die Änderung dennoch zutage, und dies kommt auf dasselbe hinaus. Der Preis ist ein Verhältnis, ein Austauschverhältnis, wobei es nicht nötig ist, daß wirklich getauscht wird. Wenn das Geld sich nicht rührt, dann genügt es, den Preis dessen zu vergleichen, in dem sich das Geld mißt. Deshalb: Wenn ein Fürst die Längenmaße ändern wollte, die in seinem Lande verwendet werden - und zwar ohne daß man es merkt -, dann genügt es anzuordnen, daß die Statur seiner Soldaten, welche bisher auf sechs Spannen festgesetzt ist, nunmehr auf zwölf Spannen angesetzt und verkündet wird, woraufhin alle anderen Maße sich anpassen. So hätte der Fürst die Spanne um die Hälfte verringert, ohne zeigen zu müssen, daß er sie geändert hat, und was der Fürst nicht mit den Warenpreisen tut, das tut die Menschenmenge, und sogar mit Gerechtigkeit. Da der Preis ein Maß für den Schweiß der Leute ist, so kommt es ihnen zu, hierüber zu befinden, und wenn bei irgendeiner Sache der Fürst den Preis festsetzt, so ist er gezwungen - wenn er will, daß man ihm gehorcht -, sich dem Maß des Volkes anzupassen; denn andernfalls würden die Menschen entweder sich nicht an diesen Preis halten oder das betreffende Gewerbe aufgeben, und der Fürst würde weder im einen noch im anderen Falle sein Ziel erreichen. Um demnach abzuschließen: Das unveränderliche Geld ist ein Traum, eine Raserei. Jedes neu entdeckte reichere Bergwerk ändert unverzüglich alle Maße, und zwar ohne zu zeigen, daß es sie berührt, sondern dadurch, daß es den Preis bei den gemessenen Dingen ändert.

Hier wird vielleicht mancher sagen, daß - wenn die Metalle den Nachteil besitzen, einen veränderlichen Preis zu haben - man eine andere, weniger unbeständige Sache verwenden sollte. Und es ist wahr, daß ich schon viele Male darüber nachgedacht habe, ob es so etwas gibt oder nicht, aber ich sehe, daß ich in der Natur keine Produktion oder Materie kenne, die - den vier Elementen entnommen - dem Menschen notwendig ist. Ganze Generationen von Völkern finden sich dieses Gebrauchs beraubt und haben auch keine Kenntnis davon. Weiterhin ist zu vermerken, daß die Elemente allein, durch ihr reichliches Vorhandensein, keinen Preis haben. Wahr ist's, daß jede Nation ein bestimmtes Grundnahrungsmittel besitzt, sozusagen ihr Getreide. Solches ist der Reis im Orient, der Mais in Amerika, der Trockenfisch im Polargebiet. Auf dieser Nahrung aufbauend, scheint es möglich zu sein - wenn man einen mittleren Ernteertrag annimmt -, ein stabiles Maß zu schaffen. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß sich der Preis dieser Dinge nach unterschiedlichen Kulturarten bemißt und der Anbau bei den einzelnen Völkern verschieden ist, muß jeder einsehen, daß es so nicht geht.

Bei den vielen Fortschritten auf dem Wege zum Licht und zur Wahrheit müßte man eigentlich unserem jetzigen Jahrhundert zugute halten, daß es den Physikern vor einer gar nicht fernen Zeit gelang - neben anderen großen Erfolgen -, das unwandelbare Maß und die wunderbare Vereinigung zwischen der Zeit, dem Raum und der Bewegung zu finden.

Und dies sind die drei großen Maße des Ganzen: Die Zeit regulierte man nach dem Lauf der Sonne, auch wurden Mittel gefunden, um die Zeit in gleiche Teilchen zu gliedern, indem diese sich wiederum nach den Schwingungen und der Länge des Pendels bemaßen. Nicht an bestimmte Orte der Erde gebunden, sondern nach der Geschwindigkeit der Oszillationen berechnet, sind die drei großen Maße durch ein ewiges Band miteinander verknüpft. Aber der Preis der Dinge, das heißt ihr Verhältnis zu unseren Bedürfnissen, hat noch kein festes Maß. Vielleicht findet es sich noch! Für mich selbst glaube ich, daß es der Mensch selber ist. Es gibt nämlich - nach den Elementen - nichts, was nötiger für den Menschen ist als der Mensch, und von der schwankenden Zahl der Menschen hängt der Preis von allem ab. Zwar ist der Abstand zwischen Mensch und Mensch fast unendlich groß, aber wenn man einen mittleren Wert berechnet - womit man bestimmt die Wahrheit trifft -, so ist und bleibt der Mensch immer wieder derselbe.

Dies mag, so meine ich, der wahre Grund sein, warum die Völker von der Küste Guineas glauben, ein beständiges und ideales Maß zu haben. Sie rechnen mit Macute, die zehn Einheiten wert sind, und mit dem Cento, der ihnen gewohnheitsmäßig zum Einschätzen dient. Den Preis ihrer Ware, was ein Neger zu sein pflegt, geben sie in Macute an. Zum Beispiel: Ein Sklave von unter dreißig Jahren, gesund und perfekt, wird ein Stück Indien genannt und ist 305 Macute wert, und dann beginnen sie mit ihren Schätzungen für das, was sie von uns im Austausch haben wollen, also ein Messer für 2 Macute, eine Flinte für 30, 10 Pfund Pulver für 30, und wenn der europäische Händler einverstanden ist, dann kommt auch noch bei 305 Macute ein Tausch zustande.

So ist es nach Berichten in Loango an der Küste von Angola. In Malimbo und Kabininda gebraucht man auf die gleiche Weise die Pezze, wovon jede dem Betrag von 30 Macute entspricht. Unsere Händler glauben, daß diese Ausdrücke rein abstrakte Zahlen seien und daher höchst bequem. So denken Savary und der Verfasser des Buches "Vom Geist der Gesetze". Aber mir scheint es unmöglich, beim Volke diese abstrakte Zahl einführen zu wollen, sondern ich glaube fest daran, daß von allem Geld, mit dem bezahlt wird, nur jenes wirkliches Geld ist, mit dem gerechnet wird. Die Wahrheit ist also, daß - weil die Sklaven ihre hauptsächlichste Handelsware sind - ihr Geld der Mensch ist, ein unveränderliches Geld und leicht zu berechnen, weil man hierbei - wie sie es tun - nur die körperlichen Eigenschaften bewertet. Der Mensch wird in Macute geschätzt, ja fast werden die Macute aus seinem Preis herausdividiert, und es zeigt sich hier durch die Erfahrung, daß die beständigste Währung diejenige des Menschen ist. Natürlich kann es sein, daß in einem Volke die Sklaverei aufhört, aber solange man sie hat, wird der Preis des Menschen der am wenigsten wandelbare sein.

Unser Thema nochmals aufgreifend und bis zur Erörterung der Kontogelder hinabsteigend, möchte ich glauben, bereits klargestellt zu haben, wie unnützlich es ist (wegen des Mangels an stabilem Geld), die Kontogelder durch Gesetz bestimmen zu wollen. Wenn in den gut regierten Staaten alle Gelder von gleicher Güte sind und die Proportion zwischen den drei Metallen gerecht stabilisiert ist, dann mag es unerheblich sein, wie und womit gezahlt wird. Wenn hingegen die Gelder ungleich sind, sie aber alle freien Umlauf haben, dann wird man zwar die Kontrakte mit den guten Geldern machen, aber jeder wird zusehen, daß er mit dem schlechten Geld zahlt, und auf diese Weise gehen die guten Gelder aus dem Staat. Wenn verfügt wird, daß die Handelsgeschäfte mit diesen selben Geldern zu betreiben sind, dann ist es so, als ob man die schlechten Gelder ausschaltete; und nun - weil kein neues Geld geprägt wird - bleibt der Staat ohne Geld. Immer die Kontogelder stabilisieren zu wollen, bleibt unnützlich und vergeblich. Und wenn der Gesetzgeber Anordnungen trifft, um bequem Gelder, die keine Kontogelder sind, eintauschen zu können, dann bereitet er sich schlecht auf eine noch schlechtere und unheilvolle Operation vor.

Jedoch ist es - da sich der Fall ereignen kann - nicht schädlich, wenn man den Preis des gesamten Geldes oder eines bestimmten Metalls erhöht. Aber auch wenn man nur einen Teil des Geldes aus einem Metall ändert, kann das nicht schaden, allerdings auch nicht nützen. Fast bei allen Nationen werden die Goldmünzen aufs Konto genommen, und so darf man als wahr unterstellen, daß dieses Metall insgesamt im Preis erhöht werden kann, ohne das Konto zu berühren. Aber um dies zu tun - abgesehen davon, daß das Gold, mehr als jedes andere Geld, niemals angeührt werden sollte -, bedarf es keines Gesetzes; denn wenn die höchste Autorität den Preis des Geldes erhöht und wenn sie aus dem, was sie getan hat, Profit ziehen will, dann gebührt es sich, daß sie die erste sein mag, welche den Geldwert ändert. Die Regierung sollte in demselben Geld verpflichtet sein, in dem sie ihre Untertanen besteuert, und wenn sie nicht am Geldwert gerüttelt hat, dann sollte sie mit anderen Preiserhöhungen zahlen oder Erstattung leisten, und so wird das Gesetz, das sie als erste verletzt hat, von niemandem befolgt, und es ergibt sich daraus nur Böses, was durch die Preiserhöhungen schon längst zutage tritt.

Die Wahrheit des Gesagten erweist sich, wenn wir über die Geschichte Frankreichs nachdenken. In der berühmten Ständeversammlung von Blois im Jahre 1577 wurde von Heinrich III. das überlieferte Rechnen in Livres, Sous und Deniers verboten und

durch das Rechnen in Golddukaten ersetzt. Die Beweggründe dieses Edikts wurden in einer Dokumentation des Münzhofs niedergelegt, vom König verkündet und gebilligt, und lauteten wie folgt:

- I. Daß sich der Preis der Waren ungewöhnlich verteuert habe.
- II. Daß weniger Geld von den Ausländern hereingekommen sei, welche sonst die echten Produkte Frankreichs kauften.
- III. Daß einige Gelder, deren Kurs bei der allgemeinen Preiserhöhung nicht verbessert worden war, von ausländischen Händlern verteuert worden seien.
- IV. Daß bei den in Geld festgesetzten Mieten und Renten viel von der wirklichen Rendite verlorengelasse.
- V. Daß der König einen beträchtlichen Teil seiner Renditen verliere.

Was ein weiser Mann über dieses Edikt nachdenken kann, wirft Licht auf die gesamte Wissenschaft vom Gelde. Erstens sieht man, daß unsere obige Darstellung die Schäden der Geldmanipulation richtig herausstellt, aber sie hat keine Verbindung mit dem Kontogeld und kann sie auch gar nicht haben, so daß es klüger wäre, eine Abwertung zu verlangen und nicht diejenigen Maßnahmen zu treffen, die das Edikt vorschreibt. Auch kann man nicht sagen, daß sich das Rechnen in unveränderlichem Geld ausgehe und auf diese Weise die Schäden der Geldmanipulation fast unbemerkt ausgeglichen würden; denn weil es dieses konstante Geld nicht gibt, jagt man einem Trugbild nach, und das neue Gesetz Heinrichs IV., welches dies abschafft, zeigt klar auf, daß die ursprüngliche Absicht nicht erreicht wurde. Außerdem glauben alle, daß das gedankliche Geld stabiler sei als das wirkliche, und dennoch verlangte der Währungshof ein Gesetz, wonach die Konten aus gedanklichen Livres in wirkliche Taler umzuwandeln seien, um sie auf diese Art unveränderlich zu machen. Die Sache grenzt ans Wunderbare. Denn es ist aussichtslos, Stabilität und Sicherheit durch Edikte und Verordnungen erreichen zu wollen, die gerade das Gegenteil bewirken. Auf der Suche nach Stabilität und Sicherheit muß man zur Natur der Dinge zurückkehren; es gibt nichts anderes.

Ferner sind auch die Beschwerden über die Preiserhöhungen nicht alle echt. Die erste, welche die allgemeinste ist, kann nur ein Lächeln erregen; denn es ist falsch zu sagen, daß sich nach der Geldveränderung die Waren verteuern. Zwar dem Wortlaut nach, aber nicht in der Tat; denn die Preiserhöhung ist nur eine Erhöhung in den Benennungen, da sich mit der Geldentwertung eine gleichmäßige Anhebung der Warenpreise vollzieht. Es ähnelt dies dem Verhalten eines Menschen, der - als er hundert Dukaten bezahlen sollte - gezwungen wurde, zweihundert halb zu bezahlen, und sich darüber beklagte, daß er - nachdem er zunächst den Klang "hundert" im Ohr hatte - nunmehr das viel schrecklichere "Zweihundert" hörte. Schließlich ist es klar, daß man, wenn man teuer kaufen muß, auch wiederum teuer verkauft, so daß die Klagen über die hohen Preise nichts anderes sind als die Klagen, daß sich die Dinge gut verkaufen.

Es ist auch nicht wahr, daß die Ausländer hierbei begünstigt (dies ist der dritte Beschwerdepunkt); denn diejenigen Fremden, die nicht Untertanen in anderen Staaten sind, unterliegen den Preisen, die von uns festgesetzt werden und welche die entsprechenden Preiserhöhungen tragen, und insgesamt müssen sowohl die einen als auch die anderen, unter welcher Herrschaft sie auch immer seien, dasselbe Metallgewicht geben. Aber dieses sage ich nur nebenbei. Für den Augenblick genügt es mir - um den Geist meiner Leser zu erheitern -, sie darauf hinzuweisen, daß die Erhöhung der Preise unmittelbar dazu führt, jegliche Wirkung der Geldmanipulation zunichte zu machen: zwar ändern sich die Benennungen, aber die Wirklichkeit bleibt. Wenn sich also die Franzosen beklagen, daß alles teurer wird, dann beklagen sie sich in Wirklichkeit darüber, daß die so gepriesene Währungsumstellung keinen Erfolg hatte; demnach wünschten sie sich keine weitere. Und es ist gewiß: Wenn die Beschwerden von wenigen es vermögen, eine ganze Nation als schuldig erscheinen zu lassen, so hätten sie es schwerlich verdient.

Viertens war es auch kein gerechtes Motiv für Klagen, wenn einige Gelder, vom Gesetz unverändert belassen, jetzt vom Volke abgewertet wurden. I. weil es unmöglich ist, daß die Abwertung von den Ausländern herrühre, die in Frankreich, einem von Natur aus sehr wohlhabenden Lande, nur einen ziemlich kleinen Handel besitzen. II. weil - wenn so verfahren wurde - die Natur es so verlangte; denn es ist höchst wahr und durch die Erfahrung aller Jahrhunderte bestätigt, daß die Handlungen der Völker immer dazu neigten, dem natürlichen und gerechten Lauf der Dinge zu folgen oder sich doch nur so wenig wie möglich davon zu entfernen. Die Verfassungen engten bisweilen ein und verletzten. Mit ihrer Kraft richteten sie viel Schaden an und waren in der Lage, einen Staat aus dem Gleichgewicht zu bringen. Aber die Vorsehung hat der Natur mit diesen selben Gesetzen eine unendliche Kraft gegeben, sich zu behaupten; und diese Kraft zerstört alles, was ihr entgegensteht und sie vernichten will. Ich möchte sie eine moralische Elastizität nennen, von der ich anderwärts noch sprechen werde und wo sich auch zeigen wird, ob es wahr ist, daß letzten Endes die Vertretung genügt, und wo sich erweist, ob dies nicht so ist oder ob dem gesamten Staat kein Schaden zugefügt wird. Inzwischen kann man schlußfolgern, daß von den dargestellten Übeln - mögen sie falsch oder richtig sein - keines dadurch geheilt werden kann, daß man das Kontogeld stabilisiert.

Kommen wir jetzt zum Edikt Heinrichs IV. vom Jahre 1602, wodurch dasjenige von 1577 aufgehoben wird und wodurch die Livres, Sous und Deniers wieder eingeführt werden. Der Grund für eine solche Schwenkung war, daß die andere Geldrechnung "eine Ursache für Kosten und Überflüssiges gewesen ist, was sich in allen Dingen zeigte, auch für die Verteuerung". So lauten die Worte des Edikts, und auf diese Art wurde mit Ausdrücken der Verwünschung und des Abscheus das Rechnen in Dukaten verstoßen und diffamiert und das alte Rechnen wieder eingeführt. Die Verordnung zeigt wahrhaftig nur auf, daß jene, welche damals in Frankreich regierten, nicht besser als die anderen waren. Man kann von ihnen lediglich sagen, daß sich bei ihnen die Kunst des Regierens in der finstersten Dunkelheit befand. Das Überflüssige und die reichlichen Ausgaben sind die treuesten Begleiter des Friedens und des gedeihlichen Zustandes, und die Verteuerung der Waren ist das untrügliche Zeichen des Blühens einer Nation, und all dieses war der Weisheit eines höchst tugendhaften Königs zu verdanken. Deshalb hat - um gleich alles in einem zu sagen - der Münzhof den König Heinrich IV. ein Edikt gegen seine gute Regierung herausgeben lassen, und die unbedachten Stimmen der Mehrheit trieben ihn dazu, die unendlichen Wohltaten zunichte zu machen, die er Frankreich erwies und derentwegen ihn die Nation nach Verdienst als ihren Wiederbegründer und Vater ehrte. Gut ist, daß das Heilmittel nicht weniger frivol war als dasjenige, wovon man bei dem Übel geträumt hatte. Und daß es so war, ist bekannt; denn Frankreich, stets in Reichtümern anwachsend, sah die unaufhörliche Überflüssigkeit seiner Ausgaben immer mehr zunehmen.

Wenn jemand mich fragt, was der augenscheinliche Grund dieses Edikts sein könnte, dann werde ich ihm antworten, daß ich - nachdem ich darüber nachgedacht habe - kaum einen finden kann, aber es gab bestimmt einen solchen. Zunächst möchte ich bemerken, daß - wenn einer der Gründe schmerzt - er dennoch selten die Ursache erraten läßt, und immer dürfte als schuldig ein letztes Ereignis herangezogen werden, welches noch frisch in Erinnerung ist. Vielleicht gaben die Franzosen in Erinnerung an das alte Rechnen in Livres die Überstürzung an, womit Heinrich III. es verboten hatte, und auch weil sie sich beim gegenwärtigen Zustand unbefriedigt fühlten (wie es die Natur der Völker ist, schnell bereit, mehr zu erhoffen, als geschuldet wird, und weniger als notwendig zu erdulden), gaben sie dem Rechnen in Golddukaten alle Schuld, und im heißen Bemühen um Abschaffung erhitzen sie sich so, daß der König gezwungen wurde, ihrem Verlangen zu entsprechen und eine Änderung zu verkünden, die in sich nichts Nützliches enthielt und nur Schaden brachte.

Zweitens kann es sein, daß damals geglaubt wurde, was auch ich von vielen gelehrten Personen habe sagen hören, daß ein Anzeichen für den Reichtum einer Nation der hohe Wert des Geldes sei, in welchem sie rechne. Und dies, so glaube ich,

kommt daher, daß in unserer Zeit die Engländer sehr reich sind und daß sie in Livres Sterling rechnen, welches das beste Kontogeld ist, das von irgendeinem Volke gebraucht wird, und so mag es sein, daß sich aus diesem zufälligen Umstand eine allgemeine Regel entwickelte. Um die Leichtigkeit einer solchen Schlußfolgerung zu erkennen, muß man einfach an die Beispiele aus der Geschichte anknüpfen, und dann zeigt sich, daß Frankreich, ein gut regiertes Königreich, immer mit Livres, einem ziemlich billigen Geld, gerechnet hat, ebenso Genua und Venedig sowie Holland mit Florentinern. Jedoch - was noch wichtiger ist - Spanien, zur damaligen Zeit die größte und reichste Macht, rechnete mit Reali und den allerkleinsten Maravedis. Aber die Kleinheit des Geldes trug nichts zur Sparsamkeit bei; denn der Franzose gebraucht, wo hohe Preise erforderlich sind, auch heute noch die Louisd'or, Spanien die Pezze und die Doble, Florenz die Florentiner, Genua und Venedig die Zechinen, Deutschland die Taler und die Ungarn die Moscovia und die Rubel. Und dies zeigte sich noch mehr bei der Vorgängen im alten Rom. Es gebrauchte das sehr niedrige Geld der Sesterzen, ein Kontogeld, tauschte es aber nie ab, doch nachdem Rom zu soviel Macht und Reichtum emporstieg, daß immer mehr in Tausenden von Sesterzen gerechnet wurde, kam es zu dem Wort "mille", und so fand sich in einem Vertrag das größte Kontogeld erwähnt, welches jemals gebraucht wurde und das im Gewicht mehr als fünfundzwanzig von unseren Dukaten entsprach. Jetzt aber genug mit diesem gedanklichen Geld und Kontogeld! Von nun an werde ich über die Fehler sprechen, die das unmerkliche Vertauschen des Maßes der Dinge, das heißt des Geldes hervorbringt.

Was ich nun sagen möchte, ist des größten Nachdenkens wert; und sollte ich dem Umfang des Themas nicht entsprechen können und schwankend unterhalb seiner Bedeutung bleiben, so hoffe ich doch, daß meine Leser von der Stelle aus, wo ich anhielt, den kurzen Weg bis zum Ziel gehen werden.

Ein großes Erschwernis für die guten Taten des Fürsten sind die Proteste seines Volkes; nicht weil sie immer ungerecht wären, sondern weil sie nicht immer anzuhören sind. Es ist dies nichts anderes, als wenn die Seufzer des Kranken für denjenigen, der ihn pflegt, zuviel werden, zumal ja bisweilen es nicht die Krankheit ist, die ihn schmerzt, sondern das Heilmittel selber es ist, welches schmerzt. Gleiches gilt für die Obrigkeiten, denen die Pflege der politischen Körperschaften anvertraut ist; sie handeln klug, wenn sie nachforschen, welches die Ursachen für die Klagen der Untertanen sein könnten und welche Heilmittel angebracht wären. Und damit wir bei denen, die mit dem Geld zusammenhängen, keinen Fehler begehen, möchte ich aufzeigen, welche Erfahrungen wir oft mit ihnen machen, und da nicht von allen Leuten gewußt wird, daß die Gelder kein unwandelbares Maß sind, gibt es im Volke unbedachte Reden, denen die Magistrate ihr Ohr leihen, wobei Gesetze und Statuten formuliert werden, die zuweilen wenig ausgewogen sind und die sich manchmal (weil sie der Natur entgegenwirken) als bedrückend und hohnvoll erweisen. Auf vier beziffern sich die hauptsächlichsten Fehler:

- I. Während ein Land reich wird, breiten sich Klagen über Teuerung und Elend aus, die jedoch nicht zu sehen sind.
- II. Im Altertum waren die benachbarten Nationen neidisch, obwohl sie eigentlich Verachtung oder Mitleid verdient hätten.
- III. Man glaubt, daß der Fürst die Steuern erhöhe, während er manchmal nichts anderes tut, als die alten niedrigeren Gebühren anzugleichen.
- IV. Man tadelt als Luxus, als Faulheit und als eitle Künste, was besser als Wohlhabenheit, Sanftheit und Gewerbe zu bezeichnen wäre.

Viele Gelehrte haben geäußert, der Mensch sei von Natur aus ein unersättliches Tier, weshalb er oft lästig und unausstehlich erscheine. Daher komme, daß der Mensch von allen Dingen immer nur die schlechten Seiten sehe und mithin bald die Vorsehung, bald die Mitmenschen und bald sich selbst anklage und tadle, auch sich stets mit seiner Lage, welche es auch sei, unzufrieden erweise. Wahr ist, daß seine Taten nicht seinen Wünschen entsprechen, aber man muß ihn ja nach seinen Taten und nicht nach seinen Worten beurteilen. Deshalb möchte ich auf die fundamentale Regel hinlenken, daß der Mensch, wie sehr er auch in seinen Reden oftmals ungerrecht, unvernünftig und unüberlegt sein mag, dennoch in seinen Taten geregelt und

umsichtig ist, und wenn die Taten nicht von sich aus verständig sein sollten, dann entfernen sie sich doch selten von der Vernunft und der Wahrheit. Um herauszufinden, welches das beste Land sei, um darin zu leben, braucht man nicht auf irgendwelche Reden zu hören, sondern nur zu beobachten, wohin die Menschen gehen, wenn sie ihr Vaterland verlassen, wo sie sich niederlassen und Nachkommenschaft zeugen, und dieses Land ist dann das nämliche.

Während es die Auswanderer beklagten, die heimatliche Erde verlassen zu haben (wie so viele der Unsrigen verlauten ließen), bejammerten Väter die Armut ihrer Söhne, aber solange sie nicht sahen, daß sie aus der Fremde zurückkehrten und unverheiratet waren, brauchten sie ihnen keinen Glauben zu schenken. Überhaupt braucht niemand den Klagen über Elend irgendwelchen Glauben zu schenken. Wenn in einem Lande das Gewerbe blüht, wird es eher Gläubiger als Schuldner gegenüber den Nachbarländern. Daraus folgt: Nachdem sich das Land mit ihren Waren versorgt hat, zieht es darüber hinaus auch noch deren Geld an sich. Wenn ein Wachstum eingetreten ist und sich die Proportionen geändert haben, erscheint alles verteuert. Aber wenn sich die Waren verteuern, steigen entsprechend die Löhne, und alles andere nimmt zu. Über diese Teuerung beklagen sich alle wie über einen Mangel, und sie zeigen sich auch nicht erfreut oder gerührt über die Zunahme und die größere Leichtigkeit der Anschaffungen (da der Mensch unersättlich ist). Nur über die Kosten beklagen sie sich, indem das Geld hierfür an die Ausländer geht und nicht an die eigenen Bürger. Und diese Stimmen, die keineswegs die Sprache des ganzen Volkes sind, sondern nur die Sprache derer, die da glauben, mehr zu wissen als die anderen, reden mehr und sprechen zu jenen, die nicht wie sie zu sprechen wissen, und erteilen Belehrungen, wobei sie oft die Regierenden beeinflussen konnten, die Verordnungen und Gesetze herausbringen, welche sich als schädlich für die Prosperität erweisen und nur das Elend fördern.

Ich erinnere mich, daß ich oft Leute reden hörte, die Rom über Neapel stellen wollten, aber der Inhalt ihres Vortrags bestand nur aus dem Nachweis, daß die Preise für alle Dinge dort niedriger seien als hier in Neapel (wobei wir nicht entscheiden wollen, ob sie die Wahrheit sagten oder nicht), und sie merkten dabei nicht, daß sie - wenn es wahr ist - die Unterlegenheit Roms bewiesen. Es ist durchaus möglich, daß sich diese Redner sehr rasch widerlegt sähen, wenn man sie fragte, ob sie wüßten, daß in den Städten der Marken und der Abruzzen alle Arten von Dingen billiger seien als in den beiden Hauptstädten, und daß man aus diesem Grunde argumentieren müßte, daß die Städte dieser Regionen den Städten Neapel und Rom vorzuziehen seien; denn - wie allgemein gesagt wird - Rom bleibt die mittlere Proportionale zwischen Neapel und den Abruzzen. Und der Irrtum dieser Leute ist so verbreitet, daß auch im Geiste der Verständigsten sich als Mahnung festsetzt: Es macht nichts aus, daß man in Rom die Fülle der Milchprodukte, der Artischocken und der Jagdbeute bewundert; denn selbst brachliegende Felder, die Dornen und die Tiere der Wälder würden einer Hauptstadt zur Ehre gereichen. Man kann im Gegenteil schlußfolgern, daß der hauptsächlichste Wert der Dinge am sichersten ermittelt wird, wenn wir erforschen, wo sich die hauptsächlichsten Reichtümer befinden, welche selbst die berühmtesten Männer erwähnen; und weil die Menschen immer dahingehen, wo sie besser leben können, so muß man anerkennen, daß dort die beste Regierung ist, ebenso ihre Tochter, die Glückseligkeit. Dies gilt gleichermaßen für London und Paris, wo alles teurer ist, aber diese Städte erleiden deswegen keine Verminderung. Wahr ist auch, daß unser Jahrhundert besser ist als die vergangenen Epochen.

Um aber zu entdecken, woher dieser allgemeine Gewinn kommt, muß man in Betracht ziehen, daß jedes Beschwernis den Preis der Dinge erhöht, jedoch mit dieser Einschränkung, daß die eine Verteuerung das Geld plötzlich austrocknet, die andere es sich vermehren läßt. Der Grund hierfür besteht darin, daß bei den Beschwernissen (die alle nichts anderes sind als der Mangel an heimischen Produktionen) ein Land mehr nimmt, als es gibt und daß das Geld somit weggeht. In Zeiten der Prosperität läßt die größere Industrie das Geld eintreten, und dann ist der hohe Preis nützlich, weil mehr Geld hereinkommt. So ziehen die Manufakturen Englands durch ihre perfekten Produkte, die von allen um die Wette gekauft wer-

den, das Geld nach England. Wenn man dort mit weniger Kosten leben könnte und alles billiger wäre, dann zöge man weniger Geld ins Land. Also ist es gut, daß man in England teuer lebt.

Um diese Teuerung infolge von Beschwernissen von derjenigen infolge von Prosperität zu unterscheiden - was für die Regierenden eine höchst nützliche Kenntnis wäre -, hier sind die Zeichen!

Die Teuerung infolge von Knappheit ist von kurzer Dauer und wird von einer großen Verbilligung gefolgt. Die Teuerung infolge von Prosperität verstärkt sich immer mehr und dauert an. Der Grund hierfür ist, daß in den Jahren, wo Krieg, Pest oder Unwetter die Ernte schädigen, die Zahl der Verkäufer im Vergleich zur Zahl der Käufer abnimmt; deswegen steigen die Preise an, und viele Leute verarmen. Verarmt wie sie sind, wird es ihnen dann unmöglich, irgend etwas Teures zu kaufen, und sie leben entweder von nichts, oder sie verlassen das Land, und auf jeden Fall vermindert sich hierdurch die Zahl der Käufer. Daraufhin schreiten die Verkäufer, die es ja auch nötig haben zu verkaufen - und manchmal sogar sehr -, zum Verkauf ihrer Waren zu dem Preis, der ihnen gerade möglich ist. So sinken die Preise, aber die Armut und das Elend bleiben.

Außerdem: Wenn ein Land keine eigenen Früchte erntet, sie also aus der Fremde beschaffen und die Kosten hierfür mit Geld bezahlen muß, welches außer Landes geht, so wird sich alles verbilligen, weil sich das Geld infolge seiner Knappheit verteuert. Aber in der Prosperität erhöhen sich wiederum die Preise durch den schnelleren Umlauf des Geldes, und dieser - da er sich nicht von der Fülle unterscheidet - dauert nicht nur an, sondern lockt auch noch Leute aus der Fremde wegen der Hoffnung auf Gewinn herbei.

Dies erbringt aus sich selbst neue Reichtümer, und immer mehr steigen die Preise an, weil Geld reichlich vorhanden ist. Jetzt scheint es angebracht zu sein, die Ursache zweier Vorgänge zu erklären, die nicht selten sind, obwohl sie ungewöhnlich sein mögen. Der erste Vorgang ist jener, der sich vor wenigen Jahren bei uns ereignet hat. Es wurde damals wenig Getreide geerntet, und alle Leute erwarteten einen sehr hohen Getreidepreis. Aber da unglücklicherweise die Oliven verdarben, fiel das Getreide - anstatt teurer zu werden - im Preis und hielt sich in diesem Gefüge, während sich ansonsten Klagen und Streitigkeiten im gesamten Bereich der Teuerung ausbreiteten. Der Grund für diesen unvorhergesehenen Zwischenfall besteht darin, daß - da ein hauptsächlichlicher Gewerbezweig mißglückt war - sehr viele Leute jetzt keine Arbeit bei den Oliven fanden und sehr verarmten. Der arme Mann kann aber, selbst wenn er wollte, teure Dinge nicht bezahlen. Also wurde es nötig für die Verkäufer des Getreides, die nicht weniger bedürftig waren, sich der Kaufkraft der Abnehmer anzupassen, und es war ihnen nicht möglich, aus der knappen Ernte Nutzen zu ziehen. - Ein entgegengesetzter Zwischenfall hat sich in diesem Jahr ereignet, welches insgesamt außergewöhnlich fruchtbar gewesen ist. Man erwartete sehr niedrige Preise, aber solche haben sich nicht gezeigt, und das kommt von derselben Fülle, die den Bedarf verjagte, den alle Leute vorhergesehen hatten. Wer keinen Bedarf hat, verkauft nicht und wartet auf bessere Zeiten, und wenn keine Woge des Verkaufs zu verzeichnen ist, dann stürzen auch die Preise nicht. Und so zieht die Knappheit manchmal den niedrigen Preis nach sich, und die Fülle den teuren.

Um nun zum Schluß zu kommen, bitte ich meine Mitbürger, daß sie - indem sie sich an die Wahrheit und nicht an das Trugbild der Meinungen halten - dem Gedanken zustimmen mögen, daß die Gegenwart eines eigenen Königs bei uns in bestimmter Weise die Dinge verteuerte und eine gewisse Üppigkeit der Kosten herbeiführte, die eine Tochter der Wohlhabenheit und des sehr schnellen Geldumlaufs ist, und daß sie - nicht mit Neid, wohl aber mit den Augen der Mißbilligung - auf die Zeit zurückblicken mögen, da wir noch Provinz waren und die Lebensmittel im Preis niedrig lagen, weil uns das Geld von dem fernen Hof weggezogen wurde. Ich bitte inständig jene, die sich um unsere Versorgung kümmern, sich nicht von den unüberlegten Meinungen des Volks verleiten zu lassen, welche gegen sich selbst und ihresgleichen albern schäumen, indem sie eine chimärische Wohlhabenheit verlangen,

die nichts anderes als Armut ist, und es mögen auch die Verantwortlichen, wenn sie die Preise über Gebühr niedrig halten, nicht einen unschuldigen Teil des Volkes unterdrücken, der beschäftigt ist, uns zu ernähren, und - indem sie dessen geringe Gewinne zerstören - uns in die Armut und den Hunger zurückführen, wobei sie den Geizhalsen jenes Geld zum Sparen überlassen, das zu nichts anderem gut ist, als für Unnötiges weggeworfen zu werden.

Der dritte Irrtum gehört zu jenen Handlungen, von denen schon gesagt wurde, daß sie ebenfalls sehr gefährlich sind, weil sie ungerechterweise den Fürsten der Tyrannei anklagen. Hier wird behauptet, daß alle Fürsten die Steuern erhöhten, und dies erscheint dem Volke als Unterdrückung und Knechtschaft, aber vielfach ist dieses Argument falsch. Und warum? Die Steuern werden gewöhnlich in einer bestimmten Geldsumme ausgedrückt, immer ins Verhältnis gesetzt zum Preis der Waren und zum Bedarf des Staates, und dieser besteht aus den Besoldungen, die der Fürst zahlt. Wenn sich das Geld vermehrt, dann werden sich die Besoldungen erhöhen. Es bleibt nicht - wenn die Preise der Waren ansteigen - dieselbe Proportion zwischen dem Wert der Ware und den Steuern, und dies zwingt den Fürsten, die Steuern auf die neue Proportion zu erhöhen, wenn er nicht finanziell zugrunde gehen will. Jedoch ist dies keine wirkliche Erhöhung, sondern nur eine Angleichung. Zur Zeit von Alphons I. wurden unsere alten Steuern sämtlich abgeschafft und auf eine Abgabe von 15 Carlini je Haushalt gesenkt; heute bezahlt man außer der Salzsteuer 25 Carlini je Haushalt. Die Schreihälse loben neidvoll die alten Zeiten und lamentieren über die jetzigen. Elende Kerle sind sie! Es kann klar bewiesen werden, daß das Geld heute fast siebenmal weniger wert ist als früher; also stellen sich die 15 Carlini heute auf über 100. Kein Wunder, wenn zur Abgabe je Haushalt jetzt die Steuern hinzukommen! Ohnedem vermöchte das Königreich nicht die notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Man bedenke auch die unmerkliche Veränderung des innewohnenden Wertes! Und doch, wie sehr war dieser Irrtum in den Seelen vieler Leute verwurzelt! Es zeigte sich dies in dem wütenden Tumult des Volkes von 1647, als die Menge unbedachterweise forderte, daß die neuen Steuern abgeschafft würden, und es blieben nur jene von Alphons I., die Karl V. bestätigte. Es standen auch weniger Schuldige als Narren hinter einer Forderung, die den Schaden und den Ruin derer, die solches verlangten, begrenzte. Gewiß rührten die beklagenswerten Mißfolge dieses armen Königreichs nicht alle von den Steuern her, sondern weil das Land den Ansprüchen der spanischen Monarchie unterworfen war; es gab mehrfache Gründe, jedoch ist es jetzt nicht an der Zeit, sie aufzuzählen. Aber da wir von den Steuern unmerklich zu sonstigen Erörterungen gelangt sind - obwohl ich diesen Teil erst in einem anderen Werk über die gesamte, bisher kaum behandelte Kunst des Regierens vortragen werde -, so möchte ich jetzt nicht weiterschreiten, ohne das zu sagen, was zum vorliegenden Thema paßt.

(Ende des Zweiten Buches, zweites Kapitel, I.)

## II. Abschweifung über die Steuern. Ihre Natur, und warum sie manchmal schädlich sind

(Worin das Mißliche bei den Steuern besteht - Schlechter Gebrauch der Steuern - Durch welche Mittel und mit welchen Anzeichen ein Staat niedergeht - Natürliche Wirkungen des Niedergangs - Das erste Zeichen des Niedergangs, nämlich die Teuerung, ist dem ersten Zeichen des Aufschwungs ähnlich.)

Die Steuer ist ein Anteil am Vermögen der Privatleute, den der Fürst nimmt und dann wieder zurückgibt. Wenn der Anteil an diejenigen zurückgelangt, die ihn gegeben haben, und wenn er auch dem gesamten Vermögen der Privatleute gleich wäre, so würde er niemandem schaden oder nützen. Also ist die Steuer ihrer Natur nach weder schädlich noch nützlich. Wenn jedoch die Steuer jenen, die sie bezahlt haben, nicht zurückgegeben wird, dann schadet sie einigen und nützt anderen. Ferner: Wenn jene, denen die Steuer gegeben wird, die Guten im Lande wären, dann würden durch den Gebrauch, welchen man von den Steuern macht, die Schlechten

bestraft und die Guten belohnt. Also kann die Verwendung der Steuern die höchste und unbegrenzte Nützlichkeit in sich bergen. Zwar unterbricht die Steuer diesen Vorteil, aber sie vergrößert ihn auch; denn um so höher die Belohnung der Arbeit-samen und Rechtschaffenen wird, desto mehr verstärkt sich die Strafe der Faulen, Unruhestifter und Unwürdigen. Demnach bewirken die Steuern durch ihre Größe nichts Schlechtes. Ihr ganzes Übel besteht nur aus drei Punkten: entweder sind sie nicht allgemein oder schlecht veranlagt oder schlecht verwendet und verteilt. Im ersten Falle würden alle die Faulen nicht belastet. Es fehlte eine ausreichende Belohnung für alle Ordentlichen, und der Staat hätte mit größerer Mühe einen geringeren Ertrag. Es ist dies nichts anderes, als ob man einem Pferd die Hälfte der normalen Last auf die Ohren legte und sie befestigte; sie würde schließlich herunterfallen. Dieses Mißverständnis ist das häufigste Übel in den schlecht veranschlagten Jahrhunderte. Solche Steuern können zuweilen unangemessen sein und die Gewerbe stören, auch kann dies die Ursache von so vielen Übeln werden, daß man es kaum mit Worten auszudrücken vermag, weil jeder sieht, daß - wenn ein Fürst die Hälfte des Vermögens wegsteuert, aber den Privatleuten die Freiheit und die Möglichkeit gibt, solches zu erwerben - er die Untertanen weniger belastet als einer, der nur einen ganz kleinen Teil vom Vermögen nimmt, aber den Untertanen die Mittel beschneidet, irgend etwas zu erwerben. Es ist dies, als ob man bei einem Pferd, welches ein schweres Gewicht mit Leichtigkeit an einer Leine zieht, die ihm über die Brust geht, jetzt die Leine um die Beine legte; dann würde nicht nur jenes kleine Gewicht, sondern die Leine selbst das Pferd unbeweglich machen oder es gar zu Fall bringen. - Schließlich rührt der Niedergang eines Staates vom Gebrauch der Steuern her, wenn sie vom Fürsten dazu verwendet werden, die Könige, die Unwürdigen und die Faulen zu belohnen; oder es genügt schon, sie steuerfrei leben zu lassen, während die Ehrlichen gezwungen sind, die Steuern zu bezahlen, gleichsam als ob die Steuern außerhalb des Staates verwendet oder den Ausländern gegeben würden. Ich nenne "Ausländer" jene, die außerhalb wohnen oder die in ein Land kommen, damit sie sich bereichern, um anderswohin zu gehen; aber jene, welche außerhalb des Landes geboren sind und in dasselbe kommen, um sich dort niederzulassen, verdienen mehr als die Einheimischen Liebe und Zuneigung; und jenes Land, welches mehr als andere solche Menschen an sich zieht, wird mehr als die anderen mächtig und glücklich sein. Auf solchen Ausländern beruht die ganze Stärke Hollands, vormals elend und sumpfig, ebenso die Kraft Preußens, auch die Gewerbe und die Kultur Moskaus, ferner liegen hier die ersten Ursachen der Wohlhabenheit, die Neapel heute erlebt; denn es hat sich gezeigt, daß dort, wo zuerst wenige Ausländer verarmten, heute viele, die von überallher kamen, das Land zum Aufblühen bringen. Jene führten ihre Reichtümer - obgleich ehrlich erworben - von uns weg, diese aber holten zu den eigenen Gewinnen ihre väterlichen Erbteile aus der Ferne herbei, und die Vermögen ihrer Ahnen - groß oder klein -, die hier verausgabt werden, sprudelten hervor.

Von ihnen gilt, was ich schon von den Steuern gesagt habe, daß sie - ob groß oder klein - weder Gutes noch Schlechtes bedeuten, sondern sowohl die eine als auch die andere Wirkung hervorbringen können. Indessen zeigt sich immer mehr, daß die Klagen über die anwachsenden Steuern - mögen sie falsch oder richtig sein - ungerecht sind, weil die Steuern, nur in sich betrachtet, niemals dazu beschaffen sind, schädlich zu sein.

Bevor wir schließen, möchte ich sagen, wie und durch welche Mittel ein Staat nidergeht und einstürzt, auch wie sich die wahren Anzeichen des Übels von den trügerischen unterscheiden. Die Reichtümer eines Staates sind der Boden, die Häuser, das Geld; die Tiere werden unter den Früchten der Erde aufgezählt, da die Viehweiden keine anderen Früchte als Tiere hervorbringen. Alle diese Reichtümer entwickelt der Mensch und verzehrt sie; er ist derjenige, der sie zu Reichtümern macht, und darum möge es nicht verwunderlich erscheinen, wenn von mir der Mensch selber als einer der Reichtümer betrachtet wird. Also ist er der einzige und wahre Reichtum. Nun sind von diesen Dingen - vier insgesamt - die beiden ersten unbeweglich, die übrigen zwei beweglich. Dem Gelde ist es leichter als dem Menschen, ins Ausland zu gehen. Das Geld läßt beim Hinausströmen aus einem Orte

dortselbst andere, für den verarmten Staat notwendige Handelswaren eintreten. Aber wenn die Menschen ihr Land verlassen, so verlieren sie immer einen Teil ihres Besitzes; denn sie hinterlassen ihre Ländereien und ihre Häuser, ihre Verwandten, ihre Ehrenstellungen und das ganze Vaterland, nur das Geld können sie mitnehmen. Wenn viele das Land zusammen verlassen wollen, verwandeln sich die Häuser und die aufgegebenen Ackerböden, indem man sie verkauft, in Geld von gleichem Werte. Es ist der Mensch weniger beweglich als das Geld. Die Böden und die Gebäude sind gänzlich ungeeignet, bewegt zu werden; nur dadurch, daß man Gebäude errichtet oder niederreißt und indem man Äcker bebaut oder brach liegen läßt, kommt einzig und allein Bewegung hinein. Es verliert ein Staat demnach seinen gesamten Reichtum, wenn das Geld (unter welchem Namen alle beweglichen Werte verstanden seien) weggeht. Dann wandern die Menschen ab oder sie ergeben sich dem Tode und zeugen keine Nachkommenschaft mehr; die Gewerbe gehen zugrunde, und die Ländereien verwildern. Die Regeln, nach denen sich die Dinge in der Zukunft entwickeln, sind genau wie oben gesagt: Die unterschiedlichen Beweglichkeiten müssen ihrer Natur nach berücksichtigt werden.

Die Ursache all dieser Übelstände ist die Teuerung. Sie entsteht manchmal aus den Unbilden der Witterung, doch ist diese Ursache nur die geringste. Es dauern nämlich - von einigen sehr seltenen Beispielen abgesehen - die schlechten Perioden niemals mehr als drei aufeinander folgende Jahre an, und falls sie länger andauern sollten, so ist es, weil in den vergangenen Notzeiten die verarmten Bauern nicht viel aussäen konnten, und wenn nicht viel ausgesät wird, kann nichts geerntet werden. Mitunter rührt auch die Teuerung von den Seuchen unter den Menschen her, aber diese Strafe ist, wie wir aus der Erfahrung wissen, weniger dem göttlichen Zorn als der menschlichen Nachlässigkeit zuzuschreiben, und die guten Regeln der Verwaltung wirkten darauf hin, solches immer seltener werden zu lassen. Auch die Tierseuche verursacht Teuerung, und diese - gewissermaßen zum Ausgleich für die menschlichen Seuchen - trug dazu bei, ihnen Einhalt zu tun. Oft fand sich die Tierseuche in diesem Jahrhundert bei uns ein, ohne daß man ihr etwas entgegensetzen wußte. Aber der Krieg ist der größte aller Übelstände, die sich stets unter seinem Namen zusammenfügen; er ist die Hauptursache der Teuerung und des Niedergangs eines Landes, und weil er insgesamt von den Menschen abhängt, so ist der Krieg ein Übel, wogegen es kein Abhilfemittel gibt; denn niemand vermag die Menschen von ihren Leidenschaften zu heilen.

Solange das Geld aus einem Orte hervorkommt, brauchen sich die Menschen nicht zu bewegen, weil die Veranlassung dazu fehlt; aber wenn es schon zu einem großen Teil abgeströmt ist und das Vaterland keine anderen Perspektiven bietet als Luxus oder Elend, dann wandern die Menschen ab, und die ersten sind jene, die nicht viel hinterlassen, nämlich die Händler und die Künstler, dann folgen die Handarbeiter.

Diejenigen, die bleiben, können sich wegen ihrer Armut keine Frau nehmen und beschleunigen durch ihren Tod die Entvölkerung. Außer dem bereits Gesagten kann die geringe Volksvermehrung entweder verursacht sein durch die Grausamkeit der Regierung - wie im Orient - oder durch die ungleiche Verteilung der Reichtümer - wie in Polen - oder durch den Aberglauben - wie in Afrika, wo die Frauen barbarisch durch ihren eigenen Tod den des Gatten begleiten - oder durch grausame Sitten wie in den Ländern mit vielen Serails und Eunuchen. Und wenn erst einmal die Menschen vermindert sind, dann gibt es keinerlei Hilfsmittel gegen den Ruin des Staates; vor allem kann die Invasion eines äußeren Feindes die Versklavung und die Zerstörung beschleunigen.

Wie sich ergibt, gleicht keines der Zeichen des Elends denjenigen eines blühenden Staates, es sei denn daß in Notzeiten das Geld zumeist aus den Taschen herauskommt, worin es eingeschlossen war, und alles verteuert sich, ebenso wie in guten Zeiten, wo das Geld mit voller Kraft hereinkommt. Aber hiernach ändern sich alle Zeichen. In widrigen Perioden herrschen diejenigen, die ich oben beschrieben habe, in freundlichen Perioden die entgegengesetzten. Wenn jemand sie in ihrem Wirken sehen will, so braucht er nur auf unser Königreich zu schauen, wo sich heute alle zusammenfinden. Und dies ist nicht der Tugend des Volkes, sondern dem Fürsten

geschuldet; denn es ist niemals das Verdienst der Untertanen, daß sie ein Gewerbe haben; erst recht liegt nicht in ihrer Faulheit und in ihrem Müßiggang der Grund. Ebensovienig sollte man der Volksmeinung folgen, wodurch manchmal die Nationen der Lasterhaftigkeit, der Nachlässigkeit und der Schlechtigkeit bezichtigt werden. Die Schuld liegt nicht bei den Leuten, weil es in der Natur der Untertanen liegt, daß sie sich - nachdem sie einer schlechten Regierung durch Ungehorsam vergeblich widerstanden haben - jetzt in Dummheit hüllen. Hierdurch erlangen sie eine sichere und uneinnehmbare Position und werden dem Fürsten so nutzlos, als ob sie Rebellen wären, und der Fürst würde so schwach, als ob er gar keine Untertanen hätte. Die Erfahrung zeigt, daß der Mensch im Leiden stärker ist als im Handeln, daß - wer unterdrückt und duldet - erst jenes und dann dieses hergibt und daß sich - da seine Eroberer auch untätig sind - die Lehre herausstellt, wovon nicht nur die antike Geschichte voll ist: daß nämlich in der amerikanischen Geschichte die Wahrheit zutage tritt, wie sie in ihrer brutalen Unempfindlichkeit - anders als in ihren alten Künsten - jedes Gewerbe der Europäer gezähmt und gebändigt haben. Auf diese Weise entzogen sie sich gewissermaßen dem Joch, welches ihre wehrlose Tugend ansonsten nicht hätte abschütteln können.

Weiter folgt, daß eine Nation durch die häufigen Schläge, die sie bekommt - sowohl im Guten wie im Bösen - immer unvernünftiger wird, je mehr sie ihre Kraft gebrauchen muß, so wie man mit Gewalt einen Hund bändigt, den man zuvor durch Stockschläge verschreckt hat.

Und damit mag genug gesagt sein von der Täuschung, die sich aus der Unkenntnis über die Bewegungen des Geldes ergibt. Es ist jetzt an der Zeit, von diesen Bewegungen genauer zu berichten, und zwar besonders mit Hinblick darauf, aus welchen verschiedenen Metallen die Gelder gemacht sind.

(Ende des Zweiten Buches, zweites Kapitel, II.)

Viertes Kapitel. Von der gerechten Wertschätzung der Edelmetalle und des Geldes und um wieviel mehr das Übermaß als das Wenige schadet - Der wahre Reichtum ist der Mensch

(Die Zahl derer, welche die edlen Metalle überschätzen, ist größer als die Zahl derer, welche unterschätzen - Falsche Lobsprüche für Gold und Silber - Definition des Reichtums - Der Reichtum bestimmt sich immer zwischen den Personen und den Dingen - Falsche Schlußfolgerung, wonach die Metalle durchaus unnützlich seien - Falsche Hoffnung auf den verborgenen Besitz von viel Silber und Gold - Im gesamten Ablauf der Geschichte verlor immer derjenige an Reichtum, der gegen ärmere Nationen kämpfte - Dasselbe geschah in den jüngsten Jahrhunderten - Gründe hierfür - Das Gold ist nicht der wahre Reichtum eines Landes - Der wahre Reichtum ist der Mensch - Die Beziehungen von Mensch zu Mensch erweisen sich als vorzüglich und nützlich - Loblied auf die chinesische Regierung - Wie und in welchem Ausmaß die Bevölkerung anwachsen kann - Überlegenheit der Landwirtschaft über den Handel.)

Es gibt ein vulgäres Sprichwort, daß das Gerechte stets in der Mittel zwischen dem Zuviel und dem Zuwenig liege. Nun hat das Geld jetzt und zu allen Zeiten sowohl ungerechte Verachtung als auch feige Vergötterung erfahren. Aber diese beiden Klassen von Menschen sind keineswegs zahlgleich: die eine besteht aus den wenigen Gelehrten und anderen wenig Zahlreichen, maskiert in einem achtenswerten Gewand, die andere umfaßt nahezu den gesamten Rest der Menschheit und oft auch jene, die das Geld verachten. Ähnlich sind auch solche nicht zahlgleich, welche die Konsequenzen dieser nicht gerechten Meinungen fürchten; denn die ersten, die sich der Menge nicht mitzuteilen vermögen, richten keinen Schaden an, die anderen jedoch sind die Ursache mehrerer Übelstände und Irrtümer, die den

Ruin der Staaten nach sich ziehen. Nur durch dieses Ereignis, welches das Schlimmste ist, lassen sie sich wahrnehmen. Weil ich mir vorgenommen habe, für die Nützlichkeit und die Notwendigkeit des Geldes zu streiten und die gerechten Grenzen hierfür festzusetzen, und damit die Menschen - die ihren weitverbreiteten Irrtum aufgeben, wonach sie den Schein für die Dinge nehmen, die Instrumente für das Werk - erkennen, daß die edlen Metalle Luxusgüter und nicht Gebrauchsgüter sind, möchte ich sagen: Geld ist nicht Reichtum, sondern Abbild und Instrument für seinen Umlauf; daher mag es rühren, daß es manchmal erscheint, als ob sich der wirkliche Reichtum vergrößere, und dies vollzieht sich unendlich oft, ist aber nicht wahr. Es ist solches nicht verschieden vom Verhalten eines Mannes, der geschwind eine brennende Fläche um sich selbst dreht und dadurch dem menschlichen Auge vorspiegelt, daß er einen allseitig feurigen Körper in der Hand hätte. In Wirklichkeit täuscht die rasche Umdrehung dem menschlichen Auge nur eine doppelte Anwesenheit vor.

Daß die Volksmenge das Geld den Nerv des Krieges nennt, das Fundament jener Macht, das zweite Blut des Menschen und die Hauptstütze des Lebens und der Glückseligkeit, kann man mit ihrer Unwissenheit und mit ihrer Verwechslung von Schein und Wirklichkeit entschuldigen. Aber daß der Regierende in den gleichen Irrtum verfällt, kann keinesfalls geduldet werden wegen des Schadens, der daraus entstehen kann. Der Reichtum des Sardanapalus, des Krösus, des Darius und des Perseus wurde wegen dieses Irrtums aufgeschätzt. Aber weil sich die Fürsten nicht klarmachten, daß der Krieg mit den Menschen und mit Eisen geführt wird, aber nicht mit Gold, und weil sie sich auf dieser Idee ausruhten, wurden sie gerade durch diejenige Sache beraubt, welche sie zu ihrer Verteidigung angehäuft hatten.

Um die Größe jenes vulgären Irrtums aufzuzeigen, genügt es zu definieren, was der Reichtum ist, und es wird sich erweisen, ob der Besitzer von Geld sich immer so nennen darf. Reichtum ist der Besitz irgendeiner Sache, die von anderen mehr begehrt wird als vom Besitzer.

Also sage ich, weil jemandem viele Dinge sehr nützlich wären, er sie aber leider nicht kennt, daß man ihn deswegen nicht arm nennen darf und auch denjenigen nicht reich, der sie besitzt; so sind viele Dinge entweder unnütz oder schädlich, aber machen - indem sie von vielen Leuten begehrt werden - jenen reich, der sie hat.

Aus dieser Definition geht hervor, daß der Reichtum eine Beziehung zwischen zwei Personen ist, und wenn man alle Menschen betrachtet, so ist jeder ungleich reich. Außerdem bestimmt nicht die einfache Menge der gewünschten Waren, sondern ihre Vielzahl das Maß des Reichtums, und wer die nützlichsten Sachen hat, ist reicher als derjenige, der die wenigen nützlichen Dinge besitzt. Nun aber sind in der Reihe der nützlichen Dinge erstens die Elemente zu nennen; also ist der Mensch von allen Dingen dem anderen Menschen am nützlichsten, dann folgen die Lebensmittel, später die Kleidung, darauf die Wohnung und zum Schluß jene geringeren Waren zur Befriedigung der zweitrangigen Bedürfnisse des Menschen. In diese Klasse gehören die Metalle, wenn sie noch nicht von ihrem Gestein befreit worden sind; auch sie sind nützlich, aber weniger als der Mensch. Wenn also Cirus, Romulus und Alexander mehr Menschen hatten oder - besser gesagt - mehr als Krösus und Perseus und Darius, die auch sehr reich waren, aber nicht glücklich zu siegen, dann bleibt seltsamerweise der Stärkere siegreich. Es ist ein Irrtum anzunehmen, derjenige sei der stärkste, der das meiste Geld besitze. Die Römer hatten kein ständiges Glück, wohl aber eine ständige Überlegenheit an Stärke. Zufall und Glück sind Worte, die aus unserer Unwissenheit geboren sind; in der Natur findet man sie nicht. Wir nennen unsere Armseligkeiten Zufall; es sind diejenigen natürlichen Regeln, die wir nicht zu entschlüsseln vermögen und wodurch wir unsere verschiedenartigen Absichten ausdrücken. Deshalb wird der Weise von den Dummen immer glücklich genannt. Ich glaube nicht, daß diese Stimmen für uns schädlich und für die Vorsehung die uns regiert, kränkend sind.



Also ist es auch nicht wahr, daß Gold und Silber durchaus unnützlich seien; aber sie sind dennoch nicht würdig, Herrscher von allem und Meister des Glücks genannt zu werden. Im Vergleich hierzu verweisen wir auf das Öl und den Wein. Diese Reichtümer sind gewiß nicht unnützlich, aber niemals werden sie als Herrscher und Meister bezeichnet. Die edlen Metalle sind Luxuswaren; der Luxus entspringt jenem prosperierenden Zustand, in dem die ersten Bedürfnisse leicht befriedigt werden, und wenn wieder die Notlage eintritt, stirbt der Luxus.

Übrigens ist der Reichtum nicht schätzbar und keineswegs ein Schutz gegen Unglücksfälle. Ferner: Wieso kann man Reichtum nur dasjenige nennen, was ein solcher in Glückszeiten ist, aber etwas Unnützes im Elend? Welches Vertrauen kann man überhaupt in den Reichtum setzen?

Und doch sieht man, daß viele Nationen es tun. Den Portugiesen gefällt es, daß die Sakristeien ihrer Kirchen fast wie ein Silberladen aussehen, und dieses Silber betrachten sie als ein Heilmittel gegen jede Not. Wenn sie je in Bedrängnis sein sollten (und ich bitte den Himmel, daß dies nie geschehen möge), dann würden sie gewahr werden, was jenes Metall wirklich wert ist. Sie glauben, es in Geld umwandeln zu können. Ich weiß nicht, ob sie Zeit haben werden, es zu tun. Aber selbst wenn sie Zeit hätten, so weiß ich nicht, ob sie es vermöchten - ebenso wie sie das Silber in Geld verwandelten -, nun auch das Geld in Menschen und in Brot zu verwandeln, und wenn sie das nicht vermögen, dann gibt es für die Not kein Heilmittel.

Privatleute können sich auf ihr Geld verlassen, weil ihre Mißgeschicke meistens nicht mit denen anderer Menschen verknüpft sind, aber die Staaten können dies nicht. Kleinere Mißhelligkeiten heilt ihnen das Geld, jedoch die großen Unglücksfälle eines Staates belasten die Menschen stärker, weil der Staat sie bald von den Feinden, bald von seinen eigenen Hilfsmitteln berauben läßt.

In der Schlacht von Ghiera d'Adda hatten die Venezianer ihren Staatsschatz noch wohlgefüllt, aber sie verloren ihren ganzen Staat, ohne daß sie von ihm verteidigt werden konnten, und der Schaden, den ein wohlbezahltes Heer verursacht hatte, wurde dann ausgeglichen durch die Tapferkeit jener Edelleute, die Padua verteidigten und der Republik keine Kosten machten.

Ich müßte fürchten, meine Leser mit diesen Selbstverständlichkeiten zu langweilen, wenn ich nicht sähe, daß durch eine falsche Überzeugung zahlreiche Fehler begangen werden und daß unendlich viele Leute das Geld als den Nerv des Krieges bezeichnen. Es ist eine sonderbare und fast unglaubliche Sache, daß sich diese Meinung in den Gemütern der Menschen immer noch hält, obwohl es in der Geschichte von zweitausend Jahren kein Beispiel von reichen, aber unkriegerischen Nationen gibt, daß sie eine arme Nation zerstört hätten, jedoch im Gegenteil viele Beispiele bekannt sind, daß reiche Nationen von den armen ausgeplündert wurden. Die Reichtümer Babylons fielen an das unbemittelte Medien und das wilde Persien. Diese bereicherten sich durch gewaltige Kriegsbeute, verloren aber alle ihre Kraft und Tugend.

Darauf zerstörten die Thraker und die Griechen, beides sehr arme Völker, die Waffen des Darius und des Xerxes. Ihre Nachfolger wären niemals über Griechenland siegreich gewesen, wenn sie nicht die Städte Kleinasiens wieder mit Gold und Tyrannen angefüllt, Sparta verderbt und Athen gewissermaßen gekauft hätten. Damals begannen Theben und die archaische Liga ihren Aufstieg, und es zeigte sich, daß die Soldaten und ihre Tapferkeit mehr wert waren als die Gelder und die Künste Athens.

Kurze Zeit später führte das arme Mazedonien einen Krieg gegen das alte persische Imperium, trat mit Eisen dem Gold entgegen und zeigte auf, in welchem der beiden Metalle die größere Kraft steckte und daß das Eisen dem Golde bis nach Indien folgte, wobei das Gold es nicht vermochte, das Eisen abzuschwächen, sondern es im Gegenteil immer mehr antrieb. Aber kaum daß Alexander gestorben war, brachten die Reichtümer ihre eigentliche Wirkung hervor, die man erwarten durfte, nämlich daß sie die Kriegswaffen entnervten.

So konnte Rom, welches - stets arm lebend - sowohl das reiche Sizilien als auch das sehr üppige Karthago unterworfen hatte, nun auch noch das Reich Alexanders verschlingen, das von seinen Nachfolgern geteilt worden war. Alsdann verfiel dieses in Schwäche; die Reichtümer bildeten den Schlußpunkt seiner Größe.

Nur einige nördliche Regionen, die wegen der Unmenschlichkeit der dortigen Völker nichts von den Schätzen Asiens erhalten hatten, vermochten halbwegs die militärische Kraft aufzubringen, welche dieses verwüstete Imperium zum Erliegen führen sollte.

Auch in den jüngeren Jahrhunderten fehlt es nicht an solchen Beispielen. Die Tataren haben China, Indien, Persien und die sarazenische Macht gezähmt. Die Schweizer sind das ärmste, aber das tapferste Volk. Den Spaniern hätte die größte Anerkennung gebührt, jedoch nach der Entdeckung Amerikas hielten sie das Geld für den Nerv des Krieges und vermochten nicht zu begreifen, weshalb ihre Heere von jedem geschlagen wurden. Von allem Nützlichen - außer dem Gelde - hatten sie sich entledigt, und es war ihnen nicht bewußt, daß das Geld - wenn man eine Niederlage befürchtet - keine Soldaten findet noch Brot zum Leben, und wie im Gegenteil jene, die mit Waffen umzugehen wissen, jetzt mit Gold nicht mehr zu kaufen sind.

Ich möchte keine weiteren Beispiele anführen, weil sowohl die Vereinigten Provinzen gegen Spanien als auch Schweden unter den beiden Gustav sowie die Schweizer gegen die italienische Liga und gegen den Herzog Karl von Burgund, genannt der Kühne, auch vor kurzem die Ungarn sowie die Iren und in unseren Tagen die Korsen großen Wert aufwiesen, indem sie einfach in ihrer Armut verblieben.

Auch die Vernunft steht der Erfahrung nicht entgegen. Der reiche Mann setzt sich weniger als der arme Mann den Gefahren aus, und je angenehmer ihm das Leben ist, desto teurer ist es ihm; schließlich bekommen wir aus einem Volk von Händlern niemals gute Soldaten. In Karthago, Venedig und Holland entstanden Fremdenlegionen; denn man glaubte, daß es genüge, Leute zu finden, wenn man einen kleinen Teil seines Reichtums opfere, um den Rest zu retten.

Die so dachten, mußten jedoch zu ihrem Schmerz feststellen, daß die Freunde nicht weniger als die Feinde auf ihre Schätze begierig waren. Solches ist der eine Grund. - Der andere, nicht minder wichtig, besteht darin, daß mehr Kriege verloren wurden, weil man das Geld überschätzt und es übertrieben geliebt hatte, als daß man hiervon zu wenig gehabt hätte. Die Reichtümer, die den Geiz mit sich führen, verarmen den Geist dessen, der sie besitzt, und auch der Krieg regt nicht zu besonderer Sparsamkeit an. Athen verlor alle Kriege gegen Philipp von Mazedonien, weil die Künste des Friedens in Athen einen Geschmack an der friedlichen Ruhe eingeführt hatten, Vorläufer der Knechtschaft, sowie eine unangebrachte Verweigerung, Aufwendungen zu machen und zu kämpfen. Der schlechte Geist des Perseus führte zur Unterwerfung unter die Römer. Und zu Zeiten unserer Väter machte Holland, von den beiden Brüdern de Witt regiert, die größten Gefahren durch, weil es sich aus Gründen der Sparsamkeit zu Wasser und zu Lande in allen Dingen schlecht auf den Krieg vorbereitet hatte. Trotz mancher Schwierigkeiten waren diese Republiken aber kraftvoll, auch tapfer zur See, und sie mußten oft mehr gegen die Elemente als gegen die Feinde kämpfen; eine solche berufliche Erfahrung bei der Schifffahrt, wie man sie im Frieden erwirbt, konnte nur durch Streben nach Reichtümern und durch den Handel gewonnen werden. Und diese Kühnheit, aus Geiz hervorgegangen, erweist sich als wertvoll, wenn es notwendig wird, Krieg zu führen.

Aus dem Gesagten ist zu schließen, daß - so wie das Blut dem Körper äußerst nützlich ist - das Geld auch dem Körper des Staates dient, sich jedoch in gewissen Grenzen zu halten hat, was den Adern entspricht, innerhalb derer das Blut fließt. Ein Übermaß oder ein Mangel erweisen sich hierbei für den Körper als tödlich. Es ist demnach nicht richtig von den Fürsten, Geld in ungemessener Menge aufzuhäufen oder in Schatz zu nehmen. Dasjenige, was allein das Ziel ihres tugendhaften Strebens sein sollte - weil es der wahre Reichtum ist -, ist der Mensch, eine Schöpfung, die würdig ist, geliebt und mehr als bisher von ihresgleichen hoch-

geschätzt zu werden. Nur der Mensch, wo er zahlreich ist, vermag einen Staat zur Blüte zu bringen.

Ich möchte gern so viel Beredsamkeit haben, um allen meine Leidenschaft für die Menschheit mitzuteilen, und es wäre unserem Jahrhundert würdig, wenn die Menschen begännen, einander zu lieben. Nichts erscheint mir abscheulicher, als zu sehen, wie ein Teil von unseresgleichen beschimpft, verklagt und als Bestien behandelt wird. Diese Sitte stammt aus barbarischen Jahrhunderten und wird genährt von unserem schmutzigen Stolz und unserer eitlen Hochschätzung gewisser äußerlicher Qualitäten der Hautfarbe, Gesichtszüge, Kleidung oder anderem, und solches dauert heute noch an. Aber wem auch immer gewährt wurde, als Mensch geboren zu sein, der sollte bedenken, daß die wertvollste der uns von der Gottheit in diesem Leben geschenkten Gaben in der Anwesenheit von unseresgleichen besteht, Gesellschaft genannt. Adam war der größte Herrscher; denn er besaß friedlich die ganze Erde. Zugleich war er der elendeste; denn er hatte sie mit seinen eigenen Händen zerhackt. Ein Reich ist so viel wert, wie es Menschen hat, und nicht mehr; es ist um so stärker, je dichter es besiedelt ist. Es gibt keine törichtere Politik, als ein Reich zu entvölkern, um ein anderes zu erobern, wie es auch töricht wäre, einen Wald auszuheben, um dessen Pflanzen in einen Boden zu verbringen, wo es sicher ist, daß sie dort keine Wurzel fassen können. Ferner gibt es kein schlechteres Hilfsmittel, als einen Staat zu erhalten, dessen Bewohner dahinschmelzen, wie es auch eine törichte Sache wäre, wenn ein Fürst, um das Futter für seine Kavalleriepferde zu sparen, sie täten und schinden sowie die Haut mit Stroh füllen ließe. Dann sind die Mauern einer menschenarmen Stadt gleich den leeren Häuten, und schließlich erfahren wir, daß die Vorsehung in unseren Tagen verärgert ist über die Bössartigkeiten, welche die Menschen einander antun, und daß viele Länder noch offene Wunden haben, weil sie vor vielen Jahrhunderten ihre Böden ohne wirkliche Notwendigkeit entvölkerten.

Da es also nichts Wertvolleres als den Menschen gibt, wäre es zu wünschen, daß bekannt würde, welche gewinnbringende Ware er ist, und daß man damit begännen, ihn als Ware zu behandeln, so daß vielleicht der Geiz bewirkt, was die Tugend nicht vermag. Die Chinesen, deren Regierungskunst von vielen - mit unterschiedlicher Meinung - hochgeschätzt, von anderen beschimpft wird, haben eine große und ruhmreiche Erfahrung zu ihren Gunsten, indem sie aufzeigen, wieviel Bevölkerung ihr Land verträgt und wie ihre Gesetze zur Bevölkerung passen.

Aber weil dieser Teil der Regierungskunst von größter Wichtigkeit ist - jedoch nicht zum gegenwärtigen Thema gehört und von mir in einem anderen Werk gänzlich erklärt werden soll -, so erscheint es mir doch richtig, auch hier davon zu sprechen. Ich sage also, daß es sechs Mittel gibt, die Bevölkerung eines Landes zu vermehren.

I. Peinliche Gerechtigkeit und die Freiheit, die gleichbedeutend mit guten Gesetzen ist. Unter Freiheit verstehe ich nicht die Teilhaberschaft am Regieren, sondern daß die friedliche Ausübung der guten Vernunft und der wahren Religion - was dasselbe ist - nicht verboten und dem gesamten Staat kein Schaden zugefügt wird. Diese Gerechtigkeit und Freiheit gleichen vollkommen jede Schönheit des Klimas und der Landschaft aus, und es zeigt sich, daß die Felsen der Schweizer und das sumpfige Polesine von Rovigo mit diesen Künsten die fruchtbare Lombardei entvölkert haben.

II. Militärische Tugend, die uns vor Knechtschaft schützt, und weise Vorsicht gegen die Pest. Obwohl die erste dieser beiden immer aus guten Gesetzen hervorgeht, so kann man doch sagen, daß es keinen Wert gibt, wo es keine Freiheit gibt.

III. Gerechte Verteilung der Steuern, die so beschaffen sein muß, daß sie den Gewerben und dem Handel nicht schadet und nicht die Menschen in die Bettelei herabstößt; denn diese, indem sie die Ehen und die Nachkommenschaft vermindert, schadet manchmal mehr als die Pest.

IV. Gleichheit der Reichtümer; weil der Luxus auf Grund ungleicher testamentarischer Verfügungen den Familien die Verzweigungen beschneidet, ist er vor allem von erzwungener Ehelosigkeit begleitet.

V. Der Fürst selbst; ohne ihn könnten die obengenannten Dinge nicht mit Sicherheit stattfinden.

VI. Die Landwirtschaft, wenn sie mehr als alles andere begünstigt wird, auch mehr als der Handel. Der Mensch ist ein Tier, welches sich aus der Erde ernährt. Der Handel erzeugt keine neuen Früchte aus der Erde, sondern sammelt sie nur oder befördert sie oder teilt sie ein, um sie zum Verkauf zu stellen. Deshalb: Wenn die Früchte der Erde fehlen, erlischt jeder Handel. Die Landwirtschaft ist also die Mutter des Handels. Ohne Handel könnte man leben, obschon nur mühsam. Aber ohne Landwirtschaft kann man überhaupt nicht leben. Ein allgemeiner, unheilvoller Irrtum besteht darin, daß die Landwirtschaft von vielen Menschen mißachtet und daß immer wieder Handel, Handel gerufen wird. Man lobpreist den Handel, weil er in Mode gekommen ist, und wenn man es nur - wie auch immer - mit großer Wichtigkeit und mit dem Anschein des Geheimnisvollen tut, dann gilt man als großer Politiker. - Diese Klasse von Menschen ist dem Staate gefährlich, weil sie auch heute noch ihre Beziehungen spielen läßt und unseren Schaden vermehrt.

Jetzt genug davon! Der Rest wird von mir in einem anderen Werk dargelegt, welches die gesamte Kunst des Regierens umfaßt. Durch die Bössartigkeit dieses Themas werde ich erdrückt und fast erschlagen. Ich sage nicht, daß die Kunst des Regierens sich ändert, sondern nur, daß sie sich etwas abwandelt, und solches gedenke ich zu veröffentlichen.(2)

(Ende des vierten Kapitels)

Seit 1980 erscheinen in der Faksimile-Edition jährlich 6 Originaltexte, jeweils nach der Erstausgabe in vorzüglicher Ausstattung. Die Titel sind in der Auflage auf 200 oder 1000 Exemplare limitiert und diese von Hand nummeriert. "Der herrliche Staat" (1826) von Johann Heinrich v. Thünen ist nahezu Martin Luthers "Von Kaufhandlung und Wucher" (1524) und Joseph Alois Schumpeters "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (1912) sind bereits vergriffen. Die Preise bewegen sich zwischen 270,- DM für die "Entwicklung der Gesetzte des menschlichen Verkehrs" (1854) von Hermann Heinrich Gossen und 1120,- DM für das dreibändige "Wealth of Nations" (1776) von Adam Smith.

Am Ende dieses Jahres liegt je ein Werk aus dem 15. und 16. Jh. von 3 Werke zusammen aus dem 17. Jh. und 2 aus dem 18. Jh., das 19. Jh. ist mit 16 und das 20. Jh. mit 6 Werken vertreten. Dabei handelt es sich um 15 deutschsprachige, 13 englisch- und 6 französischsprachige Schriften, einen italienischen und einen lateinischen Text. Die für 1992/93 vorgesehenen Titel lassen die Proportionen unverändert. Das Schwerpunkt liegt also auf den letzten drei Jahrhunderten; bevorzugt werden entsprechend heutigen Lesegewohnheiten Übersetzungen in deutsche und englische Sprache.

Die Edition wendet sich an wirtschafts-, sozial- und wissenschaftsgeschichtlich interessierte Leser und Liebhaber philologischer Kompositionen. Das Ziel liegt in der Wiedergabe des Originaltextes nach der Erstausgabe. So lautet die Bitte des Ver. zum Verständnis seiner Schriften vorzuziehen, die in diesem einzigen Lebens-

- 2 Schon am Schluß des I. Teils vom zweiten Kapitel kündigt Galiani an, daß er außer "Della Moneta" ein anderes Werk schreiben wolle, nämlich "über die gesamte, bisher kaum behandelte Kunst des Regierens". Zwanzig Jahre später hat er diesen Plan verwirklicht, indem er die "Dialoge über den Getreidehandel" (1770) schrieb.

## LITERATURKRITIK

### Herausragende Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftswissenschaft

Die Handelsblatt-Bibliothek "Klassiker der Nationalökonomie". Faksimile-Edition, hg. u. unter wiss. Beratung v. Wolfram Engels, Herbert Hax, Friedrich A. v. Hayek, Horst Claus Recktenwald (+) u. Bertram Schefold

Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, Düsseldorf 1986 ff.

Horst Claus Recktenwald, Die Nobelpreisträger der ökonomischen Wissenschaft 1969 - 1988. Kritisches zum Werden neuer Tradition. Selbstportrait - Lesung - Auswahl - Kritik. Unter Mitwirkung v. Assar Lindbeck u. Geoffrey Harcourt

Verlag Wirtschaft und Finanzen GmbH, Düsseldorf 1989, 2 Bde., zus. 1054 S., 37 Fotos, zahlr. Tab. u. Diagramme, 168,- DM

von Hermann Lehmann

In der deutschsprachigen Wirtschaftsliteratur gab und gibt es kein ähnliches Unternehmen, das die Geschichte der Wirtschaftstheorie von ihren antiken Anfängen bis zu den jüngsten Entwicklungen in Einzeldarstellungen so anspruchsvoll und umfassend, so kritisch und zugleich ausgewogen, so anschaulich, anregend und zukunftsorientiert vorstellt. Besinnung auf unverzichtbare Tradition, aus heutigem Blickwinkel mit Abstand und einfühlend gewürdigt, und kritische Überlegungen zum Werden neuer Tradition vereinen sich zur Besichtigung der ganzen, unerschöpflichen, sich stets erneuernden Wissenschaftsgeschichte.

Seit 1986 erscheinen in der Faksimile-Edition jährlich 6 Originaltexte, jeweils nach der Erstausgabe in vorzüglicher Ausstattung. Die Titel sind in der Auflage auf 500 oder 1000 Exemplare limitiert und diese von Hand numeriert. "Der isolierte Staat" (1826) von Johann Heinrich v. Thünen ist beinahe, Martin Luthers "Von Kauffshandlung und Wucher" (1524) und Joseph Alois Schumpeters "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (1912) sind bereits vergriffen. Die Preise bewegen sich zwischen 270,- DM für die "Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs" (1854) von Hermann Heinrich Gossen und 1120,- DM für das dreibändige "Wealth of Nations" (1776) von Adam Smith.

Am Ende dieses Jahres liegt je ein Werk aus dem 15. und 16. Jh. vor; 3 Werke stammen aus dem 17. Jh. und 9 aus dem 18. Jh.; das 19. Jh. ist mit 16 und das 20. Jh. mit 6 Werken vertreten. Dabei handelt es sich um 15 deutschsprachige, 13 englisch- und 6 französischsprachige Schriften, einen italienischen und einen lateinischen Text. Die für 1992/93 vorgesehenen Titel lassen die Proportionen unverändert. Das Schwergewicht liegt also auf den letzten drei Jahrhunderten; bevorzugt werden entsprechend heutigen Lesegewohnheiten hierzulande die deutsche und die englische Sprache.

Die Edition wendet sich an wirtschafts-, sozial- und wissenschaftsgeschichtlich interessierte Leser und Liebhaber bibliophiler Kostbarkeiten. Der Reiz liegt in der Wiedergabe des Originaltextes nach der Erstausgabe. Sie bietet die beste Gewähr, zum Verständnis jener Schriften vorzudringen, die in früheren, anderen Lebensverhältnissen entstanden sind. Im "Essay on the Principles of Population" (1798) von Thomas Robert Malthus webt noch der Geist des 18. Jh.; er verflüchtigt sich schon in den erweiterten Ausgaben des 19. Jh. Hier liegt der Unterschied offen zutage. Aber auch ein vom Verfasser nicht mehr überarbeiteter, älterer Text erscheint in einem verfremdenden Licht, wenn er in heutiges Deutsch übersetzt, selbst wenn er

nur in Schreib- und Ausdrucksweise leicht modernisiert ist. Um die ökonomischen Einsichten vom Anfang des 16. Jh. zu verstehen, sollte man Luthers Sermonen in einer damaligen Ausgabe lesen. Ebenso ist der "Traité d'économie politique" (1803) von Jean-Baptiste Say wohl nur aus seiner Zeit und ihren Drucken angemessen zu deuten. Die Faksimile-Edition kann für das unbefangene Erschließen des theoretischen Erbes gar nicht überschätzt werden.

Die Anfänge der Wirtschaftstheorie sind noch unterrepräsentiert. Die Herausgabe der "Politik" von Aristoteles ist erst vorgesehen. Thomas von Aquin ist mit ökonomischen Texten aus seiner "Summa theologiae" (1496) vertreten, Thomas Hobbes mit dem "Leviathan" (1651), selbstverständlich Thomas Mun mit "England's Treasure by Forraign Trade" (1664). Erfreulicherweise kam jüngst Johann Joachim Becher hinzu mit dem selten gewordenen Buch "Politischer Discurs. Von den eigentlichen Ursachen deß Auf- und Ablebens der Städt, Länder und Republicken" (1668).

Für das 19. Jh. stehen Bernard de Mandeville mit seiner bekannten Bienenfabel (1714), Ferdinando Galiani mit der bei uns viel zuwenig gelesenen Schrift "Della Moneta" (1750), David Hume mit den "Political Ciscourses" (1752), Richard Cantillon mit dem bedeutenden "Essai sur la nature du commerce en général" (1755), Smith mit seinem ökonomischen Hauptwerk und "The Theory of Moral Sentiments" (1759), Francois Quesnay mit der Sammlung "Physiocratie" (1767/68) und Anne Robert Jacques Turgot mit der großartigen Schrift "Réflexions sur la formation et la distribution des richesses" (1769/70). Von Malthus liegen neben dem erwähnten Bevölkerungssessay endlich auch wieder die "Principles of Political Economy" (1820) vor.

Aus dem 19. Jh. haben wir den bereits genannten Say, David Ricardos Hauptwerk von 1817, Thünen, endlich wieder Friedrich Benedikt Wilhelm v. Hermanns "Staatswirtschaftliche Untersuchungen" (1832), Friedrich Lists "Nationales System der politischen Ökonomie" (1841), Antoine Augustin Cournots "Recherches" (1838), John Stuart Mills "Principles" (1848), Gossen, von Karl Marx den ersten Band des "Kapitals" (1867), Carl Mengers "Grundsätze" (1871), von Léon Walras die "Eléments" (1874/77), jüngst auch Adolph Wagners "Grundlegung" (1876) und Eugen v. Böhm-Bawerks "Kapital und Kapitalzins" (1884), weiterhin Alfred Marshalls "Principles" (1890) und Knut Wicksells "Finanztheoretische Untersuchungen" (1896).

Das gering vertretene 20. Jh. bietet Gustav Schmollers "Grundriß" (1900/04), Irving Fishers "Nature of Capital and Income" (1906), Schumpeters "Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie" (1908) und die angeführte "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung", John Maynard Keynes' "General Theory" (1936) und Walter Euckens "Grundlagen der Nationalökonomie" (1940).

Für 1992/93 sind zur Veröffentlichung neben Schriften von Jean Bodin, William Petty und James Steuart solche von Autoren vor allem des vorigen, aber auch unseres Jahrhunderts vorgesehen: von Charles Babbage, Lorenz v. Stein, William Stanley Jevons, Wilhelm Roscher, Hans Karl Emil v. Mangoldt, Rudolph Auspitz und Richard Lieben, Vilfredo Pareto, Werner Sombart, Max Weber und Wesley C. Mitchell. Darüber hinaus werden noch viele bedeutsame Autoren und Bücher wiederzuentdecken sein.

Der Nachdruck von Erstausgaben ist nur ein Verdienst der Faksimile-Edition. Gleichmaßen verdienstlich ist die Idee, jedem Textband einen separaten Kommentarband, vom Umfang her zwischen 50 und 150 Seiten, beizugeben. Er befaßt sich vornehmlich, in einer Betrachtung, oft in 2 oder 3, mitunter in 4 Aufsätzen, mit Vita und Werk des betreffenden Ökonomen. Er enthält jeweils ein Editorial von Horst Claus Recktenwald, Epigraphisches bzw. Aphoristisches über Persönlichkeit und Werk, die erwähnten Aufsätze, Biographisches, Bibliographisches, eine Genealogie der Nationalökonomien von der Antike bis ins vorige Jahrhundert oder bis in die Gegenwart, Informationen über die Interpreten sowie Abbildungen (Porträts, Autographen usw.). Hier schlagen sich Recktenwalds große Erfahrungen auf seinem ureigenen Arbeitsfeld, der Geschichte der politischen Ökonomie, nieder. Dem Leser wird in knappen Zügen, oft in bestem Stil, das nötige Wissen zum Verständnis des Textbandes vermittelt; er enthält meist noch wichtige Anregungen zum Weiterdenken und für die künftige Forschung.

Im Editorial stellt Recktenwald das Anliegen der gesamten Edition und der von ihm für den entsprechenden Kommentarband ausgewählten Interpreten, immer beste Kenner des Gegenstands, vor. Im Zentrum seines theoriegeschichtlichen Denkens steht bekanntlich der großartige Schotte Adam Smith - und so unterläßt er es niemals, Bezüge zu dessen Gesellschafts- und Theorieverständnis herzustellen, ja dem Leser geradezu aufzunötigen. Er bringt aber auch z. B. Mandeville mit Contergan und Tschernobyl in Verbindung oder unter anderen Hermann, den Verfasser der "Staatswirtschaftlichen Untersuchungen" von 1832, mit der Theologie der Befreiung, mit Marxismus, Neo-Ricardianismus und den zentralen Planern in Rußland und China. Wenn der Marxismus zur primitiven Mengenökonomie oder zur Steinzeitökonomie eines Pol Pot schrumpft, dann werden noch Spuren des Kalten Krieges sichtbar. Recktenwald liebt es, vor "fundamentalen Irrtümern", "Holz- und Irrwegen" usw. zu warnen.

Hervorragende Würdigung enthalten die vielen Aufsätze, die meist speziell für diese Edition verfaßt wurden. Allein die zahlreichen ausgezeichneten Autoren zu nennen, würde zu weit führen. Daher sei nur auf die gediegene Say-Studie von William Baumol hingewiesen, die verbreitete Fehlinterpretationen korrigiert, und auf die ausgewogenen Einschätzungen zu Schmoller auch als Theoretiker (Jürgen Backhaus, Schmollers Grundriß. Ein aktueller Klassiker; Yuichi Shionoya, Schmollers Forschungsprogramm - Eine methodologische Würdigung; Bertram Schefold, Schmoller als Theoretiker). Die Kommentarbände sind leider einzeln nicht erhältlich; ihre Studien würden aber, gesammelt publiziert, eine anregende Einführung in die Geschichte der politischen Ökonomie ergeben.

Wer mit den Worten bestimmte Begriffe zu verbinden für eine unerläßliche Pflicht hält, wird die Ausdrücke klassischer Autor, klassisches Werk höchst selten gebrauchen, sagt Goethe im "Literarischen Sansculottismus". Klassisches ist Mustergültiges - als Muster für unsere heutigen Analysen Gültiges. Der Klassiker gilt aus seiner Zeit für unsere Zeit, so ganz offensichtlich, alle überragend, Adam Smith für das grundlegende Verständnis der wirtschaftlichen Prozesse am Ausgang unseres Jahrhunderts. Wer über ihn hinaus als klassisch gelten darf, das sollte aus den bedeutenden Leistungen zur Weiterentwicklung der Wirtschaftstheorie, wohl auch aus den Stockholmer Lesungen ersichtlich sein, in denen die Nobelpreisträger der ökonomischen Wissenschaft über den Stand ihrer Forschung zum Zeitpunkt der Ehrung Rechenschaft ablegen. Die Nobel-Lesungen können so eine Art Probe aufs Exempel sein, ob die Klassiker-Edition die richtige Auswahl getroffen hat. Sie ergänzen daher nicht einfach die Edition, sie sind Bestandteil derselben.

Die beiden Bände "Die Nobelpreisträger der ökonomischen Wissenschaft" bieten die Lesungen der Nobelpreisträger von 1969 bis 1988, erstmals gesammelt in deutscher Sprache. Da der Preis mehrere Male doppelt vergeben wurde, kommen 26 Ökonomen zu Wort. Jeder Lesung ist der selbstverfaßte Lebenslauf des Preisträgers mit dem Porträt vorangestellt, der so auf besondere Weise den Zugang zur Persönlichkeit öffnet.

Die Bände enthalten ähnlich wie die Klassiker-Edition, Epigrammatisches und ein Editorial. Für Nichtökonomien gibt Recktenwald eine leicht verständliche Einführung in die Wirtschaftswissenschaft, in der er auch 7 "Irrwege" und 9 "weiße Felder der Forschung" nennt. Assar Lindbeck, seit 1980 Vorsitzender des Komitees für den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, geht sehr informativ auf praktische Fragen der Preisverteilung, auf Prozedur, Probleme und Schwierigkeiten, ein. Geoffrey C. Harcourt stellt die Positionen der Preisträger zur Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften als Disziplin vor. Zum Abschluß gibt Recktenwald einen Überblick über Leben und Werk von Aristoteles, Thomas von Aquin, Smith, Ricardo, Marx, Walras, Schumpeter und Keynes sowie eine Zeittafel mit Genealogie der ökonomischen Wissenschaft.

Die Klassiker-Edition und die Sammlung der Nobel-Lesungen lassen sich über Recktenwalds Tod hinweg weiterführen - ein schönes Beispiel für bleibendes Wirken in der Historiographie der Wirtschaftswissenschaft.

## Ein Jahrhundertunternehmen vor dem Abschluß

Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5: Pro - Soz, Bd. 6: St - Vert, hg. v. Otto Brunner †, Werner Conze † u. Reinhart Koselleck

Verlag Klett-Cotta, Bd. 5, Stuttgart 1984, 1032 S., Bd. 6, Stuttgart 1990, 954 S.

von Horst Handke

Seit etwa 25 Jahren ist eines der umfangreichsten lexikalischen Unternehmen in Deutschland in Arbeit. Nach Jahren der konzeptionellen Gestaltung und Planung kam 1972 der erste Band der "Geschichtlichen Grundbegriffe" heraus. 1975, 1978 und 1982 folgten die nächsten Bände. Im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte wurde das Erscheinen der einzelnen Bände kontinuierlich verfolgt und kommentiert.<sup>(1)</sup> In der Rezension von 1986 konnte ich feststellen, daß hier "eine einzigartige und für weitere Forschungen nahezu unentbehrliche Informationsquelle"<sup>(2)</sup> entstanden sei. Doch nicht nur das: Über die bloße Sammlung sprachgeschichtlicher Belege zu zentralen politisch-sozialen Begriffen hinaus werden tiefe Einsichten in die klassen- und schichtspezifische Verwendung dieser Begriffe vermittelt und sozialgeschichtliche Realprozesse widerspiegelt. Es gibt kaum einen wesentlichen Begriff der politisch-sozialen Sprache, der nicht im Verlauf der Geschichte in den Strudel von aktueller Politisierung und parteilicher Interpretation geraten wäre und der nicht in unterschiedlichster Weise mit offen eingeräumten oder auch verschleierte Interessenlagen verbunden worden wäre. Ganz besonders gilt dies für die Zeit nach der Französischen Revolution, in der für die meisten Begriffe ein radikaler Bedeutungswandel einsetzte, in der neue Begriffe aufkamen und von den großen politischen Kräften immer wieder neu bewertet wurden. Nicht zufällig liegt deshalb in dieser Zeit der thematische Schwerpunkt der einzelnen Beiträge.

Wie in den bisherigen Bänden überwiegen bei der Auswahl Begriffe der Politik, des Staates und des Rechts. Von den 30 abgehandelten Begriffen in den beiden zu besprechenden Bänden (in allen Bänden zusammen sind bisher 111 behandelt worden) sind diesem Bereich rund zwei Drittel zuzuordnen. Darunter befinden sich Begriffe der großen politisch-geistigen Strömungen (Radikalismus, Sozialismus und Traditionalismus), Begriffe des Staates und des Rechts (Regierung, Reich, Republik, Staat, Tyrannis/Despotie, Recht, Verfassung und Vertrag/Gesellschaftsvertrag/Herrschaftsvertrag) sowie Begriffe der politisch-sozialen Struktur und strukturellen Veränderung (Reaktion, Reform und Revolution). Der Bereich der sozialen Klassen und Schichten wird zwar nur durch wenige, jedoch sehr zentrale und gewichtige Beiträge abgedeckt (Proletariat/Pöbel/Pauperismus, Rasse und Stand/Klasse). Noch sel-

1 Handke, Horst, Geschichtsdenken in der Anpassung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2/1980, S. 224 - 228; derselbe, Die politisch-soziale Sprache in der Klassenauseinandersetzung, in: ebenda, 4/1986, S. 159 - 161.

2 Ebenda, S. 161.

tener sind die Beiträge zu mit der Ökonomie verbundenen Grundbegriffen (Produktion/Produktivität und Unternehmer). Besonders hervorzuheben ist eine Reihe von philosophisch bedeutsamen Beiträgen (Sitte/Sittlichkeit/Moral, Soziologie/Gesellschaftswissenschaften, System/Struktur und Utopie).

Band 5, der bereits 1984 erschien, enthält 18 Artikel. Den größten Umfang haben die Beiträge über "Revolution" (136 Seiten) und "Republik" (104 Seiten). Bekannte Autoren wie Werner Conze, 1986 verstorben (in den beiden vorliegenden Bänden Verfasser des Artikels "Proletariat" und Mitautor der Artikel "Rasse", "Reich" und "Säkularisation"), Wolfgang Schieder (Verfasser der Artikel "Propaganda" und "Sozialismus") und Reinhart Kosselleck (beteiligt an dem Artikel "Revolution") gehörten von Anfang an zu den aktiven Mitgestaltern des Lexikons.

Das Prinzip des Lexikons, Begriffs- und Sozialgeschichte miteinander zu verbinden, wird in den Artikeln von Conze besonders prägnant herausgearbeitet. Als Verfasser des Artikels "Proletariat" macht er deutlich, wie dieser Begriff in Deutschland erst in den 30er Jahren des 19. Jh. als gesellschaftlicher Klassenbegriff verwendet wurde. Der anfänglichen Ausdehnung des Begriffs (durch Verbindung mit den Problemen des Pauperismus wurde er auf alle niederen Klassen bezogen) folgte in den 40er Jahren des 19. Jh. eine Einschränkung (Bd. 5, S. 39, 50). Vor allem Lorenz v. Stein, der zu den bekanntesten Nationalökonomien in Deutschland gehörte, konzentrierte den Begriff auf Fabrik- und Industriearbeiter. Er erkannte in diesen Arbeitern eine neue soziale Erscheinung. Zugleich bezeichnete er für das Proletariat als charakteristisch, daß sich bei demselben das Bewußtsein seiner Lage herausbilden müsse (Bd. 5, S. 49). Aus dem Bewußtsein sollte allerdings nicht eine revolutionäre, gewaltsame Umwandlung der Gesellschaft erwachsen, wie es den radikalen, revolutionären und sozialistischen Auffassungen seiner Zeit entsprach, sondern eine Versöhnung der neuen Klasse mit der Gesellschaft durch soziale Reformen.

Karl Marx kannte Steins Auffassung vom Proletariat. Bereits im Spätherbst 1843, ein Jahr nach Steins ersten Darlegungen über das Proletariat, brachte er seine "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" (gedruckt 1844) zu Papier (Bd. 5, S. 52). Er übernahm hier nicht nur den Begriff, bezog diesen nicht nur wie Stein auf das moderne Fabrik- und Industrieproletariat, sondern entwickelte auch die Vorstellung, daß sich das Proletariat seiner Lage bewußt werden müsse, um als Klasse zu handeln ("Klasse für sich"). Im Gegensatz zu Stein wertete er jedoch die historische Einordnung des Proletariats radikal um. Ganz im Geiste der französischen Revolutionäre wurde bei ihm das Proletariat zum Träger der Revolution und des Fortschritts.

So wie sich bei Marx keine geschlossene Klassentheorie findet (vgl. auch den Artikel "Stand/Klasse" in Bd. 6, insbes. S. 268), so ist auch der Proletariats-Begriff nicht zu einer geschlossenen Konzeption ausgearbeitet worden. Bereits 1847 erweiterte Marx den Begriff über die Fabrik- und Industriearbeiterschaft hinaus und rechnete alle dazu, die nicht von ihrem Kapital leben können, d. h. Arbeiter so gut wie Gelehrte, Künstler und Kleinbourgeois (Bd. 5, S. 54). Diese Erweiterung war kaum noch ökonomisch motiviert. Sie entsprach vielmehr der Praxis der revolutionären Organisation, deren Mitgliederstruktur einen hohen Anteil von Bildungs- und Kleinbürgern aufwies. Diesen im ökonomischen Sinn kaum als Proletarier zu bezeichnenden Revolutionären wurde auf diese Weise der Ehrenname "Proletarier" zugeschrieben. Gleichzeitig mit der Erweiterung des Begriffs nach oben setzte eine Abgrenzung nach unten und damit eine zusätzliche Aufwertung des Begriffs ein. Die untersten Schichten, die am ehesten unter den alten Begriff des Pöbels fielen, wurden durch die Bezeichnung "Lumpenproletariat" von der neuen Klasse des Proletariats abgehoben.

Die Erweiterung des Begriffs "Proletariat" auf das Bildungsbürgertum und andere Schichten ließ sich auch bei Vertretern des Bürgertums feststellen. Dabei wurde der Begriff zunehmend pejorativ verwendet. In den Proletariats-Begriff einbezogen wurden die als "sozial abgelöst" geltenden Intellektuellen, das gebildete Proletariat, das durch seine aufgeklärte Demagogie den verhängnisvollen Weg der Demokratie bereitet habe (Fürst Metternich), oder das geistige Proletariat, das vom christlichen Glauben abgefallen sei (Johann Hinrich Wichern, 1849). Max v. Gagern unterschied

zwischen hetzenden und verhetzten Proletariern (1848), und Johann Caspar Bluntschli charakterisierte zwei Jahrzehnte später die Proletarier nicht nur durch Vermögenslosigkeit, sondern auch durch Herauslösung aus gesicherten Familienverhältnissen, durch Vereinzelung und unsicheren Erwerb (1870). Die in unsteten Verhältnissen lebenden Proletarier erschienen als Gegenbegriff zu den ansässigen Klassen (Bd. 5, S. 60).

Die Uneinheitlichkeit in der Anwendung des Begriffs blieb auch in der Folgezeit erhalten. Aus der Sicht des Bürgertums wurde der Begriff bis zur Jahrhundertwende vornehmlich abwertend gebraucht. Mit dem Aufkommen der Sozialwissenschaften, die häufig in der Nähe zu sozialistischen Vorstellungen standen, trat eine Neutralisierung des Begriffs ein. Von Werner Sombart (1896) bis zu Theodor Geiger (1932) wurde der Begriff als wissenschaftlicher Terminus für eine bestimmte Klassenzugehörigkeit verwendet (Bd. 5, S. 64 f.). Ähnlich wurde in der Arbeiterbewegung versucht, den Begriff wissenschaftlich zu bestimmen, den Proletarier als Arbeiter in einer historisch bestimmten Produktionsweise zu sehen (Karl Kautsky, 1879 ff.), als Vertreter der Handarbeit und der Kopfarbeit (Paul Lafargue, 1887/88) oder als Gegenpol zum Bourgeois (Franz Mehring, 1897/98) (Bd. 5, S. 62 f.).

Um 1930 trat eine neue Wende in der Anwendung des Begriffs "Proletariat" ein. Sowohl in bürgerlichen Kreisen als auch in der Arbeiterbewegung versuchte man sich von dem Begriff ganz und gar zu lösen. Noch vor der faschistischen Machtübernahme in Deutschland entwickelte August Winnig ein Konzept des "Aufstiegs des Proletariats zum Arbeitertum" (1930). Der Proletariats-Begriff wurde ähnlich wie im 19. Jh. als erniedrigend angesehen. Er beinhaltete den Massen-Begriff, den noch nicht von innen gestalteten Rohstoff der Geschichte. Das "Arbeitertum" erschien dagegen als "Stand", gleichberechtigt mit anderen Berufsständen. Diese ständische Auffassung fand sich in der NS-Ideologie wieder (Bd. 5, S. 67).

Nach 1945 wurde der Begriff des Proletariats lediglich von der Neuen Linken wieder aufgenommen (René Ahlberg, 1974). In den östlichen realsozialistischen Ländern wurde der Begriff, soweit er noch Anwendung fand, nur auf die Arbeiterklasse in den westlichen Ländern bezogen, gleichgesetzt mit dem Begriff "Arbeiterklasse", uneinheitlich in der Auffassung über Umfang und Struktur der Arbeiterklasse.<sup>3</sup> Die meisten westlichen Intellektuellen rückten dagegen von dem Begriff ganz und gar ab, weil er nach ihrer Meinung nicht mehr der Realität entsprach. Nach ihren Vorstellungen war das Proletariat entweder verschwunden oder in eine neue und eine alte Arbeiterklasse gespalten. Der Begriff, so die Meinung, sei bloß noch "historisch", bleibe dem 19. und frühen 20. Jh. vorbehalten (Bd. 5, S. 68).

Ob der Begriff nach 1945 wirklich an sein Ende gekommen ist, wie Conze in seinem Artikel meint (Bd. 5, S. 68), möge dahingestellt bleiben. Es könnte sein, daß lediglich die Begriffe ausgewechselt worden sind, sei es, weil der alte Begriff zu abgenutzt erschien, oder sei es, weil er historisch und ideologisch zu stark befrachtet war. Eines macht jedoch die Geschichte gerade dieses Begriffs deutlich: daß der bloße Begriff nur Worthülse ist und als solche keine Realität widerspiegelt, daß diese Realitätsbezogenheit erst durch den Inhalt des Begriffs, durch seine Deutung und Bedeutung, hergestellt wird.

Mit Band 6 sollten die Arbeiten an dem Lexikon abgeschlossen werden. Doch inzwischen hat der Umfang der Artikel so stark zugenommen, daß sich ein 7. Band als notwendig erweist. Ursprünglich sollten die einzelnen Artikel 20 bis 40 Seiten umfassen. Im ersten Band lag die durchschnittliche Länge der 21 Beiträge bereits bei 45 Seiten, wobei einzelne Beiträge das Limit weit überschritten ("Aufklärung" 100 Seiten, "Bund" 89 Seiten und "Demokratie" 79 Seiten). Im 5. Band hatte die durchschnittliche Länge der Artikel 57 Seiten erreicht, und einige Beiträge lagen

3 Derselbe, Entwicklung und Struktur der Arbeiterklasse im Kapitalismus, in: ebenda, 3/1972, S. 153 - 178.

mehrfach über der ursprünglich beabsichtigten Obergrenze ("Revolution" 136 Seiten, "Republik" 104 Seiten). Im 6. Band setzt sich diese Tendenz weiter fort. Der Band enthält nur noch 12 Artikel, deren durchschnittlicher Umfang nunmehr 80 Seiten beträgt. Ein Drittel der Artikel hat einen Umfang von über 100 Seiten ("Toleranz" 162 Seiten, "Staat/Souveränität" 155 Seiten, "Stand/Klasse" 130 Seiten, "Terror/Terrorismus" 122 Seiten).

Die Ausdehnung der Beiträge mag verschiedene Ursachen haben. Die einfachste Erklärung wäre, daß die Autoren von dem umfangreichen Material, das sie zusammengetragen haben, möglichst viel einbringen wollten. Doch es lassen sich auch andere Motive finden. Bei einigen Begriffen, die von zentraler Bedeutung für die Geschichte und Geschichtsschreibung sind, werden die große Verbreitung und der vielfältige Gebrauch den Umfang der Artikel bestimmt haben ("Staat/Souveränität", "Stand/Klasse"). Bei anderen, die von alters her tradiert sind, mitunter seit der Antike, bietet der weite Rückgriff in die Geschichte eine Erklärung ("Toleranz", "Tradition/Traditionalismus", "Tyranis/Despotie").

Ähnlich wie im 5. Band wird auch bei den Beiträgen des 6. Bandes deutlich, wie sehr einzelne Begriffe Klasseninteressen und Ideologien verhaftet sind. Das tritt nicht zuletzt bei dem Begriff "Klasse" selbst hervor. So beschreibt Rudolf Walther, einer der Verfasser des Artikels "Stand/Klasse", wie sehr der Klassen-Begriff nach dem zweiten Weltkrieg in den Sog der herrschenden, blockkonformen Ideologien geraten sei. Für die jeweilige Ideologie wurden Klassen immer nur auf der Gegenseite ausgemacht. Die Klassenlosigkeit erschien hüben wie drüben als ein scheinbar unverzichtbares Instrument der Herrschaftslegitimation. Es offenbarte noch in seinen primitivsten Ausdrucksformen die "Virulenz und Aktualität des Problems sozialer Ungleichheit", weil gerade diese Ungleichheit gelegnet wurde, wenn man das Wort "Klasse" verbannte und auf den politischen Index setzte (Bd. 6, S. 284). Man wird Walther allerdings schwerlich zustimmen können, wenn er die Leugnung des Klassen-Begriffs nur auf die alltagssprachlich-politische Verwendung des Begriffs bezieht und meint, daß es in der Wissenschaft anders sei, da sich dort derselbe weitgehend durchgesetzt habe. Zur Begründung gibt Walther an, daß es in allen existierenden Gesellschaftsordnungen soziale Konflikte und deshalb auch Klassenkonflikte gegeben habe (Bd. 6, S. 284). Doch trotz dieser Logik hat es bis heute wissenschaftliche Werke gegeben, in denen die Existenz von Klassen bestritten wird. Was sich aus dem Artikel "Stand/Klasse" ablesen läßt, ist nicht der Nachweis, daß der Klassen-Begriff nur noch in der Alltagssprache abgelehnt wird, sondern daß er in einzelnen historischen Abschnitten durch Wissenschaft und Propaganda unterschiedlich häufig verordnet und mit unterschiedlicher Intensität bekämpft worden ist. So wie das Denken bei dem Begriff "Proletariat" auf große strukturelle Veränderungen reagierte (um 1850, um 1900 und um 1930), so setzte auch beim Klassen-Begriff auf der Grundlage tiefgehender sozialer Wandlungen eine Um- und Neubewertung ein (um 1950, um 1970 und um 1990).

Solche Markierungen, die Brüche in den geistig-sozialen Prozessen widerspiegeln, gehen bei einzelnen Beiträgen des öfteren in der Fülle der Belege unter. Der Leser hat mitunter Mühe, sie aufzuspüren. Doch mehr oder weniger haben die Autoren, die in dem vergangenen Vierteljahrhundert an dem Lexikon gearbeitet haben, das ursprüngliche Konzept der Herausgeber durchgehalten: nämlich die Geschichte der Begriffe in ein geistig-soziales Bezugssystem zu stellen. Klaus Schreiner zusammen mit Gerhard Besier, Verfasser des Artikels "Toleranz", hat den konzeptionellen Anspruch so formuliert: Es solle versucht werden, die von einigen Autoren festgestellte Schwammigkeit des Begriffs (Alexander Mitscherlich, 1974) durch den Nachweis zu ersetzen, daß die Geschichte des Begriffs nicht willkürlich verlaufen sei, "sondern geistig-religiöse und politisch-soziale Strukturveränderungen konsequent" widerspiegele (Bd. 6, S. 446). Damit aber wird postuliert, daß viele jener Begriffe, denen Vieldeutigkeit, mangelnde Schärfe und Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen wird, ungenügend begriffen werden, daß sie, will man sie verstehen, historisch und sozial zu bestimmen sind, historisch aus ihrer Zeit heraus und sozial nach dem Standort ihrer Anwender.

Es bleibt festzustellen, daß die Bände ein gelungener Beitrag zur Sozialgeschichte sind. Die Autoren lassen Begriffsgeschichte unmittelbar zur Sozialgeschichte werden. Die Darstellung der Begriffe spiegelt soziale Strukturen und Ideologien wider und weist auf die Auseinandersetzungen von politischen Parteien und Klassen hin. Wenn der letzte, siebente Band und der geplante Registerband erschienen sind, dürfte ein für unser Jahrhundert einmaliges lexikalisches Unternehmen abgeschlossen sein, ein Standardwerk, das von der Fülle der Fakten und der Tragfähigkeit seiner Konzeption her auch ins nächste Jahrhundert hinein seine Gültigkeit behalten wird.

Redaktion Wolfgang Eger

W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1983 + 1989, 455, 646 bzw. 615 S.,

Abb., Reg., Bd. I u. II aus 148,- DM; Bd. III 49,50 DM

von Karl Czok

Würde Erich Maschke noch leben, hätte er sicher große Freude an dieser voluminösen Stadtgeschichte von insgesamt fast 2000 Seiten Umfang empfunden, hatte er doch nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (1953) den Auftrag für eine Geschichte dieser Stadt übernommen, die seiner wissenschaftlichen Arbeit eine neue Richtung gab: die Stadtgeschichte. Nachdem schon einige grundlegende Arbeiten von ihm dazu erschienen waren und er auch in die akademische Wissenschaft und Lehre im nahen Heidelberg Übergewechselt war, veröffentlichte Maschke dann 1967 seinen Beitrag über "Die Stellung der Reichsstadt Speyer in der mittelalterlichen Wirtschaft Deutschlands" im 54. Band der "Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte". Vergleicht man die bibliographischen Zusammenstellungen in diesen drei Bänden, wird man leicht feststellen, wie viele bedeutende Historiker sich mit Themen und Problemen dieser deutschen Stadt beschäftigt haben. So verwundert es nicht, daß an diesem dreibändigen Werk fast ein Dutzend Vertreter der Zunft mitarbeiteten. Es vermittelt so einen umfassenden geschichtlichen Überblick, der von der Urgeschichte bis in unsere Gegenwart reicht.

Der erste Band bietet zum größten Teil die Stadtgeschichte des Mittelalters. Nachdem die antike Civitas und die romanische Bevölkerung sowie der germanische Bluthaß geschildert worden sind, stellt sich Speyer in der Merowinger- und Karolingerzeit dar, und dort, wo es an Quellenüberlieferung fehlt, werden zahlungswürdige andere Erkenntnisse und Daten sowie Materialien herangezogen, so daß sich ein vielseitiges Bild ergibt, das auch eine Stadtplan-Rekonstruktion aus topographischen und archäologischen Untersuchungen ermöglichte - trotz fehlender schriftlicher Quellen, auf der dazu auch u. a. Reich Herzog in seiner "Ottonischen Stadt" (Berlin 1964) aufbauen vermochte. Denn mit diesem Zeitalter begann die eigentliche Geschichte der Stadt Speyer, deren Entstehungsprozeß sich mit "einer gewissen Eigendynamik" vollzog (I, S. 254), die damit in den prägenden und glanzvollen Abschnitt ihrer Geschichte eintrat, der bis in das 14./15. Jh. anhalten sollte. Völlig zu Recht hat der Autor dieses Kapitels, Ernst Volmer, dies dem Andenken Erich Maschkes gewidmet: Ältere Geschichtsschreiber nannten Speyer in dieser Zeit eine "metropolis Germaniae", weil sie eine Hauptstadt der Ottonen und Salier gewesen ist, Anknüpfung und Zentralität machten sie zu einem Herrschaftszentrum sowie zum Mittelpunkt einer Wirtschaftsregion.

In diese Phase der Stadtwerdung gehören der Name "Spira/Speyer" und die Herausbildung der Bürgerschaft, obwohl noch ein großer Teil der Einwohner in die "familia" des Bischofs und damit der Domkirche gehörte. Während des 13. Jh. vollzog sich die sog. kommunale Bewegung, die unter den salischen und staufischen Königen fortschritt und sich gegen Bischofs und Domkapitel/Gelöstlichkeit richtete. Im nachfolgenden Jahrhundert gingen diese Auseinandersetzungen beinahe zahllos in die von Patriziat (Haugwoonenschaft) und Zünften über. Weitere Kämpfe zwischen Bischof und Bürgerschaft stürzten die Stadt schließlich in eine schwere Krise, die zum Verlust reichsstädtischer Freiheiten führte. Als die Konflikte des 15. Jh. über-

## 2000 Jahre Speyer

Geschichte der Stadt Speyer, Bd. I - III, hg. v. der Stadt Speyer,  
Redaktion Wolfgang Eger

W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1983 - 1989, 655, 646 bzw. 615 S.,  
Abb., Reg., Bd. I u. II zus. 148,- DM; Bd. III 49,80 DM

von Karl Czok

Würde Erich Maschke noch leben, hätte er sicher große Freude an dieser voluminösen Stadtgeschichte von insgesamt fast 2000 Seiten Umfang empfunden, hatte er doch nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (1953) den Auftrag für eine Geschichte dieser Stadt übernommen, die seiner wissenschaftlichen Arbeit eine neue Richtung gab: die Stadtgeschichte. Nachdem schon einige grundlegende Arbeiten von ihm dazu erschienen waren und er auch in die akademische Wissenschaft und Lehre im nahen Heidelberg übergewechselt war, veröffentlichte Maschke dann 1967 seinen Beitrag über "Die Stellung der Reichsstadt Speyer in der mittelalterlichen Wirtschaft Deutschlands" im 54. Band der "Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte". Vergleicht man die bibliographischen Zusammenstellungen in diesen drei Bänden, wird man leicht feststellen, wie viele bedeutende Historiker sich mit Themen und Problemen dieser deutschen Stadt beschäftigt haben. So verwundert es nicht, daß an diesem dreibändigen Werk fast ein Dutzend Vertreter der Zunft mitarbeiteten. Es vermittelt so einen umfassenden geschichtlichen Überblick, der von der Urgeschichte bis in unsere Gegenwart reicht.

Der erste Band bietet zum größten Teil die Stadtgeschichte des Mittelalters. Nachdem die antike Civitas und die romanische Bevölkerung sowie der germanische Einfluß geschildert worden sind, stellt sich Speyer in der Merowinger- und Karolingerzeit dar, und dort, wo es an Quellenüberlieferung fehlt, werden naheliegende andere Erkenntnisse und Daten sowie Materialien herangezogen, so daß sich ein vielseitiges Bild ergibt, das auch eine Stadtplan-Rekonstruktion aus topographischen und archäologischen Untersuchungen ermöglichte - trotz fehlender schriftlicher Quellen, auf der dann auch u. a. Erich Herzog in seiner "Ottonischen Stadt" (Berlin 1964) aufzubauen vermochte. Denn mit diesem Zeitalter begann die eigentliche Geschichte der Stadt Speyer, deren Entstehungsprozeß sich mit "einer gewissen Eigendynamik" vollzog (I, S. 254), die damit in den prägenden und glanzvollen Abschnitt ihrer Geschichte eintrat, der bis in das 14./15. Jh. anhalten sollte. Völlig zu Recht hat der Autor dieses Kapitels, Ernst Voltmer, dies dem Andenken Erich Maschkes gewidmet. Ältere Geschichtsschreiber nannten Speyer in dieser Zeit eine "metropolis Germaniae", weil sie eine Hauptstadt der Ottonen und Salier gewesen ist. Immunität und Zentralität machten sie zu einem Herrschaftszentrum sowie zum Mittelpunkt einer Wirtschaftsregion.

In diese Phase der Stadtwerdung gehören der Name "Spira/Speyer" und die Herausbildung der Bürgergemeinde, obwohl noch ein großer Teil der Einwohner in die "familia" des Bischofs und damit der Domkirche gehörte. Während des 13. Jh. vollzog sich die sog. kommunale Bewegung, die unter den salischen und staufischen Königen fortschritt und sich gegen Bischöfe und Domkapitel/Geistlichkeit richtete. Im nachfolgenden Jahrhundert gingen diese Auseinandersetzungen beinahe nahtlos in die von Patriziat (Hausgenossenschaft) und Zünften über. Weitere Kämpfe zwischen Bischof und Bürgerschaft stürzten die Stadt schließlich in eine schwere Krise, die zum Verlust reichsstädtischer Freiheiten führte. Als die Konflikte des 15. Jh. über-

standen waren, erlebte Speyer nicht nur eine Blüteperiode, sondern errang unter den Reichsstädten eine geachtete Stellung, wie sie mit den beiden Reichstagen von 1526 und 1529 zum Ausdruck kam. Auf überragender Wirtschaftskraft basierte sie allerdings nicht, wie Maschke in seiner Untersuchung von 1967 gezeigt hat, wenn auch Geldhandel und Kreditwirtschaft eine bedeutende überregionale Rolle spielten.

Der zweite große Komplex dieses Bandes stellte die Reichsstadt Speyer im Spannungsfeld von Kaiser, Bischof und dem Kurfürsten von der Pfalz dar, das sich über das ganze 15. Jh. ausbreitete. Wiederum mit großen Bürgerunruhen verbunden, reichten sie bis in die Zeit der Anfänge der Reformation. Ihnen sind Neubürgerzuwanderungen vorausgegangen, die nicht mehr aus dem engeren Umland erfolgten, sondern aus den Städten kamen, mit denen Speyer in politischen Kontakten stand. Aber es waren keine Kaufleute, sondern vornehmlich handwerklich-gewerbliche Kräfte. Unter den zugewanderten Frauen befanden sich auffällig zahlreiche im Bürgerbuch als "Dirnen" benannte. Dies mag wohl an den vielerlei Reichs- und Städtetagen gelegen haben, die in Speyer stattfanden. Wie in anderen Reichsstädten hatte sich die Reformation auch hier ausgebreitet. Die Einstellung des Rates förderte diese Entwicklung. Reformatorische, bürgerliche und bäuerliche Bewegungen standen im direkten Zusammenhang. Die Opposition wandte sich einhellig gegen die Geistlichkeit, die schließlich den Bürgereid leisten mußte. Doch der Sieg des Pfälzer Kurfürsten über die Bauern sollte sich auch auf Rat und Bürgerschaft auswirken. Die Geistlichkeit kam günstiger als ein Jahr zuvor dabei weg. Aufstands- und Religionsprobleme standen beim Reichstag in Speyer 1526 im Vordergrund. Instrukтив sind die Informationen über den Aufenthalt von Teilnehmern am Reichstag, z. B. daß Kurfürst Johann von Sachsen mit 400 Pferden kam und täglich 700 Personen zu versorgen waren(?), was für den Rat von Speyer die Versorgungsprobleme gewiß nicht einfach gestaltete. Wer jedoch wissen will, welche Haltung Fürsten und Städtevertreter auf dem Reichstag einnahmen, wird in ausführlichen Darlegungen darüber informiert. Für Speyer wurde wichtig, daß der Reichstag beschloß, Reichsregiment und Reichskammergericht in die Stadt zu verlegen. Der erwähnte sächsische Gesandte war Otto von Pack (nicht Prack, I, S. 505). Während das Reichsregiment 1530 aufgelöst wurde, blieb das Reichskammergericht bis 1689 in Speyer. Dies hat dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Stadt einen gewissen Auftrieb verliehen, aber auch zu manch innerstädtischen Problemen geführt.

Der in der 2. Auflage vorliegende Band II behandelt die Geschichte der Stadt vom Dreißigjährigen Krieg bis 1949 durch verschiedene Autoren. Speyer ist in dieser Zeit Kleinstadt - wächst nur von etwa 5000 bis zu knapp 43 000 Einwohnern -, was jedoch nicht bedeutete, daß alle ihre Lebensäußerungen generell von provinziellem Zuschnitt gewesen und geblieben wären. Bereits die Residenz des Reichskammergerichtes über lange Zeiten sorgte für überörtliche, ja überregionale Wechselwirkungen infolge der Prozesse, der Gerichtsangehörigen und der Besucher aus verschiedensten Gründen. Freilich brachte das oberste Reichsgericht nicht nur Ruhm - oft von zweifelhafter Natur -, sondern auch mannigfaltige Beschwerden in wirtschaftlicher, finanzieller und rechtlicher Hinsicht. Im Zuge der Reformation nach 1540 mit vorwiegender evangelischer Bürgerschaft gelang es jedoch den Katholiken, mit kaiserlicher Unterstützung und durch Bischöfe sowie Jesuiten gefördert, der Gegenreformation zunehmenden Anhang zu verschaffen, so daß bis zum 19. Jh. beide Konfessionen ungefähr gleich stark vertreten waren. Wirtschaftlich vermochte in Speyer der Vorrang von Handwerk und Kleinhandel zugunsten von Fabrik- und Industrieproduktion nicht abgebaut zu werden. Dies blieb erst dem 20. Jh. und vor allem der Zeit nach 1945 vorbehalten.

Der Band III, erstmals 1989 erschienen, behandelt die neueste Geschichte der Stadt, deren Bevölkerung durch eine weit über dem Durchschnitt liegende Zuwanderung vermehrt wurde, früher durch Umsiedler, später durch Ausländer. Gegenwärtig ist der Ausländeranteil fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Interessantes bietet das Wahlverhalten in Speyer. Die großen Parteien (CDU und SPD) errangen bei Bundestagswahlen meist je um die 40 %. Die Wahlen zum Landtag und zur Gemeinde zeigten - jeweilig zeitbedingt - gewisse Abweichungen. Ein gegenüber anderen Städten vergleichsweise bescheidenes Industriewachstum wird jedoch mit einem Zu-

wachs des Dienstleistungssektors ungefähr ausgeglichen. Durch die 1947 gegründete Akademie für Verwaltungswissenschaft, die 1950 Hochschulstatus erhielt, wurde Speyer zur Hochschulstadt, denn Universitäten sind ohnehin in verschiedenen Nachbarstädten beheimatet. Der Band III ergänzt die Abhandlungen in den anderen Bänden noch durch spezielle Darstellungen, z. B. über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Speyers im Mittelalter, über die Stadt und das Reichskammergericht, über die Reformation in Speyer, die Geistes- und Kulturgeschichte bis zum 20. Jh. sowie über die Topographie der Stadt. Eine Chronologie (im Bd. II), die deutsches und Speyers historisches Geschehen gegenüberstellt, bietet einen nützlichen Überblick. Bibliographien zu allen Kapiteln ergänzen zahlreiche Anmerkungen, und das Register bereichert die drei Bände, die ein respektables Werk unter den deutschen Stadtgeschichten verkörpern.

BOCH Verlag, Düsseldorf/Wien/New York 1990, 231 S., 39,00 DM

von Karin Lehmann

In den beiden Büchern werden herausragende Führungskräfte der Wirtschaft vorgestellt. Sibylle Kraus-Burger interviewte dreizehn Männer aus dem Spitzenmanagement bedeutender Firmen der Bundesrepublik Deutschland, darunter, um nur einige zu nennen, Alfred Herrhausen, zuletzt abgegangener Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG, Erhard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Haniel-Berg AG, Carl Hans Rahn, seit 1981 an der Spitze der Volkswagen AG, und Rudolf von Koenigsmann-Petersen, der von 1981 bis zu seinem Tode 1989 den Vorsitz im Vorstand der VEB AG ausübte. Wie die Autorin einleitend bemerkt, war sie auf die Bereitschaft der Manager, sich ihrer Folgen zu stellen, angewiesen. Angeregt, in der sie sich bewährt hatte, lebten als Insulern konnte sich kein repräsentatives Bild vom Spitzenmanagement ergeben. Trotzdem enthalten die auf der Basis des Interviews erstellten Fortsätze eine Fülle von Informationen, die durch die beigefügten kurzen Biographien und Unternehmensskizzen noch verdichtet werden.

Die von Kraus-Burger befragten Männer wurden zwischen 1926 und 1944 geboren. Die Mehrheit von ihnen waren mehr oder weniger durch die ersten beiden Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg geprägt, in denen sie ihre Ausbildung schafften und ihre berufliche Karriere begannen. Jugendjahre und in der Türkei waren für einen Reuter wichtig. Dorthin vertrieben er während des Faschismus mit seinem Vater, dem sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Ernst Reuter.

Es läßt nahelegen, die Generationsspezifität im Gegensatz zu weltweiten Unterschieden und -ähnlichkeiten Generationen herauszuarbeiten. Von den Vätern der Protagonisten waren vier bei Unternehmen in gebührender Position angestellt, vier weitere leiteten Familienunternehmen, an deren Spitze gegenwärtig ihre ungewählten Söhne stehen. Ein Vater war Architekt, einer Goldschmied, zwei waren Volkswirtschaftslehre bzw. -politiker und einer Buchhändler. Die meisten der vorgestellten Männer absolvierten ein wirtschaftswissenschaftliches oder ein politisches Studium, wenige studierten Maschinenbau.

Die Autorin stellt fest, daß viele dieser Führungskräfte ihre Karriere in dem Unternehmen begannen, in dessen Vorstand sie schließlich den Vorsitz übernahmen und seit vielen Jahren innehaben. Aus der Bemerkung der Autorin, sie hätten sich besser als an die Spitze gelangt, zumeist in diesem Hause herbeigeführt, kann man schließen, daß viele von hier einbezogenen Unternehmen ihre Manager selbst ausbilden, und zwar, wie sich den Interviews entnehmen läßt, in die Lehren von Wilhelm die Sanierung von Konzernfirmen, die Tätigkeit in einem Unternehmen bzw. in der ausländischen Expansion.

Ein bemerkenswertes Beispiel ergab sich die Biographie von Erhard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Haniel AG. Er begann als Ingenieur bei der Kontinentalen Gummi AG, war von 1969 bis 1978 Staatsminister für Bundeswirtschaftsministerien unter den Ministern Karl Schiller, Helmut Schmidt und Hans

### **Wirtschaftliche Führungskräfte der Bundesrepublik Deutschland**

Sibylle Krause-Burger, Die andere Elite. Deutsche Topmanager im Portrait

ECON Verlag, 3. Aufl., Düsseldorf/Wien/New York 1990, 256 S., 39,80 DM

Dieter Balkhausen, Alfred Herrhausen. Macht, Politik und Moral

ECON Verlag, Düsseldorf/Wien/New York 1990, 231 S., 39,80 DM

von Karin Lehmann

In den beiden Büchern werden herausragende Führungskräfte der Wirtschaft vorgestellt. Sibylle Krause-Burger interviewte dreizehn Männer aus dem Topmanagement bedeutender Firmen der Bundesrepublik Deutschland, darunter, um nur einige zu nennen, Alfred Herrhausen, zuletzt alleiniger Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, Carl Horst Hahn, seit 1981 an der Spitze der Volkswagen AG, und Rudolf von Bennigsen-Foerder, der von 1971 bis zu seinem Tode 1989 den Vorsitz im Vorstand der VEBA AG ausübte. Wie die Autorin einleitend bemerkt, war sie auf die Bereitschaft der Manager, sich ihren Fragen zu stellen, angewiesen. Andere, an die sie sich gewandt hatte, lehnten ab. Insofern konnte sich kein repräsentatives Bild vom Spitzenmanagement ergeben. Trotzdem enthalten die auf der Basis der Interviews erarbeiteten Porträts eine Fülle von Informationen, die durch die beigefügten kurzen Biographien und Unternehmenssteckbriefe noch verdichtet werden.

Die von Krause-Burger befragten Männer wurden zwischen 1926 und 1944 geboren. Die Mehrzahl von ihnen waren mehr oder weniger durch die ersten beiden Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg geprägt, in denen sie ihre Ausbildung erhielten und ihre berufliche Karriere begannen. Jugenderlebnisse in der Türkei waren für Edzard Reuter wichtig. Dorthin emigrierte er während des Faschismus mit seinem Vater, dem sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Ernst Reuter.

Es hätte nahegelegen, die Generationsspezifika im Gegensatz zu bedeutenden Unternehmern und Managern früherer Generationen herauszuarbeiten. Von den Vätern der Porträtierten waren vier bei Unternehmen in gehobener Position angestellt, vier weitere leiteten Familienunternehmen, an deren Spitze gegenwärtig ihre interviewten Söhne stehen. Ein Vater war Autoindustrieller, einer Gutsbesitzer, zwei waren Verwaltungsbeamte bzw. -politiker und einer Buchhändler. Die meisten der vorgestellten Männer absolvierten ein wirtschaftswissenschaftliches oder ein juristisches Studium, wenige studierten Maschinenbau.

Die Autorin stellt fest, daß viele dieser Führungskräfte ihre Karriere in dem Unternehmen begannen, in dessen Vorstand sie schließlich den Vorsitz übernommen und seit vielen Jahren innehaben. Aus der Bemerkung der Autorin, sie hätten sich, bevor sie an die Spitze gelangten, zumeist in diesem Hause hochgedient, kann man schlußfolgern, daß viele der hier einbezogenen Unternehmen ihre Manager selbst ausbilden, und zwar, wie sich den Interviews entnehmen läßt, für die Leitung von Filialen, die Sanierung von Konzernfirmen, die Tätigkeit in Auslandsniederlassungen bzw. in der ausländischen Stammfirma.

Für Deutschland keinesfalls typisch ist die Biographie von Detlev Karsten Rohwedder, Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG. Er begann als Unternehmensberater in der Kontinentalen Treuhand AG, war von 1969 bis 1978 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium unter den Ministern Karl Schiller, Helmut Schmidt und Hans

Friderichs. Dann ging er wieder in die Wirtschaft, zur Hoesch AG, um deren Saniierung durchzuführen. 1990 wurde er als Präsident der Treuhandanstalt berufen. Dieser Wechsel zwischen Positionen in der Wirtschaft und in der Politik ist in Deutschland im Unterschied zu den USA eher eine Ausnahme.

Die Porträts und Biographien weisen auch auf den Einfluß hin, den Topmanager über das "eigene" Unternehmen hinaus auf das öffentliche Leben ausüben.

Fragen nach Macht und Einflußnahme stehen im Mittelpunkt des zweiten Buches, das Alfred Herrhausen gewidmet ist. Dieter Balkhausen führte mehrere Gespräche mit ihm. Er unterhielt sich auch mit einer Reihe weiterer Persönlichkeiten, die Herrhausen gut kannten. Außerdem zitiert und kommentiert er zahlreiche Vorträge und Aufsätze des Bankiers.

Herrhausen kam 1970 von den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen VEW in Dortmund zur Deutschen Bank AG, wo er zunächst stellvertretendes Vorstandsmitglied, 1971 ordentliches Mitglied des Vorstandes und 1985 neben F. Wilhelm Christians Sprecher des Vorstandes wurde. Seit Mai 1988 bis zu seiner Ermordung durch Terroristen Ende November 1989 war er alleiniger Sprecher des Vorstandes. Sein Management in dieser Bank fällt also in die Anfangsphase einer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Umbruchszeit, die längst noch nicht abgeschlossen ist und die zur Auseinandersetzung mit zahlreichen schwerwiegenden Problemen herausforderte. Diese Probleme gehen weit über die internen Angelegenheiten einer Bank hinaus, wie z. B. die internationale Schuldenkrise, die Herrhausen als "doppelte" Schuldenkrise, nämlich der Entwicklungsländer und der USA, begriff, oder auch wie die Geldwertentwicklung des Dollars, die künftige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und die Veränderungen in Osteuropa. Balkhausen zitiert ausführlich öffentliche Stellungnahmen des Bankiers zu diesen Fragen, u. a. zur Schuldenkrise. So entwickelte Herrhausen eine "Schuldenstrategie", die ihm scharfe Kritik seitens anderer Banker eintrug.

Auch in ihrer Geschäftstätigkeit sieht sich die Deutsche Bank mit zahlreichen Fragen, die sich aus diesen neuen Prozessen ergeben, konfrontiert. Balkhausen arbeitet heraus, was Herrhausen bewegen hatte, die Bank neu zu organisieren. Er beabsichtigte, durch eine mehr marktorientierte Geschäftspolitik Effizienz und Rentabilität zu erhöhen. Wie zu entnehmen ist, spielte dabei die internationale Konkurrenzsituation eine nicht unbeträchtliche Rolle. So hat auf den Finanzmärkten der Konkurrenzdruck einiger japanischer Banken stark zugenommen.

Die beiden Bücher unterscheiden sich durch die Herangehensweise ihrer Autoren. Während in dem von Krause-Burger verfaßten das Biographische im Vordergrund steht, geht Balkhausen von ökonomischen und politischen Fragestellungen aus und analysiert die von Herrhausen dazu geäußerten Meinungen. Ähnlich wie Memoiren als Quellen für die wirtschaftshistorische Forschung herangezogen werden und kritisch verarbeitet werden sollten, können auch die in den hier besprochenen Büchern von den Autoren mitgeteilten Fakten und übermittelten Ansichten der Topmanager über Ereignisse und Probleme zum Verständnis der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten und gegenwärtiger Entwicklungen von Nutzen sein.

## Rationalisierung in der Weimarer Republik

Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik.  
Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1989, 415 S., 78,- DM

von Arno Mietschke

Thomas von Freyberg, kein Historiker, beschäftigt sich in seiner Studie mit einem in jüngster Zeit von Wirtschafts-, Sozial- und Technikhistorikern gleichermaßen stärker beachteten Gegenstand historischer Forschung. Als Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung fragt er nach historischen Wurzeln der auf Flexibilisierung zielenden arbeitspolitischen Konzeption der Gegenwart, namentlich in den Weimarer Rationalisierungsstrategien. Ohne das qualitativ Neue der gegenwärtigen Rationalisierungsbewegung zu leugnen, gelingt es dem Autor mit Hilfe seiner Befunde, "Skepsis anzumelden, wo allzu schnell 'das ganz Neue' identifiziert wird" (S. 391).

Die Bewältigung des zeitgenössischen Schrifttums findet insofern eine gewisse Übersichtbarkeit, als sich neben grundlegenden Arbeiten auf die Auswertung relevanter Literatur der betrachteten Branchen (Periodika, Vereinsschrifttum) beschränkt wird. Bezüge zum ausgewerteten Archivschriftgut der ausgewählten Unternehmen (Siemens-Schuckert-Werke und Werkzeugmaschinenfabrik Gebr. Boehring) finden sich demgegenüber weitaus weniger, was gegebenenfalls als Indiz für die dem forschenden Interesse weniger entgegenkommende Überlieferungslage gelten könnte. Das Buch ist neben den Vor- und Schlußbemerkungen, die das sozialwissenschaftliche Interesse des Autors an der Rationalisierungsgeschichte der Weimarer Republik begründen, in drei Teile gegliedert.

Der erste Teil gibt einen Überblick über die Bilanz und die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Rationalisierungsphase von 1924 bis 1929. Die Diskussion neuerer und zeitgenössischer Einschätzungen zur Gesamtbilanz dieser Rationalisierungsbewegung, die zweifellos ein z. T. widersprüchliches Bild ergeben, führen von Freyberg zu dem Schluß: "Über das reale Ausmaß der industriellen Rationalisierungsprozesse in den zwanziger Jahren der Weimarer Republik ist sicher ein halbwegs genaues und umfassenderes Gesamtbild nicht mehr erstellbar" (S. 30). Auch die vielzitierte Erhebung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über "die Rationalisierung in der Metallindustrie" (1932 erschienen) ermöglicht keine "abgerundete Gesamtbilanz der Weimarer Rationalisierungswelle" (S. 35). Die Bemerkungen zur wirtschaftlichen Entwicklung bis 1924 charakterisieren im wesentlichen die Ausgangsbedingungen der beiden "leading sectors" und dienen somit als Einleitung zum umfangreichen zweiten Teil "Betriebliche Aspekte der Rationalisierung im Maschinenbau und in der Elektroindustrie" (rund 200 Seiten). Der Autor verfolgt hier 3 Ebenen der Untersuchung:

1. Technisch-konstruktiver Wandel - die Entwicklung der Werkzeugmaschinen;
2. Technisch-organisatorischer Wandel - die Rationalisierung der Fertigungsprozesse und
3. Die Rationalisierung des Faktors "Mensch".

Die Entwicklung der Werkzeugmaschine wird, als "technisches Zentrum aller Industriezweige" (S. 55) bis in die Vorkriegszeit zurückreichend, auf etwa 70 Seiten nachvollzogen und dabei festgestellt: "Eine gezielte Orientierung der Konstruktion an den Rationalisierungserfordernissen der eigenen Werkstätten war hier wie überhaupt bei der großen Mehrheit der Betriebe des Maschinen- und Apparatebaus unbekannt" (S. 112 f.). Als Ursache werden insbesondere die Rationalisierungsbestrebungen der

Käufer, die vorherrschende Einzel- und Kleinserienfertigung unter den Bedingungen eines relativ raschen technologischen Wandels der Produkte und einer zunehmenden Vielfalt der Produkttypen, die Dominanz der Konstruktion gegenüber der Werkstatt sowie der vergleichsweise geringe Grad der Arbeitsteilung in vielen Maschinenbau-betrieben genannt.

Auf den folgenden 100 Seiten erweist es sich als Nachteil, daß weder eine konsequent analytisch-vergleichende Gegenüberstellung noch eine systematisch-vergleichende Zusammenfassung beider Branchen bzw. Unternehmen vorgenommen wurden. Die Darstellung des technisch-organisatorischen Wandels im Maschinenbau bzw. in den Siemens-Schuckert-Werken erfolgt durchgängig getrennt, obgleich viele im Untersuchungszeitraum erstmalig verstärkt auftretende Aufgaben ähnlich waren wie die Einrichtung von Arbeitsbüros, Einführung der Fließbänderzeit, die Koordinierung zwischen kaufmännischen und technischen Abteilungen, der Aufstieg neuer Teile der technischen Intelligenz (u. a. Betriebsingenieure) oder die innerbetriebliche Kooperation im Form der "Gemeinschaftsarbeit".

Zumindest räumt der Autor selbst ein, daß es sich verbietet, "von sich einander ausschließenden Rationalisierungskonzepten zu reden" (S. 128). Die systematisch, wissenschaftlich angeleitete Rationalisierung der industriellen Beziehungen im Betrieb werden im letzten, rund 40 Seiten umfassenden Abschnitt des 2. Teils, ebenfalls getrennt für die betrachteten Branchen bzw. Unternehmen, untersucht. Allerdings finden sich zum Maschinenbau auf wenigen Seiten im wesentlichen nur Aussagen bezüglich sozialer Folgen des bereits genannten Problems der neuen Rolle der Werkstatttechnik bzw. Fertigungsökonomie (z. B. Änderungen in der Berufsstruktur). Deutlich umfangreicher ist die Darstellung der Rationalisierung der industriellen Beziehungen bei Siemens. Diese nach C. F. Siemens als A und O der betrieblichen Produktionspolitik bezeichnete Rationalisierung wird mit den erweiterten Mitteln der betrieblichen Sozialpolitik berufsgruppenbezogen betrieben, deren Ziel letztlich in der Aufrechterhaltung des Machtmonopols des Managements bestehen sollte (S. 251). Die personal- und sozialpolitische Reform von 1919 bei Siemens war durch die veränderte nachrevolutionäre Situation motiviert. Die Einbeziehung der Interessenvertretung der Belegschaften (Betriebsräte) in die von der Unternehmensleitung definierte Orientierung am betrieblichen Gemeinwohl war erklärtes Ziel der Sozialpolitik des Unternehmens (S. 253 f.).

Der dritte Teil des Buches ist auf 125 Seiten überbetrieblichen Aspekten der Rationalisierung gewidmet. Die zwischenbetrieblichen Rationalisierungsformen (Normung, Typung, wirtschaftliche Zusammenschlüsse usw.) werden ebenso in die Untersuchung einbezogen wie koordinierende Institutionalisierung der Rationalisierungsbestrebungen im 1921 gegründeten Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW), obwohl der (Neu-) Beginn der Rationalisierungsbewegung erst für 1925 angegeben wird (S. 300). Der Gemeinschaftsgedanke tritt an die Stelle der Klassengegensätze - das ist die Erklärung der Rationalisierungsprogrammatis (S. 307). Die Ingenieure bilden die neuen Mandarine der Rationalisierungsbewegung als deren Führer und erste Diener, die im technisch-wissenschaftlichen Fortschritt die Voraussetzung für die Entschärfung der sozialen Konfliktfelder annehmen (S. 320). Vor diesem Argumentationshintergrund stellt von Freyberg eine deutliche Affinität zwischen politischem System und Rationalisierungsbewegung der Weimarer Republik fest (S. 353). Die Rolle der Gewerkschaften sieht der Autor in deren aktiver Teilnahme an der Rationalisierungsdebatte, kaum in der Kozipierung und Durchführung der industriellen Rationalisierungsstrategien.

Das Buch setzt (S. 371 ff.) zweifelsfrei wichtige Diskussionspunkte zum Verständnis der Rationalisierungsprozesse in der Weimarer Republik, die keineswegs nur der historischen Zunft wesentlich erscheinen sollten.

## Mäzenatentum und Wissenschaft in der Geschichte als Forschungsaufgabe

Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert.  
Deutschland im europäischen Vergleich, hg. v. Rüdiger vom Bruch u. Rainer A.  
Müller = Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 88

Franz Steiner Verlag GmbH, Stuttgart 1990, 304 S., 75,- DM

von Arno Mietschke

Der vorliegende Sammelband informiert über zwei internationale Symposien, die 1985 und 1987 in der Werner Reimers Stiftung in Bad Homburg zur Thematik "nichtstaatlicher Wissenschaftsförderung in Deutschland bzw. in Europa, den USA und Japan im ausgehenden 19. und im 20. Jahrhundert" veranstaltet wurden. Den 12 überarbeiteten Referaten ist eine Einleitung von Rüdiger vom Bruch vorangestellt; die Tagungsberichte von Wolfgang Stump am Ende des Buches geben einen Überblick über die Schwerpunkte der Diskussion zwischen den 30 Teilnehmern. In beiden Beiträgen wird der Rahmen beschrieben, in dem sich bisherige historische Forschungen zur nichtstaatlichen Forschungsförderung bewegten. So betont Stump: "Im Gegensatz zur staatlichen Wissenschaftsförderung, die in Deutschland eine lange Tradition besitzt, ist die nichtstaatliche, industriell-private Wissenschaftsförderung während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik bisher systematisch noch nicht ausreichend erforscht." (S. 277) Der Band zielt nach vom Bruch auf eine Perspektive, die "einseitig staatsmonopolistische Traditionen in der Wissenschaftspflege" auch in Deutschland korrigieren dürfte (S. 11). Wider Mißverständnisse, die sich aus marxistischer Auffassung ergeben, geht es gerade um das Problem, "in welcher Weise Staat und Industrie gemeinsam neue Wege beschreiten konnten" (S. 15) angesichts der naturwissenschaftlichen Forschungsbedürfnisse im Untersuchungszeitraum: "So erscheint es in der Tat sinnvoll, das späte Kaiserreich als Scharnier in der Geschichte von Wissenschaftspolitik, Wissenschaftsorganisation und Forschungsförderung in Deutschland zu begreifen, wurden hier doch Weichen für eine bis in unsere Gegenwart reichende Zukunft gestellt. Allerdings reicht der Blick auf diese Phase der, wie es damals hieß, "Weltgeltung deutscher Wissenschaft" nicht aus. Erst in Verbindung mit neuartigen Steuerungs- und Förderungsmodellen, die in der frühen Weimarer Republik von dem Problemlösungsdruck der nunmehrigen "Not deutscher Wissenschaft" erzeugt wurden, erschließt sich die volle Breite dieser Umbruchszeit. (S. 15 f.) Die Einleitung verweist insbesondere auf drei begünstigende Faktoren, die zu diesem Umbruch führten: 1. "die Durchstaatlichung des Wissenschaftsbetriebs", 2. "eine in Deutschland auffällige Verwissenschaftlichung von Industrie und Technik", 3. "ein immer wieder beschworener nationalkultureller Gleichberechtigungsanspruch von Naturwissenschaft und Technik neben dem traditionellen Kanon von Bildungsgütern einer international hochgeachteten Kulturation" (S. 16). Die beiden zuletzt genannten Faktoren, deren Wurzeln im dunkeln bleiben, bereiteten den Boden für das "private Engagement für eine Wissenschaftsförderung jenseits von Hochschule und Staatsinstituten". Wer hier oder bereits aus dem Titel die Einbeziehung der unbestreitbar gleichermaßen nichtstaatlichen wie in der Umbruchszeit expandierenden industrieeigenen Wissenschaftseinrichtungen ableitet, wird enttäuscht. Die Autoren beabsichtigen eher die Erforschung der nichtstaatlichen Wissenschaftsförderung, die mit dem Begriff des "Mäzenatentums" beschreibbar ist.

Bisherige Forschungslücken aufspürend, fordert vom Bruch zu Recht die Öffnung der traditionellen Technik- und Wissenschaftsgeschichte zu allgemein-historischen Perspektiven. Gefragt ist die sozial- und wirtschaftshistorische Dimension, wie umgekehrt sich die Sozialgeschichte der Technik- und Wissenschaftsgeschichte zuwenden muß. (S. 19 f.) Schon aus dieser Sicht verdient die Publizierung der Beiträge als Beiheft der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beachtung. Der Sammelband versteht sich als Diskussionsangebot und Anregung für künftige Forschungen, einschließlich des rudimentären Kenntnisstandes für einzelne Länder. (S. 22) Auch Stump läßt keinen Zweifel daran, "daß die Referate und die anschließenden Diskussionen vorerst nur Mosaiksteine zur Problematik nichtstaatlicher Wissenschaftsförderung sowie dem Verhältnis von Wissenschaft, Wirtschaft und Industriebürgertum lieferten, die für die Epoche des Kaiserreichs und noch weniger für die Weimarer Republik ein Gesamtbild bieten, das allgemeine Aussagen erlaubt" (S. 288).

Es wurde angestrebt, daß die Autoren folgende vier Problemfelder in die Betrachtung einbeziehen: "1. Motive außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im Spektrum zwischen allgemeiner Philantropie, zielgerichteter Allgemeinwohlverpflichtung und organisierter Interessenpolitik, 2. Strukturen von Stiftungsmodellen und daraus sich ergebende Konflikte, 3. triadische Stoßrichtung (akademischer Bereich; Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft; staatlich-administrative Ebene) und 4. internationaler Vergleich." (S. 25 f.) Die 12 Beiträge wurden in 3 Abschnitte gruppiert. Im ersten Abschnitt beschreibt Wolfgang U. Eckart die "Vorgeschichte und Gründung des Hamburger Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten (1884 - 1901)" als eine durch Mischförderung mit "partikularstaatlicher Dominanz" gegründete Forschungsinstitution, keineswegs als Paradebeispiel nichtstaatlicher Wissenschaftsförderung. (S. 51) Zur weitgehend erforschten "Vorgeschichte und Gründung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin" skizziert Sigfrid von Weiher auf 8 Seiten den Hintergrund für die Entstehung der vom Lehrbetrieb freien, vom Staat finanzierten Forschungsinstitution und hebt dabei die besondere vielfältige Einflußnahme durch Werner von Siemens hervor. Auch der folgende Beitrag von Lothar Burchardt verweist schon im Titel auf die enge Verflechtung "zwischen Staat und Wissenschaft. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bis zum Ende des ersten Weltkrieges". Auf 23 Seiten wird den vielschichtigen Verflechtungen der Interessen nachgegangen, die zur Gründung dieser "einen Qualitätssprung in der Geschichte des deutschen Stiftungswesens wie in der Geschichte der deutschen Wissenschaftsförderung" (S. 82) markierenden Gesellschaft unter dem Protektorat des Kaisers führten. "Nicht der 'Staat' gründete die KWG, sondern eine Allianz von Wissenschaftlern, Kultusbeamten und Unternehmern", heißt es zusammenfassend. Der Beitrag von Gerald D. Feldman "The Private Support of Science in Germany, 1900 - 1933" beschließt den ersten Abschnitt. Unter Beachtung der historischen Bedingungen in Deutschland wird hier den allgemeinen Tendenzen in entwickelten Industriegesellschaften entsprochen. Die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die 1920 gegründete Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (NGW) bzw. dessen Stifterverband stehen sowohl hinsichtlich der Umbruchjahre als auch der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Rolle des Staates in der Unterstützung der Wissenschaft und der Gelehrten im Zentrum der Betrachtung. (S. 110)

Der zweite Abschnitt beginnt mit einer umfassenden Studie von Frank R. Pfetsch zum Thema "Staatliche Wissenschaftsförderung in Deutschland 1870 - 1975". Hier wird gewissermaßen aus der "staatlichen Perspektive" nach einer, wie die bisherigen Beiträge zeigen, sehr schwierigen Abgrenzung von privaten Aktivitäten gefragt. Umfassende quantitative Angaben in Tabellen und Diagrammen informieren über Staatsausgaben für die Wissenschaft der verschiedenen Ebenen im o. g. Zeitraum und lassen strukturelle Verschiebungen einzelner Funktionsbereiche (Ausbildung und Lehre; Forschung und Entwicklung; wissenschaftlich-technische Dienste) ebenso deutlich werden wie unterstützte Wissenschaftsziele. Wolfgang Treue begrenzt seine Ausführungen auf die "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft". Er geht der Frage nach, inwieweit die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), in deren Geschäftsstelle er viele Jahre tätig war, überhaupt noch als "Selbstverwaltungsorganisation der Forschungsförderung" bzw. eher

als "Instrument staatlicher Wissenschaftspolitik" begriffen werden muß. Heinz-Rudi Spiegel berichtet über "Begründung und Motive industrieller Wissenschaftsförderung in der Bundesrepublik". Ausgehend von einer Problematisierung der Quellenzugänge und des Begriffsapparates gelingt es, vereinfachten Vorstellungen über private Wissenschaftsförderung zu begegnen, indem nachgewiesen wird, daß es weder "das Motiv" noch den "dominierenden Aspekt der Nutzenerwartung - aufs Ganze gesehen" - gibt. Als Bilanz zeigt sich "das Weiterbestehen des 'klassischen Mäzenatentums' als ein Stück praktizierter rationaler Wissenschaftspolitik" und die "Anteilnahme an den Geschicken und der Zukunft einer Gesellschaft" durch private Wissenschaftsförderung unabhängig vom einzelnen Zweck. (S. 184)

Fallen die beiden letzten Beiträge zeitlich aus dem Rahmen, so weitet der Beitrag von Christoph Freiherr von Maltzahn den Blick auf "Außeruniversitäre Organisationsformen in der Deutschen Geschichtswissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert". Dieser Beitrag dürfte insbesondere für Historiker von besonderer, da doppelter Bedeutung sein, wird hier doch ein Überblick über Teile der Historie der institutionalisierten Geschichtswissenschaft gegeben.

War eine klare, systematische Unterscheidung der beiden ersten Abschnitte schwer zu kennzeichnen, fällt es für den dritten Abschnitt um so leichter. Die Beiträge ermöglichen durch Konzentration auf einzelne Länder (Österreich, Schweiz, England, Frankreich) einen europäischen Vergleich.

"Am Beispiel der Akademie der Wissenschaften in Wien" zeichnet Walter Höflechner ein Bild der "nichtstaatlichen Wissenschaftsförderung in Österreich in der Zeit von 1848 bis 1938". Er belegt u. a. die nationalstaatlichen Motive der zahlenmäßig wenigen Stifter und beschreibt die tiefe Zäsur von 1918 und deren Bedeutung für den gestiegenen Rang dieser Wissenschaftsförderung. Bernhard Wehrli geht den "Formen der nichtstaatlichen Wissenschaftsförderung in der Schweiz (vor 1933)" nach. "Industrielles Mäzenatentum in England 1870 - 1914" untersucht Peter Alter. Er schreibt u. a.: "Angesichts eines steigenden finanziellen Aufwandes für Forschung und angesichts der Zurückhaltung des Staates bei der Förderung von Wissenschaft stellte deshalb das private Mäzenatentum in Großbritannien bis zum Kriegsausbruch 1914 für die Wissenschaft den wichtigsten Geldgeber dar." (S. 244) Aber wie auch im vorangegangenen Beitrag wird vom Autor auf die fehlenden detaillierten Untersuchungen über Umfang und Formen des privaten Mäzenatentums verwiesen. (S. 244 bzw. 236) Die Mäzenaten aus dem Industriebürgertum kamen aus der Chemie-, Maschinenbau-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie, nicht aus der Schwerindustrie. (S. 249) Erst in den 20er und 30er Jahren entstehen Wissenschaftsstiftungen, die mit denen am Ende des 19. Jh. in den Vereinigten Staaten entstandenen (z. B. Rockefeller) vergleichbar sind. Peter Hauske beschließt den Abschnitt mit der Studie "Das französische Wissenschaftssystem im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert und die Ansätze nichtstaatlicher Wissenschaftsförderung". Auch dieser Beitrag betont die bestehende Forschungslücke. Abschließend heißt es: "Trotz bemerkenswerter Offenheit des Wissenschaftssystems für privates Engagement über ein halbes Jahrhundert hinweg erweist sich damit die Frage nach den Formen nichtstaatlicher Wissenschaftsförderung im Frankreich der III. Republik als Frage nach den zu wenig genutzten Chancen, die zu weiterer Forschung anreizt." (S. 276)

Zusammenfassend dürfte der vorliegende Band erste, wichtige Informationen bezüglich der Forschungsprobleme und der vorliegenden -ergebnisse liefern, letzteres schon durch die umfassenden Literaturangaben der einzelnen Autoren. Dabei verwundert, daß solche grundlegenden Arbeiten, wie die aus den 70er Jahren von Heike Etzold, keine Beachtung gefunden haben.<sup>(1)</sup> Fraglich bleibt die Grenzziehung zwischen

1 Reishaus-Etzold, Heike, Die Herausbildung von monopolkapitalistischen Lenkungsorganen der Wissenschaft während der Weimarer Republik unter dem Einfluß der Chemiemonopole, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 3/1972, S. 13 - 35; dieselbe, Die Einflußnahme der Chemiemonopole auf die "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V." während der Weimarer Republik, in: JWG, 1/1973, S. 37 - 61.

"privat" und "staatlich" im außeruniversitären Bereich der Wissenschaftsförderung (Pfettsch, S. 136), zeigen doch die einzelnen Beiträge zur deutschen Wissenschaftsförderung eher die tendenzielle Übereinstimmung zwischen Staat, Unternehmern sowie Vertretern der Wissenschaft bei der Institutionalisierung von Wissenschaft in der Umbruchszeit. Insgesamt verweist dieser Band auf einen komplexen Bereich historischer Forschung, in dem die Wissenschafts-, Wirtschafts- und Staatsinteressen gleichermaßen wirken und der damit über disziplinäre Denkraster hinausweist.

## Frauen an die weibliche Front!

Susanna Dammer, Mütterlichkeit und Frauendienstpflicht. Versuche der Vergesellschaftung "weiblicher Fähigkeiten" durch eine Dienstverpflichtung (Deutschland 1890 - 1918)

Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1988, 365 S., 66,- DM

von Carola Möckel

Mit dem Begriff "Frauendienstpflicht" werden gemeinhin Assoziationen wie Krieg, Faschismus - man denke an den Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend - hervorgerufen, waren doch Frauendienstgedanke und Frauendienstpflicht wesentliche Bestandteile der faschistischen Frauenideologie. Aus ihrer Beschäftigung mit der Frauenpolitik des Naziregimes entstand bei Susanna Dammer das Interesse, die Geschichte der Frauendienstpflichtidee, deren Wurzeln bis ins 19. Jh. reichen, aufzuarbeiten.

Die Forderung nach einem sozialen Frauendienst wurde seit der zweiten Hälfte des 19. Jh. immer wieder gestellt. Allen Konzeptionen für seine Einrichtung lag die Vorstellung zugrunde, daß Frauen spezifische, von denen der Männer abzugrenzende Aufgaben in der Gesellschaft hätten und daß es einen besonderen, auf Mädchen und junge Frauen zugeschnittenen Bildungsweg geben müsse. Frauendienstpflicht war als Einrichtung zur staatsbürgerlichen Erziehung von Frauen gedacht, gewissermaßen als Pendant zum Militärdienst der Männer.

Interessant ist, daß die Einführung eines Frauendienstes um die Jahrhundertwende in größerem Umfang diskutiert wurde, zu einem Zeitpunkt, als die Arbeit der Frau zunehmend vergesellschaftet wurde, sich die "soziale Frauenarbeit ihren Platz im Kommunalwesen erobert hatte und sich zu bezahlter Berufsarbeit zu entwickeln begann" (S. 9).

So konzentriert Dammer ihre Untersuchung auch auf die Zeit zwischen 1890 und 1918, gibt aber auch einen Ausblick auf die Weiterentwicklung der Frauendienstidee während der Weimarer Republik und zu Beginn des NS-Regimes.

Im ersten Kapitel erläutert Dammer Inhalte und Zielsetzung der Frauendienstidee. Zwar hatten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen und auch die aus unterschiedlichen politischen Zielsetzungen an einer solchen Einrichtung interessierten Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung sehr voneinander abweichende Vorstellungen über die konkrete Form eines Frauendienstes, bei allen aber bestand die Grundrichtung darin, die Mädchen und jungen Frauen auf die Aufgaben vorzubereiten, die Staat, Gesellschaft und Familie von ihnen erwarteten. Dabei ging es vor allem um soziale Arbeit. Konkret wurde z. B. vorgeschlagen, daß jedes gesunde Mädchen verpflichtet sein sollte, "ein Jahr lang in der Hauswirtschaft, der Kranken- oder der Kinderpflege zu dienen" (S. 24). Ebenso wie beim männlichen Militärdienst sollte besonderer Wert auf Pflichterfüllung, Gehorsam und Erhöhung der körperlichen Leistungsfähigkeit gelegt werden. Die Ideen der organisatorischen Ausgestaltung reichten von "hygienischen Kasernen" für Frauen bis zu Klöstern ähnlichen Einrichtungen.

Allgemein lag der Frauendienstpflicht die Vorstellung zugrunde, daß ein "Dienst für andere" das Primäre weiblichen Wirkens sei. In diesem Zusammenhang stellt die Autorin nach einer kurzen Erläuterung der Sozialisationsbedingungen von Frauen

um die Jahrhundertwende die Geschichte der sehr breit gefächerten sozialen Frauenarbeit im 19. Jh. dar und geht dabei auf die in der zeitgenössischen pädagogischen Diskussion immer wieder vorkommenden zentralen Begriffe, wie z. B. Mütterlichkeit und erweiterte Mütterlichkeit, ein. Sie zeigt, daß die Verantwortlichkeit der Frau für soziale Belange in Weiterführung bzw. Festigung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung festgeschrieben wurde.

Da sich einerseits in der Gesellschaft ein Bedürfnis nach mehr sozialer Arbeit und andererseits bei bürgerlichen Frauen die Suche nach Berufsmöglichkeiten in der zweiten Hälfte des 19. Jh. trafen, wurde die ehemals vorwiegend ehrenamtliche soziale Hilfsarbeit immer mehr zu bezahlter Berufsarbeit vor allem für Frauen aus dem Bürgertum, die dann auch in den Frauendienstkonzepten im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Ausführlich erläutert Dammer die Frauendienstidee von Friedrich Zimmer, auf den sich spätere Verfechter berufen. War Zimmer anfänglich für einen freiwilligen sozialen Dienst der Frauen, so tendierte er später immer mehr zur Einführung einer Dienstverpflichtung für bestimmte Frauengruppen und forderte während des Krieges sogar eine obligatorische Dienstpflicht für alle Frauen. Jede Deutsche solle 14 (!) Jahre lang zu öffentlichem Dienst verpflichtet werden, die in Ausbildungs-, Friedensdienst- und Kriegshilfspflicht gegliedert werden solle; erst nach ihrer Ableistung dürfe die Frau heiraten. Inhaltliche Schwerpunkte sind nach Zimmer die Erziehung zur Wahrhaftigkeit, Arbeitsamkeit, Geschicklichkeit, Ordnung, Pflichterfüllung u. ä., körperliche Kräftigung im Interesse einer gesunden Mutterschaft, Einführung in häusliche Krankenpflege, erste Hilfe und Kriegskrankenpflege, die Aneignung von Kenntnissen in der Kinderpflege und -erziehung usw. (S. 287, im Anhang: Leitsätze für eine Frauendienstpflicht von Fr. Zimmer). Verständlicherweise ist kurz vor dem und während des ersten Weltkrieges eine verstärkte Diskussion und Propagierung der Frauendienstpflicht zu beobachten. Dammer zeigt, daß "begünstigt durch die euphorische Kriegsstimmung, in der Begriffe wie Bürgerpflicht, Kriegsdienstpflicht, Vaterlandsliebe, Opferbereitschaft zu den wichtigsten Vokabeln gehörten, die Forderung nach einer Dienstverpflichtung von Frauen zu einem wichtigen Verhandlungsgegenstand in einer breiten Öffentlichkeit" (S. 145) wurde. So gab es vor allem 1915 und 1916 viele Aktivitäten in Richtung eines Frauendienstjahres. Verschiedene Frauenvereine beschäftigten sich mit dieser Frage; der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) bildete eine eigene Kommission zur Prüfung der Dienstpflichtfrage. 1915 wurde in Breslau der Bund für Frauendienstpflicht gegründet, dessen Ziel es war, die Idee der Frauendienstpflicht durch entsprechende Werbung und Koordinierung der Aktivitäten zu unterstützen, wobei die Vorsitzende Elisabeth Lange zwei Grundsätze einer allgemeinen Dienstzeit für Frauen betonte. "1. Jedes dienstpflichtige Mädchen soll eine gründliche Ausbildung im Haushalt, in Kinderpflege und -erziehung und in der Hilfeleistung bei Krankenpflege erhalten. 2. Frauenkraft, die nicht der Familie oder dem Erwerb dient, soll ein reiches Feld der Arbeit zum Segen des Vaterlandes bekommen." (S. 156)

Es gab jedoch innerhalb der organisierten Frauenbewegung sehr unterschiedliche Meinungen zur Dienstverpflichtung von Frauen. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Frauen sprach sich mit dem Argument, daß proletarische Frauen im Beruf den gleichen Anteil an gesellschaftlicher Arbeit leisteten wie die Männer, dagegen aus. Auch innerhalb des BDF gab es ablehnende Haltungen; besonders scharf kritisierten z. B. Gertrud Bäumer und Alice Salomon den Frauendienstgedanken. Die Mehrzahl männlicher Pädagogen und Wissenschaftler setzte sich für die Einführung einer Frauendienstpflicht ein und sah darin die Möglichkeit, die Emanzipation der Frauen in "sinnvolle Bahnen" zu lenken, wobei ihre Konzepte folgende drei Schwerpunkte enthielten: "Erstens Erziehung zur Familien- und Hausarbeit, zweitens Erziehung zu staatsbürgerlichem Bewußtsein, drittens Disziplinierung und Erziehung zur Arbeit, d. h. Befähigung zur Einteilung eines nur beschränkt zur Verfügung stehenden Zeitbudgets und zur Fähigkeit sich unterzuordnen." (S. 170) Die Vorstellung jedoch, die Frauendiensteinrichtungen von Frauen leiten zu lassen, wie es Helene Lange gefordert hatte, wurde von der Mehrheit der Männer strikt abgelehnt.

Für sehr erstaunlich hält es Dammer, daß sich Vertreter der Armee so wenig Gedanken über die Einbeziehung von Frauen in den Krieg gemacht hatten. Es bestand bei ihnen nur die allgemeine Vorstellung, daß Frauen keinen Waffendienst leisten, im Kriegsfall aber als Krankenpflegerinnen durch das Rote Kreuz eingesetzt werden sollten. Allerdings hatte es schon lange vor dem ersten Weltkrieg eine Militarisierung weiblicher Lebenszusammenhänge und eine Wehrezziehung der Frauen gegeben. Militarisierung war nicht einfach Vorbereitung der Frauen auf einen zukünftigen Krieg, sondern umfaßte im Grunde alle Lebens- und Arbeitsbereiche und gipfelte darin, daß die Gebärfähigkeit der Frauen den militärischen Interessen untergeordnet wurde. Frauen waren für die "Produktion der Soldaten" zuständig.

Trotz breiter Diskussion und Propagierung eines wie auch immer gearteten Frauendienstes hat es eine obligatorische Dienstpflicht vor und während des ersten Weltkrieges nicht gegeben. Das ändert nichts an der Tatsache, daß Frauenarbeit gerade während des ersten Weltkrieges eine unabdingbare Voraussetzung für die Kriegsführung wurde. Frauenarbeit während des Krieges und das Verhältnis von Frauen zur Institution Militär stellt die Autorin in verschiedenen Bereichen dar. So sah der Nationale Frauendienst, am 31. Juli 1914 vom BDF gegründet, seine Aufgabe 1. in der Mitarbeit der Frauen an der Erhaltung einer gleichmäßigen Lebensmittelversorgung, 2. in der Fürsorge für solche Familien, deren Ernährer im Krieg war oder durch den Krieg arbeitslos geworden war und 3. in der Arbeitsvermittlung für Frauen, die auf Verdienst angewiesen waren bzw. die Plätze einberufener Männer zu füllen hatten.

Nachdem die Blitzkriegsstrategie gescheitert war und der Krieg sich in die Länge zog, die Materialschlachten immer mehr Rüstungsgüter und Soldaten verbrauchten, erschöpfte sich auch das Arbeitskräftepotential; es kam zu einer Ausweitung der industriellen Frauenarbeit. Im sog. Hindenburg-Programm von 1916 waren auch Vorschläge enthalten, die auf eine umfassende Militarisierung der Frauenarbeit und einen weiblichen Arbeitszwang für die Kriegszeit zielten. Zwar wurden dann die Frauen in das am 6. Dezember 1916 erlassene "Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst" doch nicht einbezogen, aber der Frauenarbeit im Krieg kam nun zentrale Bedeutung zu. Um die notwendigen zusätzlichen weiblichen Arbeitskräfte heranzuziehen und zu motivieren, wurden im Dezember 1916 zwei Einrichtungen geschaffen: der "Nationale Ausschuß für Frauenarbeit im Kriege" und die "Frauenarbeitszentrale", die dem Kriegsamt unterstand und von Marie-Elisabeth Lüders geleitet wurde. Die wichtigste Aufgabe der Frauenarbeitszentrale bestand in der Aktivierung von arbeitsfähigen Frauen für kriegswirtschaftlich wichtige Betriebe und in der Durchsetzung von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Betrieben und der sozialen Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Die Entwicklung der industriellen Frauenarbeit während des Weltkrieges verlief unterschiedlich. In den ersten Kriegsmonaten verschlechterte sich die Erwerbssituation von Frauen erheblich, da es vor allem in typischen Frauenbranchen wie Textil- und Bekleidungsindustrie zu Entlassungen kam. Während des gesamten Krieges waren die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen Schwankungen unterworfen, obwohl in der zweiten Kriegsphase ab 1916 mehr Arbeitsplätze vor allem in der metallverarbeitenden Industrie und hier der Rüstungsgüterindustrie zur Verfügung standen. Ab Mitte 1916 lag dann die Beschäftigungsquote von Frauen über dem Vorkriegsniveau; ihren Höhepunkt erreichte die Frauenarbeit im Herbst 1917 bei der Durchführung des Hindenburg-Programmes in der Rüstungsindustrie.

Allerdings wurde immer dann, wenn Frauenarbeit qualifizierte Männerarbeit ersetzen sollte, ein großes Ausbildungsdefizit der in Gewerbe und Industrie beschäftigten Frauen deutlich. Trotzdem stieg der Anteil der Frauenarbeit in den sog. männlichen Arbeitsbereichen; aber Frauen in Männerberufen wurden nur als kriegsbedingter Ausnahmezustand angesehen, was durch verschiedene Maßnahmen festgeschrieben wurde; so hatten Frauen über den Krieg hinaus keinen Anspruch auf die Dauerhaftigkeit der Anstellung.

Weniger bekannt als die Fakten über die Frauenarbeit in der Rüstungsproduktion bzw. der industriellen Kriegswirtschaft ist die Tatsache, daß Frauen während des

ersten Weltkrieges auch im Bereich der Wehrmacht gearbeitet haben. So waren in der Krankenpflege mehr als 100 000 Schwestern, Hilfsschwestern und Pflegerinnen unter schwierigsten Bedingungen direkt hinter der Front oder in der Etappe eingesetzt und hatten dabei trotz ihrer wichtigen und meist aufopferungsvollen Arbeit massive Vorurteile und chauvinistisches Verhalten von Männern hinzunehmen. Die ersten in nichttypischen Frauentätigkeiten in Frontnähe beschäftigten Frauen waren die sog. Armierungs- oder Erdarbeiterinnen. Sie mußten direkt hinter der Front, den Kampfhandlungen sehr nah, Außenarbeiten verrichten, so in Steinbrüchen, Schotterwerken und Sägemühlen arbeiten, Straßen, Munitionsstände, Baracken und Schützengräben bauen. Dazu wurden vor allem arbeitslose, vorwiegend jüngere Frauen geworben.

Eine Einstellung von Frauen als Etappenhelferinnen in der militärischen Verwaltung und dem Truppenteil, der unmittelbar hinter der Front für die Versorgung der betreffenden Heeresgruppe verantwortlich war, erfolgte erst ab Frühjahr 1917 im Zusammenhang mit dem allgemeinen Bestreben, möglichst viele Männer für den Frontdienst freizubekommen. So wurden hier 56 877 Frauen anstelle von Soldaten eingesetzt. Die Etappenhelferinnen verpflichteten sich zu einem mindestens sechsmonatigen Dienst und arbeiteten vor allem in den militärischen Wirtschafts- und Verwaltungsabteilungen. Die Arbeitsbedingungen waren vielfach angenehmer als in der Rüstungsindustrie.

Gegen Ende des Krieges kommt es dann auch zur Bildung eines weiblichen Nachrichtenkörpers, durch das noch einmal etwa 40 000 Männer für den Dienst mit der Waffe freigesetzt werden sollten. Frauen mit höherer Schulbildung sollten durch praktischen und theoretischen Unterricht zu Fernsprecherinnen, Funkerinnen, Morserinnen, Klopferinnen, Schnell- und Fernschreiberinnen herangebildet werden, sollten Uniform tragen dürfen und als Anreiz ein gutes Gehalt und gute Arbeitsbedingungen erhalten. Zu einem Einsatz der Nachrichtenhelferinnen während des Krieges kam es jedoch nicht mehr.

Abschließend wirft Dammer folgerichtig die Frage auf: "Was hat die Kriegsarbeit den Frauen erstens für den Bereich der Erwerbsarbeit und zweitens für die gesellschaftliche Anerkennung überhaupt gebracht?" (S. 249) Die Militärhistorikerin Ursula von Gersdorff schreibt: "Das kriegsbedingte verstärkte Herausreten der Frauen in die soziale, wirtschaftliche und politische Wirklichkeit erschloß ihnen neue Wirkungsbereiche und legte ihnen eine neue Verantwortung auf. So wurde der Krieg nicht nur eine Bewährungsprobe der Frauen, sondern auch ein Schrittmacher ihrer Gleichberechtigung."<sup>(1)</sup> So explizit behaupten zwar nur wenige einen Zusammenhang von Krieg und Emanzipation, die von der Autorin zitierten Charlotte Lorenz und Anna Bloß vertreten aber auch die Ansicht, daß der erste Weltkrieg dazu beigetragen habe, verschiedene Hemmnisse, die der Frauenerwerbsarbeit im Wege waren, zu beseitigen. Teilweise wurde von Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung auch ein Zusammenhang zwischen der im Krieg geleisteten Frauenarbeit und der Gewährung des Frauenstimmrechts - gewissermaßen als Belohnung - hergestellt.

Die Autorin geht den verschiedenen Argumenten für eine Wegbereiterfunktion des Krieges für die Frauenemanzipation nach und begründet fundiert und mit Hilfe statistischen Materials ihre starken Zweifel an dieser These. Frauen wurden zwar während des Krieges verstärkt für sog. Männerarbeiten herangezogen, wobei diese Kriegsarbeit möglicherweise eine gewisse Stärkung des Selbstwertgefühls der Frauen mit sich gebracht habe, aber eine nachhaltige positive Auswirkung des Krieges auf die Entwicklung im Frauenerwerbsarbeitsbereich sei nicht nachzuweisen, zumal die Demobilisierung auf Kosten der Frauen und ohne Rücksicht auf ihre Situation geschah. Eine wesentliche Verminderung der Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen war nicht zu beobachten. Auch das politische Stimmrecht für Frauen sei nicht auf ihre Kriegsarbeit, sondern vielmehr auf die Novemberrevolution und die Kämpfe sozialdemokratischer und radikal-bürgerlicher Kreise zurückzuführen. Insgesamt

<sup>1</sup> Gersdorff, Ursula von, Frauen im Kriegsdienst 1914 - 1945, Stuttgart 1969, S. 10.

samt habe Frauenarbeit während des ersten Weltkrieges wesentlichen Einfluß auf das Ausmaß und die Dauer des Krieges gehabt, ohne daß Frauen die Möglichkeit eingeräumt worden wäre, auf politische und gesellschaftliche Entscheidungen einzuwirken oder gar direkte Entscheidungen zu treffen.

Susanna Dammer hat im vorliegenden Buch die mit der Frauendienstidee zusammenhängenden Aspekte und Probleme im weiten Sinne ausführlich dargestellt, wobei vor allem die Diskrepanz zwischen den theoretischen Überlegungen während des Untersuchungszeitraumes und der Realität weiblicher Arbeits- und Lebensumstände, besonders während des Krieges, deutlich wurde.

Zu Alexander dem Großen, Festschrift Gerhard Wirth zum 60. Geburtstag, hg. v. Wolfgang Will u. Johannes Heinrichs, Bd. 1 - 2 (im folgenden I)

Verlag Adolf M. Hakkert, Amsterdam 1987/1988, 1322 S., 19 Taf., 3 Kt.  
Hermann Bengtson, Die hellenistische Weltkultur (im folgenden II)

Frank Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1988, 202 S., 6 Auf.,  
38,- DM

Wolfgang Radd, Pergamon, Geschichte und Bauplan, Funde und Erforschung einer antiken Metropole (im folgenden III)

Dr. Mont Buchverlag, Köln 1988, 401 S., 34 Tafeln, 171 Abb., 9 Kt.,  
44,- DM

von Armin Jähne

Alle drei Publikationen offenbaren die nach wie vor starke Interesse an der Geschichte des Hellenismus, etwa seit Johann Gustav Droysen (traditionell als Epoche verstanden, zeitlich relativ klar begrenzten Abschnitte der antiken und gewissenmaßen auch altorientalischen Geschichte,<sup>(1)</sup> und sie widerspiegeln das hohe Reflexionsniveau, die differenzialerende Problemsicht der modernen Hellenismuskritik.<sup>(2)</sup>

Insgesamt 37 Beiträge zur Person Alexanders des Großen, zu dessen historischem Umfeld, Lehungen und Nachleben vereint die Festschrift, die Gerhard Wirth dem Bamber Ordinarius Dr. Alz Geschichte und sehrerstvollen Alexanderforscher zum

1. Zum Epochenbegriff "Hellenismus" siehe Richter, Reinhold, "Hellenismus", Geschichte und Problematik eines Epochenbegriffs, Darmstadt 1993, dazu Jähne, Armin, Wirtschaft und Politik. Wege der Hellenismuskritik (Literaturbericht), im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 1/1989, S. 167 ff. Gehrig, Hans-Joachim, Geschichte des Hellenismus, Gutenberg-Grundriss der Geschichte, Bd. 1 A, München 1990, S. 1 - 3.

2. Barlan, Ernst, Alexander the Great and the Greeks of Asia, in Ancient Society and Institutions. Studies presented to Victor Ehrenberg on his 75th birthday, Oxford 1966, S. 37 - 69; derselbe, Nearchus the Cretan, in Yale Classical Studies 24, 1975, S. 147 - 172; Leveau, Pierre, Le monde hellénistique, Paris 1969; Schlumberger, Daniel, L'Orient hellénisé. L'art grec et ses héritiers dans l'Asie, Paris 1970; Frey, Claire, Le monde hellénistique. La Grèce et l'Orient de la mort d'Alexandre à la conquête romaine de la Grèce (323 - 146 av. J.-C.), Bd. 1 - 2, Paris 1976; Kullienko, Gennadij S., Griechische Politik im Hellenismus, Moskva 1979; Walbank, Frank W., Die hellenistische Welt, München 1981; Kraußig, Heinz, Geschichte des Hellenismus, Berlin 1982.

### Wirtschaftsgeschichtliche Aspekte in neueren Publikationen zum Hellenismus

Von der sogenannten Krise im 4. Jh. v. u. Z. über Alexander den Großen nach Pergamon

Zu Alexander dem Großen. Festschrift Gerhard Wirth zum 60. Geburtstag, hg. v. Wolfgang Will u. Johannes Heinrichs, Bd. 1 - 2 (im folgenden: I)

Verlag Adolf M. Hakkert, Amsterdam 1987/1988, 1322 S., 19 Taf., 3 Kt.

Hermann Bengtson, Die hellenistische Weltkultur (im folgenden: II)

Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1988, 202 S., 6 Abb., 38,- DM

Wolfgang Radt, Pergamon. Geschichte und Bauten, Funde und Erforschung einer antiken Metropole (im folgenden: III)

Du Mont Buchverlag, Köln 1988, 401 S., 34 Farbtaf., 171 Abb., 4 Kt., 44,- DM

von Armin Jähne

Alle drei Publikationen offenbaren das nach wie vor starke Interesse an der Geschichte des Hellenismus, eines seit Johann Gustav Droysens traditionell als Epoche verstandenen, zeitlich relativ klar begrenzten Abschnitts der antiken und gewissermaßen auch altorientalischen Geschichte,<sup>(1)</sup> und sie widerspiegeln das hohe Reflexionsniveau, die differenzierende Problemsicht der modernen Hellenismusforschung.<sup>(2)</sup>

Insgesamt 52 Beiträge zur Person Alexanders des Großen, zu dessen historischem Umfeld, Leistungen und Nachleben vereint die Festschrift, die Gerhard Wirth, dem Bonner Ordinarius für Alte Geschichte und verdienstvollen Alexanderforscher zum

- 1 Zum Epochenbegriff "Hellenismus" siehe Bichler, Reinhold, "Hellenismus". Geschichte und Problematik eines Epochenbegriffs, Darmstadt 1983; dazu Jähne, Armin, Wirtschaft und Politik. Wege der Hellenismusforschung (Literaturbericht), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 1/1989, S. 187 f.; Gehrke, Hans-Joachim, Geschichte des Hellenismus, Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 1 A, München 1990, S. 1 - 3.
- 2 Badian, Ernst, Alexander the Great and the Greeks of Asia, in: Ancient Society and Institutions. Studies presented to Victor Ehrenberg on his 75th birthday, Oxford 1966, S. 37 - 69; derselbe, Nearchus the Cretan, in: Yale Classical Studies, 24, 1975, S. 147 - 170; Lévéque, Pierre, Le monde hellénistique, Paris 1969; Schlumberger, Daniel, L'orient hellénisé. L'art grec et ses héritiers dans l'Asie, Paris 1970; Preaux, Claire, Le monde hellénistique. La Grèce et l'Orient de la mort d'Alexandre à la conquête romaine de la Grèce (323 - 146 av. J.-C.), Bd. 1 - 2, Paris 1978; Košelenko, Gennadij A., Grečeskij polis na ěllinističeskom vostoke, Moskva 1979; Walbank, Frank W., Die hellenistische Welt, München 1981; Kreißig, Heinz, Geschichte des Hellenismus, Berlin 1982.

60. Geburtstag gewidmet ist.(3) Der Bogen der Themen ist weit gespannt und reicht, um einige in freier Auswahl zu nennen, von Bemerkungen "Zum Problem der frühmakedonischen Heeresversammlung" (Karl Wilhelm Welwei), von "Lysias im panhellenischen Vorfeld Alexanders des Großen" (Hans-Günther Kleinow), "Alexander der Große und Thrakien" (Velizar Velkov), über "Alexander, Zeus und Ammon" (Dietmar Kienast), "Dareios III." (Jakob Seibert) und "Alexanders's Iranian Policy" (J. R. Hamilton) bis "Cicero und Alexander" (Ursula Ortman), "Die 'Betrachtungen über Leben und Taten Alexanders des Großen' der Königin Christine von Schweden" (Wolfgang Orth) und "Alexander oder Was ist Wahrheit. Arno Schmidt, Kyng Alexander & Mütterchen Klio" (Wolfgang Will). Drei Aufsätze, die sich globalen, soweit es um die griechische Gesellschaft im 4. Jh. v. u. Z. geht, und im Zusammenhang mit Alexanders Asienfeldzug spezielleren ökonomischen Problemen zuwenden, sollen hier, dem "Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" entsprechend, etwas näher betrachtet werden.

Mit seinen "Bemerkungen zur Problematik der Wirtschaftskrise in Griechenland im 4. Jhd. v. Chr. - Eine Anregung zur Diskussion" greift Hans-Peter Kohns eine wissenschaftsgeschichtlich höchst interessante und wohl auch aktuelle oder zumindest aktuell werdende Fragestellung auf. Er bezweifelt die Richtigkeit der seit langem eingebürgerten "communis opinio", die das 4. Jh. v. u. Z. allgemein und lokal als "Periode der Krise der Polis" ansieht (I, S. 123). Wie schon Michel Austin und Pierre Vidal-Naquet hält auch er es für falsch, "von einer allgemeinen Krise der griechischen Zivilisation" oder nur "einer wirtschaftlichen Krise" im 4. Jh. v. u. Z. zu sprechen, da die griechische Welt damals vielmehr "eine Periode des Wachstums durchlief, die im nachhinein betrachtet als ein Vorspiel der Ausbreitung im hellenistischen Zeitalter angesehen werden kann" (I, S. 125).(4) Kohns verneint keinesfalls einzelne soziale Krisen, Preissteigerungen, Hungersnöte und ähnliches. Aber alle diese unbestreitbaren Tatsachen bilden seiner Meinung nach kein ausreichendes Faktenfundament für "das Gedankengebäude eines Krisenjahrhunderts". Kaum etwas spricht "für einen länger anhaltenden Niedergang des Wirtschaftslebens" (I, S. 126), "eine ökonomische Dauerkrise" im 4. Jh. v. u. Z. (I, S. 128), zumal neuere Forschungen eher das Gegenteil belegen.(5)

Diese "ganze Krisentheorie" scheint Kohns daher "nicht so sehr in einer exakten Tatsachenfeststellung im wirtschaftsgeschichtlichen Bereich" zu wurzeln, sondern in einer speziellen, vornehmlich an Athen orientierten Bewertung der Verhältnisse im 4. Jh. v. u. Z. zu liegen, d. h. von politischen Kriterien auszugehen (I, S. 128 f.). Drei Dinge waren es offenbar, die Verzerrungen Vorschub leisteten: 1. die politische Instabilität in der Griechenwelt und ihre negativen Auswirkungen, einschließlich der

3 Zu dem um ein nüchternes, entidealisirtes Alexanderbild bemühten Jubilar vgl. Wirth, Gerhard, Alexander der Große in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1973; seine gesammelten Aufsätze in derselbe, Studien zur Alexander-geschichte, Darmstadt 1985; außerdem die von ihm gemeinsam mit Oskar von Hinüber besorgte und kommentierte zweisprachige Ausgabe von Arrian, Der Alexanderzug. Indische Geschichte, T. 1 - 2, Berlin 1985; derselbe, Philipp II., Geschichte Makedoniens, Bd. 1, Stuttgart/Berlin 1985.

4 Austin, Michel/Vidal-Naquet, Pierre, Gesellschaft und Wirtschaft im alten Griechenland, München 1984, S. 107.

5 Mossé, Claude, Der Zerfall der athenischen Demokratie, Zürich/München 1979, S. 63 - 73, 135 ff.; Will, Wolfgang, Athen und Alexander. Untersuchungen zur Geschichte der Stadt von 338 - 322 v. Chr. = Münchener Beiträge zur Papyrusforschung und antiken Rechtsgeschichte, 77, München 1983, S. 67, 77 - 93, 107 - 113.

neuerlichen persischen Suprematie, 2. der politische Abstieg Athens als "Großmacht", sein Versagen, als auf Dauer erfolgreicher "Reichsgründer" zu fungieren, und 3. der Souveränitätsverlust der klassischen Griechenpoleis und ihr Aufgehen in den hellenistischen Territorialstaaten. In der Tat gibt es in der Altertumswissenschaft die lange Tradition, das 4. Jh. v. u. Z. angesichts der Eroberung Griechenlands durch Makedonien und der nachfolgenden Errichtung hellenistischer Großreiche einer allgemeinen Niedergangsphase gleichzusetzen.(6)

Außer der engen, auf die klassische Griechenpolis fixierten historischen Sichtweise nennt Kohns ein zweites die Krisentheorie förderndes Moment: ein bis heute nicht bedeutungsloses "idealisierendes Staatsdenken", das jede "Ökonomisierung" des gesellschaftlichen Lebens für ein Anzeichen oder die Ursache politischen Verfalls hält (I, S. 129 f.).(7) So wurde schließlich eine wirtschaftliche wie soziale Krise postuliert(8) und mit der politischen Misere Griechenlands verschmolzen, die damit quasi ihre vulgärmaterialistische Erklärung erfuhr. In Ablehnung der bisherigen, unbefriedigenden Krisentheorie verlangt Kohns nach einem neuen "wirtschaftsgeschichtlichen Verständnis" des 4. Jh. v. u. Z. (I, S. 123), ein Standpunkt, dem zuzustimmen ist. Das geforderte neue Verständnis setzt zuerst die Entkoppelung von politischer Misere und vermeintlicher ökonomischer Krise als einander bedingende Faktoren voraus. Auf der einen Seite bleibt dann die Krisensituation im politischen Bereich existent, d. h. die Krise der Polis als Krise einer gesellschaftlichen Institution und des für die Griechenwelt des 5./4. Jh. v. u. Z. typischen Systems zwischenstaatlicher Beziehungen.

Natürlich litt das damalige wirtschaftliche Leben in der einen oder anderen Form unter den desolaten politischen Zuständen. Trotzdem bedeutete das Neben- und Miteinander von Ökonomie und Politik, zumal es recht locker war, nicht die zwangsläufige Gleichzeitigkeit von Niedergangerscheinungen in dem einen wie anderen Bereich. Während also die politische Krise im 4. Jh. v. u. Z. schwerlich anzuzweifeln sein wird, obwohl auch hier Relativierungen nötig sind, ist eine solche Krisenhaftigkeit im Wirtschaftsleben wohl gänzlich zu verneinen. Die Krise der Institution Polis schloß nicht unvermeidlich die Krise ihrer ökonomischen Basis ein. Auf die in diesem Sinne zwischen beiden zu machenden Unterscheidungen hat Elisabeth Charlotte Welskopf frühzeitig hingewiesen, ebenso auf das im 4. Jh. v. u. Z. zu beobachtende Auseinanderdriften in der Entwicklung von Polis und der ihr zugrundeliegenden antiken Produktionsweise.

"Tatsächlich", so erkennt sie an, "erhielten aber zur Zeit der Krise des Polis-Systems alle bestehenden ökonomischen Verhältnisse in ihrer erweiterten Reproduktion und Expansion noch Fortschrittsmöglichkeiten für die produktive Kraft des Menschen, sowohl das Privateigentum des Bürgers am Boden als auch das Privateigentum am Menschen und die Tauschwertbeziehungen. Größere Betriebe, erweiterte Kooperation, Fortschritt der Technik, größerer Binnenmarkt, weitergreifende Export-Importbe-

6 Als Beispiele: Beloch, Julius, Griechische Geschichte, Bd. 2, Straßburg 1897, S. 336; Pöhlmann, Robert, Grundriß der griechischen Geschichte nebst Quellenkunde = Handbuch der klassischen Altertumswissenschaft, Bd. 3.4, München 1896, S. 162 - 173; Buzeskul, Vladislav P., Istorija afinskoj demokratii, S.-Peterburg 1909 (die Kapitel 3 und 4 sind hier bezeichnenderweise mit "Krise" und "Verfall" überschrieben); zumindest gegen die These vom "Verfall" Athens bereits Holm, Adolf, Griechische Geschichte, Bd. 3, Berlin 1891, S. 211.

7 Er verweist in diesem Zusammenhang insbes. auf Bengtson, Hermann, Griechische Geschichte, München 1965, S. 269 f. (= Handbuch der Altertumswissenschaft, Bd. 3.4, S. 295 f.).

8 Deutlich ausgedrückt bei Rostovtzeff, Michael, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte der hellenistischen Welt, Bd. 1 - 3, Darmstadt 1955 - 1956, Bd. 1, S. 73 f., 99.

ziehungen, konnten im gegebenen Rahmen der Produktionsverhältnisse noch erreicht werden. Die erweiterte Reproduktion, die Expansion, als Weg zur Ausbreitung des erreichten Produktivgrades stand noch offen".(9)

Ein theoretischer Ansatzpunkt für das Überdenken der ökonomischen Situation in der Griechenwelt des 4. Jh. v. u. Z., für die Neubefragung der einschlägig bekannten und genügend durchgearbeiteten Quellen wäre damit gefunden. Solche aus verändertem Gesichtswinkel heraus erfolgende Neuinterpretation "literarischer und speziell philosophischer Texte, die nicht selten negative Werturteile zum Bereich Wirtschaft enthalten", wünscht Kohns (I, S. 130). Hier sollten die von Peter Musiolek bereits geleisteten Vorarbeiten Beachtung finden, der vor dem Hintergrund weiterer Arbeitsteilung, Spezialisierung, ökonomischer Differenzierung und der sich intensivierenden Warenproduktion das Vordringen der Tauschwertverhältnisse in der athenischen Gesellschaft, den von manchen so kritisch gesehenen Ökonomisierungsprozessen(10) in der Tendenz von der "oikonomikē" hin zur beispielsweise von Aristoteles für schädlich erachteten "chrematistikē" untersucht.(11)

Geld- und Naturalwirtschaft, Markt und die Versorgung eines großen Heeres, des Alexanderheeres, leiten zu R. D. Milns' Studie "Army Pay and the Military Budget of Alexander the Great" über. Das große Problem, wieviel Alexanders Armee jedes Jahr gekostet haben mag,(12) wird hier in eine Reihe von Einzelfragen aufgegliedert, so u. a., ob die griechischen Bündnerkontingente bezahlt wurden und von wem, von ihren eigenen Staaten oder dem makedonischen Hegemon, ob die "free allies" für Geld kämpften oder als unbezahlte Freiwillige mit der Aussicht auf Beute dienten und wie es generell mit der Versorgung und Ausrüstung der Truppe aussah. Schließlich formuliert Milns als "the most important question of all, were the royal revenues sufficient to meet all these commitments, especially in the later years of Alexander's reign when the income derived from booty had virtually ceased?" (I, S. 234).

Gewiß, Milns ist sich klar darüber, daß eine Armee wie die Alexanders aus dem Lande lebte, in welchem sie Krieg führte, obwohl er im Gegensatz zu Gerhard Wirth (I, S. 235, Anm. 4), aber sich auf IG II<sup>2</sup> 329, 4 und 12 stützend (I, S. 234 f., 237), nicht ausschließen möchte, daß die griechischen Bündner zu Unterhaltszahlungen für ihre Kontingente angehalten waren.

Milns glaubt nun, vermuten zu dürfen, daß Alexander für seine Armee eine Art Grundversorgung sicherte und außerdem seinen Soldaten noch Geld zahlte (Arrian 7, 5, 1 - 2; 7, 12, 1; 7, 23, 3 - 4).(13) Diese Geldzahlungen, sollten sie einen

- 9 Welskopf, Elisabeth Ch., Soziale Gruppen- und Typenbegriffe. Klasse, Stand, Schicht, Privatmann, Individualität. - Hellenen und Barbaren, Polis und Territorialstaat, in: Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, Bd. 4, Berlin 1974, S. 2167; siehe auch Jähne, S. 189 - 192.
- 10 Bengtson, S. 269 (bzw. S. 295); Mossé, S. 72 f.
- 11 Musiolek, Peter, Tendenzen und Wirkungen der Warenproduktion in der Polis Athen am Ende des 5. und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z., in: JWG, Sonderbd. 1977, S. 94 - 98, 101, 113 - 119; derselbe, Ökonomische Überlegungen der Philosophen und Publizisten im 4. Jhd. v. u. Z., in: Hellenische Poleis, hg. v. Elisabeth Ch. Welskopf, Bd. 4, Berlin 1974, S. 1910 - 1926.
- 12 Zur Besoldung von Alexanders Soldaten und zur Kriegskasse grundlegend Berve, Helmut, Das Alexanderreich auf prosopographischer Grundlage, Bd. 1, München 1926, S. 193 - 196, 302 - 306; Bellinger, A. R., The King's Finances, in: Numismatic Studies of the American Numismatic Society, 11, 1963, S. 35 - 80; Knapowski, R., Die Finanzen Alexanders des Großen, in: Altheim, Fritz/Stiehl, Ruth, Geschichte Mittelasiens im Altertum, Berlin 1970, S. 235 - 247.
- 13 Berve, S. 193, sieht es als gegeben an, daß jedem Soldaten Alexanders Sold zustand.

Sinn haben, setzten neben ihrer Rücklage natürlich die Möglichkeit der Selbstversorgung voraus, und zwar nicht nur in Zeiten relativer Kriege, sondern auch, was weit schwieriger war, während der Feldzüge. Gebraucht wurden auf jeden Fall feste, zeitweilige oder fliegende Märkte.

Milns, bemüht um die Fixierung der Soldhöhen für die einzelnen Heeresteile und ihrer Unterschiede, sieht sich bezüglich der militärischen Gesamtausgaben zu der einschränkenden Einsicht veranlaßt, "that any attempt to estimate how much the armed forces cost Alexander must be regarded as extremely hazardous and unsure" (I, S. 249). Daß Alexander in seinem letzten Jahr, Sparpolitik betreibend, die Aufwendungen für das Heer nicht über eine bestimmte Höhe hinauswachsen lassen wollte, wie Knapowski behauptet, bestreitet Milns (I, S. 255). Er konstatiert vielmehr für 323 v. u. Z. eine chronische Finanzkrise, die sich nur durch drastische Truppenreduzierungen, Steuererhöhungen oder neue Einnahmequellen im Zuge weiterer Eroberungen hätte beheben lassen (I, S. 256).

Diese Finanznöte, die Alexander vielleicht auch dadurch zu lindern gedachte, daß er einen Großteil seiner Soldaten auf dem Marsch durch Gedrosien dem Tode preisgab, könnte durchaus als Erklärung für einen Vorgang dienen, mit dem sich Nicholas G. L. Hammond in seinem Beitrag "An Unfulfilled Promise by Alexander the Great" beschäftigt. Er geht von einem Fragment aus Arrians Diadochengeschichte aus (FGrH 156 F 9, 32 = Arrian Succ. 32), in welchem von einem Geldversprechen Alexanders an seine Soldaten die Rede ist.<sup>(14)</sup>

Dieses, wie Hammond überzeugt ist (I, S. 630 - 632),<sup>(15)</sup> auf Alexander selbst zurückgehende Versprechen wurde nicht erfüllt, weil nach Meinung des Rezensenten entweder der König zu schnell verstarb oder er sich in der Zeit vor seinem Tode in einer pekuniären Zwangslage befand. Es sollte nun, 321 v. u. Z. in Triparadeisos, von Antipater eingelöst werden. Antipater war dazu nicht imstande, weil ihm dafür das Geld fehlte. Er sicherte aber den aufgebrauchten Soldaten zu, es tun zu wollen, sobald er im Besitz der königlichen Schätze und übrigen Mittel sein wird. Noch einmal, auf dem Wege nach Europa, erhoben die empörten Soldaten ihre Geldforderung, die, wenn überhaupt, letztendlich wohl erst in Makedonien befriedigt wurde (I, S. 634).<sup>(16)</sup>

Trotz der Kontroversen bei der Auslegung der von Hammond behandelten Arriantstelle, bleibt sie dennoch ein ernstzunehmender Beleg für die Schwierigkeiten, denen sich Alexander und seine unmittelbaren Nachfolger bei der materiellen und finanziellen Sicherstellung ihrer militärischen Unternehmungen gegenübersehen, und sie rückt den Krieg als ökonomisches Problem ins Blickfeld.

Obwohl der beziehungsreiche Gesamtkomplex von Krieg und Wirtschaft in Hermann Bengtsons summierender, ein breites Zivilisationsbild vermittelnder Darstellung "Die hellenistische Weltkultur" kein Gegenstand ausführlicher Erörterung ist, wird ihm dort, eingegrenzt vornehmlich auf die zur Kriegführung notwendigen Mittel und die Möglichkeiten ihrer Beschaffung, in zwei Kapiteln ausreichend Beachtung geschenkt: in dem einen, das sich mit "Heer und Verwaltung der hellenistischen Staaten" befaßt, und dem anderen, das auf ebenso knappe Weise die "Grundzüge der hellenistischen Wirtschaft" umreißt. Kriege spielten in der Diadochenzeit und in den späteren Machtkämpfen der hellenistischen Herrscher eine entscheidende Rolle. Deshalb war für die Ptolemäer, Seleukiden, Attaliden, Antigoniden und sonstigen Königshäuser

14 Grimmig, Friedrich, Arrians Diadochengeschichte, Halle 1914, S. 64, 101.

15 Errington, R. M., From Babylon to Triparadeisos. 323 - 320 B. C., in: Journal of Hellenic Studies, 90, 1970, S. 49 ff.; auch Badian, Ernst, Euridice, in: Philipp II., Alexander the Great and the Macedonian Heritage, hg. v. W. L. Adams u. E. N. Borza, Washington 1982, S. 105.

16 Grimmig, S. 76.

"der Aufbau von Heer und Verwaltung ... eine grundlegende Aufgabe", die einen bedeutenden Teil der Staatseinkünfte verschlang. Fehlten die finanziellen Mittel, "so lief man Gefahr, zur Beute von mächtigeren Nachbarn zu werden" (II, S. 90).

Die Abhängigkeit beider Faktoren - der Finanzkraft und der Militärmacht eines hellenistischen Staates - war wechselseitig, doch dem Geld gehörte eindeutig der Vorrang, ein Sachverhalt, dessen Wirkungen Bengtson uneingeschränkt akzeptiert. Aus Rücksicht auf die Finanzen mußten die stehenden Heere klein gehalten werden (II, S. 82), auch die Größe der Feldheere war nicht unbegrenzt, sondern wurde durch die Kostenfrage, die vorhandenen Geldressourcen und das Verpflegungsproblem bestimmt. Für Antigonos Monophthalmos dürfte das quantitative Optimum seines Feldheeres bei 80 000 bis 90 000 Mann gelegen haben. Ähnlich schien es bei den Ptolemäern gewesen zu sein, die bei Raphia 217 v. u. Z. 75 000 Soldaten in die Schlacht schickten (II, S. 91 f.).

Aus dem Widerspruch, einerseits ein schlagkräftiges Heer parat haben zu müssen, andererseits aber die den Staat belastenden Militärausgaben niedrig zu halten, resultierte der positive Zwang "zur Verbindung des Waffendienstes mit der Feldarbeit" (II, S. 95), also zum System der Kleruchen (später Katöken) bei den Ptolemäern und der Militärkolonien im Seleukidenreich.

Hauptsorge der Diadochen und ihrer Nachfolger war es, wie Bengtson festhält, "Geld für die Bezahlung der Heere und für die Ausrüstung der Flotten zusammenzubringen", und er meint zugleich, daß in der Regel auch genügend Finanzmittel zur Verfügung standen (II, S. 117, 120 f.). Schwierigkeiten der Seleukiden bei der Entrichtung der Kriegskosten führt Bengtson "weniger auf den Mangel an Bargeld als vielmehr auf die wenig zweckmäßige Organisation der Finanzen" zurück (II, S. 119 f.), womit er nur zum Teil recht hat und sich selbst widerspricht, denn die von Antiochos III., der dabei den Tod fand, und Antiochos IV. versuchten Tempelplünderungen in der Elymais sind, wie von ihm gezeigt, beredtes Beispiel für wiederholte, wenngleich vorübergehende akute Finanznöte bei den ansonsten als sehr reich geltenden Seleukidenherrschern. Ihnen lag aber an einer effektiveren, rascheren Nutzung des finanziellen und materiellen Leistungsvermögens ihrer Länder, am schnelleren Zugriff, und so kann die Verwaltungsreform Antiochos III. durchaus auch als Versuch gewertet werden, die militärische Potenz des Seleukidenreiches zu erhöhen (II, S. 105 f.).

Schwer hatten es offenbar die Antigoniden, ihre kriegerischen Unternehmungen zu finanzieren, denn die königlichen Einnahmen, die das von ihnen beherrschte Gebiet, namentlich Makedonien, abwarf, waren begrenzt (II, S. 125). Im Antigonidenreich zeigte sich, wie es mit Rezensenten scheint, deutlicher als in den anderen hellenistischen Großstaaten der enge Konnex zwischen den ökonomischen Ressourcen eines Landes, den Möglichkeiten, dort Geldmittel flüssig zu machen, und der Fähigkeit, erfolgreich längere oder wiederholte Kriege zu führen. Der Krieg konnte nur dann und als Ausnahme fast ganz aus den von ihm befallenen Ländern leben, wenn er, wie im Falle der Alexanderfeldzüge, mit raumgreifenden Eroberungen reicher Gebiete einherging. Antigonos Gonatas, der 278 v. u. Z. im Frieden mit Antiochos I. auf Gebietsansprüche in Kleinasien verzichtete, dürfte auch an der für große politische und militärische Offensiven zu schmalen ökonomischen Basis seines Reiches gescheitert sein. Die unzureichenden materiellen Mittel, zudem noch durch ständige Kriege erschöpft, verhinderten darüber hinaus wohl einen langfristigen Erfolg Gonatas' im Kampf mit Ptolemaios II. (17)

Bengtsons Sicht auf den Hellenismus ist prononciert abendländisch, aber er sieht dort nicht nur die Dominanz der griechischen Kulturkomponente, sondern auch dessen besonders im administrativen und wirtschaftlichen Bereich faßbare altorientalische

17 Siehe dazu Buraselis, Kostas, Das hellenistische Makedonien und die Ägäis = Münchener Beiträge zur Papyrusforschung und antiken Rechtsgeschichte, 73, München 1982, S. 112, 117 - 119, 167.

Wurzeln, und er verweist auf die vielen Fäden historischer Kontinuität, die sich aus dem Hellenismus in die römische Kaiserzeit ziehen (II, S. 155).

In einem solchen Werk, wie Bengtson es vorlegt, finden sich zwangsläufig auch Pauschalaussagen, die nicht in jedem Falle befriedigen, so wenn z. B. für die hellenischen Staaten seit der Alexanderzeit eine geregelte Finanzpolitik schlechtweg verneint wird (II, S. 126). Das trifft zumindest nicht auf Athen im letzten Drittel des 4. Jh. v. u. Z. zu.<sup>(18)</sup> Als übertrieben erscheint es, "geradezu von einer Wanderungsbewegung" der Griechen im 3. Jh. v. u. Z. nach dem hellenistischen Osten zu sprechen (II, S. 127).<sup>(19)</sup> Nicht anders ist die These von den Sklavenaufständen in der zweiten Hälfte des 2. Jh. v. u. Z. zu werten, "die sich wie ein Feuerbrand von Sizilien über Griechenland und das westliche Kleinasien ausgebreitet haben" (II, S. 129). Sie erinnert stark an die längst überholte pseudomarxistische Vorstellung einer "revolutionären Sklaveninternationale" in der Antike.<sup>(20)</sup>

Bengtsons Darstellung der hellenistischen Weltkultur als Höhepunkt antiker Zivilisationsentwicklung ist von einem Kulturverständnis getragen, das Politik, Geschichtsschreibung, Philosophie, Glaube und Religiosität, Technik, Dichtung und Kunst ebenso einschließt wie Wirtschaft, Militärwesen, Verwaltungsorganisation und Sklaverei. Sie fußt einerseits auf den Arbeiten einer Vielzahl namhafter Hellenismuskforscher (Michael Rostovtzeff, Louis Robert, William W. Tarn, Walter Otto u. a.), zieht andererseits aber das Fazit eigener umfassender Untersuchungen zum Zeitabschnitt von Alexander dem Großen bis zur Schlacht bei Actium (31 v. u. Z.). Mehr als 100 Jahre Ausgrabungstätigkeit in Pergamon summiert Wolfgang Radt in "Pergamon. Geschichte und Bauten, Funde und Erforschung einer antiken Metropole". Das Werk, das die Charaktere des Fachbuches und der populärwissenschaftlichen Darstellung gleichermaßen vereint, soll einen der "klassischen" Grabungsplätze deutscher Mittelmeerarchäologie einem breiteren Leserkreis zugänglich machen. Das geschieht unter vielerlei Aspekten: dem entdeckungsgeschichtlichen, geographisch-topographischen, dem historischen, archäologischen, künstlerischen, denkmalpflegerischen, dem kultur- und wissenschaftsgeschichtlichen. Eigentlich nichts wird ausgelassen. Die Landschaft, die Gesamtanlage der Stadt, Burg und Paläste, Straßen, Märkte, die Gräber, die "bürgerliche" Architektur der Wohnhäuser, Läden, Werkstätten, Gymnasien, Bäder und Theater, die Tempel und Heiligtümer inner- und außerhalb der Stadt finden sich ebenso berücksichtigt wie die Gelehrten und Dichter am pergamenischen Hofe, die Kunstsammlungen und die Bibliothek von Pergamon und schließlich die Persönlichkeiten der Ausgräber und Carl Humann bis Erich Boehringer.

Auch der Wirtschaft wird in einem kleinen Abschnitt kurz gedacht (III, S. 316 - 320), der sich inhaltlich vor allem auf Rostovtzeff stützt. Bemerkenswert ist der gleich zu Beginn gegebene Hinweis auf die Anstrengungen der Attaliden, den Aufschwung der pergamenischen Wirtschaft systematisch zu fördern.<sup>(21)</sup> Diese Bemühungen, die mit ähnlichen Aktivitäten der Ptolemäer und Seleukiden konform gingen und wie im Falle Attalos III. sogar wissenschaftliche Studien einschlossen, waren auf eine Produktivkraftsteigerung namentlich im Agrarsektor gerichtet. Revolutionierende Umwälzungen sind davon nicht ausgegangen, doch dürfte solch eine mehr oder minder zielorientierte, keinesfalls als Hobby einzelner Herrscher abzuwertende Tätigkeit zur Einführung ertragsreicherer Pflanzensorten, besserer Haus-

18 Will, S. 77 - 79, 107 - 111.

19 Zu dieser Problematik gibt es unterschiedliche, ja gegensätzliche Standpunkte. Hier sei lediglich auf Kreißig, S. 95, verwiesen.

20 Im populärwissenschaftlichen Abriß Mischulin, Alexandr V., Spartacus, Berlin 1952, S. 38 - 41; kritisch Štaerman, Elena M., Rascvet rabovladel'českich otnošenij v rimskoj respublike, Moskva 1964, S. 30 - 33.

21 Rostovtzeff, Bd. 1, S. 442; ebenda, Bd. 3, S. 1214, Anm. 330, S. 1303, Anm. 7.

tierrassen, neuer oder veränderter Anbaumethoden beigetragen haben.(22) Sie ist zweifelsohne Ausdruck der in hellenistischer Zeit von den herrschenden Kreisen vollbrachten geistigen und wirtschaftsorganisatorischen Leistung im Sinne elementarer Produktivkraftentwicklung.

Werden zu Radts Bemerkungen über das wirtschaftliche Leben noch die Beschreibung der pergamenischen Landschaft und seine Ausführungen zu den Straßen und Märkten, den Wohnhäusern, Läden und Werkstätten Pergamons hinzugenommen (III, S. 15 - 19, 106 - 130), ergibt sich ein für wirtschaftshistorische Fragestellungen interessantes, archäologisch angereichertes Faktenmaterial. Obwohl, wie bekannt, Pergamon keiner bedeutenden Verkehrsmagistrale der ägäisch-vorderasiatischen Region direkt angeschlossen war und für den Handel eher ungünstig lag, ist es doch ein in mehrfacher Hinsicht bedeutsames kommerzielles Zentrum gewesen.

Neben der großen Unteren Agora, im Zuge der Eumenischen Stadterweiterung angelegt, und der Oberen Agora aus dem 2. Jh. v. u. Z. gab es vermutlich noch andere Marktplätze (III, S. 112). Hinzu kamen regelrechte Ladenzeilen entlang der städtischen Hauptstraße, die sich in Serpentina den Südhang des Stadtberges hinaufzog (III, S. 109 f.), unter der Halle der Theaterterrasse oder an der Straße zum Asklepios-Heiligtum, wo sich auf mehr als 1 km Länge unter einer Art gedecktem Basar "Laden an Laden reihte" (III, S. 129). Kommerziellen Gesichtspunkten trug offenbar auch das in die hellenistische Zeit gehörende Haus II Rechnung, dessen Eigentümer möglicherweise ein reicher Kaufmann war (III, S. 126). Anzunehmen ist des weiteren, daß es außer privaten Läden, die entweder selbst betrieben oder verpachtet wurden, noch von der Stadtverwaltung gebaute gab (III, S. 129).

Die Schlußfolgerung einer sich in Pergamon konzentrierenden kommerziellen Dreidimensionalität drängt sich auf: 1. für die Stadt und ihre Bedürfnisse lokaler Marktort zu sein, 2. für die Kaikos-Ebene und die anschließenden Gebirgszonen des Pindasos und Aspendos die Rolle des regionalen Marktzentrums zu spielen und 3. über die durch Elaia vermittelte Seekommunikation und die via Thyateira nach dem Hermos-Tal reichende Verbindung ein nicht unbedeutender überregionaler Handelsplatz zu sein. Die Handelstätigkeit in Pergamon wurde sowohl durch außerökonomische Faktoren (Haupt- und Residenzstadt, kultureller Mittelpunkt, Wallfahrtsort) als auch das ökologische Moment (Fruchtbarkeit der Landschaft, Waldreichtum und Erze in den umliegenden Gebirgen) und ein sehr wahrscheinlich gut entwickeltes Handwerk in und nahe der Stadt begünstigt.

Anzumerken bleibt noch, daß sich Radts Buch durch eine hervorragende und informative Bebilderung auszeichnet. Der Anhang enthält u. a. die mit großer Ausführlichkeit, z. T. kapitelweise aufgearbeitete archäologische Spezialliteratur.

22 Derselbe, Bd. 2, S. 928 - 934, 949 - 961.

### Stadtstaaten in frühen Gesellschaften

G. L. Kurbatov/É. D. Frolov/G. E. Lebedev/I. Ja. Frojanov, Stanovlenie i razvitie ranneklassovykh obščestv. Gorod i gosudarstvo

Izdatel'stvo Leningradskogo Gosudarstvennogo Universiteta, Leningrad 1986, 335 S., 2,50 Rbl.

von Bernd Funck

Diese von Leningrader Historikern verfaßte Monographie ist die Frucht eines über mehrere Jahre abgehaltenen theoretischen Seminars zur Entwicklung der Stadt unter Anwendung der komparativen Methode. Die Autoren untersuchten dazu die Verhältnisse im frühen Griechenland, im vor- und frühfeudalen Byzanz und in der Kiewer Rus. Wie sie selbst sagen, fiel die Wahl nicht zufällig auf gerade diese historischen Schulbeispiele: Danach bildeten das antike Griechenland, das frühe Byzanz und die Rus historische Varianten, die sich zueinander in einer bestimmten Wechselbeziehung verhielten. An der Peripherie der antiken Welt war durch die Mittlerschaft des Nördlichen Schwarzmeergebietes eine umfangreiche Kontaktpflege mit den Vorläufern der Ostslawen ermöglicht worden, während Byzanz das Erbe der Antike in sich trug und tradierte, welches wiederum durch die engen nachbarlichen Beziehungen von Byzanz auf die Rus weiterwirkte, so daß modifiziert manches antike Kulturelement dort einfloß (S. 6).

Entsprechend ihrer Zielstellung erarbeiteten die Verfasser drei monographische Studien (zu je etwa 100 Seiten), in denen sie das konkrete Quellenmaterial vorlegen, eingeleitet durch eine theoretische problembezogene Erörterung, während die Ergebnisse ihrer Vergleichs in einem Nachwort niedergelegt sind. Auf der Grundlage einer Analyse der Entwicklung des Stadt-Staates als spezifischer sozialökonomischer und politischer Einheit in den drei Regionen fragen die Autoren nach dem Zusammenhang von Stadt und Staat unter den damaligen gesellschaftlichen Bedingungen und Besonderheiten, deren Ursprünge sie nicht unbedingt und unmittelbar aus der Gentilgemeinde, sondern aus einer späteren, für die Barbarei charakteristischen Gemeindeform, der Dorfgemeinde in ihren verschiedenen Varianten und Entwicklungsstadien, ableiten. Die Barbarei betrachten die Verfasser ungeachtet ihrer inneren Stabilität als Übergangsgesellschaft, "als höchste Entwicklungsphase der klassenlosen Formation, in der aber bereits die Bedingungen für den qualitativen Sprung, den Übergang zur Zivilisation, heranreiften" (S. 5).

Eine Studie von Édouard Frolov eröffnet die Gemeinschaftsmonographie; sie beschäftigt sich mit der "Herausbildung der griechischen Polis" und enthält drei große Grundkomplexe. Auf sie will der Rezensent hier näher eingehen, während zu den übrigen Teilen vor allem die gemeinsamen Resultate vorgestellt sein sollen. Im ersten von Frolov angeschnittenen Fragenkreis wird dem Polisproblem als historischem und historiographischem Phänomen nachgegangen, im zweiten gelangen die Voraussetzungen der Polisbildung zur Darstellung, während im dritten Komplex mit dem Titel "Die archaische Revolution. Die Entstehung der Klassischen Polis" die Entwicklung Griechenlands bis auf die ältere Tyrannis verfolgt wird.

Im ersten Teil seiner Darlegung geht der Verfasser von einer Definition des Polisbegriffes aus, die die Polis als realen gesellschaftlichen Faktor des Alten Griechenlands zum einen, zum anderen aber als theoretischen Begriff faßt, der ursprünglich von den Alten selbst als ein solcher verstanden worden ist, dann aber auch in die

moderne Forschung Eingang fand (Jacob Burckhardt). Der Begriff evolutionierte danach seit Homer bis in das 4. Jh. v. u. Z., als er seine theoretische Begründung im Sinne einer "souveränen Bürgergemeinde" erhielt, "die sich auf die Stadt selbst und den von ihr verkörperten Staat stützte" (S. 9). Frolov erkennt in Aristoteles' Polislehre dann jenes Gedankengut, aus dem alle künftigen Bemühungen um die Klärung dieses Phänomens gespeist wurden.

So verfolgt er im weiteren das Schicksal dieses Begriffes historiographisch, wobei hier seine Ausführungen zur sowjetischen Polisdiskussion besonders hervorgehoben werden sollen. Danach charakterisieren die Arbeiten A. I. Tjumenevs die Behandlung dieses Themas in den ersten Jahrzehnten der sowjetischen Altertumswissenschaft(1): Die Zäsur bildet das Kriegsende, als durch neue Untersuchungen am konkreten historischen Material sowie die Berücksichtigung der wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten den Karl Marx, die unter dem Titel "Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" bekannt geworden sind, neue Ansatzpunkte für die Lösung der anstehenden Fragen gefunden werden konnten. Frolov teilt in einer Anmerkung mit, daß eine russische Übersetzung der Marxschen Arbeiten erst 1939/40 veröffentlicht vorgelegen habe, ihre wissenschaftliche Wahrnehmung und vor allem Verarbeitung erst nach 1945 möglich gewesen ist. Hier waren die Forschungen von A. B. Ranovič und S. L. Utčenko maßgeblich: Beide Gelehrten wandten sich dem Polisthema beziehungsweise im Gefolge ihres Interesses an den "staseis" der spätklassischen Zeit zu.

Frolov hält vor allem den Beitrag Utčenkos zur Lösung dieser Frage für bemerkenswert, da er "unter breiter Heranziehung sowohl der griechischen wie der römischen Quellen ... als erster in der sowjetischen Altertumskunde eine Systemanalyse der antiken Bürgergemeinde vornahm, ihre Grundzüge bzw., wie er es nannte, ihre strukturbildenden Elemente herausarbeitete" (S. 18). Utčenko trat für eine Präzisierung des Polisbegriffes ein, lehnte die simple Aufteilung in Sklavenhalter und Sklaven ab und wollte auch den ihm als verschwommen erscheinenden Stadt-Staat-Begriff dahingehend definiert wissen, daß darin eine Form der Bürgergemeinde erkennbar wäre, so daß die griechische "polis" und die römische "civitas" als historische Varianten eines soziologischen Typs anzusehen seien. Der Verfasser zitiert dann vier von Utčenko formulierte Grundmerkmale einer Polis(2), die nach seiner Auffassung dazu berechtigten, von einer Polisstruktur zu sprechen. Damit sollte, wie Frolov ausführt, einer leichtfertigen Handhabung dieses Begriffs bezüglich unterschiedlichster Gemeinwesen ein Riegel vorgeschoben werden und die Einmaligkeit der Organisationsform antiken Lebens grundsätzlich festgestellt sein.

Auch K. M. Kolobova, die der Verfasser neben Utčenko als Wegbereiterin einer neuen Perspektiven eröffnenden Richtung in der sowjetischen Althistorie bezeichnet (S. 20), gab sich nicht mit dem Stadt-Staat-Begriff für die Polis zufrieden. Ihre Bedeutung sollte Kolobova zufolge weitaus höher angesetzt werden und ihre Zusammensetzung gestaltete sich ungleich komplizierter, als vielfach angenommen. Kolobova betrachtete die Polis als Fokus der gesamten sozialen Sphäre des Landes. Im Gefolge des altgriechischen Polisverständnisses als "Zusammenschluß der Bürger

1 Vgl. dazu die Darstellungen von Frolov, *É. D.*, Griechische Geschichte bis zum Zeitalter des Hellenismus, in: Die Geschichte des Altertums im Spiegel der sowjetischen Forschung, hg. v. Heinz Heinen = Erträge der Forschung, Bd. 146, Darmstadt 1980, S. 73 ff.; Kuziščín, V. I., Sovetskaja istoriografija antičnosti, in: Istoriografija antičnosti, hg. v. V. I. Kuziščín, Moskva 1980, S. 333.

2 Als solche betrachtete er 1. das Bodeneigentum in seiner spezifisch antiken, widersprüchlichen Doppelform, 2. die Institution des Bürgerrechtes mit den für sie charakteristischen Formen der bürgerlichen Selbstverwaltung (Volksversammlung, Bürgerwehr, Ämterwahl), 3. das kleine eingegrenzte Territorium und eine ebensolche Bevölkerung, 4. die besondere geistig-politische Atmosphäre der Polis mit ihren Vorstellungen vom Bürger, von der Demokratie, dem Republikanismus, die Utčenko als das Vermächtnis der Polis an spätere Generationen bezeichnete.

zum herrschenden Kollektiv in jedem Staat" sah sie darin eine besondere soziale und politische Einheit mit folgenden charakteristischen Grundmerkmalen: eine allen Poleis gemeinsame Tendenz zur Sklavenhaltung und eine ebensolche und dadurch diktierte Bedingtheit, eine komplizierte Struktur der Bürgerkorporation aus zwei unterschiedlichen Klassen - den begüterten Eigentümern mit Sklavenbesitz und den kleinen freien Produzenten, Bauern und Handwerkern sowie mit einer dieser Struktur adäquaten Doppelform des Eigentums, wobei das private Eigentum des einzelnen Bürgers durch das Obereigentum aller Bürger garantiert und reguliert wurde.

Für die jüngsten prinzipiellen Diskussionen zitiert Frolov Arbeiten von G. A. Košelenko, der eine eigene Konzeption entwickelte. An der Polemik mit diesen Auffassungen weist der Verfasser nach, wie stark das Interesse der sowjetischen Altertumswissenschaft an diesem Problem ist. Košelenko spricht von einem Gegensatz Polis - Stadt, bei dem erstere der letzteren vorangeht und als Ackerbürgergemeinde funktioniert, aus der die Stadt als Handwerks- und Handelszentrum entsteht, in deren Gefolge privater Reichtum und Sklavenbesitz die auf relativer Gleichberechtigung, einfacher Reproduktion und sakrosankter traditioneller Lebensweise basierende Einheit der Bürger zerstören. Der Verfasser polemisiert gegen die Negierung der "im Idealfall wesentlichen und in der gesellschaftlichen Praxis verwirklichten Identität von Polis und Stadt" (S. 21) und weist nachdrücklich darauf hin, daß Košelenko die soziologische Ausgangsposition völlig verkennt, die eben in der grundsätzlichen Einheit von Stadt und Landbezirk bestünde, was andererseits die Einheit von Gemeinde und Stadt nach sich zog. Auch dem von Košelenko konstatierten Gegensatz Polis - Staat, der hier aus den zwei unterschiedlichen Polisformen "heimische Polis" und "klassische Polis" konstruiert wird, kann Frolov nicht beipflichten. Er vertritt den Standpunkt, daß die "griechische Polis die Einheit von Stadt, Bürgergemeinde und Staat bildete, deren Entstehung sich gleichsam organisch vollzog, neben- und miteinander und im gleichen historischen Zeitraum" (S. 22).

Der Autor formuliert im weiteren seine Auffassungen zur Polis und wendet sich dabei gegen die verbreitete Vorstellung von der Allgemeingültigkeit der Polisform im Altertum, die er als "doktrinär" bezeichnet (S. 23). Die Polis sei unter den besonderen Bedingungen des postmykenischen Griechenlands entstanden: Allein das Aufeinandertreffen verschiedener Faktoren, die die weitere Entwicklung festlegten, ist außergewöhnlich; der Untergang der mykenischen Palastzentren, die Entstehung kleiner Gemeinden, die Verbreitung des Eisens, eine gewisse Kontinuität der geistigen und kulturellen Werte, die Nachbarschaft der vorderasiatischen Kulturstaaten haben demzufolge den griechischen Weg sehr befördert. Folgende Periodisierung schlägt der Autor vor: Vom 11. bis 8. Jh. v. u. Z. sonderte sich infolge demographischer Entwicklungen und zugespitzter Auseinandersetzungen aus einer amorphen Masse von Dorfgemeinden ein befestigter Mittelpunkt heraus, die Protostadt. Im 7. bis 6. Jh. bildete sich die eigentliche Stadt mit einer ständisch organisierten Bürgergemeinde heraus. Gleichzeitig entsteht die Polis als politischer Souverän mit städtischer Autarkie und gemeindlicher Autonomie. Sie wird von Frolov wie folgt charakterisiert: "Die Polis bringt die elementare Einheit von Stadt und Landkreis zum Ausdruck ..., bildet die einfachste Form der ständischen Klassenstruktur der Gesellschaft aus ... und stellt schließlich die einfachste und zugleich effektivste Form politischer Organisation dar - die Republik, gegründet auf ihre mehr oder weniger entwickelten Prinzipien der Volksherrschaft und die materiellen Garantien ihrer Verwirklichung". (S. 25)

Der Verfasser hält diese Grundmerkmale für unverwechselbar und einmalig und weist unter Berufung auf Ju. V. Andreev auf die Ursachen für den Universalitätsgedanken der Polisinterpretation hin, der auf die willkürliche Vermischung von zwei keineswegs synonymen Begriffen - der Polis und des Stadt-Staates - zurückginge. Der Polis habe stets die Tendenz zur Selbstüberwindung, einer ständigen Negierung ihrer selbst, innegewohnt, und dies bilde die Ursache für die Tragik der griechischen Geschichte: den ständigen Bruderkwitz zwischen den Poleis, zwischen Tyrannen und Bürgern, den großmächtigen Bündnen und ihren abhängigen oder freien Partnern. Dies erkläre auch die Rolle des Krieges, des politischen Terrors bei den Griechen und die Unterdrückung in hellenistisch-römischer Zeit. Große Perspektiven räumt der Autor

der Erforschung der Paradoxa in der griechischen Geschichte ein, deren Ausgangspunkt in der Unantastbarkeit und Grundsätzlichkeit des Polismodells gelegen habe, das aber realiter immer wieder durchbrochen wurde. Mit diesem wesentlichen Ausblick in neue Möglichkeiten wendet sich der Verfasser den eigentlichen historischen Problemen zu, die hier nur als knappe Zusammenfassung gegeben seien.

Der Weg der Griechen zur Zivilisation vollzog sich in zwei Etappen, der mykenischen sowie der archaischen, was unter heftigen innenpolitischen Kämpfen erfolgte, wobei der Gentiladel einer neuen Bürgergesellschaft unter Einsatz bewußter politischer Regelungen und Rechtssatzungen wich, die u. a. die Versklavung von Fremdstämmigen zugunsten der Stammesgenossen festlegten. Auf der Basis eines ungebrochenen Fortbestandes der Gemeinde als sozialer Grundform vermochten sich laut Verfasser drei Besonderheiten der Griechen herauszubilden, die sie schon früh als eine Nation auswiesen: das agonale Prinzip, der Traditionalismus und der Rationalismus.

In einem längeren Abschnitt begründet der Verfasser dann sein eigenes Verständnis der auf der Polis beruhenden Zivilisation - wir zitierten dazu bereits weiter oben -, als deren hervorstechendste Merkmale neben der Ursprünglichkeit die Klarheit der sozialen Konturen, die Einfachheit der Organisationsformen und die Geschlossenheit der Gesellschaft genannt werden: "eine souveräne, auf der Versklavung von Fremdstämmigen beruhende städtische Bürgergemeinde" (S. 97). Frolov geht zwar von einer prinzipiellen typologischen Einheit der Poliswelt aus, unterscheidet aber zwei Grundarten der Polis: die demokratische und die oligarchische. Zu letzterer zählt er die Poleis der dorischen Siedlungszone, während die erstgenannte in den ursprünglichen griechischen Siedlungsgebieten Ionien, Attika, den Inseln, Kleinasien ihren Nährboden fand. Entgegengesetzte Entwicklungen schloß er dabei nicht aus, doch bestätigte dies eher die Regel (S. 98). Die Bedeutung beider Polisformen ist nach dem Verfasser streng genommen gleich hoch anzusetzen, obwohl die demokratische letztendlich dem der Polis zugrunde liegenden kollektivistischen Prinzip mehr entsprach.

Zur Stadt in der Antike hat es nun in der letzten Zeit - einem allgemeinen thematischen Interesse folgend - mehrfach Äußerungen gegeben, die einhellig die außerordentlich diffizile Situation bei der Klärung dieses Problems widerspiegeln. So begründet Wilfried Gawantka in seiner materialreichen Auseinandersetzung mit dem Polisbegriff die Auffassung, daß derselbe an sich ein moderner Gedanke sei, geboren aus dem Bedürfnis nach wissenschaftlicher Systematisierung und Definition.(3) Von der Existenzberechtigung des Begriffes aufgrund einer breiten Fülle der aus den Quellen gewonnenen Belege ist Karl-Wilhelm Welwei überzeugt, wenn er auch theoretischen Überlegungen aus dem Wege geht.(4) Moses Finley ging der Stadt-Land-Beziehung antiker Städte nach, die von "complete parasitism" (dem Land gegenüber - B. F.) at one end to full symbiosis (mit dem Land - B. F.) at the other" reichten; in der Folge von Max Weber griff er den Gedanken der Städte als "centres of consumption" auf und erhob die Beantwortung der Frage nach dem von der Stadt gezollten Äquivalent für die vom Land bezogenen Produkte zum methodischen Instrumentarium. Für Finley besitzt also die antike Stadt durchaus eigene, von anderen Stadttypen unterschiedene Züge.(5) Anders als Mason Hammond, der ebenfalls eine große Zusammenschau zum Thema Stadt verfaßte und seinen Ausführungen die Stadt-Staat-Konzeption zugrunde legte(6), arbeitete Frank Kolb den Unterschied von Polis und Stadt heraus, indem er die siedlungsgeographischen Kriterien in den Vordergrund stellte und als unabdingbare Voraussetzung für eine entwickelte urbane

3 Gawantka, Wilfried, Die sogenannte Polis, Stuttgart 1985.

4 Welwei, Karl-Wilhelm, Die griechische Polis. Verfassung und Gesellschaft in archaischer und klassischer Zeit, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983.

5 Finley, Moses, The Ancient Economy, London 1973, bes. S. 125 f.

6 Hammond, Mason, The city in the Ancient World, Cambridge (Mass.) 1972.

Kultur die gewerbliche Arbeitsteilung benennt. Unter Berücksichtigung dieser Merkmale gelangt er zu dem Schluß, daß "selbst in der klassischen Epoche (5./4. Jh.) nur eine Minderheit der griechischen Polis-siedlungen das für eine Urbanisierung unabdingbare Niveau gewerblicher Produktion erreicht haben kann".(7) Kürzlich machte Jürgen Deininger auf die unausgeschöpften Möglichkeiten, die sich zum Problem der Polis aus dem Werk von Max Weber ergeben, aufmerksam,(8) indem er die Entwicklung der Weberschen Auffassungen detailliert verfolgte und anhand ihres Nachlebens die große Aktualität dieses Gedankengutes belegt, an dem nach Kolb "niemand vorbeigehen könne, der sich mit dieser Problematik befaßt".(9) Der Formenvielfalt der Poleis widmete Hans-Joachim Gehrke sein jüngstes Buch, in dessen zweitem Teil der Versuch einer Systematisierung nach bestimmten Merkmalen - bedeutende Agrarstaaten, mittlere Agrarstaaten, solche mit maritimer Komponente, ärmere Agrarstaaten, Staaten mit ausgeprägter Spezialisierung, also mit Bodenschätzen, religiösen Zentren, Händlerstaaten - anhand des konkreten historischen Befundes vorgeführt wird. Gehrke betrachtet als äußeres Indiz der Polisbildung die Siedlungskonzentration, während er die sozialen Prozesse für ihre Inhalte verantwortlich macht.(10)

Diese Übersicht, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, macht die teilweise gegenläufigen Auffassungen zu dem genannten Fragenkreis schon recht deutlich, erweist aber zumindest ebenso deutlich den ihnen gemeinsamen Faktor: nämlich die Erkenntnis von der Kritikanfälligkeit von bündigen, in sich geschlossenen Modellen. Wenn man dem hier vorgestellten Buch sowjetischer Historiker dennoch konzidiert, daß der Versuch einer modellhaften Wiederherstellung unserer Kenntnisse über die antike, die frühbyzantinische und die Stadt der Kiewer Rus einen bedeutenden Beitrag zum Thema einbringt, so dies schon allein deswegen, weil man bei der angesagten Zielsetzung dieser Studien ohne ein gewisses Modell gar nicht auskommt. Vergleichende Untersuchungen sind, um Früchte zu tragen, darauf angewiesen, daß der behandelte Stoff erst einmal so systematisiert wird, daß sich ein bestimmter Zusammenhang der Einzelverhältnisse abzeichnet. Die hierbei auftretenden Überziehungen sind natürlich und haften unerbittlich jeder Art von komparativer Untersuchung an, die sich mit unterschiedlichen Größen befaßt. Dies kann nun aber eo ipso kein Argument gegen ihre Anwendung sein, weil sich der Historiker mit ihrer Ablehnung eines sehr wichtigen Hilfsmittels beim Erkennen von Zusammenhängen begibt, auf das gerade bei der Sprödigkeit unserer Quellenlage gar nicht verzichtet werden darf.

Vergleichbar ist grundsätzlich erst einmal alles, und die Wahl der Maßstäbe kann nur auf einer breiten Grundlage erfolgen, soll die komparative Methode Ergebnisse zeitigen. So muß beispielsweise für die Beurteilung von Vorgängen in den Apoiiken griechischer Poleis ganz sicher die Lage in den Metropoleis herangezogen werden, auch wenn oft ein beträchtlicher zivilisatorischer Unterschied zwischen beiden besteht. Um ein Beispiel aus der modernen Geschichte herauszugreifen: Die Entwicklung in den Kolonien läßt sich ohne eine vergleichende Berücksichtigung der Situation des "Mutterlandes" überhaupt nicht fassen.

Im vorliegenden Fall ist der zugegebenermaßen kühne Vergleich zwischen sehr unterschiedlichen Stadtentwicklungen vorgenommen worden, doch liegt der Akzent auf der Erforschung der Stadt, und insofern geht es um das eigentliche, legitime Anliegen der historischen Wissenschaften, den Zusammenhang gesellschaftlicher Entwicklungen im Rahmen der Weltgeschichte zu erkennen. Die Positionen, die den hier

7 Kolb, Frank, Die Stadt im Altertum, München 1984, S. 94.

8 Deininger, Jürgen, Die antike Stadt als Typus bei Max Weber, in: Festschrift Robert Werner = Xenia 22, Konstanz 1988.

9 Vgl. Kolb, S. 12.

10 Gehrke, Hans-Joachim, Jenseits von Athen und Sparta. Das dritte Griechenland und seine Staatenwelt, München 1986, S. 34 ff.

gemachten Beobachtungen und den gefällten Urteilen zugrunde lagen, sind marxistisch. Wenn Historiker wie Eduard Meyer(11) und Michael Rostovtzeff(12) oder Sozialhistoriker vom Format eines Max Weber(13) im theoretischen Teil ihres Werkes derselben universalhistorischen Methode folgen, so beruht gerade diese auf der vergleichenden Untersuchung. Es ist die Berücksichtigung der Phänomene - hier der Stadt -, die den Ausschlag dabei gab. Ähnliches läßt sich von einem Forschungsgebiet sagen, in dem der Vergleich - als Methode längst akzeptiert - schlicht Voraussetzung ist: die vergleichende Rechtswissenschaft. Ihr Gegenstand, das positive Recht in unterschiedlichen Gesellschaften, und ihre Ergebnisse sind für die Forschung unverzichtbar.

Das hier rezensierte Buch kann allein aus solchen Grundpositionen seine Wertung erfahren. Es stellt den interessanten Versuch dar, an unterschiedlichen Beispielen urbane Prozesse weltgeschichtlich aus marxistischer Sicht transparent zu machen. Es mag dem Rezensenten gestattet sein, die Darstellung mit einer Übersicht der von den Verfassern erzielten Ergebnisse ihrer Studie zu schließen:

1. Der antike Stadt-Staat schloß den Übergang zu größeren territorialpolitischen Einheiten aus; diese Möglichkeit eröffnete erst das Eingreifen äußerer Mächte, zuerst Makedoniens, dann Roms. Der Übergang zu progressiveren sozialökonomischen Strukturen bedingte die Überwindung der Antike als solcher.
2. Die Endgültigkeit, mit der sich innerhalb der europäischen Gesellschaft der Bruch mit der Antike vollzog, das hohe Tempo und die hohe Effektivität des Übergangs zur Feudalordnung vollzogen sich in direkter Folge des intensiven Vordringens von Germanen und Slawen ins Römische Reich bzw. durch deren Eroberungszüge.
3. Wie das byzantinische Material erweist, erfolgte kein unmittelbarer Übergang von der antiken zur Feudalgesellschaft, eher verhielt es sich umgekehrt: Zu beobachten ist die Rückkehr zu Strukturen, die den Gesellschaften aus der Übergangsphase von der Urgesellschaft zur Antike ähneln. Es trat eine Vereinfachung sozialer Strukturen mit den Komponenten Adel und Volk ein.
4. Ferner erfolgte ein starker Niedergang des Städtewesens, der nicht sofort einsetzte, sondern allmählich im Zuge des Zersetzungsprozesses innerhalb der Antike, indem Agrarstrukturen wieder mehr Raum gewinnen.(14)
5. Antikes Erbe der Byzantiner war weniger die Polis bzw. die Stadt, auf deren Grundlage sich einst eine neue Staatlichkeit herausgebildet hatte, sondern der stark zentralisierte Territorialstaat, der zwar die Polisstrukturen sprengte, sie aber gegen

11 Meyer, Eduard, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums, in: derselbe, Kleine Schriften, Bd. 1, Halle 1924, S. 79 ff., wo sich Meyer ausdrücklich zu einer universalhistorischen Betrachtungsweise bekennt und breites Vergleichsmaterial aus dem Orient heranzieht.

12 Rostovtzeff hatte, wie besonders seine Vorlesungskonspunkte vor 1918 zeigen, stets die gesamte historische Entwicklung im Auge und dachte in großen Zusammenhängen von der Antike bis zur Neuzeit, wobei er sich um die Herausarbeitung der Genese bestimmter Phänomene bemühte. Vgl. dazu Funck, Bernd, Zur Hellenismuskonzeption von M. Rostovtzeff in seinen Petersburger Jahren, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Geistes- und sozialwissenschaftliche Reihe, Formstrukturen und Sinnstrukturen in der Kunst (im Druck).

13 Dies kommt im vorliegenden Zusammenhang vor allem in Webers Behandlung der antiken Stadt zum Ausdruck, die er vor allem im Vergleich zur Stadt des Mittelalters sah. Hier bedeutet Vergleich das Herausarbeiten der charakteristischen Grundmerkmale bei beiden Stadttypen.

14 Vgl. dazu jetzt Demandt, Alexander, Die Spätantike. Römische Geschichte von Diocletian bis Justinian 284 - 565 n. Chr., München 1989, S. 412 f.

Ausgang der Antike nicht mehr auszutauschen vermochte. Daher spielte die Stadt bei der Staatsentstehung in Byzanz eine untergeordnete Rolle, nicht eine solche wie in der Antike oder der Kiewer Rus. Auch die kirchliche Entwicklung gestaltete sich eher territorial und weniger stadtgebunden.

6. Die antike und die altrussische Gesellschaft verbindet miteinander die Dorfge-  
meinde als Kern der sozialen Struktur (das Privateigentum wies die griechische  
allerdings als die entwickeltere Form aus) - für Byzanz bereits Vergangenheit, da  
es von der Antike die Gemeinde bäuerliche Eigentümer mit den festgefühten Tra-  
ditionen kollektiven Eigentums im Rahmen der Polisbedingungen übernommen hatte.  
Die neue Territorialgemeinde wurde hier zur Grundlage der Themenordnung.

7. Die antike Tradition des Rechtes auf Eigentum, der Ablehnung direkter Abhängig-  
keitsformen über die Sklaverei hinaus, des römischen Bürgerrechts und der Gleich-  
berechtigung der Freien im Rahmen des bäuerlichen und Gemeindegüter, der  
Geschlossenheit der Gemeinde selbst hat mehr bewahrend als zerstörend gewirkt.

8. Typologisch scheint der byzantinische Staat seit dem 7. Jh. vorfeudal, aber in  
einer frühen Phase der Feudalisierung begriffen gewesen zu sein. Das antike Erbe  
bewirkte hier eher die Konservierung vor- oder frühfeudaler Verhältnisse. Der Staat  
nutzte bereits bestehende Steuerformen, Dienstleistungen seitens der Bevölkerung,  
das vervollkommnete System der Staatswirtschaft.

9. Der Vergleich des antiken mit dem byzantinischen Material zeigt, daß der Stadt-  
Staat weniger den direkten Übergang von einer vollentwickelten Formation zu an-  
deren begünstigte, als vielmehr die historische Voraussetzung für Übergangssituati-  
onen gewesen ist.

10. Die Polis war in ihrer Art eine einmalige Variante des Stadt-Staates und kann  
allein für Griechenland, eventuell auch Rom in Anspruch genommen werden. Als  
Variante sind ihr jedoch Züge eigen, die sie mit anderen Stadt-Staaten anderer  
historischer Regionen teilt. Dies ergibt sich unschwer bei einem Vergleich der  
griechischen Polis mit den Städten der Rus.

11. Für beide war die Einheit von Stadt und Landkreis sowie als sozialpolitische Or-  
ganisationsform die Republik charakteristisch. Die soziale Ausgangsbasis bildete  
bei beiden die Dorfgemeinde und deren arttypische Lebensweise. Eine große Rolle  
spielte die Bürgerwehr (für die Rus vom 11. bis zum Beginn des 13. Jh.) mit ex-  
ponierter Stellung der Ackerbau treibenden Gemeindeglieder. Ebenso war bei-  
den eine aristokratische Schicht, aus der sich die politischen Führer rekrutierten,  
eigen. Die Rus kannte die aus Griechenland wohlvertraute Institution der durch das  
Volk gewählten "Versöhner" bei Bürgerwirren. Außenpolitisch läßt sich in beiden  
Fällen die Tendenz der Unterwerfung kleinerer Städte durch größere nachweisen.

12. Die antike Polis definiert man gemeinhin als eine auf der Ausnutzung der Skla-  
venarbeit von Fremdstämmigen beruhende souveräne städtische Bürgergemeinde. Als  
souveräne, auf der Arbeit der freien Ackerbauern und Handwerker beruhende städti-  
sche Bürgergemeinde läßt sich der Stadt-Staat der Rus vom 11. bis zum Beginn des  
13. Jh. definieren. Ähnlich vollendete sich auch das historische Schicksal beider  
Stadt-Staaten-Systeme; sie hörten infolge massiven äußeren Einwirkens auf, als  
vollwertige, unabhängige Staatsorganismen zu bestehen.

13. Der Stadt-Staat entsteht ursprünglich in einer Gesellschaft mit einem noch  
unvollkommenen Prozeß der Klassenbildung, die wir bedingt als barbarisch bezeich-  
nen. Erst im antiken Griechenland mit seinen Sklavereiverhältnissen gelangt diese  
Form zu voller Blüte. Damit ist der Feudalismus aber unvereinbar. Aus diesem  
Grunde vollzog sich in Byzanz die Genese des Feudalismus unter den Bedingungen  
des Niedergangs der spätantiken Stadt mit ihrer noch immer in den Grundkonturen  
erhaltenen Polisstruktur. Die Unvereinbarkeit der feudalen Gesellschaftsstruktur mit  
dem Stadt-Staat veranschaulicht auch die Entwicklung der altrussischen Stadt-Staa-  
ten im Gebiet des Oberen Dnepr und der Dvina.

Peter F. Drucker, Neue Realitäten. Wertewandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

ECON Verlag, Düsseldorf/Wien/New York 1989, 319 S., 49,80 DM

Rolf Berth, Visionäres Management. Die Philosophie der Innovation

ECON Verlag, Düsseldorf/Wien/New York 1990, 328 S., 68,- DM

Gerd Gerken, Die Trends für das Jahr 2000. Die Zukunft des Business in der Informations-Gesellschaft

ECON Verlag, Düsseldorf/Wien/New York 1990, 415 S., 49,80 DM

Auch für den Wirtschaftshistoriker können Überlegungen von Management-Theoretikern anregend sein: Um die gegenwärtigen Grundfragen rationalen Wirtschaftens zu behandeln, müssen die Autoren die Entwicklung des Rationalitätsprinzips und seiner gesellschaftlichen Bedingungen, ihrer langfristigen und globalen Trends, untersuchen. Diese historische Dimension macht sie wirtschaftsgeschichtlich interessant.

Der Zusammenbruch der - eigentlich unbedeutenden - Wiener Börse im Jahre 1873 hatte das Ende des Liberalismus markiert, der 1776 mit dem Werk von Adam Smith über den "Reichtum der Nationen" eingeläutet worden war, schreibt der führende Managementexperte Peter F. Drucker. Der Ölschock von 1973 und andere Ereignisse bezeichnen das Ende der Ära der in den 70er Jahren des 19. Jh. formulierten Doktrinen und politischen Richtlinien, das Ende der Zeit der liberalen Demokratien und auch des Sozialismus. Diese Doktrinen verlieren ihre Wirkung genauso schnell wie die des Laissez-faire-Liberalismus ab 1873, wenn auch politische Schlagwörter länger am Leben bleiben als die politische Realität.

Druckers zentrale These lautet, daß die "soziale Ökologie" - die vom Menschen geschaffene Umwelt, in der die Wirtschaft und ihre Unternehmen leben, fungieren und Leistung erbringen müssen - sich längst entscheidend gewandelt hat und die tatsächlichen Realitäten inzwischen ganz andere sind als die, von denen die meisten Unternehmer, aber auch die meisten Politiker, Journalisten und Wirtschaftswissenschaftler immer noch ausgehen und auf denen sie ihre Politik, ihre Entscheidungen und ihr Handeln gründen. In vier Teilen (Die politischen Realitäten/Staat und politischer Prozeß/Wirtschaft, Ökologie und Nationalökonomie/Die Wissensgesellschaft) beschäftigt er sich u. a. mit der niedergehenden Bedeutung der Rüstung und Militärpolitik, der wachsenden Unregierbarkeit, dem zunehmenden politisch-sozialen Pluralismus, der Transnationalität der wirtschaftlichen Verpflichtungen, der Umweltprobleme und den Folgen aus der sich immer weiter entwickelnden Informationsgesellschaft. Vor allem regt er zum Nachdenken an über die weitere Entwicklung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir stecken schon tief im "nächsten Jahrhundert", bemerkt der Autor. Wir kennen die Antworten auf die neuen Fragen nicht. Wohl aber kennen wir die Probleme.

Drucker beschreibt die Veränderungen und stellt fest, die Realität sei auch den bestehenden Wirtschaftstheorien davongelaufen, die nun nichts mehr erklären können. Das neue Modell müsse aus der Mikroökonomie der Individuen und Unternehmen, der Makroökonomie des Nationalstaates, der Ökonomie der transnationalen Unternehmungen und der Weltwirtschaft bestehen. Alle vier seien teilabhängige Variablen, keine könne die anderen drei total kontrollieren oder werde von diesen total kontrolliert. In der Grenznutzenwelt der Neoklassiker kontrolliert dagegen die Mikroökonomie der einzelnen Firmen die Makroökonomie des Staates; in der keynesianischen und post-keynesianischen Welt kontrolliert die Makroökonomie nationaler

Kapital- und Kreditströme die Mikroökonomie von einzelnen und Firmen sowie die Weltwirtschaft. Eine funktionsfähige Wirtschaftstheorie müsse aber die Makroökonomie des Geldes, des Kredits und der Zinsen, die mikroökonomischen Entscheidungen zur Geldumlaufgeschwindigkeit und zum für ökonomische Entscheidungen maßgebenden Zeitraum sowie unternehmerisches Denken und Handeln und Innovation integrieren. Die gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaften und die Wirtschaftspolitik gehen zudem davon aus, daß das Wirtschaftssystem langfristig durch Kurzfristpolitik (Veränderungen in Zinsen, Staatsausgaben, Steuern usw.) gestaltet wird. Für das heutige komplexe Wirtschaftssystem treffe das aber nicht zu, deshalb haben so viele Programme staatlicher Politik nach dem zweiten Weltkrieg nicht funktioniert. Die Wirtschaftswissenschaften verfügen zwar inzwischen über eine solide Wissensgrundlage in Einzelbereichen, sie haben aber keine neue Synthese. Vielleicht, meint Drucker, sei sie, auch wenn sie noch so gebraucht werde, gar nicht möglich, zumindest nicht in der Form einer wissenschaftlichen Theorie. Eine Gleichung mit vielen teilabhängigen Variablen lasse sich nicht lösen. Eine gültige Wirtschaftstheorie würde ein neues einigendes Prinzip erfordern, nach dem sich das Wirtschaftsverhalten in allen vier wirtschaftlichen Teilbereichen voraussagen und lenken läßt; solange dieses fehle, können uns die Wirtschaftswissenschaften nur theoretische Erklärungen für spezifische Ereignisse und nur theoretische Antworten auf spezifische Probleme, aber keine allgemeingültige Wirtschaftstheorie geben.

Rolf Berth befaßt sich mit der Rolle der Innovation, einer dominierenden Aufgabe der 90er Jahre, für eine zukunftsorientierte Führung in den Chefetagen. Wie lassen sich Innovationen voranreiben? Wie kann das Management ein innovationsförderndes Klima schaffen? Wie überzeugend ist es im Umgang mit Neuem? Diese Fragen konfrontiert er mit Ergebnissen einer Enquete der Kienbaum-Akademie für Führung und Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft aus den Jahren 1986 bis 1988 bei 73 Firmen (116 Geschäftseinheiten, persönliche Gespräche mit 256 Managern) zum Thema Innovation. Sie dokumentieren ein noch weithin geringes Verständnis von Kreativität für die Unternehmenserneuerung.

Gerd Gerken trägt alle entscheidenden Aussagen der neueren Literatur zum Wertewandel und zu den Trends in Politik, Wirtschaft und Kultur am Ende unseres Jahrtausends zusammen und ordnet sie sechs komplexen, grundsätzlichen "Meta-Trends" (Trend-Kombinationen, die Grundsätzliches in der Sozio-Sphäre oder im Business verändern oder innovieren) zu, nach denen er auch sein Buch gliedert. Es sind die Bündel von Trends zum Öko-Sozialismus (Aus Managern werden Ökologen), zur Info-Ökonomie (Von der Verschwendung zur Ethik), zum Bewußtsein (Der Wettbewerb des Geistes: Asien kontra Europa), zur Fragmentierung (Die Gesellschaft wird ungleicher), zum visionären Konservatismus (Babyboomer verändern unseren Lifestyle) und zum SIM-Marketing (Der neue Konsument fordert Nähe und Tempo). Das Buch zeigt dem Manager Wege, sein Unternehmen in Zukunft auf Erfolgskurs zu halten; es zeigt darüber hinaus an vielen Beobachtungen überzeugend, daß die Industriegesellschaft ihre Probleme nicht lösen kann und daß unser Zeitalter der Massenproduktion (das klassische Industriezeitalter mit seiner Klassenzeileilung, der protestantischen Arbeitsethik und der Trennung von Produzenten und Konsumenten) zu Ende geht. Der Autor vertritt zugleich die Auffassung, daß es den Gesellschaften und dem Business gelingen wird, die selbstverursachten Transformationskrisen konstruktiv zu nutzen und aus eigener Kraft auf eine höhere qualitative Ebene "umszuschalten".

Hermann Lehmann

Alf Lüdtkes "Einleitung" (S. 9 - 47) zu diesem Sammelband steht unter der Überschrift "Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte". Er vermittelt eine Übersicht über die Sichtweisen auf die Alltagsgeschichte und das Selbstverständnis von Alltagshistorikern. Dabei setzt er sich auch mit einer Reihe von Vorwürfen gegen die Alltagsgeschichte auseinander. Sein Beitrag und der von Hans Medick ("Ethnologische Erkenntnisweisen als Herausforderung an die Sozialgeschichte" - S. 48 - 84) ergeben einen anregenden Gegenentwurf zu den Antimeinungen zur Alltagsgeschichte auf dem 35. bundesdeutschen Historikertag. Damals hatte Hans-Ullrich Wehler u. a. formuliert: "Die neohistorischen Illusionen, die unter Alltagshistorikern grassieren, bedeuten einen Verrat an der Einsicht, wie tief überindividuelle Mächte die Einzelnen und Gruppen prägen; sie verachten das Insistieren auf der Kraft der gesamtgesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, das man von WEBER, MARX, HINTZE, BLOCH, BRAUDEL - von vielen großen Sozialwissenschaftlern und Historikern lernen kann." (Abgedruckt in: Geschichte von unten - Geschichte von innen. Kontroversen um die Alltagsgeschichte = Studienbrief der Fernuniversität Hagen 1985, hg. v. F. J. Brüggemeier u. Jürgen Kocka, S. 35.)

Lüdtke fragt indes: "Korrespondiert das Bild von den 'großen Zusammenhängen' mit den Erfahrungen 'der Vielen'? Es käme also darauf an, die Annahme von der 'Prägestärke überindividueller Mächte', d. h. 'gesamtgesellschaftlicher Strukturen und Prozesse' selbst zu historisieren." (S. 13) Eine "doppelte Anstrengung" ist nach den Worten Lüdtkes notwendig: "Erstens sind geschichtliche Prozesse nicht nur zu beschreiben, sondern zu erklären - ohne dabei jedoch (zweitens) den Versuchungen des objektivierenden Blicks zu erliegen. Historiker, die sich ihre Objekte mit möglichst 'trennscharfen' Kategorien zurichten, folgen dabei dem Prinzip des Panoptikums: weitgehende Einsicht, aber nur aus dem eigenen Hochstand. Je weiter dieser Blick reicht, umso mehr ist paradoxerweise jede Chance blockiert, auch die Blicke 'von unten nach oben' nachvollziehen zu können." (S. 14) Zu diesem Problem betont Hans Medick in seinem Beitrag, daß das Ziel der Alltagsgeschichte keineswegs darin besteht, "nach der romantisierend-nostalgischen Devise 'small is beautiful' zu verfahren, d. h. einen Teilbereich der Geschichte zu rekonstruieren und diesen für das Ganze auszugeben, was von J. Kocka an einzelnen alltagsgeschichtlichen Arbeiten und Ansätzen durchaus zu Recht kritisiert wird. Auch die unterstellte Beschränkung auf die 'mikrohistorische Besenkammer' (H.-U. Wehler) verfehlt die Absicht der vorgeschlagenen Horizonsweiterung, wengleich mikro-historische Verfahren als ein wichtiger Ausgangspunkt angesehen werden. Ziel ist vielmehr die Rekonstruktion der 'Innenseite' gesamtgesellschaftlicher Veränderungs- und Transformationsprozesse, die von einer zentristischen Geschichtsperspektive zumeist nur von außen dargestellt und als objektive Ablaufsnotwendigkeiten behauptet werden." (S. 63 f.)

Mit dieser "Innenseite" von gesamtgesellschaftlichen Veränderungs- und Transformationsprozessen beschäftigen sich die Beiträge in dem hier besprochenen Sammelband. Dabei stellt Peter Schöttler in seinem Artikel "Zur sozialgeschichtlichen Thematisierung der 'dritten Ebene'" fest: "Eine der Schwachstellen der neueren Sozialgeschichte besteht darin, daß sich ihr strukturanalytischer Blick vornehmlich auf das Ökonomische und Soziale konzentriert hat. Demgegenüber werden die verschiedenen Bewußtseinsformen, Denkgewohnheiten, Weltanschauungen, Ideologien usw., kurzum das, was Ernst Labrousse im Unterschied zu 'Ökonomie' und 'Gesellschaft' als die 'dritte Ebene' bezeichnet hat, nicht nur weniger intensiv, sondern häufig auch methodisch und theoretisch unzureichend behandelt." (S. 85) Einige theoretische Prämissen und mögliche Alternativen für eine sozialgeschichtliche Analyse der "dritten Ebene" skizziert und diskutiert Peter Schöttler anhand französischer Literatur. (S. 85 - 136)

Volkskundliche Anmerkungen zur Debatte um Alltags- und Kulturgeschichte sind von Wolfgang Kaschuba in den Sammelband eingefügt worden. "Volkskultur und Arbeiterkultur" (S. 191 - 223) hat er seinen Beitrag genannt. Mit dem Arbeiteralltag beschäftigen sich auch die Artikel von Harald Dehne ("Dem Alltag ein Stück näher?" - S. 137 - 168), Alf Lüdtke ("Wo blieb die 'rote Glut'? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus" - S. 224 - 282) und Lutz Niethammer ("Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR" - S. 283 - 345).

In diesen Arbeiten steht der historische "Alltag als dasjenige Spannungsfeld" im "Zentrum des Interesses, in dem die Vermittlung von Handeln, Erfahrung, Struktur und Geschichte geschieht, und zwar in schichten- und klassenspezifisch geprägten, regional und lokal bestimmten kulturellen Lebensweisen. Das sind freilich Lebensweisen, die nicht als abgeschlossenen Mikrowelten in sich ruhen, sondern stets auch nach außen orientiert und von außen beeinflusst, häufig auch von außen beherrscht sind". (S. 63) In der Umsetzung eines solchen Alltagsverständnisses beinhalten die genannten Arbeiten immer wieder anregende geschichtstheoretische Gedankengänge. Das gilt auch für Dorothee Wierlings Beitrag über "Alltagsgeschichte und Geschlechterbeziehungen" (S. 169 - 190).

Mit dem Erscheinen des hier besprochenen Sammelbandes dürfte es künftig nur noch auf Ignoranz bzw. Unkenntnis bausen, falls der Alltagsgeschichte weiterhin vorgeworfen wird, daß sie "nicht nur theorieelos, sondern sogar theoriefeindlich" (S. 176) sei. Die Alltagsgeschichte beinhaltet vielmehr eine andere Art des Umgangs mit der Theorie, als sie im Bemühen um eine trennscharfe Begrifflichkeit oft gegeben ist. Vielleicht wird beides zusammen einmal einen neuen Paradigmenwechsel in der historischen Theorie ermöglichen. Gerade jene sozialgeschichtlich ausgerichteten Historiker, die in den 80er Jahren besonders heftig gegeneinander und miteinander diskutierten, befinden sich faktisch auf der gleichen Suche nach einer größeren Erklärbarkeit menschlicher Geschichte. In ihrem Gegeneinander bilden sie wohl vor allem eine produktive Einheit. Als solche stehen sie dem wirklichen Irrationalismus gegenüber, der immer wieder neue Nahrung erhalten dürfte, solange die existentiellen Menschheitsprobleme weiter wachsen.

Wolfgang Urban

Adam Schaff, Perspektiven des Modernen Sozialismus

Europaverlag, Wien/Zürich 1988, 436 S.

Adam Schaff, wie so viele Marxisten-Leninisten zeitweise aus seiner Partei ausgeschlossen, hat ein wahrlich bedeutendes Buch über den modernen Sozialismus geschrieben. Seine Grundthese scheint mir, vereinfacht formuliert, zu sein: Der Sozialismus wird siegen, da, wie auch Marx ("Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie") feststellte, die Arbeiterklasse infolge der ständig steigenden Produktivität verschwinden wird - und wie soll der Kapitalismus ohne Arbeiterklasse existieren?

Das Absterben der Arbeiterklasse hat in den führenden kapitalistischen Ländern ja schon begonnen, ohne daß das selbst die die Interessen der Arbeiter vertretenden Institutionen (Parteien und Gewerkschaften) heute begriffen haben. Dazu schreibt er: "Der sich in der Produktionsweise der gegenwärtigen Gesellschaft abspielende Prozeß führt zu unvermeidlichen Folgen in ihrer Klassenstruktur: Die Arbeiterklasse wird schrumpfen, um schließlich fast völlig abzusterben. Im übrigen ist sie schon

seit längerer Zeit in den höchstindustrialisierten Gesellschaften kein traditionelles Proletariat mehr, sowohl im Sinn ihrer materiellen Lage wie auch in ihrem Kollektivbewußtsein. In der einen oder anderen Form, sei es durch Ausschaltung oder durch Veränderung ihrer ökonomischen Situation, wird auch die traditionelle Kapitalistenklasse abtreten, obwohl sie noch eine Zeitlang in veränderter Form fortbestehen wird. Als Folge diese Veränderungen werden dagegen neue Klassen und Gesellschaftsschichten entstehen.

Für die Arbeiterbewegung - und zwar nicht nur für die politischen Parteien, die sich auf die Arbeiterklasse stützen, sondern auch für die Arbeitergewerkschaften - ist die These vom Absterben ihrer sozialen Basis, der Arbeiterklasse, äußerst schockierend, obwohl sie offenkundig ist, falls man sich über den Sinn des Automatisierungs- und Robotisierungsprozesses der Produktion klar wird. Dieses mangelnde Verständnis ist ein Zeugnis für den Verlust der schöpferischen Vorstellungskraft und für die Verknöcherung dieser Bewegung, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß Karl Marx, auf den sich ein großer Teil dieser Bewegung doch beruft, dieses Phänomen noch in der Hälfte des vorigen Jahrhunderts vorausgesehen hat (vgl. seine Grundrisse vom Jahr 1859), obwohl damals die Mechanisierung sich erst am Anfang ihres Entwicklungsganges befand, während von Automatisierung oder Vollautomatisierung, von der Marx schon damals sprach, im realen Leben noch nicht die Rede sein konnte." (S. 13)

Sehr klug sind auch Schaffs Ausführungen zum Problem Planung und Marktwirtschaft in einer Zeit, in der nicht wenige Wirtschaftspolitiker sich völlig von der Planwirtschaft abwenden wollen, weil die Produktivität, die Effizienz der Wirtschaft in den führenden kapitalistischen Ländern so viel höher ist als in den ehemals sozialistischen: "Das Beispiel Japans spricht gegen eine solche simplifizierende Lösung, da gerade dort, trotz des kapitalistischen und formell nichtplanwirtschaftlichen Charakters seiner Ökonomik, in dieser Periode nicht nur die sozialistischen Länder, sondern auch die Vereinigten Staaten überholt wurden, was das Ergebnis der planmäßigen Intervention des Staates war, durch ein speziell zu diesem Zweck berufenes Ministerium für die Planung der Industrientwicklung. Es verstand den Entwicklungstrend rechtzeitig vorauszusehen, auf dieser Grundlage eine entsprechende Entwicklungskonzeption für die eigene Industrie auszuarbeiten und ihre Verwirklichung durch eine sachgerechte Steuerpolitik und Finanzierung der Forschung durchzusetzen. ... Diese direkte und indirekte staatliche Intervention in die industrielle Entwicklung, die im Gegensatz zu den Phantastereien über die Wohltaten des freien Spiels der Marktkräfte steht, hat Japan den Sieg über den in mancher Hinsicht stärkeren amerikanischen Konkurrenten gesichert." (S. 238)

Allein die, natürlich beschränkte, Planung hat es Japan ermöglicht, die übrigen kapitalistischen Länder in Produktivität und Wirtschaftseffizienz einzuholen und zu überholen.

Selbstverständlich stellt man etwa für die Entwicklung der Wirtschaft in der DDR in den letzten Jahrzehnten mit Recht fest: Zuviel ins Detail gehende Planung zu wenig Marktwirtschaft, insbesondere in der Industrie, in der die Kombinate eine geplante Monopolstellung hatten. Es gab keine wirtschaftlich und sozial gerechte Proportion zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft.

Wie schön auch gegen Schluß sein Bekenntnis zum Kommunismus und damit auch zu seinem eigenen politischen Leben, das er als Achtzehnjähriger im damals illegalen Kommunistischen Jugendverband Polens begann: "Aber die Kommunisten haben diese Grundsätze des Altruismus wie auch der Opferbereitschaft nicht nur verkündet (im Sinne einer Ablehnung des Egoismus). Sie haben auch in Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen gelebt. Sie litten schweres Elend, gingen in Gefängnisse und Konzentrationslager, gingen - wenn die Sache das forderte - in den Tod. Das waren nicht Worte, das war die Wirklichkeit der zahlreichen 'Parteien der Erschossenen', wie die französische kommunistische Partei während der Kriegsjahre bezeichnet wurde." (S. 387)

In den Beiträgen des vorliegenden Sammelbandes wird die Anwendung des Computers als Forschungsinstrument für die Geisteswissenschaft sowohl anhand von Projektbeschreibungen als auch von konzeptionellen Überlegungen dokumentiert. Die früher verfolgten Konzepte der "Mathematisierung der Wissenschaft" und die damit teilweise verbundene Überbewertung numerischer Aufbereitung und Verarbeitung von Daten ordnen sich nunmehr in ein breites Spektrum von Nutzungsmethoden und -gebieten ein. Der größte Teil der Autoren befaßt sich mit den Problemen der Schaffung von Datenbanken sowie den Möglichkeiten dabei verwandter Verfahren zu deren Auswertung. Dabei reicht die Bandbreite von der computerunterstützten linguistischen Analyse und Bearbeitung sowie der Herstellung eines Sprachatlas über Methoden zur Unterstützung idologiekritischer Zeitschriftenanalyse bis zur Vorstellung von Datenbanken zur Politik- und Sozialgeschichte oder auch zur Familiengeschichte. Die Beiträge - von Autoren aus Österreich, der Bundesrepublik, Italien und Großbritannien - machen in ihrer Gesamtheit den zumindest punktuell erreichten Stand der Computeranwendung in diesen Wissenschaftsdisziplinen deutlich. Die dabei auftretenden konzeptionellen und programmtechnischen Probleme werden benannt und Lösungsansätze aufgezeigt.

Von den Herausgebern werden besonders die Beiträge hervorgehoben, die sich mit der "eigenständigen Entwicklung von genuin geisteswissenschaftlichen Werkzeugen der Datentechnik" beschäftigen (S. 7). Dies betrifft die ausführliche Beschreibung des auf Hardware bezogenen Konzepts eines rechnergestützten Dokumentations- und Datenbanksystems für die Archäologie und Denkmalpflege von Ulrich Kampffmeyer sowie die Vorstellung eines Softwaresystems zur Textanalyse von Raimund Drewek.

Wesentlich grundsätzlicher jedoch als alle anderen Beiträge stellte Manfred Thaller die Frage nach der Notwendigkeit und den Umrissen fachspezifischer datentechnischer Lösungen für die Geschichtswissenschaft. Sein Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß in den historischen Disziplinen komplexere Informationsstrukturen gekoppelt mit größeren Datenmengen verarbeitet werden müssen, als dies in den Entwicklungsbereichen der Informationswissenschaften derzeit gebräuchlich ist, in denen zumeist die Reduzierung einer dieser beiden Anforderungen vorausgesetzt wird. Die von ihm formulierten Voraussetzungen für ein Datenbanksystem zur Bearbeitung historischer Informationen faßt er unter dem Begriff der Kontextsensitivität zusammen und möchte diese als "Herausforderung an eine fundierte und gleichberechtigte interdisziplinäre Zusammenarbeit von Historikern und Informationswissenschaftlern" verstanden wissen (S. 259). Da die "spezifisch historischen" Eigenschaften von Informationen, wie sie Thaller herausarbeitet, letztlich auf alle Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften angewandt werden können, reichen seine Überlegungen durchaus über den Bereich der Geschichtswissenschaften im strengen Sinne hinaus. Solche prinzipielleren Betrachtungen zur Computeranwendung in den Geisteswissenschaften schärfen auch den Blick derjenigen, die sich als bloße Nutzer verstehen, für die Einordnung ihrer Anwendungsprobleme - auch mit kommerziell angebotener Software - in die theoretischen und abstrakten Grundlagen der Nutzung dieser Technik. Dies scheint noch wichtiger als die Anregungen, die aus einzelnen Projektbeschreibungen gewonnen werden können.

Zu bedauern ist, daß die Berichte und Überlegungen - die zum großen Teil auf zwei Tagungen von 1984 und 1985 zurückgehen - erst jetzt den Weg zu den Lesern finden.

Das Westfälische Wirtschaftsarchiv und seine Bestände, hg. v. Ottfried Dascher, bearb. v. Wilfried Reininghaus, Gabriele Unverferth, Klaus Pradler, Horst Wermuth u. Ottfried Dascher

K. G. Saur Verlag GmbH & Co. KG, München/London/New York/Paris 1990, XXXVIII u. 706 S., 78 Abb., 88,- DM

Die vorliegende Beständeübersicht erschließt im Ergebnis vierjähriger archivalischer Inventur erstmalig das Gesamtinventar eines der bedeutendsten regionalen Wirtschaftsarchive in Deutschland.

Das Dortmunder Archiv umfaßt nach dem vorliegenden Band 99 Firmenbestände überwiegend strukturbestimmender Branchen der Wirtschaft (Bergbau, Stahl-, Maschinenbau- und Textilindustrie), deren Überlieferung von einem Geschäftsbuch bis zu über einhundert Meter laufender Aktenbestände reicht und deren zeitlicher Zugriff schwerpunktmäßig im 19. und 20. Jh. liegt. Hinzu kommen 17 Kammerbestände, 27 Nachlässe, 16 Archive von Vereinen und Verbänden und 22 Sammlungen. Diese Archivalien bieten breite Zugänge für wirtschafts-, sozial-, technik- und kulturhistorische Forschungen. So informiert z. B. die Sammlung über Geschäfts- und Jahresberichte (1852 bis 1988) mit einem Umfang von 190 m über mehr als 1000 Firmen und Organisationen der Wirtschaft. Die Beständeübersicht umfaßt die Bestandssignatur und -bezeichnung, die Geschichte des Provenienzbildners, den Inhalt und die Empfängerüberlieferungen, die Ergänzungsüberlieferungen und die vorhandene Literatur.

Mit der Übersicht zu dem Bibliotheksbestand des Westfälischen Wirtschaftsarchivs wird auf die gesammelten Periodika, insbesondere die Werkschriften, aufmerksam gemacht. Dankbar wird jeder Nutzer auf die Firmen- und Personen-, geographischen Indizes sowie den Sachindex der Kammerbestände zurückgreifen. Die zahlreichen Abbildungen helfen zweifellos, "dem Benutzer eine Vorstellung von der Vielfalt der Archivalien" (S. XXVIII) zu vermitteln.

Arno Mietschke

SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 - 1949, im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München hg. v. Martin Broszat u. Hermann Weber

R. Oldenbourg Verlag, München 1990, 1106 S.

Das vorliegende Handbuch faßt - so das Anliegen der Herausgeber - auf breiter Grundlage die wesentlichen Informationen über die gesellschaftlichen Institutionen und ihre Akteure sowie die grundlegenden Momente von deren Politik und Aktivitäten in der Vorgeschichte der ehemaligen DDR zusammen. Es gliedert sich in 6 große Abschnitte: Sowjetische Militäradministration in Deutschland; Staatliche Institutionen, darunter Landesregierungen und -verwaltungen, Zentralverwaltungen, Kommunalverwaltung und -verfassung, Parlamentarische Gremien und Verfassungsgebung sowie Wahlen und Abstimmungen (Ergebnisdokumentation); Politische Parteien; Gesellschaftliche Organisationen; Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Führungskräfte in Staat, Politik und Gesellschaft. Angaben zu Quellen und Literatur bzw. zum Forschungsstand sowie eine umfassende Dokumentation der personellen Besetzung der jeweiligen Führungspositionen und deren Veränderungen beenden alle Kapitel. Der Anhang enthält ausgewählte Daten zur demographischen und sozialen Struktur der Bevölkerung, eine Auswahlbibliographie sowie ein Personenregister.

Von besonderem Interesse für den Wirtschaftshistoriker dürften die Darstellung der Organisationsstruktur und Funktionsweise der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung

und der damit verbundene Überblick zu allen bis Herbst 1989 bekannten Angaben über die Wiedergutmachungsleistungen aus der SBZ sein. Aufgrund der Wiederentstehung der Länder 1990 sollten die Abschnitte über die fünf Landesregierungen und -verwaltungen, die eigentlich mehr eine Kurzdarstellung der Landesgeschichte von 1945 bis 1952 unter Einschluß wesentlicher ökonomischer Prozesse beinhalten, besondere Beachtung finden. Diese Abschnitte dokumentieren u. a. auch, wie in den verschiedenen Ländern der SBZ zunächst differenzierte Formen der Verwaltung des "Volkseigentums" entstanden und wie durch die Zentralisierung - im ökonomischen Bereich ab 1948 - das "sächsische Modell" mit einer Hauptverwaltung verallgemeinert wurde. Hier wie auch im Abschnitt über die wirtschaftlichen Zentralverwaltungen und die Deutsche Wirtschaftskommission haben die Dokumentationen einen hohen Eigenwert, da sie die rekonstruierbaren Strukturpläne der Verwaltungen sowie ihre konkrete Besetzung enthalten. Mit den zusätzlichen Informationen zum Werdegang der jeweiligen Stelleninhaber aus dem ausführlichen Personenteil werden somit Entscheidungsmechanismen durchschaubarer. Der Abschnitt über die politischen Parteien erlaubt einen Einblick in ihre grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Positionen sowie die ökonomische Veränderungen betreffenden Stellungnahmen. Die Personendokumentation bietet einen ersten Gesamtüberblick über die bedeutendsten Handlungsträger dieser Jahre, der sich vor allem auf biographische Angaben, die politische Laufbahn und besetzte Positionen konzentriert. Damit wird auch begonnen, das vorliegende Manko an Subjekten in der Historiographie zur DDR-Geschichte abzubauen. Leider haben sich dort eine Reihe von Ungenauigkeiten eingeschlichen, die aber zumeist nicht den unmittelbaren Untersuchungszeitraum betreffen.

Insgesamt wurde von den Herausgebern und Autoren ein künftig als Standardwerk zu beachtender Band vorgelegt, der den Wissensstand zum Zeitpunkt der Erarbeitung zusammenfaßt und dabei auch differierende Ansichten der Autoren nicht ausspart. Seine Nutzung als Nachschlagewerk wäre allerdings durch ein Sachregister, Stichwortverzeichnis oder ausführlicheres Inhaltsverzeichnis erheblich erleichtert worden. Das entstandene institutionell strukturierte Gesamtbild der Geschichte der SBZ bildet einen fundierten Ausgangspunkt für ihre nun auf umfassender Quellengrundlage mögliche und notwendige Analyse sowie kritische Aufarbeitung.

André Steiner

Frauenberufe - hausarbeitsnah? Zur Erziehungs-, Bildungs- und Versorgungsarbeit von Frauen, hg. v. Marion Klewitz, Ulrike Schildmann u. Theresa Wobbe - Frauen in Geschichte und Gesellschaft, Bd. 12

Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1989, 271 S., 28,- DM

Frauenberufe - hausarbeitsnah, das assoziiert Kochen, Waschen, Saubermachen, Kinder behüten und erziehen als Teil der von Frauen bewältigten familiären Hausarbeit und Köchin, Waschfrau, Reinigungskraft, Kindergärtnerin, Lehrerin, im weiteren Sinne Krankenschwester und Altenpflegerin als überwiegend von Frauen ausgeübte Berufe. Sind alle Frauenberufe hausarbeitsnah? Haben nicht auch hausarbeitsnahe Berufe, die Frauen ausübten und heute ausüben, mit Hausarbeit zu tun? Inwiefern beeinflußt die weitgehende Zuständigkeit der Frauen für die familiäre Haus- und Erziehungsarbeit ihre Stellung, ihr Weiterkommen, ihr Engagement, ja ihre Bezahlung im Beruf?

Diese und ähnliche Fragen werden im vorliegenden Band einerseits historisch, andererseits für die Gegenwart aus verschiedenen Blickwinkeln untersucht. Die Aufsätze entstanden im Rahmen des Projektes "Geschichte und Soziologie von Frauenarbeit". Gemeinsam gehen die Autorinnen von der These aus, daß Frauenerwerbsarbeit an Hausarbeit gebunden ist, ob nun Frauen beides in ihrer Person verbinden

oder nicht. Besonders ausgeprägt sei diese Hausarbeitsnähe bei sozialen, d. h. pflegerischen und erzieherischen Berufen, wobei hier der historische Prozeß der Verberuflichung dieser Tätigkeiten interessiert. Mit der Professionalisierung bestimmter hausarbeitsnaher Tätigkeiten haben sich im Verlaufe des letzten Jahrhunderts im Zusammenhang mit politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen die Ansprüche an weibliche Reproduktionsarbeit gewandelt, was gleichzeitig Auswirkungen auf die Beziehung zwischen weiblicher Haus- und Berufsarbeit gehabt hat.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen steht zum einen die Frage, wie die private Hausarbeit zur öffentlich institutionalisierten Berufsarbeit wird, zum anderen, wie diese berufliche Differenzierung von Erziehungs- und Versorgungsarbeit zu veränderten Qualitätsansprüchen an diese Arbeit führt.

Während sich im zweiten Teil des Bandes drei Aufsätze mit der Verberuflichung im Bereich der Kindererziehung in der Gegenwart beschäftigen - Heidrun Joop untersucht das Berufsbild der Vorklassenleiterin, Ulrike Schildmann beschäftigt sich mit Erfahrungen von Erzieherinnen in Kindergartengruppen für behinderte und nicht-behinderte Kinder, und Beate Andres sieht die Tätigkeit von sog. Tagesmüttern im Spannungsfeld zwischen privater und öffentlicher Mütterlichkeit -, auf die im folgenden nicht näher eingegangen werden soll, widmen sich die Autorinnen im ersten Teil der Frauenberufsarbeit in historischer Perspektive.

Theresa Wobbe analysiert die Überlegungen und Konzepte von Vertreterinnen der deutschen Frauenbewegungen zur Bewertung von Frauenarbeit während des Kaiserreiches. Sowohl bürgerliche als auch sozialistische Frauenrechtlerinnen sahen die Frauenfrage als soziale Frage und verwiesen auf den Zusammenhang zwischen Hausarbeit und geschlechtsspezifischen Unterschieden in den Bedingungen der Berufstätigkeit, die sich in unterschiedlichen Einkommen und in den Arbeitsmöglichkeiten manifestierte. Dabei vollzog sich nach Meinung der Autorin zwischen 1890 und 1914 zum einen die Ausprägung der staatlichen Sozialpolitik, zum anderen eine Umstrukturierung und Rationalisierung der Hausarbeit. Wobbe skizziert am Beispiel von Clara Zetkin und Helene Lange exemplarisch zwei Positionen aus der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Frauenbewegung zur Frauenarbeit, wobei es ihr weniger um die sonst hauptsächlich hervorgehobenen Differenzen zwischen beiden geht, als vielmehr darum, wie beide das Verhältnis von Hausarbeit und Erwerbsarbeit reflektieren. Während Lange bezahlte und unbezahlte Frauenarbeit vor allem unter dem Aspekt des "Mutterberufs" als der wichtigsten weiblichen Aufgabe sieht und Zetkin das Schwergewicht auf Lohnarbeit als Voraussetzung für Emanzipation und Frauenarbeit unter dem Klassenkampfgesichtspunkt legt, ist beiden gemeinsam, daß sie Frauenerwerbsarbeit immer im Zusammenhang mit Hausarbeit, also als geschlechtsspezifische Arbeitsteilung reflektieren. Des weiteren geht Wobbe auf Mutter- und Kinderschutz, die Hausarbeitsdebatte in der Frauenbewegung und die Debatte über Gebärarbeit ein.

Marion Klewitz beschreibt die Professionalisierung des Lehrerinnenberufs zwischen 1870 und 1920. Gilt heute der Lehrerberuf als bevorzugter Frauenberuf, waren die Bestrebungen von Lehrern und Schulpolitikern im 19. Jh. darauf gerichtet, die außerhäusliche Erziehung als eine männliche Domäne auszubauen und somit einen bestimmten Bereich der vormals als weiblich definierten häuslichen Erziehungsarbeit zu spezialisieren und als qualifizierte männliche Arbeit aus dem Verantwortungsbereich der Frauen herauszunehmen. Klewitz zeigt am Beispiel der sog. Oberlehrerinnenbewegung in der Zeit zwischen 1887 und 1908/13, wie sich vor allem Lehrerinnen an höheren Mädchenschulen gegen die Ausgrenzung von Frauen, gegen die Vorherrschaft der Oberlehrer teilweise erfolgreich wehrten.

Gertrud Pfister wendet sich für etwa die gleiche Zeit der Entstehung speziell des Turnlehrerinnenberufs und seiner Bedeutung für die körperliche Erziehung der Mädchen zu. Sie geht auf Vorbehalte gegenüber dem Mädchenturnen in der zweiten Hälfte des 19. Jh. und den Wandel und damit möglichen Aufschwung des Mädchenturnens am Ende des 19. Jh. ein, zeigt dann die Entwicklung des Turnlehrerinnen-

berufs, Ausbildung, Arbeitsbedingungen und beschreibt zum Schluß Konflikte zwischen Turnlehrerinnen und Müttern.

Frauenberufstätigkeit und ihre Wirkung auf das Heiratsverhalten in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts untersucht Ruth Federspiel am Beispiel von Neuköllner Frauen in Abhängigkeit von ihren Berufen und von Berufsgruppen für den Zeitraum zwischen 1905 und 1957. In den für die berufliche und soziale Mobilitätsforschung wichtigen Quellen, den Kirchenbüchern und nach 1874 auch anfänglich in den Heiratsbüchern der Standesämter, wird die soziale Position der Frau über den Vater bzw. nach Verheiratung über den Ehemann definiert. Um die Jahrhundertwende wurde in diesen Heiratsbüchern die Rubrik "Beruf der Braut" eingeführt, womit sich für Federspiel die Möglichkeit erschloß, den sozialen Status der Frauen durch deren eigene berufliche Tätigkeit zu definieren und Heiratsverhalten und -mobilität, also sozialen Auf- oder Abstieg durch Heirat, über die eigene soziale Position der Frau zu bestimmen. Federspiel konstatiert für den ersten von ihr untersuchten Zeitraum 1905/07 ein überwiegendes Heiraten innerhalb der eigenen Statusgruppe. Die deutlichsten Veränderungen im Heiratsverhalten der Neuköllner Frauen stellt die Autorin zwischen 1925/27 und 1935/37 insofern fest, als nun nur noch un- oder angeleitete Arbeiterinnen durch eine Eheschließung die Chance sozialen Aufstiegs hatten. Das Heiratsverhalten Neuköllner Frauen veränderte sich insgesamt langsamer als die Verschiebungen und Entwicklung innerhalb der außerhäuslichen Berufstätigkeit von Frauen.

Da auch heute die Problematik Hausarbeit - Berufstätigkeit noch immer nichts an Brisanz für Frauen verloren hat, liegt hier auch bei teilweise historischer Betrachtung ein hochaktuelles Buch vor, das viele interessante Denkanstöße vermittelt.

Carola Möckel

Bodo von Borries, Wendepunkte der Frauengeschichte. Eine Lese- und Arbeitsbuch zum An- und Aufregen = Frauen in Geschichte und Gesellschaft, hg. v. A. Kuhn u. V. Rothe, Bd. 26

Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1990, 289 S., 58,- DM

Bodo von Borries, der schon eine Reihe von Arbeiten zu frauengeschichtlichen Fragestellungen vorgelegt und sich vor allem um den Eingang geschlechtsspezifischer Aspekte in den Geschichtsunterricht an den Schulen bemüht hat, konstatiert im Vorwort als Problem und als Motiv für das jetzt vorgelegte Buch, daß "in die Praxis von Geschichtsschreibung und Geschichtslernen, d. h. in die großen Synthesen und die neuen Schulbücher frauengeschichtliche Fragen keinen Eingang gefunden haben".

Dem Autor geht es nicht darum, eine handbuchartige Gesamtdarstellung der Geschichte der Frau durch die Jahrhunderte zu schreiben, sondern er fragt, entsprechend dem didaktischen Prinzip des Exemplarischen, nach Wandlungen, Brüchen und Wendepunkten in der Frauengeschichte zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Regionen, wodurch er der Gefahr entgeht, die europäische Entwicklung zu verabsolutieren und als exemplarisch darzustellen. So greift er aus der Vielzahl möglicher Beispiele sechs Bereiche heraus, in denen sich Umbrüche bei der Stellung der Frauen feststellen lassen.

Die Meinungen verschiedener Wissenschaftler über die gesellschaftliche Stellung der Frau in der Steinzeit sind sehr unterschiedlich. Herrschte gewissermaßen am Beginn der Menschheitsentwicklung Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern? Eindeutige Aussagen sind aufgrund des geringen Quellenbestands schwierig. So wird gern auf Vergleiche mit noch heute lebenden Naturvölkern zurückgegriffen; und auch Borries läßt exemplarisch Nisa, eine Frau bei den auf der Stufe der Sammler und Jäger stehenden Buschmännern Südafrikas, über ihr Leben berichten. Der Autor konstatiert für die Menschen in der Altsteinzeit eine deutliche geschlechtsspezifi-

sche Arbeitsteilung, aber weitgehende Gleichstellung der Geschlechter in bezug auf Einfluß und Ansehen.

Im Vergleich mit der jungsteinzeitlichen Lebensweise, in der bewußte Nahrungsmittelerzeugung durch Landwirtschaft, Anfänge des Handwerks und der Übergang zur Selbsthaftigkeit charakteristisch waren, stellt Borries einen ersten Bruch in der Frauengeschichte fest. Die Lage der Frau war nun in starkem Maße abhängig von der Art der Landwirtschaft. So war die Beziehung zwischen den Geschlechtern im Bauerntum ausgeglichen, im Hirtentum herrschte meist das Vaterrecht und im Pflanzertum das Mutterrecht vor. Insgesamt hält der Autor es für wahrscheinlich, daß sich Geltung und Einfluß der Frauen am Ende des betrachteten Zeitraum in vielen Bauerngesellschaften und den meisten Hirtengruppen gemindert hatten, in zahlreichen Pflanzerdörfern jedoch günstiger wurden als bei den Sammlern und Jägern. Der Frage, ob die Hochkulturen des Altertums Höhepunkte der Männerherrschaft gewesen seien, geht Borries am Beispiel der Situation der Frauen im alten Indien und im frühen Buddhismus nach. Ohne die Bedeutung dieser klassischen Hochkulturen des Altertums im Bereich von Kunst, Literatur, Philosophie und Religion in Frage stellen zu wollen, charakterisiert er sie als sexistische Gesellschaften, in denen Mann und Frau in Recht, Wirtschaft, Gesellschaft und Familie nicht gleichgestellt waren, und er hält die soziale Stellung der Frauen hier für ungleich ungünstiger als in den vorher betrachteten jungstein- und bronzezeitlichen Dorfkulturen. Ablesbar ist diese starke Frauenfeindlichkeit aller vier Hochkulturzentren an solchen frauenverachtenden Sitten wie der Fußverkrüppelung in China, der Witwenverbrennung in Indien, der Verschleierung im Islam und der Hexenverfolgung in Europa.

Für eine Detailuntersuchung zur Lage der Frau im hochkulturellen Patriarchat eignet sich wegen der günstigen Quellenlage das antike Griechenland. Borries stellt Texte über Frauen aus verschiedenen Klassen für die Zeit von 800 v. u. Z. bis 400 u. Z. vor. Allgemein war die Stellung der Frau ebenfalls bestimmt von ihrer Hauptfunktion, der Geburt rechtmäßiger Erben, womit Doppelmoral, Keuschheitsforderungen, das Ans-Haus-Gebundensein der Frau und die deutliche Trennung männlicher und weiblicher Lebensbereiche zusammenhingen. Borries geht davon aus, daß sich die Situation der Frauen in den etwa 1500 Jahren der griechischen Antike geändert hat, und er weist anhand der Äußerungen von Dichtern, Philosophen und Historikern wie Homer, Hesiod, Aristoteles, Xenophon, Paulus u. a. Brüche und Wendepunkte im Frauenbild der Griechen nach. Während z. B. bei Hesiod im 8. Jh. v. u. Z. die Frauen als Feinde der Männer dargestellt werden, setzte sich Musonius Rufus im 1. Jh. u. Z. für gleiche Erziehung der Mädchen und Jungen ein und ging von grundsätzlich gleichem Wert beider Geschlechter aus.

Im 4. Abschnitt wendet sich der Autor der Stellung der Frau im europäischen, speziell im deutschen Bereich zu und geht von dem in der Forschung allgemein akzeptierten Ansatz aus, daß die Stellung der Frauen sich hier um 1800 grundlegend geändert hätte, spannt mit Hilfe von literarischen und autobiographischen Texten den Bogen vom feudalen Frauenideal um 1400 zur bürgerlichen Weiblichkeitsnorm um 1800. Im 15./16. Jh., einer Zeit des ökonomischen Aufschwungs, konnte zwar von Gleichberechtigung und etwa gleichem sozialem Ansehen der Frauen keine Rede sein - auch in der Renaissance herrschte die strenge Tradition eines patriarchalischen Weltbildes -, aber Frauen wurde offensichtlich eine relativ große wirtschaftliche Selbständigkeit und persönliche Bewegungsfreiheit zugestanden, die im 17. Jh. im Zusammenhang mit der schlechteren ökonomischen Gesamtlage mehr und mehr eingeschränkt wurde und im 18. Jh. im bürgerlichen Ideal von der "guten Hausfrau" ihren Endpunkt erreichte, wo von wirtschaftlicher und persönlicher Selbständigkeit kaum etwas übriggeblieben war.

Die Frauenbewegung in den USA seit 1848, ihrem Geburtsjahr, bis 1920 war im wesentlichen geprägt vom Hauptziel, das Wahlrecht für Frauen zu erreichen, woran sich die Hoffnung knüpfte, daß mit der Realisierung dieses Zieles auch die übrigen Frauenprobleme relativ schnell gelöst werden könnten. 1920 wurde das allgemeine Frauenwahlrecht vom Parlament bestätigt, die amerikanische Frauenbewegung verlor völlig an Bedeutung. Allerdings mußten die amerikanischen Frauen bald erkennen, daß die Gewährung dieses Rechts nicht Endpunkt ihres Kampfes sein

durfte, da dadurch nicht automatisch eine Besserung ihrer Stellung eingetreten war. Frauen blieben in der Politik auch in den darauffolgenden Jahrzehnten im wesentlichen Außenseiter. Erst die neue Frauenbewegung seit den 60er Jahren setzte sich wieder verstärkt für die Rechte der Frauen ein.

Symbol für die unterdrückte Stellung der Frauen in China war die Sitte des Füßewickeln und die Verkrüppelung ihrer Füße als äußerer Ausdruck von Freiheitsberaubung und Demütigung, womit gleichzeitig ein kompliziertes System von Regeln, Vorschriften und Sitten verbunden war, das Frauen darüber hinaus auch seelisch und sozial verkrüppelte. Den Wendepunkt für die Frauen in China sieht Borries in der sog. Befreiung der Füße. Mit dem gesetzlichen Verbot des Füßeinbindens nach 1911 und der Abschaffung der Zwangsehe war der Weg zu einer gesetzlichen Gleichstellung der chinesischen Frauen geöffnet, ohne daß dort bis heute eine umfassende Gleichberechtigung erreicht ist.

Borries stellt dem Leser Frauenleben in ganz unterschiedlichen Ländern, Kulturkreisen, Zeiten vor: Durch alle zog sich als roter Faden – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – die Demütigung, die Entrechtung, die Zerstörung weiblichen Selbstbewußtseins. Der Kampf dagegen war mühsam und nur partiell erfolgreich.

Borries hat ein Buch vorgelegt, das durch seine plastische Darstellungsweise, die Benutzung vielfältiger Quellen und das aussagekräftige Bildmaterial sowohl sehr gut im Geschichtsunterricht anwendbar ist, als auch jedem interessierten Leser eine Vielzahl neuer Fakten und Denkanstöße vermittelt.

Carola Möckel

Hermannus Pfeiffer, Das Imperium der Deutschen Bank

Campus Verlag, Frankfurt (Main)/New York 1987, 206 S., 24,- DM

Unter dem Titel behandelt der Autor vor allem die personellen Verflechtungen der drei Großbanken der Bundesrepublik Deutschland mit den 75 größten Industriekonzernen im Jahre 1983 sowie die Präsenz ihrer Vertreter in staatlichen Institutionen und in Verbänden, darunter im Bundesverband der Deutschen Industrie. Den größten Teil des Buches nehmen die Kapitel über die Beziehungen der Deutschen Bank zur Daimler-Benz AG, zur Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft AG und zum Springer- bzw. Flick-Konzern ein. In diesen Kapiteln werden einige Mitte der 80er Jahre vor sich gegangene Prozesse der Umstrukturierung dargestellt. Ebenfalls untersucht werden die Streuung der Aktien der Deutschen Bank, die Stimmenverteilung bei der Hauptversammlung und die Zusammensetzung ihres Aufsichtsrates. Aus dem Ergebnis zieht der Autor den Schluß, daß die Deutsche Bank sich selbst kontrolliert (S. 32 ff.).

Seine Analyse basiert vor allem auf den Geschäftsberichten der deutschen Großbanken sowie der führenden Industriegesellschaften, auf Gutachten und anderen Veröffentlichungen von Bundesbehörden, z. B. des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen, der Bundestags-Enquete-Kommission (1982) und der Monopolkommission (1982 und 1984), ferner auf Berichten der Deutschen Bundesbank, auf Nachschlagewerken und Mitteilungen von Wirtschaftsforschungsinstituten.

Die herausragende Position der Deutschen Bank wird besonders in den Kapiteln über die Neustrukturierungen der oben genannten Konzerne deutlich. Insgesamt bestätigt sich, daß von den Beziehungen der Banken zu Unternehmen, Verbänden und Institutionen die personellen Verflechtungen am sichtbarsten sind. Die ebenfalls sehr wichtigen und unter Umständen ausschlaggebenden, auf Bankgeschäften beruhenden Be-

ziehungen und Kapitalbeteiligungen sind ebenso wie die Positionen und Strategien im Konkurrenzkampf auf nationaler und internationaler Ebene viel schwerer feststellbar.

Karin Lehmann

Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945 - 1958 = Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. 31

R. Oldenbourg Verlag, München 1990, 205 S., 78,- DM

"Nicht ... eine historische Arbeit im eigentlichen Sinne" nennt der Autor seine Monographie, "denn nur ausnahmsweise werden Entscheidungsabläufe im einzelnen nachgezeichnet ..., statt des aufeinanderbezogenen Handelns von Personen wird vor allem die wechselseitige Bedingtheit von Fakten dargestellt." (S. XII) Der Wirtschaftshistoriker wird dies gewiß nicht als Mangel empfinden, vorausgesetzt, die Fakten sind sorgfältig erschlossen und ihre gegenseitige Bedingtheit ist überzeugend herausgearbeitet. In beiderlei Hinsicht hat Christoph Buchheim mit dem vorliegenden Buch Überdurchschnittliches geleistet. Das ist um so erfreulicher, als es sich bei seiner Habilitationssarbeit um die erste geschlossene Darstellung der Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Westdeutschlands zu westlichen Industriestaaten handelt. Buchheim beschreibt in vier Kapiteln (Das alliierte Außenhandelsregime in Westdeutschland 1945 - 1949; Währungsreform und Außenhandel; Die Funktionen der Außenhandelshilfe; Die Liberalisierung der westdeutschen Außenwirtschaft), wie Westdeutschland - zunächst unter amerikanischem Druck und später zunehmend aus eigenem Antrieb - nicht nur in die internationale Arbeitsteilung zurückfand, sondern wie die Liberalisierung des BRD-Außenhandels selbst zu einem entscheidenden Moment der Liberalisierung des Außenhandels der westlichen Welt wurde.

Nicht Gegenstand von Buchheims Untersuchungen sind die Beziehungen Westdeutschlands zu den "östlichen Zentralverwaltungen". Der Autor betrachtet diese als der Weltwirtschaft nicht zugehörig, denn: "Unabdingbare Voraussetzung für eine Weltwirtschaft sind ... ihre Liberalität und Multilateralität" (S. X). So weit, so gut. Aber, seit wann hat es nach diesem strengen Kriterium überhaupt eine Weltwirtschaft gegeben? Die Jahrzehnte des Protektionismus seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts wie auch die Bevorzugung bilateraler Beziehungen in der Zwischenkriegszeit wären, wenn man der Weltwirtschaftsdefinition des Autors folgt, aus der Geschichte der Weltwirtschaft auszuklammern.

Buchheims exakte Analyse der Motive für Handelsschritte weist dem allgemeinwirtschaftlichen Hintergrund außenhändlerischer Aktivitäten in seinem Analysekonzept einen besonders wichtigen Platz zu. In einem Falle haben sich die Hintergrundinformationen zu einem Abschnitt verdichtet, der es verdient, gleichwertig mit der gesamten Monographie genannt zu werden. Es handelt sich um den Exkurs "Von den Besatzungsmächten Westdeutschland auferlegte Belastungen" (S. 77 ff.). In diesem Abschnitt versucht Buchheim einzuschätzen, was Westdeutschland an Demontagen und Besatzungskosten zu leisten hatte, und stellt der detaillierten Aufstellung der Kosten die von den westlichen Alliierten empfangenen Hilfen gegenüber. Buchheim kommt zu der Schlußfolgerung: "Angesichts dieser enormen Bedeutung der Auslandshilfe für Westdeutschland muß man die dem Land auferlegten unentgeltlichen Transfers als im Vergleich dazu sekundär einstufen" (S. 98 f.). Doch nicht nur das detailliert erarbeitete Ergebnis macht den Exkurs interessant, sondern auch die Offenlegung der Bewertungsmethoden durch den Autor. Die von Buchheim beschriebenen einleuchtenden und gangbaren Wege, zu einer Zusammenfassung der Einschätzung der Nachkriegsbelastungen zu gelangen, ermutigen, eine entsprechende Einschätzung der Belastungen auch für die SBZ/DDR zu versuchen. Denn erst, wenn

die unterschiedlichen Ausgangspositionen beider deutscher Staaten auch in dieser Hinsicht klar sind, wird es dem Wirtschaftshistoriker möglich sein, zu kompetenten Urteilen über die Leistungsfähigkeit der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in beiden deutschen Staaten in den ersten beiden Jahrzehnten ihrer Existenz zu gelangen.

Jörg Roesler

Die freiwilligen sozialen Leistungen des Privatversicherungsgewerbes im Jahre 1936. Eine Dokumentation, hg. v. Günther Kalbaum = Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 62

Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1990, 183 S., 48,- DM

Der Band enthält den ungekürzten Nachdruck einer Enquete aus dem Jahre 1936. In ihm sind Ergebnisse enthalten, an denen etwa 290 Versicherungsunternehmen beteiligt waren, was 90 bis 95 % der Gesamtbelegschaft des Gewerbebezuges ausmacht, und kann damit als repräsentativ gelten.

Im ersten Abschnitt wird ein Überblick über die soziale Lage der Angestellten, damals "Gefolgschaft" genannt, gegeben. Interessant sind Positionen wie "Frau im Betrieb", "Altersaufbau der Gefolgschaft", "Tarifgehalt im Privatversicherungsgewerbe" und "Leistungszulagen im Privatversicherungsgewerbe". Der Unterpunkt "Schwacher Kindersegen" konstatiert, daß 82 % der Verheirateten ein Kind haben und 18 % der Ehepaare kinderlos sind, wobei auf die Begrenztheit der statistischen Erfassung hingewiesen wird. Auch andere Schätzungen, daß in 29 000 Ehen etwa 34 000 Kinder sind, verändern das Bild kaum. (S. 12) Obwohl bemerkt wird, daß es "nicht die Aufgabe dieser lediglich Tatsachen zusammenstellenden Arbeit (sei), den Ursachen des schwachen Kindersegens nachzuspüren", zeigen die Zahlen doch deutlich die sozialen Auswirkungen von Inflation und Weltwirtschaftskrise auf diesen Angestelltenzweig.

Im zweiten Abschnitt werden dann die freiwilligen sozialen Leistungen aufgelistet. Interessant ist, wie diese definiert und begründet werden: "als zusätzliche Maßnahmen, Einrichtungen und Aufwendungen, die dazu bestimmt sind, die wirtschaftliche Lage einzelner Gefolgsleute zu verbessern, ihre körperliche und geistige Leistungsfähigkeit zu fördern, ihrer Wohlfahrt und der Betriebsgemeinschaft zu dienen". Weiter wird von der "Arbeit für das Volksganze" und "Dienst an der lebendigen Einheit des Volks" (S. 28) gesprochen. Diese Terminologie war wohl für die damalige Zeit notwendig, denn insgesamt hat "die Qualität der betrieblichen Sozialpolitik ... während des NS-Regimes kaum Veränderungen erfahren" (S. IX).

Soweit das die Unterlagen hergaben, erfolgen Angaben über "Zuschüsse zur Haushalts- und Kinderzulage", "Gratifikationen", "Mehrurlaub", "Unterstützungen und Beihilfen", "Altersversorgung", "Gefolgschaftsversicherung", "Gemeinschaftseinrichtungen der Betriebe", "Kraft durch Freude und Freizeitgestaltung".

Betrachtet man einige Leistungen genauer, so sind sie sehr differenziert einzuschätzen. Man muß auch sehen, daß viele Leistungen in die Weimarer Republik zurückreichen und nur fortgeführt wurden. Mehrurlaubstage pro Kopf von 3,9 bis 5,3 nach etwa 20 Jahren war für die damalige Zeit schon erstrebenswert. (S. 52) Unterstützungen und Beihilfen für den Eigenheim- und Siedlungsbau wurden ausgedehnt, was ohne große soziale Auswirkungen blieb. Einige Unternehmen bevorzugten ihre Angestellten bei der Vergabe der von den Versicherungsgesellschaften finanzierten Wohnungen.

Die Aussagen über die betriebliche Altersversorgung, "daß die dem alten oder berufsunfähigen Angestellten aus der Reichsversicherung zufließenden Mittel im allgemeinen zu gering sind, um ihm einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern", (S. 94)

machen die Unzulänglichkeiten des damaligen staatlichen Versicherungssystems und die Bedeutung der zusätzlichen betrieblichen Rente deutlich.

Interessant ist auch, daß die betrieblichen Ausgaben im Rahmen von "Kraft durch Freude" relativ gering waren, daß die Sozialleistungen für Urlaub, Freizeit, Betriebsessen usw. sowieso gezahlt wurden, so daß es einer gewissen Manipulation bedurfte, hier noch besondere Leistungen auszuweisen. (S. 158 ff.) Um diesen Eindruck etwas abzumildern, schreibt der unbekannte Autor: "... all das mögen im einzelnen kleinere Beträge sein ... im Laufe der Zeit und in ihrer Gesamtheit summieren sie sich ... und stellen eine nicht zu unterschätzende kulturelle und soziale Leistung dar" (S. 164).

Zum Schluß werden die freiwilligen Sozialaufwendungen quantitativ eingeschätzt. Dabei wird etwas überraschend festgestellt, daß bei einer Lohn- und Gehaltssumme von 172,6 Mill. RM und von 38 Mill. RM Sozialleistungen diese für den einzelnen etwa 22 % des Lohnes bzw. des Gehaltes ausmachten. In Zweifel ist, ob die Gesamtheit der aufgelisteten Leistungen unter dem Aspekt "freiwillig" zu sehen ist. Der Vergleich mit Industriezweigen, wo dieser Prozentsatz bei 3 und 4 % lag (S. 178/180), weist darauf hin, daß wohl die Absicht bestand, das private Versicherungsgewerbe in einem für die NS-Machthaber besonders günstigem Licht darzustellen.

Herwart Pittack

Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe 1931 = Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e. V., Bd. 12

Fritz Knapp Verlag, Frankfurt (Main) 1989, 240 S., 62,- DM

Die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre unseres Jahrhunderts ist bis heute Gegenstand der Untersuchungen für Ökonomen und Historiker. Zu groß waren die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Krise. Schon die Zeitgenossen haben versucht, die Ursachen zu analysieren, um eine Wiederholung zu vermeiden, waren doch wirtschaftliche Tatbestände eingetreten, die in der Wirtschaftsgeschichte bis zu diesem Zeitpunkt für unmöglich gehalten wurden. Hierzu rechnet auch die internationale Bankenkrise.

Der Gegenstand der Untersuchung für Dieter Stiefel ist die Krise der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Österreich, der in der älteren Literatur eine Art Initialzündungsrolle für die internationale Banken- und Finanzkrise 1931 zugeschrieben wird. Stiefel geht in seiner Analyse logisch vor und untersucht zunächst die Stellung der Bank im österreichischen und internationalen Wirtschaftsleben.

Wichtige Punkte sind für ihn die Rolle der Bank nach dem ersten Weltkrieg in einem stark verkleinerten Österreich und die Struktur der Anteilseigner der Bank. Überzeugend legt er dar, daß durch den Zerfall der Habsburger Monarchie es der Wirtschaft, speziell den Banken, schwerfiel, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen. Geschäftsbeziehungen zu den Filialen wurden jetzt durch Grenzen und fremde Währungen unterbrochen (S. 90).

Auch die Struktur der Anteilseigner hatte ihr Spezifikum. 40 % der Aktien befanden sich in ausländischem Besitz. Als die Krise in ihr akutes Stadium trat, war dies einer der wichtigsten Gründe, staatliche Hilfe zu fordern. Das kleine Österreich konnte es sich nicht leisten, seine Kreditwürdigkeit im Ausland auf diese Art zu desavouieren. (S. 19 f.)

Ein heikles und kompliziertes Kapitel ist die Finanzdiplomatie in dieser Zeit. Heikel, weil bis heute einseitige Schuldzuweisungen nicht aufgehört haben; kompliziert, da

Akteneinsicht und Erinnerungen der Beteiligten die Facette der zu berücksichtigenden Fakten und Absichten das Bild immer vielschichtiger werden lassen.

Stiefel, der Archive in London, Washington, Paris und Koblenz besuchte, hat hier geradezu Pionierarbeit geleistet. Er zeigt das fast unübersichtliche Geflecht gegensätzlicher Interessen Frankreichs, Deutschlands und Englands auf und legt die Beziehungen zum Völkerbund, zur Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und zu den USA dar. Explizit wird auf die Rolle Deutschlands hingewiesen, das an der Zollunion mit Österreich großes Interesse hatte, aber nach Ausbruch der Krise außer einem schon vorher eingerichteten Depot in Höhe von 20 Mill. Schilling keine Hilfe leisten konnte oder wollte. (S. 42 f.)

Das gelungenste Kapitel ist das über die Ursachen der Krise der Credit-Anstalt. Hier setzt sich Stiefel mit allen älteren Argumenten auseinander, insbesondere damit, Frankreich habe durch gezielte Finanzmanipulationen als Antwort auf die Zollunionsphäre die Verluste der Bank hervorgerufen.

Stiefel nimmt einen völlig anderen Ausgangspunkt und untersucht die Stellung der Credit-Anstalt auf dem österreichischen Geld- und Kapitalmarkt, ihre Beziehungen zur Industrie und die Art ihrer Geschäfte. Er analysiert die Struktur des Wertpapierportefeuilles und die Kreditbeziehungen zur Industrie sowie das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital und kommt zu dem Schluß, daß das "System des österreichischen Finanzkapitals seit Anfang der 1890er Jahre in der Krise" (S. 95) war. Dies führte zu einer falschen Geschäftspolitik, die u. a. in einer Vielzahl von Industriebeteiligungen und entsprechenden Kreditierungen zum Ausdruck kam. Für eine solche Geschäftspolitik reichte weder die eigene Finanzkraft aus, noch rechtfertigte die Situation der Unternehmen sie. Der Autor spricht daher auch davon, daß die Krise sich zuerst als Verlustkrise und erst dann als Liquiditätskrise zeigte.

Stiefel beruft sich bei seiner Analyse der finanzkapitalistischen Verflechtungen auf Paul M. Sweezy, der untersucht hatte, daß die Rolle der Banken in der Wirtschaft abnahm, als das Ziel der Bildung "großer meist multinationaler Produktionsunternehmen" erreicht war (S. 104), deren eigene Akkumulationskraft den Einfluß der Banken relativierte. "Daß der Finanzmechanismus des Finanzkapitals - die Umwandlung von Schulden in Aktienkapital - in der Zwischenkriegszeit nun mehr unzulänglich funktionierte, hat diese Entwicklung nur beschleunigt". (S. 105)

Detailliert wertet der Autor die Untersuchungsprotokolle und Berichte, die die Geschäftspolitik der Bank und die Tätigkeit des Managements zum Inhalt haben, aus. Das Urteil über die Geschäftsführung ist vernichtend, wenn schon in der Überschrift des Kapitels von "Verlust des Überblicks" gesprochen wird. (S. 106) Etwas blaß bleibt die Einschätzung von Personen, wobei zu vermuten ist, daß der Autor auf Familienangehörige oder noch lebende Personen Rücksicht nimmt. Da aber Urteile in der politischen Geschichte oft sehr hart ausfallen, wäre doch zu empfehlen, diese Art der Benotung auch auf Wirtschaftsführer und Manager auszudehnen, da deren Fehler letztlich genausoviel Unheil anrichten können wie die von Politikern.

Zur Diskussion über die Weltwirtschaftskrise leistet die Arbeit von Stiefel einen wichtigen Beitrag.

Herwart Pittack

Für den deutschen Leser besteht eine enge Assoziation zwischen dem Wort "Schweiz" sowie den Begriffen "Banken" und "Finanzen". Die Alpenrepublik ist geradezu zu einem Synonym für eine der Drehscheiben des internationalen Kapitalmarktes geworden. Deshalb ist es von großem Interesse, nach seinen Anfängen zu fragen. Der Reiz der hier vorzustellenden Arbeit von Martin Körner besteht darin, mit Luzern gewissermaßen den "Normalfall" der Entwicklung im Blickpunkt zu haben und nicht mit Bern oder Zürich die Hauptstadt bzw. heimliche Hauptstadt mit ihrer notwendigen Sonderstellung zu betrachten.

Auf der Basis umfangreicher Sekundärliteratur und der Auswertung von Fakten in öffentlichen Archiven sowie Dokumenten einzelner Kreditinstitute zeichnet Körner ein detailliertes Bild von der Entstehung der Banken und Versicherungen im Kanton Luzern. Die Arbeit ist zweigeteilt: Während auf den Seiten 9 bis 114 die Banken betrachtet werden, sind die Seiten 115 bis 184 den Versicherungen vorbehalten; eine sehr knappe Zusammenfassung (S. 185 - 187) schließt sich an. Bedauerlich ist, daß der Autor zwar betont, daß die im Untersuchungszeitraum bedeutend zunehmende wirtschaftliche Aktivität, die durch den Bankensektor wesentlich gefördert wurde, auch höhere und verbesserte Versicherungsleistungen erforderte, aber nicht der Frage nachgeht, wie die Kapitalsammlung und -anlage gerade durch die Versicherungsunternehmen ihrerseits die Wirtschaft insgesamt und vor allem auch die Banken als Vermittler zeitweilig freier Geldfonds zur produktiven Anlage stimulierte. So bleiben die beiden Teile des Bandes relativ isoliert.

Den Banken und Versicherungen in der Schweiz war gemeinsam, daß um die Jahrhundertmitte ein wesentlicher Aufschwung einsetzte, der sich vor dem Hintergrund und im Zusammenhang mit einer Entwicklung von der "noch ungenügend entwickelten Volkswirtschaft" (so eine Zwischenüberschrift auf S. 42) zu "neuen Wirtschaftsstrukturen" (S. 46) vollzog. Stimuliert wurde das in starkem Maße "durch die Abschaffung der Binnenzölle und durch Vereinheitlichung der Maße, Gewichte und des Münzsystems" aufgrund der Bildung des neuen Bundesstaates, der "endlich ein gemeinsames, schweizerisches Wirtschafts- und Währungsgebiet" brachte, das "die Kantone ... aus ihrer wirtschaftlichen Isolation (herausriß) und in einen gesamt-schweizerischen, gemeinsamen Markt (integrierte)" (S. 46). Als spezifischer und gewichtiger Wachstumsfaktor wirkte dabei der rasant expandierende Tourismus. Das unterscheidet die helvetische Entwicklung in ganz eigentümlicher Weise von der fast gleichzeitigen in Deutschland, wo der Fremdenverkehr zwar regional dominierend sein konnte, aber nie die gesamte Volkswirtschaft stärker beeinflusste und, nach Einschätzung des Rezensenten, auch keinen besonderen Einfluß auf die Strukturen des Kreditwesens gewann.

Es ist hervorzuheben, daß Körner das von ihm erschlossene große Faktenmaterial mit Hilfe zahlreicher Tabellen, Grafiken, Karten und anderer Abbildungen vorbildlich aufbereitete. Für einen mit der schweizerischen Geschichte weniger Vertrauten wäre es aber von Vorteil gewesen, wenn die interessanten finanz- und wirtschaftshistorischen Ausführungen mehr in den historischen Gesamtprozeß hineingestellt worden wären. Wenn man bedenkt, wie stark die Helvetien in der ersten Hälfte des 19. Jh. von Kriegen, Truppendurchmärschen, Interventionen, Revolutionem, Putschen, Regierungs- und Parteikrisen, kurz: von einer Fülle von Haupt- und Staatsaktionen beeinflusst wurden, kann man nur seine Verwunderung darüber ausdrücken, daß davon bei Körner so gut wie nichts zu spüren ist.

Reinhold Zilch

Anette Frei, Rote Patriarchen, Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation in der Schweiz um 1900

Chronos Verlag, Zürich 1987, 217 S.

Yvonne Pesenti, Beruf: Arbeiterin. Soziale Lage und gewerkschaftliche Organisation der erwerbstätigen Frauen aus der Unterschicht in der Schweiz, 1890 - 1914

Chronos Verlag, Zürich 1988, 257 S.

Anette Frei und Yvonne Pesenti legten zwei Bücher vor, in deren Mittelpunkt die Arbeiterin in der Schweiz um die Jahrhundertwende steht. Während Pesenti vor allem die ökonomische und soziale Situation sowie die gewerkschaftliche Organisation erwerbstätiger Frauen zwischen 1890 und 1914 untersucht, beschäftigt sich Frei mit dem politischen Hintergrund, der Haltung der Schweizer Sozialdemokraten zur Frauenfrage und der Arbeiterinnenbewegung. Insofern ergänzen sich beide Bücher und gestatten ein recht umfassendes Bild von der Lage der Proletarierinnen für den Untersuchungszeitraum.

Wer einen gewissen Überblick über die Problematik der Frauenarbeit während des deutschen Kaiserreiches hat, wird bei der Lektüre von Pesentis Buch "Beruf: Arbeiterin" mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen der deutschen und der schweizerischen Situation feststellen. In den beiden Jahrzehnten vor dem zweiten Weltkrieg erlebte die Schweizer Wirtschaft einen konjunkturellen Aufschwung, der u. a. zu strukturellen Wandlungen führte, indem sich neue Industriezweige, wie die Elektroindustrie, etablierten, andere, wie die Textilindustrie, ihre führende Stellung verloren und die Maschinenindustrie besonders stark expandierte. Insgesamt war vor allem der industrielle Sektor durch einen bedeutenden Arbeitskräftebedarf gekennzeichnet, der allein mit den vorhandenen männlichen Arbeitern nicht mehr gedeckt werden konnte. So wurden weibliche und auch ausländische Arbeitskräfte in zunehmendem Umfang beschäftigt. Pesenti weist für den Untersuchungszeitraum einen absoluten und relativen Zuwachs der Frauenarbeit nach. Der überwiegende Teil der erwerbstätigen Frauen wurde in arbeitsintensiven und konjunkturempfindlichen Produktionszweigen und -bereichen mit zumeist geringen Qualifikationsanforderungen eingesetzt. Interessanterweise decken sich die Aussagen, die Pesenti in bezug auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung für die Schweiz macht, mit den Erkenntnissen für das Deutsche Reich im gleichen Zeitraum. Einen hohen Frauenanteil weisen auch in der Schweiz die sog. Frauenbranchen, also die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, auf. Auch in der für die Schweiz typischen Uhrenindustrie sind immerhin noch knapp zwei Fünftel aller Beschäftigten Frauen. In allen übrigen Industriezweigen ist der weibliche Anteil an den Arbeitskräften sehr gering, obwohl diese männlich dominierten Industriezweige im Untersuchungszeitraum eine Steigerung der Zahl von beschäftigten Frauen verzeichnen. Wie in der deutschen Industrie kann Pesenti auch für die Schweizer Fabrikindustrie keine Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit feststellen, vielmehr rückten Frauen im Verlauf der Strukturveränderungen auf von Männern freigemachte Arbeitsplätze nach und bilden innerhalb der Industriearbeiterschaft sozial und beruflich die unterste Gruppe. Pesenti vertritt in bezug auf die sog. Frauenbranchen die These, daß nicht die angebliche Eignung der Frauen zu besonderen Arbeiten, sondern die strukturelle Schwäche dieser Industriezweige sie zu "Frauenindustrien" macht.

Die Autorin untersucht dann genauer die Lage der Arbeiterinnen in der Textil- und Bekleidungsindustrie, wobei sie vor allem auf Arbeitszeit, Lohnsituation, Stellung der Frau im Produktionsprozeß und die für die Schweiz bedeutende Anwerbung von Ausländerinnen sowie die dabei angewandten Zwangsmaßnahmen eingeht. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Situation der Frauen im Dienstleistungssektor, in dem Kellnerinnen und Dienstboten die weitaus stärkste Gruppe stellten. Abschließend geht sie auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen, Arbeiterinnenvereine, Kämpfe und Streiks der Textil- und Tabakarbeiterinnen für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen ein.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Beteiligung von Frauen am Produktionsprozeß untersucht Frei in ihrem Buch über Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation, inwieweit diese Entwicklung Auswirkungen auf die gesellschaftliche Stellung der Frau, auf ihre Emanzipation gehabt hat und wie die Arbeiterklasse, speziell die Schweizer Sozialdemokratie, zur Frauenfrage stand.

Freis Darlegungen zu Feminismus und Marxismus, zur Entwicklung der sozialistischen Emanzipationstheorie und zur sozialdemokratischen Politik in der Frauenfrage bieten nichts Neues. Interessant allerdings wird ihre Untersuchung dann durch den von ihr sehr gut herausgearbeiteten Widerspruch zwischen der von der Schweizer Sozialdemokratie offiziell vertretenen Emanzipationstheorie und dem in den meisten Fällen davon abweichenden Verhältnis der Sozialdemokraten zur eigenen Frau, zur Frau in der Partei und der Gewerkschaft. Auch in der Schweiz hatten sich Sozialisten mit der Frauenfrage beschäftigt, betrachteten sie als Teil der sozialen Frage und vertraten daher die Meinung, daß die proletarischen Frauen innerhalb der Arbeiterklasse für ihre Befreiung kämpfen sollten. Allerdings blieb – wie übrigens auch weitgehend in der deutschen Sozialdemokratie – ein entscheidender Bereich ausgeklammert: Man diskutierte kaum über die Stellung der Frau in der Familie und stellte die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nie in Frage.

Um die Behauptung zu beweisen, daß die Sozialdemokraten in der Theorie fortschrittlicher waren als in der politischen und privaten Praxis, und um die patriarchalische Struktur auch dieser Partei offenzulegen, bemühte sich die Autorin, hinter die Kulissen offizieller Programme und Verlautbarungen zu blicken und die "inoffizielle" Haltung der Sozialisten zur Frau allgemein und privat in Partei und Familie zu zeigen. Sie stellt einige der führenden Schweizer Sozialdemokraten als Patriarchen vor, bei denen die Emanzipation an der Haustür haltmachte; sie verdeutlicht, daß auch das Verhältnis zwischen Mann und Frau in den meisten Familien einfacher Sozialisten von bürgerlich-patriarchalischen Werten geprägt war; sie belegt den Antifeminismus innerhalb der Partei, der sich in einer ablehnenden Haltung gegenüber Frauenforderungen und in einer negativen Einstellung gegenüber der Organisation von Frauen zeigte; und sie beschreibt die Rolle der Frauen in der Partei.

So hatte eine eigenständige Arbeiterinnenbewegung, auch wenn sie zahlenmäßig klein war, große Bedeutung, da sie die einzige Organisation war, die sich voll dem Kampf für bessere Lebensbedingungen der Unterschichtfrauen widmete. Frei bietet einen kurzen Abriss der Geschichte und der Probleme der schweizerischen Arbeiterinnenbewegung.

Abschließend wendet sich die Autorin dem Problem Hausarbeit zu und analysiert die Haltung der Sozialdemokratie zu ihr. Ihrer Meinung nach hat diese den Stellenwert der Hausarbeit in bezug auf die Situation und die Emanzipation der Frau und in bezug auf den Kapitalismus nicht erkannt. Vielmehr habe ihre Haltung die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zementiert. Aber auch die Arbeiterinnenbewegung selbst habe die den Frauen zugeschriebene Stellung innerhalb der patriarchalischen Gesellschaft weitgehend akzeptiert, zumal die meisten Frauen selbst diese Rolle verinnerlicht hätten. In diesem Zusammenhang geht die Autorin auf die sehr widersprüchliche Haltung der Sozialdemokratie zur Geburtenkontrolle ein.

Im Anhang findet man Kurzbiographien von Schweizer Sozialistinnen, die Anfang dieses Jahrhunderts gewirkt haben, und ein Gespräch mit Anny Klawa-Mort, die seit 1908 in der sozialistischen Bewegung der Schweiz tätig war.

Carola Möckel

Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840 - 1914, unter Mitwirkung zahlreicher Autoren hg. v. Richard van Dülmen

Verlag C. H. Beck, München 1989, 291 S., Abb., 58,- DM

Richard van Dülmen macht in der Einleitung des vorliegenden Bandes darauf aufmerksam, daß sich das Saarland im Verlauf der Industrialisierung zu einer relativ geschlossenen Industrieregion mit einer eigenen Wirtschaftsstruktur und gleichen Lebenserfahrungen der Bürger entwickelte, obwohl Teile des Territoriums nach kurzer französischer Herrschaft zu Preußen bzw. Bayern gehörten. Er führt die Entstehung dieser Industrieregion auf die von Unternehmern und vom Staat seit den 40er Jahren des 19. Jh. forcierte Industrialisierung zurück, dessen soziokulturelles Zentrum Saarbrücken wurde. Die zwanzig Autoren des Bandes stellen sich die Aufgabe, den soziokulturellen Lebenszusammenhang aufzuhellen, der im Verlauf der Industrialisierung entstand, ein Zusammenhang, der das Saarland bis in die Gegenwart maßgeblich prägt und strukturiert. Unter Industriekultur wird nicht die Kultur der Industrie im Sinne der Industriearchäologie verstanden, sondern jene Kultur und jene Lebensformen, die die Industrialisierung direkt oder indirekt hervorbrachte. Folgerichtig werden der Industriekultur nicht nur technische Leistungen, moralische Werte usw. zugeordnet, sondern alle materiellen und geistigen Lebensäußerungen der Menschen - und dies sozial differenziert -, die die im Zusammenhang mit der Industrialisierung entstandene neue Lebenswelt schufen. Die Industrialisierung wird, ohne ihre zerstörerischen Folgen zu negieren, als ein kulturschöpferischer Akt gesehen, als Herausforderung auch, der sich die Menschen stellten. Die Menschen erscheinen deshalb nicht nur als Objekte der gewaltigen Veränderungen, sondern nicht minder als Akteure der neuen Arbeitswelt und des öffentlichen Lebens.

Der Band, dem ein Geleitwort von Oskar Lafontaine vorangestellt ist, besteht aus sechs Sachkapiteln, in denen die Autoren die skizzierte Konzeption des Buches anschaulich umsetzen. In einem ersten Kapitel werden die Voraussetzungen für die Entstehung der Industrieregion vorgestellt. Es wird u. a. auf die politisch-administrativen Veränderungen eingegangen, denen das Saarland unterworfen war, und die Bevölkerungsentwicklung beschrieben, der Agrarsektor, die Eigentumsstrukturen und die sozialen Prozesse in der Landwirtschaft analysiert. Dabei wird deutlich, daß trotz der Fortschritte in der Agrarproduktion dieser Teil der Wirtschaft angesichts der Bevölkerungsentwicklung keine ausreichenden Existenzsicherheiten zu bieten vermochte, sondern ein Pauperismus entstand, der durch die Auswanderung der Menschen und die Abwanderung in den Bergbau und in das Hüttenwesen lediglich verlagert und gemildert wurde. Schließlich wird die Situation im Berg- und Hüttenwesen, in der gewerblichen Wirtschaft überhaupt, im Handel und im Handwerk untersucht. In diesem Zusammenhang wird herausgearbeitet, wie die Gründung des Deutschen Zollvereins und der Eisenbahnbau auf die industrielle Entwicklung einwirkten und wie sich die soziale Lage und der gesellschaftliche Status der Arbeitskräfte veränderten. Dabei wird der Standpunkt vertreten, daß das Mitte des 19. Jh. einsetzende, von der Industrialisierung getragene Wirtschaftswachstum das Problem des Pauperismus auch an der Saar löste. Das Kapitel schließt ab mit den Veränderungen in den Beziehungen von Wirtschaft und Verkehr, die im Zusammenhang mit dem Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft eintraten, wobei unterstrichen wird, daß die Industrialisierung nicht nur die Arbeits- und Lebensgewohnheiten der Menschen unumkehrbar wandelte, sondern auch das Verhältnis der Menschen zu ihrem Arbeits- und Lebensraum neu bestimmte.

Im folgenden Kapitel wird die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus, der Hüttenindustrie und der Glasindustrie vorgestellt, also jener Industrien, die über lange Zeiträume die saarländische Industrieregion prägten. Eingebunden in die gesamtwirtschaftlichen Prozesse wird u. a. auf die Rolle der Unternehmer und des preußischen Staates ebenso eingegangen, wie auf die produktionstechnischen Fortschritte und die Konsequenzen, die sich aus der Industrialisierung für die verschiedenen Produzentengruppen ergaben. Dem schließt sich unter der Überschrift "Neue Herren, neue Knechte" ein Kapitel an, in dem vor allem das Arbeitsleben, aber auch die

Freizeitmöglichkeiten der Berg- und Hüttenleute, die Rolle der Beamten und der Unternehmer betrachtet werden. Das vierte Kapitel stellt die sozialen Institutionen und den häuslichen Lebensbereich in ihrem Wandel vor. So wird u. a. auf die Entstehung des modernen Krankenhauses und anderer öffentlicher Einrichtungen eingegangen. Die Veränderungen im Wohnungsbau werden ebenso dargestellt, wie neue Wohnformen in Gestalt von Prämienhäusern und Schlafhäusern. Zum anderen wird der Weg vom traditionellen Pauperismus zur neuen Armut in der Industriegesellschaft nachvollzogen. Zwei Abschnitte, die auf das Familienleben und die Rolle der Frau im Zusammenhang mit der Industrialisierung eingehen, runden diesen Teil des Bandes ab. "Gemeinsam lernen, feiern und beten", lautet die Überschrift des fünften Kapitels, in dem das Schulwesen, die Vereinskultur und die Rolle der Kirche im Mittelpunkt stehen. Insbesondere die Festkultur und die veränderte Attraktivität der Kirche werden als wichtige Medien regionaler Identität gegenüber der Übermacht der Beamten und der Unternehmer bewertet.

In Form eines Epilogs faßt Richard van Dülmen den Prozeß der Industrialisierung der Saar unter dem Aspekt der Industriekultur zusammen. Er arbeitet dabei die Spezifik dieses Prozesses an der Saar und dessen Konsequenzen heraus. Seine Themen sind die Beziehung zwischen der entstehenden industriellen Monokultur und dem sozialen Konservatismus, die soziale Klassenbildung sowie die Probleme der Entstehung eines politischen Bewußtseins.

Das Werk ist ein gelungener Versuch, Industriekultur im Rahmen der Spezifik des Saarlandes greifbar erleben zu lassen. Zu dieser Anschaulichkeit tragen ganz wesentlich die Sprache der Autoren und die Vielzahl der Bilddokumente bei. Der wissenschaftliche Apparat des Buches rundet den Wert dieser keineswegs nur für den Wirtschaftshistoriker so bedeutenden Publikation ab.

Karl Lärmer

Theodor Baums, Kartellrecht in Preußen. Von der Reformära zur Gründerkrise = Walter Eucken Institut - Vorträge und Aufsätze, 127

Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1990, 34 S., 29,- DM

Der Autor weist einleitend darauf hin, daß der deutschen Kartellgeschichte, soweit sie sich seit der Mitte der 70er Jahre des 19. Jh. vollzog, unter verschiedenen Aspekten große Aufmerksamkeit gewidmet wurde und wird. Dagegen erscheint ihm die Aufarbeitung dieser Problematik in den den 70er Jahren vorangehenden Jahrzehnten als unzureichend. Dies, obwohl die wirtschaftshistorische Forschung die Existenz einer größeren Zahl von Kartellen nachgewiesen hat und die Rechtsprechung des Deutschen Bundes sich immer wieder mit Fragen der Kartelle zu befassen hatte.

Der Verfasser leistet mit seiner Studie insofern einen Beitrag zur Kartellgeschichte, als er die Entwicklung der Gesetzgebung und der Rechtsprechung in Preußen zu wettbewerbsbeschränkenden Absprachen, beginnend mit der Einführung der Gewerbefreiheit und endend in den 70er Jahren, darstellt. In diesem Gesamtkontext arbeitet er die Gründe heraus, die dazu führten, daß die Haltung zu Kartellen in den 70er Jahren eine wesentlich andere war als die in der Reformära.

Zunächst geht Theodor Baums auf das "Edikt über die Einführung einer allgemeinen Gewerbe-Steuer vom 28. Oktober 1810" ein, ein Gesetz, da in Preußen die Gewerbefreiheit begründete. In diesem Zusammenhang würdigt er die Einflüsse, die sowohl die physiokratischen Theorien als auch die Lehren von Adam Smith auf das Denken und Tun der preußischen Reformer ausübten. Bei der Analyse des Edikts und dessen erster Präzisierung durch eine Kabinettsorder vom 14. April 1813 hebt er hervor -

das wird oft genug übersehen -, daß die Gewerbefreiheit einen "Zwang zur Freiheit" bildete, da niemand berechtigt war, über Privatverträge auf die Gewerbefreiheit zu verzichten. An einer Reihe von Prozessen, die in der Folgezeit geführt wurden, belegt der Verfasser, daß das rigorose Verbot, wettbewerbsbeschränkende Verträge zu schließen, oft genug in Frage gestellt wurde, ein Sachverhalt, der einen der Gründe dafür bildete, daß 1845 in Gestalt der "Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845" eine veränderte Rechtsgrundlage entstand. Sie hielt zwar grundsätzlich am Verbot konkurrenzeinschränkender Verträge fest, erlaubte aber eine differenzierte Handhabung dieses Prinzips.

Im zweiten Teil der Studie vollzieht der Autor die z. T. komplizierten und teilweise widersprüchlichen Wege der preußischen und der deutschen Rechtsentwicklung und Rechtsprechung nach, die schließlich zur Beseitigung aller wesentlichen der Kartellbildung entgegenstehenden Rechtshindernisse führten. Baums vertritt den Standpunkt, daß die Herstellung der Vertragsfreiheit auch bei Vereinbarungen, die die Konkurrenz einschränkten, nur vor dem Hintergrund der zu Beginn der 70er Jahre einsetzenden ökonomischen Prozesse, von Entwicklungen, die durch die "Große Depression" bestimmt waren, verstanden werden könne, sahen doch die entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte in Kartellen ein wirkungsvolles Instrument gegen Überproduktion, Arbeitslosigkeit und Preisverfall, sahen doch Nationalökonomien die Kartelle als "Kinder der Not".

Wenn auch der Autor die Beziehung zwischen wirtschaftlicher und rechtlicher Entwicklung überwiegend aus der Sicht der Rechtsgeschichte behandelt, so vermittelt er doch dem Leser Kenntnisse und Überlegungen, auf die der Wirtschaftshistoriker bei der Bearbeitung des 19. Jh. nicht verzichten sollte.

Karl Lärmer

Günter Stavorinus, Die Geschichte der Königlichen/Kaiserlichen Werft Danzig = Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, hg. v. F. Benninghoven u. I. Gundermann, Bd. 27

Böhlau Verlag, Köln/Wien 1990, 480 S., 40 Abb., 2 Kt., 146,- DM

Gewiß handelt es sich bei dieser Publikation zunächst um einen Beitrag zur preußisch-deutschen Marinegeschichte. Dennoch verdient das Buch die volle Aufmerksamkeit der Wirtschafts- und Sozialhistoriker, denn der Verfasser bearbeitet die Geschichte der Werft unter Fragestellungen wie der nach dem Zusammenhang zwischen Kriegsschiffbau, Industrialisierung und technischem Fortschritt. Er untersucht u. a. die Wirkungen der Marinerüstung auf die Wirtschaft, die Bedeutung des Technologietransfers, die Rolle des Staates usw. Exakt belegt der Autor, warum die Werft entstand, mit welchen Mitteln und gegen welche Widrigkeiten sie ihren Beitrag zum Aufbau der preußisch-deutschen Flotte leistete.

Im ersten Kapitel des Bandes stellt Günter Stavorinus die mit dem Beginn des ersten Jahrzehnts des 19. Jh. einsetzenden Flottengründungspläne, die Seekriegskonzeptionen und deren Veränderungen bis zum Beginn der 70er Jahre vor. Der Verfasser bindet seine Darstellung in die internationale, in die deutsche und in die preußische Entwicklung ein, die ganz wesentlich von der Industrialisierung und der Ausweitung der Handelsbeziehungen auf veränderten technischen Grundlagen geprägt war. Er macht darauf aufmerksam, daß hinter den preußischen Flottenbauplänen keineswegs nur Teile des Militärs, sondern auch Angehörige des Bürgertums standen. Trotz beachtlicher Leistungen im Kriegsschiffbau bis zur Wende von den 60er zu den 70er Jahren des 19. Jh. erreichte die preußische Flottenrüstung weder quantitativ noch qualitativ das Niveau der traditionellen Führungskräfte im Seekriegswesen. Dies u. a. deshalb, weil, neben mariner internen Gründen, die Militärdoktrin bis zur Jahrhundertwende dem Heer den Vorzug gab. Dieser Sachverhalt

schlug sich naturgemäß im Marineetat nieder, was wiederum dazu führte, daß den Werften und ihren Zulieferindustrien nur bedingt Gewinnanreize geboten wurden. Zum anderen begründet der Verfasser, daß erst mit dem Norddeutschen Bund bzw. dem deutschen Kaiserreich ein Flächenstaat entstand, dessen politische und materielle Basis geeignet war, einen modernen Großflottenbau zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund untersucht Stavorinus die Geschichte der Königlichen Werft. Zunächst diskutiert er die verschiedenen Möglichkeiten, die sich an der Ostseeküste für die Anlage einer Marinewerft anboten, um dann die Gründe herauszuarbeiten, die für die Wahl Danzigs ausschlaggebend waren. Sodann geht der Verfasser auf die militärisch bestimmte Verwaltungsorganisation der Werft zwischen 1854 und 1871 ein, einer Organisation, die sich partiell durchaus begründet der Kritik u. a. der rheinischen Hüttenindustrie ausgesetzt sah, einer Kritik, die z. B. Zweifel an der ökonomischen Effizienz dieses fiskalischen Betriebes zum Ausdruck brachte. Von besonderem Interesse ist für den Sozial- und Wirtschaftshistoriker jener Teil des Bandes, der sich mit dem Werftpersonal befaßt. Der Autor arbeitet mit Akribie die Betriebs-hierarchie und den Funktionsmechanismus eines von Militärs mit Unterstützung von ausländischen Beratern geleiteten Staatsbetriebes in einer Phase des industriellen Umbruchs, der nicht ohne Wirkungen auf den Schiffbau blieb, heraus. So untersucht er die Herkunft der Oberwerftdirektoren. Er zeigt, warum die Versuche, nach ausländischem Vorbild ein Werftkorps zu schaffen, letztlich scheiterten, aus welchen Quellen der Bedarf an Unterbeamten gespeist wurde. Schließlich befaßt sich der Autor mit der Zivilarbeiterschaft der Werft. Stavorinus charakterisiert ausführlich die Arbeitsaufgaben, die Arbeits- und Lebensbedingungen und die Formen der Qualifizierung der einzelnen Berufsgruppen. Im Ergebnis einer bis in Details gehenden Beschreibung und Bewertung der Werftanlagen und der Produktionstechnik kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß diese den bis zum Beginn der 70er Jahre gestellten Anforderungen genügten. Das Aufkommen immer größerer Schiffstypen führte jedoch dazu, daß sich die Werft auf Reparaturen und Umbauten konzentrierte. Wenn die Danziger Werft zunächst der Mitarbeit ausländischer Fachkräfte bedurfte, so deshalb, weil die preußische Marine bei ihrer Gründung auf ausländischen Erfahrungen aufbaute. Ähnlich wie in der Industrie überhaup, wurden Pläne, Modelle und technologische Kenntnisse durch gezielte Auslandsreisen preußischer Experten, aber auch über den diplomatischen Dienst in das Land geholt, wobei sich Preußen entsprechend der jeweiligen Interessenlage am Schiffbau sehr verschiedener Länder orientierte. Der Autor belegt dies bei der Analyse des Schiffbaus auf der Danziger Werft. Er weist aber vor allem nach, daß Schiffbautechnik keineswegs nur übernommen, sondern auch weiterentwickelt wurde. Die wachsende Kreativität der einheimischen Produzenten wird auch in jenem Teil des Buches nachgewiesen, in dem der Verfasser den Fragen der Materialbeschaffung, der Ausrüstung und der Bewaffnung nachspürt. Es ist unübersehbar, daß sich die Werft Zug um Zug von Importzwängen lösen konnte, da die eigene Industrieproduktion an Qualität gewann. Diese Entwicklung setzte sich, wie die Darstellung der Werftgeschichte bis zum Ende des ersten Weltkrieges zeigt, mit wachsender Vehemenz fort. Anfang der 70er Jahre wurde der Gedanke, die Werft in Danzig nach dem Ausbau der Marinewerften in Wilhelmshaven und Kiel zu schließen, nicht nur aufgegeben, sondern ihre Erweiterung mit dem Ziel vorangetrieben, sie zum Eisenschiffbau zu befähigen. Stavorinus analysiert die mit der Vergrößerung und Umstrukturierung der Werft verbundenen Probleme und weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Übergang zum Eisenschiffbau in sich barg. Gleichzeitig macht er deutlich, daß die Bauwirtschaft, die Eisen- und Stahlindustrie, der Maschinenbau usw. nicht nur den Ansprüchen, die sich aus der Umgestaltung der Werft ergaben, sondern auch denen, die der Eisenschiffbau stellte, im wesentlichen entsprechen konnten. Allerdings erwiesen sich schon 1909 u. a. die Hellinge der Werft selbst für den Bau kleinerer Kreuzer als unzureichend, so daß die Werft sich seit 1906 - neben Reparaturarbeiten - auf den Bau von Unterseebooten und die Betreuung der Marinefliegerei umzustellen begann. Im abschließenden Teil des Buches geht der Autor auf die Leistungen, vor allem aber auf die vielfältigen Schwierigkeiten und Belastungen ein, die der erste Weltkrieg für die Arbeit der Werft brachte, schildert er deren Schicksal bis 1919.

Zusammenfassend kann man von dieser Publikation sagen, daß sie den gelungenen Versuch darstellt, die Geschichte eines staatlichen Werftbetriebes in seinen vielfältigen inneren und äußeren Verflechtungen dem Leser nahezubringen. Dem Bemühen nach Anschaulichkeit dienen auch 40 Abbildungen, 25 Tabellen und zwei Karten (Lagepläne), die der Band enthält. Es erübrigt sich fast zu sagen, daß das Buch mit einem sauber erarbeiteten wissenschaftlichen Apparat, einem informativen Quellenverzeichnis, einem Personen- und Firmenregister ausgestattet ist und über einen umfangreichen aussagekräftigen Dokumentenanhang verfügt.

Karl Lärmer

Milan Hlavačka, Dějiny dopravy v českých zemích v období průmyslové revoluce  
Acamedia, Praha 1990, 180 S., 16 S. Bildbeil.

Das umfassende Studium der revolutionären Veränderungen im Verkehrs- und Nachrichtenwesen während des 19. Jh. trägt zum tieferen Verständnis der kapitalistischen Industrialisierung bei, und zwar sowohl hinsichtlich der Bedeutung des relativ schnellen, billigen und zuverlässigen Massentransports von Rohstoffen, Waren und Personen für das Funktionieren der Warenproduktion als auch für die regionale Organisation der Wirtschaftstätigkeit. Die Wirtschaftshistoriker in der Tschechoslowakei hatten sich bisher aber nicht umfassend mit der historischen Entwicklung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens beschäftigt.

Milan Hlavačka war sich dieser Problematik bewußt und bemühte sich deshalb um eine systematische Erfassung der revolutionären Veränderungen im Verkehrswesen während der industriellen Revolution in den böhmischen Ländern. Die Gliederung seiner Arbeit entspricht der Periodisierung der Verkehrsrevolution, die er entsprechend der von Jaroslav Purš vorgenommenen Periodisierung der industriellen Revolution bestimmte. Dabei kam er zu dem Ergebnis, daß die Verkehrsrevolution erst vier Jahrzehnte später als die Industrialisierung begann; durch das schnelle Tempo der Entwicklung im Verkehrswesen wurde dieser Rückstand bis zu Beginn der 70er Jahre des 19. Jh. jedoch aufgeholt.

In der Einleitung des Buches stellt Hlavačka die Entwicklung der historischen Forschung zum tschechischen Verkehrswesen dar und schätzt kurz und prägnant die Hauptliteratur, veröffentlichte und unveröffentlichte Quellen, ein. Für seine Arbeit wertete er eine umfangreiche Literatur sowie zahlreiche Archivalien aus.

Das erste Kapitel ist den wichtigen theoretischen und methodologischen Ausgangspunkten der Arbeit gewidmet, besonders der Definition des Begriffs der "Verkehrsrevolution" und der Bestimmung ihres Verhältnisses zur industriellen Revolution. Der Autor geht von der These aus, daß das Entscheidende in der Verkehrsrevolution die Ausnutzung der Dampfkraft war. Daher konzentrierte er sich vor allem auf die Eisenbahn, die unter den spezifischen Bedingungen der böhmischen Länder und der habsburgischen Monarchie während des dritten Viertels des 19. Jh. eine günstige Grundlage und wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft schuf. Seine Aufmerksamkeit widmet der Autor auch der Dampfschiffahrt, die bei der Entwicklung des kapitalistischen Binnenmarktes nach der Eisenbahn die zweite Stelle einnahm.

Den Beginn der Verkehrsrevolution datiert Hlavačka völlig zu Recht mittels technischer und ökonomischer Kriterien in die Mitte der 30er Jahre, wo nach notwendigen Erfahrungen mit dem Ausbau und Betrieb von Pferdebahnen die Vorbereitungen zum Aufbau der ersten Eisenbahnen begannen.

In einem weiteren Kapitel konkretisiert er die Angaben über die Entwicklung des Fernstraßentransports von Waren und Personen sowie über die Pferdebahn in den 20er und 30er Jahren des 19. Jh. Daraus wird deutlich, daß die angeführten For-

men des Ferntransports schon während des ersten Drittels des 19. Jh. den Rahmen traditioneller Verkehrsformen sprengten und ein Vorbereitungsstadium der Verkehrsrevolution darstellten (s. auch die Überlegungen des Autors über die Eingliederung der Pferdebahnen in die erste Phase der Verkehrsrevolution). Dies steht in engem Zusammenhang mit der Akkumulation des Unternehmerkapitals in der ersten Phase der industriellen Revolution, und zeigt sich u. a. in der außerordentlichen Prosperität des privaten Lieferanten während der napoleonischen Kriege. Hlavačka konzentriert sich aber nicht nur auf die Anfänge des Personenverkehrs mittels Stellwagen sowie auf den Bau und die Rolle der Pferdebahn, sondern auch auf die bisher noch gar nicht betrachtete Problematik des Schiffsverkehrs einschließlich des Elbehandels.

In den folgenden Kapiteln werden die einzelnen Phasen der Verkehrsrevolution in den böhmischen Ländern beschrieben. Ein großer Vorzug der Arbeit besteht darin, daß Hlavačka die Veränderungen im Verkehrssystem im Zusammenhang mit der sozialökonomischen und politischen Entwicklung nicht nur in Böhmen, sondern auch in der gesamten Monarchie während des zweiten und dritten Viertels des 19. Jh. betrachtet. Entsprechend dieser Methode sind die einzelnen Kapitel aufgebaut.

Der Autor geht von der These aus, daß der Bau und Betrieb der Eisenbahnen einen wichtigen Stimulator und Multiplikator in der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte und auch der Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse darstellte und daß bei den technischen und finanziellen Erfordernissen des Eisenbahnbaus und bei dem anfänglichen Mangel an privatem Unternehmerkapital das neue Verkehrssystem nur durch direkte Beteiligung des Staates gebaut werden konnte. Dieser verfolgte damit vor allem militärpolitische Ziele. Deshalb betrachtet der Autor die staatliche Eisenbahnpolitik sowohl im Rahmen der Wirtschafts- als auch der Außen- und Innenpolitik. Dadurch unterscheidet sich dieses Buch wesentlich von vorangegangenen Arbeiten zu dieser Thematik.

Hlavačka beschränkt sich nicht nur auf die Schilderung einzelner Etappen des Ausbaus des Eisenbahnnetzes und der Flußschifffahrt. Anhang konkreten Materials zeigt er die Zusammenhänge zwischen der Entstehung des neuen Verkehrssystems und der Entwicklung der Grundzweige der industriellen Revolution (Kohleförderung, Eisenhüttenwesen, Maschinenbau), wo man die direkte und indirekte Wirkung der Eisenbahn nachweisen kann. Sehr ausführlich stellt er insbesondere die Rolle der sog. Kohlebahnen bei der Entwicklung der Industriegebiete dar. Es gelingt ihm, die staatlichen Eisenbahnunternehmen, die Ursachen für die Veränderungen in der Mitte der 50er Jahre und die außergewöhnliche Bedeutung der Staatsinitiativen treffend zu bewerten.

Das vorliegende Buch repräsentiert die erste erfolgreiche und in vieler Hinsicht anregende Synthese von Grundfragen der Entwicklung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens in den böhmischen Ländern während der industriellen Revolution. Sein Vorzug besteht in der Erfassung der Wechselbeziehungen im breiteren sozialökonomischen und politischen Zusammenhang sowie deren Einordnung in die Entwicklung der böhmischen Länder, der Monarchie sowie Europas.

Die im Tabellenanhang enthaltenen Zeitreihen zeigen die Dynamik der untersuchten Erscheinungen, die Landkartenschemata die zeitlichen und territorialen Veränderungen im Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehr und Nachrichtenwesen. Die Arbeit wird durch ein Register, ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein deutsches und englisches Resumé sowie Bildbeilagen von Eisenbahnbauten des 19. Jh. ergänzt. Die ansprechende Gestaltung des Buches ist seinem wissenschaftlichen Gehalt angemessen.

František Dudek

Das Leben jener herausragenden Gestalten der Geschichte, die gemeinhin als "große Männer" bezeichnet werden, sind bevorzugter Stoff für die Historiker. Unter den so in hoher Zahl produzierten Biographien befinden sich aber wenige, die ihrem Gegenstand auch in einer Weise gerecht werden, daß sich um im besten Sinne "große" Geschichtsbücher handelt. Nur in wenigen Fällen gelingt es den Autoren, das Bild von dem Protagonisten in seinen kleinen und großen Stärken und Schwächen mit einem Zeitgemälde zu verbinden, das den historischen Prozeß der Staatsaktionen mit den zahlreichen mehr oder weniger bedeutenden Handlungen und Wandlungen des Helden zum Ausdruck bringt. Im Falle der hier vorzustellenden Beschreibung des Lebens von Sir Robert Peel aus der Feder des bekannten britischen Historikers Norman Gash haben wir es nun mit einem der seltenen Werke zu tun, die Maßstäbe setzen.

Die Lebenszeit Peels reichte von 1788 bis 1850. Dies waren jene Jahre der britischen Geschichte, in denen die industrielle Revolution das Land zur "Werkstatt der Welt" machte und sich der Kapitalismus des 19. Jh. ausbildete, der oftmals als Manchesterkapitalismus oder Kapitalismus der freien Konkurrenz bezeichnet wird. Das Wirken Peels war eng mit einer Reihe von wesentlichen wirtschaftspolitischen Entwicklungen verbunden. Von 1830, dem Jahr mit dem der hier vorgestellte Band einsetzt, bis zum frühen Unfalltod 1850 war Peel hieran als einer der führenden konservativen Oppositionspolitiker ebenso beteiligt wie als Ministerpräsident, dessen ab 1. September 1841 bestehendes 2. Kabinett der "Brockhaus" von 1895 als "eins der denkwürdigsten in der neuern Geschichte Englands" bezeichnet.

Gash beschreibt in seinem Buch ebenso die Haltung Peels zur irischen Frage und vor allem zur Armengesetzgebung wie dessen Positionen zu den Getreidezöllen. Ausführlich werden deren Ermäßigung mittels gleitender Skala (first tariff reduction of the Corn bill) 1842 und die endgültige Aufkündigung nach dreijähriger Frist von 1846 an (Corn and tariff bills) sowie jenes Gesetz behandelt, das nach seinem geistigen Vater direkt benannt wurde: die Peelsche Bankakte von 1844. Die Darstellung basiert auf der Auswertung umfangreicher Sekundärliteratur (für die 2. Auflage bis 1983 aufgelistet), den Reden, Schriften und Briefen Peels und vor allem auf Dokumenten aus zahlreichen britischen Archiven und aus Privatbesitz. Besonderen Stellenwert besitzen neben den Peel-Papers der British Museum Additional Manuscripts vor allem die in den Royal Archives im Schloß Windsor aufbewahrten Korrespondenzen Peels mit dem Königshaus.

Nimmt man als Beispiel die Geschichte des Peelschen Bankaktes von 1844, der die gesetzliche Basis für eine Umstrukturierung des britischen Bank- und Kreditwesens bot und insbesondere Struktur, Aufgaben und Funktionsweise der Bank von England bestimmte, dann ist festzustellen, daß Gash neben der eigentlichen biographischen Literatur zum Problem sowohl grundsätzliche finanz- und bankhistorische Schriften ausgewertet als auch einige zusätzliche Informationen aus den Archivalien bietet. Es spricht für das Buch als Biographie, daß nicht eine über den gesicherten Forschungsstand hinausgehende umfassende Wertung des Gesetzes versucht wird, sondern der Autor vielmehr beschreibt, wie Peel selbst Position bezog und welche Intentionen er mit dieser in ihrer Wirkung sehr widersprüchlichen und schon von den Zeitgenossen heftig kontrovers diskutierte Maßnahme beabsichtigte. Somit bereichert Gashes Monographie auf ganz spezifische Weise die wirtschaftshistorische Forschung.

Reinhold Zilch

Isabelle Aristide, La fortune de Sully. Coll. Histoire économique et financière de la France. Etudes générales, hg. v. Comité pour l'Histoire économique et Financière - Ministère de l'Economie, des Finances et du Budget

Paris 1990, 497 S., 18 Abb., 1 Lageplan, 270,- FF

Im Vorwort stellt B. Barbiche das Gesetz vom 11. März 1988, wonach jeder Kandidat für das oberste Amt Rechenschaft über sein Vermögen abzulegen hat, in eine Parallele zu einer Tradition der modernen französischen Sozialgeschichtsschreibung, dem Nachweis des Besitzes - erarbeitet oder ererbt - führender Persönlichkeiten des Ancien Régime. Neben die Arbeiten von Dessert über Mazarin (1976) und Bergin über Richelieu (1987) stellt sich jetzt das Buch von Isabelle Aristide über Maximilian de Béthune duc de Sully. Sein Aufstieg vom Landedelmann und Soldaten zum Inhaber höchster Staatsämter kennzeichnet ihn als Ausnahmeerscheinung ebenso wie der Umstand, daß der Vertraute Heinrichs IV. und Huguenotte auch nach Rücktritt aus dem Dienst in den verbleibenden drei Jahrzehnten sein Vermögen noch verdoppeln konnte. Le Grand Sully kann mit Fug und Recht als Begründer der französischen Finanzverwaltung angesehen werden.

In Sullys Leben zeichnen sich drei Etappen ab: 40 Jahre voller Einsatz von Gut und Leben, 12 Jahre in Amt und Verantwortung für Frankreich, 30 Jahre für die Sicherung seines Besitzes. Seine Memoiren, die "Oeconomies royales", weisen ihn als einen Mann aus, der sich seines Wertes bewußt war. Die ihm verliehenen zahlreichen Ämter und Ehrengeschenke - unter Heinrich IV. immerhin auf 1 212 000 und unter Ludwig XIII. auf 1 300 000 Livres zu schätzen (S. 80 ff.) - sah er nicht als bloße Gnadenbeweise, sondern als Entschädigung für seine Ergebenheit den Monarchen gegenüber. Diesen seinen Besitz verteidigte er gegen alle Angriffe - auch seitens seiner Familie - und suchte ihn zu erweitern.

Zunächst erscheint Sully in der Wahl seiner Mittel als Feudalherr. Er wies im Krieg Anteile an Plünderungen unterworfenen französischer Städte ebensowenig zurück wie Einnahmen aus Abteien, die ihm, dem Huguenotten, übertragen wurden (S. 134). Im Languedoc erwarb er Ländereien, um den sog. Sicherheitsplätzen der Reformierten näher zu sein. (S. IV)

Bei - oder gerade wegen der Verschiedenheit seiner Besitztitel legte Sully höchsten Wert auf eine klare Rechnungsführung. Deutlich wird unterschieden zwischen den Einnahmen aus beweglichen Gütern, Ämtern usw. (fortune mobilière) und dem Grundbesitz (fortune foncière), dem eine besondere Bedeutung zugemessen wurde. Trotz unterschiedlicher wirtschaftlicher Strukturen bemühte sich Sully um eine "Politik der Harmonisierung" (S. 268 ff.). Nichts wurde ausgelassen, was zur Hebung der Erträge führen konnte (S. 247 ff.): von der Verbesserung der Verbindungswege bis zur Förderung der Meiereien und Mühlen, der Viehzucht und Teichwirtschaft. Die letzte Entscheidung behielt sich Sully stets selbst vor. Er besaß ein enges Netz von Mitarbeitern - von den Sekretären und bevorzugten Notaren, den Intendanten und Rechnungsführern (comptables) bis zu den "agents des affaires".

Am Ende seines Lebens ist das Gesamtvermögen auf 5 087 574 Livres zu bilanzieren (S. 94), wobei noch zu betonen ist, daß der Besitz schuldenfrei war. Im Gegensatz dazu hinterließ Richelieu bei 22,4 Mill. rund 6,5 Mill. Livres Verpflichtungen. All das bestätigt Sullys immer wieder betonten Anspruch, als "bon mesnager" zu gelten.

Die stofflich wohl erschöpfende These von Aristide führt uns tiefer ein in die Welt der Finanzen und Finanziers der ersten Hälfte des 17. Jh. in Frankreich.

Bruno Zilch

Hans-Heinz Emons/Hans-Henning Walter, Alte Salinen in Mitteleuropa. Zur Geschichte der Siedesalzerzeugung vom Mittelalter bis zur Gegenwart

Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie, Leipzig 1988, 280 u. XXIV S., 208 Abb., davon 34 farbig, 6 Kt., 38,- M

Mit dieser Darstellung der Salzerzeugung in den mitteleuropäischen Salinenstandorten vom Mittelalter bis in die Gegenwart ist eine gute, detaillierte Übersicht für das Sachgebiet erarbeitet worden. Salz war schon immer eine begehrte Ware, für die Existenz des Menschen in animalischer wie ökonomischer Hinsicht untrennbar. Daher versuchte jedes auch noch so kleine Land eine Saline auf seinem Gebiet zu besitzen.

Im ersten Teil des Buches werden dem Leser die bis in die Gegenwart erhalten gebliebenen Zeugen des Siedegewerbes an ausgewählten Beispielen vorgestellt. Wenn man bedenkt, daß in über 150 Orten Mitteleuropas in der Zeit vom Mittelalter bis ins 19. Jh. Salz erzeugt worden ist, verwundert es nicht, daß sich bis in die Gegenwart Zeugen dieses alten Gewerbes erhalten haben, teils als technische Denkmäler oder Museumsbetriebe, zumeister aber in der Form der Solebäder zur Heilung diverser Krankheiten. Nach der Darstellung der heutigen wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Salzerzeugungsstätten schließt sich ein Exkurs über die Grundzüge der Salzproduktion vom Mittelalter bis zur Gegenwart mit einem Abriß der Pfannensalztechnologie an.

Den Hauptteil des Buches nimmt die Beschreibung der über 150 Salinen ein, die seit dem Mittelalter im mitteleuropäischen Raum Salz erzeugten. Den Verfassern ist hiermit eine sehr verdienstvolle Leistung gelungen, da eine solche Zusammenstellung bislang noch nicht existierte. Dabei ist ein immenses Faktenmaterial auch über kleinere, relativ unbekanntere Salinen zusammengetragen worden. Allerdings ist der Begriff Mitteleuropa hier sehr weit gefaßt. So einleuchtend die Darstellung nach territorialen Gesichtspunkten ist, so widerstrebt es einem Geographen, Skandinavien, Frankreich oder Italien zu Mitteleuropa zu rechnen. Sehr zu begrüßen ist, daß die Autoren für zahlreiche Standorte alte Kartenskizzen, Lagepläne und zeitgenössische Abbildungen mit aufgenommen haben, so daß man sich auch ein räumliches und physiognomisches Bild von diesen Produktionsstätten schaffen kann.

Ein kurzer Ausblick auf die Technologie der gegenwärtigen Salzerzeugung und auf das Spektrum der Salznutzung sowie Quellen-, Literatur-, Bildnachweis und ein Sachwörterverzeichnis (inklusive Ortsverzeichnis) beschließen das sehr zu empfehlende, lebendig geschriebene Buch.

Gerhard Narweleit

Helmut Bräuer, Gesellen im sächsischen Zunft Handwerk des 15. und 16. Jahrhunderts = Regionalgeschichtliche Forschungen im Verlag Böhlau

Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1989, 244 S., 14 Tab., 36,- M

Die Beschäftigung mit der Geschichte des zünftigen Handwerks hat in Deutschland eine lange Tradition. Seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts entstand zu diesem Thema eine Vielzahl wirtschaftshistorisch orientierter Darstellungen bzw. auf zunftverfassungsgeschichtliche Entwicklungen zielender Abhandlungen. Überschaut man jedoch die scheinbar umfangreiche Bibliographie zur älteren Handwerksgeschichte, so fällt neben obengenannter Orientierung und einer zusätzlichen lokalen und oft branchenspezifischen Beschränkung ins Auge, daß die Darstellungen sich - bis auf wenige Ausnahmen wie die Arbeiten von Bruno Schoenlank und Georg Schanz -

allein den Problemkreisen Zunft und Handwerksmeister zuwenden. Die zünftigen Arbeitskräfte und gerade die Gesellen und ihre Organisationen spielen nur insofern eine Rolle, als Zunftordnungen die Beziehungen zu ihnen und ihre Anzahl reglementieren. Auf dieses Desiderat der älteren Forschung zielend, entstanden seit Beginn der 80er Jahre vor allem in der Bundesrepublik mehrere Untersuchungen zur sozialen Lage von Handwerksgesellen in der Frühen Neuzeit, zu Konstituierung und Charakter von Gesellenvereinigungen sowie zu Fragen ihrer sozialen Aktivität. In diese neuere Forschungslinie ordnet sich auch die Arbeit von Helmut Bräuer ein, mit der nunmehr für ein vom Ober- und Mittelrhein über Oberdeutschland bis nach Sachsen reichendes Gebiet regionale Untersuchungen zur Gesellenproblematik vorliegen.

Bei der Behandlung des Themas folgt der Autor sowohl einem sozial-, einem handwerksgeschichtlichen wie einem "sächsischen" Ansatz. Die sich daraus ergebende komplexe Darstellung wird in den Schwerpunkten der Untersuchung sichtbar, die der Kapitelgliederung entsprechen: ökonomische, soziale und politisch-rechtliche Stellung, Organisationen und gesellschaftliche Bewegung der Handwerksgesellen. Schwerpunkt des ersten Abschnitts ist zunächst die ökonomische Basis der Gesellenexistenz: Produktionsmittelbesitz, Stellung im Arbeitsprozeß, Arbeitsvermittlung und Arbeitszeit, Entlohnung und Wanderschaft; schließlich auch Alters- und Krankenversorgung. Dabei wird an vielen Stellen die Problematik der Quellen erkennbar und auch angesprochen. Während zu einigen genannten Fragen neben zünftischen und städtischen Schriftstücken gerade Satzungen der Gesellenorganisationen aussagefähig sind, müssen viele Probleme nahezu ausschließlich aus Quellen über Handwerksgesellen beantwortet werden. Dies betrifft insbesondere Fragen der Lebenshaltung, von Ehe und Familie und der Rechtsstellung der Gesellen in der Stadt, womit bereits die wichtigsten Ansatzpunkte für eine Beurteilung der sozialen und juristischen Position angesprochen sind, mit der das erste Kapitel endet.

Zusammenfassend charakterisiert der Autor die Handwerksgesellen als "relativ eigenständigen Teil der plebejischen Schichten" (S. 105), verweist dabei jedoch ausdrücklich auf die weitgehende Differenzierung der Gesellschaft. Deren Grundlage bilden weniger differierende Lohnhöhen (S. 51) verschiedener Gewerbe als vielmehr die in vorliegender Darstellung unter der Überschrift "Ökonomische Perspektive" erfaßten sozialökonomischen Prozesse: Frühkapitalistische Entwicklungen, soziale Differenzierung innerhalb der zünftischen kleinen Warenproduktion, wachsende Absatzprobleme einzelner Gewerbebereiche veranlaßten Zünfte und Räte zur Reglementierung der Beitrittsmöglichkeiten zur Zunft (S. 65 f.), die die ursprüngliche Perspektive von Gesellen als Meister mehr und mehr in Frage stellten. So sind also innerhalb der Gesellschaft zumindest zwei Gruppierungen - die der Meisterkinder und anderer mit Chancen auf das Meisterrecht sowie die der sog. ewigen Gesellen - feststellbar. Außerdem finden Gesellen Berücksichtigung, die als Störer wirksam wurden, und solche, die die kleine Warenproduktion verließen und sich fortan als Söldner oder Landstreicher im untersten Bereich der Gesellschaft einordneten.

Der zweite Abschnitt der Darlegungen erläutert Entstehung und Organisationsstruktur der Gesellenvereinigungen Sachsens und endet mit einer Erörterung zum Charakter der Vereinigungen. Dabei wird deren widersprüchliche und komplizierte Stellung sichtbar, die der Verfasser wie folgt beschreibt: Die "'nach außen' gerichtete generelle Funktion der Organisation stand in partiellem Gegensatz zu Wünschen und Anliegen der Zünfte, städtischen Räte und territorialstaatlichen Behörden; es gab zwischen beiden offene Konfliktzonen - so bei der Arbeitsbeschaffung, bei Arbeitskontraktfragen, Aufstand, Auftreiben, Straf- und Versammlungsrecht, Finanzen etc. - und Bereiche, die scheinbar weniger im Brennpunkt standen, unter bestimmten Umständen aber rasch entsprechenden Zündstoff liefern konnten" (S. 123). Die jeweils nach zähem Ringen mit der Obrigkeit abgefaßten und bestätigten Statuten offenbarten widersprüchliche und kompromißlerische Grundzüge; die soziale Differenzierung der Gesellschaft und deren jeweils gewerbeinterne Orientierung bewirkten, daß die Organisationen nur als Zwangsverbände realisiert werden konnten. Mit dieser sorgfältig wägenden Betrachtungsweise werden einige althergebrachte Anschauungen vom "Kollektivbewußtsein" der Gesellen relativiert.

Abschließend befaßt sich der Autor mit der Rolle der Gesellen und ihrer Organisationen innerhalb der gesellschaftlichen Bewegungen des 15./16. Jh. Aus diesem vielschichtigen Problem wurden hier gewerbeinterne Auseinandersetzungen sowie die Beteiligung an innerstädtischen Kämpfen der Reformationszeit ausgewählt. Zu Erstgenanntem sei vor allem auf eine Typologie der Gesellenaktionen verwiesen (S. 131 ff.), die Brüder mit den Begriffen "Handlungsprotest", "Verbalprotest" und Arbeitsniederlegung bzw. Streik belegt. Die Darstellung von Gesellenaktivitäten außerhalb des Handwerks konzentriert sich einerseits auf die Konflikte von Handwerksgesellen und Studenten in Leipzig, andererseits auf Zwickauer Ereignisse der Jahre 1520 bis 1523, auf Belege für Kontakte von Gesellen zur Täuferbewegung und zum Leipziger Kalvinistensturm von 1593. Ausgehend von diesen Eckpunkten, wird erneut die Zugehörigkeit der Gesellen als zahlenmäßig starker Gruppe zu den städtischen Unterschichten betont. Gleichzeitig wird aber darauf verwiesen, daß die Orientierung auf gruppenspezifische materielle Sicherung und das eigene Handwerk, die relativ lose Bindung an reformatorisches Gedankengut die Gesellenorganisationen daran hinderten, wirkliche Führungsorgane in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu sein. So bereicherten die Gesellenaktivitäten zwar das Bild dieser Auseinandersetzungen, stellten jedoch die Dominanz besitzbürgerlicher Schichten als Führungskräfte keineswegs in Frage.

Katrin Keller

Der Binnenhandel und die wirtschaftliche Entwicklung = *Studia Historiae Europae Medio-Orientalis*, Bd. 2, hg. v. Sándor Gyimesi

Budapest 1989, 317 S. (in englischer und in deutscher Sprache)

Internationale handelshistorische Konferenzen sind selten. Nach zwei Kolloquien in Leipzig fand – mit dem Charakter einer Nachkonferenz zum IX. Internationalen Wirtschaftshistorikerkongreß Bern 1986 – eine Konferenz zur Thematik der Entwicklung des Binnenhandels in Mittel- und Osteuropa am 27. und 28. September 1988, getragen von der Universität für Wirtschaftswissenschaften und der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, in Budapest statt. Die von 15 Autoren aus 8 Ländern gehaltenen Beiträge, darunter 3 von Leipziger Wirtschaftshistorikern, werden nunmehr der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Interessant sind die Vielfalt der Themen, die sehr unterschiedliche Qualität des aufgearbeiteten empirischen Materials und die Tiefe sozialökonomischer Analyse; interessant sind auch die divergierenden theoretischen und methodologischen Positionen zu Zirkulations- und Handelsfragen sowie die außerordentlich vielfältigen methodischen Herangehensweisen. Beachtenswert ist ebenso das Bemühen aller Referenten, Defizite der Erforschung der Geschichte des Binnenhandels ihrer Länder – im Gegensatz zu der anderer ökonomischer Bereiche – zu vermindern und Ansätze für eine international vergleichende handelshistoriographische Arbeit zu leisten.

Der Präsident der Konferenz Sándor Gyimesi leitet den Band ein und geht dabei auch auf einige Faktoren für die Entwicklung des Binnenhandels ein, die nach seiner Auffassung in der Entwicklung der Bevölkerungszahl, um Umfang der Warenwirtschaft, in der Größe des Außenhandels und in der Struktur der Arbeitsteilung in der Produktion bestehen. Die Beiträge der Konferenz, deren Mehrzahl Probleme des ausgehenden Feudalismus und der ersten Jahrzehnte kapitalistischer Entwicklung erfassen, bereichern diese Auffassung an.

Einigen ausgewählten Problemen des Handels und der Warenzirkulation unter feudalsolutistischen Bedingungen widmen sich Lazaros Th. Houmanidis (Athen): Der Handel und die Mittel des Handels in Griechenland während des 18. Jh., und Leonid

Milov (Moskau): Die wichtigsten Güterströme im Rußland des 18. Jahrhunderts. Beide konstatieren eine für ökonomisch zurückgebliebene Gebiete typische Determination der inneren Warenzirkulation durch die äußere, die in Griechenland auch durch Ausländer beherrscht wird. Milov beschreibt widersprüchliche Prozesse der in Rußland äußerst komplizierten Bildung des inneren Marktes für agrarische und außer-agrarische Produkte mit einer äußerst reichhaltigen Fülle empirischen Materials. Ähnlichen Fragen geht der zweiteilige Beitrag von Jaroslav Čechura und Milan Hlavačka (Prag) nach. Während Čechura Probleme der Entwicklung des Außenhandels und der Kommunikation der böhmischen Länder in der Epoche des Feudalismus behandelt und sich mit der verbreiteten Auffassung auseinandersetzt, die kontinentale Lage der böhmischen Länder führe zu ihrer Isolierung von den Zentren der Wirtschaftsentwicklung, beleuchtet Hlavačka den Handel und die Kommunikation Böhmens während des Übergangs zum Kapitalismus.

Arpád Kulcsár (Budapest) untersucht die Verbindungen der Herrschaftsschicht mit dem Handelsgeschäft in Transsilvanien in der 2. Hälfte des 17. Jh. unter den Bedingungen zu Ende gehender türkischer Fremdherrschaft.

Tapi Mauranen (Helsinki) sprach über die strukturellen Veränderungen des finnischen Binnenhandels von der Mitte des 19. Jh. bis zum ersten Weltkrieg. Er weist dessen äußerst niedriges Niveau, die besondere Abhängigkeit der inneren Warenzirkulation vom Außenhandel und die typische Kopplung vieler ökonomischer Funktionen mit dem Handel nach. Er belegt, daß in einer Gesellschaft mit einem niedrigen Niveau der Arbeitsteilung dieses Niveau auch innerhalb der Firmen niedrig ist, und spricht damit ein interessantes, in seiner Umkehrung an Aktualität gewinnendes Phänomen an.

Die Struktur des Binnenhandels in Polen zwischen den beiden Weltkriegen untersucht Janusz Kaliński (Warschau). Die Besonderheiten dieser Strukturen sind einer in vielerlei Hinsicht unterentwickelten agrarisch geprägten Volkswirtschaft, deren Binnenmarkt über eine äußerst niedrige Aufnahmefähigkeit verfügt, geschuldet.

Einen äußerst interessanten Einblick in Struktur und Kanäle des Binnenhandels in Ungarn bzw. Österreich-Ungarn während des 19. Jh. vermitteln die Beiträge von Vera Bácskai und Tamas Csató (Budapest). Bácskai arbeitet einige bei der Herausbildung des inneren Marktes typische Strukturveränderungen innerhalb von Warenzirkulation und Handel heraus. Sie konstatiert eine Konzentration der vielen kleinen Warenmärkte zu wenigen Großmärkten, verbunden mit Veränderungen der Funktion der Märkte, neue Betriebs- und Geschäftsformen sowie deutlich tiefere Arbeitsteilung und höhere Spezialisierung. Diese Prozesse verlaufen in ländlichen und urbanisierten Gebieten unterschiedlich und widersprüchlich.

Als einen Beitrag zur Geschichte der Juden in Deutschland versteht Monika Richarz (Köln) ihre Arbeit zur symbiotischen Wirtschaftsbeziehung von Viehhandel und Landjuden im 19. Jh. in Südwestdeutschland. Sie ergründet die Ursachen für die starke Präsenz der Juden in diesem Handelszweig und läßt viele sozial- und agrarhistorische Aspekte in ihre Untersuchung einfließen.

Die Wirkungen der monopolartigen Sicherung der Verarbeitung und des Absatzes von agrarischen Produkten durch die Großgrundeigentümer bzw. die Gutsherren im 18. und 19. Jh. schildert András Vári (Budapest). Er kommt zu dem Ergebnis, daß die sich vertiefende Marktintegration des Agrarbereiches zur Umwandlung der Wirtschaften selbst im Hinblick auf ihre Verwaltung (Bürokratisierung) und die Besitzverhältnisse (Verpachtung) führt.

Peter Heldt und Jürgen Mewes (Leipzig) wenden sich mit ihren Beiträgen ausgewählten Problemen des Handels und der Warenzirkulation in Deutschland zu. Während Mewes Tendenzen der Konzentration von Kapital und Umsatz in der Konsumgüterzirkulation zwischen 1871 und 1933 untersucht, widmet sich Heldt den Strukturveränderungen des Einzelhandels in der Zeit der Weimarer Republik. Mewes arbeitet Konzentrationsprozesse von Kapital und Umsatz in einem vom Kleineigentum dominierten Handelszweig heraus, wobei er interessantes Faktenmaterial bezüglich der bereits vor dem ersten Weltkrieg einsetzenden Verflechtung zwischen Großunter-

nehmen des Einzelhandels und der Industrie anführt, was erste Monopolisierungstendenzen in der Konsumgüterzirkulation beweist. Dieser Prozeß setzt sich nach dem ersten Weltkrieg mit erhöhter Widersprüchlichkeit fort und findet in der Weltwirtschaftskrise seinen vorläufigen Höhepunkt.

Auch Heldt verweist in seinem Beitrag auf die in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts beschleunigte Konzentration von Kapital und Umsatz als herausragenden qualitativen Prozeß, der in Fortsetzung der besonders seit der Jahrhundertwende verstärkten Herausbildung kapitalistischer Großunternehmen zur Durchsetzung von zweigebherrschenden Monopolunternehmen führt, die während der Weltwirtschaftskrise vom Finanzkapital saniert und aufgesogen werden und als monopolisiertes Handelskapital Bestandteil des Finanzkapitals werden. In seinem außerordentlich komplexen Beitrag gewinnt Heldt auch Erkenntnisse in bezug auf Grundstrukturen der Verteilung des Einzelhandels, auf die sozialökonomischen Verhältnisse in den Branchen und Betriebsformen des Einzelhandels und auf die gebrauchswertmäßige Struktur des Einzelhandels.

Als einziger widmet sich Axel Dorner (Leipzig) Fragen der Entwicklung des Einzelhandels unter den Bedingungen der sozialistischen Kommandowirtschaft. Er arbeitet schwerpunktmäßig Besonderheiten der Eigentumsstruktur des DDR-Einzelhandels heraus, die in einem überdurchschnittlich hohen Anteil genossenschaftlichen Eigentums und privaten Kleineigentums bestanden. Der Beitrag macht in sich die Widersprüchlichkeit des staatlichen Umgangs mit nichtsozialistischen Eigentumsformen deutlich, ihre halbherzige bzw. nur formelle Einbeziehung in das ökonomische Gefüge, die eine erweiterte Reproduktion dieser Unternehmen nahezu ausschloß.

Es wird deutlich, daß die Beiträge nicht nur für Handelshistoriker, sondern generell für Wirtschaftshistoriker von hohem Wert sind. Dies auch, weil sie umfangreiches statistisches Material liefern, welches von den Autoren in übersichtlicher Form dargeboten wird. Der Band ist auch deshalb von besonderem Interesse, weil er - das kann bei Repräsentation so vieler wissenschaftlicher Schulen gar nicht anders sein - auf engstem Raum eine außerordentliche Vielfalt an Themen und Auffassungen bietet sowie über den Stand handelshistorischer Arbeit an den wenigen damit befaßten Hochschulen informiert.

Jens-Uwe Aulrich/Peter Heldt

Michael North, Geldumlauf und Wirtschaftskonjunktur im südlichen Ostseeraum an der Wende zur Neuzeit (1440 - 1570). Untersuchungen zur Wirtschaftsgeschichte am Beispiel des großen Lübecker Münzschatzes, der norddeutschen Münzfunde und der schriftlichen Überlieferung = Kieler Historische Studien, Bd. 35

Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co., Sigmaringen 1990, 276 S., 4 Tf., 4 Kt., 68,- DM

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die von Michael North an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1988 eingereichte Habilitationsschrift. Der Verfasser legt mit dieser Monographie eine auf empirischer Grundlage basierende Untersuchung der ökonomischen Entwicklung Norddeutschlands im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit vor. Als Untersuchungsraum definiert er die Gebiete Schleswig, Holstein, Lauenburg, Mecklenburg sowie die Territorien der Hansestädte Lübeck und Hamburg. Damit ist weitgehend das Gebiet erfaßt, das durch das Währungsbündnis des Wendischen Münzvereins (1379 - 1569) bestimmt wurde. Entwicklungsgeschichtliche Stufen dieses Münzvereins bilden zum einen auch den zeitlichen Rahmen der Arbeit, andererseits wird dieser durch die archivalische Überlieferung des Konjunkturverlaufs gesetzt.

In der Einleitung stellt der Verfasser die beiden Quellengattungen vor, die er für seine Studie heranzieht, nämlich die Münzfunde und die schriftliche Überlieferung. Bei den Münzfunden steht insbesondere die Frage im Mittelpunkt, inwieweit sie ein Spiegelbild des tatsächlichen Geldumlaufs liefern können. Zu Recht wird darauf verwiesen, daß die Aussagen der Funde nur eine Näherungslösung darstellen, die durch andere Quellengattungen zu ergänzen ist. Weiterhin wird der Frage nachgegangen, wie die Fundzusammensetzung auf vergleichbarer Basis zu quantifizieren ist. Das ausgewertete Münzmaterial entstammt dem Fundkatalog Mittelalter/Neuzeit der Numismatischen Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, und in besonderer Weise wird der Große Lübecker Münzfund berücksichtigt. Da dieser Fund erst 1984 geborgen wurde, erfolgt somit erstmals eine Auswertung des Fundes hinsichtlich des Münz- und Geldverkehrs und seine Einordnung in die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Beachtung sollte finden, daß der Lübecker Münzschatz 395 Goldmünzen und 23 608 Silbermünzen enthielt und damit der größte jemals in Deutschland entdeckte Schatz ist. An Schriftquellen nutzt der Verfasser Rechnungen, öffentliche Vereinbarungen zur Währungspolitik und detaillierte Anweisungen zur Münzprägung.

Am Beginn der Untersuchung steht die Analyse der Herkunftsstruktur des Geldumlaufs, d. h. die prozentualen Anteile einzelner Territorien und Münzstätten am Geldumlauf werden bestimmt. Hingegen erschließt die Nominalstruktur, aus welchen Nominalen (Gulden, Dukaten, Taler, Schillinge usw.) sich der Geldumlauf zusammensetzte. Weiterhin gilt die Aufmerksamkeit dem Anteil der Goldmünzen und Veränderungen der Geldmenge im europäischen Vergleich. Ausführlich behandelt der Verfasser die Handels- und Zahlungsbilanz des südlichen Ostseeraumes, und er verdeutlicht die Einbindung dieses Raumes in den gesamteuropäischen Wirtschaftsmechanismus an der Wende zur Neuzeit. Die konjunkturelle Entwicklung wird am Beispiel der Preisgestaltung, des Schiffs- und Warenverkehrs sowie des sich in jener Zeit ausbildenden Kapitalmarktes herausgearbeitet. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die wirtschaftliche Entwicklung des südlichen Ostseeraumes durch eine Depressionsphase in der zweiten Hälfte des 15. Jh. und durch eine Wachstumsphase im 16. Jh. gekennzeichnet ist, wobei beide Phasen in erheblichem Maße durch monetäre und demographische Faktoren bestimmt wurden. Aufbauend auf breitester Quellengrundlage, entsteht ein neues Bild vom Wirtschaftsgefüge dieses Raumes in einer Zeit großer Veränderungen. Darin liegt der Wert der Arbeit von North. Ein Verzeichnis der schriftlichen Quellen und ein Verzeichnis der ausgewerteten Münzfunde sowie Tafeln, Karten und Register vervollständigen den Band.

Torsten Fried

Ludmila P. Marinovič, *Le mercenariat grec au IV<sup>e</sup> siècle avant notre ère et la crise de la polis* = *Annales Littéraires de l'Université de Besançon*, Bd. 80, hg. v. Centre de Recherches d'Histoire Ancienne

Paris 1988, 327 S.

Eine der charakteristischen Erscheinungen der sozialökonomischen und politischen Entwicklung im Griechenland des 4. Jh. v. u. Z. ist das Söldnerwesen. Der Untersuchung des Söldnerwesens wurde in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt, da es nicht nur von militärhistorischem Interesse ist, sondern auch zum weiteren Verständnis der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen im 4. Jh. v. u. Z. beitragen kann. Allerdings blieben Arbeiten, die das Söldnerwesen in seiner Gesamtheit unter militärischem, ökonomischem und politischem Aspekt betrachten, selten. Das Söldnerwesen wurde meist in seiner Wirkung auf die Entwicklung des

antiken Kriegen allgemein - oder im Rahmen militärhistorischer Abhandlungen untersucht. Um so mehr ist das vorliegende Buch zu würdigen, das sich die Aufgabe stellt, "das Söldnerwesen vom Standpunkt seiner Entstehung und Entwicklung zu erforschen und seine Ursachen daraus abzuleiten, was uns die Quellenzeugnisse sowohl unmittelbar als auch mittelbar über die Zusammensetzung der Söldner und darüber, wer und warum jemand Söldner wurde, berichten" (S. 4). Die immer noch große Bedeutung der 1975 in Moskau erschienenen Studie für diese Thematik beweist die vorliegende französische Übersetzung von Jacqueline und Yvon Garlan und ihre Aufnahme in die *Annales Littéraires de l'Université de Besançon*, wodurch sie einem noch größeren Leserkreis zugänglich gemacht wurde. Yvon Garlan ergänzte die russische Ausgabe durch eine aktualisierte Bibliographie und ein Vorwort, das sich u. a. mit den Beziehungen zwischen Söldnern und Bürgern, der Entwicklung des Münz- und der Rolle des Söldnerwesens in der monetären Zirkulation im 4. Jh. v. u. Z. beschäftigt. Die Analysen der Autorin, die Garlan als "klug und nuanciert" (S. III) lobt, sind in zwei große Komplexe geteilt.

Im ersten Teil wird die historische Entwicklung des Söldnerwesens vom Beginn des Peloponnesischen Krieges bis zur Schlacht von Chaironeia untersucht. Er spiegelt die enge Verbindung des Söldnerwesens mit der politischen Entwicklung wider. Nach Aussage der Autorin eröffnete der Peloponnesische Krieg die breite Entfaltung des Söldnerwesens im 4. Jh. v. u. Z., in der die Söldner zur dominierenden militärischen Kraft in Griechenland wurden und es zu einer zunehmenden "Professionalisierung der Armeen" (S. 22) kam. In der "Blütezeit" des Söldnerwesens, die die Autorin in die 50er bis 30er Jahre datiert, zeigte sich daher auch, daß das Problem der Soldfinanzierung immer mehr in den Vordergrund rückte. Die ökonomischen Probleme erhielten eine so große Bedeutung, daß zu Recht von einer "direkten Abhängigkeit des militärischen Potentials vom ökonomischen" (S. 96) gesprochen werden kann. Gleichzeitig kam es zu einer "stufenweisen Emanzipation der Söldner und Heerführer von der Polis" (S. 292). Die in der klassischen Zeit bestehende Identität zwischen Polis und Armee wurde zerstört, und das Heer stellte nicht nur sozial eine eigenständige Organisation dar, sondern auch politisch und ökonomisch. Letzteres wurde vor allen Dingen dadurch deutlich, daß der Krieg selbst zu seiner eigenen Finanzierungsquelle wurde, wie die Autorin mehrmals betont.

Der zweite Teil der Studie "Charakteristische Merkmale des Söldnerwesens im 4. Jh. v. u. Z." (S. 133 - 299) ist in drei Problemkreise untergliedert, zu deren Untersuchung jeweils eine auch in bezug auf die Krise der Polis aussagekräftige Quelle genutzt wurde. Die drei Quellen, die natürlich nicht isoliert von anderen betrachtet werden, sind die "Anabasis" des Xenophon, die über die Zusammensetzung und Bezahlung des Söldnerheeres Auskunft gibt, die "Poliorketik" des Aineias über die Stellung der Söldner in der Polis und ihre Rolle in den sozialen Kämpfen sowie die Reden des Isokrates. Sie dienen dem Verständnis des Söldnerwesens als allgemeines griechisches Problem und der Klärung der Rolle, die die Söldner in den Eroberungsplänen (im Osten) spielten (S. 14). Garlan lobt diese methodische Herangehensweise, in der "jedes Zeugnis genau taxiert wird in seiner Abhängigkeit von den Umständen, unter denen es entstand" (S. III), also sowohl von dem literarischen Genre, dem es entstammt, als auch vom globalen Denken seines Autors, kritisiert aber zugleich, daß nicht alle fremden Informationsquellen zu den Grundbegriffen der Poliskrise systematisch in die Darstellung integriert wurden (S. IV). Dem Vorteil, daß "eine Reihe von wichtigen Zeugnissen im Kontext jenes Werkes untersucht werden, dem sie entnommen wurden" (S. 15), steht ein Nachteil entgegen, den die Autorin allerdings bewußt in Kauf nimmt. Es kommt zu zahlreichen Wiederholungen einmal festgestellter Topoi.

Zum Abschluß ihrer Studie geht die Autorin auf die Verbindung des Söldnerwesens mit der Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen ein. Da die Kriegssphäre ihrer Meinung nach zur wichtigsten Sphäre der Anwendung von Lohnarbeit wurde (S. 298) und sich in ihr ein breiter Markt entfalten konnte, kommen hier die Mechanismen der Ware-Geld-Beziehungen zur vollen Geltung. Auf diese Weise trug das Söldnerwesen zur Verschärfung der Krise in den griechischen Poleis im 4. Jh. v. u. Z. bei.

So ist das Söldnerwesen, das, wie die Autorin abschließend feststellt, die Bürgerheere - ein grundlegendes Charakteristikum der Polis und Garant ihrer Existenz - allmählich ersetzt, ein deutlicher Beweis für die Krise der Polis (S. 299).

## BETRIEBSGESCHICHTE

Simona Preller

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte  
in der Deutschen Demokratischen Republik

(25. Fortsetzung)

von Renate Günther

Die Bibliographie, die seit 1960 im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte zunächst in ihrer Reihenfolge, seit 1968 jedes Jahr in Band 4 erschienen ist, findet mit dieser Folge ihren Abschluß. Deshalb sind auch diejenigen Titel enthalten, die aus anderen Bibliographien bekanntgeworden sind, deren bibliographische Angaben aber bislang nicht durch persönlichen Augenchein vervollständigt werden konnten. Dieses Vorgehen hat die Anzahl der aufzunehmenden Titel stark vergrößert. Um nicht den Rahmen der vorgegebenen Seitenzahl zu sprengen, wurden die Herausgeber nur dort angegeben, wo es sich nicht um Leitungsglieder der betreffenden Betriebe handelt.

Anlässlich des Abschlusses der Bibliographie danke ich allen, die durch Ratschläge und Hinweise, Gütschen und die Überwendung von betriebsgeschichtlichen Arbeiten zum regelmäßigen Zustandekommen der Bibliographie beigetragen haben.

VEB Autolabelauekombinat, DDR,  
Magdeburg

21 (Einfundzwanzig) Jahre VEB  
Autolabelauekombinat, DDR.  
- Magdeburg, 1988. - 40 S.;  
graph. Darst. ; 30 cm

VEB Baulemaue Warnigerode  
siehe VEB Holzbau

VEB Baumaschinen Gatersleben  
Müller, Hans: Betriebsgeschichte  
des VEB Baumaschinen Gatersleben,  
Sitz Aschersleben. - II 1879 - 1983  
(Vom Leinwandgeschäft zum kapitalistischen Unternehmen). - Aschersleben, 1989. - 30 S. ; III ; 30 cm

VEB Bau- und Montagekombinat  
(BMK) Industrie- und Hafenbau  
40 (Vierzig) Jahre Industrieprojektierung in den drei Nordbezirken der DDR : die Geschichte der volkseigenen Betriebes Kombinatbetrieb Potsdam - Projektierung - Technologie im VEB Bau- und Montagekombinat Industrie- und Hafenbau/Betriebsgeschichte. - Strausund, 1988. - 96 S. ; zahlr. Ill. ; 19 x 30 cm.

Zwischlag, J. 40 Jahre VEB BauK Industrie- und Hafenbau 1948 - 1988

VEB Bau- und Montagekombinat Ost  
Zeitspiel zur Betriebsgeschichte für  
die Jahre 1949 - 1982. VEB Bau- und  
Montagekombinat Ost, Betrieb Industrie-  
bau Fürstenwalde. - Fürstenwalde,  
1983. - 40 S. ; III.

LPG Bernwitz  
siehe LPG "Ernst Thälmann"

VEB Berliner Bremsenwerk  
Dokumente und Erlebnisberichte (1905  
- 1954). - Berlin, 1983. - 89 S. ; III.

VEB Bezirksdirektion des Straßenwesens  
Potsdam  
20 (Zwanzig) Jahre Bezirksdirektion  
des Straßenwesens Potsdam. - Potsdam,  
1988. - 24 S. ; 21 cm

VEB Bodenbearbeitungsgeräte "Karl  
Marx" Leipzig  
Blitz, Werner. Illustrierte Chronik 100  
Jahre VEB Bodenbearbeitungsgeräte  
"Karl Marx" Leipzig 1863 bis 1963 :

BETRIEBSGESCHICHTE

**Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte  
in der Deutschen Demokratischen Republik**

(26. Fortsetzung)

von Renate Günther

Die Bibliographie, die seit 1960 im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte zunächst in loser Reihenfolge, seit 1968 jedes Jahr im Band 4 erschienen ist, findet mit dieser Folge ihren Abschluß. Deshalb sind auch diejenigen Titel enthalten, die aus anderen Bibliographien bekanntgeworden sind, deren bibliographische Angaben aber bislang nicht durch persönlichen Augenschein vervollständigt werden konnten. Diese Verfahrensweise hat die Anzahl der aufzunehmenden Titel stark vergrößert. Um nicht den Rahmen der vorgegebenen Seitenzahl zu sprengen, wurden die Herausgeber nur dort angegeben, wo es sich nicht um Leitungsorgane der betreffenden Betriebe handelt.

Anläßlich des Abschlusses der Bibliographie danke ich allen, die durch Ratschläge und Hinweise, Gutachten und die Übersendung von betriebsgeschichtlichen Arbeiten zum regelmäßigen Zustandekommen der Bibliographie beigetragen haben.

VEB Autobahnbaukombinat, DDR,  
Magdeburg

25 /Fünfundzwanzig/ Jahre VEB  
Autobahnbaukombinat, DDR.  
- Magdeburg, 1988. - 40 S.:  
graph. Darst. ; 30 cm

VEB Bauelemente Wernigerode  
siehe VEB Holzbau

VEB Baumaschinen Gatersleben

Müller, Hans: Betriebsgeschichte  
des VEB Baumaschinen Gatersleben,  
Sitz Aschersleben. - 1: 1870 - 1945  
(Vom Lohnpfluggeschäft zum kapitalistischen Unternehmen). - Aschersleben, 1988. - 30 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Bau- und Montagekombinat  
(BMK) Industrie- und Hafenaubau

40 (Vierzig) Jahre Industriebauprojektierung in den drei Nordbezirken der DDR : die Geschichte des volkseigenen Betriebes Kombinatbetrieb Forschung - Projektierung - Technologie im VEB Bau- und Montagekombinat Industrie- und Hafenaubau/Betriebsgeschichte. - Stralsund, 1988. - 96 S. : zahlr. Ill. : 19 x 20 cm.

/Umschlagt.:/ 40 Jahre VEB BMK Industrie- und Hafenaubau. 1948 - 1988

VEB Bau- und Montagekombinat Ost  
Zeittafel zur Betriebsgeschichte für die Jahre 1949 - 1982. VEB Bau- und Montagekombinat Ost, Betrieb Industriebau Fürstenwalde. - Fürstenwalde, 1983. - 40 S. : Ill.

LPG Bennewitz

siehe LPG "Ernst Thälmann"

VEB Berliner Bremsenwerk

Dokumente und Erlebnisberichte (1905 - 1954). - Berlin, 1983. - 89 S. : Ill.

VEB Bezirksdirektion des Straßenwesens  
Potsdam

20 (Zwanzig) Jahre Bezirksdirektion des Straßenwesens Potsdam. - Potsdam, 1988. - 24 S. ; 21 cm

VEB Bodenbearbeitungsgeräte "Karl Marx" Leipzig

Piltz, Werner. Illustrierte Chronik BBG des VEB Bodenbearbeitungsgeräte "Karl Marx" Leipzig 1863 bis 1985 :

der Weg zum Großproduzenten von Landmaschinen. - Leipzig, 1988. - 192 S. : zahlr. Ill. ; 20 x 21 cm

VEB BKK Bitterfeld

Der Braunkohlenbergbau zwischen Elbe und Mulde in einem Jahrhundert. T. 1 Kumpel im Kampf gegen Junker und Bourgeoisie im Raum Golpa 1846 bis 1918. - Bitterfeld, 1988. - 79 S. : Ill. ; 21 cm

VEB BKK Lauchhammer

Czihak, Anna-Marie: Probleme der Entwicklung des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer in den sechziger und siebziger Jahren. - Dissertation A Bergakademie Freiberg, 1989. - 306, 37 S., Anl. ; 30 cm (3. Bd. der Betriebsgeschichte)

VEB BKK Senftenberg

100 (Hundert) Jahre Brikettfabrik Meurostolln : 1889 - 1989. - Senftenberg, 1989. - 15 S. ; 21 cm

VEB Braunkohlenwerk "Erich Weibert" Deuben

40 (Vierzig) Jahre Aktivistenbewegung : 1948 - 1988 : Bilanz. (Entwicklung der Braunkohlenförderung im Zeit-Weißensefelder Braunkohlenrevier vom Beginn der Aktivistenbewegung bis zur heutigen Zeit)/ anläßl. der Betriebsgeschichtskonferenz am 13. Oktober 1988. - Deuben, 1988, 31 S. : Ill. ; 20 x 21 cm

VEB Braunkohlenwerk "Gustav Sobottka"

Geschichte der Kampfgruppenhundert-schaften "Bernhard Koenen", "Hermann Matern" im Betriebsteil Nachterstedt des VEB BKW "Gustav Sobottka". - Nachterstedt, 1988. - 48 S. : Ill. ; 30 cm

LPG (P) Bronkow

Chronik der LPG Pflanzenproduktion Bronkow/Zusammenstellung in Text und Bild: Geschichtskommission der LPG (P) Bronkow. - Bronkow, 1987. - 92 S. : Ill. (z. T. farb.), 1 Kt.-Skizze ; 19 x 21 cm /Umschlagt.:/ Dreieinhalb Jahrzehnte LPG Bronkow

LPG (P) Cobbelsdorf

Cobbelsdorf 30. April 1945 bis 1985 : Erinnerungen. - o. O. 1985. - 20 S.

VEB Datenverarbeitungszentrum Gera  
20 (Zwanzig) Jahre Betriebsteil Saalfeld : Beiträge zur Geschichte des VEB Datenverarbeitungszentrum Gera. - Saalfeld (1989). - 95 S. : Ill. ; 21 cm

VEB DEFA-Studio für Spielfilme

Wilkening, Albert: Betriebsgeschichte des VEB DEFA-Studio für Spielfilme. - Potsdam

1. Geschichte der DEFA 1945 - 1950. - 1981. - 159 S.
2. Die DEFA in der Etappe von 1950 - 1953. - 1984. - 82 S.
3. Berichte von Aktivisten der ersten Stunde. - 1984. - 82 S.

Wolf, Heinz: Betriebsgeschichte des VEB DEFA-Studio für Spielfilme in Bildern 1945 - 1953. - Potsdam 1984. - 181 S.

Deutsche Post

Beiträge zur postgeschichtlichen Forschung/Philatelistenverband im Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand Dresden, Bezirksarbeitskreis Postgeschichte. - H. 2. - Dresden, 1987. - 31 S. : Ill. ; 21 cm

Hacker, Hans-Joachim: Abriß zur geschichtlichen Entwicklung des Post- und Fernmeldewesens im Bereich Stralsund : 1945 - 1985. - Stralsund, 1989. - 95 S. : Ill. ; 20 cm

Jahn, Klaus: Die Bahnpost der Schmal-spurbahn Hainsberg-Kipsdorf/Philatelisten-verband im Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand Dresden, Bezirksarbeits-kreis Postgeschichte. - Dresden, 1988. - 68 S. : Ill. ; 21 cm (Beiträge zur postgeschichtlichen For-schung ; 3)

Neubert, Heinz: Zur Geschichte der Deutschen Post in Chemnitz/Karl-Marx-Stadt : (1945 - 1980). - Karl-Marx-Stadt, 1988. - 80 S. : Ill. ; 29 cm /Umschlagt.:/ 35 (Fünfunddreißig) Jahre Deutsche Post Chemnitz/Karl-Marx-Stadt 1945 - 1980

Über die Entwicklung des Post- und Verkehrswesens in der Oberlausitz, besonders in Obercunnersdorf, Kreis Löb-bau/Philatelistenverband im Kulturbund der DDR, Arbeitsgemeinschaft Ober-cunnersdorf. - Obercunnersdorf, 1988. - 72 S. : Ill. ; 21 cm

## Deutsche Reichsbahn

Glätte, Wolfgang: Diesellok-Archiv.

- 3. durchges. Aufl. - Berlin :

Transpress, 1988. - 194 S. : Ill.

; 23 cm

(Eisenbahn-Fahrzeug-Archiv ; 3)

Koehler, Peter/List, Wolfgang:

Das Bahnbetriebswerk zur Dampf-

lokomotivzeit. - 1. Aufl. - Berlin: Trans-

press, 1987. - 175 S. : zahlr. Ill.

; 23 cm

(Transpress-Verkehrsgeschichte)

Lauerwald, Paul: Die Eisenbahn im

Eichsfeld : zur Geschichte eines Ver-

kehrsmittels in unserer Heimat / Rat

der Stadt Heiligenstadt. - Heiligen-

stadt, 1988. - 83 S. : zahlr. Ill.,

Kt.-Skizzen ; 19 x 20 cm

Lohr, Hermann/Thielmann, Georg:

Lokomotiv-Archiv Württemberg.

- Berlin: Transpress, 1988. - 172 S.

: Ill.

(Eisenbahn-Fahrzeug-Archiv ; 2,6)

40 (Vierzig) Jahre Deutsche Demo-

kratische Republik, 40 Jahre erfolg-

reiche Entwicklung des sozialistischen

Eisenbahnwesens - Bilanz - /Die

Dokumentation wurde von einem

Kollektiv der Politischen Verwaltung

der Deutschen Reichsbahn erarbeitet.

- Berlin, 1989. - 48 S. : Ill. ; 21 cm

(Sonderheft der Schriftenreihe der

Politischen Verwaltung der Deutschen

Reichsbahn)

Die Zeit der Dampflokomotiven in

Mecklenburg : ein Streifzug durch die

140jährige Geschichte : Deutscher

Modelleisenbahn-Verband der DDR,

Arbeitsgemeinschaft 8/9, Rostock,

"Freunde der Eisenbahn". - Rostock,

1988. - 72 S. : Ill. (z. T. farb.) ;

20 x 21 cm

## Deutsche Reichsbahn. Bahnhof Oebis- felde

Stach, Georg: Chronik des Eisenbahn-

wesens auf dem Bahnhof und in dem

Reichsbahndienstort Oebisfelde :

1. Nov. 1871 - 31. Dez. 1984 / Ar-

beitsgruppe "Chronik" zur Vorbereitung

der 975-Jahrfeier der Stadt Oebisfelde

und der 100-Jahrfeier der Eisenbahn-

strecke Oebisfelde-Salzwedel im Jahre

1989. - Oebisfelde, 1989. - 56 S. :

Ill. ; 21 cm

## Deutsche Reichsbahn. Güterbahnhof

Halle

100 (Hundert) Jahre Güterbahnhof

Halle : 10. Juli 1889 - 1989 (Ein

Beitrag zur Betriebsgeschichte). - Halle,

1989. - 40 bze. Bl. ; 29 cm

## Deutsche Reichsbahn. Reichsbahnaus-

besserungswerke Eberswalde

Familiengeschichten geschrieben zwi-

schen dem IX. und X. Parteitag von

Werkträgern des RAW "8. Mai" Ebers-

walde. - Berlin, 1981. - 46 S. : Ill.

Radtke, Fritz: Geschichte der Grund-

organisation "Hans Beimler" der Gesell-

schaft für Sport und Technik des RAW

"8. Mai" Eberswalde. - Eberswalde,

1982. - 62 S. : Ill.

## Meiningen

Chronik des RAW "Helmut Scholz"

Meiningen. - Teil 1. - Meiningen, 1988.

- 95 S. : Ill. ; 21 cm

## Potsdam

Geschichte des Reichsbahnausbesser-

ungswerkes "Erwin Kramer" Potsdam.

- 1. Teil: 1838 - 1945. - Potsdam,

1988. - 124 S. ; 21 cm

## Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirek- tion

Chronik zur Geschichte der Kampf-

gruppen in der Reichsbahndirektion

Halle 1953 - 1988 /Autor: Gerhard

Bernhardt. - Halle, 1988. - 272 S. :

Ill. ; 24 cm

## Deutsche Reichsbahn. Strecken

Blickensdorf, Bernd: Die Thüringerwald-

bahn. - 2. durchges. Aufl. - Berlin:

Transpress, 1988. - 168 S. : Ill. ; 23 cm

(Transpress-Verkehrsgeschichte)

Jonas, Günter/Schulz, Friedrich: Eisen-

bahn zwischen Meer und Bodden : ein

Beitrag zur Geschichte der Darßbahn

Barth - Prerow / Deutscher Modell-

eisenbahn-Verband der DDR, AG 5/

24 Barth. - Barth, 1988. - 26 S. : Ill.,

1 Kt. ; 21 cm

Wagner, Wolfram: Die Geschichte der

Schmalpurbahn Taubenheim(Spree) -

Dürrenhennersdorf und Herrnhut - Bern-

stadt / Deutscher Modelleisenbahn-

Verband der DDR, Bezirksvorstand

Dresden, AG 3/58 "Traditionsbahn

Radebeul Ost-Radeburg". -  
Radebeul, 1986. - 48 S. : Ill.  
; 30 cm

VEB Dienstleistungsbetrieb Heilbad  
Heiligenstadt

30 (Dreißig) Jahre VEB Dienst-  
leistungsbetrieb Heilbad Heiligenstadt  
: 40 Jahre Deutsche Demokratische  
Republik. - Heiligenstadt, 1988.  
- 95 S. : Ill. ; 9 x 12 cm

VEB Dienstleistungskombinat Bernau  
Bügel, Rudolf: VEB Dienstleistungs-  
kombinat Bernau 1961 - 1981. - Ber-  
nau, 1981. - 17 S. : Ill.

Druckerei Rotation Dessau

Chronik der Druckerei Rotation :  
von der Gründung der Arbeiter-Drucke-  
rei im Jahre 1904 bis zum Jahre 1986.  
- Dessau, 1989. - 59 S. : Ill. ;  
20 x 21 cm

VEB Druckguß Heidenau

Mönnich, Edgar/Mörs, Heinz/Sittner,  
Kurt: Eine Jubiläumsschrift des VEB  
Druckguß Heidenau, Betriebsteil  
Graugießerei. - Heidenau, 1989.  
- 20 S. : Ill. ; 19 x 20 cm  
/Umschlag.:/ Graugruß aus Heidenau  
einst und heute

VEB Edelstahlwerk 8. Mai 1945 Freital  
Betriebsgeschichte : VEB Edelstahlwerk  
8. Mai 1945 Freital im VEB Rohrkombi-  
nat Riesa / erforscht und aufgezeichnet  
von Heinz Ludwig. - Freital. - 21 cm  
1. Teil. 1945 - 1949: Die antifaschi-  
stisch-demokratische Umwälzung.  
- 1987. - 88 S. : Ill.  
2. Teil. Die Entwicklung des Werkes zum  
Edelstahlwerk und der Kampf der Werk-  
tätigen für die Stärkung der DDR im Zeit-  
raum 1949 - 1955. - 1988. - 117 S. : Ill.

Eisenhüttenkombinat Ost, Eisenhüttenstadt

Fakten der Freundschaft : Über freund-  
schaftliche Zusammenarbeit und brüder-  
liche Begegnungen mit Vertretern des  
Sowjetvolkes und des Werkkollektivs des  
EKO. - Eisenhüttenstadt, 1980. - 21 S.

VEB Elektroinstallation Sondershausen  
Unsere Betriebsgeschichte. T. 1. VEB  
Elektroinstallation Sondershausen. - Son-  
dershausen, 1983. - 52 S. : Ill.

VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk  
Dresden

Hocke, Gert: Zur Geschichte der FDJ-  
Grundorganisation des VEB Elektro-  
maschinenbau Sachsenwerk Dresden  
unter besonderer Berücksichtigung ih-  
res Beitrages zur Verwirklichung der  
Wirtschaftsstrategie der SED im Zeit-  
raum von 1971 bis 1977. - Dissertation  
A Pädagogische Hochschule "Karl  
Friedrich Wilhelm Wander" Dresden,  
1988. - Bd. 1: XI, 151 Bl., Bd. 2:  
Bl. 152 - 247, 91, 11 Bl. ; 29 cm

LPG (P) Elxleben

siehe LPG "Neue Kraft"

VEB Energiekombinat Leipzig

Chronik von den Anfängen der Energie-  
versorgung zum VEB Energiekombinat  
Leipzig. - Leipzig, 1988. - 96 S. : Ill.  
; 30 cm

VEB Erdgasförderung Salzwedel

Deutsch-Sowjetische Freundschaft in  
Aktion : Zur Erforschung und Propa-  
gierung der Betriebsgeschichte des  
VEB Erdgasförderung Salzwedel, Be-  
trieb im VEB Kombinat Erdöl-Erdgas.  
- Salzwedel, 1983. - 48 S. : Ill.

LPG "Ernst Thälmann" Bennewitz

Und prächtig wächst die Saat! (Über  
die ersten Jahre der Landwirtschaftli-  
chen Produktionsgenossenschaft "Ernst  
Thälmann" Bennewitz 1952 - 1960.  
- o. O. 1988. - 32 S. : Ill. ; 19 x  
21 cm

VEB Fahrzeugachsen Gotha

Die Geschichte unseres Werkes - VEB  
Fahrzeugachsen Gotha : (Dokumentation  
zum 125jährigen Bestehen des Be-  
triebes) / Autoren: Heiko Stasjulevics,  
Edda Seifert, Heinz Hertha. - Gotha,  
1989. - 56 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Federwerk Marienberg

Der VEB Federwerk Marienberg zwi-  
schen dem IX. und X. Parteitag : Eine  
Bilanz. - o. O. 1981. - 15 S. : Ill.

VEB Filmfabrik Wolfen

Fuchs, Winfried: Auf dem Weg zum  
Kombinat : Zur Entwicklung des VEB  
Filmfabrik Wolfen in der zweiten Häl-  
fte der sechziger Jahre / erarbeitet  
unter Leitung der Forschungsgruppe  
"Geschichte sozialistischer Betriebe"  
an der Sektion Marxismus-Leninismus

der Karl-Marx-Universität Leipzig.  
- Wolfen, 1989. - 71 S. : Ill.

; 24 cm

(Aus der Geschichte der Film-  
fabrik Wolfen ; 62)

VEB FIMAG (Finsterwalder  
Maschinen-, Aggregate- und Gene-  
ratorenwerk)

Lehmann, Werner/Schulze, Werner:  
Vom Arbeitersport zur Betriebssport-  
gemeinschaft (BSG Motor Finster-  
walde). - Finsterwalde, 1988.  
- 44 S. : Ill. ; 29 cm

VEB Fischfang Saßnitz

Fotochronik : 40 (Vierzig) Jahre  
VEB Fischfang Saßnitz ; 1949 - 1989.  
- Saßnitz, 1988. - (58) S. : überw.  
Ill. (z. T. farb.) ; 20 cm

VEB Förderanlagen- und Kranbau  
Köthen

30 (Dreißig) Jahre Kampfgruppen  
der Arbeiterklasse 1952 - 1983.  
- Köthen, 1983. - 48 S. : Ill.

VEB Gaskombinat "Fritz Selbmann"

Schwarze Pumpe

Genosse Fritz Selbmann - unser Kampf-  
gefährte und Vorbild : ein Beitrag über  
Leben und Kampf Fritz Selbmanns und  
das Kombinat, das seinen Namen trägt.  
- o. O. 1989. - 44 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Gebäudewirtschaft Staßfurt

Chronik : Entwicklung des VEB Gebäude-  
wirtschaft Staßfurt von den Anfängen bis  
1986. - Staßfurt, 1986. - 55 S. : Ill.

VEB Gebäudewirtschaft Weißwasser

VEB Gebäudewirtschaft Weißwasser :  
1949 - 1989 ; 40 Jahre erhalten, ver-  
walten, bewirtschaften. - Weißwasser,  
1989. - 28 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Geräte- und Regler-Werke "Wilhelm  
Pieck" Teltow

VEB Geräte- und Regler-Werke "Wilhelm  
Pieck" Teltow : 40 (Vierzig) Jahre, 1948  
- 1988. - Teltow, 1988. - 72 S. : Ill.,  
graph. Darst. ; 30 cm & Beil. (1 Bl.)

VEB Getränkemaschinen Magdeburg

Betriebsgeschichte des VEB Getränkema-  
schinenbau Magdeburg, VEB Kombinat  
NAGEMA, 1949 - 1960. - Magdeburg,  
1983. - 18 S.

VEB Gießerei und Maschinenbau "Max  
Matern" Torgelow

Immer lebe die Sonne : Zentrales Pio-  
nierlager "Boleslaw Bierut" Seebad  
Ahlbeck : Trägerbetrieb VEB Gießerei  
und Maschinenbau "Max Matern" Torge-  
low. - Torgelow, 1989. - 31 S. : Ill.  
; 21 cm

VEB Glaswerk Drebkau

Pannier, Annegret: 75 (Fünfundsiebzig)  
Jahre Glaswerk Drebkau. - Drebkau,  
1988. - 39 S. : Ill. ; 20 x 21 cm

Kooperation "Goldene Aue" Görsbach  
25 (Fünfundzwanzig) Jahre LPG in der  
goldenen Aue. Festschrift zum 25jäh-  
rigen Jubiläum der LPG Gründungen  
in der Kooperation "Goldene Aue".  
- o. O. o. J.

VEG (B) Gotha

40 (Vierzig) Jahre VEG (B) Gotha /  
Autoren: Fritz Pabst, Ilse Pignon.  
- Gotha, 1989. - 36 S. : Ill. ; 21 cm  
(Umschlagt.:) Volkseigenes Gut Gotha  
seit 40 Jahren

LPG (P) Greußen

Unsere LPG und wir : LPG Greußen.  
- Greußen, 1982. - 63 S.

Großbäckerei Pasewalk

Großbäckerei Pasewalk : Beiträge zur  
Betriebsgeschichte. - Pasewalk, 1989.  
- 95 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Halbzeugwerk Auerhammer

Blechschmidt, Manfred/Walter, Klaus:  
Vom Eisen-Hammer im Tal zum volks-  
eigenen Halbzeugwerk Auerhammer :  
Streiflichter aus 450 Jahren Geschichte  
eines Betriebes. - Freiberg, 1988.  
- 44 S. : Ill. ; 19 x 20 cm

VEB Holzbau/Bauelementewerk Wernige-  
rode

40 (Vierzig) Jahre VEB Holzbau/Bau  
elementewerk Wernigerode : Betriebs-  
geschichtliche Entwicklung. - Wernige-  
rode, 1989. - 95 S. : Ill. ; 21 cm

VEB IFA Getriebewerk Brandenburg

Zeittafel vom VEB Brandenburger Trak-  
torenwerke zum VEB Getriebewerke  
Brandenburg ; 1948 - 1988. - Branden-  
burg, 1988. - 40 S. : Ill. ; 21 cm  
(Umschlagt.:) 40 (Vierzig) Jahre für  
den Fahrzeugbau der DDR : VEB IFA  
Getriebewerke Brandenburg

Industriebau Fürstenwalde

siehe VEB Bau- und Montage-  
kombinat Ost

VEB Industriebau Magdeburg

25 (Fünfundzwanzig) Jahre VEB In-  
dustriebau Magdeburg, Sitz Güsen.  
- Magdeburg, 1983. - 48 S. : Ill.

VEB Kalibetrieb "Südharz", Werk  
"Thomas Müntzer" Bischofferode

Burghoff, Ingrid/Burghoff Lothar:  
Zwischen dem VIII. und XII. Par-  
teitag : Unsere erfolgreichsten  
Jahre. - Bischofferode, 1989.  
- 48 S. : Ill. ; 19 x 19 cm

VEB Kali- und Steinsalzbetrieb "Saale"  
Werk Staßfurt

Ernst Grube - unser Vorbild. Eine Kurz-  
biographie über Ernst Grube / erarb.  
von Günter Hartung. - Staßfurt, 1988.  
- 48 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Karosseriewerk Aschersleben

Kampfgruppen der Arbeiterklasse :  
1953 - 1988 : VEB Karosseriewerk  
Aschersleben. - Aschersleben, 1988.  
- 24 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Kefama Katzhütte

Vom fürstlichen Hüttenwerk zum sozia-  
listischen Maschinenbaubetrieb : Auszug  
aus der Betriebsgeschichte des heutigen  
VEB Kefama Katzhütte für die Zeit von  
1563 bis 1988. - Katzhütte, 1988.  
- 38 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Kfz-Instandhaltung Frankfurt (Oder)

Betriebsgeschichte im Überblick : VEB  
Kfz-Instandhaltung Frankfurt (Oder)  
1955 - 1985. - Frankfurt (Oder), 1985.  
- 48 S. : Ill.

VEB Klingenthaler Harmonikawerke

Börner, Wolfgang/Krause, Peter: Zur  
Geschichte des VEB Klingenthaler  
Harmonikawerke. - Klingenthal, 1988.  
- 76 S. : Ill. ; 21 cm

ZBO Kölleda

20 (Zwanzig) Jahre Z/wischenbetriebliche/  
B/au/ O/rganisation/ Kölleda. - Kölleda,  
1982. - 20 S.

VE Kombinat für Baureparaturen und  
Rekonstruktion Leipzig

Bauleistungen für die Bevölkerung der  
Stadt Leipzig : Zur Geschichte des

VE Kombinales für Baureparaturen und  
Rekonstruktion Leipzig und seiner Vor-  
gängerbetriebe; überreicht anlässlich des  
Tages des Bauarbeiters 1989. - Leipzig,  
1989. - 32 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Kombinat Bau- und Grobkeramik  
Halle

Baustoffe mit Tradition und Zukunft :  
erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe  
der Betriebsparteiorganisation der SED  
zur Betriebsgeschichte des VEB Kombi-  
nat Bau- und Grobkeramik Halle.  
- Halle, 1988. - 64 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Kombinat Braunkohlenkraftwerke  
siehe Kraftwerk Jänschwalde

Kombinat VEB Carl Zeiss Jena

40 (Vierzig) Jahre in Volkes Hand :  
1948 bis 1988 : Entwicklung des Kom-  
binates VEB Carl Zeiss Jena zum Zen-  
trum der Hochtechnologien : Aus der  
Chronik des Kombinales. T. 1 1948 bis  
1970. - Jena, 1988. - 96 S. : Ill. ;  
24 cm

Kombinat VEB Chemische Werke Buna

Beschluß über die Bewahrung, Pflege  
und Weiterentwicklung revolutionärer  
Traditionen im Kombinat VEB Chemi-  
sche Werke Buna (Beschluß der Kreis-  
leitung Buna der SED vom 17. 7. 1981).  
- o. O. 1981. - 19 S.

35 (Fünfunddreißig) Jahre Klubhaus  
"Freundschaft". - Schkopau, 1988.

- 48 S. : Ill. ; 21 cm  
(Beiträge zur Geschichte der Arbeiter-  
bewegung des Kombinales VEB Chemi-  
sche Werke Buna ; 22)

VEB Kombinat Erdöl-Erdgas

siehe VEB Erdgasförderung Salzwedel

Kombinat Kraftverkehr Frankfurt/Oder,  
Betrieb Eisenhüttenstadt

Schneider, Peter: 30 (Dreißig) Jahre  
Kraftverkehr Eisenhüttenstadt 1950 -  
1980. - Frankfurt (Oder), 1980. - 48 S.  
: Ill.

VEB Kombinat Landtechnik Erfurt

40 (Vierzig) Jahre erfolgreiche Arbeit  
der Stützpunkte der Arbeiterklasse auf  
dem Lande : 1949 - 1989 : 40 Jahre  
DDR (T. 1. 1949 - 1968)/erarb. durch  
eine Kommission der Parteileitung der  
Grundorganisation der SED des VEB

Kombinat Landtechnik Erfurt. - Erfurt, 1989. - 72 S. : Ill. ; 29 cm

VEB Kombinat Landtechnik Schwerin  
Material der 1. Traditionskonferenz des  
VEB Kombinat Landtechnik Schwerin  
am 12. November 1988 in Steinhagen.  
- Schwerin, 1989. - 49 S. ; 21 cm

Volkmann, Gerhard/Stölzer, Günter/  
Hempel, Klaus: Von der MAS zum  
Kombinat Landtechnik : Die Ent-  
wicklung der Landtechnikbetriebe  
im Land Mecklenburg Vorpommern  
und im Bezirk Schwerin. - T. 1.  
1945 - 1952. - Schwerin, 1988.  
- 60 S. : Ill. ; 30 cm

Kombinat für Milchwirtschaft Suhl  
siehe Molkerei Schleusingen

VEB Kombinat NAGEMA  
siehe VEB Getränkemaschinenbau  
Magdeburg

VEB Kombinat Pumpen und Ver-  
dichter  
siehe Pumpenwerk Halle

VEB Kombinat Seeverkehr und  
Hafenwirtschaft  
August Lütgens: Seemann. Kommunist.  
Widerstandskämpfer. - Rostock, 1988.  
- 52 S. : Ill. ; 21 cm  
(Für Dich und Dein Kollektiv)

Kampfgruppeneinheit "Feliks Edmundo-  
witsch Dzierzynski". Sein Vermäch-  
nis - unsere Verpflichtung. - Rostock,  
1988. - 59 S. : Ill. ; 19 x 20 cm  
(Beiträge zur Geschichte der Seeverkehrs-  
wirtschaft der DDR ; 22)

Neupart, Rolf : Brücke der Freundschaft  
1974 - 1984 : Gemeinsames Jugendobjekt  
FDJ/Komsomol. - o. O. 1984. - 60 S.

Das Vermächtnis der antifaschistischen  
Widerstandskämpfer - unsere Verpflichtung  
im Kampf um die Erfüllung der Beschlüs-  
se des XI. Parteitages der Geschichte der  
Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft am  
22. April 1988. - Rostock, 1988. - 71 S.  
: Ill. ; 20 cm  
(Für Dich und Dein Kollektiv)

IV. (Vierte) Arbeitskonferenz zur Erfor-  
schung und Propagierung der Geschichte  
der Seeverkehrs- und Hafenwirtschaft.  
- Rostock, 1984.

Wirth, Uwe: Chronik zur Geschichte der  
Kreisparteiorganisation der SED See-  
verkehr und Hafenwirtschaft. Teil 2.  
Vom X. bis XI. Parteitag der SED.  
- Rostock, 1988. - 93 S. : 38 S. Bild-  
anhang ; 19 x 21 cm  
(Beiträge zur Geschichte der Seever-  
kehrswirtschaft der DDR ; 23)

Zeittafel zur Geschichte der Handels-  
flotte . 35 (Fünfunddreißig) Jahre DDR.  
- Rostock, 1984. - 61 S.

Kombinat Umformtechnik "Herbert  
Warnke"  
Traditionskonferenz des Kombines  
Umformtechnik "Herbert Warnke",  
Stammbetrieb Erfurt. - Erfurt 1988.  
- 50 S. : Ill. ; 21 cm  
(Beiträge zur Geschichte Erfurt-Nord  
; 2)

Konsumgenossenschaft Heiligenstadt  
40 (Vierzig) Jahre Konsumgenossenschaft  
im Kreis Heiligenstadt : 40 Jahre im  
Dienste der Kunden und Gäste. Bei-  
trag zur Betriebsgeschichte der Kon-  
sumgenossenschaft Kreis Heiligenstadt/  
Autor: Konrad Werner. - Heiligenstadt,  
1989. - 12 S. ; 21 cm

VEB Kontaktbauelemente und Spezial-  
maschinenbau Gornsdorf  
siehe RFT

VEB Kraftfahrzeuginstandsetzungswerk  
"Vorwärts", Schwerin  
40 (Vierzig) Jahre VEB Kraftfahrzeug-  
instandsetzungswerk "Vorwärts" Schwe-  
rin : 1948 - 1988. - Schwerin, 1988.  
- 36 S. : überwiegend Ill. ; 19 x 20 cm  
s. auch Kfz

VEB Kraftfahrzeugwerk "Dr. Theodor  
Neubauer" Gotha  
Aus der Geschichte des Betriebes an-  
lässlich des 90jährigen Bestehens :  
1898 - 1988 : 40 Jahre Volkseigener  
Betrieb - 90. Jahrestag des heutigen  
VEB Kraftfahrzeugwerk "Dr. Theodor  
Neubauer" Gotha. - Gotha, 1988.  
- 48 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Kraftverkehr Eisleben  
Betriebschronik des VEB Kraftverkehr  
Eisleben : angefertigt aus Anlaß des  
30. Jahrestages der Gründung des Be-  
triebes. - o. O., 1982. - 40 S.

VEB Kraftverkehr Saalfeld  
Tepperis, Bruno /u. a./: Vierzig Jahre  
VEB Kraftverkehr Saalfeld (Betrieb des  
VE Verkehrskombinat Gera) : Werden  
und Wachsen eines volkseigenen Betriebes  
; 40 Jahre DDR ; (1949 - 1989). - Saalfeld,  
1989. - 95 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Kraftverkehr Schwedt  
30 (Dreißig) Jahre VEB Kraftverkehr  
Schwedt 1953 - 1983. - Eberswalde,  
1982. - 46 S. : Ill.

VEB Kraftverkehr Suhl  
Vom Tag der Befreiung bis zur Gegenwart : Früchte gemeinsamer Arbeit :  
Betriebsgeschichtliche Entwicklung des  
VEB Kraftverkehr Suhl / Text: Auto-  
renkollektiv der Betriebsgeschichts-  
kommission der Parteileitung unter  
Leitung von Roland Hennecke. - Suhl,  
1989. - 64 S. : Ill. ; 20 x 21 cm

Kraftwerk Hagenwerder  
Betriebsgeschichte des Kraftwerkes  
1911 - 1981. - o. O. 1981.

Kraftwerk Jänschwalde  
Zeittafel zur Betriebsgeschichte.  
Kraftwerk Jänschwalde, Kraftwerk  
der Jugend "Wilhelm Pieck", Stamm-  
betrieb des VE Kombinat Braun-  
kohlenkraftwerke. - o. O. 1985.  
- 68 S. : Ill.

VEB Kreisbaubetrieb Hoyerswerda  
Geschichte des VEB Kreisbaubetriebes  
Hoyerswerda/Verf.: Günter Meusel,  
Peter Schubert. - Hoyerswerda, 1989.  
- 56 S. : Ill. ; 15 x 22 cm

VEB Kreisbetrieb für Landtechnik  
Bad Freienwalde  
Jederzeit wachsam und gefechtsbereit.  
30 (Dreißig) Jahre Kampfgruppeneinheit  
"Adolf Reichwein", Kreisbetrieb für  
Landtechnik Bad Freienwalde, Sitz  
Wriezen. - Bad Freienwalde, 1983.  
- 16 S. : Ill.

VEB Kreisbetrieb für Landtechnik  
Bad Langensalza  
40 (Vierzig) Jahre von der MAS zum  
VEB Kreisbetrieb für Landtechnik  
Bad Langensalza, Sitz Gräfentonna :  
1949 - 1989. - Bad Langensalza, 1989.  
- 56 S. : Ill. ; 21 cm  
(Aus der Geschichte des Kreises Bad  
Langensalza)

VEB Kreisbetrieb für Landtechnik  
Hildburghausen  
Banz, S./Franck, W./Jugenheimer, H.:  
Aus der Geschichte des VEB Kreis-  
betrieb für Landtechnik Hildburghausen.  
- Hildburghausen, 1988. - 53 S. : Ill.  
; 23 cm  
/Umschlagt.:/ Unser Weg ist richtig

VEB Kreisbetrieb für Landtechnik  
Meißen-Schletta  
Müller, Walter: Beitrag zur Betriebsge-  
schichte des VEB Kreisbetrieb für  
Landtechnik Meißen-Schletta. T. 1.  
Von der Bildung der MAS bis zur Grün-  
dung des Kreisbetriebes für Landtech-  
nik. - Meißen, 1988. - 60 S. : Ill. ;  
- 21 cm

Kreiskrankenhaus Aschersleben  
75 (Fünfundsiebzig) Jahre Kreiskranken-  
haus Aschersleben : 1912 - 1987.  
- Aschersleben, 1988. - 35 S. : Ill.  
; 30 cm

Kreiskrankenhaus Hohenmölsen  
Kreiskrankenhaus Hohenmölsen 1914  
- 1989 : 75 (Fünfundsiebzig) Jahre  
Krankenhaus Hohenmölsen vom Knapp-  
schafftskrankenhaus zum Kreiskranken-  
haus. - Hohenmölsen, 1989. - 20 S.  
: Ill. ; 21 cm

VEB Kunstblume Sebnitz  
Blumen für die ganze Welt : Abriß  
zur Geschichte der Kunstblumenindustrie  
im Territorium Sebnitz. - Sebnitz,  
1988. - 72 S. : Ill. ; 21 cm

Kupfer- und Messingwerk Hettstedt  
siehe VEB Walzwerk Hettstedt

VEB Kyffhäuserhütte Artern  
Entwicklung der Betriebsparteiorgani-  
sation des VEB Kyffhäuserhütte Artern.  
- Artern. - 21 cm  
T. 1. 1945 bis 1961. - 1989. - 96 S. :  
Ill.  
T. 2. 1962 - 1986. - 1989. - 96 S.  
: Ill.

Unser erfolgreicher Weg. Vom VIII.  
bis X. Parteitag der SED / VEB Kyff-  
häuserhütte Artern. - Artern, 1981.  
- 30 S.

VEB Landbaukombinat Cottbus  
25 (Fünfundzwanzig) Jahre bauen zum  
Wohle des Volkes. - Herzberg, 1989.

- 24 S. : Ill., graph. Darst.,  
1 Kt.-Skizze ; 19 x 20 cm

VEB Landbaukombinat Frankfurt (Oder)

20 (Zwanzig) Jahre VEB Landbaukombinat Frankfurt (Oder). - Frankfurt (Oder); 1984. - 36 S. : Ill.

VEB Landbaukombinat Magdeburg

VEB Landbaukombinat Magdeburg  
1964 - 1980. - Magdeburg, 1981.  
- 60 S. : Ill.

VEB Lederwarenfabrik Sangerhausen

Unsere Chronik : 1945 - 1949 : VEB Lederwarenfabrik Sangerhausen / Autoren: Siegrid Künzel u. a. - Sangerhausen, 1989. - 15 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Leichtmetallwerk Nachterstedt

Aufbau des Walzwerkes Nachterstedt.  
- o. O. 1981

Betriebspoliklinik Nachterstedt 1948 - 1988 / Text: Fritz Reuschel. - Nachterstedt, 1988. - 33 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht"

Bilanz der Leuna-Jugend zwischen dem IX. und X. Parteitag der SED.  
- Leuna, 1981. - 8 gez. S. : Ill.

Biographien. Erinnerungen. - Leuna.  
21 cm Ernst Hausmann : Arbeitsdirektor 1956 - 1961 / Text: Günter John. - 1988. - 25 S. : Ill.

Getreu dem antifaschistischen Vermächtnis zu neuen Taten für Sozialismus und Frieden / Text: Günter John u. a.  
T. 2. - 1988. - 61 S.

Geschichte des VEB Leuna-Werke "Walter Ulbricht". - Leipzig:

Deutscher Verlag für Grundstoffindustrie. - 28 cm  
1916 - 45 / Autoren: Karl-Heinz Streller, Erika Maßalsky. - 1989.  
- 203 S. : Ill.

1945 - 1981 / Autorenkollektiv u. Ltg. v. Karl-Heinz Streller. - 1986.  
- 290 S. : Ill.

10 (zehn) Jahre Schulen der sozialistischen Arbeit. Erfahrungen und Ergebnisse bei der Entwicklung der Schulen der sozialistischen Arbeit.  
- o. O. 1981. - 49 S.

(Wie machen es die Besten ; 10)

VEB Limona Weimar

Zeittafel zur Betriebsgeschichte des VEB Limona Weimar im Getränkekombinat Erfurt. - Weimar 1984. - 46 S. : Ill.

Lübbener Pappenfabrik

Von Rupprechts Dampfschneidemühle zur Lübbener Pappenfabrik : 100 (Hundert) Jahre LP : 1888 - 1988 ; aus der wechselvollen Geschichte eines Werkes, in dem Lübbener Arbeiter seit mehr als 100 Jahren Geschichte machen.  
- Lübben, 1988. - 24 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Magdeburger Armaturenwerke

"Karl Marx"

Betriebsgeschichte des VEB Magdeburger Armaturenwerke "Karl Marx"  
- Armaturenkombinat - Stammbetrieb.  
- 3. Teil. Im Namen von Karl Marx : 1949 bis 1961 / Autorenkollektiv. - Magdeburg, 1989. - 88 S. : Ill. ; 29 cm

VEB M/agdeburger/ A/rmaturen-/W/erke

Stahlgießerei "Wilhelm Pieck" Magdeburg Rothensee

Hornauer, Herbert: Traditionskabinett : Erfahrungen, Ergebnisse, Anregungen.  
- Magdeburg, 1982. - 11 S. : Ill.

Stahlgießerei Magdeburg-Rothensee in den 70er Jahren. - Magdeburg, 1982.  
- 31 S.

Mansfeld Kombinat "Wilhelm Pieck"

Der Mansfelder Jungarbeiterstreik vom 14 bis 26. April 1924. - Merseburg, 1984. - 37 S.

Wir sind die junge Garde : Beitrag zur Geschichte der Berufsausbildung im VEB Mansfeld Kombinat Wilhelm Pieck, Stammbetrieb ; 1949 - 1989. - Mansfeld, 1989. - 93 S. : Ill. ; 21 cm (Tradition und Gegenwart)

VEB Maschinen- und Apparatebau

Schkeuditz

Maywald, Reinhold: Die Entwicklung der betrieblichen Bildungseinrichtungen im VEB MAB Schkeuditz. 1. Ergänzungsheft der Betriebsgeschichte. - Schkeuditz, 1989. - 64. S. : Ill. ; 21 cm /Umschlagt.:/ 40 (Vierzig) Jahre Betriebsberufsschule "Kurt Beyer" - 35 Jahre Betriebsakademie im VEB Maschinen- und Apparatebau Schkeuditz

VEB Meliorationsbau Dresden

20 (Zwanzig) Jahre Meliorationsverband Dresden / Meliorationsbau Dresden, Meliorationsverband - Dresden, 1988. - 44 S. : Ill. ; 23 cm

Meliorationsgenossenschaft "Hörsel-Nesse", Gotha

25 (Fünfundzwanzig) Jahre Meliorationsgenossenschaft "Hörsel-Nesse" Gotha/Verf.: F. Auradniczek, H. Kraußner. - Gotha, 1989. - 27 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Mikroelektronik "Anna Seghers" Neuhaus

Betriebsgeschichte : VEB Mikroelektronik "Anna Seghers" Neuhaus im Kombinat Mikroelektronik. 1. Von der Elektrorennöhre zum Mikroprozessor - 1936 - 1949. - Suhl, 1988. - 35 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Mikroelektronik "Robert Harnau" Großräschen

40 (Vierzig) Jahre VEB Mikroelektronik "Robert Harnau" Großräschen : 1948 - 1988. - Großräschen, 1988. - 32 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Mikroelektronik "Wilhelm Pieck" Mühlhausen

30 (Dreißig) Jahre Röhrenwerk - eine Bilanz. - Mühlhausen, 1981. - 58 S.

Molkerei Schleusingen im Kombinat für Milchwirtschaft Suhl

50 (Fünfzig) Jahre : Bildchronik der Molkerei Schleusingen. - Schleusingen, 1988. - 23 S. : Ill. ; 29 cm

Molkereigenossenschaft Pasewalk/Strasburg

Festschrift zum 100. Gründungstag der Molkereigenossenschaft Pasewalk / Text: Peter Tille. - Pasewalk, 1989. - 14 gez. S. : Ill. ; 21 cm

LPG "Neue Kraft" und LPG (P) Elxleben

25 (Fünfundzwanzig) Jahre genossenschaftliche Arbeit 1955 - 1980. - o. O. 1980. - 20 S.

Neues Deutschland, Berlin

Neues Deutschland : 1946 - 1986 ; in großer Tradition. - Berlin, 1986. - 253 S. : zahlr. Ill. (z. T. farb.) ; 11 cm

VEB Obertrikotagenbetrieb "Ernst Lück" Wittstock

Ernst Lück - ein Leben des Kampfes für die Ziele der Arbeiterklasse. - o. O. o. J. - 4 S.

VEB Optima Aschersleben

Aus der Geschichte des VEB Optima Aschersleben : Großdruckerei und Papierverarbeitungswerk. - Aschersleben, 1988. - 71 S. : Ill. ; 22 cm

VEB "Otto Buchwitz" Starkstrom-Anlagenbau Dresden

Geschichte des VEB Starkstrom-Anlagenbau Dresden. - Dresden, 1983. - 56 S. : Ill.

VEB Papierfabrik Wolfswinkel

200 (Zweihundert) Jahre Produktion von handgeschöpftem Büttenpapier - ein Beitrag zur Geschichte der Papierfabrik Wolfswinkel. - Eberswalde-Finow, 1981. - 46 gez. S. : Ill.

VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt

Kieke, Wolfgang: Das Wesen der Schwedter Initiative und neue Anforderungen an die Entfaltung sozialistischen Arbeitsverhaltens im intensiv erweiterten Reproduktionsprozeß. - Dissertation A Berlin, 1988. - 164 S. ; 29 cm

VEB Porzellanwerk Lettin

Chronik zur Betriebsgeschichte des VEB Porzellanwerk Lettin. - Colditz, 1983. - 32 S.

VEB Pumpenwerke Halle

Zeittafel zur Betriebsgeschichte des VEB Pumpenwerke Halle 1945 - 1982. - Halle, 1983. - 25 S.

VEB Rationalisierung Halle

Betriebsgeschichte des VEB Rationalisierung Halle. Betrieb im Kombinat Anlagen- und Gerätebau Halle/bearbeitet und zusammengestellt im Auftrag der Geschichtskommission von Klaus Pilujski. - Halle, 1989. - 80 S. : Ill. ; 21 cm

VEB RFT Kontaktbauelemente und Spezialmaschinenbau Gornsdorf

Unser Betrieb und sein Weg : RFT, VEB Kontaktbauelemente und Spezialmaschinenbau Gornsdorf : 3 (drei) Jahrzehnte Entwicklung zu einem sozialistischen Großbetrieb / Autor Her-

bert Uhlig. Hrsg. anlässlich des 40. Jahrestages der DDR. - Gornsdorf, 1989. - 68 S. ; 21 cm

VEB RFT Nachrichtenelektronik

"Albert Norden" Leipzig

Geschichte des VEB RFT Nachrichtenelektronik "Albert Norden" : Betrieb im VEB Kombinat Nachrichtenelektronik : Beiträge zur Betriebsgeschichte. Teil 1 (1885 - 1971). - Leipzig, 1988. - 55 S. : 40 S. Ill. ; 29 cm

VEB Robotron Büromaschinenwerk

Sömmerda

Freundschaft in Aktion : VEB Büromaschinenwerk Sömmerda. - Sömmerda, 1985. - 15 S.

VEB Robur-Werke Zittau

Wir stärken und schützen unser sozialistisches Vaterland : 1953 - 1988 : 35 (Fünfunddreißig) Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Geschichtliche Entwicklung in Daten und Fakten sowie in Wort und Bild / VEB Robur-Werk Zittau. Betrieb des IFA-Kombinates Nutzkraftwagen, Werk 7 Feuerlöschgerätewerk Görlitz. - Görlitz 1988. - 32 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Rohrleitungsbau Aschersleben

90 (Neunzig) Jahre Betrieb - 40 Jahre Volkseigentum : VEB Rohrleitungsbau Aschersleben : Betrieb des VEB Kombinat Kraftwerksanlagenbau ; 1948 - 1988. - Aschersleben, 1988. - 47 S. : Ill. ; 30 cm  
/Umschlagt.:/ 40 (Vierzig) Jahre volkseigener Betrieb

VEB Roßweiner Achsen-, Federn- und Schmiedewerke "Hermann Matern"

Wir Schmiedewerker. Beiträge zur Geschichte des VEB Roßweiner Achsen-, Federn- und Schmiedewerke "Hermann Matern". - Roßwein, 1989. - 93 S. : Ill. ; 21 cm

VEG Saatzucht Zierpflanzen Erfurt

Anton, Dieter: Die Durchsetzung des wissenschaftlichen Fortschritts mit Hilfe der Neuererbewegung im VEB Saatzucht Zierpflanzen Erfurt unter besonderer Berücksichtigung der Leitung und Planung des Neuererwesens und der Stimulierung der Schöpferkraft der Werktätigen. - Dissertation A Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft

der DDR, 1988. - Bd. 1: 159 Bl. + Thesen; Bd. 2 Anlagen. - 29 cm

VEB Sächsische Ziegelwerke Dresden

Wauer, Joachim: Beiträge zur Geschichte (SZW) / VEB Sächsische Ziegelwerke Dresden. - Dresden, 1988. - 31 S. : Ill. ; 20 cm

VEB Schachtbau Nordhausen

Schachtbau Nordhausen : 1947 - 1987 ; Beiträge zur Betriebsgeschichte / VEB Schachtbau Nordhausen im VEB Mansfeld-Kombinat Wilhelm Pieck. - Nordhausen, 1987. - 58 S. : zahlr. Ill. (z. T. farb.) ; 19 cm

VEB Schiffsanlagenbau Barth

Umland, Rudi: VEB Schiffsanlagenbau Barth : 1948 - 1988. - Barth, 1988. - 47 S. : Ill. ; 19 x 20 cm

VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock

Abriß der Geschichte der FDJ-Grundorganisation "Bruno Tesch" des VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock. - Rostock 1984. - 96 S. : Ill.

Bilanz in Bildern : Eine Bildchronik zur Entwicklung der Neptunwerft und ihrer Vorläuferbetriebe seit 1850 ; VEB Schiffswerft "Neptun" / Manuskr.: Jochen Stahl. - Rostock, 1988. - 96 S. : zahlr. Ill. ; 21 x 29 cm

Max Pagel - Werftarbeiter und Kommunist. 26. 1. 1904 bis 20. Juli 1975 / Betriebsberufsschule "Max Pagel". - Rostock, 1984. - 32 S.

VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock : Chronik. - Rostock, 1980.

VEB Schuhfabrik "Banner des Friedens" Weißenfels

30 (Dreißig) Jahre VEB Schuhfabrik "Banner des Friedens". - Weißenfels, 1981. - 36 S.

Schweriner Straßenbahn

Groppa, Kurt: Einst 2 (zwei) PS - heute Tatrazug : zur Geschichte der Schweriner Straßenbahn. - Schwerin, 1988. - 79 S. : Ill. ; 24 cm  
(Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwerin : NF ; 27)

VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" Wildau

Woher wir kommen. Wer wir sind.  
Wohin wir gehen : aus der Geschichte des heutigen VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" Wildau im SKET Magdeburg. - Wildau, 1989. - 72 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Schwermaschinenbau S. M. Kirow Leipzig

Aus der Geschichte des VEB S. M. Kirow, Leipzig. - Leipzig. - 21 cm  
Teil 3. Die Aufgabenstellung des I. Fünfjahrplanes fordert hohe Einsatzbereitschaft von den Kirow-Werkern ... : die Entwicklung des Betriebes und seiner Parteiorganisation während des I. Fünfjahrplanes 1950/51 - 1955/56. - 1988. - 52 S. : Ill.  
Teil 4: Bewährung der Kirow-Werker im Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse : Die Entwicklung des Betriebes und seiner Parteiorganisation in der Zeit von 1955/56 - 1960/61. - 1989. - 24 S. : Ill.  
/Umschlagt./ Betriebsgeschichte VEB Schwermaschinenbau S. M. Kirow Leipzig

VEB Schwermaschinenbau Lauchhammerwerk

Geschichte der Arbeiterklasse im Lauchhammerwerk : Betriebsgeschichtliche Schriftenreihe ; VEB Schwermaschinenbau Lauchhammerwerk, Bagger-, Förderbrücken- und Gerätebau. Betrieb im Schwermaschinenbaukombinat TAKRAF/ausgearbeitet und zusammengestellt von der Kommission für Betriebsgeschichte. - Lauchhammer. - 21 cm  
Teil 5. Geschichte der Kampfgruppen-einheit Karl Kittelmann. - 1988. - 80 S. : Ill.  
Teil 6. Abriß zur Geschichte der Arbeiterbewegung des Lauchhammerwerkes von 1952 bis 1962. - 1989. - 80 S. : Ill.

Im roten Ländchen leben die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse weiter : 1. Traditionskonferenz des VEB Schwermaschinenbau Lauchhammerwerk zur Wahrung und Pflege des revolutionären Erbes am 16. Juni 1988 in Lauchhammer. - Lauchhammer, 1988. - 66 S. : Ill. ; 21 cm  
/Umschlagt./ Geschichtskennntnis entwickelt Geschichtsbewußtsein

VEB Schwermaschinenbaukombinat "Ernst Thälmann" Magdeburg

Auferstanden aus Ruinen : Betriebsgeschichte des VEB Schwermaschinenbaukombinat "Ernst Thälmann" Magdeburg - Stammwerk. - Magdeburg, o. J. - 108 S. : Ill.

SKET-Report : 20 (Zwanzig) Jahre VEB Schwermaschinenbau-Kombinat "Ernst Thälmann" Magdeburg. - Magdeburg, 1988. - 32 S. : zahlr. Ill. (farb.) ; 30 cm

ZBO "VI. (Sechster) Parteitag" Nebra  
Baier, Rainer/Scheidung, Klaus: 25 (Fünfundzwanzig) Jahre ZBO "VI. Parteitag" Nebra Sitz Kahlwinkel : 25 Jahre Bauen auf dem Lande ; 1963 - 1988. - Kahlwinkel, 1988. - 29 S. : Ill. ; 15 x 21 cm

VEB Seehafen Rostock  
Zeittafel zur Geschichte des Rostocker Hafens. - o. O. 1985. - 66 S.

VEB Seehafen Wismar  
Die Geschichte des Seehafens Wismar. - Wismar, 1981. - 87 S.

VEB Spezialbaukombinat Magdeburg  
Der Baugeneral : Erinnerungen an den ersten Generaldirektor des VEB Spezialbaukombinat Magdeburg. - Magdeburg, 1984. - 22 S. : Ill.

VEB Spinndüsenwerk Gröbzig  
Schmid, F./Klabes, H./Viertel, I.: Menschen unserer Zeit. - Gröbzig, 1980. - 26 S.

VEB Spinnereimaschinenbau Karl-Marx-Stadt  
Hofmann, Ernst: Aus dem Kampf der Chemnitzer Hartmann-Arbeiter in der Mitte des 19. Jahrhunderts. - Karl-Marx-Stadt, 1983. - 48 S. : Ill.

VEB Stahlgießerei Elstertal Silbitz  
Unser Stahl dem Frieden : Geschichte des VEB Stahlgießerei Elstertal Silbitz von 1970 bis 1987/Konzeption und Text: Karl Chalupa. - Gera, 1989. - 94 S. Ill. ; 21 cm

VEB Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt  
Bausch, Wolfgang/Müller, Jochen: Der Kampf der RFB- und RJ-Ortsgruppe Einsiedel gegen Militarismus, Faschis-

mus und Krieg. - Karl-Marx-Stadt, 1981. - 38 S. : Ill. (als Manusk. gedr.)

Der Kampf um die Macht : Beiträge zur Geschichte des VEB Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt. Teil 1. 1916 - 1963. - Karl-Marx-Stadt, 1981. - 64 S. : Ill.

VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz  
Betriebsgeschichte : VEB Stahl- und Walzwerk Gröditz im VEB Rohrkombinat : Abschnitt 1945 bis 1949/ausgearbeitet und zusammengestellt von der Kommission Betriebsgeschichte der Zentralen Parteileitung. - Gröditz, 1988. - 99 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Straßen- und Tiefbaukombinat Magdeburg  
Betriebsgeschichte : Kampf um die Erfüllung der Parteitagebeschlüsse (zwischen dem VII. und XI. Parteitag 1968 - 1988)/Autorenkollektiv: Arbeitsgruppe der BPO. - Magdeburg, 1988. - 100 S. : Ill. ; 21 cm

Kooperation Teutschenthal  
Auerbach, Hugo: Früchte des Bündnisses : 30 (Dreißig) Jahre LPG Kooperation Teutschenthal. - Teutschenthal, 1982. - 27 S. : Ill.

VEB Textilveredlung Großenhain  
Betriebsgeschichte der Kattundruckerei Großenhain bis zum VEB Textilveredlung Großenhain : 225 Jahre Textildruck Großenhain 1763 - 1988. - Großenhain, 1988. - 24 S. : Ill. ; 21 cm

LPG (T) "Thomas Müntzer" Axien  
LPG Tierproduktion "Thomas Müntzer"  
Axien : Ein Beitrag zur Agrargeschichte des Kreises Jessen. - Jessen, 1988. - 11 S. : Ill. ; 21 cm

LPG (T) "Thomas Müntzer" Hoym  
Die Enkel fechten's besser aus : eine Chronik vom ersten Tage an ; die Betriebsgeschichte der LPG (T) "Thomas Müntzer" Hoym, 1952 - 1989/  
Hrsg. zum Thomas-Müntzer-Jahr 1989. - Hoym, 1989. - 47 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Thüringer Glasschmuck Lauscha  
Werden und Wachsen des VEB Thüringer Glasschmuck Lauscha (Thürw.) ; 30 Jahre Entwicklung von Heimarbeit und Verlegersystem zur hochproduktiven maschinellen Produktion verbunden mit

traditioneller Handarbeit in zentralen Fertigungsstätten ; original Thüringer Christbaumschmuck/Verf.: Geschichtskommission der BPO. - Lauscha, 1989. - 96 S. : Ill. ; 21 cm  
/Umschlagt./ 30 (Dreißig) Jahre volkseigene Baumschmuckindustrie : 1959 - 1989 ; zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR - ein Beitrag zur Betriebsgeschichte : VEB Thüringer Glasschmuck Lauscha (Thürw.) Betrieb des VEB Kombinat Technisches Glas Ilmenau

VEB Obertrikotagen Apolda  
Bahr, Thomas: Der Weg der Wolle : ein Gebäude erzählt aus der Geschichte der Wirkerei und Strickerei in Apolda / Museum: Kulturbund der DDR, Kreisorganisation Apolda : VEB Thüringer Obertrikotagen. - Apolda, 1989. - 16 S. : Ill. ; 20 cm

Opitz, Gerda: Die Formierung des Betriebskollektivs des VEB Thüringer Obertrikotagen Apolda zwischen dem VIII. und X. Parteitag der SED. - Apolda, 1981. - 62 S. (als Manusk. gedr.)

VEB Tierzucht Dresden  
40 (Vierzig) Jahre Schweinezucht im Bezirk Dresden : 1945 - 1985/ Autoren: Günter Möbius, R. Hennig. - Dresden, 1985. - 131 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Traktoren- und Dieselmotorenwerk Schönebeck Elbe  
Betriebsgeschichte VEB Traktoren- und Dieselmotorenwerk Schönebeck, Betrieb des Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt (Sachsen). - Schönebeck. - 30 cm  
Teil 2. Das Traktorenwerk Schönebeck und seine Vorgängerbetriebe von der Zerschlagung des Faschismus im Jahre 1945 bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1961 : 1945 - 1961 / bearbeitet von Wilhelm Lohoff. - 1986. - 99 S. : Ill.

40 (Vierzig) Jahre Dieselmotoren aus Schönebeck : Festschrift zum 40. Jahrestag der Gründung des Betriebes der Motorenbauer. - Schönebeck, 1986. - 44 S. : Ill.

Typoart, Dresden  
Die Entwicklung des Betriebes Typoart in Fakten und Daten 1945 - 1985 : hrsg. aus Anlaß des 40. Jahrestages

der Überführung des Betriebes in Volkseigentum am 1. Juli 1988/erarbeitet von der Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte.  
- Dresden, 1988. - 72 S. : 16 gez. S. Ill. ; 26 cm

#### VEB Vereinigte Gießereien Aue

Das Eisen fließt ... : Geschichte des VEB Vereinigte Gießereien Aue im Kombinat ORSTA-Hydraulik/zusammengestellt und erarbeitet von Gerhard Gläser. - Aue, 1988. - 48 S. ; 20 x 21 cm

#### VEB (B) Verkehrs- und Tiefbaukombinat Dresden

Chronik zur Geschichte des VEB (B) Verkehrs- und Tiefbaukombinates Dresden. Teil 1 und 2. 1945 - 1968/Hrsg. aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der DDR 1989 und des 20jährigen Bestehens unseres Kombinates 1988. Verantw. für den Inhalt: Geschichtskommission der BPO. - Dresden, 1989. - 71 S. : Ill. ; 21 cm

Betrieb Löbau 3 (drei), VTKD.  
- Löbau, 1988. - 40 S. : Zahlr. Ill. (farb.) ; 21 cm

#### VEB Wälzlagerwerk Fraureuth

Vom Preßholzkäfig zum Präzisionslager. Bd. 1 der Geschichte des VEB Wälzlagerwerk Fraureuth/Autorenkoll. Helmut Biering und Geschichtskommission der BPO. - Fraureuth, 1988. - 63 S. : Ill. ; 30 cm

#### VEB Waggonbau Ammendorf

Fabian, Wolfgang: Erinnerungen und Erfahrungen : Ammendorfer Gespräche. Beiträge zur Betriebsgeschichte des VEB Waggonbau Ammendorf. - Ammendorf, 1988. - 80 S. : Ill. ; 21 cm

#### VEB Walzwerk Finow

Betriebsgeschichte VEB Walzwerk Finow. Teil 2. 1951 bis 1958.  
- Finow, 1988. - 96 S. : Ill. ; 19 x 20 cm  
/Umschlagt.:/ Mehr Stahl für unsere Republik

#### VEB Walzwerk "Hermann Matern"

35 (Fünfunddreißig) Jahre VEB Walzwerk "Hermann Matern" Burg : 1949 - 1984. - o. O. o. J. - 10 S. : Ill.

#### VEB Walzwerk Hettstedt

Aus der Geschichte des VEB Walzwerk Hettstedt. - Hettstedt. 2. Hofmann, G./Folger, H.: Walzwerker auf bewährtem Kurs. - 1981. - 91 S.  
3. Chronik des Kupfer- und Messingwerkes Hettstedt 1909 - 1945. - 1983. - 16 S.  
4. Wiegand, Dieter: Unter dem Banner der Freundschaft. - 1984. - 91 S.  
Bilanz zwischen dem X. und XI. Parteitag der SED. - Hettstadt, 1985. - 58 S.

Initiativen - Ergebnisse - Erfahrungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitages der SED. - Hettstedt, 1984. - 52 S.

Schenk, S. u. a.: 35 (Fünfunddreißig) Jahre Walzwerk Hettstedt. - Hettstedt, 1984. - 52 S.

#### VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rostock

VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Rostock : 1964 - 1989.  
- Rostock, 1989. - 48 S. : Ill. ; 19 x 20 cm

#### VEB Werkzeugkombinat Schmalkalden

Aus der Geschichte des VEB Werkzeugkombinat Schmalkalden, Stammbetrieb. Teil 1. Smalcalda - Tradition und Fortschritt. - Schmalkalden, 1988. - 70 S. : Ill. ; 21 cm

#### VEB Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben

Zwei Brigaden und ihr Werk : VEB Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben. - Aschersleben, 1988. - 24 S. : Ill. ; 19 x 20 cm

#### SDAG Wismut

Chronik der Gebietsorganisation Wismut der FDJ für die Jahre 1946 - 1961.  
- Karl-Marx-Stadt, 1985. - 139 S. : Ill.

Dokumente zur Geschichte der IG Wismut : Beratung des Sekretariats des Zentralvorstandes der IG Wismut zu ausgewählten Problemen der Geschichte des IG Wismut anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. - Karl-Marx-Stadt, 1988. - 72 S. : Ill. ; 21 cm

Revolutionäre Kämpfer : Biographische Skizzen. - Karl-Marx-Stadt, 1984.

- 35 S. : Ill.

Zur Geschichte der Gebietsparteiorganisation Wismut der SED.

1. Die Gründung und Entwicklung der SED-Parteiorganisation in der AG Wismut und ihre Beitrag zur Stärkung und Festigung der Kräfte des Friedens und des Sozialismus : 1947 - 1949. - Karl-Marx-Stadt, 1989. - 87 S. : Ill. ; 29 cm

SDAG Wismut. Aufbereitungsbetrieb Crossen

SDAG Wismut - Aufbereitungsbetrieb Crossen : 30 (Dreißig) Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse. - Karl-Marx-Stadt, 1983. - 36 S. : Ill.

VEB Wohnungsbaukombinat "Fritz Heckert" Berlin

Marczok, Franz: Stationen unserer Geschichte. - Berlin, 1989.

- 156 S. : Ill. ; 19 x 20 cm

VEB (B) Wohnungsbaukombinat Dresden

Chronik zur Geschichte des VEB (B) Wohnungsbaukombinat Dresden. T. 3. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität im Wohnungsbau auf dem Hauptweg der Intensivierung (1971 - 1981)/ Hrsg. anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Autor Roland Urban in Zusammenarbeit mit der Geschichtskommission der Zentralen Parteileitung. - Dresden, 1989. - 96 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Wohnungsbaukombinat Magdeburg Betriebschronik des Wohnungsbaukombinates Magdeburg. - Magdeburg. - Ill.

1945 - 1961. - 1985. - 116 S.

1962 - 1965. - 1985. - 106 S.

1966 - 1971. - 1986. - 89 S.

1972 - 1975. - 1986. - 194 S.

VEB Wohnungsbaukombinat Rostock

Chronik zur Geschichte des VEB Wohnungsbaukombinat Rostock.

Teil 1. 1945 - 1963. - Rostock, 1988.

- 48 S. : Ill. ; 19 x 20 cm

VEB Wolldeckenfabrik Aschersleben

40 (Vierzig) Jahre: 1949 - 1989 :

VEB Wolldeckenfabrik Aschersleben/ erarbeitet: AG "Junge Historiker",

Werner-Lamberger-Oberschule Aschersleben. - Aschersleben, 1988. - 31 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Zetti Zeitz

30 (Dreißig) Jahre Geschichte des VEB Zetti Zeitz. - o. O. 1982. - 48 S.

LPG "Zuchtzentrum" Linden/Gleichamberg

Beiträge zur Geschichte der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im östlichen Gleichberggebiet 1953 - 1988 Territorium der LPG "Zuchtzentrum" Linden/Gleichamberg). - Eisfeld, 1989. - 47 S. : Ill. ; 21 cm

VEB Zuckerfabrik Anklam

100 (Hundert) Jahre Zuckerfabrik Anklam - 35 Jahre volkseigener Betrieb 1883 - 1983. - Anklam 1983. - 75 S.

VEB Zuckerfabrik "F. C. Achard" Genthin

Entstehen und Werden : VEB Zuckerfabrik "F. C. Achard" Genthin/Autor: Andreas Oehme. - Genthin, 1988. - 100 S. : Ill. ; 30 cm

VEB Zuckerfabrik Letschin

Von Koppe & Co. zum volkseigenen Betrieb : Aus der Geschichte der Zuckerfabrik Letschin / Autor: Manfred Gill. - Letschin, 1988. - 69 S. : Ill. ; 21 cm

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

### Anmerkungen zu einer Malthus-Konferenz

#### Neuinterpretation eines alten Themas?

von Martina Krause/Salka Alfert

Das Schlagwort von der Bevölkerungsexplosion und der Hinweis auf die damit verbundenen ökonomischen, sozialen, ökologischen sowie politischen Probleme sind schon geraume Zeit sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in den Medien präsent. Heute leben bereits 5,3 Milliarden Menschen auf der Erde. Im Jahre 2000 werden es über 6 Milliarden sein. Die Menschheit wächst derzeit schneller, als noch vor kurzem prognostiziert wurde. So mußte die UNO ihre Vorhersage für das Jahr 2100 von 10,2 auf 11,3 Milliarden korrigieren. Dieses dramatische Bevölkerungswachstum wird bekanntermaßen vor allem durch die Entwicklungsländer getragen. Während die Bevölkerung dieser Länder 1900 etwa 62 % der Weltpopulation ausmachte, ist der Anteil heute auf 75 % gewachsen und wird im Jahre 2000 wahrscheinlich bei 80 % liegen.

Aber kann unsere Erde dieser wachsenden Zahl von Menschen eine würdige Existenz bieten? Es stellt sich angesichts des zunehmenden Anteils an Bevölkerungsgruppen, die ihre Grundbedürfnisse nicht befriedigen können, die notwendige Frage nach dem Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und ökonomischem Wachstum. Obwohl in den letzten Jahrhunderten mal mehr und mal weniger intensiv die Diskussion um neue Gesellschaftskonzeptionen auf der Tagesordnung stand, gewinnt sie aber heute wegen ihrer globalen Notwendigkeit und Tragweite eine qualitativ neue Dimension, geht es doch um nichts Geringeres als das zukünftige Überleben der Spezies Homo sapiens insgesamt.

Die den Entwicklungsländern suggerierten Modernisierungsvorschläge sowie deren entwicklungspolitische Umsetzung erwiesen sich vielfach als Sackgasse. Der real existierende Sozialismus ist aufgrund innerer Widersprüche zusammengebrochen. Aber auch der auf Profitmaximierung orientierte Kapitalismus war bisher noch nicht in der Lage, Lösungen für die globalen Probleme der Menschheit vorzulegen. Wie dem auch sei: Das Bevölkerungsproblem spielt bei der Suche nach Alternativen eine zentrale Rolle. In der theoretischen Diskussion zeigte sich bisher eine erstaunliche Meinungsvielfalt bezüglich des Stellenwertes, den der Faktor Bevölkerungsentwicklung für die zukünftige Entwicklung der Menschheit einnimmt. Der bekannte sowjetische Demograph Boris Ulanis machte bereits 1983 auf die unterschiedlichen Sichtweisen von Bevölkerungswissenschaftlern zu demographischen Vorgängen aufmerksam. So reichte die Palette vom "demographischen Alarmismus" (auch Neomalthusianismus genannt) bis zum "demographischen Utopismus". Die Neomalthusianer sehen als Folge des Bevölkerungswachstums unausweichlich Hunger, eine Erhöhung der Sterblichkeit, Seuchen sowie kriegerische Auseinandersetzungen. Die Populationisten befürworten wachsende Bevölkerungszahlen und wollen dies fördern. Die Maximalisten betrachten demographische Probleme als etwas Kontinuierliches, da die Erde auch ein Mehrfaches der heutigen Gesamtbevölkerung ernähren könnte. Und die Gruppe der Utopisten hält sogar eine Besiedlung des Weltalls als Lösung bereit sowie die Herstellung synthetischer Nahrung einschließlich der Nutzung der Weltmeere als Energie- und Nahrungsmittelquelle.<sup>(1)</sup> Mittlerweile sind die Positionen nicht mehr

1 Vgl. Ulanis, Boris, Bevölkerungprobleme: diverse Lösungen, in: Demographische Prozesse - Probleme der Modernen Welt, Moskau 1983, S. 32 - 36.

so extrem gegensätzlich und auch realitätsbezogener. Die Frage, ob rasches Bevölkerungswachstum als ein entscheidendes Element des sozialen und ökonomischen Fortschritts oder als Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung einzuordnen sei, ist letztendlich noch nicht ausdiskutiert, aber die Waage scheint sich zugunsten des zweitgenannten Standpunktes zu neigen.

Im Hinblick auf den neu entfachten Disput ist es nicht verwunderlich, wenn die Ansichten der theoretischen Wegbereiter der Demographie auf ihre heutige Aussagekraft hin untersucht werden. So erlebt die Lehre von Thomas Robert Malthus seit den 50er Jahren eine wahre, zunächst noch undifferenzierte Renaissance, wobei die sehr konträre Auseinandersetzung mit seinen Hauptwerken seit ihrem Erscheinen eigentlich nie wirklich beendet war. Wieviel Diskussionsstoff seine Theorie auch heute noch enthält, zeigt sich ebenfalls darin, daß das Institut für Demographie am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin aus Anlaß des 225. Geburtstages von Malthus dessen Lehre in den Mittelpunkt des IX. Internationalen Demographischen Seminars stellte. Die Konferenz wurde am 4. Oktober 1990 unter Beteiligung von über 50 Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland durchgeführt. Erforderlich wurde diese nochmalige Diskussion um die Malthussche Theorie nicht allein wegen der immer schärfer zutage tretenden Konsequenzen und Gefahrenpotentiale des Bevölkerungswachstums. Wie Parviz Khalatbari hervorhob, wurde in den sozialistischen Ländern die Auseinandersetzung mit dem Malthusianismus lange Zeit nicht nur einseitig, engstirnig und herablassend geführt, sondern auch ohne eine wirklich kreative Weiterentwicklung.(2) Auf die Spitze trieb man diesen Dogmatismus dadurch, daß in der Zeit zwischen der Herausbildung sozialistischer Staaten und dem Ende der 60er Jahre jeder Wissenschaftler, der sich theoretisch mit demographischen Prozessen zu beschäftigen versuchte, von vornherein als (Neo-)Malthusianer abgestempelt wurde. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, eine Neubewertung der Malthusschen Gedanken und seiner Person vorzunehmen.

Um jedoch eine ausgewogene Einschätzung seines Lebenswerkes zu ermöglichen, lohnt es, Hintergründe der Entstehung von Malthus' Hauptwerken in Erfahrung zu bringen bzw. die Lebensumstände Ende des 18./Anfang des 19. Jh. näher zu betrachten, was anschließend in knapper Form erfolgen soll.

Malthus lebte von 1766 bis 1834. Er wuchs in einer wohlhabenden Landbesitzerfamilie bei Guilford (England) auf und ererbte vom Vater ein ausgeprägtes Interesse für die Wissenschaft, nicht aber dessen Geisteshaltung. Trotz einer Gaumenspaltung, die ihn Zeit seines Lebens stark beim Sprechen behinderte, zählte er während seiner Studienzeit am Jesus College in Cambridge zu den Begabtesten und konnte mit großem Eifer und Willenskraft hervorragende Leistungen erzielen.(3)

Seine publizistische Laufbahn begann im Jahre 1798 mit der Veröffentlichung seines Buches "An essay on the principle of population, as it affects the future improvement of society, with remarks on the speculations of Mr. Godwin, Mr. Condorcet, and other writers", im folgenden kurz "First Essay" genannt. Der Ursprung dieses Werkes liegt in der Auseinandersetzung mit den vom Vater begeistert vertretenen sozialutopischen Ideen Godwins, die auf eine solidarische Weltgemeinschaft in absoluter "Gleichheit und Glückseligkeit" abzielten.

Malthus sah sich veranlaßt, seine Kritik an diesen Gedanken schriftlich darzulegen, und machte deutlich, daß diese Utopien nicht mit den natürlichen Gesetzen, die die Verhältnisse von Natur und Gesellschaft regulieren, vereinbar seien. Er stieß damit auf eine überwältigende, dauerhafte Resonanz, wofür mehrere Gründe verantwortlich zeichnen. Das "First Essay" war das Buch der Stunde; es entsprach dem Bedürfnis der herrschenden Kreise nach einer logischen Begründung der sich in der Niedergangsphase befindlichen Gesellschaftsordnung. Der mit dem Beginn des Zeit-

2 Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften. Zu Problemen der Demographie, hg. v. Parviz Khalatbari, Berlin 1991, S. 6 f.

3 Steinmann, Gunter, Thomas Robert Malthus, in: ebenda, S. 44.

alters der industriellen Revolution in England einsetzende Umbruch war mit tiefgreifenden Veränderungen aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens verbunden. Auch die demographischen Prozesse unterlagen einer Wandlung, was sich vor allem in dem verstärkt einsetzenden Bevölkerungswachstum zeigte. Die Bevölkerung von England und Wales erfuhr im Zeitraum von 1740 bis 1821 eine Verdopplung und wies in der Dekade von 1811 bis 1821 jährliche Wachstumsraten von 1,6 bis 1,8 % auf, was im Gegensatz zu der für das Jahr 1741 angegebenen Rate von 0,4 % eine beträchtliche Steigerung bedeutete.(4) Für dieses Wachstum war typisch, daß es von Armut, Hungersnöten und Epidemien begleitet wurde. Tatsächlich stieg die Anzahl der Armen enorm - in den letzten 15 Jahren des 18. Jh. mußten die Kommunen ihre Ausgaben zur Unterstützung dieser Menschen verdoppeln.

Malthus begab sich mit seinen Essays auf die Suche nach einer Erklärung für diese ihn sehr beunruhigenden und erschreckenden Prozesse. 1803 veröffentlichte er dann das sog. Second Essay: "An Essay on the Principle of population, or a view of its past and present effects on human happiness". Hier polemisierte er nicht mehr gegen die Träumereien von Godwin, sondern widmete sich voll und ganz dem Ziel, seine Bevölkerungstheorie empirisch zu untermauern, wozu ausgedehnte Reisen durch verschiedene Länder Europas dienten.

Der in seinen Werken enthaltene Appell, "menschliche Vernunft" walten zu lassen, bringt ihm als Begründer der Bevölkerungsgesetze auch persönlichen Hohn und Spott, da er mit seiner Cousine H. Eckersall, die er im Alter von 38 Jahren heiratete, innerhalb von drei Jahren drei Kinder zeugte. Im Jahre 1805 erhielt Malthus in Haileybury eine für Politische Ökonomie erstmals verliehene Professur, die er bis zu seinem Tode innehatte. Malthus übte außerdem in beträchtlichem Umfang Gewicht auf politische Entscheidungen aus und griff in einer Vielzahl von Artikeln und Streit-schriften insbesondere in die Diskussion um die Armen- und Korngesetze ein. Angesichts des nachhaltigen Einflusses, den das umfangreiche Werk von Malthus hinterließ, scheint folgende Würdigung seiner Verdienste gerechtfertigt: "Ließe sich die Größe eines Mannes an seiner Wirkung auf das Leben der Menschen ermes-sen, es dürfte nur wenig Männer gegeben haben, die größer waren als Malthus".(5)

Was beinhaltete das Malthussche Theoriengebäude nun wirklich, daß es über Jahr-hunderte immer wieder in den Mittelpunkt von bevölkerungspolitischen und -theoreti-schen Diskussionen gerückt wurde? Erst einmal muß festgehalten werden, daß viele, die sich mit seiner Lehre auseinandersetzten, ihren "eigenen" Malthus hatten, d. h., es wurden nur jene Passagen herangezogen, die entweder seinen Befürwortern oder seinen Gegnern zur Beweisführung geeignet erschienen.(6) Ebenso war eine unter-schiedliche Auslegung der einzelnen Thesen nicht ungewöhnlich, so daß auch auf-grund des aus dem Zusammenhangreißens Mißinterpretationen auftraten. Deutlich wird dies u. a. daran, daß der Begriff (Neo-)Malthusianismus fälschlicherweise ein Synonym für Familienplanung wurde, obwohl sich Malthus keineswegs für eine solche Planung nach heutigem Verständnis einsetzte.

Interessant ist der Hinweis von Mihai Tarça, daß der italienische Mönch Giammaria Ortes (1713 - 1790) in einer seiner Studien bereits 8 Jahre vor Erscheinen von Malthus' erstem Hauptwerk jene drei Grundgedanken vertrat, die Malthus im First Essay ebenfalls darlegte und die ihn berühmt machten. Sowohl Ortes als auch Mal-thus waren der Auffassung, daß die Bevölkerung in geometrischer Reihe anwächst, die Nahrungsmittelproduktion jedoch nur in arithmetrischer Linie erfolge. Um wie-der ein Gleichgewicht zwischen beiden Komponenten herzustellen und das Bevölke-

4 May, T., *An Economic and Social History of Britain 1760 - 1970*, New York 1987, S. 9.

5 Russel, Bertrand, *Freiheit und Organisation 1814 - 1914*, Berlin 1948, S. 99.

6 Vgl. Croom, Jürgen, *Theorienbildung zwischen Natur und Kultur*. Lujo Brentano und Julius Wolf - malthuskritische Varianten nationalökonomischer Deutungen sozialen und demographischen Wandels, in: Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften, S. 132.

ungswachstum zu stoppen, schlugen beide als präventiven Weg späte Heirat bzw. "Enthaltsamkeit von der Ehe" vor.(7)

Bislang beschränkte sich die geschichtliche Aufarbeitung demographischer Lehrmeinungen vor allem auf Johann Peter Süssmilch und Malthus. Der Verweis von Tarça auf Ortes macht jedoch deutlich, daß auf dem Gebiet der sog. Dogmengeschichte noch längst nicht alle relevanten Äußerungen Beachtung fanden bzw. aufgearbeitet wurden. Warum diese Thesen letztendlich Malthus und nicht Ortes solchen Bekanntheitsgrad und Aufmerksamkeit verschafften, muß hier dahingestellt bleiben. Ein wichtiger Fakt ist u. E. aber darin zu sehen, daß die Bedeutung der Malthusschen Lehre sich keineswegs auf diese Aussagen beschränkt, sondern sozusagen nur als Gerüst diene. Obwohl sich schon vor ihm eine Reihe von Gelehrten mit dem Problem der Korrelation von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichem Wachstum beschäftigte (z. B. im 16. Jh. die Italiener Giovanni Botero, der Engländer Sir Walter Raleigh sowie im 18. Jh. der Chinese Hung Liang-Chi und der Engländer Joseph Townsend), kann Malthus doch in Anspruch nehmen, diese Thematik als einer der ersten in umfassender Weise behandelt und eine der Komplexität des Themas angemessene Theorie entwickelt zu haben. In seinen drei wissenschaftlichen Hauptwerken ist auch eine logische Reihenfolge von Bevölkerungstheorie, empirischer Untermauerung und Bevölkerungspolitik zu verzeichnen.

Malthus beschäftigte sich ebenfalls mit der bis in die Gegenwart nicht vollständig geklärten Frage des Zusammenspiels der beiden demographischen Determinanten Fruchtbarkeit und Sterblichkeit. Hat die Fruchtbarkeit die Tendenz, sich an das Niveau der Mortalität anzupassen, oder paßt sich die Sterblichkeit dem Grad der Geburtenrealisierung an? Malthus ging von der zweiten Annahme aus. Eine Bevölkerung wachse, wenn die Menschen nicht bewußt die Fruchtbarkeit regulieren würden, bis aufgrund der nicht Schritt haltenden Subsistenzmittelproduktion ein Ungleichgewicht entstehe, dessen negative Folgen Hungersnöte, Krankheiten und kriegerische Auseinandersetzungen seien. Durch Armut und Elend steige das Sterblichkeitsniveau, dies führe zur Bevölkerungsreduzierung, und der Kreislauf könne von vorn beginnen. Als Regulator sah Malthus also die Sterblichkeit. Faktoren, die einen Anstieg der Mortalität bewirken, klassifizierte er - für uns heute unverständlich - als positive Hemmnisse des Bevölkerungswachstums.

Angesichts dieser Gedankengänge ist es nicht verwunderlich, daß Malthus jede Form der Armenunterstützung von seiten des Staates oder der Kommunen ablehnte. Er begründete dies damit, daß solche Hilfe die Not nicht lindern würde, sondern Heirat und Fruchtbarkeit fördere und somit die Lage der sozial benachteiligten Schichten eher verschlimmern könnte. Gunter Steinmann wies darauf hin, daß Malthus mit dieser Sicht den damals Herrschenden eine ideologische Rechtfertigung für die Kürzung der Sozialausgaben in die Hand gab.(8)

Durch die Naturwissenschaften wurde der Beweis erbracht, daß sich im Tierreich ein gleichgewichtiges Verhältnis zwischen den beiden Determinanten des Vermehrungsprozesses durch die Anpassung der Fruchtbarkeit an das jeweils existierende Sterblichkeitsniveau ergibt. Beobachtungen machten deutlich, daß bei niederen Arten das Vernichtungsrisiko am größten ist. Dementsprechend muß die Fruchtbarkeit sehr hoch sein, damit der Bestand der Art gesichert werden kann. Khalatbari vertritt die Meinung, daß der Mensch die einzige biologische Art ist, die durch die Fähigkeit des Intellekts und des bewußten Handelns ihren Stoffwechsel mit der Natur zu modifizieren in der Lage ist. Daraus ergibt sich ein sich wandelndes Sterblichkeitsregime entsprechend der qualitativ immer besseren Auseinandersetzung mit der Natur. Aber erst im Zuge der industriellen Revolution gelang es den Menschen, die Kontrollierbarkeit der Sterblichkeit und somit deren Reduzierung zu einem irreversiblen Prozeß zu machen. Auf diese Weise war andererseits auch die Möglichkeit

7 Tarça, Mihai, Malthus Theory and Population Prognosis Models, in: ebenda, S. 117.

8 Steinmann, S. 60.

bzw. die Notwendigkeit eines Geburtenrückganges gegeben. Daß sich während der ganzen Zeit der menschlichen Existenz langfristig gesehen immer wieder ein gleichgewichtiges Verhältnis von Sterblichkeit und Fruchtbarkeit herausbildete, darf wohl als Tatsache angesehen werden – auch wenn die heute nicht gesicherte einfache Reproduktion in vielen Industrieländern durchaus Skeptiker auf den Plan ruft. Bisher weitgehend ungeklärt ist noch die Frage, durch welche Steuerungsmechanismen sich in der Natur und auch beim Menschen die Anpassung der Fruchtbarkeit an das sich modifizierende Sterblichkeitsniveau vollzieht.(9) Wie und durch welche Mechanismen erfolgt beispielsweise der nach größeren militärischen Auseinandersetzungen oft beobachtete "Babyboom"? Durch welche "Befehle" wird der Mensch dazu angehalten, "Kriegsverluste" durch eine erhöhte Geburtenrate, die über dem Vorkriegsniveau liegt, auszugleichen?

Malthus war laut Rainer Mackensen einer der ersten, der – obwohl in beträchtlichem Maße noch naturwissenschaftlichen Mustern verhaftet – dem menschlichen Verhalten in bezug auf das Fruchtbarkeitsniveau eine angemessene Bedeutung beimaß. Indem Malthus in den demographischen Prozessen gesellschaftlich und sozial bedingte Faktoren sah, wird er nicht nur als ein Stammvater der Bevölkerungssoziologie eingestuft. Damit unterbreitete er ebenfalls Ansätze, um Bevölkerungsprozesse aus dem rein biologisch festgelegten Erklärungsbereich herauszuführen. Neben den bereits erwähnten positiven Hemmnissen eines maximalen Bevölkerungswachstums sah Malthus die vorbeugenden Faktoren. Hiermit sprach er die Fähigkeit des Menschen an, durch bewußtes Handeln die Fruchtbarkeit auf einem seiner Meinung nach erforderlich niedrigen Niveau zu halten. Er bejahte als vorbeugende Maßnahmen nur die "Enthaltsamkeit von der Ehe" (selbstverständlich unter völliger Ablehnung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs) bzw. die späte Heirat. Alle Formen der Empfängnisverhütung – selbst in einer legalisierten Partnerschaft – verurteilte er als Laster. Nach Meinung von Mackensen sah Malthus die Menschen vor dem Konflikt zwischen dem natürlichen Fortpflanzungstrieb und der menschlichen Vernunft. Er gab den Individuen einerseits einen Handlungsspielraum, führte sie jedoch aus dem angenommenen Widerspruch nicht heraus, da er nur die Wahl zwischen Elend und Laster ließ. Wenn der Mensch durch Vernunft seinen Fortpflanzungstrieb einschränkt, vermeide er zwar Elend, riskiere dafür aber Laster durch die Unterdrückung des biologisch determinierten Sexualtriebes. Elend stellt sich somit als Konsequenz der unkontrollierten Fruchtbarkeit dar und Laster als ihre Folge. Relativierend fügte Malthus allerdings hinzu, daß diese Konsequenzen nicht unausweichlich, aber wahrscheinlich sind.(10) Bezeichnend für ihn ist unserer Ansicht nach, daß er seelischen "Unzulänglichkeiten" den gleichen Stellenwert beimißt wie materieller Not. Die große Bedeutung, die das Problem Laster für Malthus spielt, ergibt sich aus seiner zutiefst religiösen Grundeinstellung als Geistlicher, was sich zwangsläufig in seinem Theoriengebäude niederschlägt. Das Individuum habe sich an die von der Kirche vorgegebenen Verhaltensnormen zu halten, die von Malthus in keiner Weise in Frage gestellt wurden.

Neben dem komplexen Einbringen demoökonomischer und sozialer Komponenten in die theoretische Reflexion der Bevölkerungsentwicklung unternahm Malthus auch den Versuch der Entwicklung eines generellen Prognosemodells. Dieses pessimistische und fatalistische Szenarium ging davon aus, daß Armut eine Konsequenz des Bevölkerungswachstums sei. Die ständige Gefahr einer Überbevölkerung stelle sich als ein Naturgesetz dar, dem man gehorchen müsse und das nur partiell umgangen werden kann.(11) Anzumerken bleibt unsererseits, daß der Verweis von Malthus hin-

9 Vgl. Khalatbari, Parviz, Malthus: Letzter Denker einer alten und Vordenker einer neuen Zeit, in: Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften, S. 21 – 23; derselbe, Bevölkerungsdynamik und Gesellschaft, Berlin 1977, Kap. 1.3 u. 1.4.

10 Vgl. Mackensen, Rainer, Die soziologischen Komponenten im Werk des Thomas Robert Malthus – ihre Theoriegeschichte und ihre gegenwärtige Bedeutung, in: Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften, S. 29, 35.

11 Vgl. Tarça, S. 120.

sichtlich der physischen Begrenztheit unseres Planeten angesichts des gegenwärtigen Bevölkerungswachstums allgemein und der industriellen Wachstumsspirale in den hochentwickelten Ländern nichtsdestotrotz von großer Bedeutung ist - auch wenn er seine Befürchtungen aus einem ursächlichen Zusammenhang heraus ableitete, der heute nicht mehr in dieser Form akzeptiert werden kann.

So waren es in der Vergangenheit vor allem zwei Ansätze von Malthus' Theorie, die seine Gegner heftig kritisierten. Einerseits wurde ihm vorgeworfen, daß er sowohl die Möglichkeiten zukünftiger Produktivkraftentwicklung (technischer Fortschritt) bei der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion völlig negierte, als auch den Beweis für eine stagnierende Subsistenzmittelproduktion schuldig blieb. Malthus konnte sich eine erhöhte Nahrungsmittelproduktion nur durch die Erweiterung der Anbauflächen vorstellen. Um so tragischer ist es, anmerken zu müssen, daß fast zwei Jahrhunderte nach Ausarbeitung seiner Thesen diese Tatsache für einen Großteil der Landwirtschaft der Entwicklungsländer immer noch zutrifft. Da England damals in der wirtschaftlichen Entwicklung die Spitzenposition in der Welt einnahm, war Malthus aus objektiven Gründen nicht in der Lage, Voraussagen über die Konsequenzen der industriellen Revolution bezüglich demographischer Prozesse zu machen. Auf diese zu beachtende Tatsache verwiesen einhellig mehrere Referenten.<sup>(12)</sup> Vielmehr versuchte Malthus, die Ursachen für qualitativ neue Erscheinungen im Rahmen der ihm bekannten, aber im Niedergang befindlichen Agrargesellschaft zu finden.

Nach aktuellen Berichten stehen - im Weltmaßstab gesehen - 10 % mehr Nahrungsmittel zur Verfügung, als gebraucht werden. Aber der Anteil der Weltbevölkerung, der unterhalb des Existenzminimums leben muß, beläuft sich für 1990 auf 520 Millionen und für das Jahr 2000 voraussichtlich auf 740 Millionen. Die drei Viertel der Menschheit, die momentan in den weniger entwickelten Ländern leben, verbrauchen nur 30 % der globalen Produktion an Nahrungsgetreide. Angesichts dieser Daten stellt sich uns zwangsläufig die Frage, ob die Bekämpfung des Hungers ein Problem des Mangels und des Bevölkerungswachstums schlechthin ist, wie Malthus es auslegte, oder ob wir es mit einem Verteilungsproblem zu tun haben. Andererseits wurde Malthus von verschiedenen Seiten kritisiert, weil er sein Vermehrungsgesetz als ewig gleichbleibendes Naturgesetz formulierte, ohne in gebührender Weise die zunehmende gesellschaftliche Modifizierung in Rechnung zu stellen. Karl Marx machte bereits darauf aufmerksam, daß es sich bei der Überbevölkerung nicht um ein Problem des Bevölkerungswachstums als solches handele, sondern daß hiermit eine historische Kategorie angesprochen sei, deren Entstehung und Qualität sich entsprechend dem jeweiligen System ändere.

Khalatbari fügte folgendes hinzu: Der Vermehrungsprozeß beim Menschen ist von der Art und Weise der Auseinandersetzung mit der Natur abhängig und unterliegt in Abhängigkeit von qualitativen Veränderungen dieses Stoffwechselprozesses einem bestimmten Typenwechsel. Der Reproduktionsprozeß des Menschen ist und bleibt zwar ein natürlicher und biologischer Vorgang, wird jedoch in zunehmendem Maße durch das bewußte Handeln der Menschen beeinflusst.<sup>(13)</sup>

Trotz dieser Einschränkungen hoben alle Vortragenden übereinstimmend den großen Einfluß von Malthus' Ideen auf die bevölkerungstheoretische Diskussion hervor. Die Bewertung seiner Leistungen wurde sehr differenziert gehandhabt, wobei man bemüht war, die gesellschaftlichen Zeitumstände und seine persönliche Entwicklung zu berücksichtigen. Malthus' Theorieansätzen wurde weder völlig zugestimmt, noch erfuhren sie eine totale Ablehnung, obwohl z. T. sehr subjektive Sichtweisen nicht zu leugnen sind. Dies wurde besonders deutlich bei der Einschätzung zukünftiger Bevölkerungsentwicklung, wo die einzelnen Referenten konträre Positionen vertraten, die eindeutig mit bevölkerungspolitischen Ambitionen korrelierten.

12 Vgl. Khalatbari, Malthus: Letzter Denker ..., S. 19; Mackensen, S. 29; Steinmann, S. 50; Tunzelmann, G. Nicholas v., Malthus, Innovation and Long Waves, in: Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften, S. 108.

13 Khalatbari, Malthus: Letzter Denker ..., S. 14 f.

Diejenigen, die das heutige globale Bevölkerungsproblem als nicht vorhanden oder nur als ein relatives betrachten, beziehen in die Prognosen nicht nur hochentwickelte Länder ein, sondern vertreten sogar die Auffassung, daß in Deutschland oder in den Industrieländern als solchen eine höhere Geburtenrate vonnöten wäre. Diese Vertreter neigen methodologisch gesehen eher dem individualtheoretischen Forschungsansatz zu, d. h., das Handeln der Individuen wird über gesellschaftliche Einbindungen gestellt. So registriert Mackensen bedauernd: "Und die individualistische Orientierung, die hinter der Verminderung der Familiengröße aus Gründen der individuellen Vernunft ... steht, läßt für eine gesellschaftlich begründete normative Dimension des generativen Handelns fast keinen Raum."(14) Unseres Erachtens reagiert der einzelne sehr wohl auf gesellschaftliche Zwänge und Normative, denn eine erhöhte Kinderzahl erweist sich mit unserer gesellschaftlich fundierten und normativ abgesteckten Berufswelt und den damit verbundenen Reproduktionsmöglichkeiten der Arbeitskraft als unvereinbar. Moralisch-sittliche Appelle an die Menschen, die der gesellschaftlichen Entwicklung entgegenlaufen, können nur erfolglos bleiben. Aber diese individualistische Sicht erscheint bestens geeignet, um staatliche Institutionen und deren Entscheidungen aus der Verantwortung zu entlassen und den einzelnen mit den Kosten und negativen Belastungen demographischer Erscheinungen wie Alterungsprozessen der Population zurecht kommen zu lassen.

Eine andere Meinung besteht darin, daß - unter Zugrundelegung eines globalen und gesamtgesellschaftliche Strukturen berücksichtigenden Ansatzes - die heutigen Menschheitsprobleme ein überaus bedrohliches Stadium erreicht haben und die Existenz der Zivilisation bedrohen. Dabei wird die Ursache nicht in den natürlichen Grenzen unseres Planeten gesehen, sondern in den herrschenden sozialen Verhältnissen und in unserer der technischen Entwicklung nicht angepaßten Denkweise.

Obwohl im Vorfeld der Konferenz geplant war, der Aktualität des Malthusschen Denkens zum Komplex "Bevölkerung - Wirtschaft - Entwicklung" angesichts der globalen Herausforderungen einen zentralen Platz einzuräumen, blieben Reflexionen über die Einbettung der Bevölkerungsentwicklung in neue Gesellschaftskonzepte äußerst gering. Ein Großteil der Beiträge blieb ganz dem historischen Rahmen verhaftet. Unsererseits wäre hier zu fragen, ob die erheblichen Rückstände in der Theorie der Demographie dazu verleiten, sich in die Dogmengeschichte der vergangenen Jahrhunderte zurückzuziehen. Momentan scheint es so, als ob die Bevölkerungswissenschaftler die sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den Industrieländern existierenden demographischen Problemfelder nur aufzeigen können, ohne umfassende Erklärungen und theoretische Verarbeitungen anzubieten, geschweige denn akzeptable Lösungsvorschläge in Form durchführbarer Maßnahmen zu unterbreiten. Diese Situation wurde ebenfalls in den Standpunkten der einzelnen Referenten deutlich. Während einige eine resignierende Haltung zum Ausdruck brachten, "verniedlichten" andere die anstehenden Probleme. Aber weder der eine noch der andere Standpunkt erscheint uns akzeptabel. Dem Malthusschen Prinzip des vorausschauenden Handelns folgend, sollten wir alle Kraft darauf konzentrieren, das Bewußtwerden akuter Ungleichgewichte demographischer und globaler Natur in produktive Ideen umzusetzen und entsprechendes Handeln zu fördern. Denn dürfen wir die Verantwortung auf uns nehmen und sagen, es sei alles nicht so dramatisch zu sehen oder es sei "fünf nach zwölf", wobei es doch vielleicht "fünf vor zwölf" sein könnte?

In der Weimarer Republik, Richard Sorge, Der neue deutsche Imperialismus, Berlin 1988. - In: Jb. Wirtschaftsgesch. Berlin, (1990) 3, S. 137 - 140.

Aspekt des theoretischen Vorklassizismus von Friedrich Engels. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin: Akad.-Verl., 1988. - S. 384 - 391.

4329.  
Herrmann, Joachim: Fundamental problems of pre-capitalist social development a hundred years after the publication of the "The origin of family, private property and the state". In: Engels, Friedrich

4334.  
Kuczynski, Jürgen: Aus der Geschichte lernen? Hans-Ulrich Wehler, Aus der Geschichte lernen? Essays, München 1988. - Wie brauchen die Wahrheit? Geschichtsdidaktik in d. Bundesrepublik

14 Mackensen, S. 41.

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur

39. Lieferung

von Dieter Müller

Theorie und Methodik

6324.

Barthel, Günter: Islam und Wirtschaft : Versuch einer Bewertung. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 1, S. 31 - 39.

6325.

Beurton, Peter: Werkzeugproduktion im Tierreich und menschliche Werkzeugproduktion. - In: Dt. Z. Philos., Berlin, 38 (1990) 12, S. 1168 - 1182.

6326.

Demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen / Autorenkoll. unter Ltg. von Wolfgang Spröte. - Berlin : Staatsverl. d. DDR, 1989. - 256 S.

6327.

Guhr, Günter: "Production of life". - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 51 - 61.

6328.

Handke, Horst: Zur Rezeption der Leninschen Imperialismustheorie in der Weimarer Republik. Richard Sorge, Der neue deutsche Imperialismus, Berlin 1988. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 4, S. 137 - 140.

6329.

Herrmann, Joachim: Fundamental problems of pre-capitalist social development a hundred years after the publication of the "The origin of the family, private property and the state" by Frederick Engels. - In:

Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 25 - 39 : Tab.

6330.

Hettwer, Roderich: Die Erhaltung der Tropenwälder als prioritäre Aufgabe globaler Umweltpolitik. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 6, S. 961 - 970 : Tab.

6331.

Iwanow, Sergej I.: Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitware und die "langen Wellen" im kapitalistischen Wirtschaftswachstum. - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Karl Liebknecht" Potsdam, Potsdam, 33 (1989) 4, S. 557 - 562 : Tab.

6332.

Klein, Horst: Zu den Gesellschaftsideen Rudolf Hilferdings. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 33 (1991) 1, S. 25 - 36.

6333.

Krasnov, Juri A.: Die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für die Entstehung der Bauernschaft unter dem Aspekt des theoretischen Vermächtnisses von Friedrich Engels. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 584 - 591.

6334.

Kuczynski, Jürgen: Aus der Geschichte lernen? Hans-Ulrich Wehler, Aus der Geschichte lernen? : Essays, München 1988. - Wir brauchen die Wahrheit : Geschichtsdiskussion in d. Sowjetunion,

Köln 1988. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 103 - 105.

6335.

Küttler, Wolfgang: Engels' "Origin" and the development of the conception of the succession of formations. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 40 - 50.

6336.

Laitko, Hubert: Zur Geschichte der Technikwissenschaften : Ihr Eigenwert u. ihre Bedeutung für d. allg. Gesch. d. Wiss. - In: Dresdener Beitr. Gesch. Technikwiss., Dresden, 18 (1989), S. 3 - 47.

6337.

Lehmann, Hermann: Geschichte der politischen Ökonomie historisch betrachtet. Hunt, E. K.; Sherman, jr., Howard: Ökonomie. Aus traditioneller u. radikaler Sicht. - Königstein (Ts.), 1984. - (Athenäum Taschenbücher, Wirtschaftswissenschaft). - Balogh, Thomas: The irrelevance of conventional economics. - London, 1982. - Mátyás, Antal: History of modern non-Marxian economics : From marginalist revolution through the Keynesian revolution to contemporary monetarist counter-revolution. - Budapest, 1985. - Lowe, Adolph: Politische Ökonomik. - Königstein (Ts.), 1984. - (Athenäum Taschenbücher, Wirtschaftswissenschaft). - Krise in der Wirtschaftstheorie. - Berlin (West); Heidelberg; New York; Tokyo, 1984. - Galbraith, John Kenneth: Die Entmythologisierung der Wirtschaft : Grundvoraussetzungen ökonomischen Denkens. - Wien; Darmstadt, 1988. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 2, S. 177 - 193.

6338.

Preller, Simona: Methodische Fragen in der althistorischen Forschung. Moses I. Finley, Quellen und Modelle in der Alten Geschichte, aus dem Engl. von Wilfried Nippel u. Andreas Wittenburg. - Frankfurt (Main), 1987. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 3, S. 185 - 189.

6339.

Robert Owen : Eine neue Auffassung von d. Gesellschaft. Ausgewählte Texte / Hrsg. von Lola Zahn. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - 409 S. : Tab.

6340.

Steiner, Helmut: Die Marxsche Theorie des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in ihrer Bedeutung für die soziologische Theorie. - In: Marx-Engels-Jb., Berlin, 11, 1988 (1989), S. 9 - 38.

6341.

Urban, Wolfgang: Sichtweisen auf die Sozialgeschichte der Jugend. Mitterauer, Michael: Sozialgeschichte der Jugend. - Frankfurt/M., 1986. - (edition suhrkamp, N. F., Bd. 278). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 2, S. 199 - 203.

6342.

Wingert, Roland: Gilt die Marxsche Kapitalismus-Kritik auch für Afrika? - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Halle, 39 (1990) 2, S. 35 - 42.

6343.

Zinn, Karl Georg: Investitionsunsicherheit, Zinstendenzen und wachsende Kapitalknappheit. - In: Wirtsch.wiss., Berlin, 38 (1990) 9, S. 1217 - 1230 : Tab.

## Bibliographien

6344.

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik. - 25. Forts. / von Renate Günther. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 173 - 189.

6345.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. - 36. Lieferung / von Dieter Müller. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 2, S. 255 - 263.

6346.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. - 37. Lieferung / von Dieter Müller. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 241 - 252.

6347.

Hochschulschriften zur Wirtschafts-  
geschichte / von Renate Günther. - In:  
Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 1,  
S. 233 - 255.

6348.

Hochschulschriften zur Wirtschafts-  
geschichte / von Renate Günther. - In:  
Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 3,  
S. 227 - 247.

Festschriften, Biographien, Kongresse,  
Quellennachweise

6349.

Andreev, V. N.: Außerathenische  
Quellen zur Reichtumbildung Athens  
im 5./4. Jh. v. u. Z. - In: Jb.  
Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 2,  
S. 115 - 175.

6350.

Bauke, Dieter: Ehrenfried Walther  
von Tschirnhaus : Der Weg zum  
Porzellan. - In: Wiss. Z. Techn. Univ.  
"Otto von Guericke" Magdeburg,  
Magdeburg, 34 (1990) 4, S. 50 - 51  
: Ill.

6351.

Bräuer, Helmut: Das Zwickauer  
"Tuchknappenregister" von 1536 bis  
1542 : Bemerkungen zum Problem d.  
sozialen Sicherung im Handwerk d.  
frühen Neuzeit. - In: Jb. Wirtsch.gesch.,  
Berlin (1990) 2, S. 97 - 113 : Tab.

6352.

D'jakonova, I. A.: Die vertrauliche  
Korrespondenz Adolf Rothsteins, eines  
der bedeutendsten Bankiers im zaristi-  
schen Rußland. - In: Jb. Wirtsch.gesch.,  
Berlin, (1990) 1, S. 13 - 30.

6353.

Hecht, Jochen: Archivarbeit im Ver-  
kehrswesen der DDR. - In: Archiv-  
mitteilungen, Berlin 40 (1990) 6,  
S. 226 - 230.

6354.

John, Jürgen: Ernst v. Borsigs "Be-  
trachtungen" zur Sozialpolitik 1927.

- In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 37 (1989)  
12, S. 1083 - 1098.

6355.

Kieselbach, Andreas: Hugo Junkers :  
Tatsachen u. Legende. Günter Schmitt,  
Hugo Junkers und seine Flugzeuge,  
Berlin 1985. - In: Jb. Wirtsch.gesch.,  
Berlin, (1990) 4, S. 125 - 134.

6356.

Paasch, Susanne: Zur Familie Schön-  
beck in Stendal : Mitteilungen aus d.  
Schönbeckschen Archiv Stendal. - In:  
Magdeburger Bl. Jahresschr. für Heimat-  
u. Kulturgesch. im Bezirk Magdeburg,  
Magdeburg, 1989, S. 89 - 97 : Ill.; Tab.

6357.

Scholze, Renate: Frauenarbeit im 19.  
und 20. Jh. : (8. bis 12. Jan. 1990 in  
Eyba). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin,  
(1990) 4, S. 229 - 235.

6358.

Scholze, Renate: 1. Wirtschaftshistoriker-  
tagung der DDR. (13. bis 16. November  
1989 in Holzgau). - In: Jb. Wirtsch.-  
gesch., Berlin, (1990) 3, S. 217 - 222.

6359.

Schulze, Gerhard: Carl August Klinger :  
Ein Pionier d. Landmaschinenbaus. - In:  
Beitr. Heimatgesch. Stadt u. Krs. Seb-  
nitz in Vergangenheit u. Gegenwart,  
Sebnitz, 1989, 6, S. 40 - 49.

6360.

Stark, Walter: Über hansische Kaufmanns-  
bücher und Kaufmannsbriefe. - In: Han-  
sische Stadtgeschichte, brandenburgische  
Landesgeschichte. - Weimar : Böhlau,  
1989. - S. 241 - 249. - (Hansische  
Studien; 8) (Abhandlungen zur Handels-  
und Sozialgeschichte ; 26).

6361.

Toepel, Achim: Vaubans Beitrag zur  
Bevölkerungsstatistik. - In: Jb. Wirtsch.-  
gesch., Berlin, (1990) 4, S. 85 - 90.

6362.

Zilch, Reinhold: Klassenstruktur, Ideolo-  
gie und Rolle der Persönlichkeit in der  
Vorgeschichte und Geschichte des ersten  
Weltkrieges. (13. bis 16. März 1989 in

Erfurt). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 1, S. 229 - 232.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

6363.

Berthold, Rudolf: Probleme eines Handbuches zur europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Handbuch der europäischen Wirtschafts- u. Sozialgeschichte, Bd. 2. Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Mittelalter, Stuttgart 1980; Bd. 3. Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom ausgehenden Mittelalter bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, Stuttgart 1986; Bd. 5. Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1985; Bd. 6. Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Stuttgart 1987. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 4, S. 107 - 112.

6364.

Böttcher, Hans-Joachim: Zur Geschichte der ehemaligen Durchwehnaer Pechhütte "Friedrichshütte" in der Dübener Heide. - Sächs. Heimatbl., Dresden, 36 (1990) 3, S. 128 - 132 : Ill., Skizzen.

6365.

Funck, Bernd: Eine Geschichte Makedoniens und seiner Herrscher. Malcolm Errington, Geschichte Makedoniens : Von d. Anfängen bis zum Untergang d. Königreiches, München 1986. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 145 - 149.

6366.

Karsch, Heinz-Dieter; Karsch, Ursula: Kommunbauten in den Städten und Marktflecken der Oberlausitz. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 36 (1990) 3, S. 140 - 145 : Ill., Skizzen, Pläne.

6367.

Musiolek, Peter: Bergbaugeschichte - Kulturgeschichte. Helmut Wilsdorf, Montanwesen : Eine Kulturgeschichte,

Leipzig 1987. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 113 - 115.

6368.

Schmidt, Gerhard: Pieschen - Vom "Weindorf der kleinen Leute" zum Arbeiterwohngebiet. - In: Dresdner H., Dresden, 8 (1990) 3, S. 4 - 9 : Ill.

- 500

6369.

Drechsel, Paul: Zur Evolution der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Erscheinungsform der Deszendenzorganisation. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 147 - 155.

6370.

Günther, Rigobert: Probleme der militärischen Demokratie im ältesten Rom. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 476 - 482.

6371.

Herrmann, Joachim: Handelsgüter, Handelswege und Schatzfunde. - In: Archäologie in der Deutschen Demokratischen Republik. 1. Archäologische Kulturen, geschichtl. Perioden u. Volksstämme. - Leipzig : Urania-Verl., 1989. - S. 277 - 285 : Ill., Kt.

6372.

Horst, Fritz: Die Bedeutung der Metalle Bronze und Eisen für die ökonomische und soziale Entwicklung im nördlichen Mitteleuropa im 2. und 1. Jahrtausend v. u. Z. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 307 - 314 : Kt.

6373

Hruška, Blahoslav: Zu den Produktionsverhältnissen in der altsumerischen Landwirtschaft. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 328 - 334.

6374.

Icke-Schwalbe, Lydia: Familienwirtschaft und Clan in bäuerlicher Stammes-

gesellschaften Indiens. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 271 - 275.

6375.

Krüger, Bruno: Zur militärischen Demokratie bei den germanischen Stämmen. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 539 - 545.

6376.

Lagercrantz, Sture: Wire-drawing in Africa. - In: Jb. Museums Völkerkd. Leipzig, Berlin, 38, 1989, S. 224 - 247 : Ill., Kt., Tab.

6377.

Lau, Ulrich: Die Errichtung der Zhou-Dynastie und deren Rolle bei der Entwicklung der Klassengesellschaft in China. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 392 - 397.

6378.

Lotze, Detlef: Grundbesitz- und Schuldverhältnisse im vorsolonischen Attika. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 422 - 447.

6379.

Neumann, Hans: Bemerkungen zu den Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen in Mesopotamien gegen Ende des 3. Jahrtausends v. u. Z. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verlag., 1988. - S. 335 - 343.

6380.

Persić, Abram I.: Das Problem der militärischen Demokratie. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 78 - 86.

6381.

Rink, Bernhard: Die Wechselwirkung von Ökonomie und Krieg in ihrem Einfluß auf die römische Staatsentstehung. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 498 - 503.

6382.

Schetelich, Maria: Formen der militärischen Demokratie in Indien und die Spezifik des Klassenbildungsprozesses vom 12. bis 8. Jahrhundert v. u. Z. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 383 - 390.

6383.

Semenov, Juri I.: Zum Problem des Übergangs von der Urgesellschaft zur Klassengesellschaft im Lichte der neueren Forschungen. /Mit engl. Rés./ - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 87 - 93.

6384.

Tabaczyński, Stanisław: Die ersten archäologischen Zeugnisse für die soziale Differenzierung in Mitteleuropa. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 300 - 306.

500 - 1789

6385.

Brandt, Lothar: Zur Sozialstruktur der Yucatan-Maya im 16. Jahrhundert. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 412 - 418.

6386.

Córdoba de la Llave, Ricardo: Lederverarbeitung und ihre technischen Besonderheiten im mittelalterlichen Córdoba (8. bis 16. Jh.). - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 4, S. 9 - 29.

6387.

Donat, Peter: Zur Entstehung von Bodeneigentum und Grundherrschaft im mittleren Europa. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 561 - 570 : Tab.

6388.

Enders, Lieselott: Produktivkraftentwicklung und Marktverhalten : Die Agrarproduzenten d. Uckermark im

18. Jh. - In: Jb. Wirtsch.gesch.,  
Berlin, (1990) 3, S. 81 - 105 : Tab.

6389.

Engel, Evamaria: Berlin, die Mark  
Brandenburg und die Hanse im Werk  
von Eckhard Müller-Mertens. - In:  
Hansische Stadtgeschichte, branden-  
burgische Landesgeschichte. - Weimar  
: Böhlau, 1989. - S. 7 - 12. - (Han-  
sische Studien ; 8) (Abhandlungen zur  
Handels- und Sozialgeschichte ; 26).

6390.

Epperlein, Siegfried: Zur Bedeutung  
der Markgenossenschaft im frühen  
und hohen Mittelalter. - In: Familie,  
Staat und Gesellschaftsformation.  
- Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 571  
- 577.

6391.

Etzold, Heike: Erste Dampfmaschinen  
im Regierungsbezirk Magdeburg (1778  
bis 1861). - In: Jb. Wirtsch.gesch.,  
Berlin, (1990) 1, S. 87 - 130 : Tab.

6392.

Etzold, Heike: Erste Dampfmaschinen  
im Regierungsbezirk Magdeburg. - In:  
Magdeburger Bl. Jahresschr. für Heimat-  
u. Kulturgesch. im Bezirk Magdeburg,  
Magdeburg, 1989, S. 20 - 28 : Ill.

6393.

Ewe, Herbert: Historische Stadtansich-  
ten und ihre Bedeutung für die Erfor-  
schung der Häfen. - In: Hansische Stadt-  
geschichte. - Weimar : Böhlau, 1989.  
- S. 250 - 264. - (Hansische Studien ; 8)  
(Abhandlungen zur Handels- und Sozial-  
geschichte ; 26).

6394.

Gringuth-Dallmer, Eike: Landwirtschaft  
und Landesausbau in den germanisch-  
deutschen Gebieten vom 8. - 13. Jh.  
- In: Archäologie in der Deutschen Demo-  
kratischen Republik. 1. Archäologische  
Kulturen, geschichtl. Perioden u. Volks-  
stämme. - Leipzig : Urania-Verl., 1989.  
- S. 238 - 248 : Ill., Kt.

6395.

Halaga, Ondrej R.: Verbindung ostslowaki-  
scher Städte mit dem europäischen Markt

über Polen und die Ostsee auf die  
"Pacta mutua" Krakau-Kaschau. - In:  
Hansische Stadtgeschichte, brandenbur-  
gische Landesgeschichte. - Weimar :  
Böhlau, 1989. - S. 132 - 143 - (Han-  
sische Studien ; 8) (Abhandlungen zur  
Handels- und Sozialgeschichte ; 26).

6396.

Hansische Stadtgeschichte, brandenbur-  
gische Landesgeschichte : Eckhard  
Müller-Mertens zum 65. Geburtstag /  
Hrsg. von Evamaria Engel, Konrad  
Fritze, Johannes Schildhauer. - Weimar  
: Böhlau, 1989. - 279 S. : Ill. - (Han-  
sische Studien ; 8) (Abhandlungen zur  
Handels- und Sozialgeschichte ; 26).

6397.

Heitz, Gerhard: Bäuerlicher Bodenbesitz  
und feudale Herrschaftsverhältnisse in  
der Prignitz 1686 und 1800. - In: Han-  
sische Stadtgeschichte, brandenburgi-  
sche Landesgeschichte. - Weimar :  
Böhlau, 1989. - S. 88 - 105 - (Han-  
sische Studien ; 8) (Abhandlungen zur  
Handels- und Sozialgeschichte ; 26).

6398.

Herrmann, Joachim: Die "Barnim" und  
Berlins Weg zum baltischen Meer am  
Ende des 12. und in der ersten Hälfte  
des 13. Jahrhunderts. - In: Hansische  
Stadtgeschichte, brandenburgische  
Landesgeschichte. - Weimar : Böhlau,  
1989. - S. 29 - 40 - (Hansische Stu-  
dien ; 8) (Abhandlungen zur Handels-  
und Sozialgeschichte ; 26).

6399.

Herrmann, Joachim: Landwirtschaft  
und Landesausbau in den slawischen  
Stammesgebieten vom 8. - 13. Jh.  
- In: Archäologie in der Deutschen  
Demokratischen Republik. 1. Archäö-  
logische Kulturen, geschichtl. Perioden  
u. Volksstämme. - Leipzig : Urania-  
Verl., 1989. - S. 249 - 256 : Ill., Kt.

6400.

Herzog, Jürgen: Zur Entwicklung der  
Grundherrschaft Lampertswalde, Amt  
Oschatz, im 17. und 18. Jahrhundert.  
- In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 36  
(1990) 5, S. 233 - 237 : Ill.

6401.

Heyde, Johann Friedrich: Der Roggenpreis und die Kriege des großen Königs : Chronik u. Rezeptsammlung d. Berliner Bäckermeisters Johann Friedrich Heyde 1740 - 1786 / Hrsg. u. eingel. von Helga Schultz. - Berlin : Siedler, 1988. - 159 S. : Ill., Kt. & 1 Beil.

6402.

Hinkel, Marion: Wasserbauten im Alten Sudan. - In: *Altertum*, Berlin, 36 (1990) 1, S. 29 - 36 : Ill.

6403.

Jahn, Erhard: Wind-, Wassermühlen im Bezirk Magdeburg. - In: *Magdeburger Bl., Jahresschr. für Heimat- u. Kulturgesch. im Bezirk Magdeburg*, Magdeburg, 1989, S. 82 - 88 : Ill. ; Tab.

6404.

Kluge, Bernd: Die Halberstädter Münzprägung unter den Bischöfen Brantho (1023 - 1036) und Burchard I. (1036 - 1059) : Eine stempelkrit. Unters. - In: *Berliner numismat. Forsch.*, Berlin, 3 (1989), S. 13 - 27 : Ill.

6405.

Kluge, Bernd: Der Münzfund von Gnoien, Kr. Teterow, verborgen nach 1556. - In: *Berliner numismat. Forsch.*, Berlin, 3, (1989), S. 73 - 89.

6406.

Krause, Günter: Der hansische Schiffbau im Spiegel seiner Produkte. - In: *Nord-europa*, Greifswald, 26 (1990) S. 35 - 43.

6407.

Kuczynski, Thomas: Entstehung der Weltwirtschaft oder Weiterentwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen? The Emergence of a world economy 1500 - 1914. T. 1: 1500 - 1850; T. 2: 1850 - 1914. - Stuttgart: 1986. - In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin, (1990) 1, S. 147 - 149.

6408.

Lewin, Günter: Zur Entwicklung der Produktivkräfte in China : Untersucht nach d. Angaben d. Song-Enzyklopädie

Taiping-Yulan, Kap. 821 - 836. - In: *Familie, Staat und Gesellschaftsformation*. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 398 - 403.

6409.

Lewin, Marianne; Lewin, Günter: Gewerbe und Handel im China der Song-Zeit. Teil II.: Die chines. Stadt. - In: *Jb. Museum Völkerkd., Leipzig*, Berlin, 38, 1989, S. 128 - 176 : Ill., Tab.

6410.

Lexikon Kursächsische Postmeilensäulen. - Berlin : Transpress, 1989. - 416 S. : Ill., Kt.

6411.

Miehe, Lutz: Zerstörungen durch den Dreißigjährigen Krieg in westelbischen Städten des Erzbistums Magdeburg und des Hochstiftes Halberstadt. - In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin, (1990) 4, S. 31 - 47 : Tab.

6412.

Müller, Harald: Ein Lesebuch zur Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren. Ein Buch der Erinnerung : Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein histor. Lesebuch. - München, 1986. - In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin (1990) 2, S. 211 - 213.

6413.

Njammasch, Marlene: Varianten der Feudalismusentwicklung in Süd- und Ostasien im Vergleich zu Europa. - In: *Familie, Staat und Gesellschaftsformation*. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 529 - 534.

6414.

Peters, Jan: Vom Alltag eines Söldners im Dreißigjährigen Krieg. - In: *Geschichte - Erziehung - Politik*, Berlin, 1 (1990), S. 132 - 140 : Ill.

6415.

Pullat, Raimo: Die Veränderungen in der Bevölkerungszahl und -struktur der Stadt Narva im 18. Jahrhundert. - In: *Hansische Stadtgeschichte, brandenburgische Landesgeschichte*. - Weimar : Böhlau, 1989. - S. 225 - 240. - (Hansische Studien ; (8) (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte ; 26).

6416.

Rozynek, Roland: Englische Außenhandels-gesellschaften von der Zeit Elisabeth I. bis zum Vorabend der Englischen Bürgerlichen Revolution. Ihre Position innerhalb d. engl. Wirtsch., praktische Handelsführung sowie Stellung zu Krone und Parlament. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Halle, 39 (1990) 2, S. 113 - 120.

6417.

Saegebarth, Christian: Der Handel von Herakleia Pontike im Spiegel der Inschriften? - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Greifswald, R. G., 38, 1989, 7/8, S. 3 - 7.

6418.

Schmidt, Gunter H.: Der Wald der Sächsischen Schweiz als Energiebasis der landesherrlich-kursächsischen Eisengrundstoffindustrie (1472 - 1686). - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 36 (1990) 3, S. 148 - 152 : Faks.

6419.

Schubert, Günter: Greifenstein - Burg, Bewohner u. d. Bergbau im 14. u. 15. Jh. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 36 (1990) 3, S. 108 - 114 : Ill., Kt., Tab.

6420.

Staatliche Museen zu Berlin : Da-sein u. Vision. Bürger u. Bauer um 1500. Ausstellung im Alten Museum vom 8. Dez. 1989 bis 12. Februar 1990. - Berlin : Henschelverl., 1989. - 197 S. : Ill.

6421.

Straubel, Rolf: Verlage und Manufakturen im Textilgewerbe der preußischen Provinzen Magdeburg und Halberstadt 1763 - 1800. - In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 1990, 14. S. 211 - 247 : Tab.

6422.

Studien zur Geschichte des Montanwesens in Sachsen vom 16. bis 19. Jahrhundert. - Leipzig : Dt. Verl.

für Grundstoffindustrie, 1989. - 106 S. : Ill. ; Tab. - (Freiberger Forschungshefte, D, 194) (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 23).

6423.

Uecker, Reinhard; Kunzel, Michael: Die Frühen mecklenburgischen Stierkopfbrakteaten ca. 1201 bis um 1245. - In: Berliner numismat. Forsch., Berlin, 3 (1989), S. 29 - 64 : Ill. ; Tab.

6424.

Westermann, Ekkehard: Rechtliche und soziale Folgen wirtschaftlicher Konzentrationsprozesse im Mansfelder Revier in der ersten Hälfte des 16. Jh. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 3, S. 113 - 130 : Tab.

1789 - 1917

6425.

Aurich, Stephan: Zur Entstehung und Formierung des Rabih-Staates am Tschadsee 1879 - 1899. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 3, S. 496 - 506.

6426.

Baudis, Dieter: Ein Standardwerk zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des ersten Weltkrieges. Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland von 1914 bis 1918. - Berlin (West); Bonn: 1985. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 3, S. 177 - 179.

6427.

Berthold, Rudolf: Die ökonomische Revolution in Deutschland (1770/1800 bis 1900) : Ein erster Versuch ihrer Darst. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 7 - 52. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6428.

Böcker, Heide: Stadtgründungen und neue Städte von 1150 bis 1800 : (8. Sept. 1989 in Berlin). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 237 - 240.

Buchsteiner, Ilona: Das Alltagsleben der werktätigen Dorfbewölkerung zwischen 1900 und 1961. Die werktätige Dorfbewölkerung in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre / Hrsg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel, Hainer Plaul. - Berlin: 1986. - Das Leben der Werktätigen in der Magdeburger Börde. Studien zum dörflichen Alltag vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum Anfang der 60er Jahre / Hrsg. von Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel, Hainer Plaul. - Berlin; 1987. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 3, S. 167 - 175.

6430.

Eichler, Helga: Bürgertum und spätfeudaler Staat im 18. Jh. (26. Mai 1989 in Berlin). - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 3, S. 223 - 225.

6431.

Enders, Lieselott: Reformgedanken vor der Reform. Städtische Probleme in d. freimütigen Sprache d. Magistrats zu Angermünde 1797. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 1, S. 217 - 228.

6432.

Etzold, Heike: Einsatz und Herstellung von Dampfmaschinen im Regierungsbezirk Magdeburg (1837 bis 1875). - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin (1990) 2, S. 67 - 96 : Tab.

6433.

Gunst, Péter: Die Mechanisierung der ungarischen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 211 - 217 : Tab. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6434.

Heyden, Ulrich van der: Die deutsche Kolonialpolitik in Südwestafrika in bezug auf die Ansiedlung von Buren während und nach dem Südafrikanischen Krieg von 1899 bis 1902. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 6, S. 1075 - 1085.

Israel, Heinz: Zur Stellung der Frau in der Gesellschaft der Inuit (Eskimo). - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 282 - 286.

6436.

Jindra, Zdeněk: Probleme der Wirtschaftsentwicklung in der Habsburgermonarchie im 19. Jh. John Komlos, Die Habsburgermonarchie als Zollunion. Die Wirtschaftsentwicklung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert. - Wien : 1986. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 1, S. 175 - 179.

6437.

Kaufhold, Karl Heinrich: Industrielle Revolution und Handwerk. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 165 - 174 : Tab. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6438.

Kirchberg, Peter: Güterkraftwagen in der Wirtschaftsgeschichte. Klaus Rabe, Aller Laster Anfang : Technik, Gesch. u. Geschichten, Braunschweig 1985. Klaus Rabe, Riesen auf Rädern : Technik, Gesch. u. Geschichten, Braunschweig 1987. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 4, S. 121 - 123.

6439.

Kriedte, Peter: Die Vorbereitung der industriellen Revolution durch die Proto-Industrialisierung. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 141 - 152 - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6440.

Kuczynski, Jürgen: Die Kleinen Leute in einer großen Revolution. Susanne Petersen, Die Große Revolution und die Kleinen Leute. Französ. Alltag 1789/95. Dokumente - Bilder, mit einem Geleitwort von Walter Markov. - Köln : 1988. - Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 3, S. 181 - 183.

6441.

Kuczynski, Thomas: Das Wachstum der Industrieproduktion in den kapitalistischen Hauptländern (England, USA, Frankreich, Deutschland) und seine regionale Verteilung von 1830 bis 1913 : Versuch einer statist. Rekonstruktion. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 183 - 199. : Tab. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6442.

Kutzsche, Karl: Die Herstellung von Hohlmaßen: Holzverarbeitung im 19. Jh. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 36 (1990) 3, S. 147 - 148 : Ill.

6443.

Lärmer, Karl: Industrielle Revolution und Industrialisierung. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 153 - 164. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6444.

Lee, Robert William: Demographische Veränderung im Dorfe während der Agrarreform des 19. Jh. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 109 - 140 : Tab. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6445.

Lehmann, Hermann: Sozialökonomische Umwälzung und politische Ökonomie im 19. Jh. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 53 - 62. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6446.

Lehmann, Karin: Industriefinanzierung durch Anleihen in Deutschland : Überlegungen zu einigen Proportionen u. Tendenzen vom ausgehenden 19. Jh. bis zum Ende d. Weltwirtsch.krise von 1929/32. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 3, S. 9 - 32 : Tab.

6447.

Marquardt, Karl Heinz: Schoner in Nord und Süd : Die Konstruktion, Ausrüstung u. Takelung von kommerziellen u. militärischen Schonern um 1800. Mit Zeichnungen u. Rissen d. Autors. - Rostock : Hinstorff, 1989. - 296 S. : Tab., Skizzen, Pläne. - (Blaue Reihe).

6448.

Meinicke, Klaus-Peter; Krug, Klaus: Die Ausbildung von "chemical engineers" bis zum 1. Weltkrieg. - In: Dresdener Beitr. Gesch. Technikwiss., Dresden, 17 (1989) S. 80 - 92.

6449.

Merfert, Walter: 100 Jahre Getreidezüchtung in Hadmersleben : Jubiläum im Inst. für Getreidezüchtung. - In: Magdeburger Bl. Jahresschr. für Heimat- u. Kulturgesch. im Bezirk Magdeburg, Magdeburg, 1989, S. 35 - 41 : Ill. ; Skizzen.

6450.

Möckel, Carola: Berufsausbildung für Frauen in Deutschland vor 80 Jahren. Anne Schlüter, Neue Hüte - alte Hüte? Gewerbliche Berufsausbildung für Mädchen zu Beginn d. 20. Jh. Zur Gesch. ihrer Institutionalisierung. Düsseldorf : 1987. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 1, S. 167 - 169.

6451.

Moll, Georg: Ökonomie und Politik im Prozeß der kapitalistischen Agrarumwälzung. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 63 - 70. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6452.

Mühlfriedel, Wolfgang: Triumph und Mißbrauch des menschlichen Erfindergeistes : Die Gesch. d. Produktivkräfte zwischen der Nov.revolution u. d. Ende d. zweiten Weltkrieges. Geschichte d. Produktivkräfte in Dtl.d. von 1800 bis 1945 in drei Bänden. Bd. 3: Produktivkräfte in Dtl.d. 1917/18 bis 1945. - Berlin : 1988. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 3, S. 143 - 153.

6453.

Müller, Hans-Heinrich: Die Eisenbahn in Bildern. Klaus Albrecht Schröder, Die Eisenbahn in der Kunst. Unter Mitarb. von Regine Friedrich. - Wien: 1987. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 3, S. 155 - 157.

6454.

Müller, Hans-Heinrich: Landwirtschaft und industrielle Revolution. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 95 - 106. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6455.

Narweleit, Gerhard: Historisch-geographische Überlegungen zur Entwicklung von Wirtschaftsgebieten auf dem DDR-Territorium (1815 bis 1939). - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 1, S. 41 - 69 : Ill., Kt.

6456.

Narweleit, Gerhard: Die Wandlungen der ökonomischen Territorialstruktur im Deutschland des 19. Jh. unter dem Einfluß der ökonomischen Revolution. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 175 - 182. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6457.

Niemann, Heinz: Die Entwicklung Pieschens vom Dorf zu einem der größten Arbeiterviertel der Stadt Dresden. - In: Dresdner H., Dresden, 8 (1990) 3, S. 10 - 25 : Ill. ; Tab.

6458.

Petri, Rolf: Italien im 19. und 20. Jh. Dietmar Stübler, Italien 1789 bis zur Gegenwart, mit einem Prolog von Walter Markov. - Berlin: 1987. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 3, S. 159 - 166.

6459.

Pfannstiel, Margot: Vom deutschen Lokomotivkönig. - In: Geschichte - Erziehung - Politik, Berlin, 1 (1990) 2, S. 123 - 131 : Ill.; Kt.

6460.

Preuß, Reiner: Zweigleisiger Betrieb bei einer Schmalspurbahn : Zum 100jähr. Bestehen d. Schmalspurbahn Zittau - Oybin/Johnsdorf. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 36 (1990) 5, S. 277 - 281 : Ill. ; Tab.

6461.

Rehbein, Elfriede: Die Verkehrsrevolution als integrierender Bestandteil der industriellen Revolution. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 201 - 209. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6462.

Rook, Hans-Joachim: Zur Problematik der territorialen Quasi-Stabilität : Dar gestellt an d. Bevölkerungsentw. u. -verteilung von 1880 bis 1939 auf d. späteren DDR-Gebiet. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1990) 3, S. 61 - 80 : Tab., Kt.

6463.

Schober, Manfred: Die Papierfabrik Sebnitz in den Jahren 1826 - 1945. - In: Beitr. Heimatgesch. Stadt u. Krs. Sebnitz in Vergangenheit u. Gegenwart, Sebnitz, 1989, 6, S. 53 - 63.

6464.

Schremmer, Eckart: Faktoren, die den Fortschritt in der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert bestimmten. - In: Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad.-Verl., 1989. - S. 71 - 93 : Tab. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte ; Sonderband).

6465.

Seige, Christiane: Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung bei den Vute (Zentralkamerun) im 19. Jahrhundert. /Mit engl. Rés./. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation.

- Berlin : Akad.-Verl., 1988.  
- S. 294 - 299.

6466.

Thümmler, Heinzpeter: Die regionale Differenzierung der Stadtentwicklung vom 19. Jh. bis 1945 auf dem späteren DDR-Gebiet. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 2, S. 43 - 65 : Tab., Skizze.

6467.

Thünen, Johann Heinrich v.: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie / Hrsg. u. unter Benutzung unveröff. Manuskripte kommentiert v. Hermann Lehmann in Zus.arb. mit Lutz Werner. - Berlin : Akad.-Verl., 1990. - 671 S. : Tab.

6468.

Tomaszewski, Rudolf: Die Schiffbarmachung der Unstrut in den Jahren 1791 - 1795 und ihre letzten Zeugen. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 36 (1990) 3, S. 133 - 138 : Ill.

6469.

Tschernowa, Tamara: Bemerkungen über die Haltung der christlichen Gewerkschaften zur Ausländerbeschäftigung vor 1914. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck- Univ. Rostock, Rostock, 38 (1989) 7/8, Gesellsch.wiss. R., S. 43 - 47.

6470.

Zilch, Reinhold: Ein bemerkenswerter Beitrag zur Erforschung der Sozialstruktur der herrschenden Klassen im Wilhelminischen Deutschland. Hans Hesselmann, Das Wirtschaftsbürgertum in Bayern 1890 - 1914. Ein Beitr. zur Analyse d. Wechselbeziehungen zwischen Wirtsch. u. Politik am Beispiel d. Wirtschaftsbürgertums im Bayern d. Prinzregentzeit - (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte ; Bd. 32). Stuttgart : 1985. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 1, S. 163 - 165.

1917 - 1990, sozialistische Länder

6471.

Die Banknoten und Münzen der Deutschen Demokratischen Republik / von einem Autorenkoll. unter d. Ltg. von Bruno Meier erarb. / Hrsg. von d. Staatsbank d. DDR. - Berlin : Transpress, 1989. - 228 S. : Ill., Tab.

6472.

Heun, Wolfgang; Heidenreich, Gundula: Die Neubäuerliche Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz : Zur Durchführung d. demokrat. Bodenreform. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 2, S. 31 - 41.

6473.

Lorenz, Jürgen: 20 Jahre Containerverkehr in der DDR : Ein Betrachtung über seine Entw. bei d. DSR. - In: Panorama marit., Rostock, 25 (1989), S. 12 - 16 : Ill. ; Tab.

6474.

Mühlfriedel, Wolfgang: Die Anfänge der zentralstaatlichen Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 2, S. 17 - 30, Tab.

6475.

Siedt, Veronika: Die Industrieentwicklung in den ersten Nachkriegsjahren - ein weißer Fleck in der DDR-Geschichtsschreibung? Werner Matschke, Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948. Berlin (West) 1988. - (Wirtschaft und Gesellschaft im geteilten Deutschland; 2) - Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 117 - 120 : Tab.

6476.

Siedt, Veronika: Die Wiederherstellung der Chemiefaserindustrie in der SBZ/DDR 1945 bis 1949/50. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 3, S. 33 - 60 : Tab.

6477.

Strobel, Bieter; Broderson, Heinz:

Die 840er Kümos. - Panorama

marit., Rostock, 25 (1989),

S. 1 - 11 : Ill. : Tab.

6478.

Wießner, Klaus: Die energetische

Basis in der DDR vom Ende der

40er bis Mitte der 60er Jahre.

- In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin,

(1990) 4, S. 49 - 65 : Tab.

1917 - 1990, kapitalistische Länder

6479.

Amthor, Rudolf: Zur Geschichte der

"Obereichsfelder Kleinbahn" von

Silberhausen nach Hüpstedt. - In:

Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt,

30 (1990) 1, S. 3 - 21 : Ill.

6480.

Bellmann, Egon: Die Kalkseilbahn

zwischen Hermsdorf (Erzgebirge)

und Holzhau. - In: Sächs. Heimatbl.,

Dresden, 36 (1990) 3, S. 126 - 128

: Ill., Kt.skizze, Tab.

6481.

Claußnitzer, Reinhard: Ökonomische

und soziale Lage in Dänemark. - In:

IPW-Ber., Berlin, 19 (1990) 7, S. 45

- 50 : Tab.

6482.

Etzold, Heike: Die deutsche Forstwirt-

schaft während des Faschismus.

Hinrich Rubner, Deutsche Forstge-

schichte 1933 - 1945. Forstwirtschaft,

Jagd u. Umwelt im NS-Staat. - St. Ka-

tharinen : 1985. - In: Jb. Wirtsch.gesch.,

Berlin, (1990) 1, S. 155 - 161.

6483.

Friedemann, Erich: Monetäres Wachstum

in der DDR und BRD während der 80er

Jahre. - In: IPW-Ber., Berlin, 19 (1990)

9, S. 51 - 54 : Tab.

6484.

Geschichte des VEB Leuna-Werkes

"Walter Ulbricht" : 1916 bis 1945.

/ Hrsg.: Kreisltg. d. SED d. VEB

Leuna-Werke "Walter Ulbricht" - Leip-

zig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie,

1989. - 203 S. : Ill., Tab.

6485.

Hendrich, Jürgen: Zur Ausbildung von

Fachleuten für Glastechnik und Glas-

forschung in Deutschland in der Zeit

der relativen Stabilisierung des Kapita-

lismus. - In: Alma Mater Jenensis :

Studien zur Hochsch. - u. Wiss.gesch.,

5, Jena, Friedrich-Schiller-Univ., 1989,

S. 77. - 82.

6486.

Herbst, Kerstin: Die sowjetische Han-

delsvertretung in Berlin : Probleme d.

Durchsetzung d. sowjet. staatl. Außen-

handelsmonopols in Dtl. -In: Jb. Gesch.

sozialist. Länder Europas, Berlin, 33

(1989), S. 143 - 163.

6487.

Könnemann, Erwin: Manager des Mono-

polkapitals zu den Reichstagswahlen

und zur Regierungsbildung im Juni 1920.

- In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin,

32 (1990) 2, S. 214 - 219.

6488.

Kuczynski, Jürgen: Deutsche Geschichts-

schreibung 1945 bis 1950. Handbuch

der Geistesgeschichte in Deutschland

nach Hitler 1945 - 1950. - Frankfurt/

M. - Deutsche Literatur nach Hitler

1945 - 1950 einschließlich Theater,

Film, Kabarett, Literaturgeschichte

und Philosophie : Bibliographische Do-

kumentation von 1 863 Titeln, T. 1 :

Bücher (1 863 Titel), T. 2: Zeitschrif-

ten (in Vorbereitung). - Frankfurt/M.,

1983. - Deutschlands Erneuerung 1945

- 1950 : Bio-Bibliographische Dokumen-

tation von 433 Titeln mit Texten. -

Frankfurt/M., 1985. - Einführung in

Fragen an die Geschichtswissenschaft

in Deutschland nach Hitler 1945 - 1950.

- Frankfurt/M., 1986. - Einführung in

Fragen an die Soziologie in Deutsch-

land nach Hitler 1945 - 1950: Mit ei-

nem Beitr. Soziologie in Österreich

nach 1945. - Frankfurt/M., 1988. - In:

Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 2,

S. 195 - 197.

6489.

Kuczynski, Jürgen: Konjunkturforschungsabenteuer : Erinnerungen aus d. Jahren 1930 bis 1933. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 1, S. 9 - 12.

6490.

Kuczynski, Jürgen: Walther Rathenau zum Problem Industrie, Technik und Wissenschaft. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 2, S. 9 - 15.

6491.

Laudel, Heidrun; Drechsel, Anja; Rathmann, Theres: Die Steingutfabrik "Villeroy & Boch" und ihre Werksiedlung in der Weinböhlauer Straße. - In: Dresden H., Dresden, 8 (1990) 3, S. 53 - 60 : Ill.

6492.

Lehmann, Karin: Multinationale Unternehmen und transnationale Konzerne in historischer Sicht : Multinational enterprise in historical perspective /Hrsg. von Alice Teichova, Maurice Lévy-Leboyer u. Helga Nussbaum. - Cambridge /u. a./ : 1986. - Historical studies in international corporate business / Hrsg. von Alice Teichova, Maurice Lévy-Leboyer u. Helga Nussbaum. - Cambridge /u. a./ : 1989. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 3, S. 131 - 138.

6493.

Mader, Ursula: Emil Rathenau und die Elektrochemischen Werke (1893). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 191 - 227.

6494.

Martínez, Rafael R. Soler; Gonzáles, José Cernicharo : Santiago de Cuba : Abolicion y clase obrera /Mit dt. Rés./. - In: Lateinamerika, Rostock, 25, 1990, 1, S. 62 - 79 : Tab.

6495.

Meyer, Günther: Die Binnenschiffahrt der faschistischen Okkupanten in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. - In: Panorama marit., Rostock, 25 (1989), S. 35 - 42 : Ill.

6496.

Pade, Werner: Ökonomisch-politische Interessen des Deutschen Reiches und Transport- und Nachrichtenverbindungen mit Lateinamerika vor und nach dem ersten Weltkrieg. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 4, S. 717 - 729 : Tab.

6497.

Pittack, Herwart: Sozialdemokratische Ideologie 1924 bis 1932. Günter Künke, Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. - Stuttgart : 1987. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 3, S. 139 - 142.

6498.

Röhr, Werner: Expansionsprogramm und Kriegswirtschaft. Dietrich Eichholtz zum 60. Geburtstag. Der Weg in den Krieg : Studien zur Gesch. d. Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939). - Berlin 1989. - Dietrich Eichholtz, Geschichte d. dt. Kriegswirtsch. 1939 - 1945. Bd. 1. 1939 - 1941, 3. durchges. Aufl., Berlin 1984. - (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte ; Bd. 1). - Dietrich Eichholtz, Geschichte d. dt. Kriegswirtsch. 1939 - 1945. Bd. 2 1941 - 1943. Mit einem Kap. von Joachim Lehmann, Berlin 1985. - (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte ; Bd. 1). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 91 - 102.

6499.

Röhr, Werner: Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen. Madajczyk, Czesław: Die Okkupationspolitik Nazi-deutschlands in Polen 1939 - 1945. - Berlin, 1987. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 2, S. 205 - 210.

6500.

Schwenke, Rainer: Die Kapitalkonzentration in Schweden ist stärker denn je : Ein Interview mit Rudolf Meidner. - In: Nordeuropa, Greifswald, 26 (1990), S. 18 - 25.

6501.

Stolz, Rüdiger: Wissenschaft und Erfahrung in der Chemie : Entwicklung u. industrielle Produktion synthetischer Farbstoffe in d. 2. Hälfte d. 19. Jh.

in Dtl. - In: Alma Mater Jenensis : Studien zur Hochsch. -u. Wiss.gesch., 5, Jena, Friedrich-Schiller-Univ., 1989, S. 51 - 76 : Tab.

6502.

Tammer, Hans: Kapital, Profite und Profitraten der BRD-Großbanken 1973 bis 1988. - In: IPW-Ber., Berlin, 19 (1990) 8, S. 32 - 38 : Tab.

6503.

Tschernowa, Tamara: Sowjetische Forschungen über internationale Migration und die Situation der ethnischen Minderheiten im Kapitalismus. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 1, S. 135 - 146.

6504.

Weiß, Helga: Strukturveränderungen im Agribusiness der USA. - In: IPW-Ber., Berlin, 18 (1989) 7, S. 52 - 55 : Tab.

6505.

Zilch, Reinhold: Soziale Schicht und monetärer Prozeß : Die Beamten in d. Inflation 1914 bis 1924. Andreas Kunz, Civil Servants and the Politics of inflation in Germany 1914 - 1924, Berlin (West), New York 1986. - (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin ; 66 ; Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914 - 1924). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1990) 4, S. 135 - 136.

1917 - 1990, Entwicklungsländer

6506.

Becker, Heike: Die Republik Korea (Südkorea) als Schwellenland im Übergangsstadium zum kapitalistischen Industrieland : Zu einigen Aspekten d. wirtschaftl. Entwicklung. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 3, S. 440 - 449.

6507.

Fiedler, Sabine: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der APRA-Regierung Perus : Erfolge und Mißerfolge. - In: Asien,

Afrika, Lateinamerika, Berlin 18 (1990) 1, S. 119 - 131.

6508.

Friedländer, Thomas: Zur Rolle neuer Technologiebereiche in den Entwicklungsländern : Tendenzen u. Probleme ihrer Verbreitung u. Entw. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 6, S. 971 - 984.

6509.

Garbe, Peter; Kurtz, Alfred: Anspruch und Wirklichkeit von gesellschaftlichen Entwicklungszielen und sozialökonomischen Veränderungen in der VR Tansania. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 19 (1990) 4, S. 686 - 695.

6510.

Göthner, Karl-Christian: Fünf Jahre Zivilherrschaft in Brasilien : Die ökonom. Ergebnisse. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 5, S. 911 - 924 : Tab.

6511.

Hafner, Annemarie: Die Arbeiter unter kolonial-kapitalistischen Bedingungen : Das Beisp. Indien. - In: Wege zur Unabhängigkeit. Die antikoniale Revolution in Asien und Afrika und die Zukunft der Entwicklungsländer. - Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1989. - S. 49 - 60.

6512.

Hafner, Annemarie: Die Arbeiterklasse im Kampf um Indiens Freiheit. - In: Wege zur Unabhängigkeit. Die antikoniale Revolution in Asien und Afrika und die Zukunft der Entwicklungsländer. - Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1989. - S. 134 - 145.

6513.

Hafner, Annemarie; Heidrich, Petra: Unterentwicklung, Armut, Hunger : Wandlungen im indischen Wirtsch.- u. Sozialgefüge. - In: Wege zur Unabhängigkeit. Die antikoniale Revolution in Asien und Afrika und die Zukunft der Entwicklungsländer. - Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1989. - S. 38 - 48.

6514.

Halpap, Paul: Industrielle Kooperation zwischen Brasilien und afrikanischen Ländern : Ausgangsbasis u. Formen. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 18 (1990) 3, S. 517 - 526.

6515.

Herzog, Jürgen: Lohnarbeit und Lohnarbeiter im Kolonialismus und deren statistische Erfassung (Kenia 1920 - 1963). - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 1, S. 97 - 108.

6516.

Jacob, Eleonore: Die ökonomische Entwicklung der Maghreb-Staaten und ihre Zusammenarbeit in der Maghreb-Union /Mit engl. Rés./: - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 18 (1990) 5, S. 857 - 870 : Tab.

6517.

Jegzennis, Peter: Zum Entwicklungsstand des Kreditsystems in sich kapitalistisch transformierenden Entwicklungsländern. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 2, S. 234 - 247.

6518.

Jung, Ralf D.: Bhutan : Zur wirtsch. u. sozial. Entwicklung. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin 18 (1990) 6, S. 1019 - 1026 : Tab.

6519.

Klenner, Uwe; Stelter, Manfred: Ausgangs- und Rahmenbedingungen ökonomisch-sozialer Entwicklungen in einigen afroasiatischen Ländern : Zu Aspekten von histor.-polit. Analyse u. Vergleich. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1990) 4, S. 67 - 84 : Tab.

6520.

Mecklenburg, Sabine: Die Seeschiffahrtsentwicklung in Südkorea, Taiwan und Singapur : Gemeinsamkeiten u. Unterschiede. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 2, S. 257 - 269 : Tab.

6521.

Strukturveränderungen und Krisenprozesse in der Seeschiffahrt der Entwicklungsländer. - Greifswald : Wilhelm-Pieck-Univ., 1989. - 72 S. - (Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschaftswiss. R., 38 (1989) ; 4).

6522.

Theurig, Rolf: Zur Problematik der Energiereserven und der Energieökonomie in der Dritten Welt. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 1, S. 23 - 33 : Tab.

6523.

Wenske, Christian: Regionale Integration und Kooperation in Lateinamerika : Triebkräfte, Ergebnisse u. Probleme. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 18 (1990) 5, S. 897 - 910 : Tab.

6524.

Winter, Lothar: Entwicklungstendenzen der Arbeiterklasse in den EG-Staaten. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 32 (1990) 3, S. 291 - 301 : Tab.

6525.

Wustmann, Ingrid: Die Wirtschaftsreform und soziale Organisation der Huaorani-Indianer in Ekuador und ihr Wandel unter Missionseinfluß. - In: Familie, Staat und Gesellschaftsformation. - Berlin : Akad.-Verl., 1988. - S. 287 - 292.

## Autorenverzeichnis

- Alfert, Salka, Diplomökonom, geb. 1965, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Demographie, Berlin.
- Braeuer, Walter, Prof. Dr., geb. 1906, Reinbek.
- Czok, Karl, Prof. em., Dr. phil. habil., Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, geb. 1926, Leipzig.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., geb. 1930, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., geb. 1932, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Kleinschmidt, Harald, Dr. phil. habil., Associate Professor, geb. 1949, College of International Relations, University of Tsukuba, Japan.
- Kowalski, Roland, Dr. phil., geb. 1952, Hochschullehrer, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Krause, Martina, Diplomethnologin, geb. 1963, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Demographie, Berlin.
- Lehmann, Hermann, Prof. Dr. rer. oec. habil., Chefredakteur, geb. 1936, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Lehmann, Karin, Dr. sc. oec., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Mietschke, Arno, Dr. phil., geb. 1959, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Möckel, Carola, Diplompädagogin, geb. 1952, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Müller, Dieter, Diplom-Anglist/Amerikanist, geb. 1933, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Deutsche Geschichte, Berlin.
- Röhr, Werner, Dr. sc. phil., geb. 1941, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Deutsche Geschichte, Berlin.

## Содержание

- Вернер Рёр, О роли тяжёлой промышленности в аннексированной польской Верхней Силезии для военной экономики Германии с 1939 по 1945 г.
- Роланд Ковальский, Научное точное приборостроение ГДР в 60-ых годах, представленное на примере предприятия "Карл Цейс" в Йене
- Харальд Кляйншмидт, Логистика в городском военном деле позднего средневековья, представленная на примере южной Германии
- Фердинандо Галиани о природе денег в своём труде "Della Moneta libri cinque" (1751) книге II "Della Natura della Moneta" (перевод на немецкий Вальтера Бройер)
- Херманн Леманн, Замечательные работы по истории экономических наук
- Хорст Хандтке, Проект века перед завершением
- Карл Цок, 2000 лет Шпейеру
- Карин Лемани, Руководящие хозяйственные кадры Федеративной Республики Германии
- Арно Митшке, Рационализация в Веймерской Республике
- Арно Митшке, Меценатство и наука в истории как задача научных исследований
- Карола Мёкель, Женщины на женский фронт!
- Армин Ене, Экономико-исторические аспекты в новейших публикациях по эллинизму
- Бернд Функ, Города-государства в ранних обществах
- Библиография самостоятельных трудов по истории предприятия в Германской Демократической Республике (26-ой выпуск) (Ренате Гюнтер)
- Мартина Краузе/Залка Альферт, Замечания по поводу одной конференции, посвященной Мальтусу. Новая интерпретация старой темы?
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 39-ый выпуск (Дитер Мюллер)

- Werner Röhr, On the role of heavy industry in Polish Upper Silesia under annexation for Germany's war economy 1939 - 1945
- Roland Kowalski, Scientific high-precision toolmaking in the GDR during the 1960s as shown by the example of Carl Zeiss, Jena
- Harald Kleinschmidt, Logistics in municipal military services during the Late Middle Ages by the example of Southern Germany
- Ferdinando Galiani on the nature of money in his work "Della Moneta libri cinque" (1751), volume II: "Della Natura della Moneta"
- Hermann Lehmann, Prominent contributions to the history of economic research
- Horst Handke, A secular work soon to be finished
- Karl Czok, 2000 years of the city of Speyer
- Karin Lehmann, Top managers in the FRG
- Arno Mietschke, The history of patronage, sponsoring and science as a task for research
- Carola Möckel, Women to the female front!
- Armin Jähne, Aspects of economic history in recent publications on hellenism
- Bernd Funck, Municipal states in early societies
- Bibliography of separate contributions to enterprise history in the GDR (26th instalment) (Renate Günther)
- Martina Krause/Salka Alfert, Remarks on a conference on Malthus: A new interpretation of an old topic?
- Bibliography of GDR literature on economic history, 39th instalment (Dieter Müller)

- Werner Röhr, Sur le rôle de l'industrie lourde en Haute Silésie polonaise annexée pour l'économie de guerre de l'Allemagne de 1939 à 1945
- Roland Kowalski, La construction scientifique d'appareils de précision de la R. D. A. dans les années 60 démontrée à l'exemple de l'entreprise Carl Zeiss à Iéna
- Harald Kleinschmidt, La logistique des institutions militaires urbaines au Moyen Âge avancé. Représentée à l'exemple des régions en Allemagne du Sud
- Ferdinando Galiani sur la nature de l'argent dans son oeuvre "Della Moneta libri cinque" (1751) volume II "Della natura della Moneta" (traduit en allemand par Walter Braeuer)
- Hermann Lehmann, Des contributions exemplaires pour l'histoire des sciences économiques
- Horst Handke, Un projet de ce siècle avant sa fin
- Karl Czok, 2000 ans de la ville de Speyer
- Karin Lehmann, Des forces dirigeantes économiques de la République Fédérale d'Allemagne
- Arno Mietschke, La rationalisation dans la République de Weimar
- Arno Mietschke, Le mécénat et la science dans l'histoire comme tâche de recherche
- Carola Möckel, Les femmes au front féminin
- Armin Jähne, Aspects de l'histoire économique dans les récentes publications sur l'hellénisme
- Bernd Funck, Etats municipaux dans les anciennes (primitives) structures sociales
- Bibliographie de publications indépendantes sur l'histoire d'entreprise dans la République Démocratique Allemande (26<sup>e</sup> suite) (Renate Günther)
- Martina Krause/Salka Alfert, Annotations d'une conférence sur Malthus. Une nouvelle interprétation d'un vieux thème?
- Bibliographie de littérature sur l'histoire économique de la R. D. A., 39<sup>e</sup> fascicule (Dieter Müller)

## SUMARIO

- Werner Röhr, Acerca del papel de la industria pesada en la Alta Silesia polaca anexada para la economía de guerra de Alemania desde 1939 hasta 1945
- Roland Kowalski, La construcción de instrumentos científicos de precisión de la R. D. A. durante los años sesenta demostrado por el ejemplo de la empresa Carl-Zeiss Iena
- Harald Kleinschmidt, Logística en los asuntos militares urbanos de la Edad Media tardía. Demostrado por ejemplos en la región de Alemania meridional
- Ferdinando Galiani acerca de la naturaleza del dinero en su obra "Della Moneta libri cinque" (1751) libro II "Della Natura della Moneta" (traducido al alemán por Walter Braeuer)
- Hermann Lehmann, Contribuciones sobresalientes para la historia de la ciencia económica
- Horst Handke, Una obra de duración en un siglo antes de la terminación
- Karl Czok, 2000 años Espira
- Karin Lehmann, Personalidades de dirección económica de la República Federal de Alemania
- Arno Mietschke, Racionalización en la República de Weimar
- Arno Mietschke, El mecenazgo y la ciencia en la historia como tarea de investigación
- Carola Möckel, ¡Mujeres al frente femenil!
- Armin Jähne, Aspectos de la historia económica en publicaciones recientes acerca del Helenismo
- Bernd Funck, Estados urbanos en sociedades tempranas
- Bibliografía de tratados independientes acerca de la historia de fábricas en la República Democrática Alemana (continuación vigésimo sexto) (Renate Günther)
- Martina Krause/Salka Alfert, Apuntaciones en cuanto a una conferencia acerca de Malthus. ¿ Interpretación nueva de un tema viejo?
- Bibliografía de literatura sobre historia económica de la R. D. A., suministro trigésimo noveno (Dieter Müller)



AKADEMIEVERLAG

